Jens Thomas

SELBST-HERSTELLEN ALS NEUE POLITIK

Zur Subjektivierung von Arbeit und des Politischen in der Designproduktion

[transcript] EditionPolitik

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Jens Thomas
Selbstherstellen als neue Politik

Edition Politik | Band 157

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch **POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft**

und die Open Library Community Politik 2023 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

Hauptsponsor: Fachinformationsdienst Politikwissenschaft – POLLUX
Vollsponsoren: Technische Universität Braunschweig | Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg | Universiätsbibliothek der FernUniversität Hagen | Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Goethe-Universität Frankfurt am Main | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbibliothek | Humboldt-Universität zu Berlin | Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek Eichstätt-Ingolstadt | Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | Ruhr-Universität Bochum | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | SLUB Dresden | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek Chemnitz | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Universitätsbibliothek „Georgius Agricola“ der TU Bergakademie Freiberg | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Leipzig | Universität Wien | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Vechta | Vorarlberger Landesbibliothek | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Zentralbibliothek Zürich | ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hochschulbibliothek
Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | Bibliothek der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden | Bibliothek der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig | Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau | Bibliothek der Hochschule Zittau/Görlitz | Hochschulbibliothek der Hochschule Mittweida | Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) | Landesbibliothek Oldenburg | Österreichische Parlamentsbibliothek
Mikrosponsoring: Bibliothek der Berufsakademie Sachsen | Bibliothek der Evangelische Hochschule Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig | Bibliothek der Hochschule für Bildende Künste Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden | Bibliothek der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig | Bibliothek der Palucca-Hochschule für Tanz Dresden | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte | Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Jens Thomas

Selbstherstellen als neue Politik

Zur Subjektivierung von Arbeit und des Politischen in der Designproduktion

[transcript]

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Diese Arbeit ist eine aktualisierte und überarbeitete Fassung der Dissertation »Selbstherstellen als neue Politik«, die im Februar 2022 von der Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften der Technischen Universität Chemnitz angenommen wurde.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 Lizenz (BY-SA). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, sofern der neu entstandene Text unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet wird.
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2023 im transcript Verlag, Bielefeld
© Jens Thomas

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
https://doi.org/10.14361/9783839467862
Print-ISBN: 978-3-8376-6786-8
PDF-ISBN: 978-3-8394-6786-2
EPUB-ISBN: 978-3-7328-6786-8
Buchreihen-ISSN: 2702-9050
Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Inhalt

Abstract ... 9

1. Einleitung ... 11

2. Problemaufriss und Forschungsziel ... 17

3. Stand der Diskussion und Forschung ... 33

4. Theoretischer Rahmen ... 45
4.1 Theoretische Zugänge und Begriffsklärungen ... 45
4.1.1 Was ist Arbeit, was ist Politik? Annäherungen an einen Wissenschaftskomplex ... 45
4.1.2 Arbeit, Herstellen, Handeln: Hannah Arendt als Ausgangspunkt ... 54
4.1.3 Der Arbeitsbegriff bei Karl Marx: Türöffner für eine politische Perspektive auf Arbeit? ... 61
4.1.4 Von Castoriadis über Dewey bis zu Joas und Jonas: Kreative Selbstschöpfung und Verantwortungshandeln als Zugänge für eine politische Perspektive auf das Selbstherstellen ... 69
4.1.5 Selbermachen, Herstellen oder Selbstherstellen? Von welchem Begriff ist in dieser Studie auszugehen? ... 76
4.1.6 Selbstherstellen und Selbermachen als Formen des Politischen ... 80
4.1.7 Selbstherstellen im Kontext von Designproduktion ... 87
4.1.8 Selbstherstellen im Kontext des Nachhaltigkeitsdiskurses ... 90
4.1.9 Berlin als Standort für Design und Nachhaltigkeitsproduktion ... 94
4.2 Theoretischer Schwerpunkt 1: Wandel von Arbeit ... 97
4.2.1 Historischer Bedeutungswandel von Arbeit ... 97
4.2.2 Aktueller Strukturwandel von Arbeit ... 116
4.3 Theoretischer Schwerpunkt 2: Wandel des Politischen ... 131
4.3.1 Historischer Bedeutungswandel des Politischen ... 131
4.3.2 Aktueller Bedeutungswandel des Politischen ... 154

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

5. Zwischenstand: Welche Schlüsse können bis hierhin gezogen werden? 181

6. Empirische Untersuchung 185
6.1 Methodisches Vorgehen 187
6.1.1 Forschungsprogramm, Methoden, Zielsetzung 187
6.1.2 Interviewführung und Interview-Leitfaden 191
6.1.3 Konkrete Auswertungsschritte 194
6.1.4 Kodes, Kategorien, Typenbildung 196
6.1.5 Wie lässt sich das Selbstverständnis als politischer Akteur bestimmen? 210
6.1.6 Was ist politisches Handeln und wie lässt es sich untersuchen? 216
6.1.7 Was unterscheidet ethisches von politischem Handeln? 226
6.1.8 Ab wann kann von einem politischen Akteur gesprochen werden? 231
6.2 Typen, Typologien, Fallbeispiele 232
6.2.1 Typ 1: Create things and feeling good: die produktionsorientierten Selbsthersteller*innen 233
6.2.2 Typ 2: Doing good and create things: die ethischen Selbsthersteller*innen 242
6.2.3 Typ 3: Doing good and change things: die politischen Selbsthersteller*innen 253
6.3 Zentrale Typologie und Schlüsselkategorien 264

7. Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse 267
7.1 Zentrale Typen 267
7.2 Ergebnisse der zentralen Fragestellungen 271
7.2.1 Was sind die Grundmotive, um Dinge selbst herzustellen? 271
7.2.2 Welches Gesellschaftsbild haben die Akteure? 272
7.2.3 Wie organisieren Selbsthersteller*innen ihre Arbeits- und Produktionsformen? 272
7.2.4 Nach welchen Kriterien stellen die Akteure Produkte selbst her? 274
7.2.5 Welches politische Selbstverständnis haben die Akteure? 275
7.2.6 Handeln die Akteure politisch? 279

8. Wissenschaftliche theoretische Überlegungen und Folgerungen 283
8.1 Politics of Self-Production: Einführung eines neuen Politikbegriffs an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft 283
8.2 Erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial 286
8.2.1 Habituelle Übertragungen des Arbeitsethos auf die Politik: Anspruch an Autonomie, das Prinzip Einzigartigkeit und Selbstherstellen als Pragmatismus 286
8.2.2 Politics of Self-Production: Die Transformation des Ökonomischen und die Zurückdrängung der Politik 292
8.2.3 Verantwortung als arbeitsinhaltliches Prinzip 295
8.2.4 Arbeitshandeln, Designhandeln, Aushandeln: Selbstherstellen als gesellschaftspolitische Interaktion 298
8.3 Formulierung einer zentralen These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft 302
8.4 Das Selbstherstellen im Kontext der Debatte um den Wandel von Arbeit 303

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

8.4.1 Kreativarbeit als Naturbezug, Selbstherstellen als neue Notwendigkeit: Die Ökologisierung von Arbeit und die Verdrängung der sozialen Frage 303
8.4.2 Reklamierend, selbststrukturierend: Das Selbstherstellen als neue aktive Subjektivierungsform 307
8.4.3 Ist das Selbstherstellen eine Form von Social Entrepreneurship? 309
8.4.4 Selbstherstellen als Übergangsarbeit: Vom Hobby zu nachhaltigem Design zur Gesellschaftskritik – das Private wird unternehmerisch, ist das Unternehmerische politisch? 312
8.5 Das Selbstherstellen im Kontext der Debatte um neue Politikformen 315
8.5.1 Selbstherstellen als ökologische Sozialkritik – Perspektiven für einen neuen Politikbegriff? 316
8.5.2 Ist das Selbstherstellen eine Form der politischen Beteiligung? 319
8.5.3 Politikgestaltung fern von Institutionen und offizieller Politik: Wie kann die Politik reagieren? 322
8.5.4 Arbeit, Selbstherstellen, Handeln: Freiheit als Gefahr, die Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik und die Politik des Beständigen als Chance 325

9. Zusammenfassung und Ausblick 331

10. Anhang und Abkürzungen 341

11. Literaturverzeichnis 343

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Abstract

Dieses Buch handelt vom Selbermachen und Selbstherstellen. Zugegeben: Selbst hergestellt hat der Mensch schon immer – ob zur „Urform" des Flechtens im alten (vordynastischen) Ägypten (vgl. Müller 1997: 37ff.) oder ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit Aufkommen der Reformbewegung Arts and Crafts. Spätestens mit Beginn der Industrialisierung ranken sich um das Selbermachen jedoch Mythen von selbstbestimmter, authentischer und ehrlicher Arbeit (vgl. Kurz 2015: 11ff.) – und in den letzten Jahren wurde diese Lesart auf eine neue Stufe gebracht: In den zahlreichen Werken zum Selbermachen wird den Akteuren nahezu dauerhaft ein politischer Subjektstatus unterstellt, ohne dass es dazu empirische Befunde gibt. Die vorliegende Studie setzt an diesem Punkt an: Sie untersucht die Arbeitsformen des Selbstherstellens an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie, Politikwissenschaft, Nachhaltigkeits- und Designforschung und fragt, ob Akteure, die Produkte nach ökologischen oder fair-sozialen Konzepten selbst herstellen, gesellschaftspolitische Ziele verfolgen – und wie sie ihre Arbeitsprozesse organisieren. Das Forschungsinteresse gilt dabei sowohl den Veränderungen der modernen Arbeitswelt – dem Bedeutungsgewinn von kreativer und nachhaltiger Arbeit einerseits, der Entgrenzung von Arbeitsformen andererseits – als auch neuen politischen Handlungsfeldern. Zum einen greift die Studie damit den kulturhistorischen Diskurs des Selbermachens und Ansätze der Designtheorie auf, die Formen der Selbstproduktion zur Gesellschaftskritik erklären. Zum anderen wird an der Forschung zur Subjektivierung von Arbeit und einer möglichen politischen Subjektivierung angesetzt – beides wurde zusammenhängend noch nicht untersucht. Im Gegensatz zur Arbeitssoziologie, die mittlerweile auf eine langjährige Forschungstradition und eine Vielzahl empirischer Befunde zur Subjektivierung von Arbeit zurückblicken kann, gibt es in der Politikwissenschaft keine vergleichbare Subjektivierungsforschung – untersucht werden die Einstellungen der Bürger*innen[1] zu Demokratie und Politik (Einstellungsforschung) oder politische Beteili-

1 Die Studie hat sich um eine gendergerechte Sprache bemüht, was nicht immer einfach und möglich war, an einigen Stellen war eine Vereinheitlichung auch nicht sinnvoll. So wurde zum einen auf eine generelle Lesbarkeit geachtet. Auch ließ sich das Vereinheitlichen aufgrund des Zitierens von Begriffen wie *Bürger* oder *Arbeitskraftunternehmer* nicht realisieren. Zum anderen beziehen sich Begriffe wie *Bürger* oder *Handwerker* (so etwa bei Aristoteles) oft ausschließlich auf den männlichen Besitzbürger. Darum wurde an solchen Stellen von einer Vereinheitlichung abgesehen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gungsmöglichkeiten (Partizipationsforschung). Arbeitsformen kommen nicht vor. Genauso wenig hat die Arbeitssoziologie den Versuch unternommen, Arbeitshandeln als mögliches politisches Handeln in den Blick zu nehmen. Die vorliegende Studie will diese Lücke schließen und erforscht in einem explorativen Vorhaben, ob Arbeitshandeln politisches Handeln ist: Ist Arbeit (Selbstherstellen) eine politikwissenschaftliche Kategorie?

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1. Einleitung

> „Ich möchte, dass jeder, der einen fairen Schuh, ein faires iPhone, ein faires Auto haben will, […] den Mut hat, die Dinge selber zu produzieren. Und ich […] versuche Wege zu finden, wie man es schaffen kann, dass die Welt insgesamt irgendwie besser wird."

Mit diesen Worten beschreibt ein Akteur[1], der sich *Ethical-Economist**[2] nennt, seine arbeitsinhaltlichen Ziele. Boris Olwasko*, in Berlin lebend, stellt sogenannte *Bürger-Beutel** selbst her. Und er will die Art und Weise, wie wir arbeiten und leben, grundlegend verändern. Denn in einer Wirtschaft von morgen, sagt er, ginge es um eine „Wirschaft" – Olwasko will die Macht von Großkonzernen eindämmen. Darum stellt er Dinge nach ethisch-ökologischen und fair-sozialen Kriterien selbst her. Deshalb entwirft er Bauanleitungen, die er online stellt, damit auch andere diese Dinge selbst herstellen können. Zum Schluss, so macht er deutlich, solle alles „dem Allgemeinwohl zu Gute" kommen.

Olwasko ist einer unter vielen, die in der vorliegenden empirischen Studie untersucht werden. Und er repräsentiert einen bestimmten Typ Hersteller: Er stellt Designprodukte selbst her, ist aber kein studierter Designer – Boris Olwasko ist Autodidakt, der sich über Jahre ein breites Erfahrungswissen angeeignet hat, das er nun an andere weitergeben will. Auch andere Befragte der Studie gehen vergleichbare Wege. Obgleich sie unterschiedlich arbeiten, eint sie, dass sie Dinge selbst herstellen – und ein Teil von ihnen Gesellschaftskritik übt.

---

1 In dieser Studie wird der Akteursbegriff aus zwei Gründen verwendet: Erstens wird sich auf die Politikwissenschaft bezogen – untersucht wird das „Selbstverständnis als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20). Zweitens lehnt sich der Akteursbegriff an die Nachhaltigkeitsforschung (vgl. Rogall 2003: 237ff., 2004: 65ff.; Tremmel 2003: 23) und die Akteur-Netzwerk-Theorie von Bruno Latour an (vgl. Latour 2005, 2007). So können nach Latour auch Dinge, und das meint in dieser Studie Produkte, zu potenziellen Trägern gesellschaftspolitischer Positionen werden.

2 Das Symbol * kennzeichnet, dass Namen der Befragten und entsprechende Merkmale, die auf einen bestimmten Akteur schließen lassen, in dieser Studie anonymisiert worden sind. Die genauen Kriterien dazu werden im Methodenteil ab Kapitel 6 erläutert.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wie ist dieses Handeln zu verstehen? Und was sagt es über heutige Arbeits- und Produktionsformen aus? Ist das Selbstherstellen[3] womöglich eine politikwissenschaftliche Kategorie, weil Arbeitshandeln[4] politisches Handeln ist?[5] Schlägt man die Vielzahl der Literatur der letzten Jahre zu Begriffen wie „Selbermachen", „Do it Yourself"[6] oder zur Designtheorie[7] nach, drängt sich dieser Verdacht auf. Hier wird das Selbermachen nahezu in Dauerschleife zur „klandestinen Widerstandsbewegung" (Friebe/Ramge 2008: 16) erklärt. Das Handeln stünde für einen neuen „Imaginationsraum des Politischen" (Baier et al. 2016a: 23), für „kreative[n] Protest" (Gold 2011: 6) oder bilde eine „politische Stellungnahme in einem globalen Kontext" ab (Eisele 2011b: 70)– die Liste solcher Beispiele ließe sich fortsetzen. Auf der einen Seite wird darüber ein breites Feld von Arbeitsformen umrandet, das von der Handarbeit[8] über das Handwerk (Sennett 2009) bis hin zu neuen ökologischen[9] oder kreislauffähigen Unternehmensformen reicht – wobei die entsprechenden Begriffe meist nicht hinreichend geklärt werden. Auf der anderen Seite wird der Kreis zügig geschlossen. Im Selbermachen, so der Tenor, vollziehe sich eine unumkehrbare Verselbstständigung des Politischen. Nicht die Leistung des Einzelnen zähle. Eine neue „Kunst des Zusammenmachens" würde sich herausschälen, die von einem neuen „Geben und Nehmen" zeuge und zur „Destabilisierung der neoliberalen Subjektivität" führe (Baier et al. 2016b: 40) – kurzum: Das Selbermachen hat eine politische Dimension. Bei aller argumentativen Wildheit, die sich über die Jahre in der Literatur aufgetan hat, bleibt eines offen: Verstehen sich die Akteure selbst als politisch? Welches Arbeits- und Gesellschaftsverständnis liegt ihrem Handeln zu Grunde? Bis heute gibt es keine Studie, die das Arbeitshandeln an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft als mögliches politisches Handeln untersucht hat.

Die vorliegende Studie setzt an diesem Punkt an und fragt: Warum stellen Akteure nachhaltig[10] ökologisch oder fair-sozial[11] her? Haben sie ein „Selbstverständnis als poli-

3 Im Folgenden wird der Begriff Selbstherstellen für materielles Selbermachen verwendet. Die Gründe dafür werden im Kapitel 4.1.5 dargelegt.

4 Was unter Arbeitshandeln zu verstehen ist, wird unter Punkt 4.1.1 herausgearbeitet.

5 Der Begriff des politischen Handelns wird in dieser Studie nicht vorab definiert, sondern im Methodenteil in Anlehnung an das Datenmaterial entwickelt. Im Kapitel 4.1.1 wird auf das Konzept des politischen Handelns erstmals Bezug genommen.

6 Vgl. Friebe/Ramge 2008; Gold 2011; Baier et al. 2016a, 2016b; Bauwens 2016; Lehmann et al. 2015; Sylla 2016; Klaus/Zobl 2019; Kreis 2020; Schiná 2021: 62ff.

7 Auf politische Perspektiven im Designkontext wird in den Kapiteln 3.3, 4.1.7 sowie 4.3.2f gesondert eingegangen.

8 Vgl. Hornung et al. 2011; Eismann/Zobl 2011; Zobl 2011; Lehmann et al. 2015; Sylla 2016.

9 Der Begriff Ökologie wird in dieser Studie als verantwortungsbewusstes Handeln verstanden, was nicht grundsätzlich gilt. Das Wort Ökologie setzt sich aus dem Griechischen „oikos" von „Haus" und „logos" von „ein Platz um zu leben" zusammen (vgl. Metzler 1987: 51). Der Begriff beschreibt die „Wechselbeziehung zwischen pflanzlichen und tierischen Organismen" sowie die zwischen „ihrer Umwelt und deren Geofaktoren" (Braun 2002: 23). Zur Popularität verhalf dem Ökologiebegriff Ernst Haeckel (1843–1919), der ihn 1866 geprägt hat (vgl. Haeckel 1866: 286; siehe auch Bennauer 1994: 11; Braun 2002: 23; Radkau 2011: 74).

10 Auf den Begriff der Nachhaltigkeit wird im Kapitel 4.1.8 gesondert eingegangen.

11 Im weiteren Verlauf wird die Begriffszusammensetzung fair-sozial für Prozesse des sozialverantwortlichen Arbeitshandelns verwendet. Damit ist dasjenige Handeln gemeint, das über reines ökologisches Herstellen hinausgeht: Fair-soziale Prozesse können sich auf mögliche Kooperatio-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20; Massing 2012: 264)?[12] Und was verstehen sie dann unter Politik oder dem Politischen? Die Studie nimmt dazu gezielt die Bereiche Mode- und Produktdesign in den Blick, wo Begriffe wie Participatory Design (Unteidig 2018), Design as Politics (Fry 2011) oder Adversarial Design (DiSalvo 2012) seit Jahren gesellschaftspolitisch aufgeladen sind[13] – ohne dass die Handlungsstrategien empirisch auf politische Zielsetzungen untersucht wurden. Zum einen setzt die Studie damit am Diskurs um die Transformation der Arbeitsgesellschaft und der Forschung zur Subjektivierung von Arbeit an (vgl. Moldaschl/Voß 2003; Voß/Weiß 2005; Kleemann et al. 2019). Zum anderen wird die arbeitssoziologische Debatte mit Ansätzen aus Politikwissenschaft[14], Design- und Nachhaltigkeitsforschung[15] verknüpft. Genau an dieser Schnittstelle ist das Arbeitshandeln unerforscht.

Die Studie gliedert sich in zwei zentrale Felder: Erstens werden die Zielsetzungen der Akteure empirisch in einem qualitativen Verfahren untersucht – im Zentrum stehen die Produktionsprozesse als solche. Es geht um die individuellen Bedürfnisse und Strategien auf der Arbeitsebene, zugleich um mögliche kollektive Willensbildungen, die aus dem Arbeitshandeln resultieren: Sind die Akteure in Organisationen, Initiativen oder Netzwerke eingebunden? Organisieren sie sich politisch? Gründen sie eigene Initiativen? Wenn ja, mit welchen Zielen? Zweitens versteht sich die Studie als theoretische und historische Reflexion im Spannungsfeld von Arbeit und politischen Handlungsfeldern. Dass die Formen des Selbermachens als politisch verstanden werden, hat in hohem Maße mit der Aufwertung von Arbeit im historischen Verlauf zu tun. In allen vormodernen Gesellschaften – ausgenommen das Zeitalter Homers vor der Antike[16] – ist Arbeit weder Ausdruck einer arbeitsinhaltlichen gesellschaftspolitischen Kategorie noch eine Form der Ökologiekritik: Arbeit steht für Mühsal und Plage. Wer frei ist, ist frei von Arbeit. Und vom politischen Bereich sind diejenigen ausgeschlossen, die körperlich hart arbeiten und eine Verbindung zur Natur erkennen lassen (vgl. Arendt 2013: 187ff.; Jochum

nen beziehen, die im Arbeitskontext zustande kommen (mit sozialen Einrichtungen, politischen Initiativen etc.). Zugleich können sie auf faire Vergütungen oder Lieferkettentransparenz sowie die Auswahl von Materialien abzielen, die nicht nur ökologieverträglich sind, sondern auf fairen Arbeitsbeziehungen basieren.

12 Auf das bereits angesprochene Konzept des „Selbstverständnisses als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20) wird im Methodenteil im Kapitel 6.1.5 detailliert Bezug genommen.

13 Wenn in der Designforschung Produktionsprozesse als politische beschrieben werden, sind damit nicht gleich Formen des Selbermachens oder Selbstherstellens gemeint. Gleichwohl handelt es sich in der Regel um nachhaltige Produktionen, die der industrieförmigen seriellen Fertigung entgegenstehen – und die Formen des Selbermachens mit einschließen.

14 Vgl. Beck 1993; Meyer 1994; Nassehi 2003; Marchart 2010; Bedorf 2010; Mouffe 2011, 2015, 2016; Blühdorn 2013, 2018.

15 Vgl. Rogall 2003, 2004, 2012; Hackenberg/Empter 2011; Gebauer/Ziegler 2013; Warsewa 2016; Becke/Warsewa 2017; Neckel 2018; Blühdorn 2020; Jochum/Barth 2020.

16 Im Zeitalter Homers üben Handwerker*innen keine Ökologiekritik. Sie gelten als „Schöpfer der Zivilisation" (Sennett 2009: 34ff.). Dieses Ansehen schwindet im antiken Griechenland drastisch (was für die Kunst nicht gilt). Dieser Sachverhalt wird im historischen Teil ab Kapitel 4.2.1 vertieft.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2016: 132)[17] – Handwerker*innen, Versklavte und Tagelöhner*innen.[18] Erst im Mittelalter, als das Zunftwesen aufkommt und Arbeit schrittweise aufgewertet wird, tritt ein erster „sozial orientierter Experte" hervor (Sennett 2009: 327). Aber auch hier zeugt Arbeit von keiner arbeitsinhaltlichen Ökologie- oder Sozialkritik. Das Politische ist der Kampf um die Arbeitsbedingungen. Zugleich entsteht ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit Aufkommen der Reformbewegung Arts and Crafts und der ersten Handarbeitswelle (vgl. Gaugele 2011a: 12; Freiß 2011; Sylla 2016: 94) das, was man eine erste *normative* Subjektivierung im Arbeitskontext nennen könnte:[19] Arbeit wird mit sozialen und ökologischen Perspektiven verknüpft.[20] Das Arbeitshandeln wird zur normativen Kritikquelle.

Die zentrale Frage der Studie lautet damit: Für was stehen die Herstellungsformen heute? Hat das Selbstherstellen 170 Jahre nach der ersten Handarbeitswelle und dem Aufkommen von Arts and Crafts eine neue politische Dimension? Diese Frage stellt sich nicht nur darum, weil Akteure möglicherweise politische Zielsetzungen in Arbeitsprozessen verfolgen. Sie stellt sich, weil Arbeit und Produktion vor neuen zentralen Herausforderungen stehen: Die Textilindustrie schüttet jährlich in etwa Treibhausgasemissionen von insgesamt 1,2 Milliarden Tonnen CO_2 aus (vgl. Ellen MacArthur Foundation 2017: 20). Allein im Zeitraum von 1970 bis 1992 hat die industrielle Produktion in den OECD-Ländern um rund 70 Prozent zugenommen, bis 2002 ist sie um weitere 28 Prozent gestiegen (vgl. Karathanassis 2015: 45). Was Hans Jonas (2020 [1979]) vor vier Jahrzehnten als „Prinzip Verantwortung" in die Forschung eingeschrieben hat, einen ökologischen Imperativ als Subjektverantwortung, gewinnt gegenwärtig an Aktualität. Schon deshalb stellt sich die Frage, wie Arbeit und Produktion ökologieverträglich gestaltet werden. Daher ist auch eine historische Perspektive auf Arbeits- und Herstellungsformen unumgänglich, um entsprechende Veränderungen aufzuzeigen. Dass die „anthropogene Zerstörung des planetarischen Klimas" verhindert werden müsse, wurde erstmals 1992 durch die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro formuliert (Laux 2018: 18) – mit bis heute mäßigem Erfolg. Haben Herstellungsformen womöglich darum eine politische Dimension, weil politische Erfolge ausbleiben? Wird in Produktionskontexten das umgesetzt (selber gemacht), was die Politik kaum oder zu wenig imstande ist zu leisten?

Im nächsten Schritt werden dazu die entsprechenden Methoden und Wissenschaftszugänge aufgezeigt, die für diese Studie von Relevanz sind. Dort wird auch das Problem

17 Hannah Arendt führt das antike Verständnis im Wesentlichen auf Aristoteles zurück, wonach es ein Naturverständnis im Kontext des Herstellens noch nicht gibt. Vielmehr sei damit die „Entwertung der Welt und der Natur mit dem ihr inhärenten Anthropozentrismus" verbunden gewesen (Arendt 2013: 187). Die Kapitel ab 4.3.1 werden darauf zurückkommen.

18 Vgl. dazu Meier 1983: 41ff.; Brunkhorst 1994: 72ff.; Nippel 2000: 57ff.; vgl. Engler 2005: 27ff.; Meyer 2006: 72; Gorz 2010: 40ff.; Jochum 2018.

19 Die *normative* Subjektivierung geht auf Martin Baethge zurück, die sich auf Sinnkontexte und gestiegene Bedürfnisse im Arbeitskontext bezieht (vgl. Baethge 1991, 1994a, 1994b). In den nächsten Kapiteln wird darauf gesondert eingegangen.

20 Diese Entwicklung war mit der Aufwertung von Arbeit verbunden, die in den Kapiteln 4.2.1b/c beschrieben wird. Dort wird auch dargelegt, dass es als bestritten gilt, dass sich die Kritik von Arts and Crafts vorrangig an „sozialen Missständen" orientiert hat (Reckwitz 2014: 146).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dargelegt, warum Arbeitshandeln bislang als kein politisches Handeln untersucht worden ist. Im Anschluss daran werden die forschungsleitenden Fragen formuliert.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

2. Problemaufriss und Forschungsziel

Dem Selbermachen lässt sich immer eine politische Perspektive abgewinnen. Das rührt schon daher, weil die handwerkliche Verrichtung der Massenfertigung entgegengestellt werden kann und damit etwas Gesellschaftspolitisches hat – da die Arbeitsformen für Ressourcenschonung und neue Arbeitsverantwortung stehen. Die Argumente dazu werden seit Jahren in Stellung gebracht: Richard Sennett spricht von neuem nachhaltigen „Umwelthandwerk" und fordert eine „Veränderung unserer bisherigen Nutzung der Ressourcen" (Sennett 2009: 24). Niko Paech appelliert für „kreative Subsistenz" und macht eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft geltend (Paech 2014: 120ff.) – Christine Ax wiederum tritt für heutige „Könnerschaft" ein und spricht sich für eine humanere Version von Arbeit durch das Handwerk aus (Ax 2009: 25ff.). Wo sich solche Stimmen mehren, sind die Gegenperspektiven meist nicht weit, und sie werden vorrangig von der Arbeitssoziologie vorgetragen. Hier wird das Selbermachen zum Abbild einer neuen Leistungskultur erklärt. Man könnte dazu Dennis Eversbergs Begriff der „Dividualisierung" (2014) anführen, der vor Jahren mit Nachdruck beschrieben hat, wie Arbeitslose im Zuge der Hartz-IV-Reformen zur Selbstaktivierung am Arbeitsmarkt gedrängt werden – und damit *selber machen*. Genauso ließe sich Frieder Wolfs Begriff des „Selbertun[s]" (2001) anbringen, womit Wolf das Spannungsfeld von idealisierter Selbstbestimmung und moderner Selbstausbeutung beschreibt und alte, auf rigiden Mustern der Kontrolle basierenden Ausbeutungsmuster zur Vergangenheit erklärt. Auch Formen des „arbeitenden Kunden" (Voß/Rieder 2005) oder eines „arbeitenden Nutzers" (Voß 2020) ließen sich hinzufügen, weil sie nichts anderes als neuzeitliche Formen des Selbermachens sind – im Falle des „arbeitenden Kunden" werden Konsument*innen zu unbezahlten Mitarbeiter*innen und ersetzen einst bezahlte Arbeitsplätze. Der „arbeitende Nutzer" arbeitet hingegen (bewusst wie unbewusst) großen Tech-Konzernen bei der Gewinnung, Verarbeitung und Lieferung von Daten zu – in der Folge bauen Konzerne ihre Vormachtstellungen aus.[1] Das heißt, mit dem Selbermachen eröffnet sich ein vielschichtiges Feld. Der Begriff steht nicht nur für neue Möglichkeitsräume. Er bildet heutige Machtkonzentrationen ab: Das Selbermachen ist Abbild einer Gesellschaft, die sich zunehmend selbst aktiviert.

1 Siehe dazu auch Ramge/Mayer-Schönberger 2017; Ramge 2017; Scholz 2014; Staab 2019.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Das Wissenschaftsproblem, das an dieser Stelle ausgemacht werden kann, und das zur Forschungsfrage überleitet, ist, dass der Begriff in der öffentlichen Wahrnehmung und in weiten Teilen der Wissenschaft meist nur für die eine Tendenz steht: Das Selbermachen ist Ausdruck von nachhaltiger Produktion und schlankem Konsum. Der Begriff ist nicht nur hochgradig politisch aufgeladen. Er wird in hohem Maße unwissenschaftlich verwendet. Das Problem ist auch nicht nur ein empirisches, weil entsprechende Studien fehlen (siehe dazu der Forschungsstand ab Kapitel 3). Es ist ein historisches und zeitgenössisches Problem, da der Begriff suggeriert, dass er für eine demokratietheoretische Tradition der Produktion stehe. Schon ein Blick in die Geschichtsbücher lehrt jedoch, dass das Selbermachen im historischen Verlauf alles andere als Ausdruck von Selbstbestimmung war und ist: So breitete sich zunächst in der hellinistischen Zeit (338 – 30 v. Chr.) die von Griechenland ausgehende Form des *Ergasterions* aus (vgl. Müller 1997: 21). Handwerksbetriebe mit bis zu hundert Sklaven und Lohnarbeiter*innen waren an der Mittelmeerküste zwangsbeschäftigt (vgl. ebd.). Und selbst heute arbeiten und leben über den Globus verteilt rund 50 Millionen Menschen unter Zwang, Herrschaft und Fremdkontrolle – und viele von ihnen müssen selbst herstellen.[2] Der Begriff Selbermachen ist nicht nur westlich geprägt. Er ist demokratietheoretisch eingefärbt.

Ziel einer arbeitssoziologischen Studie muss es darum sein, eine derartige idiosynkratische Verengung im Vorfeld zu vermeiden. Das gilt nicht nur bezogen auf eine politische Perspektive, die in dieser Studie untersucht wird. Das gilt grundsätzlich, wenn man Arbeitsprozesse erforschen will. Das Problem dieser Begriffsverengung zeigt sich auch nicht nur im kulturhistorischen Diskurs, der das Selbermachen seit Jahren zur politischen Praxis erklärt. Es offenbart sich in der arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung, hier allerdings in beinah umgekehrter Weise: Das Arbeitshandeln wird erst gar nicht unter politischen Gesichtspunkten untersucht. Zwar diskutiert die Arbeitssoziologie seit Mitte der 1980er Jahre einen erweiterten Arbeitsbegriff (vgl. Senghaas-Knobloch 2005; Peter/Peter 2008: 124ff.; Voß 2018: 15ff.), der Arbeit auf keine Lohnarbeit verengt – darunter fallen Formen der Eigenarbeit[3], Gefühlsarbeit (vgl. Dunkel 1988; Brucks 1999), interaktiven Arbeit (vgl. Dunkel/Weihrich 2018), Care-Arbeit[4] (vgl. Gottschlich/Katz 2018; Winker 2021; Gottschlich/Hackfort 2022) bis hin zur nachhaltigen Arbeit (vgl. Pongratz 2016; Neckel 2018; Henkel et al. 2021), und in Bezug auf die Nachhaltigkeitsdebatte nimmt die Soziologie mittlerweile sogar eine „erweiterte Subjektper-

2 Laut einer Studie der niederländischen Organisation SOMO müssen Fabrikarbeiter*innen in Ländern wie Myanmar (Burma) unter unmenschlichsten Bedingungen arbeiten und auch selbst herstellen. Vor allem Textilkonzerne wie H&M oder Takko nutzen das vom Militär kontrollierte Land als Billigwerkbank (vgl. Theuws et al. 2017; Klawitter 2017). Nach Angabe der Vereinten Nationen leben heute rund 50 Millionen Menschen unter Bedingungen der modernen Sklaverei – darunter 28 Millionen Zwangsarbeiter*innen und 22 Millionen Zwangsverheiratete (vgl. ILO 2022).

3 Der Begriff der Eigenarbeit firmiert in der Soziologie als „Oberbegriff" für all jene Tätigkeiten, die nicht vermarktet sind, „sondern selbst geleistet" werden (Scherhorn 2000: 350f.; vgl. auch Offe/Heinze 1990: 47).

4 Der Begriff Care zielt auf vielerlei Aktivitäten ab, so etwa auf die Sorge, Fürsorge, das Versorgen, Betreuen, Pflegen, Kümmern, Behüten oder Zuwenden (vgl. Gottschlich/Hackfort 2022: 307ff.). Care-Arbeit umfasst insgesamt ein Spannungsfeld von unbezahlter Hausarbeit bis zur bezahlten Sorge- und Pflegearbeit, schließt aber auch Aspekte der demokratietheoretischen Arbeit mit ein.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

spektive" ein, womit soziale, ökologische und/oder politische Sinnansprüche in Arbeit geltend gemacht werden (vgl. Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.). Allerdings werden die Arbeitsformen als kein mögliches politisches Handeln untersucht.[5] Gleiches gilt für die Politikwissenschaft. Auch sie verweist – maßgeblich beeinflusst durch den Begriff der Subpolitik bei Beck (vgl. Beck 1986, 1993, 1994) – seit Jahren auf einen erweiterten Politikbegriff, der das Politische nicht nur auf Parteien oder die institutionelle Seite der Politik bezieht (vgl. Leggewie 1994; Meyer 2006: 158; Regier 2023: 25ff.). Als politisch gelten nunmehr Formen vom unkonventionellen Protest über alternative Lebenskonzepte bis hin zum politischen Konsum.[6] Das Pendant zu letzterem aber, die politische Produktion, gibt es in der Forschung bis heute nicht.[7]

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie werden in dieser Studie schrittweise dargelegt. Der Hauptgrund ist allerdings der, dass sowohl in der Arbeitssoziologie als auch Politikwissenschaft eine breite Skepsis vorherrscht, Prozesse der Verökonomisierung unter gesellschaftspolitische Vorzeichen zu stellen. Diese Bedenken kann man angesichts eines entgrenzten Kapitalismus teilen, der Flexibilität, Kreativität und Selbstbestimmung zu neuen Leitlinien erklärt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003). Zum einen setzt diese Perspektive aber an einem Wirtschaftsverständnis an, das zwischen Wachstum und Postwachstum nicht ausreichend differenziert – vielmehr wird der Markt zur universellen Größe erklärt, dem das Subjekt restlos ausgeliefert scheint. Zum anderen werden mögliche politische Perspektiven darüber im Vorfeld ausgeblendet. Diese aber zu untersuchen, ist Aufgabe von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft. Und insgesamt lassen sich dazu drei zentrale Wissenschaftseinflüsse anführen, die darlegen, warum Arbeitshandeln bislang als kein politisches Handeln untersucht worden ist, an die in der Folge aber angeschlossen werden kann: Erstens macht sich in der Arbeitssoziologie bis heute ein breiter Marx-Einfluss bemerkbar, der Produktivität

5 Über den Begriff Selbermachen wird in der Arbeitssoziologie dennoch ein „emanzipatorisches Potenzial" geltend gemacht (Scherhorn 2000: 350ff.). So hebt Scherhorn Produktionsprozesse hervor, die eine enge Bindung an ein produziertes Gut nach sich ziehen und die Bereitschaft mindern, andere Produkte „schnell durch ein neueres zu ersetzen" (ebd.: 369).

6 Politischer Konsum soll in dieser Studie in Anlehnung an Michael S. Aßländer als „eine auf ethischen oder politischen Überlegungen basierende Wahl zwischen Produkten und Herstellern" verstanden werden, um „Unternehmenspolitik oder institutionelle Strukturen zu verändern" (Aßländer 2011: 69). Diese Definition findet sich vergleichbar auch an anderen Stellen (so etwa bei Stolle et al. 2003: 154; siehe auch Baringhorst et al. 2007: 14 oder van Deth/Zorell 2020: 395ff.).

7 Die Politikwissenschaft hat mittlerweile den ethischen, politischen Konsum in die Beteiligungsforschung eingeführt (vgl. Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Jörke 2011; Nolte 2011: 10; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; van Deth/Zorell 2020; Mock 2020; Butzlaff 2020). Politische Produktion klammert sie dagegen aus. Die Gründe dafür werden im Kapitel 3.2 dargelegt. Das Kapitel 8.5.2 wird abschließend diskutieren, ob Formen des Selbstherstellens als politische Beteiligung gelten können.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mit Verökonomisierung gleichsetzt – und das Politische davon unterscheidet.[8] Diese Perspektive findet sich bei Adorno über Horkheimer bis zu Arendt und Habermas (siehe zur Diskussion Habermas 1987: 208). Zugleich werden in der jüngeren Diskussion Naturverhältnisse in Bezug auf Marx neu thematisiert (vgl. Barth et al. 2016b; Pongratz 2016) – darin könnte man durchaus eine politische Perspektive ausmachen, weil Ökologiefragen eine politische Dimension haben. Es werden aber vorrangig die Risiken durch die Vernutzung der Ressource Arbeitskraft problematisiert – aus dem Blick geraten mögliche gesellschaftspolitische Perspektiven des Arbeitshandelns. Zweitens, auch das bezieht sich auf die Arbeitssoziologie, ist der Einfluss von Foucault auf die Subjektivierungsforschung unverkennbar. Im Gegensatz zur Politikwissenschaft, die in Bezug auf Foucault ein politisches Kritikvermögen durch die mögliche (Selbst)-Befreiung des Subjekts von gesellschaftlichen Machtstrukturen bestimmt (vgl. Marchart/Martinsen 2019: 1ff.; Sarasin 2019: 9ff.)[9], bleibt die Stellung des Subjekts in der Arbeitssoziologie vorrangig eine Bestimmung durch Gesellschaft: Im Vordergrund steht keine (Selbst)-Befreiung des Subjekts von gesellschaftlicher Macht. Ins Zentrum rückt die *ideologische* Subjektivierung als Übermacht der Arbeit.[10] Drittens, und das bezieht sich auf die politische Philosophie/Soziologie und die Politikwissenschaft, haben sich Teile der Forschung bis heute nicht von der Aristotelischen Teilung von *Poiesis* (Herstellen) und *Praxis* (Tätigsein), von Herstellen und Handeln, erholt. Aristoteles (2018 [1837]), und weiterführend dazu Hannah Arendt (2013 [1958]) und Jürgen Habermas (2017 [1969]: 9ff.), haben Produktionsformen strikt von politischem Handeln getrennt – bei Aristoteles und Arendt verläuft diese Trennung zwischen *Poiesis* (Herstellen) und *Praxis* (Handeln), bei Habermas zwischen Arbeit und Interaktion.[11] In dieser Perspektive ist politisches Han-

8 Diese Perspektive beschränkt sich nicht nur auf Marx. Sie findet sich auch bei Durkheims Begriff der modernen Arbeitsteilung, worüber die Zerstörung tradierter Solidarität beschrieben wird (vgl. Durkheim 1996 [1930]). Auch Webers Rationalisierungsbegriff ließe sich hinzufügen. Im Gegensatz zu Marx problematisiert Weber allerdings keine Produktionsverhältnisse. Er richtet den Blick auf die Ausdehnung kapitalistischer Wirtschaftstätigkeiten durch die bürokratische Herrschaft (vgl. Weber 1967, 2005). Die Kapitel ab 4.1.1 werden darauf zurückkommen.

9 Die Politikwissenschaft macht vor allem in der Foucaultschen Entunterwerfung einen Wendepunkt aus (vgl. Marchart/Martinsen 2019: 1ff.; Sarasin 2019: 9ff.). Zielt Macht bei Foucault grundsätzlich auf eine „Vervielfältigung von Kräfteverhältnissen" ab (Foucault 1983: 94), von der sich das Subjekt nicht befreien kann, steht die Entunterwerfung für das Vermögen, über das „sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin" zu hinterfragen (Foucault 1992 [1978]: 15). Allerdings spielen Arbeitsformen bei Foucault keine Rolle. Darum wird sein Ansatz in dieser Studie nicht weiter verfolgt, vereinzelt wird auf Foucault jedoch zurückzukommen sein.

10 Zwar stellt auch die Arbeitssoziologie in Anlehnung an Begriffe wie dem „Selbstregieren" (Foucault 2008: 118f.; 2012; vgl. Mönch 2018: 61ff.), einem „Gegen-Verhalten" (Foucault 2004: 292; vgl. Kastner 2008; Mönch 2018: 68) oder der „Entunterwerfung" (Foucault 1992: 14, 2008: 53; vgl. Manske 2016a: 151f.) ein Widerstandspotenzial im Arbeitskontext in Aussicht. Gemeint ist aber keine arbeitsinhaltliche, normative politische Perspektive der Subjektivierung. Betont werden Formen des Widerstandes gegen arbeitsmarktbezogene Zuschreibungen (so beispielsweise bei Alexandra Manske, die „Empörungswellen" von Kreativschaffenden in Bezug auf Foucaults Entunterwerfung in den Blick nimmt, vgl. Manske 2016a: 151f.).

11 Den Begriff der Interaktion arbeitet Habermas im Wesentlichen in seinem Aufsatz „Arbeit und Interaktion" heraus (Habermas 2017 [1969]). Im Gegensatz zur Arbeit, die für Habermas für das

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

deln Ausdruck intersubjektiver Beziehungen, die frei von Zweckbestimmungen sind: Herstellen ist kein Handeln, die Selbstproduktion nichts Politisches.[12] Das Politische ist das Handeln frei von Zwecken – frei von Herstellen.

Die Frage drängt sich förmlich auf, ob diese Perspektive angesichts neuer klimatischer Herausforderungen und notorischer Dauerkrisen heute noch Bestand hat: Ist der Zweck, *Telos*, in der Tradition Arendts „Zweckprogressus ad infinitum" (Arendt 2013: 183) und bei Habermas erfolgsorientiertes Handeln (Habermas 1987 [1981]: 131ff.), noch auf Nutzenmaximierung oder Fremdbestimmung reduzierbar? Oder steht er – nichts anderes behaupten weite Teile der Designforschung – für ein neues Problembewusstsein und heutige gesellschaftliche Lösungskompetenz? Selbst Ansätze der politischen Philosophie und Politikwissenschaft, nicht zuletzt die des Pragmatismus, sehen in Zweck-Mittel-Relationen ein politisches Vermögen:[13] Hat das, was Arendt und Habermas ausgeschlagen haben, eine politische Perspektive auf zweckbezogene Produktionsverhältnisse, eine neue politische Dimension? Die vorliegende Studie nimmt sich dieser Frage an. Und sie hat nicht nur explorativen Charakter, weil entsprechende Studien fehlen. Sie ist als interdisziplinäres Forschungsprojekt zu verstehen, da sie die Forschungsbereiche aus Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft mit der Nachhaltigkeits- und Designforschung zusammenführt.

Damit verfolgt die Studie zwei Ziele: Sie untersucht erstens die Arbeitsformen empirisch. Sie skizziert zweitens die Entwicklung von Herstellungskontexten im historischen Verlauf. Zum einen steht damit der Wandel der Arbeitswelt um Leitbegriffe wie Kreativität, neue Nachhaltigkeit, die Atypisierung und Projektförmigkeit von Arbeit unter den Bedingungen der Flexibilisierung[14] im Zentrum. Zum anderen wird an die Debatte um die Transformation der „politischen Gesellschaft" (Greven 2000) um Begriffe wie „Subpolitik" (1986, 1993), „Mikropolitik" (Krause/Rölli 2010) oder die „Politisierung von Lebensstilen" (Baringhorst 2015: 18) angeknüpft – was Gesellschaft in hohem Maße verändert. Die Zunahme von Kontingenz (vgl. Joas 1996; Greven 2000, 2009; Thaa 2011), von Unbestimmtheit, spielt dabei genauso eine Rolle wie der gestiegene Anspruch an Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Und die Frage ist, wie sich dieser Wandel in Arbeitsprozessen vollzieht.

Zweckgerichtete und Instrumentelle steht, bildet die Interaktion das verständigungsorientierte Handeln ab. Habermas wendet sich damit zum einen von Hegel ab, der Arbeit und Interaktion als Akt der „Emanzipation von der Gewalt äußerer wie innerer Natur" versteht (Habermas 2017 [1969]: 35). Zum anderen geht er zu Marx auf Distanz (vgl. Lieb 2005: 174; Voß 2018: 40f.), da Marx kommunikatives Handeln auf instrumentales zurückführe und eine Gesellschaftsutopie entwerfe, in der Arbeit das Kommunikative durchdringt (siehe zur Vertiefung die Kapitel 4.1.1 und 8.2.4).

12 Auf Aristoteles und Hannah Arendt wird im Kapitel 4.1.2 gesondert eingegangen. Im Kapitel 4.1.4 wird auf die Poiesis-Praxis-Relation Bezug genommen.

13 Auf einzelne Ansätze wird in dieser Studie zurückzukommen sein. Die Kapitel 4.1.7 und 4.3.2d sowie 4.3.2f widmen sich dem Schwerpunkt Design. Ansätze des Pragmatismus werden in den Kapitel 4.1.4 und abschließend unter 8.2.1 behandelt. Das Kapitel 4.1.4 wird zudem Ansätze aus politischer Philosophie und Politikwissenschaft im Kontext der Selbstproduktion diskutieren.

14 Vgl. Dettling 2000: 202ff.; Keller/Seifert 2013; Dütsch/Struck 2014; Dörre 2014, 2017; Minssen 2012: 49ff.; Schmidt 2018; Kleemann et al. 2019: 26ff.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2.1 Forschungsleitende Fragestellung

Die Forschungsfrage dieser Studie lautet:

Mit welchen Zielen stellen Akteure Produkte selbst her?

Weiterführend geht es damit um folgende Fragen:

Handeln Arbeitssubjekte mit gesellschaftspolitischen Zielen, wenn sie Produkte nach ökologischen und/oder fair-sozialen Kriterien selbst herstellen? Welches Selbstverständnis liegt ihrem Arbeitshandeln zu Grunde? Verstehen die Akteure sich und ihr Handeln als politisch? Wenn ja, was verstehen sie dann unter Politik/dem Politischen und wie drücken sich die Zielsetzungen in den Arbeitsprozessen, der Produktgestaltung und Umsetzung aus?

Untersucht werden folglich keine politischen Einstellungen als Ausdruck individueller Orientierungen und als Reaktion auf politische Situationen und Objekte (vgl. Gabriel et al. 2020: 30ff.; Gabriel 2020: 230ff.). Auch geht es um keine *policy*-Orientierungen, die sich nur auf einzelne Politikfelder beziehen (vgl. Trüdinger 2020). Gefragt wird, ob es sich um politische Akteure handelt. Dazu wird auf das Konzept des „Selbstverständnis als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20; Massing 2012: 264) zurückgegriffen, das jedoch modifiziert wird. Inhaltlich bewegt sich die Studie dazu anhand zweier Pole: Zum einen wird an der Beobachtung angesetzt, dass Arbeit in der Gesellschaft an Bedeutung gewonnen hat und für neue Sinnkontexte steht (vgl. Baethge 1991; Koppetsch 2006) – und die Frage ist, ob Sinnbezüge politisch sind. Zum anderen steht die Entwicklung im Mittelpunkt, dass das Interesse an Politik und Gesellschaft über die Jahre konstant hoch ist[15], das Ansehen von Parteien jedoch schwindet und sich politische Ausdrucksmöglichkeiten pluralisieren – verbunden mit der Frage, ob das Arbeitshandeln Ausdruck dieser Pluralisierung ist.

2.2 Ausgangsthesen, Forschungsrahmen, Wissenschaftszugänge

Von welchen Ausgangsthesen[16] ist in dieser Studie auszugehen? Welche Wissenschaftszugänge sind wichtig? Zunächst lassen sich in historischer Perspektive drei zentrale Thesen formulieren, die sich auf den Zusammenhang von Arbeit und Politik beziehen – und die ab Kapitel 4.2 Gegenstand sein werden: Erstens sind die Formen des Selbermachens und Selbstherstellens historisch weder neu noch sind sie nur auf atypisierte Arbeitsfelder oder politische Praxen reduzierbar. Prozesse des Selbermachens und Selbstherstellens finden sich in nahezu sämtlichen historischen Kontexten. Darum ist das Selberma-

15 Vgl. Maier 2000a: 142; Neller 2002: 489ff.; van Deth 2013b; Blühdorn 2013: 63.

16 Die Ausgangsthesen beziehen sich allerdings nur auf eine historisch-theoretische Betrachtung von Arbeit und Politik, um Veränderungen von Herstellungs- und Politikformen ab Kapitel 4.2 im historischen Verlauf aufzuzeigen. Für den empirischen Teil werden dagegen keine Ausgangsthesen zur Überprüfung formuliert – es werden Thesen im Sinne der Erkenntnisgewinnung generiert.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

chen zunächst auch nur als soziales Handeln zu verstehen, das Selbstherstellen ist die materialisierte Produktionsform des Selbermachens (vgl. Kapitel 4.1.5). Zweitens haben sich gesellschaftspolitische Perspektiven im Kontext des Selbstherstellens erst entwickelt, als Arbeit aufgewertet und ökonomisiert wird – das Handwerk gerät ökonomisch unter Druck. Zugleich entsteht ein gesellschaftspolitisches Bewusstsein im Arbeitskontext, das sich gegen die Verökonomisierung richtet. Drittens gehen aus der Selbstorganisation der Bürger*innen ab dem 18. Jahrhundert sozialstaatliche Organisationen und Institutionen hervor (Parteien, Gewerkschaften etc.), ehe sie heute, das wird im historischen Teil ab 4.3.2 zu zeigen sein, durch den Anspruch an Selbstbestimmung in Frage gestellt werden.

Für diese Studie heißt das, dass im historischen Teil der Bedeutungswandel von Arbeit und Politik skizziert wird (ab Kapitel 4.2). Die Verzahnung von Arbeit und Politik steht dabei genauso im Zentrum wie die Ökonomisierung von Arbeit. Im empirischen Teil wird anknüpfend daran gefragt (und untersucht), wie sich die Arbeitsformen des Selbstherstellens gestalten, und ob die Akteure mit politischen Zielen handeln. Dazu wird auf empirischer Ebene auf Methoden der Grounded Theory zurückgegriffen. Auf theoretischer Ebene schließt die Studie gleich an ein ganzes Bündel von Ansätzen an, die ab Kapitel 4 diskutiert werden. Wie bereits angeführt, bildet Hannah Arendts Triade von Arbeit, Herstellen und Handeln den Ausgangspunkt. Arendt hat in „Vita activa" (2013 [1958]) nicht nur die Veränderungen der Arbeitswelt herausgearbeitet, die sich auf heutige Verhältnisse beziehen lassen. Sie hat Arbeit und Herstellen in Beziehung zum politischen Handeln gesetzt, alle drei Bereiche jedoch voneinander getrennt – und die Frage ist damit, wie sich Arbeits- und Politikformen heute auf der Handlungsebene vollziehen. Dazu reicht allerdings Arendts Triade nicht aus, weder theoretisch noch empirisch. Arendt hat zwar einen ontologisch normativen Politikbegriff entworfen, der sich als „begründete Handlungstheorie" (Greven 1993: 89) verstehen lässt – und sie hat damit die konstitutiven gesamtgesellschaftlichen Bedingungen für das Handeln herausgearbeitet, das sie aus dem metaphysischen politischen Denken der Platonisch-Aristotelischen Lehre herleitet. Das Handeln hat allerdings mehr eine übergeordnete Dimension. Es steht für einen Möglichkeitsraum, über den die Subjekte in Beziehung zueinander treten und politisch werden (können). Das Handeln ist bei Arendt aber weder empirisch begründbar noch an klaren Kategorien messbar. Hannah Arendt hat sich sogar vehement gegen empirische Evidenzen im Kontext des Handelns ausgesprochen.[17] Darum braucht es weitere Ansätze.

Ausgehend vom kulturhistorischen Diskurs des Selbermachens, der die Produktionsformen vielfach zum politischen Handeln oder zur politischen Beteiligung[18] erklärt,

17 Hannah Arendt hat sich mit aller Vehemenz dagegen ausgesprochen, politische Vorgänge wie die Konstruktion eines Stuhls zu betrachten oder berechnen zu wollen (vgl. Arendt 2013: 181ff.) – schon darum ist das Herstellen für sie nichts Politisches. Schon deshalb kann Arendt für keine empirische Analyse herangezogen werden.

18 Was politische Beteiligung meint, wird indes nicht definiert. Auch wird unter Beteiligung in der Forschung unterschiedliches verstanden. So versteht die Arbeitssoziologie darunter mehrheitlich Mitbestimmungsprozesse im Betrieb (vgl. Merz/Wolff 1990: 42). In der Designforschung gilt Beteiligung dagegen entweder als „Teilhabe an Planung und Gestaltung der artifiziellen Umwelt" (Mareis 2013: 10) oder als Form „des politischen Aktivismus im Kontext von gesellschaftlichen und

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lassen sich drei zentrale Wissenschaftszugänge anführen, in deren Spannungsfeld der Zusammenhang von Herstellungskontexten und politischen Prozessen untersucht werden kann: Erstens geht es um einen mikrosoziologischen Zugang, der die Zielsetzungen auf Akteursebene empirisch in den Blick nimmt. Gemeint ist, wie dargelegt, ein methodisch-qualitativer Ansatz, der sich an die Grounded Theory[19] anlehnt und der eine offene Forschungsperspektive zulässt (vgl. Glaser/Strauss 2010 [1967]; Kleemann et al. 2009; Kelle/Kluge 2010). Zugleich ist aber die Reflexion von Subjektivierungsprozessen auf theoretischer Ebene von Relevanz. Dazu wird einerseits an die These der *normativen* Subjektivierung von Arbeit bei Baethge angeknüpft (Baethge 1991, 1994a, 1994b), die eine Zunahme von Sinnkontexten in Arbeitsprozessen prognostiziert. Andererseits wird auf die *aktive* Subjektivierung Bezug genommen, die in der Arbeitssoziologie mehrheitlich für die Zunahme von Erfordernissen in der Arbeitswelt steht[20] – und die Frage ist, ob Aktivierung heute auch im politischen Sinne zu verstehen ist: Aktivieren sich Subjekte gesellschaftspolitisch über ihr Arbeitshandeln? Für den theoretischen Teil bedeutet das, den arbeitssoziologischen Diskurs um den „Arbeitskraftunternehmer" (Voß/Pongratz 1998; Pongratz/Voß 2004)[21], das „unternehmerische Selbst" (Bröckling 2007)[22] und den „neuen Geist des Kapitalismus" (Boltanski/Chiapello 2003)[23] zum Ausgangspunkt zu nehmen, Subjektivierung aber auf keine Marktsubjektivierung zu reduzieren. Vielmehr gilt zu fragen, ob sich kreative Arbeit als politische Mobilisierung verstehen

politischen Fragestellungen" (ebd.: 17). Die Politikwissenschaft unterscheidet wiederum grundsätzlich zwischen konventionellen/unkonventionellen und institutionalisierten/nicht-institutionalisierten Formen der Partizipation (vgl. van Deth/Zorell 2020: 396) – zu ersteren gehören die Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften o.ä., zu zweiteren Bürgerbeteiligungen, Protest, Widerstand oder der politische Konsum (siehe weiterführend dazu Kaase/Marsh 1979: 42; Kaase 1982, 1997; Niedermayer 2005: 195; Pickel 2012: 41; 2018: 183; Landwehr 2020; Gabriel 2022).

19 Das genaue methodische Vorgehen wird ab Kapitel 6 dargelegt.

20 Vgl. Kleemann et al. 2003: 91ff.; Voß/Weiß 2005: 140; Kleemann et al. 2019: 170ff.

21 Die These zum Arbeitskraftunternehmer von G. Günter Voß und Hans J. Pongratz beschreibt den Wandel vom verberuflichten Arbeiternehmer hin zum verbetrieblichten Typus Arbeiter, der seine eigene Arbeitskraft heute wie ein Unternehmer in neue Marktkontexte einbringen muss (vgl. Voß/Pongratz 1998; Pongratz/Voß 2004) – eine verstärkte Selbstorganisation und Selbstkontrolle sowie die zunehmende Selbstökonomisierung seien die Folgen (vgl. Pongratz/Voß 2004: 14f.).

22 Bröcklings „Das unternehmerische Selbst" schließt nahtlos an den „Arbeitskraftunternehmer" bei Voß/Pongratz und den „neuen Geist des Kapitalismus" bei Boltanski/Chiapello an. Im Gegensatz zu Voß/Pongratz, die vom verbetrieblichten Arbeitskraftunternehmer sprechen, erweitert Bröckling die Perspektive auf eine übergeordnete ideologisierte Form der Subjektivierung. Das Augenmerk richtet sich damit weniger auf die betriebliche „Subjektivierung von Arbeit", vielmehr auf eine gesamtgesellschaftliche „Arbeit der Subjektivierung" (Bröckling 2007: 48; siehe zur Vertiefung das Kapitel 2.3).

23 Mit dem „neuen Geist des Kapitalismus" beschreiben Boltanski/Chiapello den Wandel von Kapitalismus- und Kritikformen (Boltanski/Chiapello 2003). Das Neue am heutigen Kapitalismus und entsprechenden Kritikformen sei, dass der moderne Kapitalismus im Gegensatz zu allen vorherigen Formen die gegen ihn gerichtete Kritik marktkonform verwerte: Das, was einst Kritikformen waren, das Einfordern von flachen Hierarchien und Mitbestimmungen, seien die heutigen Wesensmerkmale einer flexiblen Ökonomie.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lässt; und das heißt auch, dass Arbeit im Vorfeld weder auf Lohnerwerbsarbeit reduziert werden kann noch lassen sich nur erwerbsfreie Arbeitsformen untersuchen – genau das ist ein Problem der Forschung. Auf der einen Seite wird kreative Arbeit heute unter Begriffen wie der „künstlerisch-kreative[n] Arbeit" (Manske 2016a: 35ff.) als vorrangig erwerbsförmige Arbeit in den Blick genommen – damit werden Arbeitsformen ökonomisch verengt, diese Verengung wird im nächsten Schritt wiederum kritisiert. Auf der anderen Seite werden die Arbeitsformen des Selbermachens aus der Ökonomisierungszone entfernt – und darüber politisiert, weil sie als erwerbsfreie Arbeiten gelten. Wichtig ist darum ein neutraler Zugang, und das heißt, dass zunächst nur die Eigeninitiative und das Selbstherstellen konstitutiv für das Handeln sind, verbunden mit der Frage, ob sich darin politische Zielsetzungen zeigen.

Zweitens knüpft die Studie an die Politikwissenschaft an. Ziel ist es hier, die *normative* und *aktive* Subjektivierung der Arbeitssoziologie auf politische Aspekte hin zu untersuchen. Wie unter Punkt 2 dargelegt, ist Arbeitshandeln in der Politikwissenschaft bislang keine politische Kategorie.[24] Zum einen heißt das empirisch nach den Zielsetzungen der Akteure zu fragen – es geht um das bereits angesprochene mögliche „Selbstverständnis als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20). Zum anderen ist auf theoretischer Ebene von Interesse, inwiefern Kreativität politische Initiativität bedeutet – und damit für mögliche Formen der Subpolitik steht (vgl. Kapitel 4.3.2b).

Drittens wird die arbeitssoziologische und politikwissenschaftliche Perspektive mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verknüpft, was einleitend bereits angeführt wurde und schon darum unvermeidbar ist, weil ökologische und fair-soziale Produktionsprozesse untersucht werden – damit steht die Design-[25], Nachhaltigkeits- und Social-Entrepreneurship-Forschung[26] im Zentrum. Begriffe wie „Social Design" (vgl. König 2014; Banz 2016; Rölli 2016), „nachhaltiges Design"[27], „Public Interest Design" (Braun 2018; Recklies 2018; Achatz 2021) oder „nachhaltiges Unternehmertum"[28] sind hier von

24 Dass Arbeit in der Politikwissenschaft keine Kategorie des Handelns ist, muss präzisiert werden. So kommt Arbeit durchaus im Bereich *Policy Entrepreneurship* vor. Allerdings wird hier, in Bezug auf Schumpeters Konzeption der schöpferischen Zerstörung, das Unternehmerische als Ausbrechen von Routinen vorausgesetzt. Genauso gilt das Handeln als an die Politik adressiertes Handeln, um Wandel herbeizuführen. Im Kapitel 3.2 wird darauf zurückzukommen sein.

25 Die Designbranche wird in der Forschung unter verschiedenen Blickwinkeln betrachtet: So stellt die arbeitssoziologische Forschung vorrangig Marktzugänge und Prekaritätsrisiken heraus (so etwa bei Manske 2016a). Im Kontext von CSR werden dagegen Nachhaltigkeitsaspekte betont (vgl. Haddick 2018), an anderer Stelle werden neue Postwachstumsperspektiven (vgl. Paech 2013), Aspekte von Social Design (so etwa bei Rölli 2014, 2016; Banz 2016) oder Design als politisches Design beleuchtet (so beispielsweise bei Fry 2011; DiSalvo 2012; von Borries 2016; Braun 2018; Recklies 2018 oder Unteidig 2018).

26 Der Begriff Entrepreneurship steht im engeren Sinne für „Unternehmertum" und zielt auf die „berufliche Selbständigkeit" ab (Grimm 2011: 444). Eine einheitliche Definition gibt es jedoch nicht. Wie Heike Grimm darlegt, kam der Begriff zuerst im militärischen Kontext im Mittelalter auf. In der politischen Ökonomie wird er erstmals im 18. Jahrhundert ausführlich diskutiert (vgl. ebd.).

27 Vgl. Fuhs et al. 2013; von Borries 2016; Geiger 2016, 2018; Hartung 2017; Gessmann 2020; Lang 2020; Tromp et al. 2020.

28 Das Politische wird hier meist mit Verweis auf Schumpeter als Ausdruck von Innovation verstanden (so etwa bei Clausen 2004: 81ff. oder Grimm 2011: 445): Politisch ist unternehmerisches Handeln dann, wenn Neues geschaffen wird und gesellschaftliche Probleme gelöst werden (siehe weiter-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zentraler Bedeutung. Die Ansätze ergänzen Arendts Dreiteilung in Arbeit, Herstellen und Handeln; sie nehmen einen erweiterten Blick auf Produktionsverhältnisse ein, wenngleich sie unterschiedliches hervorheben: Während der kulturhistorische Diskurs das Selbermachen mehrheitlich zur marktfernen Zone erklärt, steht in der Design- und Entrepreneurship-Forschung das Unternehmerische für neue Formen von Politik.

Zusammengefasst heißt das, dass die hier vorgestellten Zugänge ganz unterschiedliche Schlaglichter auf die Formen des Selbermachens/Selbstherstellens werfen. Sie lassen sich insgesamt jedoch als Subjektivierungsprozesse im Spannungsfeld von Arbeit und Politik verstehen – und als solche untersuchen. Im nächsten Schritt wird dazu dargelegt, was unter Subjektivierung zu verstehen ist und welcher Zugang sich anbietet – und wie der arbeitssoziologische Diskurs mit der politikwissenschaftlichen Forschung verbunden werden kann.[29]

2.3 Subjektivierung als Forschungszugang

Subjektivierung meint, und diese Sichtweise ist zunächst grob vereinfacht, ein Spannungsfeld von Bedürfnissen und Notwendigkeiten. Die Soziologie untersucht dazu die Ansprüche der Subjekte und die Mechanismen des Marktes, der sich diese Ansprüche zunutze macht. Die Politikwissenschaft versteht unter Subjektivierung[30] Prozesse, worüber sich Subjekte politisch einbringen, sprich politisch subjektivieren, aber auch eine Verflachung des Politischen, wonach durch eine Entgrenzung des Politischen alles politisch werde – dafür wurden Begriffe wie die Subpolitik (Beck 1993), Life-Politics (1991) oder Postdemokratie (Crouch 2015 [2008]) geprägt. Die Studie nimmt dieses Spannungsfeld in den Blick und fragt: Handeln Subjekte, die Produkte selbst herstellen,

führend Schaltegger/Petersen 2001; Becker 2010: 97ff.; Hockerts/Wüstenhagen 2010; Hackenberg/Empter 2011: 11ff.; Stein 2011, 2015).

29 Dass Subjektivierung politisch gedacht werden kann, oder muss, macht bereits die sogenannte „Urszene der Subjektivierung" (Saar 2013: 19) bei Althussser deutlich. Althusser hat im Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate" in den 1970er Jahren dargelegt (Althusser 2010 [1970]), wie sich im Zuge der Proteste des Pariser Mai 1968 eine Unterwerfung des Subjekts durch die *Interpellation* (Anrufung) vollzieht. Althusser schildert dazu die viel zitierte Szene, wie ein Spazierender auf der Straße von einem Polizisten die Anrufung „He, Sie da!" erhält. Der Angerufene dreht sich um und macht sich zum Subjekt – weil er der Anrufung folgt. Subjektivierung bedeutet in diesem Zusammenhang, sich durch Gesellschaft bestimmen zu lassen. Das Subjekt könnte die Anrufung aber auch ignorieren oder Widerstand leisten. Letzteres ließe sich als Form der politischen Subjektivierung durch Widerstand oder eines Widersetzens verstehen.

30 Die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* haben für die Politikwissenschaft vor allem Beck (1993) und Rancière (2002, 2014) geprägt. Beck beschreibt darüber das Aufkommen neuer Subpolitiken – und skizziert einen Machtzerfall der Institutionen einerseits und erweiterte Spielräume für die Subjekte andererseits. Rancière dagegen versteht unter politischer Subjektivierung „eine Vielheit, die nicht in der polizeilichen Verfassung der Gemeinschaft gegeben war" (Rancière 2002: 47): Rancière problematisiert keinen Machtzerfall der Institutionen. Er stellt den Dissens heraus, der die politische Ordnung untergräbt. Die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* finden sich vereinzelt auch bei anderen Autor*innen, so etwa bei Arendt (2013), Martens (2013, 2014) oder Blühdorn (2013, 2018), wenngleich sie nicht immer systematisch verwendet werden. Die Kapitel ab 4.3.2 werden auf die wichtigsten Ansätze zurückkommen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

mit politischen Zielen? Ist Arbeitshandeln eine Form der *politics* (politisches Handeln) im politikwissenschaftlichen Sinne? Im Zentrum stehen die Zielsetzungen und die Arbeitsprozesse als solche, zugleich geht es um die Veränderungen der modernen Arbeitswelt: Wie haben sich Herstellungsprozesse im historischen Verlauf gewandelt? In welchem Verhältnis standen Arbeitsproduktion und Arbeitspolitik, in welchem stehen sie heute? Wie greifen Arbeit und Politik auf der Subjektebene ineinander? Und das heißt: Wie subjektivieren sich Subjekte? Wie werden sie subjektiviert?

Untersucht wird damit die „erweiterte Subjektperspektive“[31] aus der Arbeitssoziologie (vgl. Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.), die in den letzten Jahren vermehrt in den Blick geraten ist. Subjektivierung reduziert sich hier auf keine Risiken oder Anforderungsstrukturen, denen die Arbeitssubjekte im Kapitalismus ausgesetzt sind. „Erweiterte Subjektperspektive“ meint, dass sich Subjektivierungsprozesse auf den gesellschaftlichen Nutzen durch soziale, ökologische und/oder politische Sinnansprüche in Arbeit beziehen (können). Allerdings ist die erweiterte Subjektperspektive bislang unter keinen politikwissenschaftlichen Aspekten untersucht worden. Darum wird in dieser Studie der Versuch unternommen, die existierenden Subjektivierungskategorien aus der Arbeitssoziologie mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive zu verknüpfen. Das setzt zunächst die Klärung voraus, was unter Subjektivität und Subjektivierung zu verstehen ist, da Subjektivierung auf Subjektivität basiert, Subjektivität aber nicht unmittelbar Subjektivierung bedeuten muss. Unter Subjektivität soll in dieser Studie in Anlehnung an Uwe Schimank die „Eigenschaft von Personen“ verstanden werden. Subjektivität beschreibt „das Verhältnis einer Person zu sich selbst“ und zur „Umwelt“ (Schimank 1986: 75) – sie nimmt die „konstitutiven Leistungen des Einzelnen“ in den Blick, was Fähigkeiten und Fertigkeiten umfasst. Subjektivität bildet somit das Spannungsfeld aus möglicher „Selbstbestimmung“ und „Bestimmung durch Gesellschaft“ ab (Kleemann et al. 2003: 59).[32] Subjektivierung ist dagegen der Prozess. Sie steht für den „praktische[n] Vollzug“ (Müller 2013: 61ff.; siehe auch Saar 2013: 17). Der Begriff zeigt an, dass etwas „auf ‚Subjekte‘, ‚Subjektives‘ bzw. ‚Subjekthaftes‘ Bezogenes zunimmt“ (Kleemann et al. 2003: 58) – das kann sich auf die Selbstbestimmung des Subjekts im Arbeitskontext beziehen. Das können gesellschaftliche Anforderungen, aber auch politische Zielsetzungen sein. Bei Subjektivierung geht es immer um das Wechselverhältnis zwischen Person und Gesellschaft.[33]

---

31 Die „erweiterte Subjektperspektive“ der Nachhaltigkeit geht über die „Arbeitskraftperspektive“ (Schonung der Ressource Arbeitskraft, Beschäftigungsfähigkeit, Soziale Sicherheit, Einkommen) und die „arbeitsbezogene Subjektperspektive“ (Herausbilden von Fähigkeiten, Anerkennung über Arbeit, Entfaltung der Persönlichkeit, Sinnkontexte in Arbeit) hinaus: Sie stellt den gesellschaftlichen Nutzen von Arbeit als „neue Ansprüche an Arbeit und Nachhaltigkeit“ ins Zentrum – in Form sozialer, ökologischer oder politischer Zielsetzung, die sich in Sozialverträglichkeit, Umweltverträglichkeit o.ä. zeigt (vgl. Becke/Warsewa 2017: 25ff.).

32 Gemeint ist der im Problemaufriss angeführte Einfluss von Foucault auf die Forschung. In dieser Perspektive ist das Subjekt nie nur autonom. Es ist immer „Träger gesellschaftlicher Eigenschaften“, die es zugleich reproduziert (Kleemann/Voß 2018: 15ff.).

33 Subjektivierung muss sich nicht nur auf zwischenmenschliche Kommunikation beziehen. Sie kann auch Ausdruck von Interaktionen zwischen Mensch, Tier und Umwelt sein (vgl. Spittler 2002: 11 oder Böhle 2018: 192).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Das Problem ist, dass die Arbeitssoziologie bislang Subjektivierungskategorien entwickelt hat, die sich empirisch untersuchen lassen, die Politikwissenschaft nicht. In der Politikwissenschaft tauchen die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* eher sporadisch auf, vor allem sind sie demokratietheoretisch fundiert. Damit fehlt bis heute ein mikrospezifischer Zugang für eine politikwissenschaftliche Betrachtung auf Arbeit (Subjektivierung von Arbeit). Darum werden im Folgenden die vier existierenden Subjektivierungsformen aus der Arbeitssoziologie (siehe dazu Kleemann et al. 2003: 91 sowie Voß/Weiß 2005: 140) in Beziehung zu einer möglichen politikwissenschaftlichen Perspektive gesetzt – herausgearbeitet wird eine „erweiterte Subjektperspektive" an der Schnittstelle zur politikwissenschaftlichen Forschung. Zentrale Frage ist, ob sich soziale, ökologische oder politische Sinnansprüche (vgl. Becke/Warsewa 2017: 25ff.) in Produktionsprozessen als politisches Handeln erkennen lassen.

Wie sehen die vier existierenden Subjektivierungsformen aus der Arbeitssoziologie aus? Erstens lässt sich die sogenannte *kompensatorische* Subjektivität anführen, die auf das „praktische Arbeitshandeln von Personen als Folge zunehmend komplexer technischer bzw. organisatorischer Vorgaben" abzielt (Kleemann et al. 2003: 89). Die *kompensatorische* Subjektivität verweist darauf, dass den Arbeitenden Anforderungen und Strukturen „relativ starr vorgegeben" sind (ebd.).[34] Diese Form kann für diese Studie im Grunde vernachlässigt werden, weil es um keine starren Vorgaben geht, die befolgt werden müssen.[35] Anders sieht das bei der zweiten Form, der *ideologisierten* Subjektivität, aus. Hier steht die „Prägung der Person durch diskursiv bzw. kulturell vermittelte Sinnstrukturen von Arbeit und Beschäftigung" im Zentrum (ebd.: 91). Diese Form ist insofern von Relevanz, weil gefragt werden kann, ob der Diskurs um Nachhaltigkeit oder kreative Arbeit Subjektivität erzeugt: Werden Ansprüche an kreative Arbeit oder politische Zielsetzungen diskursiv hervorgebracht? Und in welchem Wechselverhältnis stehen dann die „Selbstbestimmung" des Subjekts und die „Bestimmung durch Gesellschaft" (ebd.: 59)? Die dritte Form ist die *strukturierende* Subjektivität, die auf Prozesse der Selbststrukturierung abzielt. Hier geht es darum, „selbst Strukturen zu schaffen" – zentral für das Handeln ist die „praktische Organisation der Arbeitstätigkeit" (ebd.: 89). Auch diese Form kann von Relevanz sein, weil sie auf die Sicherung eines „effizienten Ablaufs der Arbeit" abzielt (ebd.: 33). Hier lässt sich fragen, ob und wie sich die Subjekte strukturieren, um ihre Ziele zu verwirklichen. Bei keiner der hier genannten Formen spielt allerdings eine arbeitsinhaltliche normative Perspektive eine Rolle, also eine erweiterte Subjektperspektive, um die es in dieser Studie geht. Diese Form der Subjektivität zeigt sich erst

34 Die *kompensatorische* Subjektivität wurde bislang vor allem in betrieblichen Prozessen untersucht. Sie weist auf regulierende Eingriffe seitens der Individuen hin, „um Störungen des formalisierten Arbeitsprozesses flexibel zu bewältigen bzw. deren Entstehung zu verhindern" (Kleemann et al. 2003: 89).

35 Kleemann et al. unterteilen die vier Formen zusätzlich in *aktiv* und *reaktiv*: Die *strukturierende* und *reklamierende* werden als *aktive* Subjektivierungsformen begriffen, die *kompensatorische* und *ideologisierte* Subjektivierung als *reaktive* (vgl. Kleemann et al. 2003: 89). Da in dieser Studie Aktivierungsprozesse im politischen Sinne untersucht werden, sind in erster Linie die *aktivierenden* Subjektivierungsformen von Interesse, wenngleich auch die *reaktive* als *ideologische* Subjektivierung von Bedeutung ist, da Aspekte der Nachhaltigkeit, des Selbermachens und kreative Arbeit immer auch diskursiv erzeugt werden.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bei der vierten, der *reklamierenden* Subjektivität, und sie ist die Form, die sich mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive verbinden lässt:[36] Die *reklamierende* Subjektivität stellt „sinnhafte Prozesse der (individuellen und kollektiven) Deutung" in „Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Sinn-Strukturen" voran (ebd.: 90). Reklamierend bedeutet, dass sich normative Sinn-Strukturen im Arbeitskontext verkörpern. Damit geht es um die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991), um Ziele, die sinnhaft sind und eingefordert werden – Kleemann et al. beschreiben die *reklamierende* Subjektivität auch als „an die Gesellschaft und ihre Institutionen gerichtete Formulierung alternativer Orientierungen und Aspirationen", die die „Forderung nach deren Berücksichtigung" nach sich ziehen kann (ebd.). In dieser Studie kann dazu gefragt werden, ob sich der Sinn der Arbeit mit politischen Zielen verbindet: Reklamieren die Subjekte politische Ziele in Arbeitsprozessen? Stellen sie politische Forderungen? Ist die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) politisch?[37]

Zusammengefasst heißt das, dass im Folgenden auf der Subjektebene nach einem „Selbstverständnis als politischer Akteur" gefragt wird (Niedermayer 2005: 20; siehe auch Massing 2012: 264). Eine solche Perspektive ist bislang unerforscht. Wie bereits dargelegt, verfolgt die Studie jedoch nicht nur das Ziel, die Arbeitsformen empirisch zu untersuchen. Es geht auch um eine historische Betrachtung auf die Subjektivierung von Arbeit und Politik. Hier stellt sich die Frage, wie sich Herstellungs- und Subjektivierungsformen im Zeitverlauf gewandelt haben: Seit wann können sich Arbeitssubjekte über Herstellungskontexte politisch ‚subjektivieren'? Wie werden sie zugleich gesellschaftlich ‚subjektiviert'? Welchen Anforderungen waren und sind sie heute ausgesetzt? Dazu lassen sich vier historische Phasen bestimmen, die ab Kapitel 4.2 Gegenstand sein werden, und woran die empirische Studie anschließt.[38] In der ersten Phase, die in der Antike einsetzt[39], ist Arbeit gesellschaftlich geringgeschätzt. Arbeitshandeln und politische Subjektivierung schließen sich aus. Wer frei ist, ist frei von Arbeit. In der zweiten

36 Voß/Weiß haben die vier Formen der Subjektivität an anderer Stelle in einer neuen tabellarischen Übersicht dargestellt (siehe dazu Voß/Weiß 2005: 140). Die Formen sind dazu unterteilt in die *normative* und *kompensatorische* Subjektivität, die sich vorrangig in den 1980er Jahren herausgebildet haben. Davon werden die *aktive* und *ideologische* Subjektivierung unterschieden, die sich auf den Zeitraum ab den 2000er Jahren beziehen. Voß/Weiß unterscheiden in dieser Übersicht allerdings nicht zwischen *reaktiv* und *aktiv*, sondern zwischen *praktisch* und *kulturell*: Auf der praktischen Ebene sind die *kompensatorische* und *aktive* Subjektivierung angesiedelt, auf der kulturellen die *normative* und *ideologische* Subjektivierung (vgl. ebd.).

37 Angemerkt werden muss allerdings, dass sich die *reklamierende* Subjektivität nicht nur auf die oben genannten alternativen Orientierungen und Aspirationen oder auf entsprechende Forderungen reduzieren muss, die daraus resultieren (können). Reklamierend kann auch bedeuten, dass die Gesellschaft Ansprüche stellt (*reklamiert*) und die Subjekte diesen Ansprüchen (bewusst wie unbewusst) nachkommen – in dem Falle wäre die *reklamierende* Subjektivität eine *ideologische* Subjektivierung, weil Subjekte Sinnstrukturen in „Wechselwirkungen mit ihrer sozialen Umgebung an die eigene Arbeits- und Lebenswirklichkeit" anpassen (Kleemann et al. 2003: 90).

38 Die Phase des Dritten Reichs wird in dieser Studie nicht gesondert betrachtet. Sie weist spezifische Merkmale und Muster auf, zu denen es eine eigenständige Analyse bräuchte.

39 Wie eben dargelegt, hat es eine erste Form des gesellschaftspolitischen Zuspruchs an das Handwerk bereits vor der Antike gegeben, die aber in einer historischen Betrachtung wenig Gewicht hat. Im Kapitel 4.2.1a wird darauf Bezug genommen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Phase, die nach dem Niedergang der Polis-Staaten ab dem 6. Jahrhundert n. Chr. ihren Anfang findet, wird Arbeit schrittweise aufgewertet: Das Zunftwesen kommt auf. Handwerker*innen können sich im Rahmen der Zunft politisch subjektivieren – allerdings ist die Mitgliedschaft in der Zunft die „Voraussetzung für die vollberechtigte Teilhabe an der stadtbürgerlichen Gemeinschaft" (Schulz 2010: 66). In der dritten Phase, die sich ab dem 18. Jahrhundert vollzieht, schließen sich Arbeiter*innen in den Betrieben zusammen: Die soziale Frage wird politisiert. Zwar zeugen die Herstellungsformen von keiner arbeitsinhaltlichen Ökologie- oder Sozialkritik. Arbeit wird dennoch politisch – in den Vordergrund rückt der Kampf um die Arbeitsbedingungen. Zugleich zeigen sich bereits hier erste Anzeichen einer *normativen politischen* Subjektivierung im Arbeitskontext: Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kommen die Reformbewegung Arts and Crafts und die erste Handarbeitswelle auf, die Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen an die Gesellschaft adressieren.[40] Darauf folgt die vierte Phase, die ab den 1970er Jahren „Alternativbetriebe" (Bierhoff/Wienold 2010: 230) sowie antikapitalistische „Produktions- und Dienstleistungskollektive" hervorbringt (Brand et al. 1983: 167). Im Designkontext macht sich zudem eine „starke Orientierung hin zu politischen Auswirkungen der Produktentwicklung" bemerkbar (Möller 1989: 33); seit den 1980er Jahren entstehen überdies neue Unternehmensformen, denen ein gesellschaftspolitischer Anspruch nachgesagt wird (vgl. dazu Weiß et al. 2012: 19 oder Clausen 2004) – und die Frage ist, für was die Herstellungsformen heute stehen: Ist das Selbstherstellen eine neue Form der Ökologie- oder Sozialkritik? Ist Arbeitshandeln eine politikwissenschaftliche Kategorie? Die Studie verbindet damit nicht nur eine arbeitssoziologische mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive. Sie erweitert die von Reckwitz begründeten „modernen Subjektkulturen", die für die Verökonomisierung des Subjekts stehen (vgl. Reckwitz 2010: 15ff., 2014: 165ff.)[41] – und sie knüpft an die Sozial- und Künstlerkritik bei Boltanski/Chiapello (2003)[42] an, die seit den 1970er Jahren eine Verschiebung (oder Verdrängung) von der einstigen Sozial- hin zur Künstlerkritik[43] prognostizieren: Zum einen haben Boltan-

40 Angemerkt werden muss allerdings, dass ab 1866 auch erste völkische Vorstellungen zum Arterhalt im Kontext eines Ökologiebegriffs aufkommen, die sich später mit dem Wert der Arbeit verbinden. Subjektivierung bedeutet damit nicht gleich Demokratisierung.

41 Reckwitz spricht insgesamt von drei diskontinuierlichen modernen Subjektkulturen. Die erste datiert er auf das 18. und 19. Jahrhundert, als die „Form des *moralisch-souveränen, respektablen Subjekts* verbindlich" wird (Reckwitz 2010: 15, H. i .O.). Die zweite beginnt um 1920 mit der Konstituierung eines „Avantgarde-Subjekt[s]" und der Vollendung eines „nach-bürgerliche[n] Angestelltensubjekt[s]" (ebd.: 275). Ab 1970 entsteht die dritte Subjektkultur, die ‚kulturrevolutionäre' *counter culture*, die durch die Formation der Postmoderne das gegenkulturelle und konsumtorische Subjekt hervorbringt (Reckwitz 2010: 441ff.) – und worauf die Vermarktungslogik des Leitbildes Kreativität folgt.

42 Nach Boltanski/Chiapello wird die Sozialkritik in der Zeitspanne zwischen den 1930er und 1960er Jahre zur dominierenden Form. Sie wird getragen von Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Nach Meinung der Autoren ist die Sozialkritik ab Mitte des 20. Jahrhunderts jedoch von der Künstlerkritik abgelöst worden, die seitdem Forderungen nach Autonomie und Selbstbestimmung voranstellt (vgl. Fußnote 23 auf Seite 24).

43 Boltanski/Chiapello sehen das Aufkommen der Sozialkritik im zweiten Geist des Kapitalismus begründet, der an den ersten „familienweltlich" geprägten Kapitalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts in der Zeitspanne von 1930 und 1960 anschließt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003: 54ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ski/Chiapello darüber einen Wandel der Arbeitswelt beschrieben, wodurch Prinzipien wie Flexibilität oder Selbstbestimmung in den Vordergrund getreten sind. Zum anderen haben sie den Niedergang des Politischen skizziert (gemessen an kollektiven Willensbildungsprozessen und am Stellenwert von Parteien/Gewerkschaften). Arbeit wird zur dominierenden Gesellschaftsform. Und Subjektivierung bedeutet in diesem Zusammenhang Marktdurchdringung, zu der es kaum Alternativen zu geben scheint. Die Arbeitssoziologie schließt an diese Sichtweise seit Jahren an. In Bezug auf die „erweiterte Subjektperspektive" (Warsewa 2016; Becke/Warsewa 2017) lässt sich jedoch fragen: Für was kann Subjektivierung sonst noch stehen? Bedeutet sie womöglich (auch) eine politische Mobilisierung über Arbeitshandeln? Wie verzahnt sind die Arbeits- und politische Gesellschaft im Zuge einer wechselseitigen Dynamisierung?

2.4 Aufbau der Arbeit

Die Studie ist folgendermaßen aufgebaut und gegliedert: Im folgenden Kapitel wird der Forschungsstand zu den einzelnen Schwerpunktthemen wiedergegeben. Im anschließenden Abschnitt („Theoretischer Rahmen") werden Zugänge aufgezeigt, die für diese Studie von Relevanz sind: Zum einen geht es um theoretische Zugänge (Kapitel 4.1.1 bis 4.1.4), zum anderen um Begriffsbestimmungen (Kapitel 4.1.5 bis 4.1.8), die vorzunehmen sind (Klärung der Begriffe Selbermachen, Herstellen, Selbstherstellen sowie eines Politik-, Design- und Nachhaltigkeitsbegriffs). Im Anschluss daran folgen die thematischen Schwerpunktsetzungen: Zunächst geht es ab Kapitel 4.2 um den historischen Wandel von Arbeit, ab Kapitel 4.3 um den des Politischen. In Kapitel 5 wird ein Zwischenstand aufgezeigt: Was konnte bezogen auf eine historische Perspektive im Zusammenhang von Arbeit, Produktion und möglichen Politikformen gezeigt werden? Seit wann kommt dem Selbstherstellen eine politische Perspektive zu? Wie greifen Arbeitsfelder und Politikformen ineinander? Und was bedeutet das wiederum für eine mögliche politische Perspektive auf Arbeit? Im anschließenden Kapitel 6 folgt die empirische Studie, ehe ab Kapitel 7 die zentralen empirischen Ergebnisse zusammengefasst und ab Kapitel 8 wissenschaftstheoretisch diskutiert werden: Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für Wissenschaft und Forschung? Was sagen sie über das Spannungsfeld von Arbeit und Politik aus? Ist das Selbstherstellen eine (neue) politische Kategorie? Ist Arbeitshandeln politisches Handeln oder Ausdruck von politischer Beteiligung? Und was bedeuten die Ergebnisse für den Begriff der Arbeit und den des Politischen? Welche gesellschaftspraktischen Konsequenzen sind zu ziehen?

Fraglich ist jedoch, ob die Sozialkritik erst hier aufkommt. Auch wäre zu fragen, ob die Sozialkritik durch die Künstlerkritik derart in den Hintergrund gedrängt worden ist oder ob sie sich heute nur in veränderter Form zeigt (vgl. Krempl 2011: 24). Das Kapitel 8.5.1 wird diese Fragen abschließend diskutieren.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

3. Stand der Diskussion und Forschung

Die zentrale Frage dieser Studie lautet, ob Akteure, die ökologische und/oder fair-soziale Produkte selbst herstellen, politische Zielsetzungen in Arbeitsprozessen verfolgen. Damit schließt die Studie an gleich mehrere Wissenschaftsfelder an – an die Arbeitssoziologie, Kultur- und Politikwissenschaft, aber auch an die Nachhaltigkeits- und Designforschung. Im Folgenden werden dazu die entsprechenden Forschungsstände aufgezeigt, die wiederum zum theoretischen Teil überleiten.

3.1 Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit

Seit nunmehr drei Jahrzehnten sind Subjektivierungs- und Entgrenzungsformen von Arbeit Gegenstand der arbeitssoziologischen Forschung. Ausgangspunkt sind der einsetzende Wertewandel ab den 1970er Jahren (vgl. Inglehart 1977) und entsprechende Veränderungen der modernen Arbeitswelt. Anfänglich wird dieser Wandel auf einen „Verlust der Arbeitsmotivation" und eine tendenzielle „Auflösung des abendländischen Wertekanons" zurückgeführt (Kleemann et al. 2003: 85). Im Anschluss verlagert sich die Perspektive auf die Zunahme individueller Bedürfnisse und Ansprüche an Arbeit. In der Regel wird dazu die bereits angesprochene *normative* Subjektivierung[1] von Martin Baethge (1991) zum Ausgangspunkt genommen.[2] *Normative* Subjektivierung meint, dass die Individuen Sinnkontexte und individuelle Bedürfnisse in Arbeitsprozessen geltend machen. Nach Baethge hat sich seit den 1970er Jahren eine Verschiebung (oder Ergänzung) von Werten der Pflichtzugehörigkeit hin zu neuen Ansprüchen an Selbstentfaltung und Sinnhaftigkeit in Arbeitsprozessen herausgeformt (vgl. Baethge 1991, 1994a, 1994b; siehe auch Kleemann et al. 2019: 170). Baethge zufolge waren es insbesondere die jüngeren

1 Betont werden muss, dass von Subjektivierung nicht erst im Kontext des arbeitssoziologischen Diskurses die Rede ist. Schon Foucault hat Subjektivierung in den 1970er Jahren in den Mittelpunkt seiner Überlegungen gestellt (vgl. Foucault 1983 [1977]; siehe dazu Moldaschl/Voß 2003: 16). Erst mit der *normativen* Subjektivierung hat sich jedoch eine eigenständige Forschungsrichtung entwickelt.

2 Vgl. Baethge 1991, 1994a, 1994b; siehe auch Kleemann et al. 2003: 85; Voß/Weiß 2005; Manske 2007: 56; Minssen 2012: 118ff.; Nies 2015: 96; Kleemann et al. 2019: 173ff.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Arbeitskräfte, die bedingt durch den Wertewandel neue Ansprüche an Arbeit und Beruf stellen. Im Anschluss verlagerte sich der Fokus der Forschung auf betriebliche Strategien der Arbeitsorganisation, womit die verstärkte Selbstorganisation der Arbeitenden bei gleichzeitiger (indirekter) Kontrolle von Arbeitsergebnissen (vgl. Kleemann et al. 2019: 170) verbunden war – ins Zentrum rückte die Leistungsintensivierung von Arbeit. Seitdem stehen *Subjektivität* und *Subjektivierung* sowohl für Arbeits-Sinnkontexte als auch für eine „Subjektivierung von Subjekten" (ebd.). Letzteres bedeutet, dass die Subjekte durch Strukturvorgaben, Leistungsanreize und Erfordernisse subjektiviert werden, wenn sie den Anforderungen der Arbeitswelt nachkommen.

Dazu lassen sich nach Kleemann et al. (2019) drei zentrale analytische Perspektiven auf die Arbeitssubjektivität unterscheiden: Erstens geht es um „veränderte Bezugnahmen und Ansprüche Erwerbstätiger im Sinne zunehmender subjektiver Ansprüche an die Arbeit", worüber die in Kapitel 2.3 diskutierte *reklamierende* Subjektivität anschließt. Zweitens liegt das Forschungsinteresse auf dem „Wechselspiel von Entfaltungsansprüchen der Subjekte in der Arbeit mit dem (gezielten) betrieblichen Zugriff auf subjektive Leistungen und Potenziale der Beschäftigten". Drittens stehen „gesellschaftliche Prozesse einer mentalen Prägung der Subjekte für entsprechende subjektivierte Arbeitsformen" im Zentrum des Forschungsinteresses (ebd.: 170).

Dabei ist die *normative* Subjektivierung, um die es anfänglich ging, etwas aus dem Blick geraten. Der Forschungsschwerpunkt hat sich über die Jahre mehr auf die *aktive* Subjektivierung verlagert, worüber die Erfordernisse der modernen Arbeitswelt vorangestellt werden.[3] *Aktive* Subjektivierung meint, dass sich Arbeitssubjekte „aktiv" in Arbeitsprozesse einbringen (müssen) – sei es durch Vorgaben im Betrieb oder durch Flexibilisierungsprozesse, die Aktivierungen erfordern, so auch durch neue Selbstständigkeitsformen. In der Arbeitssoziologie werden diese Prozesse meist in Bezug zu Entgrenzungserscheinungen[4] gesetzt, die durch das Auflösen klarer Grenzen von Zeit, Raum, Technik, Sozialorganisation, Arbeitsinhalt und Qualifikation gegenständlich werden[5] – im Blickpunkt stehen neue Marktanforderungen und entsprechende Risiken, die daraus resultieren. Das gilt auch für den Diskurs um eine Ausweitung neuer „Grenzen der

3 In der Regel werden die *normative* und *aktive* Subjektivierung in der Soziologie unterschieden, sie können sich aber ergänzen. Nicht zuletzt ist die *reklamierende* Subjektivierung eine Form der *aktiven* Subjektivierung (vgl. Kleemann et al. 2003: 90; siehe auch Kapitel 2.3), der normative Sinnansprüche vorausgehen können – das wäre der Fall, wenn man sich in Arbeitsprozesse einbringen möchte und entsprechende Forderungen stellt, in dem Fall würde die *normative* als *reklamierende* Subjektivierung mit der *aktiven* zusammenfallen. In der Arbeitssoziologie überwiegt jedoch die Sicht, Prozesse der Aktivierung im Sinne der betrieblichen Verwertung voranzustellen. Demnach ist die Aktivierung keine arbeitsinhaltliche Forderung oder Positionierung. Ins Zentrum rückt die Selbstrationalisierung (vgl. Nies 2015: 96ff.).

4 Nach Gerrit Herlyn et al. sind für den Entgrenzungsbegriff drei Entwicklungsstränge zentral: 1. Das Feld der Unternehmensorganisation; Entgrenzung bezieht sich hier auf die „zunehmende Flexibilisierung und Informalisierung von Arbeitszeiten". 2. Die Beschäftigungsformen, so etwa durch die Zunahme von Teilzeitarbeit und Selbstständigkeitsformen sowie des Bedeutungsverlusts des Normalarbeitsverhältnisses. 3. Die Tendenz einer zunehmenden ‚Subjektivierung von Arbeit' (vgl. Herlyn et al. 2009: 10f.; Schönberger/Springer 2003).

5 Vgl. Voß 1998; Kratzer/Sauer 2003; Pongratz/Voß 2004; Gottschall/Voß 2005; Janczyk 2009.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entgrenzung", der „Entstehung neuer Grenzen" (Voß/Weiß 2005: 139) und die kulturelle Subjektivierung von Arbeit und Arbeitskraft[6], die seit den 2000er Jahren in den Vordergrund getreten ist – und worüber neue Selbstständigkeitsformen und Kulturdienstleister in den Blick geraten sind. Auch hier steht die *aktive* Subjektivierung im Zentrum, wenngleich es lange Zeit keine Studien zu Kulturunternehmer*innen in Deutschland gab.[7] Unter Stichworten wie „Ich-AG", „Selbst-GmbH", „Selbstmanager" oder „Selbstunternehmertum" (ebd.: 141) lag das Forschungsinteresse vorrangig auf aktiven Subjektivierungsprozessen: Es ging um Leistungszunahmen im Zuge von Subjektivierungsprozessen. Zwar hat sich der Fokus im Laufe der Jahre von einer rein rationalisierten Betriebsarbeit (als Form der Subjektivierung von Arbeit) hin zu einer gesellschaftlichen Subjektivierung der Subjekte verlagert (vgl. Bröckling 2007). Noch immer ist die Subjektivierungsforschung allerdings stark betrieblich geprägt, wenn auch der Fokus auf die betriebliche Rationalisierung ab Mitte der 2000er Jahre zunehmend in Frage gestellt wird (vgl. Kleemann et al. 2019: 171).

In Bezug auf kreative Arbeitsformen, um die es in dieser Studie geht, richtet sich das Forschungsinteresse bis heute ebenfalls mehrheitlich auf Marktbehauptungen und damit verbundene Risiken.[8] Formen von „kreative[r] Subsistenz" im Sinne von Postwachstum (Paech 2014: 120ff.) oder politische Perspektiven, die damit verbunden sein können, spielen in der Arbeitssoziologie nahezu keine Rolle. Zwar wurde die *normative* Subjektivierung immer wieder berücksichtigt (so etwa bei Manske 2007; Euteneuer 2011 oder Nies 2015). Auch wird jüngst ein neues Solidaritätsbewusstsein in den Kulturbranchen prognostiziert (vgl. Kapitel 3.3.). Ansonsten wird Arbeitshandeln bislang als kein politisches Handeln untersucht. Selbiges gilt für das gestiegene Interesse gegenüber der interaktiven Arbeit, womit zwar die jahrelange Trennung zwischen instrumenteller Arbeit und Interaktion „fragwürdig" geworden ist (Jochum 2018: 123). Die Arbeitssoziologie konzentriert sich jedoch weiterhin vorrangig auf betriebliche Prozesse oder, außerhalb davon, auf Kundenanbindungen (vgl. dazu Dunkel/Weihrich 2018) – interaktive Arbeit wird als keine mögliche gesellschaftspolitische Interaktion in den Blick genommen. Das gilt auch in Bezug auf heutige Naturverhältnisse, wo Arbeit als gesellschaftskonstituierender Begriff in Bezug auf die Natur, beeinflusst durch den Begriff der Interaktion bei Habermas, nicht vorkommt (vgl. Bammé 2018: 28). Ausnahmen bilden die Debatten um *Care*, womit ein Spannungsfeld von unbezahlter Hausarbeit und bezahlter Sorge- und Pflegearbeit gemeint ist – hier werden mittlerweile umweltbezogene und „interaktive, transformative politische, weltgestaltende Aktivität[en]" ins Zentrum gerückt (Gottschlich/Hackfort 2022: 309). Allerdings wird die Care-Arbeit oft auf Sorgearbeit im Sinne einer Pflegebedürftigkeit reduziert. Kulturschaffende oder Kreativwirtschaft spielen

6 Vgl. Schönberger/Springer 2003; Voß/Weiß 2005: 139; Lohr/Nickel 2005; Minssen 2012. Insgesamt gehen beide Ansätze davon aus, dass sich vorherrschende Strukturen durch den tayloristisch-fordistischen Kapitalismus bedingt zusehends auflösen oder sich bereits aufgelöst haben.

7 Hervorzuheben sind an dieser Stelle die Studie von Charles Leadbeater und Kate Oakley (1999) sowie die von Birgit Mandel (2007) zu Kulturunternehmer*innen für den deutschsprachigen Raum (siehe dazu auch Euteneuer 2011: 72).

8 Vgl. Manske 2007, 2016a; Loacker 2010; Huber 2012; Reckwitz 2014.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

keine Rolle. Fasst man die hier gegenübergestellten Diskurse zusammen, zielt die Subjektivierung von Arbeit in der Mehrheit auf keine mögliche politische Subjektivierung ab.[9]

3.2 Subjektivierung und Entgrenzung des Politischen

Wie unter Punkt 2.3 angeführt, existiert in der Politikwissenschaft bis heute keine vergleichbare empirische Subjektivierungsforschung. Das heißt nicht, dass Subjektivierungsprozesse unbedeutend sind oder nicht vorkommen. Es bedeutet nur, dass der Terminus Subjektivierung[10] konzeptionell weniger in Erscheinung tritt – und in der Regel, abgesehen von der Policy-Entrepreneurship-Forschung, ohne Bezug auf Arbeitsprozesse Verwendung findet. Insgesamt teilt sich die politikwissenschaftliche Forschung heute in verschiedene Teilgebiete auf (vgl. Gabriel et al. 2020: 17) – in die politische Kommunikations-, Einstellungs- und Partizipations- oder Policyforschung: Während sich die politische Kommunikationsforschung mit Prozessen der Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen (vgl. Beierlein/Burger 2020), der interpersonalen Kommunikation (vgl. Schmitt-Beck/Schäfer 2020), mit Politik als Massen- (vgl. Schemer/Geiß 2020) oder Wahlkampfkommunikation (vgl. Eberl/Boomgaarden 2020) befasst, untersucht die Einstellungsforschung die Einstellungen der Bürger*innen gegenüber dem politischen System.[11] Die Partizipationsforschung nimmt dagegen politische Beteiligungsmöglichkeiten in den Blick[12], die Policyforschung (Politikfeldanalyse) wiederum die inhaltliche (*policy*) und praktische Dimension (*politics*) von Politik. Daran schließt auch die Policy-Entrepreneurship-Forschung an, die neues Unternehmertum in Beziehung zur Politik setzt.

Abgesehen vom letzten Ansatz hat Arbeitshandeln (verstanden als arbeitsinhaltliche *policy*-Dimension) in der Politikwissenschaft keinerlei Bedeutung. Das hat schon damit zu tun, dass die Politikwissenschaft hierzulande über Jahrzehnte traditionell geprägt war. Sie war nicht nur „auf Institutionen und Strukturen sowie politische Eliten und Entscheidungsträger konzentriert" (Korte/Fröhlich 2009: 108). Die Kritikfähigkeit am politischen System spielte lange Zeit keine Rolle.[13] Daran ändert auch die Tatsache wenig, dass

9 Auf Studien im Bereich der Kreativwirtschaft oder kreativen Arbeit, die das Gesellschaftliche fern oder ergänzend zu Marktbehauptungen herausstellen, wird im Abschnitt 3.3 gesondert eingegangen.

10 Auf die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* und ihre Bedeutung für die politikwissenschaftliche Forschung wurde bereits in der Fußnote 30 auf Seite 26 Bezug genommen.

11 Vgl. Niedermayer 2005; Bathelt et al. 2016; Roller 2016; Gabriel 2020; Gabriel et al. 2020 sowie Scherer/Roßteutscher 2020.

12 Insgesamt lassen sich in der Politikwissenschaft die drei Dimensionen *polity* (Formen der politischen Ordnung und entsprechende Institutionen), *politics* (Prozesse, Konflikte und Entscheidungen) und *policy* (Inhalte, Themen, programmatische Ausrichtungen und Zielsetzungen) unterscheiden. Auf einzelne Aspekte und deren Relevanz für diese Studie wird im Methodenteil zurückzukommen sein.

13 Das hat wiederum in hohem Maße mit der Civic-Culture-Studie von Almond und Verba (1963) zu tun, die bis heute als wegweisend für die politische Einstellungsforschung gilt (vgl. Gabriel 2020: 230): Einerseits ist die Civic Culture Bindeglied zwischen Individuum und Staat. Andererseits ha-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

das Individuum vom Behaviorismus beeinflusst in den 1950er Jahren in den Blick geraten ist (vgl. Gabriel et al. 2020: 18) und Partizipationsformen ab den 1960er Jahren auf das Kontaktieren von Politiker*innen, Beamten und Behörden sowie im Anschluss auf Aktivitäten in Vereinen und Verbänden erweitert wurden (vgl. van Deth/Zorell 2020: 393) – noch immer blieb die Perspektive vorrangig auf Wahlbeteiligungen und Parteiaktivitäten beschränkt. Erst die Studie „Political Action" von Barnes, Kaase u.a. (1979)[14] legte den Grundstein dafür, dass sich eine breit angelegte Partizipationsforschung[15] entwickeln konnte. Nicht zuletzt haben sich davon beeinflusst in den letzten Jahren neben *instrumentellen* Ansätzen der Partizipation zahlreiche neue *expressive* Deutungsmuster durchgesetzt (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395) – letztere zielen beispielsweise auf ethische und moralische Standpunkte der Individuen ab, und dazu sind mitunter Formen des politischen Konsums in den Blick geraten. Politische Produktion kommt jedoch nicht vor.

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie wurden bereits unter Punkt 2 dargelegt. Der Hauptgrund ist allerdings der, dass für ein Verständnis von Partizipation noch immer Aspekte wie Freiwilligkeit, Politikadressierung und eine Form der „Nichtberufsmäßigkeit" gelten (vgl. Gabriel 2022: 16). In der Folge fehlt bis heute sowohl ein Handlungsmodell zur Subjektivierung des Politischen, das Arbeitsformen erfasst, als auch eine „elaborierte Theori[e] politischen Handelns" (Bluhm/Gebhardt 2001: 11), das an Arbeitsformen anschließen könnte – sieht man einmal von Rational-Choice-Modellen ab.[16] Bemerkenswert ist überdies, dass in der sogenannten *argumentativen* und *interpretativen* Policy-Analyse Akteure heute „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen" analysiert werden (Münch 2016: V; vgl. auch Schneider/Ingram 1993: 337f.; Fischer 1997: 264f., 2017).[17] Dazu sind insbesondere welche aus der Umweltbewegung und Umweltpolitik in

---

ben Almond/Verba ein Übereinkommen zwischen den Einstellungen der Bürger*innen und der staatlichen Performanz vorausgesetzt (vgl. Maiolino 2014: 50; Gabriel et al. 2020: 34).

14 In der Studie definieren Kaase/Marsh politische Partizipation als „all voluntary activities by individual citizens intended to influence either directly or indirectly political choices at various levels of the political system" (Kaase/Marsh 1979: 42). Max Kaase hat diese Definition wenig später erweitert. Danach steht politische Partizipation für Handlungen, die Bürger*innen einzeln oder in Gruppen „freiwillig" mit dem Ziel unternehmen, um „Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems [...] zu beeinflussen" (Kaase 1997: 160; siehe auch Pickel 2012: 41 oder Gabriel 2022: 16). Daraufhin hat sich ein breites Verständnis von Partizipation durchgesetzt, das sich weder nur auf bestimmte Phasen noch nur auf spezifische Bereiche der Politik reduziert (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395). Allerdings repräsentiert Kaase mehr die oben dargelegten *instrumentellen* Formen der Partizipation, wonach sich das Handeln auf die Systemebene der Politik bezieht (vgl. ebd.).

15 Als wegweisend für die politikwissenschaftliche Einstellungs- und Partizipationsforschung gilt zudem die Studie „The American Voter" (Gabriel et al. 2020: 17f.).

16 Nach der Theorie der rationalen Wahl oder Rational-Choice-Theorie (RCT) vollzieht das Individuum rationale nutzenmaximierende Entscheidungen im Sinne von „Kosten- und Nutzen-Aspekten" (Detjen et al. 2012: 71). Der RCT-Ansatz geht davon aus, dass „gesellschaftliche Phänomene als unbeabsichtigte Resultate absichtsvollen Handelns entstehen können" (Diefenbach 2009: 239; siehe weiterführend Fuchs 1995: 137; Behnke 2001: 434ff.; Ladwig 2010: 85; Detjen et al. 2012: 71; Buchstein 2012: 24ff.).

17 Ausgangspunkt der Debatte ist die sogenannte *interpretative* oder *argumentative* Wende, wonach „Politikverläufe nicht mehr nur aus Nutzenmaximierungskalkülen erklärt oder als rationale Problemlösung verklärt" werden, „sondern [..] sprachlich vermittelte und geprägte Interpretations-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Blick geraten (vgl. Fischer 1997: 264f., 2003: 100f., 2017; Hajer 1995: 68ff.). Kreativakteure und Formen des Selbstherstellens kommen aber nicht vor. Das gilt auch für die Policy-Entrepreneurship-Forschung, die so wie die *interpretative* Policy-Analyse im angloamerikanischen Raum große Reputation hat, hierzulande jedoch vergleichsweise unbedeutend ist. Der Begriff *Policy Entrepreneure* wurde erstmals systematisierend von John Kingdon (1984) gebraucht. Kingdon wies in einer Studie mit 23 Einzelinterviews nach, dass Unternehmer*innen teilweise großen Einfluss auf die Gesundheitsökonomie, und damit auf die Politik, haben.[18] Der Begriff zielt insgesamt auf den Innovationscharakter von Unternehmen ab, um „Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung und Beförderung von Politikwandel" bereitzustellen (Grimm 2011: 451) – und bis heute gibt es eine Reihe von Untersuchungen, so etwa von Andreas Nagel (2009) zu politischen Entrepreneuren im Gesundheitswesen, der auch den Begriff „politische Entrepreneure" verwendet. Allerdings kommen Policy Entrepreneure weder in der deutschsprachigen Designforschung vor, noch wurden Formen des (unternehmerischen) Selbstherstellens im Kontext von Policy Entrepreneureship untersucht. Auch gilt das unternehmerische Handeln in den Ansätzen als vorausgesetzt[19], was für diese Studie nicht vorausgesetzt werden kann. Das Gegenmodell dazu bietet die Subpolitik bei Beck (1993), der weder das Unternehmerische noch die institutionelle Seite der Politik fixiert. Becks Subpolitik bezieht sich auf „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems" (Beck 1993: 162, H. I. O.), die um die „Gestaltungsmacht des Politischen" ringen. Beck zielt somit auf einen *weiten* Politikbegriff ab und nimmt dazu auch Arbeitsformen in den Blick. Allerdings führt er Arbeit als Kategorie nirgends systematisch ein. Auch wurde die Subpolitik nie konsequent auf die politikwissenschaftliche Analyse übertragen – trotz der eben genannten *expressiven* Ansätze der Partizipation und der *interpretativen* Policy-Analyse. Das heißt, dass auf der einen Seite bis heute eine unternehmerische Positionierung durch das Konzept Policy Entrepreneureship dominiert, auf der anderen Seite der Begriff Subpolitik rein theoretisch bleibt. Zwar gab es Vorhaben, Konzepte wie Fairtrade unter Aspekten der Subpolitik zu beleuchten (so etwa bei Holler 2007). Ansonsten gilt

---

prozesse und Interpretationskämpfe" sind (München 2016: V). Auch Kenner, Netzwerke und Gremien sind dadurch in den Blick geraten, die Wissen von außerhalb an die Politik herantragen (vgl. Schneider/Ingram 1993: 337f.; Fischer 1997: 264f.; Rüb/Straßheim 2012: 384f.; München 2016: 111ff.).

18 Das heißt, dass Einzelakteure im Konzept *Policy Entrepreneureship* vorkommen. Mintrom/Norman machen allerdings deutlich, dass Policy Entrepreneure als Einzelakteure oft nur Ideengeber oder Anstifter sind, woraus unternehmerische politische Zusammenarbeit wird: „Like their counterparts in business, policy entrepreneurs are team players. Individuals are often the instigators of change, but their strength does not come from the force of their ideas alone, or from their embodiment of superhuman qualities" (Mintrom/Norman 2009: 653).

19 Deutlich wird das etwa in den eben genannten Arbeiten von Mintrom/Norman (2009), die das Handeln von Policy Entrepreneuren u.a. als Reaktion auf Politikversagen systematisieren, oder in Kingdons Multiple-Streams-Modell (1984), das von drei Prämissen ausgeht: der Problemerkennung (*Problem-Strom*), Entscheidungsfindung (*Politics-Strom*) und Lösungserarbeitung (*Policy-Strom*). Alle drei Ebenen beziehen sich sowohl auf die unternehmerische Leistung als auch auf die Politik im Sinne von Agenda-Setting. Die drei Ströme ermöglichen sogenannte „Windows of Opportunities", wonach Policy Entrepreneure Chancen nutzen, um über unternehmerisches Handeln Einfluss auf die Politik zu nehmen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

das Interesse vorrangig dem politischen Konsum[20] und keiner (möglichen) politischen Produktion.[21]

Letzteres zeigt sich insbesondere in den Forschungsarbeiten von Jan van Deth[22], der das Kaufen fairer und den Boykott unfairer Produkte unter politischen Beteiligungsaspekten untersucht hat, die Gegenseite aber, das Produzieren fairer Produkte, außer Acht lässt – wenngleich er das öffentliche Bekenntnis von Unternehmen zu ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung erwähnt (vgl. van Deth/Zorell 2020: 406). Nicht zuletzt wird diese Form der Nichtberücksichtigung in der soziologisch politischen Konsumforschung komplettiert. Hier werden Unternehmen seit Jahren als „kollektive Weltbürger" begriffen (Curbach 2007; siehe auch Lukas 2007). Formen der Selbstproduktion kommen nicht vor.

3.3 Diskurs um Kulturschaffende und Kulturunternehmer*innen

Künstler*innen, Kulturschaffende und Akteure aus der Kreativwirtschaft sind seit über zwei Jahrzehnten Gegenstand der soziologischen Forschung.[23] Zunächst gerieten Mitte der 1990er Jahre die klassischen Künstlerarbeitsmärkte in den Fokus. Im Anschluss wurden andere Berufe berücksichtigt, so etwa die Bereiche Journalismus und Design (vgl. Betzelt 2006; Manske 2016a), Werbung (Koppetsch 2006) oder Musik als Szenewirtschaft (Kühn 2016). Neben objektiv erhobenen Rahmendaten wurden Kulturakteure vor allem qualitativ erforscht, wozu auch der Querschnittsbereich Design gehört. Im Zentrum stehen bislang allerdings vorrangig Marktzugänge und entsprechende Positionierungen.[24] Die *normative* Subjektivierung – Sinnansprüche im Arbeitskontext (siehe Punkt 2.2) – wird zwar immer wieder berücksichtigt. Sie wird aber als keine politische Subjektivierung in Form arbeitsinhaltlicher Zielsetzungen untersucht. Vielmehr wird argumentiert, dass die hohen Sinnansprüche wie eine Art „Schutzfunktion gegenüber ökonomischen Anforderungen" wirken und „ein einseitiges Umschlagen von Marktimperativen auf die berufliche Handlungsweise" verhindern (Euteneuer 2011: 67ff.; vgl. auch Betzelt 2006; Betzelt/Gottschall 2007). Und vor allem wird darin ein Einfallstor

20 Vgl. dazu Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; van Deth/Zorell 2020.

21 Diese Perspektive verwundert nicht zuletzt darum, weil Produktion und Konsum seit 2015/2016 als wechselseitige Nachhaltigkeitsziele in den sogenannten 17 Nachhaltigkeitszielen der UN ausgewiesen werden. Damit wird Produktion eine gesellschaftspolitische Relevanz zugesprochen (vgl. Neckel 2018: 11f.; Filho 2019: 36; von Hauff 2019; Herlyn/Lévy-Tödter 2020; zuletzt Melde 2021: 327). Eine der wenigen Ansätze, die Produktion als Faktor berücksichtigen und unternehmerisches Handeln unter Beteiligungsaspekten diskutieren, ist der Ansatz von Saskia Richter. Richter versteht unternehmerisches gesellschaftliches Engagement als „alternative Form der Partizipation", die als „Ergänzung zu politischer Partizipation durch Parteien" gelten könne (Richter 2013a: 170).

22 Siehe dazu van Deth 2014: 358; Vetter/Remer-Bollow 2017: 63; van Deth/Zorell 2020.

23 Siehe dazu Haak/Schmid 1999, 2001; Gottschall/Betzelt 2003; Eikhof/Haunschild 2004; Haak 2005; Betzelt 2006; Koppetsch 2006; Betzelt/Gottschall 2007; Manske 2007, 2016a, 2016b; Manske/Schnell 2018; Loacker 2010; Huber 2012; Krämer 2014; Reckwitz 2014; Marguin/Losekandt 2018; zuletzt Kannler et al. 2019; Copercini 2019.

24 Vgl. Manske 2007, 2016a; Euteneuer 2011; Basten 2016; Copercini 2019.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zur Selbstökonomisierung ausgemacht: Erst die hohen Sinnansprüche würden dazu führen, dass soziale Risiken überdeckt werden (vgl. Manske 2016a: 372).

Damit sind arbeitsinhaltliche Sinnkontexte bislang als keine gesellschaftspolitischen Zielsetzungen in Arbeitsprozessen untersucht worden. Gleichwohl gibt es Studien, die in diese Richtung weisen. Zu nennen wäre Sigrid Betzelts Erhebung, die auf Basis qualitativer Daten zu dem Schluss kam, dass neben Journalist*innen und Übersetzer*innen auch Designer*innen „übergeordnete Ansprüche" an ihr berufliches Handeln stellen, indem sie über gesellschaftliche Missstände aufklären wollen (Betzelt 2006: 35f.).[25] An anderer Stelle hat eine Studie von Matthias Euteneuer moralische Wertvorstellungen unter Selbstständigen in der Kreativwirtschaft in den Blick genommen, mit dem Ergebnis, dass ethische und wertrationale Handlungsmuster mit zweckrationalen koexistieren (Euteneuer 2011: 129ff.).[26] Und eine Studie von Michael Maxein hat schließlich nach gesellschaftlichen Leitbildern und entsprechenden Forderungen an Gesellschaft durch Designakteure gefragt, die an die Politik gestellt werden (vgl. Maxein 2013: 248ff.)[27] – dem wären noch diverse Designansätze hinzuzufügen, die Designtheorien mit politikwissenschaftlichen Perspektiven verbinden (vgl. das Kapitel 4.3.2f). Ansonsten steht kreative Arbeit vor allem in der Arbeitssoziologie für Prozesse der Selbstökonomisierung, erst jüngst kommt hier etwas Bewegung ins Spiel. So legten Bastian Lange et al. bereits vor Jahren den Fokus auf die „Selbststeuerung" und „Selbstorganisation" von Kreativakteuren (Lange et al. 2009: 15ff.). Catherine Robin wendete sich zudem von der Engführung ab, Kreativität alleinig am Markterfolg zu bemessen (Robin 2017: 35) – und Alexandra Manske (2023) stellt jüngst ein neues Solidarisierungsbewusstsein in der freien Szene am Beispiel der Darstellenden Künste heraus.[28] Nicht zuletzt haben Kannler et al. (2019) in einem Sammelband das Verhältnis von Kreativität und Kritik neu beleuchtet. Allerdings fehlen auch hier politikwissenschaftliche Betrachtungen.

---

25 Betzelt charakterisiert dazu drei Typen, wobei derjenige „am weitesten verbreitet" sei (Betzelt 2006: 35), der ein berufliches Selbstverständnis als *„Beruf als Berufung"* erkennen lässt (ebd.: H. i. O.). Bei diesem Typ diene der Beruf in erster Linie der kreativen Selbstverwirklichung, erst in zweiter oder dritter Hinsicht dem Gelderwerb. Charakteristisch ist nach Betzelt eine Entgrenzung zwischen Berufs- und Privatperson durch Aussagen wie *„der Beruf ist mein Hobby"* oder *„Designer ist man mit Leib und Seele"* (ebd.: 35, H. i. O.). Auch ist bei Journalist*innen und wenigen Designer*innen eine „gewisse Orientierung an gesellschaftlichen Zielen des Gemeinwohls" zu erkennen, um etwa „Aufklärung über gesellschaftliche Missstände" zu betreiben (ebd.: 35f.).

26 Euteneuer unterscheidet insgesamt fünf Typen, hervorzuheben sind vor allem der berufsethische und Herzblut-Unternehmer: Ersterer gründet ein Unternehmen, „um berufsspezifische Wertvorstellungen verwirklichen zu können" (Euteneuer 2011: 129). Beim Herzblut-Unternehmer bleibt dagegen eine „basale wertrationale Bindung an das Tätigkeitsfeld unabdingliche Grundlage des betriebswirtschaftenden Handelns" (ebd.: 146).

27 Hierzu wurden Fragebögen an Institutionen wie dem IDZ, VDID oder Agenturen wie EFA versendet. Insgesamt handelt es sich dabei um 50 Fragebögen, von denen 17 beantwortet wurden. Ergänzend zu allgemeinen Unternehmens- und Organisationsdaten wurden arbeitsorganisatorische und nachhaltigkeitsrelevante Aspekte im Arbeitsalltag abgefragt (siehe dazu Maxein 2013).

28 Während Manske in ihren älteren Arbeiten eine mögliche politische Perspektive herausstellt, die sich auf Abwehrhaltungen gegen Subjektivierungszuschreibungen bezieht (siehe zur Vertiefung Fußnote 10 auf Seite 20), thematisiert sie jüngst neue Formen der Solidarität, wonach politische Subjektivierung für neue Anspruchshaltungen auf politische Teilhabe steht.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Insgesamt mangelt es an Vorhaben, Formen von „politische[r] Kreativität" (Leggewie 1994: 11; vgl. Bluhm 2001, 2012) mit einer arbeitssoziologischen Perspektive zu verknüpfen – und in Bezug auf die Nachhaltigkeit unter politikwissenschaftlichen Aspekten zu untersuchen.

3.4 Forschungszusammenhang Arbeit, Politik und Nachhaltigkeit

Der Zusammenhang von Arbeit, Politik und Nachhaltigkeit ist kein eigenständiger Forschungsbereich. Da sich die Forschungsfrage der Studie auf diesen Querschnitt bezieht, werden an dieser Stelle wichtige Forschungsergebnisse aufgezeigt, die für diese Schnittstellenthematik relevant sind. Zunächst lässt sich sagen, dass der Schwerpunkt Nachhaltigkeit forschungsübergreifend an Bedeutung gewinnt: In der Demokratieforschung wird auf die „Herausforderung für die Politik" hingewiesen (vgl. Zentrum für Ethik und Nachhaltigkeit 2014). In der stark wirtschaftlich ausgerichteten Nachhaltigkeitsforschung wird an neue „Nachhaltigkeit in der Politik" appelliert (Pufé 2017) – oder es werden politische Konsument*innen[29] in der politischen Konsum-/Beteiligungsforschung in den Blick genommen. Zudem führt die Arbeitssoziologie die eingangs angeführte „erweiterte Subjektperspektive" der Nachhaltigkeit ins Feld (Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.). Arbeitsinhaltliche Sinnansprüche, neue gesellschaftspolitische Fragestellungen und Ökologieperspektiven geraten dadurch in den Blick. Letzteres spiegelt sich nicht zuletzt in einer vom Bundesarbeitsministerium (BMAS 2016) beauftragen Studie zum Schwerpunkt „Arbeiten 4.0" wider, wonach Arbeitssubjekte „weitreichende Eigenverantwortung leben" und ihr „eigenes Berufsbild kreativ gestalten" wollen. Die Befragten wollen eigene „Ideale in der Arbeitswelt" verwirklichen (BMAS 2016: 30). Zugleich befürchten sie, dass sie künftig „in einer Welt ohne sozialen Halt" leben, „auf der Strecke [..] bleiben" und „den Interessen der Wirtschaft ausgeliefert" sind (ebd.; siehe auch Becke/Warsewa 2017: 25).

Das Entscheidende ist, dass in der Studie auch Designakteure vorkommen, sich aber auf keine politikwissenschaftliche Perspektive bezogen wird. Das gilt weitestgehend auch für die soziologische Nachhaltigkeitsforschung (vgl. Henkel et al. 2021). Hier wird die „Bedeutung einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Unternehmen und Konsumenten" hervorgehoben (vgl. Antoni-Komar et al. 2012: 298; Neuhäuser 2012: 278ff.). Auch wird an die Verantwortung des Einzelnen appelliert. Einzelakteure aus der Kultur und Kreativwirtschaft spielen aber weder im Kontext nachhaltiger Arbeit noch unter Aspekten des politischen Handelns und auch nicht in der politischen Beteiligungsforschung eine Rolle. Insgesamt lassen sich jedoch drei Querschnittsfelder anführen, in denen, neben der bereits angeführten Policy-Entrepreneurship-Forschung, Arbeitsformen unter politischen Gesichtspunkten berücksichtigt werden: Erstens lässt sich der Forschungszusammenhang von Arbeit und Politik anführen, der Ansätze von der

29 Vgl. Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Busse 2006; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; van Deth/Zorell 2020; Baringhorst/Witterhold 2019.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Mikropolitik“[30] und „Arbeitspolitik“[31] bis zur „Bürgerarbeit“ vereint. Die Ansätze haben für diese Studie allerdings nur eine bedingte Relevanz: Der Mikropolitik-Ansatz untersucht die Handlungsspielräume der Subjekte in den Betrieben und Organisationen. Der Arbeitspolitik-Ansatz ist mehr als gesamtgesellschaftlicher Regulierungszusammenhang von Arbeit und Politik zu verstehen – weder stehen Nachhaltigkeitsaspekte noch Einzelpersonen geschweige denn arbeitsinhaltliche Positionierungen im Zentrum.[32] Erst die Bürgerarbeit bei Beck (1999) legt den Fokus sowohl auf Einzelakteure als auch auf arbeitsinhaltliche Aspekte. Allerdings ist die Bürgerarbeit kein politisches Handeln durch die Selbstorganisation. Sie ist ein staatlich organisiertes Regulierungsinstrument (vgl. Scherhorn 2000: 350; Dettling 2000: 211ff.; Bermes 2008: 55).[33] Dass sowohl das Subjekt als auch die Eigeninitiative in den Vordergrund treten, löst erst die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung ein. Hier sind über die Jahre neben den klassischen Beteiligungsformen von der Wahlbeteiligung (vgl. Niedermayer 2005: 195; Steinbrecher 2020), den Beteiligungen an direktdemokratischen Verfahren (vgl. Vatter et a. 2020; Klein 2020) und Formen der Deliberation (vgl. Götz 2017; Landwehr 2020) vor allem die bereits angesprochenen *expressiven* Partizipationsvarianten unter Nachhaltigkeitsaspekten gewichtet worden (vgl. Micheletti 2003: 14ff.; van Deth/Zorell 2020: 395ff.). Aber auch hier kommen Einzelakteure aus dem Bereich der Arbeit nicht vor. Diese Lücke schließt erst ein dritter Forschungszugang, die bereits angesprochene

30 Der Begriff Mikropolitik wird in zweierlei Hinsicht verwendet: Zum einen steht er in der Betriebssoziologie in Anlehnung an die Arbeiten von Burns (1962), Ortmann (1992) u.a. für Mitbestimmungsprozesse in den Betrieben (siehe auch Minssen 2013; Bosetzky 1992, 2019; Scheele 2008: 73). Zum anderen taucht der Begriff in Philosophie und Politikwissenschaft auf. So zielt die Mikropolitik bei Krause/Rölli (2010) beispielsweise in Rückgriff auf Deleuze und Guattari auf „die Vielzahl interagierender Bewegungen“ ab, „die das gesellschaftliche Feld durchziehen“ und „die real sind, ohne repräsentativ zu sein“. An anderer Stelle wird die Mikropolitik als Form der Subpolitik behauptet (so etwa bei K. Jain 2000, 2001 oder Jameson 1991), die das politisch Ganze zu reflektieren habe, „um Politik im eigentlichen, radikalisierten Sinn zu sein“ (K. Jain 2001: 1). Im Zuge zunehmender Fragmentierungen drohe sie jedoch ihre Konturen zu verlieren (so die Prognose von Jameson 1991, vgl. dazu K. Jain 2001: 2).

31 Der Arbeitspolitik-Ansatz geht auf Naschold u.a. zurück (vgl. Jürgens/Naschold 1982; Naschold/Jürgens 1983). Er geht insgesamt von einem Politikverständnis aus, das alle gesellschaftlichen Aktivitäten als politische Dimensionen erfasst. Dabei ist Arbeit bislang weder eine „politikwissenschaftliche Schlüsselkategorie“ noch ist die Rolle des Subjekts hinreichend berücksichtigt worden (Scheele 2008: 49ff.; siehe auch Kuhlmann 2013). Das Kapitel 4.1.1 wird darauf zurückkommen.

32 Anzuführen ist an dieser Stelle vor allem der Ansatz von Michael Burawoy, der zwischen *Politics in Production* und *Politics of Production* unterscheidet: Ersteres zielt auf die betriebliche Mikropolitik und die sozialen Arbeitsbeziehungen in Arbeitsorganisationen ab. Zweiteres bezieht sich vorrangig auf die staatliche Arbeits(markt)- und Wohlfahrtspolitik (vgl. Burawoy 1979, 1985). Das Kapitel 4.1.1 wird den Ansatz vertiefen (siehe weiterführend Keller 2008a; Scheele 2005, 2008: 67; Bosetzky 1992, 2019).

33 Nach Scherhorn ist die Bürgerarbeit in Anlehnung an Beck „Gemeinschaftsgüter bezogene Arbeit“, die auf das nichtentlohnte, aber „alimentierte Engagement für mitmenschliche, nachbarschaftliche, kommunale, regionale oder überregionale Einrichtungen oder Angelegenheiten“ abzielt (Scherhorn 2000: 350). Damit fasst Scherhorn den Begriff wesentlich weiter als Beck, da er darunter die *„private Bürgerarbeit“* versteht (ebd.: 351, H. i. O.), die im Gegensatz zu öffentlicher Bürgerarbeit im Sinne Becks aus „individueller Initiative“ erfolge und von „einzelnen beschlossen und betrieben“ werde (ebd.: 350f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„erweiterte Subjektperspektive" (vgl. Kapitel 2). Hier werden sowohl Arbeit als auch Nachhaltigkeitsaspekte gewichtet und mögliche politische Zielsetzungen erwogen – und dazu sind über die Jahre eine Reihe von Forschungsansätzen entstanden.[34] Wie Warsewa (2016) in einer Übersicht darstellt, wurden bereits vor Jahren wachstums- und industriekritische Positionen im Arbeitskontext untersucht, mit dem Ergebnis, dass sie bei Jüngeren und gut Qualifizierten sowie bei Facharbeiter*innen erkennbar sind (vgl. auch Kern/Schumann 1984). Auf der anderen Seite kamen Studien zu dem Schluss, dass defensive Positionierungen zu Ökologiefragen ebenso zu beobachten sind (vgl. Heine/Mautz 1989; Bogun et al. 1990; Warsewa 2016: 38).

Hervorzuheben sind für die soziologische Forschung vor allem zwei große Nachhaltigkeitsstudien, die großen Einfluss auf die Forschung hatten – zum einen das Verbundprojekt *Arbeit und Ökologie* der HBS (2000), zum anderen die Studie zu *Zukunftsfähiges Deutschland*, die von BUND/Misereor (1996) in Auftrag gegeben wurde. Im Zentrum standen Fragen zum Zusammenhang von Arbeit und Umwelt. Autoren wie Warsewa kritisieren allerdings, dass wachstumskritische Diskussionen um Arbeitszeit und Grundeinkommen darin verengt wurden. Auch habe man „emanzipatorische, kritische, widerständige Potentiale gegenüber den ökologischen Problemen und ihren Folgen" im Betrieb bzw. in der konkreten Arbeitserfahrung der Beschäftigten kaum thematisiert (Warsewa 2016: 43). Zudem hat sich die Perspektive im Anschluss „von Handlungszielen auf eine sehr allgemeine, gesamtgesellschaftliche Ebene der Steuerung und Regulierung" der Nachhaltigkeit verlagert (ebd.) – das Forschungsinteresse lag mehr auf der neoliberalen Vereinnahmung des Arbeitssubjekts. Erst jüngst richtet sich der Blick (wieder) auf die eben angeführte „erweiterte Subjektperspektive" der Nachhaltigkeit. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Fokus erstens seit Jahren auf der Ungleichheits- und Hierarchiedynamisierung liegt, die aus dem sozioökonomischen Wandel resultiert.[35] Zweitens zeigt sich seit den letzten Jahren, dass zivilgesellschaftliche Assoziationen zu bürgerschaftlichen Engagementformen im Spannungsfeld von formeller und informeller Arbeit in den Blick genommen werden (siehe auch Mautz 2016).[36]

Zu betonen ist abschließend, dass das Selbermachen, wie unter Punkt 2 angeführt, in der Arbeitssoziologie vorrangig als erwerbsfreie Arbeit thematisiert wird. Darüber wird

34 Bis in die 1980er Jahre gab es hierzulande keine eigenständige sozialwissenschaftliche Umweltforschung (vgl. Warsewa 2016: 33ff.). Auch hat das Thema Umwelt in der damaligen Arbeits- und Industriesoziologie keine Rolle gespielt (vgl. Barth et al. 2016a: 17f.). Erst seit den 1990er Jahren liegt das Forschungsinteresse auf einem ökologischen Verantwortungsbewusstsein von Arbeitnehmer*innen (vgl. Hoff/Lecher 1995; siehe dazu Warsewa 2016: 33ff.).

35 So rät Sighard Neckel, Nachhaltigkeit in der Soziologie erst gar nicht aus einer „gesellschaftlichen Teilnehmerperspektive" zu untersuchen (Neckel 2018: 13). Vielmehr müsse es um Macht- und Hierarchieverhältnisse gehen, die aus der nachhaltigen Transformation resultieren. Auch die Publikation *Soziologie der Nachhaltigkeit*, die eine erweiterte soziologische Forschungsperspektive fordert (vgl. Henkel et al. 2021: 17), verknüpft die Ebene einer „deskriptiv-analytischen", „kritisch-normativen" und „praktisch-politischen" Reflexivität mit keiner politikwissenschaftlichen Perspektive (vgl. ebd.: 13ff.). Im „Mehrebenenmodell" von Wendt zu Utopien und Dystopien einer Soziologie der Nachhaltigkeit fehlt zudem Arbeit als Kategorie (Wendt 2021: 169).

36 Sogar Formen der Widerständigkeit werden mittlerweile unter Nachhaltigkeitsaspekten beleuchtet (vgl. Corrêa/Nowak 2016). Sie werden aber als kein politisches Handeln untersucht. Auch spielen Kreativakteure keine Rolle.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zwar ein „emanzipatorisches Potenzial" geltend gemacht, allerdings nur, wenn es sich um erwerbsfreie Eigenarbeit handelt (so etwa bei Scherhorn 2000: 350ff.). Vergleichbares lässt sich für Ansätze im Bereich der Lebensführung[37] oder zu nachhaltigen Lebensstilen[38] sagen (Lange 2002: 205ff.).[39] Eine Gegenperspektive dazu bildet die stark wirtschaftlich ausgerichtete Nachhaltigkeits- (vgl. Rogall 2003, 2004, 2012) und die bereits angesprochene Entrepreneurship-Forschung[40], die unternehmerische Perspektiven positionieren. Abschließend ließe sich noch die sozial-ökologische Transformationsforschung anführen, die Bereiche von der solidarischen Landwirtschaft über Repair-Cafés bis hin zu offenen Werkstätten oder urbanen Ernährungsbewegungen untersucht. Hier zeigt sich, dass die Motive der Akteure davon zeugen, den Kapitalismus von innen heraus überwinden zu wollen (vgl. Dobernig/Stagl 2015) oder die Gesellschaft ökologisch umzugestalten (vgl. Schlosberg/Coles 2016; Kropp/Stinner 2018; siehe auch Deflorian 2020: 224). Allerdings fehlen auch hier Untersuchungen an der Schnittstelle zur politikwissenschaftlichen Forschung.

37 Der Lebensführungsansatz geht auf den Sonderforschungsbericht „Entwicklungsperspektiven von Arbeit" an der Ludwig-Maximilian-Universität München zurück (Scholl/Hage 2004: 15f.). Ausgangspunkt dazu ist der Begriff der Lebensführung bei Max Weber. Im Fokus des Ansatzes stehen individuelle Handlungsmuster, Präferenzen und Lebensstile, die sich zu einem Ganzen des Alltäglichen der Arbeit verbinden (siehe weiterführend dazu Voß 1995: 25; Kudera 2000; Kudera/Voß 2000; Voß 2021).

38 Lebensstile werden in dieser Studie in Anlehnung an Reusswig als „gruppenspezifische Formen der individuellen Lebensführung und -deutung" verstanden. „Sie beschreiben typische Muster der Organisation des Alltags, der Identitätsbildung, der Sinngebung (oder des Sinnbastelns), der Kommunikation und der Stilisierungs(versuche) des Selbst" (Reusswig 2002: 158).

39 Bezogen auf den Diskurs um das Selbermachen ist vor allem die Studie „Rückkehr zur Handarbeit als Teil eines neuen an Nachhaltigkeit orientierten Lebensstils?" von Sylla (2016) zu nennen. Sylla versteht das Selbermachen als nachhaltige Lebensführung. Sie lässt aber die Frage außen vor, ob es sich ggf. um neue Unternehmensformen handeln kann, die politisch sind.

40 Siehe dazu Hackenberg/Empter 2011; Stein 2011, 2015; Schaltegger/Petersen 2001; Clausen 2004; Hockerts/Wüstenhagen 2010; Gebauer/Ziegler 2013. Hier schließen auch Ansätze aus der Designforschung an, auf die bereits im letzten Kapitel hingewiesen wurde.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4. Theoretischer Rahmen

4.1 Theoretische Zugänge und Begriffsklärungen

Welche theoretischen Zugänge sind für diese Studie von Relevanz? Von welchen Begriffen ist auszugehen? Muss von Selbermachen, Herstellen oder Selbstherstellen gesprochen werden? Und welches Politikverständnis liegt der Studie zu Grunde? Diese Fragen werden im Folgenden geklärt. Im ersten Schritt wird dazu das Problem dargelegt, warum Arbeitshandeln bis heute weder in der Arbeitssoziologie noch in der Politikwissenschaft als politisches Handeln untersucht worden ist. Im Anschluss werden theoretische Zugänge geschaffen, um Arbeitshandeln daraufhin untersuchen zu können. Daran anknüpfend werden entsprechende Begriffsbestimmungen vorgenommen, die für diese Studie von Relevanz sind.

4.1.1 Was ist Arbeit, was ist Politik? Annäherungen an einen Wissenschaftskomplex

Bis heute gibt es keinen soziologischen und politikwissenschaftlichen Ansatz oder eine Theorie, worüber Arbeitshandeln als politisches Handeln erklärt, geschweige denn untersucht wird. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie wurden bereits im Problemaufriss (Kapitel 2) dargelegt. In den folgenden Abschnitten wird dieser Problemkomplex vertieft. Zunächst wird erörtert, was unter Arbeit[1] und Politik[2] zu verstehen ist. Beide Begriffe werden mittlerweile im erweiterten Sinne verstanden – Arbeit gilt nicht mehr

1 Das Wort Arbeit, im Althochdeutschen *A(a)rbeit*, geht auf das germanische Tätigkeitswort *arbeijo* zurück und verweist auf ein schwer körperlich arbeitendes verdingtes Kind (vgl. Negt 2002: 294; Irrgang 2010: 9). Arbeit kommt vom Lateinischen *avrum*, *arva* und meint so viel wie gepflügter Acker. Auf den Arbeitsbegriff wird ab Abschnitt 4.2 Bezug genommen.

2 Das Adjektiv „politisch" kommt schon zuvor auf. Es stammt aus dem Griechischen und bezieht sich auf die griechische *Polis* und den Staat, beziehungsweise den Stadtstaat. Heute wird meist auf das moderne Substantiv „das Politische" (vgl. Meier 1983: 15) verwiesen, wobei von Politik im erweiterten Sinne erst ab dem 19. Jahrhundert die Rede ist. Wie Michael Th. Greven herausgearbeitet hat, ist Politik bis dahin ein klares Privileg weniger Funktionärsgruppen (vgl. Greven 2000: 16). Formen von Aufruhr und Protest gelten als keine Politik, was sich erst mit Aufkommen der nationalen Bewegungen ändert. Ein Politikbegriff, der sich auf den modernen Nationalstaat bezieht, entsteht

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nur als Lohnarbeit, Politik ist mehr als nur Parteien- oder die institutionelle Politik. Beide Forschungsbereiche treibt somit die Frage um, was ihre heutigen Wesenskerne sind, wenn sich Arbeit und das Politische ausdifferenzieren. Trotz Perspektivenweitung ist es um eine Verzahnung beider Forschungsfelder verdächtig still. Bis auf die im Forschungsstand (siehe Kapitel 3) skizzierten Schnittstellenbereiche *Arbeitspolitik*, *Mikropolitik* und *Policy Entrepreneurship* kommen sich Arbeit und Politik kaum ins Gehege.

Letzteres verwundert nicht zuletzt darum, weil die Politikwissenschaft seit Jahren eine Weitung der „Erklärungskraft politikwissenschaftlicher Theorien" in Anlehnung an Erkenntnisse sogenannter „Nachbardisziplinen" fordert (Gabriel et al. 2020: 20). Auch werden politische Entscheidungsprozesse nicht mehr nur „im Rahmen der Abläufe des formalen Gesetzgebungsprozesses und unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenspiels der politischen Institutionen" analysiert; es werden stärker denn je „informelle Abläufe und unübersichtliche Akteurskonstellationen" berücksichtigt (Blatter et al. 2007: 18). Allerdings spielt Arbeitshandeln in der Politikwissenschaft keine Rolle. Es ist Alexandra Scheele (2005, 2008) zu verdanken, Arbeit und Politik aufeinander bezogen zu haben, um „Arbeit als politisches Feld" zu konzipieren. Scheeles Vorhaben setzt an der Kritik an, dass die Politikwissenschaft noch immer ein „verkürztes Verständnis" von Arbeit habe (Scheele 2008: 12): Arbeit werde mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. So wie man der Arbeitssoziologie vorwerfen kann, dass sie den Arbeitsbegriff lange auf Lohnerwerbsarbeit verengt hat, lässt sich der Politikwissenschaft vorhalten, Arbeit noch immer auf die „Ebene von Institutionen, Interessenorganisationen und -verbänden" (ebd.) zu reduzieren. Darum beleuchtet Scheele „Aspekte der Politisierung von Arbeit" (ebd.: 13). Sie rückt das Subjekt ins Zentrum. Und sie macht auf das Problem aufmerksam, dass das Subjekt in der Politikwissenschaft allenfalls zum kollektivierbaren Subjekt wird – es hat als Einzelakteur[3] kaum Relevanz, im Kontext von Arbeit ohnehin nicht.[4]

Darum hat Scheele eine arbeitssoziologische und politikwissenschaftliche Perspektive miteinander verbunden, mehr noch: Sie hat den in die Jahre gekommenen Ansatz der „Arbeitspolitik" von Naschold u.a. auf neue Füße gestellt (siehe Forschungsstand 3.4). Über den Arbeitspolitik-Ansatz ist in den 1980er Jahren der Versuch unternommen worden, den Wirkungszusammenhang von Staat und Ökonomie, Produktion und Reproduktion sowie von nationalstaatlicher und globalwirtschaftlicher Regulierung neu zu beleuchten (Naschold 1984; vgl. Scheele 2005, 2008). Der Ansatz begreift Politik nicht nur als Funktion staatlicher Akteure oder als Aufgabe von parastaatlichen Institutionen (vgl. Scheele 2005: 194). Er geht, auch in seiner Weiterentwicklung, von einem Politikverständnis aus, das „alle gesellschaftlichen Aktivitäten" – ökonomische, politische

---

im 18./19. Jahrhundert (vgl. Luhmann 2002: 8). Das Kapitel 4.3.1 wird auf die wichtigsten Punkte zurückkommen.

3 Dieser Tatsachenbestand darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass den politischen Einstellungen von Individuen in der Politikwissenschaft große Bedeutung zukommt (vgl. Gabriel et al. 2020: 18). Die Einzelperson ist als Akteurskategorie aber relativ unbedeutend, sieht man einmal von Ansätzen wie der Subpolitik bei Beck (1993) ab. Tine Stein spricht darum vom blinden Fleck der „Akteurskategorie Einzelpersonen" in der politikwissenschaftlichen Forschung (Stein 2015: 110).

4 Das gilt auch für die stark betrieblich geprägte Arbeitssoziologie, die Widerstände im Arbeitskontext in der Regel als kollektive Willensbildungsprozesse, nicht aber als informelle und individualistische Widerstände in den Blick nimmt (vgl. dazu Heiland/Schaupp 2023: 7).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und/oder ideologische – als politische Dimensionen erfasst (Scheele 2008: 69). Politik wird somit auf keine staatlichen und institutionellen Wirkungszusammenhänge verengt. Sie ist „sozialen Beziehungen der Arbeit" inhärent (ebd.).

Allerdings konzentriert sich der Arbeitspolitik-Ansatz bislang mehr auf eine „Regulierung von Arbeit" (ebd. 70); es geht um kein außerbetriebliches Arbeitshandeln in Form einer möglichen arbeitsinhaltlichen politischen Positionierung. Das hat schon damit zu tun, dass die Arbeitssoziologie, von Habermas beeinflusst, Arbeit und Interaktion trennt – Anja Lieb spricht darum von einer „demokratischen Leerstelle" in der Forschung (Lieb 2005: 174). Dieses Problem löst auch Scheele nicht. Das ist auch nicht ihr Anliegen. Scheele will Arbeit als politisches Feld konzipieren. Dazu hebt sie das „emanzipatorische Potenzial von Arbeit" hervor (Scheele 2008: 42) – und sie stellt die Sichtbarkeit von Arbeit für die Politikwissenschaft und die des Subjekts heraus. Eine arbeitsinhaltliche normative Ebene des Arbeitshandelns bleibt aber auch bei Scheele sekundär.

Diese Eigentümlichkeit zeigt sich in der Forschung seit Jahren an vielen Stellen. So knüpft Michael Burawoy (1979, 1985) bekanntermaßen an den Arbeitspolitik-Ansatz an, um „die Trennlinie von Politik und Ökonomie" neu zu ziehen (Scheele 2005: 195) – Burawoy unterscheidet zwischen *Politics in Production* und *Politics of Production*. Mit ersterem ist die betriebliche Mikropolitik gemeint, mit zweiterem vorrangig die staatliche Arbeits(markt)- und Wohlfahrtspolitik. Burawoy untersucht jedoch keine außerbetriebliche, arbeitsinhaltliche Dimension des Arbeitshandelns. Im Vordergrund stehen innerbetriebliche Willensbildungsprozesse und die gesellschaftliche Regulierung von Arbeit. Helmut Martens wiederum ist es um einen anderen Punkt gelegen. Er will in seiner Analyse zur politischen Subjektivierung in Rückgriff auf Arendt (2013 [1958]) und Leggewie/Welzer (2009) die Perspektive von Arbeit und politischem Konsum-/Alltagshandeln mit der Produzentenseite neu verzahnen (vgl. Martens 2014: 70, 135). Seine Unternehmung endet allerdings im argumentativen Nebelfeld mit der Forderung einer Beendigung des alternativlosen „Weiter-so" – wie Arbeit im arbeitsinhaltlichen Sinne politisch zu denken wäre, bleibt ein Geheimnis. Auch Kathrin Mönch, die in Anlehnung an Foucault eine neue Perspektive auf die „Arbeitssubjektivität" entwirft und „Mikro-Widerständigkeiten" in den Blick nimmt (vgl. Mönch 2018), lässt eine arbeitsinhaltliche normative Ebene des Arbeitshandelns außen vor.[5] Das gilt auch für Alexandra Manskes (2023) jüngste Studie über die arbeitspolitischen Spiele der freien Szene am Beispiel der Darstellenden Künste. Manske will eine Art Renaissance der Interessenvertretung im Kulturbetrieb erkennen, worüber sich gesellschaftlicher Zusammenhalt neu stärke. Der Zusammenhang von Arbeit und Politik reduziert sich allerdings auf die eingangs beschriebene Arbeitspolitik; es geht es um keine politische Ebene über Arbeitsinhalte. Im Vordergrund stehen arbeitsbezogene Stellungskämpfe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Diese Verengung tut sich in der soziologischen Subjektivierungs- und Nachhaltigkeitsforschung grundsätzlich auf – erstere stellt vorrangig die Arbeitsanforderungen voran (vgl. Böhle

5 Mönch geht der Frage nach, ob sich Widerständigkeiten im Arbeitskontext zeigen. Sie beobachtet dazu eine Vervielfachung von „Mikro-Widerständigkeiten", die aber keine allumfassende Revolte oder ein „klares Gegen-Verhalten gegen die neoliberale Subjektivierung" seien. Vielmehr sei der heutige Widerstand parzelliert: Er bedeute kein „Ausstieg aus der Selbstoptimierung". Er stünde für die „permanente Anstrengung" (Mönch 2018: 337) im flexiblen Kapitalismus.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2017, 2018; Kleemann et al. 2019), zweitere beschreibt zwar (mittlerweile) Prozesse einer möglichen „Politisierung von Arbeit" (Becke/Warsewa 2017: 29). Arbeitshandeln wird aber als kein mögliches politisches Handeln untersucht. In der Designforschung wiederum wird eine arbeitsinhaltliche politische Perspektive des Arbeitshandelns vielfach vorausgesetzt, empirisch aber nicht erforscht.[6]

Die zentrale Frage für diese Studie lautet damit, wie sich Arbeitshandeln als mögliches politisches Handeln untersuchen lässt. Wie bereits dargelegt, soll politisches Handeln dazu nicht vorab definiert werden, da man sonst eine vorgefertigte Definition überprüfen, Handeln empirisch aber nicht untersuchen würde. Darum wird ein entsprechendes Verständnis erst im Methodenteil in Anlehnung an das Datenmaterial entwickelt. Was unter Arbeitshandeln, Arbeit und Politik zu verstehen ist, muss allerdings vorab definiert werden. Welche Zugänge bieten sich an? Unter Arbeitshandeln soll im Folgenden in Anlehnung an Fritz Böhle die Charakterisierung eines doppelten Prozesses gelten: Zum einen zielt Arbeitshandeln auf das „Was" des Handelns ab – im Zentrum steht das instrumentell-gegenstandsbezogene Handeln; es geht um die Zielrichtung, Absicht und den Arbeitsinhalt. Zum anderen ist das „Wie" als planmäßig-rationale Handlung entscheidend – in den Vordergrund rückt die „Struktur und (innere) Regulierung des Handelns" (Böhle 2018: 172f.). Die Frage, ob Arbeitshandeln politisches Handeln ist, setzt damit eine Zweckmäßigkeit voraus. Das ist auch der Grund, warum Arbeit – beeinflusst von Aristoteles, Arendt und Habermas – in der Soziologie bislang als kein politisches Handeln untersucht wird, weil politisches Handeln in dieser Perspektive idealtypisch von fremden Zweckbestimmungen befreit wird. Würde man dieser Linie jedoch blindlings folgen, wäre eine empirische Fragestellung im Spannungsfeld von Arbeitshandeln und politischem Handeln obsolet. Was es darum braucht, sind entsprechende Begriffsbestimmungen von Arbeit und Politik, die eine operative Offenheit zulassen, die aber nicht als absolut gelten.

Wie könnten solche Begriffe lauten? Unter Arbeit soll im Folgenden in Anlehnung an Karl Marx der „Stoffwechsel mit der Natur" (Marx 2018a: 192) verstanden werden. Die Probleme, die mit dieser Perspektive verbunden sind, werden im Kapitel 4.1.3 diskutiert. Vorwegnehmen lässt sich allerdings schon hier, dass der Marxsche Arbeitsbegriff jene Offenheit bietet, um Arbeit im erweiterten Sinne zu verstehen – Arbeit ist bei Marx auf keine Lohnerwerbsarbeit verengt, sie kann für sämtliches Handeln stehen. Weiterführend dazu kann Arbeit als dasjenige Handeln gelten, über das „die einzelnen Menschen ihre Gemeinschaften sowie die Gesellschaft als Ganzes" reproduzieren (Peter/Peter 2008: 124): Arbeit ist „eine Beziehung zwischen Menschen, ihren Einstellungen und ihrem Handeln" […], „die bestimmten historisch variablen Ordnungsstrukturen und Regelformen unterliegt" (Hirsch-Kreinsen 2008: 33). Gesellschaftliche Arbeit umfasst damit „alle Tätigkeiten für Andere, die dem organisierten gesellschaftlichen Leistungsaustausch dienen" (Peter/Peter 2008: 124). Arbeit ist sowohl mögliche arbeitsökonomische Verwertung – gemeint ist die Lohnerwerbsarbeit – als auch mögliche „Selbstverwertung […] außerhalb der Lohnarbeitssysteme" (ebd.). Arbeit umfasst dadurch zugleich die verschiedensten Formen des Selbermachens und Selbstherstellens,

6 Siehe dazu Blechinger/Milev 2008: 5; Baur 2008; Fuhs et al. 2013; Banz 2016; Kern/Vogt 2016; von Borries 2016; Hartung 2017; Braun 2018; Recklies 2018; Smolarski/Rodatz 2018.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die sowohl erwerbsbezogen als auch erwerbsfrei sein können. Und das heißt, dass sich Formen des Selbermachens/Selbstherstellens unter den Begriff der Arbeit subsumieren lassen.[7]

Bezogen auf einen entsprechenden Politikbegriff zeigt sich diese Variabilität allerdings nicht. Zwar gehört auch der Politikbegriff zu jenen Begrifflichkeiten, die sich einer einheitlichen Definition entziehen (vgl. Regier 2023: 24). Noch immer ist die Perspektive aber auf den Staat und dasjenige Handeln verengt, das sich auf den Staat bezieht. Insgesamt lässt sich der Begriff jedoch zwischen einem *engen* und *weiten* Politikbegriff (vgl. May 2007: 86) sowie zwischen dem der Politik und dem des Politischen differenzieren – der *enge* Politikbegriff zielt auf den Staat als „zentrale gesellschaftliche Regelungsinstanz" ab (Regier 2023: 24; sie auch May 2007: 86; Blum/Schubert 2018: 9). Der *weite* Politikbegriff erfasst dagegen alle sozialen Handlungen, die im weitesten Sinne als politisch gelten können – das kann das Handeln in NGOs, der politische Konsum, eine mögliche politische Lebensführung o.ä. sein. Allerdings kommen Arbeitsformen nicht vor. Das gilt auch für die Unterscheidung zwischen dem Begriff der Politik und dem des Politischen.[8] Während ersterer die institutionellen Verfahrensweisen und den Machtapparat der Politik repräsentiert, stellt letzterer den „normative[n] Maßstab für jeweils realisierte Formen von Politik" heraus (Bedorf 2010: 16). Der Begriff des Politischen zielt somit auf „die Potentialität des gemeinsamen *Handelns* gegenüber der Politik als Ausdruck der *Steuerung* der gemeinsamen Belange" ab (ebd.: 18, H. i. O.). Aber auch hier werden Arbeitsformen ausgeklammert.[9]

---

7 Für einen soziologischen Zugang zeigt Voß (2018) vier Perspektiven auf einen Arbeitsbegriff auf: Erstens deutet Arbeit auf Arbeitskraft hin, zweitens auf Anstrengung, Mühsal und Plage (siehe dazu auch Scheele 2008 oder Geisen 2011). Drittens bezieht sich Arbeit auf Verknechtung und Versklavung, viertens auf die geistige Leistung und einen Fortschrittsglauben, auf das „Werk", „Werken" oder „Schaffen" (vgl. Voß 2018: 19; siehe auch Sennett 2009; Ax 2009) – letzteres ist wiederum das, was man dem Selbermachen oder materiellen Herstellen gemeinhin zuschreibt.

8 Die Debatte, was das Politische im Gegensatz zur Politik ist, wird an dieser Stelle abgekürzt – sie reicht von Carl Schmitts Freund-Feind-Kategorisierung über Hannah Arendts emphatisches Handlungsverständnis bis zu Oakeshotts Vorstoß, dass das Politische weder einen Anfang noch ein Ende hat (siehe zur Diskussion Marchart 2010, 2013: 11ff. oder Bedorf 2010: 16ff.). Die zentrale Frage aber, die sich übergreifend stellt, ist, in welchem Bezugssystem sich beide Begriffe bewegen. Das zielt auf den Diskurs um die *ontologische* als politische Differenz in Anlehnung an Heideggers *ontologische* Differenz aus „Sein und Zeit" ab (1986 [1927]). In diesem Kontext ist das Politische das, was der Politik zu Grunde liegt: Es ist das *Ontologische* (das Zugrundeliegende) zum *Ontischen* (dem Faktischen), woraus Politik wird oder werden kann, wobei die Politik niemals das Politische (und umgekehrt das Politische nie reine Politik) sein kann, da sich beides aufgrund von Kontingenz wechselseitig hervorbringt (vgl. Marchart 2013: 11).

9 Auszunehmen davon wäre der bereits angesprochene Policy-Entrepreneurship-Ansatz, von dem im Folgenden jedoch abgesehen wird, weil er das Unternehmerische voraussetzt – beschrieben werden Prozesse der Entscheidungsfindung im Sinne des Wandels entsprechender Politikfelder (zum Beispiel im Gesundheitswesen etc.). Auch von Rational-Choice-Modellen wird, zumindest vorerst, abgerückt. Zwar gelten Rational-Choice-Modelle als akteurszentrierte Ansätze und setzen an der *politics*-Dimension an (vgl. Buchstein 2012: 24ff.). Den Akteuren werden jedoch rationale Handlungsmotivationen im Sinne von Kosten-Nutzen-Kalkulationen unterstellt (vgl. Behnke 2001: 434ff.). Eine solche Perspektive kann für diese Studie nicht vorausgesetzt werden. Auf ein-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Welcher Begriff könnte passend sein bzw. welcher Zugang bietet sich an, um Herstellungsformen auf politische Zielsetzungen und mögliches politisches Handeln hin zu untersuchen? Es ist an dieser Stelle nicht möglich, und auch nicht sinnvoll, der Unüberschaubarkeit an Deutungsmustern und Begriffen aus der Politikwissenschaft Einhalt zu gebieten. Insgesamt lassen sich die Ansätze jedoch ergänzend zu den oben genannten in *regierungszentriert* versus *emanzipatorisch*, *normativ* versus *deskriptiv* und *konfliktorientiert/konsensbezogen* systematisieren (vgl. Reheis 2014: 13; zuletzt Regier 2023: 25) – und sie können auf die oben genannten Unterscheidungen bezogen werden. Für diese Studie bieten sich zudem drei weitere Differenzierungen an, die darlegen, warum Arbeitshandeln bislang als kein politisches Handeln untersucht worden ist, die aber zeigen, wie sich das Selbstherstellen auf politische Aspekte des Handelns hin untersuchen lässt. Die erste Unterscheidung, und ein entsprechender Begriff, ist die zwischen einem systemischen Politik- und Handlungsbegriff, die sich in der Forschung an den Polen Niklas Luhmann versus Jürgen Habermas und Hannah Arendt entzündet hat (vgl. dazu Meyer 1994: 237).[10] So versteht Luhmann (2002) die Politik als Teilsystem, das die Politik in der Gesellschaft repräsentiert.[11] Dieses Teilsystem steht gleichberechtigt neben anderen Teilsystemen der Gesellschaft wie der Kunst, des Rechts, der Ökonomie etc. Alle Teilsysteme sind durch strukturelle Kopplungen verbunden (ebd.: 372ff.). Die jeweilige Eigenlogik bildet sich jedoch im entsprechenden Teilsystem heraus – es wird *autopoietisch* hervorgebracht, sprich erzeugt (ebd.: 126). So zeichnet sich das Teilsystem der Politik nach Luhmann dadurch aus, dass es die „Machtkapazität für kollektiv bindendes Entscheiden[s]" hat (ebd.: 87)[12] – diese Macht haben weder soziale Gruppen noch einzelne Individuen. Darum kommen bei Luhmann weder das einzelne Subjekt noch Handlungen als solche vor.[13] Deshalb ist der systemische Ansatz für diese Studie, zumindest in empirischer Sicht, unerheblich. Erst der zweite Ansatz, der das Politische als Handeln versteht,

---

zelne Aspekte von Rational Choice wird im Methodenteil ab Kapitel 6 jedoch zurückzukommen sein.

10 Der Handlungsbegriff lässt allerdings keineswegs auf die hier dargelegte Perspektive des Handelns als Aushandeln reduzieren. Dem wären antagonistische Ansätze von Carl Schmitt über agonale Perspektiven von Laclau und Mouffe bis hin zu radikaltheoretischen Positionen von Rancière, Derrida oder Lefort hinzuzufügen. Auf die wichtigsten Ansätze wird im Verlauf der Studie nochmals Bezug genommen.

11 Nach Luhmann bilden sich Systeme als „Differenz von System und Umwelt" heraus (Luhmann 2002: 15). Darüber werden sie zu einem eigenen System – und ein System ist das der Politik. Die Handlungen als solche und entsprechende Werthaltungen sind dazu unerheblich. Luhmanns Politikbegriff steht somit für ein *enges deskriptives* Politikverständnis, das *emanzipatorische normative* Werthaltungen außen vor lässt.

12 Nach Luhmann wird diese Form der Machtausübung nach dem Prinzip der Wiederholung und des möglichen Sanktionierens sichergestellt, wobei Macht nicht realisiert werden muss. Es reicht schon der „Machteinsatz als Drohung" (Luhmann 2002: 58).

13 Luhmann wurde immer wieder vorgeworfen, dass die Menschen in seiner Theorie keine Rolle spielen (so etwa von Knoblauch 2008, 2010), was nur bedingt stimmt. Zwar repräsentiert Luhmann einen „eng institutionalistischen Begriff von Politik" (Nunner-Winkler 2003: 313). Auch „reserviert" er „das Politische für das Teilsystem Politik" (Peter 2014: 54). Er wählt im Grunde aber nur eine andere Perspektive, nämlich die des systemischen Draufblicks. Die Mitspieler der Gesellschaft – die Menschen und ihre Handlungen – sind in der Systemtheorie sekundär. Das heißt nicht, dass sie keine Rolle spielen. Es wird lediglich beurteilt, was ein System, in dem Falle das der Politik, aus-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

führt das Politische auf zwischenmenschliche Beziehungen zurück. Dieser Begriff wird von Autor*innen wie Hannah Arendt (Handeln) und Jürgen Habermas (Kommunikation) repräsentiert.[14] In dieser Perspektive ist das Politische das, was von den Subjekten ausgeht – allerdings kommt Arbeitshandeln nicht vor. Erst ein dritter Politikbegriff, die Subpolitik bei Beck (1993), überwindet diese Eigentümlichkeit (siehe Forschungsstand 3.2), zumindest schließt er Arbeit als Kategorie nicht aus. Die Subpolitik steht in der Forschung gemeinhin für einen *weiten* Politikbegriff, der *individualisierte* und *emanzipatorische* Aspekte des Handelns vereint.[15] Wie bereits dargelegt, unterscheidet sich die Subpolitik von der Politik dadurch, dass auch Akteure „*außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems […] miteinander um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren" (Beck 1993: 162, H. I. O.) – das können Bürgerinitiativen, alternative Lebenskonzepte, Konsumentscheidungen oder auch das Arbeitshandeln sein. Allerdings hat Beck Arbeit als Kategorie der Subpolitik nirgends systematisch eingeführt (mal spricht er von Professions- und Berufsgruppen, dann von „Berufen als politisches Handeln", vgl. Kapitel 4.3.2b). Auch wird die Frage umschifft, wie sich politisches Handeln definieren lässt. Der Begriff ist insgesamt mehr ein Diskursbegriff, der überaus unklar bleibt. Zugleich bietet er jene Offenheit, um ihn an der Schnittstelle von Arbeitshandeln und politischem Handeln neu operationalisieren zu können.

Das heißt: Die Subpolitik lässt sich unter Aspekten des politischen Handelns untersuchen. Vorausgesetzt werden kann allerdings nicht, dass es sich um Akteure „*außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems" handelt (Beck 1993: 162, H. I. O.). Das würde bedeuten, dass Hersteller*innen, die in einer Partei sind und nebenher Produkte anfertigen (oder hauptberuflich herstellen und nebenher in einer Partei sind), auszunehmen sind. Auch muss geklärt werden, was sich unter Politik, dem Politischen respektive

macht, und nach Luhmann sind das kollektiv bindende Entscheidungen, die in der letzten Konsequenz nur der Staat treffen kann (in Form von Gesetzen etc.).

14 Auf Hannah Arendts Politikbegriff wird im Kapitel 4.1.2 Bezug genommen, auf Habermas im Abschnitt 8.2.4.

15 Diese Unterscheidung zwischen einem *engen* versus *weiten* Politikbegriff und dem Begriff der Politik respektive dem Politischen kennt viele Verästelungen und Unklarheiten, die eine genaue Systematisierung oftmals erschweren. So wird ein *enges* Politikverständnis beispielsweise einerseits systemisch begründet – und damit von Handlungen entkoppelt, so wie im Verständnis Luhmanns. Andererseits wird es auf Handlungen bezogen, die entweder aus der Politik resultieren oder sich auf die Politik beziehen – während ersteres an den Aspekt der kollektiv bindenden Entscheidungen gebunden wird und somit ein *enges* Politikverständnis repräsentiert, schlägt letzterer eine Brücke zu einem *weiten* Politikbegriff, wobei hier (oft) soziale Handlungen an die kollektiv bindenden Entscheidungen rückgebunden werden – die letzten Endes nur der Staat treffen kann, und folglich wird der *enge* Politikbegriff mit einem *weiten* vermengt, was sich insbesondere im Konzept des politischen Handelns zeigt (vgl. dazu das Kapitel 6.1.6). Eine vergleichbare Problematik zeigt sich darin, wenn der *weite* Politikbegriff im Sinne des Handelns *normativ* begründet wird und Spielarten von Subpolitik ausschließt. Dieses Missverhältnis zeigt sich am besten an Hannah Arendts Politikverständnis, die zum einen einen *weiten* Politikbegriff repräsentiert, weil sie die Wechselseitigkeit aus Freiheit und Pluralität für das Handeln herausstellt. Zum anderen klammert sie Spielarten aus, die nach Beck Subpolitik sind – so etwa Konsumentscheidungen oder eine Politisierung privater Belange. Auf Arendts Politikverständnis wird im Kapitel 4.1.2 Bezug genommen, auf Beck unter 4.1.6 sowie 4.3.2b.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politischem Handeln verstehen lässt, wobei letzteres, wie dargelegt, erst im Methodenteil entwickelt wird. Vorwegnehmen lässt sich allerdings schon hier, dass sich die Ansätze zwischen theorie- und empiriebasiert unterscheiden (vgl. Buchstein 2012: 20)[16], auch überwiegt sowohl beim Begriff der Politik als auch beim Konzept des politischen Handelns die Tendenz, das Politische an einen *engen* Politikbegriff rückzubinden – demnach gilt eine Handlung erst dann als politisch, wenn ein Akteur versucht, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen", um „seinen bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. einer Dritten durchzusetzen" (Hitzler 2001: 46). Im Vordergrund steht die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" (Buchstein 2012: 18).[17]

Eine solche Sicht wäre für ein empirisches Forschungsvorhaben allerdings fatal. Sie würde nicht nur Herrschaft als Handeln legitimieren oder voraussetzen (können). Es stünde bereits im Vorfeld fest, was politisches Handeln ist bzw. nicht ist. Darum werden entsprechende Kriterien zum politischen Handeln erst im Methodenteil durch die Auseinandersetzung zwischen Theorie und Praxis herausgearbeitet. Was es zuvor allerdings braucht, ist ergänzend zum Begriff der Arbeit ein Verständnis dazu, was unter Politik respektive dem Politischen zu verstehen ist, da erst aufbauend darauf die empirische Untersuchung angelegt werden kann. So lässt sich die Politik als solche (und ein entsprechender Begriff) zunächst als Teilsystem in Anlehnung an Niklas Luhmann verstehen, weil nur sie die „Machtkapazität für kollektiv bindendes Entscheiden[s]" hat (Luhmann 2002: 87). Das Politische lässt sich darauf aber nicht reduzieren. Die Politik steht für die „*Organisation eines sozialen Lebenszusammenhangs*", worüber eine „*Macht* […] für die Durchsetzung auf das Ganze bezogener Vorstellungen sorgt" (Gerhardt 1990: 295, H. i. O.) – in Anlehnung an Mouffe ließe sich Politik auch als die „Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen" definieren, „durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm vom Politischen auferlegten Konfliktfähigkeit organisiert" (Mouffe 2016: 16). Das Politische wirkt dagegen auf die Politik in einem rekursiven Wechselverhältnis ein. Damit sind weder die Politik noch das Politische reduktionistische Tatsachenbeschreibungen. Sie sind sich wechselseitig konstituierende Prozesse. Diese Wechselseitigkeit hat Thomas Meyer meines Erachtens passend in einen Politikbegriff überführt – unter Politik versteht Meyer „*die Gesamtheit der Aktivitäten*

16 Diese Unterscheidung nimmt Buchstein vor. Dazu stellt er „vier grundlegende Modelle des politischen Handelns" in Aussicht (Buchstein 2012: 23). Buchstein führt erstens rationalistische Modelle an (die sogenannten Rational-Choice-Theorien), zweitens die systemtheoretische Ebene (im Verständnis Niklas Luhmanns), drittens intrinsische Zugänge (in der Tradition Hannah Arendts) und viertens Modelle des kommunikativen Handelns (nach Jürgen Habermas). Diese Clusterbildung mag eine „Veranschaulichungshilfe" (ebd.) sein, um formale von normativen Theorien zu unterscheiden. Sie wirft aber normative Theorieansätze und handlungstheoretische Zugänge in einen Topf; sie übersieht, dass sich weder Luhmann noch Arendt für eine empirische Handlungsperspektive eignen (siehe weiterführend zu den Konzepten des politischen Handelns Hitzler 2001: 4; Rosa 2001: 26f.; 2012: 137; Massing 2012: 264; Detjen et al. 2012).

17 Ein Verständnis des Politischen, das auf die „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" abzielt, geht auf Easton (1975a, 1975b) zurück (vgl. Gadinger/Yildiz 2017; siehe auch Greven 2010: 74).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen" (Meyer 2006: 41, H. i. O.). Meyers Definition ist darum so brauchbar, weil er den Begriff der Politik mit dem des Politischen verzahnt[18] – und er stellt zugleich eine ethische Dimension des politischen Handelns in Aussicht, ohne das eine oder andere vorauszusetzen[19]. So lässt sich der erste Teil seiner Definition durch die Betonung auf die „*Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher […] orientierter […] Entscheidungen*" auf ein *enges* Politikverständnis beziehen, dem das „Medium der Politik [..] als *Macht*" obliegt (ebd.: 48, H. i. O.). Der zweite Abschnitt stellt dagegen durch die Hervorhebung „*und/oder*" sowie „*am Gemeinwohl orientierter* […] *Entscheidungen*" eine mögliche ethische Dimension des politischen Handelns heraus. Der Begriff kann somit als Bindeglied zwischen einem *engen* und *weiten* Politikbegriff sowie dem Begriff der Politik und dem des Politischen gelten – worauf sich bezogen politische Zielsetzungen empirisch untersuchen lassen.

Die Frage ist nur: Was ist das Politische? Die Forschung teilt sich dazu, grob vereinfacht, in zwei zentrale Lager. Die eine Seite versteht darunter eine antagonistische Handlungspraxis, die Widerstand erzeugt – gemeint ist die eingangs beschriebene *konfliktorientierte* Perspektive, womit Handeln auf „Macht, Konflikt und Antagonismus" abzielt (Mouffe 2016: 16). Die zweite Seite stellt dagegen das politische Assoziative heraus, das auf Kommunikation und Einigung basiert (vgl. Marchart 2010: 35ff.) – in dieser Perspektive zielt das Politische auf intersubjektives Handeln (Arendt) oder die Konsensorientierung (Habermas) ab. Es wäre allerdings wenig zielführend, auch hier bereits entsprechende Schablonen anzulegen. Vielmehr müssen die Zielsetzungen und entsprechende Umsetzungsstrategien im Methodenteil an dieser Schnittstellendynamik untersucht werden.[20] Im nächsten Schritt werden dazu weitere theoretische Zugänge vorgestellt. Die Ansätze reichen von Hannah Arendt über Karl Marx bis zu Cornelius Castoriadis, John Dewey, Hans Joas oder Hans Jonas. Die Zugänge sind nicht chronologisch sortiert. Sie werden anhand ihrer Gewichtung für die Forschungsfrage diskutiert. Den Ausgangspunkt bildet Arendts Triade aus Arbeit, Herstellen und Handeln, die nicht nur Arbeitshandeln, Herstellungskontexte und politisches Handeln unterscheidet. An ihr lässt sich die Frage diskutieren, ob Herstellen Handeln ist.

---

18 Meyer selbst nimmt eine solche Systematisierung allerdings nicht vor. So spricht er in Bezug auf die oben dargelegte Definition mal von Politik, dann vom „Doppelgesicht des Politischen" (Meyer 2006: 41).

19 Meyers Politikbegriff wird immer wieder falsch ausgelegt, da ihm eine Konsens- und Gemeinwohlorientierung unterstellt werden und das Konflikthafte abgesprochen wird (so beispielsweise von Regier 2023: 29). Bei genauem Hinsehen stellt Meyer jedoch zusätzlich das Medium der „*Macht*" heraus, das „allein [..] die Durchsetzung des verbindlich Gemachten" vermag (Meyer 2006: 48, H. I. O.). Meyer repräsentiert damit sowohl einen *engen* als auch *weiten* Politikbegriff.

20 Dieses Problem der Vorab-Kontrastierung zeigt sich auch in der Designforschung. Hier wird auf der einen Seite auf einen Begriff des Politischen zurückgegriffen, der sich auf die „Schaffung von strukturellen Bedingungen" und auf „gemeinschaftliches Handeln" bezieht (Unteidig 2013: 162). Auf der anderen Seite wird das Agonale herausgestellt (so etwa bei DiSalvo 2012; Braun 2018: 57ff.; Recklies 2018: 67ff. oder Unteidig 2018: 41ff.) – und damit das Politische an die Gegnerschaft gebunden. Das Kapitel 4.3.2.f. wird darauf und auf entsprechende Problematiken zurückkommen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

4.1.2 Arbeit, Herstellen, Handeln: Hannah Arendt als Ausgangspunkt

Das Problem, dass Arbeitshandeln in Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft bislang als kein politisches Handeln untersucht worden ist, lässt sich an keiner Theoretikerin besser nachzeichnen als an Hannah Arendt. Arendt verfasste 1958 ihr zentrales Werk „Vita activa", in dem sie Arbeit, Herstellen und Handeln unterscheidet – und das Herstellen vom Politischen trennt. Im Folgenden wird dargelegt, was Hannah Arendt unter den Begriffen versteht und welche Perspektive sich in Bezug auf die Forschungsfrage bietet. Im Fokus stehen bei Arendt zwei Dinge: erstens die Veränderungen der modernen Arbeitswelt, die sie über die Begriffe Arbeit und Herstellen ins Zentrum rückt, zweitens die konstitutiven Bedingungen für das Politische, die Arendt unter dem Begriff des Handelns fasst. Hier schließt die Studie mit der Frage an, ob Herstellungsformen als politisches Handeln verstanden werden können, was Arendt verneint, was der Diskurs zum Selbermachen und weite Teile der Designforschung aber seit Jahren voranstellen.

Was versteht Hannah Arendt unter Arbeit, Herstellen, Handeln? Und warum unterscheidet sie die drei Bereiche? Arendts Ziel ist es, die grundlegenden menschlichen Aktivitäten darzulegen. Im Zentrum steht, in Anlehnung und Abgrenzung zu Heidegger[21], die Natalität des Menschen und die sich daraus ergebenden menschlichen Tätigkeitsformen. So arbeitet der Mensch zunächst nur, um seinen Fortbestand zu sichern – Arbeit ist überlebensdienliche Notwendigkeit. Erst über das Herstellen[22] stellt er die Dinge her, die er zum Leben braucht – dauerhafte Güter für den Lebensbestand. Damit ist der Mensch noch nicht politisch. Politisch wird er erst, wenn er handelt, wenn er in Beziehung zu anderen tritt und frei von Zwecken ist. So bräuchte der Mensch zum Überleben nicht mal politisch zu sein, dazu würde schon das Arbeiten und Herstellen genügen (vgl. Brunkhorst 1994: 30). Um aber in Freiheit zu leben, muss er politisch werden. Dazu reicht es nicht, nur zu arbeiten oder herzustellen.[23] Alle drei Bereiche sind nach Arendt keine in

21 Nach Arendt ist die Welt kein Faktum, indem Sein oder Dasein bereits existieren. Die Welt entsteht prozessual durch zwischenmenschlichen Bezug – über das Handeln. Nach Heidegger dagegen ist das Dasein bereits in der Welt (vgl. Brunkhorst 1994: 30f.). Bei allen Unterschieden, die zwischen Arendt und Heidegger ausgemacht werden können, bestehen dennoch Gemeinsamkeiten. Wie Lili Zhang herausgearbeitet hat, betrachten beide die Welt als Phänomen. Heidegger verwendet dazu den Terminus ‚Dasein' als Bezeichnung für dasjenige Seiende, dem die Welt bereits gegeben ist. Für Arendt ist dagegen die Intersubjektivität das Entscheidende, woraus Weltbezug und Handeln wird, wenngleich sie, wie Zhang betont, mit der Gleichsetzung von Sein und Erscheinen an die Phänomenologie Heideggers anknüpft (vgl. Zhang 2006: 49ff.).

22 Hannah Arendt bestimmt das Herstellen in Anlehnung an die Antike als „Zweck-Mittel-Kategorie" (Arendt 2013: 183ff.). Damit grenzt sie das Herstellen nicht nur vom Politischen ab, weil das Politische von Zwecken befreites Handeln sein müsse. Sie trifft eine Unterscheidung zur Kunst, die den Gesetzmäßigkeiten des „Brauchen und Gebrauchen" (ebd.: 201) entkommen könne.

23 Das Herstellen ist nach Arendt zwar nicht „antipolitisch", das ist für sie nur das Arbeiten (Arendt 2013: 270). Das Herstellen bleibt dennoch „unpolitisch" (ebd.), weil es eine Zweckwelt repräsentiert. Den Grund dafür macht sie an der Unterscheidung von Souveränität und Meisterschaft fest: Ersteres steht für das Handeln, „wo Viele im Für- und Gegeneinander für sich selbst gutsagen und sich für Umstände, die sie nicht voraussehen können, [..] binden". Die Meisterschaft dagegen sei zu leisten, „wo ein Einzelner sich von allen isoliert und in dieser Isolierung sich an nichts bindet, weder an sich selbst noch an andere, außer an sein Werk" (ebd.: 314).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich geschlossenen Tätigkeitsfelder, sie sind aber zu unterscheiden. Sie bilden das gesamte Spannungsfeld menschlicher Tätigkeiten ab.

Was ist der Grund, weshalb Arendt das Herstellen vom politischen Handeln trennt? Und warum ist ihre Analyse hilfreich für diese Studie? Im Zentrum steht bei Arendt eines: die Sorge um die Welt. Das ist der Ausgangspunkt ihrer Analyse. Damit wendet sie sich sowohl den Konstitutionsbedingungen des Politischen als auch der Arbeitswelt zu. Ihre Sorge ist, dass das Politische in einer sich rationalisierenden Welt verloren geht – und die Fremdbestimmung vor die Urteilskraft tritt. Arendt macht das am Wandel menschlicher Tätigkeitsfelder fest, dafür steht bei ihr *Vita activa:* die Arbeit, das Herstellen und das Handeln.[24] Stand der Begriff ursprünglich für den „Konflikt zwischen dem Philosophen und der Polis", habe er mit Verschwinden des antiken Stadt-Staates seine eigentliche „politische Bedeutung" verloren, weil man begonnen habe, „alle Arten einer aktiven Beschäftigung mit den Dingen der Welt" zu unterziehen (Arendt 2013: 24). Zum einen stehe die *Vita activa* seitdem für die permanente Aktivierung im Leben, und darüber skizziert Arendt den Aufstieg der modernen Arbeitswelt, der sich ab dem 17. Jahrhundert vollzieht. Zum anderen kommt es Arendt zufolge zur Verzweckung des Politischen, was der aufkommenden Bürokratie und der Dominanz der Naturwissenschaft geschuldet sei.

Es wäre allerdings wenig hilfreich, Arendts Positionen eins zu eins in den heutigen Zeitgeist einzuschreiben. Arendt hat „Vita activa" Ende der 1950er Jahre verfasst[25], als sich die Massenindustrialisierung durchsetzt. Es gibt in dieser Zeit weder einen Ökologiediskurs im heutigen Ausmaß noch eine Debatte über sozialverantwortliches Unternehmertum. Die Befreiung des Subjekts ist immer eine von Arbeit und den Zweckbestimmungen des Lebens. Zudem hat Hannah Arendt am eigenen Leib erfahren müssen, wie der Zweck als Mittel das Politische pervertiert: Der Staat hat in der Nazizeit Willkür vor die Freiheit gestellt. Arendt muss 1933 als Jüdin aus Deutschland emigrieren. Sie wird

---

24 Die *Vita activa* (die tätige Lebensweise) steht der *Vita contemplativa* (griechisch *Bíos theōrētikós*, die betrachtende Lebensweise) entgegen. Im Grunde handelt es sich dabei um die Gegenüberstellung von Erkennen und Handeln, die weitestgehend auf Aristoteles zurückgeht und worauf sich Hannah Arendt bezieht – wozu sie aber eine Korrektur vornimmt: Ist die *Vita contemplativa* bei Aristoteles die höchste Lebensform, ist es bei Arendt umgekehrt. Arendt will die *Vita activa* neu positionieren, um dem Handeln einerseits Arbeit und Herstellen gegenüberzustellen, da die klassische Antike den Unterschied zwischen Arbeiten und Herstellen ignoriert habe (vgl. Arendt 2013: 102). Andererseits will sie der „Politikvergessenheit" (Marchart 2005: 79) der philosophischen Tradition begegnen, die bekanntermaßen die *Vita contemplativa* vor die *Vita activa* gestellt hat – das wiederum vor dem Hintergrund, um der Gefahr des Niedergangs der Freiheit als Voraussetzung für das Politische in der Neuzeit etwas entgegenzusetzen.

25 Der ganze Widerstreit, der sich im Anschluss an Arendts Werk entzündet hat, kann hier nur verkürzt werden (siehe zur Vertiefung Jaeggi 1997; Vollrath 1992, 1993, 1995, 1996; Ax 2009; Geisen 2011; Bluhm 2001, Gess 2001; Negt 2002: 312ff., 2011: 386ff.; Bonacker 2002; Marchart 2005; 2008; Kräuter 2009; Bedorf 2010: 18ff.; Sigwart 2012). So hält man Arendt beispielsweise vor, ihr Politikverständnis sei von einem „Anti-Institutionalismus" durchsetzt (siehe die Diskussion bei Bonacker 2002: 211), weil sie sich auf die Initiative der Subjekte konzentriere, zugleich aber politische Strukturdimensionen außer Acht lasse (vgl. Bluhm 2001: 73). Auch fehle ihr ein realistischer Politikbezug, da sie Gewalt aus ihrem Politikverständnis ausklammere. Letzteres wird u.a. von Mouffe (2015, 2016: 16ff.) oder Marchart (2008: 196f.) kritisiert, weil Politik immer gewaltförmig sein könne – um nur die wichtigsten Kritikpunkte zu nennen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1937 staatenlos. Schon darum kann sich das Politische in ihren Vorstellungen in keinen Arbeits- und Herstellungsformen verkörpern. Schon deshalb ist das Politische für sie immer mehr als nur der Staat:[26] Das Politische ist das Handeln frei von Fremd- und Zweckbestimmung.[27] Denn der Zweck könne, so Arendts Sorge, immer Fremdzweck werden. „Solange wir uns einbilden, daß wir im Politischen uns im Sinne der Zweck-Mittel-Kategorie bewegen, werden wir schwerlich imstande sein, irgend jemand davon abzuhalten, jedes Mittel zu benutzen, um anerkannte Zwecke zu verfolgen" (Arendt 2013: 291).[28] Hier öffnet sich für Arendt Tür und Tor für Despotie und Herrschaft.

Die Frage ist nur, um welche Zwecke es heute, 65 Jahre nach ihrer Analyse, geht oder gehen könnte. Die Frage stellt sich schon darum, weil die ökologische Krise neue Lösungen verlangt, die vor Arbeits- und Produktionsformen nicht Halt machen, und auch hier kann man an Arendt anschließen: Zum einen kam sie nämlich dem Nachhaltigkeitsdiskurs zuvor, indem sie die Produkte des Herstellens als welche „von Dauer, Haltbarkeit, Bestand" klassifizierte und der Massenfertigung entgegenstellt hat (Arendt 2013: 150). Zum anderen hat sie bestimmte Entwicklungen (noch) nicht im Blick gehabt – oder ihnen keine Aufmerksamkeit geschenkt. Für Arendt schien klar: Das Herstellen ist „künstlich denaturiert" (ebd.: 175). Es ist weder etwas Ökologisches im Sinne arbeitsinhaltlicher Verantwortung noch etwas Politisches über Herstellungsformen. Zugleich ist das Herstellen Ausdruck selbstbestimmter Arbeit, wenn auch die Zweck-Mittel-Relation des Herstellens symptomatisch für den Niedergang der politischen Frage ist – nach Arendt ist die Zweckbestimmung seit der Neuzeit vor die politische Frage getreten. Und in diesem Punkt wendet sie sich nicht nur von der Französischen Revolution ab, die ihres Er-

26 Arendts Verhältnis zum Staat bleibt letztlich ambivalent: Auf der einen Seite ist das Politische das Handeln der Vielen – es darf sich nicht auf den Staat reduzieren. Auf der anderen Seite fordert sie u.a. die Anerkennung der Juden und Jüdinnen als Volk (vgl. Blättler 2000), um totalitäre Willkür zu verhindern. Nicht zuletzt darum setzt Arendt das Handeln in Beziehung zu Ordnungen und zum Staat (vgl. Meyer 1994: 210f.; Gess 2001; Solmaz 2016): Handeln bedarf eines institutionellen Rahmens, damit es „nicht ins Leere" läuft (Gess 2001: 190).

27 In diesem Punkt lässt sich ein klarer Unterschied im politischen Denken Hannah Arendts zu Max Weber ausmachen: Weber führt Sinn und Zweck zusammen, Arendt trennt beides. Wie Winfried Thaa herausgearbeitet hat, sucht Weber „in der willkürlichen, aber wertbezogenen Zwecksetzung durch das Individuum bzw. den charismatischen Führer Rettung vorm Sinn- und Freiheitsverlust der Moderne", während für Arendt „die Verallgemeinerung von Zweck-Mittel-Beziehungen gerade das Grundübel neuzeitlicher Gesellschaften" ist: Weber will „formal rationalisierte Organisationen politisieren, indem er sie den wertrational bestimmten Zwecken starker Führer unterstellt. Für Arendt dagegen liegt zwischen Zweckrationalität und politischem Handeln der denkbar größte Widerspruch" (Thaa 2011: 37).

28 Die „Versuchung, menschliches Handeln am Modell des Herstellens von Gegenständen zu orientieren", ist nach Arendt „nicht neu". Sie sei aber „niemals so mächtig und bedeutungsvoll wie in den letzten hundert Jahren" hervorgetreten (Arendt 1991 [1951]: 712).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

achtens die politische Frage verdrängt hat (vgl. Arendt 2019: 75ff.).[29] Sie stellt sich Marx in den Weg, der die soziale Frage zur politischen erklärt habe.[30]

Zusammengefasst heißt das: Der Homo faber ist bei Arendt der „Hersteller von Dingen" (Arendt 2013: 191)[31], der Produkte für die Welt schafft und sie mit „dem Resultat seiner Tätigkeit" (ebd.: 170) konfrontiert – Herstellen ist kein Handeln. Es ist die Verdinglichung weltlicher Erfahrung, wovon das Handeln zu befreien ist. Denn Pluralität und Freiheit können nach Arendt nur im Wechselverhältnis entstehen[32], wenn der Mensch frei von Zwecken ist.[33] Handeln dagegen ist Machen als Vollzug. Es basiert auf Sprechen und Aushandeln. Schon darum greift Arendt so leidenschaftlich auf die antike *Polis* als Leitbild zurück, die für sie der erste historische Ort war, an dem „alle Angelegenheiten vermittels der Worte, die überzeugen können, geregelt werden und nicht durch Zwang

29 Letztlich ist für Arendt nur die Amerikanische Revolution erfolgreich gewesen, weil es nur ihr gelungen sei, das Ziel der „Gründung der Freiheit" zu verwirklichen, während die Französische Revolution die politische Frage nach der Freiheit in die Frage des Glückes für das Volk verwandelt habe (Arendt 2019: 75ff.).

30 Arendt wirft Marx vor, er habe das Scheitern der Französische Revolution daran festgemacht, dass sie die soziale Frage hätte „nicht [..] lösen können" (Arendt 2019: 76). Für Arendt liegt das Problem allerdings darin, dass die politische Frage nach der Freiheit zur sozialen wurde: Die Armutsbekämpfung sei vor die Freiheitsfrage getreten. Marx habe damit eine „Transformation der sozialen Frage in einen politischen Faktor ersten Ranges" vollzogen (ebd.: 77). Diese Perspektive übersieht allerdings, dass das „Reich der Freiheit" bei Marx da beginnt, „wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion" (Marx 2018b: 828).

31 Der Begriff des Homo faber stammt aus dem Lateinischen und meint so viel wie „den Menschen als Hersteller von Dingen" (Sennett 2009: 16). Nach Sennett kommt der Begriff erstmals in der Renaissance auf. Laut Bernhard Irrgang war es Henri Bergson, der den Homo faber als erster im Spannungsfeld von menschlichem Leib und technischer Welt verortet hat (vgl. Irrgang 2010: 17ff.).

32 Nach Hannah Arendt ist Pluralität die „grundsätzliche Bedingung des Handelns wie des Sprechens", die sich auf zweierlei Weise „als Gleichheit und als Verschiedenheit" manifestiert (Arendt 2013: 213). Ohne Gleichartigkeit könne es „keine Verständigung unter Lebenden, kein Verstehen der Toten und kein Planen für eine Welt" geben. Ohne Verschiedenheit bedürfte es „weder der Sprache noch des Handelns für eine Verständigung" (ebd.; siehe auch Loidolt 2018).

33 Freiheit ist bei Hannah Arendt keine individuelle Nutzenmaximierung im Sinne von „Ich tue, was ich will" (Arendt 1994: 213). Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen unter den Bedingungen der Gleichheit in Beziehung zueinander treten und handeln können.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

oder Gewalt" (Arendt 2013: 36f.).[34] Und ihre Sorge war, dass diese Zwanglosigkeit in einer Welt der Arbeitsglorifizierung verloren geht.[35]

Wie aktuell ist Hannah Arendt heute? Was wären heutige Sorgen um die Welt? Ist das, was Arendt vor 70 Jahren als Bedrohung niederschrieb, die Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik, eine Chance zur Neubestimmung des Politischen? Es war Hans Jonas (2020 [1979]), der die Sorge zwei Jahrzehnte später als neue Verantwortungsethik begründet hat – auf Jonas wird im Kapitel 4.1.4 zurückzukommen sein. Die zentrale Frage sei hier aber schon vorweggenommen: Sind es die Zweckbestimmungen, die heute politisch sind? Kehrt sich das um, was Habermas in der „Theorie des kommunikativen Handelns" (1981) die Abschwächung eines „institutionalisierten Verteilungskonfliktes" nannte? Nach Habermas haben sich seit den 1960er Jahren Konflikte von der „materiellen Produktion" zum Kampf um kulturelle Lebensformen und die Sozialintegration verschoben (ebd.: 576). Findet hier eine erneute Umkehrung statt? Sind es die materiellen Bedingungen, die heute politisch sind? Eine solche Perspektive würde nicht nur an die Diskussion um das Anthropozän und den menschengemachten Klimawandel durch das Übertreten planetarischer Grenzen anschließen (vgl. Laux 2018: 16ff.; Altvater 2018). Es würde den Diskurs um nachhaltige Arbeit (Barth et al. 2016a; Becke/Warsewa 2017; Neckel 2018) mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive verbinden – und an die politische Designtheorie anschließen.

Hannah Arendt bildet damit den Ausgangspunkt für diese Studie, und aus mindestens vier Gründen ist „Vita activa" für den vorliegenden Forschungskontext essenziell: Erstens hat Arendt eine historische Perspektive zum Wandel der Arbeitswelt und von politischen Handlungsformen herausgearbeitet, die ab Kapitel 4.2 Gegenstand sein wird, und die Frage ist, ob und wie sich heute beides bedingt. Zweitens hat Hannah Arendt

34 Arendt lehnt ihr Politikverständnis an die *Polis* und Aristoteles an, sie nimmt im Wesentlichen aber vier Korrekturen vor: Erstens fügt sie den drei Lebensweisen Aristoteles *Bios apolaustikos* (Leben der Lust), *Bios politikos* (politische Lebensform) und *Bios theoretikos* (betrachtendes Leben) Arbeit und Herstellen als Facetten hinzu, da sich alle drei Lebensweisen bei Aristoteles „im Bereich des ‚Schönen' abspielen" würden (vgl. Arendt 2013: 23). Zweitens ist der Mensch bei Arendt nicht einfach *Zoon politikon* (vgl. Arendt 2015: 37; vgl. auch Bedorf 2010: 17). Politisch wird der Mensch erst, wenn er handelt. Drittens fügt sie der Aristotelischen *Praxis*, also dem Bereich des Politischen, ein pluralistisches Moment hinzu (vgl. Höffe 1993a: 19; Gisler 2005; Gutschker 2002). Im Gegensatz zu Aristoteles, der eine Gemeinschaft von Gleichen konstruiert und den Ausschluss vieler legitimiert (Aristoteles 2003: 1328a, 338ff.), geht es Arendt um den Zusammenschluss der Verschiedenen unter gleichen Bedingungen (vgl. dazu Gisler 2005). Viertens befreit Hannah Arendt die Praxis-Poiesis-Relation von Aristoteles vom teleologischen Charakter, vom Zweck durch ein Ziel. Nach Aristoteles sind alle Tätigkeitsformen zielbestimmt (vgl. Aristoteles 2018 [1837]: 1094a, 43f.). Das Ziel der Praxis ist die Handlung – sie ist *actio immanense*. Das Ziel der *Poiesis* liegt dagegen in der Vollendung – sie ist *actio transcendenz* (vgl. Höffe 1993a: 19). So läge das Ziel der *Poiesis* beispielsweise in der Vollendung eines Produkts. Hannah Arendts Kritik lautet hierzu, dass die *Praxis* bei Aristoteles selbst nicht von Zwecklogiken befreit sei (Aristoteles 2003: 1328a, 338ff.; siehe dazu Thaa 2011: 83). Darum wendet sie sich von jenen Zweckbestimmungen ab, die das Politische bestimmen können.

35 Nach Arendt setzt damit die schleichende Entpolitisierung als „Absterben des öffentlich politischen Bereiches" ein (Arendt 2013: 69), deren Anfang sie nach dem Untergang des Römischen Reiches ausmacht, als die „Politik als Rechtsetzung" einsetzt (Bedorf 2010: 17).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

maßgeblich dazu beigetragen, dass sich in der Politikwissenschaft über die Jahre ein erweiterter Politikbegriff durchgesetzt hat, wenngleich sie die Politisierung privater Belange zurückgewiesen hat[36] und Formen des Herstellens vom Politischen trennt. Gleichwohl reduziert sie das Politische weder auf den Staat noch auf Handlungsformen, die sich nur auf den Staat beziehen – und die Frage ist, ob Herstellungsformen heute zu diesem erweiterten Politikbegriff gehören.[37] Drittens hat Arendt den Begriff des Selbermachens schon früh bestimmt, wenn sie auch nirgends vom Selbermachen spricht, aber vergleichbares meint. Im Grunde hat sie sogar zwei Begriffe des Selbermachens herausgearbeitet – zum einen das politische Selbermachen als „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" (Arendt 2015: 49)[38], zum anderen das materielle Selbermachen als Herstellen[39] – und die Frage wäre, ob sich beides verzahnt. Viertens, und abschließend, hat Hannah Arendt Subjektivierungsprozesse im Spannungsfeld von Arbeit, Herstellen und Politik vorweggenommen. Arendts Prognose, dass mit Verschwinden des antiken Stadt-Staates auch die politische Bedeutung der *Vita activa* geschwunden sei und mit Beginn der Neuzeit die menschliche Aktivierung (auch) zur Marktaktivierung wurde, kam arbeitssoziologischen Thesen zur *aktiven* Subjektivierung im Grunde zuvor (vgl. Kapitel 2.3), und man fragt sich, warum sie in der Arbeitssoziologie vergleichsweise unbedeutend ist. Arendts zentrale Frage war: Für was aktivieren sich die Subjekte? Wie kommt es, dass sich Arbeit als Ausdruck von Mühsal und Plage in der Antike zur höchsten Tätigkeitsform in der Neuzeit wandelte und Aktivierung heute für Marktaktivierung steht? Hannah Arendt lässt sich damit sowohl auf den arbeitssoziologischen Subjektivierungsdiskurs als auch auf Formen von Subpolitik (Beck 1993) beziehen. Allerdings kann man ihr keine normative politische Perspektive des Herstellens abgewinnen, weil sie dem Homo

36 Ob Arendt der These „das Private ist politisch" entgegenstand, bleibt bis heute eine Streitfrage: Auf der einen Seite wird argumentiert, dass Arendt in der „Politisierung des Privaten" einen „Rohstoff des Politischen" bestimmt hat (so die Argumentation bei Kemper 1993: 9). Schließlich sei das Politische das Handeln der Subjekte, das aus den Lebenskontexten resultiere. Auf der anderen Seite hat Arendt die Politisierung individualisierter Lebenswelten als Gefahr der Bedürfnisbefriedigung zurückgewiesen (vgl. Meyer 1994: 217). Politische Fragen sind nach Arendt immer Angelegenheiten aller als Teil der Öffentlichkeit. Damit ist das Politische keine solipsistische Praktik Einzelner. Es ist das Handeln der Vielen, das öffentlich wird (vgl. Bedorf 2010: 16ff.).

37 Arendt hat schließlich selbst die Tür zur Frage einen Spalt aufgestoßen, ob das Herstellen politisch sein kann. So legt sie dar, dass der Homo faber den Kreislauf der Fremdsteuerung durchbrechen könne, wenn er „Dinge" zum „‚Zweck an sich'" deklariert (Arendt 2013: 183) – damit wäre das Herstellen kein Fremdzweck. Gleichwohl stellt sich Macht nach Arendt erst in sozialen Beziehungen her, wenn die Menschen zusammen handeln.

38 Selbermachen steht bei Arendt für kein solipsistisches Tun oder Alleine-Machen. Es ist das Anfangen-können als Initiative-Ergreifen, indem man andere für sich gewinnt.

39 Inwiefern das Herstellen bei Arendt immer materielles Selbermachen ist, dazu lässt sich spekulieren. Denn einerseits verwendet sie Begriffe wie „Machen" oder „Fabrizieren" (Arendt 2013: 375) – und verdeutlicht, dass das Herstellen Dinge für den Gebrauch und nicht für den Verbrauch schafft, womit das Herstellen der Massenfertigung entgegensteht. Andererseits werde das Herstellen mittlerweile „von vielen zusammen und fabrikmäßig betrieben" (Arendt 1991: 713). Man könnte auch sagen: Das Herstellen schließt bei Arendt das materielle Selbstherstellen mit ein. Es reduziert sich nicht darauf.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

faber schlussendlich sämtliche Sinnkontexte abgesprochen hat.[40] Gefragt werden kann aber, ob sich im Herstellen eine neue politische Dimension zeigt.

Hannah Arendt bietet darum Anlass zur Diskussion. Und in drei zentralen Punkten kann ihre Triade aus Arbeit, Herstellen, Handeln neu gedacht bzw. einer Diskussion unterzogen werden: Erstens lässt sich fragen, wie Christine Ax angeregt hat, ob sich in Arendts Begriff des Herstellens Formen von „Könnerschaft" zeigen (Ax 2009: 25ff.). Ax sieht darin, in der handwerklichen Produktion, eine Chance zur Neubestimmung von Arbeit, und die Frage ist, ob das Herstellen dadurch eine neue politische Dimension hat – unabhängig davon, ob die Akteure mit politischen Zielen handeln.[41] Zweitens kann der Begriff der Kreativität in Rekurs auf Arendt überprüft werden. Diesen Versuch haben Autoren wie Claus Leggewie (1994a: 7) oder Harald Bluhm (2001: 88) unternommen. Diese Perspektive übersieht allerdings, dass Arendt nicht von Kreativität, sondern von Initiativität spricht. Die Frage aber, die Leggewie und Bluhm stellen, ist die richtige: Stehen kreative Handlungsformen für ein neues politisches Vermögen durch die Begründung von Neuem? Drittens wird Arendts Freiheitsbegriff jüngst unter ökologischen Vorzeichen neu gelesen – Herstellen wird zum ökologischen Imperativ umgedeutet. Diesen Spagat hat u.a. Maike Weißpflug vollzogen, die im Arendtschen Denken eine neuzeitliche Sensibilisierung zu den „Grenzen des Machbaren" im Gesellschaftlichen, Politischen und Ökologischen ausmacht (Weißpflug 2020, vgl. auch 2019). So schlüssig diese Sicht ist, übersieht sie, dass es Arendt primär um intersubjektive Beziehungen geht. Sie hat keine Umweltschutzüberlegungen ins Zentrum gestellt, die aus dem Handeln oder Herstellen resultieren.[42] Arendt hat nicht mal einen Ökologiebegriff (im Sinne der Verantwortung) entworfen. Herstellen ist bei Arendt geradezu die Überhöhung gegenüber der Natur. Die Rückführung von Produkten in den Naturkreislauf wäre auch kein Zeichen ökologischer Verträglichkeit. Wenn ein Produkt wieder zur Natur werden würde, wäre

40 Diese Sicht mag etwas verwirren, weil Autoren wie Sennett (2009) oder Ax (2009, 2019) Arendt eine *normative* Form der Subjektivierung zuschreiben – Sinn wird hier als gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit verstanden. Hannah Arendt versteht Sinn aber – in Abgrenzung zum „Zweckprogressus ad infinitum" – als intersubjektives Beziehungsgeflecht, das zweckfrei sein muss. Darum ist der Homo faber auch „unfähig, Sinn zu verstehen", „sofern er ein herstellendes Wesen ist und keine anderen Kategorien kennt als die Zweck-Mittel-Kategorie" (Arendt 2013: 184).

41 Der Fehler, der diesem Diskurs obliegt, ist, dass Christine Ax im Begriff des Herstellens bei Arendt einen „Akt der Freiheit" erkennen will (Ax 2009: 87), wonach Herstellen für Kreativität und Könnerschaft steht. Sennett stimmt in dieses Konzert ein und attestiert Arendt, dass sie die Subjektivierungsfigur des Homo faber als erste auf die Politik übertragen habe (vgl. Sennett 2009: 16). Beides trifft nicht zu: Das Herstellen ist bei Arendt Ausdruck einer Zweck-Mittel-Kategorie. Es ist das Gegenteil von dem, was sie unter Freiheit oder dem Politischen versteht.

42 Eine ökologische Perspektive lässt sich Hannah Arendt zwar in dem Punkt abgewinnen, dass der Mensch nach Arendt nicht alleine lebt, sondern dass viele Menschen die Welt bevölkern. So sei der Mensch theoretisch imstande, „alles organische Leben auf der Erde zu vernichten" und „die Erde selbst zu zerstören" (Arendt 2013: 342). Allerdings leitet Arendt daraus keine Verantwortungsperspektive des Herstellens im Sinne des Handelns ab. Nach Hannah Arendt greifen sowohl Arbeit als auch das Herstellen in die Natur ein. Nur das Handeln ist diejenige Form der *Vita activa*, die für Pluralität steht, weil sie sich „ohne die Vermittlung von Materie, Material und Dingen direkt zwischen Menschen abspielt" (ebd.: 16f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

es Ausdruck eines schlecht hergestellten Produkts, weil es wieder zur Natur wird (da es dann keines von Dauerhaftigkeit und Bestand ist).[43]

Das heißt: Hannah Arendt bildet den Ausgangspunkt für den folgenden Theoriediskurs. Ihre Analyse reicht aber nicht aus, um Arbeitshandeln als politisches Handeln zu untersuchen. Darum wird im nächsten Schritt auf den Arbeitsbegriff von Karl Marx zurückgegriffen, der nicht nur eine Subjektivierungs- als Produktperspektive bietet. Marx stellt eine ökologische Dimension des Handelns in Aussicht. Allerdings kommt die Marxsche Theorie zur Frage, ob das Herstellen etwas Politisches ist, an Grenzen.

4.1.3 Der Arbeitsbegriff bei Karl Marx: Türöffner für eine politische Perspektive auf Arbeit?

Hannah Arendt, das wurde im vorherigen Kapitel gezeigt, hat das Herstellen vom Politischen getrennt – und dazu Arbeit und Herstellen vom Handeln unterschieden. Bei Karl Marx wird diese Trennung aufgehoben, zumindest nimmt er keine Unterscheidung vor (vgl. Schnabl 1999: 121). Das heißt nicht, dass Arbeit oder das Herstellen damit gleich politisch sind. Es bedeutet der Frage nachzugehen, was bei Marx am Herstellen politisch sein kann: Bietet sich bei Marx eine politische Perspektive auf Produktionsformen?

Zunächst ist das Politische bei Karl Marx nicht das, was im gegenwärtigen Diskurs des Selbermachens vielfach als politisch gilt. Marx geht es um die Aufhebung gesellschaftlicher Klassen durch den Zusammenschluss assoziierter Produzenten (vgl. Röhrich 2018: 5). Das Politische ist aber weder eine arbeitsinhaltliche normative Kategorie noch ökologisches Arbeitshandeln; letzteres ist das, was im Diskurs um das Selbermachen vielfach als gesellschaftspolitisch festgeschrieben wird. Gleichwohl lassen sich Parallelen ziehen: Sowohl bei Marx als auch im Diskurs um das Selbermachen steht eine Gesellschaft im Vordergrund, in der die Menschen ihren Fertigkeiten und Fähigkeiten selbstbestimmt nachgehen können. Auch spricht sich Marx gegen ökonomische Vorherrschaft und staatliche Dominanz als Ausdruck gesellschaftlicher Macht aus.[44] Insgesamt, so lässt sich sagen, hatte Marx eine Gesellschaft vor Augen, in der sich Freiheit und Gerechtigkeit wechselseitig verwirklichen – und in diesem Punkt sind Hannah Arendt und Karl Marx nicht weit voneinander entfernt.[45]

---

43 Auffällig ist insgesamt Arendts negative Sicht auf Naturkreisläufe. Einerseits beschreibt sie das Herstellen als Gewaltakt gegenüber der Natur. Andererseits stellt sie Kreislaufprozesse der Arbeit als Notwendigkeit heraus – und problematisiert darüber, dass sich der Mensch vernutzt: Was sich „im Gebrauchtwerden abnutzt, ist Dauerhaftigkeit und Haltbarkeit" (Arendt 2013: 162). Damit geht Haltbarkeit Arendt zufolge verloren, wenn der Mensch Dinge gebraucht. Eine mögliche Rückführbarkeit von Materialien in die Natur nach dem Gebrauch ist bei Arendt nicht vorgesehen.

44 Marx geht, wie Thomas Geisen darlegt, „vom Standpunkt des Kapitals und der bürgerlichen Klasse her argumentierend" davon aus, dass die „bürgerliche Klasse über die Herrschaft im Staat verfügen" müsse, weil der Staat nur so seine Funktion im Produktionsprozess erfüllen könne (Geisen 2011: 355). Der Staat bildet bei Marx eine „vermittelnde Instanz zwischen ökonomischer und politischer Macht" ab, die zur „Ausübung bürgerlicher Herrschaft" führt (ebd.: 215). Im Diskurs um das Selbermachen ist das Politische dagegen die eigens definierte Unabhängigkeit, in deren Kontext der Staat – diesen Eindruck gewinnt man – kaum eine Rolle spielt.

45 Auffällig ist, dass in der Arendt-Marx-Rezeption die Unterschiede überwiegen, wobei die Gemeinsamkeiten nicht minder beachtlich sind. Sowohl Marx als auch Arendt geht es um Freiheit und Ge-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Welche Perspektiven bieten sich bei Marx in Bezug auf das Selbermachen oder Selbstherstellen? Diese Frage zieht drei Fragen nach sich. Erstens: Was versteht Marx unter Arbeit? Zweitens: Welches Politikverständnis liegt ihm zu Grunde? Drittens: Hat das Herstellen bei Marx eine gesellschaftspolitische Dimension?

Zur ersten Frage, was Arbeit bei Marx ist, liefert Marx eine klare und doch weitreichende Antwort:[46] Arbeit ist „ein Prozeß zwischen Mensch und Natur […], worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne [*sic!*] Tat vermittelt, regelt und kontrolliert" (Marx 2018a [1867]: 192). Arbeit ist damit weder auf einen ökonomischen Vorgang verengt noch auf den bloßen Stoffwechsel mit der Natur reduzierbar. Über Arbeit verändert der Mensch „seine eigne [*sic!*] Natur" als Leiblichkeit, zugleich die äußere als „Naturstoff" – und damit die Umgebung, der er als „Naturmacht" gegenübertritt, indem er mittels „seiner Leiblichkeit" die „angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand" in Bewegung setzt (ebd.). Arbeit ist demnach nicht nur abstrakte geistige Arbeit wie in der Hegelschen Denkart (vgl. Marx 1968: 574, siehe auch Joas 1996: 136f.). Sie ist eine geistige und körperliche Tätigkeit, zugleich die Aneignung und Umformung der natürlichen Welt, die der Mensch zu seiner eigenen macht (vgl. Voß 2018: 34ff.). Arbeit ist bei Marx nicht mal auf Menschen beschränkt. Sie ist selbst bei Tieren zu finden, beim Menschen wird sie nur zur bewussten zweckgerichteten Form, da der Mensch ideell vorgestellte Ziele verfolgt. Ein solch weit gefasster Arbeitsbegriff stößt nicht nur Türen zu sämtlichen Tätigkeitsformen auf – Arbeit kann Lohnerwerbsarbeit, aber auch unbezahlte Eigenarbeit oder gesellschaftspolitische Bürgerarbeit sein. Der Marxsche Arbeitsbegriff erfasst weitergedacht auch Formen des politischen Handelns. Umgekehrt heißt das nicht, dass Arbeit damit gleich politisches Handeln ist.

Was ist politisches Handeln bei Karl Marx? Verkürzt gesagt ist das Politische bei Marx der Kampf um die Interessen der besitzlosen Massen. Marx hat keine eigenständige politische Theorie entwickelt; das Politische ist „keine abstrakte Analyse". Es ist eine „*Anleitung zum Handeln*" (Beyme 2009: 354, H. i. O.). Arendts Vorwurf[47], Marx habe das Politi-

---

rechtigkeit, und beide verteidigen eine herrschaftsfreie Gesellschaft: Während Arendt von Weltentfremdung spricht, hebt Marx die Subjektentfremdung hervor. Ein klarer Unterschied lässt sich dagegen in der sozialen Frage ausmachen: Für Marx ist sie eine politische, für Arendt nicht, wenngleich beide an der Revolution festhalten und das Scheitern der Revolutionen im 18. Jahrhundert betrauern (vgl. Arendt 2019: 75ff.; siehe auch Geisen 2011: 357ff. und die Fußnote 30 auf Seite 57).

46 Es ist an dieser Stelle nicht möglich, und nicht sinnvoll, den Marxschen Arbeitsbegriff in seiner analytischen Ganzheit zu entfalten. In dieser Studie wird lediglich auf die Aspekte eingegangen, die für den Forschungskontext von Relevanz sind. Eine gute Übersicht zum Diskussionsstand des Marxschen Arbeitsbegriffs findet sich bei Voß (2018).

47 Die Liste der Kritik, die Arendt Marx an diesem Punkt entgegenbringt, ist lang. Im Spannungsfeld von Arbeit und Politik lassen sich jedoch zwei zentrale Kritikarten herausstellen: Erstens wirft Arendt Marx vor, er habe den Menschen zum Animal Laborans, zu einem arbeitenden Wesen, geformt. Zweitens habe Marx, wie dargelegt, die politische Frage (die Frage nach der Freiheit) zur sozialen Frage (als Kampf gegen Ausbeutung und Armut) erklärt – und Freiheit damit der „Notwendigkeit ausgeliefert" (Arendt 2019: 81). Arendt will darin einen eklatanten Widerspruch im Marxschen Denken ausmachen, da Marx den Menschen als Animal Laborans definiere, um ihn im nächsten Schritt von der Arbeit als Notwendigkeit zu befreien (vgl. Arendt 2013: 123). Der Widerspruch, den Arendt geltend machen will, ist allerdings selbst widersprüchlich: Einerseits hält sie Marx vor, sein Politikverständnis sei nicht frei von Notwendigkeiten. Andererseits beklagt sie die

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sche nur an dem Wert bemessen, der sich auf Arbeit bezieht und Arbeit sei der Produktivität unterworfen, geht am Kern der Sache vorbei. Das Politische ist bei Marx sowohl die Befreiung von der Vormachtstellung der Religion als auch die Zurückdrängung staatlicher Macht. Sogar die Literatur, Statistik und Pressefreiheit haben bei Marx politischen Charakter (vgl. Marx 1981a [1956])[48] – im Zentrum steht der Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit. Man kann Marx' politische Vision letztlich auch nur verstehen, wenn man seine Kritik an Hegel nachzeichnet, und daran wird deutlich, was es mit dem Selbermachen zu tun hat. Marx kritisiert zum einen Hegels Arbeitsverständnis, das sich auf die abstrakt geistige Arbeit bezieht (Marx 1968: 574). Zum anderen moniert er seinen Blick auf die bürgerliche Gesellschaft, die nach Marx die Klassengesellschaft hervorbringt. Hegels Ziel war zwar, die Abhängigkeit des Knechts vom Herrn durch die Subjekt-Objekt-Beziehung in der Arbeit aufzulösen (vgl. Beerhorst 2005: 156ff.). Denn im Skeptizismus, so Hegels Argument, werde dem Knecht die „Wahrheit [..] als ein in sich selbst widersprechendes Bewußtsein" gegenständlich (Hegel 1988 [1807]: 143). Marx will hier einen klaren Widerspruch erkennen. Hegels Vorstoß, dass die „*subjektive Selbstsucht* in den *Beitrag zur Befriedigung der Bedürfnisse aller anderen*" umschlage, weil jeder, der „für sich erwirbt, […] auch für den Genuß der Übrigen produziert" (Hegel 1986 [1821]: § 199: 353, H. i. O.), verkehre sich ins Gegenteil: Hegel stilisiere Arbeit zur „Selbstgewinnung", „Wesensäußerung, Vergegenständlichung, Verwirklichung" (Marx 1968 [1932]: 584). Er habe damit nur die positiven Seiten der Arbeit im Blick gehabt. Das Problem der Entfremdung glaube er zu lösen, lege aber den Grundstein dafür: Arbeit bleibe bei Hegel „das Fürsichwerden des Menschen innerhalb der Entäußerung oder als entäußerter Mensch" (ebd.: 574). Zwar hebe Hegel die „Abstraktion des Menschen" als „Selbstbewußtsein" über Arbeit hervor. Dieses Selbstbewusstsein liege jedoch außerhalb der „Dingheit": Sie sei die Negation des Gegenständlichen (ebd.: 577).

Hier verkörpert sich nach Marx aber das eigentliche Problem, das der Klassenunterschiede[49] (siehe auch Beerhorst 2005: 156ff.). Und an diesem Punkt setzt nicht nur Marx' Utopie der klassenlosen Gesellschaft an, die sich in der Befreiung von der Arbeit verwirklicht (vgl. Marx 2018b: 828). Man kann auch wieder auf Hannah Arendt zurückkommen, womit eine politische Perspektive auf das Selbermachen möglich wird. Denn

---

gesellschaftliche Vision einer klassenlosen Gesellschaft, in der sich der Mensch von Arbeit befreit (vgl. ebd.: 106).

48 Marx hat u.a. den Kampf gegen die Vormachtstellung der Religion als politisch verstanden. Auch bezieht sich Marx auf die politische Öffentlichkeit und verbindet den Kampf gegen Religion mit politischer Pressearbeit: „Wenn die Religion zu einer politischen Qualität wird, zu einem Gegenstand der Politik, so scheint fast keiner Erwähnung zu bedürfen, daß die Zeitungen politische Gegenstände nicht nur besprechen dürfen, sondern auch müssen" (Marx 1981b: 100).

49 Man kann Hegel zugutehalten, dass er die „nichtökonomischen Loyalitätsbeziehungen" (Dubiel 1994: 72) herausgearbeitet hat. Autoren wie Frank Adloff wollen bei Hegel sogar Formen der Kapitalismuskritik erkennen (vgl. Adloff 2008: 33). Erstens gehe es Hegel darum, „wie die Bürger vermittelt über die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft in den Bereich des politischen Handelns integriert werden können, ohne von einer Identität von Staat und bürgerlicher Gesellschaft ausgehen zu müssen". Zweitens versuche Hegel „eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie der grundlegende Antagonismus des Wirtschaftsbürgertums wenn zwar nicht überwunden, so doch eingedämmt werden kann" (ebd.: 35).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im Gegensatz zu Arendt, die die Beziehung der Menschen untereinander und eine mögliche Entfremdung von der Welt betont, stellt Marx die Befreiung von der Entfremdung des Subjekts ins Zentrum (vgl. Jaeggi 1997: 99ff.). Das heißt, die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten sind für Marx das Zentrale; es geht ihm darum, dass der Mensch zu sich als Gattungswesen, zu anderen, seiner Arbeit und den Produkten, die er erschafft, gesunde Beziehungen aufbauen kann. Letzteres, die Produktperspektive, und damit eine Subjekt-Objekt-Konstitution, klammert Arendt soweit es geht aus, wenn sie auch die Warenqualität von Produkten hervorhebt (und Marx vorwirft, er habe den Aspekt der Warenqualität missachtet, vgl. Arendt 2013: 111). Genau diese Perspektive aber, das Schaffen gesunder Beziehungen im Arbeitskontext, ließe sich unter heutigen Bedingungen durchaus gesellschaftspolitisch verstehen, gerade vor dem Hintergrund, dass sich das Subjekt bei Marx erst emanzipiert, wenn es seine ‚forces propres' als gesellschaftliche Kräfte organisiert und die soziale Emanzipation vor die politische tritt: Erst wenn das Subjekt frei von politischer Vereinnahmung ist, und das bezieht sich bei Marx auf die Befreiung von der Arbeit, ist es frei (vgl. Marx 1981c: 370; siehe auch Geisen 2011: 351ff.).[50]

Welche politische Perspektive lässt sich daraus mit Blick auf heutige Produktionsbedingungen und Arbeitskonzepte gewinnen? Anders gefragt: Können Formen des Selbermachens und Selbstherstellens nach Marx politisch gedacht werden? Wie einleitend erwähnt, trifft Marx im Gegensatz zu Arendt zwischen Arbeit, Herstellen und Handeln keine Unterscheidung. Auch spricht er nirgends vom Selbermachen oder Selbstherstellen. Beides ist aber insofern angelegt, da der Mensch bei Marx über Arbeit dauerhaft in „seine eigne Natur" [*sic!*] eingreift, darüber Leiblichkeit verändert und den „Naturstoff" als äußere Natur in Bewegung setzt (Marx 2018a [1867]: 192). Damit stellt der Mensch nicht nur dauerhaft selbst her. Er verändert die Umwelt und letztlich die Gesellschaft, weil er, ohne es merken zu müssen, als Subjekt in die Natur und Lebenswelt eingreift. Marx betont allerdings auch, so etwa in „Die deutsche Ideologie", dass diejenigen, die „ihr eigenes Leben […] täglich neu machen", darüber alles in Bewegung setzen (Marx/Engels 2018: 25): Einerseits würden sie darüber ihr eigenes Leben „produzieren". Andererseits würden sie andere zu Subjekten „machen". „Die Produktion des Lebens" ist nach Marx damit eine „des eignen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung" (ebd.; siehe auch Arendt 2013: 125). Für Hannah Arendt steht damit fest, dass Marx die Arbeit verherrlicht habe und das Herstellen keinen Platz in der Marxschen Theorie findet.[51] Es lie-

50 Nach Marx reicht es nicht aus, sich nur politisch zu emanzipieren. Marx geht in diesem Punkt weit über Arendt hinaus. Die Trennung von Politischem und Sozialem, die Hannah Arendt vollzieht, wird bei Marx politisiert: „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres' als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht" (Marx 1981c: 370, H. i. O.). Damit tritt die soziale Emanzipation vor die politische. Bei Arendt ist die soziale Emanzipation der politischen nachgeordnet.

51 Nach Arendt hat Marx nicht nur die Arbeit mit dem Zeugen zusammengebracht. Er habe Fruchtbarkeit mit Produktivität gleichgesetzt. In der Konsequenz würde bei Marx alles auf eine Verherrlichung der Arbeit hinauslaufen: „Der Segen der Arbeit, den man neuerdings ‚Arbeitsfreude' nennt, ist die menschliche Art und Weise, der Seligkeit des schier Lebendigen teilhaftig zu werden" (Arendt 2013: 126). Diesem Segen, der sich nach Arendt bei Marx zum dauerhaften Zustand aus-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ße sich aber auch gegenteilig argumentieren: Erst wenn die Entfremdung überwunden ist und die Subjekte ihren Fähigkeiten nachgehen (können), entsteht Freiheit.

Mit dem Selbermachen hat das insofern zu tun, dass Marx Arbeit zum einen ökologisch verankert. Zum anderen stellt er den Homo faber als die Subjektivierungsfigur heraus, die sich „prozessual durch die Vergegenständlichung im Werk seiner Hände" konstituiert (Irrgang 2010: 72). Das Selbermachen ist bei Marx also insofern angelegt, da die Eigeninitiative dem Revolutionären vorausgeht, und eine Perspektive des Selbstgemachten lässt sich, wie Rahel Jaeggi herausgearbeitet hat, bei Marx bestimmen (vgl. Jaeggi 2016: 33f.), weil Marx der Entfremdung ein Arbeitsethos entgegengestellt hat, wonach die Entfremdung dann beendet ist, wenn die Menschen eine Beziehung zu ihrer Arbeit, ihrem Produkt, zu sich selbst als Gattungswesen und gegenüber anderen aufbauen: Je mehr die Subjekte mit dem, was sie tun, vertraut, zufrieden und an dem beteiligt sind, was sie herstellen, desto mehr bauen sie gesunde Beziehungen auf – zu sich als Gattungswesen und zu anderen, zur eigenen Arbeit und dem Produkt. Je mehr sie also ‚selber machen' können, und selber machen meint hier kein Selbermachen-müssen, sondern Selbermachen-wollen, desto verantwortungsvoller gestalten sie ihre Arbeitsprozesse. Was Arendt ausschlägt, ein Potenzial des Selbstherstellens als Verantwortungshandeln im Dienste einer Sinnhaftigkeit, kann bei Marx perspektivisch gedacht werden.[52]

Mit anderen Worten: Marx bietet eine normative Perspektive der Subjektivierung im Arbeitskontext, die auf Sinnkontexte verweist und die bei Arendt fehlt, und die Frage ist, ob sich darin eine politische Perspektive zeigt. Entscheidend dafür ist letztlich die Vergegenständlichung des Produkts und ein möglicher „arbeitsinhaltlicher Anspruch" (Nies 2015: 21ff.), der aus dem Begriff der lebendigen Arbeit resultiert – Sarah Nies spricht von heutigen „Positiv-Idealen" von Arbeit, die sich in Bezug auf den Marxschen Arbeitsbegriff bestimmen lassen (vgl. ebd.). Und die Frage wäre hier, ob diese normative Perspektive über nachhaltige Produktion politisch bestimmbar wird.[53] Die Antwort darauf lässt sich über verschiedene Blickwinkel herleiten: zum einen in Bezug auf die soziale Frage als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit (gerechte Entlohnung, Arbeitsplatzsicherheiten etc.), die Arendt als politische Frage ausschlägt, die bei Marx jedoch angelegt ist. Zum anderen lässt sich eine mögliche normative ökologische Dimension des Arbeitshandelns im Marxschen Arbeitsbegriff herausstellen, die als ökologische Frage politischen Charakter hat – oder haben kann, was weder Arendt noch Marx explizit so sagen, was sich aber aus dem Marxschen Arbeitsverständnis herleiten lässt. Anders formuliert: Was bei

---

breitet, könne das Herstellen niemals gerecht werden. „Denn es handelt sich hier keineswegs um die immer kurzen Augenblicke der Erleichterung und Freude, die sich einstellen, wenn eine Leistung vollendet ist". Vielmehr werde ein „Lustgefühl" entfesselt, das die Verherrlichung der Arbeit vorantreibt und in die Konsumgesellschaft führt (ebd.: 126f.).

52 Nach Jaeggi liegt der eigentliche „Skandal der Entfremdung" darin, „dass es sich um eine Entfremdung von Selbstgemachtem handelt". Denn es wären „unsere *eigenen* Tätigkeiten und Produkte, die sozialen Institutionen und Verhältnisse, die wir *selbst* erzeugt haben, die hier zur *fremden Macht* geworden sind" (Jaeggi 2016: 33f., H. i. O.).

53 Bei Nies bezieht sich diese Perspektive allerdings auf den Betriebskontext und keine mögliche politische Dimension der außerbetrieblichen Arbeit. In dieser Studie wird gefragt, ob ein möglicher „arbeitsinhaltlicher Anspruch" in kreativen Prozessen des Selbstherstellens gesellschaftspolitisch ist.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Arendt fehlt, eine politische Perspektive im Sinne der Arbeitsverantwortung, stellt der Marxsche Arbeitsbegriff zumindest in Aussicht, auch in ökologischer Hinsicht. Marx hat zwar keine dezidierte Ökologiekritik verfasst, und die Sozialforschung kommt bis heute in dem Punkt nicht zur Ruhe, ob Marx ein Ökologiebewusstsein hatte oder nicht. Die Diskussion kann hier nur ansatzweise nachgezeichnet werden. Sie zeigt aber, um was es im Kern geht, nämlich um die Frage, wie ökologisch-sozialverantwortlich Arbeit und Herstellen sein können. In der Forschung haben sich dazu über die Jahre zwei zentrale Lager gebildet: Die eine Seite spricht Marx mit aller Deutlichkeit ein Ökologiebewusstsein ab – argumentiert wird, dass die Natur bei Marx keinen *Wert* habe oder nicht *in Wert* gesetzt werde. Ganz im Gegenteil habe Marx den *„Verlust der Natur* in der Kritik der politischen Ökonomie" hingenommen (Immler 1984b: 67ff., H. i. O.), weil er die „Grenzen des Wachstums von Naturfaktoren" entkoppelt habe (Sieferle 2011: 215).[54] Die andere Seite argumentiert, allen voran Autoren wie Foster, Burkett (Burkett 2005; Burkett/Foster 2010; Foster et al. 2011; Foster 2017) oder Saito (2016, 2019), dass Marx die negativen Konsequenzen des Kapitalismus als Naturverbrauch prominent herausgearbeitet hat. Nach Foster war Marx sogar der erste, der das Problem des „metabolischen Bruchs" als Bruch im Stoffwechsel mit der Natur tiefgreifend erkannte (vgl. Foster 2017). Marx habe betont, dass der Kapitalismus der Umwelt immer „seine Bewegungsgesetze" (ebd.) aufzwinge, ohne auf die biogeochemischen Zyklen des Planeten und Stoffwechsels des Erdsystems Rücksicht zu nehmen.[55]

Lässt sich daraus aber eine arbeitsinhaltliche politische Perspektive gewinnen? Anders formuliert: Hätte das Selbstherstellen bei Marx aus heutiger Sicht eine politische Dimension? Auch hier bieten sich verschiedene Blickwinkel: Zum einen ist die Handarbeit bei Marx die Form der lebendigen Arbeit, die dem Subjekt in seiner Seinswerdung zuförderlich ist; dadurch werden Subjekte in ihren Fähigkeiten bestimmt, auch kann die Handarbeit nach Marx als die Form der Arbeit gelten, wenn auch über Umwege, die der Fabrikarbeit entgegensteht. Zum anderen ist der Homo faber für Marx der Vorbote für den Kapitalismus: Erst die „manufakturmäßige Teilung der Arbeit" (Marx 2018a: 377) habe den Zugriff des Kapitalisten auf die Arbeiterschaft ermöglicht – und das gerade dann,

54 Hier schließt auch der gegen Marx seit Jahren erhobene Vorwurf des „Prometheanismus" an (Giddens 1995; vgl. Saito 2016: 9ff.). Zentrales Argument ist, dass Marx übersehen habe, dass ein kaum zu bändigender Fortschrittsglaube durch den technologischen Wandel die Welt immer effektiver mache. Auch bringe Marx ein prometheisches und instrumentelles Verhältnis zur Natur hervor (so der Vorwurf von Clark 1989). Clark macht sein Urteil daran fest, dass Marx in Anlehnung an Hegel vom „unorganischen Leib" ausgehe, der ein „bloßes" Instrument zur Befriedigung des Menschen sei (vgl. ebd.).

55 Der gesamte Positionsstreit, der sich an Marx entzündet hat, kann hier nicht vollständig wiedergegeben werden (vgl. dazu Schmidt 1978; Immler 1984b: 77f.; Schmied-Kowarzik 1984: 10ff.; Burkett 2005; Brandt 2009, 2012; Foster et al. 2011; Foster 2017: Saito 2016; Stache 2017; Altvater 1987, 2017, 2018; Dietz/Wissen 2022: 53). Der Hauptkritikpunkt lautet jedoch, dass Marx' Blick auf die Ökologie nicht Teil der Lösung sei, sondern das Problem: Die Natur werde zur „spezielle[n] Produktionsbedingung" im Sinne kapitalistischer Erzeugung (Immler 1984a: 25ff.). Auch sei Marx in Anlehnung an Ricardo von einer „Naturkonstanz" ausgegangen (vgl. Brandt 2009, 2012) – er habe die Natur somit als Konstante verewigt, auf die der Mensch bedingungslos zugreifen könne. Dieser Vorwurf übersieht, dass die Natur bei Marx einen zentralen Platz einnimmt. Der Naturverbrauch wird nicht frei von kapitalistischen Produktionsbedingungen gedacht. Er wird darüber begründet.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wenn sie als ungelernte Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Zugleich würde Marx ökologische Herstellungsformen aller Voraussicht nach aus heutiger Sicht begrüßen. Bereits im ersten Band des Kapitals setzt er sich intensiv in Anlehnung an Justus von Liebigs Agrikulturchemie mit dem Raubbau der Böden am Beispiel Englands ökologischem Imperialismus gegenüber Irland auseinander (vgl. ebd.: 527ff.).[56] Im dritten Band betont er den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und der Vernutzung der Böden – und stellt dazu erste Überlegungen zum Recycling von Naturstoffen an (Marx 2018b [1884]: 822ff.; vgl. Altvater 2017: 51). Die Ausbeutung des Menschen geht bei Marx unmittelbar mit fortschreitender Naturausbeutung einher. Ökologieverträglichkeit, gute Arbeitsbedingungen, die Selbstverwirklichung des Subjekts greifen ineinander. Das Entscheidende ist allerdings, und dieser Aspekt kommt in der Forschung generell zu kurz, dass sich eine Ökologieperspektive bei Marx nur auf den Gebrauchswert[57] der konkreten Arbeit bezieht, nicht aber auf den Tauschwert der abstrakten Arbeit.[58] Nach Marx verkörpert sich eine ökologische Dimension der Arbeit, und damit eine aus heutiger Sicht politische Perspektive der Nachhaltigkeit, nur in der konkret-nützlichen Arbeit im Gebrauchswert. Der Tauschwert als abstrakt menschliche Warenzirkulation ist davon ausgenommen.

Letzteres erklärt auch, warum sich Teile der Social-Entrepreneurship-Forschung bis heute mit aller Deutlichkeit von Marx abwenden, da er, so der Schuldspruch, Unternehmer*innen auf eine „Kapitalistenfunktion" reduziere (so der Vorwurf von Clausen 2004: 70ff.). Die Arbeitssoziologie stellt dagegen neue Nachhaltigkeitsperspektiven in Anlehnung an Marx in Aussicht, blendet aber eine politisch-unternehmerische Perspektive der nachhaltigen Arbeit aus. Fasst man die unterschiedlichen Stimmbilder zusammen, übersehen beide Lager, dass Marx weder eine Vorstellung von sozialverantwortlichem Mikro-Unternehmertum hatte noch einen differenzierten Ökonomiebegriff herausgearbeitet hat. Marx hat, verständlicherweise, keine Unterscheidung in Wachstum und

56 Nach Marx zieht die Unterdrückung der Arbeiterschaft die Gewinnmaximierung an der Natur durch Raubbau an Ressourcen nach sich. Er schreibt dazu im ersten Band des Kapitals: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne [*sic!*] Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter" (Marx 2018a: 529f.).

57 Der Gebrauchswert liegt nach Marx in der konkret-nützlichen Arbeit. Er „verwirklicht sich nur im Gebrauch oder der Konsumtion" (Marx 2018a: 50). Der Gebrauchswert schafft nach Marx einen „Wert" an sich, weil „abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist" (ebd.: 53) – ohne dass das Produkt zur Ware werden muss. Zur Ware wird es erst über den Tauschwert – als „Gebrauchswert für andre [*sic!*]" (ebd.: 55). Darin bemisst sich nach Marx nicht nur die „Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn" (ebd.: 61). Auch die Ausbeutung der Arbeiterschaft geht darauf zurück.

58 So schreibt Marx im ersten Band von „Das Kapital", dass der „Tauschwert eine bestimmte gesellschaftliche Manier" sei, um „auf ein Ding verwandte Arbeit auszudrücken". Darum könne der Tauschwert „nicht mehr Naturstoff enthalten" als für den „Wechselkurs" vorgesehen (Marx 2018a: 97). Mit anderen Worten: Eine ökologische Dimension kann es im Kapitalismus nicht geben.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Postwachstum vorgenommen. Damit liegt in der Auseinandersetzung mit Marx bis heute ein Übersetzungsproblem vor: Während die Arbeitssoziologie die Frage umkreist, ob Arbeitshandeln in einer arbeitsinhaltlichen Dimension (als Produktion) in Anlehnung an Marx als politisches Handeln denkbar wäre, stellt die Design-Forschung diese Perspektive behauptend voran – da die handwerkliche als lebendige Arbeit der entfremdeten Arbeit entgegenstehe (so die Argumentation von König 2014: 4).[59]

Die Frage müsste allerdings lauten: Lässt sich der Marxsche Tauschwert aus heutiger Sicht als neuer gesellschaftlicher Mehrwert bestimmen? Sind es die neuen wirtschaftlichen Kreislaufsysteme oder Konzepte von Up- oder Recycling, die gesellschaftspolitisch sind? Marx hätte die Antwort vermutlich davon abhängig gemacht, welche Eigentums-, Besitz- und Machtverhältnisse damit einhergehen (vgl. Beyme 2009: 347). Denn politisch sind nach Marx keine Produktionskonzepte. Politisch ist die Auflösung sozialer Ungleichheit durch Produktionsverhältnisse. Allerdings kann das Politische heute weder auf einen veralteten Klassengegensatz noch auf die fragmentierte Arbeiterklasse zurückgeführt werden, die über die Revolution zum Kollektivsubjekt wird (so die Kritik an Marx von Laclau/Mouffe 2000: 41ff.). Auch hat sich das Marxsche Differenzmerkmal von Ausbeutern und Ausgebeuteten im Zuge von Ausdifferenzierung und Postwachstum „mit zunehmender Verbreitung materiellen Reichtums sowie einer stetig gewachsenen Distanz zwischen Verbrauch und Produktion" abgeschliffen (Paech 2014: 38; siehe auch Marchart 2013: 265). Die Frage ist damit: Welche Machtverhältnisse potenzieren sich heute über Produktionsformen? Und wie wird dem, wenn, begegnet?

Da Marx, wie gerade dargelegt, die Antwort darauf davon abhängig gemacht hätte, ob damit die Auflösung von Herrschaftsverhältnissen einhergeht, hätte das allerdings zur Folge, das Politische auf keine reinen Produktionsformen beziehen zu können. Vielmehr müsste der Blick darauf gerichtet werden, ob und wie sich die Akteure über das Herstellen hinaus politisieren: Schließen sie sich zusammen? Bilden sie Netzwerke, Initiativen oder gründen Vereine? In der Konsequenz heißt das, Marx neu zu denken, neu denken meint aber nicht, die ökonomische Relation des Handelns in poststrukturalistischer Sicht im Sinne Laclaus und Mouffes (2000) aufzugeben – in dieser Perspektive wäre das Politische von Arbeit und Herstellen zu befreien.[60] Marx neu denken heißt, die

59 Insgesamt lassen sich vier Perspektiven auf Marx anführen, die im Kontext des Selbstherstellens von Relevanz sind: Die erste ist der Entrepreneurship-Forschung zuzuordnen, in der Marx der Vorwurf zukommt, er stutze den Unternehmer auf eine „Kapitalistenfunktion" zurecht (Clausen 2004: 70ff.). Die zweite Perspektive setzt am Postwachstumsgedanken an. Hier wird nahezu gegenteilig argumentiert, dass erst durch den „Stoffwechsel mit der Natur" eine „Resilienz und Wachstumsunabhängigkeit" von Unternehmen erreicht werden könne (vgl. Jorck/Schrader 2019: 96) – schließlich habe Marx die „Steigerungslogik" von Produktion durch ein „Mensch-Natur-Verhältnis" kritisiert. Die dritte Perspektive bezieht sich auf die Marx-Kritik am Kapitalismus. Hier werden neue Arbeitsformen gesellschaftspolitisch begründet, wenn sie für ein Mehr an Selbstbestimmung und ein Weniger an Ressourcenverbrauch stehen (vgl. König 2014: 4). Erst die vierte Perspektive bezieht sich allerdings auf eine Produktperspektive: In den Vordergrund tritt die „Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse" (siehe hierzu von Borries 2016: 16ff.). Zentrales Argument ist, dass die Ware bei Marx nicht nur Fetischcharakter habe. Sie sei zugleich eine „Verdinglichung" sozialer „Bedingungen" (ebd.) – und damit eine Verdinglichung sozialer Ungleichheit.

60 Laclau und Mouffe (2000) denken das Politische als agonale Praxis. Ziel ist es, das Politische fern ab von der Engführung auf den Klassengegensatz von Arbeit und Kapital (Marx), von kommunika-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ökologische Dimension durch den Eingriff in die Natur unter politischen und ökonomischen Gesichtspunkten neu zu gewichten – und der Frage nachzugehen, ob die Akteure darüber politisch handeln. Allerdings reicht Marx, so wie Arendt, für eine politische Perspektive auf das Selbstherstellen nicht aus – Hannah Arendt trennt das Herstellen vom Handeln. Nach Marx ist das Politische der Revolutionsentwurf[61], wodurch das Eigenschöpferische für eine politische Perspektive unerheblich bleibt.

Im nächsten Abschnitt wird darum auf Cornelius Castoriadis, John Dewey, Hans Joas und Jonas Bezug genommen, die alle einen erweiterten Zugang bieten – Castoriadis bestimmt das Eigenschöpferische als *Praxis* und wendet sich gegen Marx. Dewey stellt die pragmatische Lösungskompetenz und das Subjekt für die Konstitution von Öffentlichkeiten heraus. Joas wiederum erklärt Kreativität zum Modus des Handelns – und Jonas legt eine ethisch-teleologische Perspektive der Verantwortung dar, die sich mit Becks Subpolitik verbinden lässt.

4.1.4 Von Castoriadis über Dewey bis zu Joas und Jonas: Kreative Selbstschöpfung und Verantwortungshandeln als Zugänge für eine politische Perspektive auf das Selbstherstellen

Cornelius Castoriadis, Philosoph und Soziologe, gilt als Denker der jüngeren Philosophie. Gemessen an seinem Status ist sein Bekanntheitsgrad allerdings bescheiden (vgl. Gertenbach 2011: 277). Der Grund, weshalb er hier so prominent eingeführt wird, ist der, dass er Arendt und Marx analytisch ergänzt – Castoriadis erklärt das Selbstschöpferische zur Voraussetzung für politisches Handeln. Er zielt auf kein Arbeitshandeln ab. Aber er schließt die Lücke, die Arendt und Marx hinterlassen: Hannah Arendt trennt, so wie Aristoteles, das Herstellen, die *Poiesis*, vom Handeln, von der *Praxis*. Karl Marx dagegen geht vom vordefinierten Kollektiv als Adressat für das Politische aus, das sich in der Revolution vollendet. Castoriadis bricht mit beidem: Im Gegensatz zu Marx geht das Autonome bei Castoriadis der *Praxis* voraus. Und der Zweck, den Arendt aus dem Politischen entkernt, wird bei Castoriadis zum politischen Zweck umformatiert.

Ausgangspunkt bei Castoriadis ist, dass das wissenschaftliche und philosophische Denken das Neue, das Schöpferische, so seine Kritik, radikal ausschließt. Sein Hauptwerk „L'institution imaginaire de la société", das erstmals 1984 erschienen ist, ist keine

---

tiver Rationalität (Habermas) und unabhängig von zentralen Themen und vorgegebenen Subjektpositionen (Kant) demokratisch neu zu entwerfen. Das pluralistische Moment Arendts als Anerkennung des Anderen wird durch die Bestimmung eines agonalen Gegenübers radikalisiert: Denn nur wo eine Grenze zum Nicht-Demokratischen gezogen werden könne, ließe sich Demokratie verwirklichen. „Etwas zu sein, heißt immer, etwas anderes nicht zu sein" (Laclau/Mouffe 2000 [1985]: 169). Allerdings lösen Laclau und Mouffe ihr Politikverständnis von Produktionsverhältnissen und vom Bereich der Kultur ab (vgl. Stäheli 2009: 217ff.). Darum werden beide als theoretische Bausteine nicht weiter eingeführt. Auf sie wird jedoch in den Kapiteln 4.1.6 und 4.3.2e zurückzukommen sein.

61 Damit gehört die Marxsche Theorie zu jenen Ansätzen, die dem Unbestimmten im Sinne der Kontingenz – im Gegensatz zu Arendts Republikanismus – entgegenstehen: Handeln ist kein Vollzug im Sinne Arendts, wonach der Ausgang unbestimmt bleibt (vgl. Ladwig 2010: 104). Das Revolutionäre bildet den Endpunkt, in deren Dienst die Subjekte stehen (vgl. Marchart 2013: 270).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bewusstseinsphilosophie, was ihm etwa Habermas nachsagte (wenngleich er Castoriadis als Denker würdigte, vgl. dazu Gertenbach 2011: 277). Genauso wenig ist sein Werk eine Anklageschrift gegen Marx. Seine Kritik aber lautet, dass der Marxismus eine Ideologie vorgebe, ohne lebendige Theorie zu sein (vgl. Castoriadis 1990: 19ff.). Denn was dem vorausgehe – und nach Castoriadis ist das die Autonomie als Selbstschöpfung – werde bei Marx ausgeblendet (siehe auch Joas 1996: 170).[62] So wie Arendt geht auch Castoriadis vom radikalen Neubeginn als Voraussetzung für das Politische aus (vgl. Brunkhorst 1994: 33; Joas 1996: 171), und so wie Marx rückt auch er den revolutionären Gesellschaftsentwurf ins Zentrum. Die Zweck-Mittel-Kategorie aber, die bei Arendt vom Politischen entkernt wird, und „das autonome Handeln der Massen" (Castoriadis 1990: 56), das bei Marx auf die Revolution folgt, wird bei Castoriadis zum Ausgangspunkt: Es ist das Anfangen-können im Sinne Arendts (vgl. Joas 1996: 171; siehe auch Sörensen 2016).[63]

Castoriadis liefert damit einen wichtigen Baustein für den Forschungskontext dieser Studie. Denn das Selbstschöpferische ist dem Handeln vorverlagert. Handeln begründet sich nach Castoriadis darin, „worin der oder die anderen als autonome Wesen angesehen und als wesentlicher Faktor bei der Entfaltung ihrer eigenen Autonomie betrachtet werden" (Castoriadis 1990: 128). Sein Autonomiebegriff steht somit zwischen Theorie und Praxis. Das, was wir als soziale Tatsachen erleben, Institutionen und kollektive Verkörperungen, sind Castoriadis zufolge imaginäre Fixierungen. Und sie werden erst zu kollektiven Adressaten, weil ihnen das Autonome als Schöpfungshandeln vorausgeht (vgl. Wolf 2012a: 73; Zulauf 2002: 4). Damit ist der Mensch auch kein alleiniges Produkt der Schöpfungslehre. Der Mensch schafft seine Umgebung durch die Selbstschöpfung. Und die Transformation der Gesellschaft vollzieht sich als kein vorgefertigter revolutionärer Entwurf *sui generis* wie in der Marxschen Theorie. Sie geht aus dem Selbstschöpferischen hervor, woraus das Revolutionäre wird (oder besser: werden kann).[64]

Castoriadis stellt somit ein Potenzial des Selbermachens in Aussicht, und er erweitert nicht nur die Marxsche Gesellschaftstheorie. Er denkt den Aristotelischen Praxis-Entwurf (vgl. Aristoteles 2018 [1837]) und die Poiesis-Praxis-Relation bei Arendt (vgl. Arendt 2013 [1958]) neu. Die *Poiesis*, die bei Aristoteles und Arendt Vollendung bedeutet,

62 Castoriadis' Kritik an Marx kann an dieser Stelle nur lückenhaft wiedergegeben werden. Im Wesentlichen kritisiert Castoriadis den Marxismus jedoch in dem Punkt, dass er den „Gegenstand der Theorie der Geschichte" wie eine Art „Naturgegenstand" ins Zentrum setze (Castoriadis 1990: 73). Geschichte erscheine darüber „rational, insofern alle Ereignisse auf Ursachen zurückgehen, die jenen vollkommen entsprechen und die *unserer* Vernunft (vom Stand des Jahres 1859) restlos durchsichtig sind". Das Wirkliche sei damit bereits zuvor „vollständig erklärbar", bevor es sich in der Praxis realisiert (ebd., H. i. O.).

63 Castoriadis macht dennoch deutlich, dass die *Praxis* auf kein bloßes Zweck-Mittel-Schema zurückgeführt werden kann. „Das Zweck-Mittel-Schema ist [..] ein Kennzeichen technischer Tätigkeit, denn nur diese hat es mit einem wirklichen Zweck zu tun, einem Zweck [*fin*], der ein Ziel [*fin*] ist" (Castoriadis 1990: 129, H. i. O.). Gleichwohl ist der Zweck bei Castoriadis ein Mittel, um Autonomie zu entfalten: Die Autonomie steht „nicht [..] am Ende", sondern „am Anfang" (ebd.: 129f.).

64 Was bei Arendt die „Initiativität" des Handelns ist (Vollrath 1992: 235; vgl. Thaa 2011: 82), die sich niemals erschöpft, weil Handeln immer ein Neuanfang bedeutet, ist bei Castoriadis die Autonomie als Handeln, die unerschöpflich bleibt. Verbindendes Element ist bei beiden der Neuanfang, der sowohl im Handeln als *Praxis* (Arendt) als auch in der poietischen Funktion der Selbstschöpfung (Castoriadis) angelegt ist.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird bei Castoriadis zum Vollzug.[65] Dabei kann man an Castoriadis vieles kritisieren. So wirft ihm etwa Winfried Thaa vor, dass eine „politische Qualität des Handelns" (Thaa 2011: 81) in seiner Theorie nicht zu erkennen sei. Castoriadis stelle lediglich eine „intersubjektive Dimension" des Handelns in Aussicht, die an den Aspekt der Autonomie gebunden bleibe (ebd.). Wie *Creatio ex nihilo* als „Schöpfung" aber „aus dem Nichts" entstehen solle, ohne auf das Alte zurückzugreifen (Reitter 2012: 45), und wie das Kollektive aus dem Autonomen resultieren soll, das Kollektive aber imaginäre Fixierung bleibt, scheint durchaus fragwürdig, wenn nicht gar widersprüchlich (so die Kritik von Waldenfels 2012 oder Wolf 2012b). Räumt man diese Kritikpunkte aber einmal beiseite, stößt Castoriadis die Tür im Theoriediskurs auf, die bei Marx und Arendt verschlossen bleibt.

Das Problem jedoch, dass ökologische oder fair-soziale Herstellungsformen bei Arendt und Marx in ökonomischer Hinsicht keine politischen Praxen sind, löst auch Castoriadis nicht. Zwar formuliert er keine „Kapitalismuskritik primär als Marktkritik" (Wolf 2012b: 268); er zielt auf den Kapitalismus als „Organisations-, Rationalisierungs- und Kontrollprojekt" ab (ebd.). Und so wie Marx kritisiert auch Castoriadis die kapitalistische Produktionsweise, indem er „die Krise des kapitalistischen Unternehmens" herausstellt (Castoriadis 1990: 137). Im Gegensatz zu Marx jedoch, der die Lösung ausschließlich in der Revolutionsvollendung sieht, stellt Castoriadis ein praktisches Potenzial des Selbermachens über die Selbstverwaltung der Arbeiter*innen in Aussicht, um „die Organisation der Arbeit selbst in die Hand zu nehmen" (er spricht auch von „Arbeiterkontrolle", ebd.: 137f.; vgl. auch Seyfert 2010: 255). Das heißt: Das Politische ist bei Castoriadis sowohl *creatio* als Selbstschöpfung als auch Arbeit als Kooperationsvermögen. Gleichwohl stellt er die politische Frage vor die ökonomische (im Gegensatz zu Marx, der die ökonomische vor die politische rückt). Castoriadis entkernt damit, wenn auch über Umwege, das Ökonomische vom Politischen. Und man kann darin wiederum eine Perspektive Arendts ausmachen, die kritisiert, dass Marx die ökonomische Frage zur politischen erklärt habe.[66]

---

65 Um zu veranschaulichen, was das bedeutet, und um zu verdeutlichen, was es mit dem Forschungskontext der Studie zu tun hat, sei an dieser Stelle ein Beispiel erlaubt. Aristoteles leitet die Nikomachische Ethik damit ein, dass jede Handlung ein Ziel hat (vgl. Aristoteles 2018 [1837]: 1094a, 43; siehe auch Thaa 2011: 78): Das Ziel des Herstellens liegt nach Aristoteles in der Vollendung, so beispielsweise in der Herstellung von Produkten (*ergon*) – Herstellen ist *actio transcendenz* (vgl. Höffe 1993a: 19). Das Ziel der *Praxis* ist dagegen die Handlung selbst. Es gibt darin keinen veräußerten Zweck – die *praxis* ist *actio immanense*. Nur in der *praxis* verwirklicht sich nach Aristoteles demnach das höchste Glück, die *Eudaimonia* (vgl. Aristoteles 2018: 1095a, 46ff.). Damit ist das Handeln etwas Politisches, die *Poiesis*, das Herstellen, nicht. Arendt bringt dazu das Beispiel der Produktion eines Stuhls, „der für die Tätigkeit des Tischlers ein Endzweck" darstelle (Arendt 2013: 182). Die Produktion des Stuhls sei dann abgeschlossen, wenn er fertig produziert ist. Und in der Folge könne alles „an seinem Nutzen" gemessen und „in seiner Zweckdienlichkeit" beurteilt werden, was „im Wesen des Herstellens" liege (ebd.). Eine politische Handlung dagegen entfalte ihre Wirkung erst im Anschluss. Die Konsequenzen sei dann weder planbar noch zu kontrollieren (wie beispielsweise die Vermarktung eines Produkts). Castoriadis erweitert dazu die Perspektive: Die *Poiesis* selbst bedeutet Vollzug. Die Autonomie des Subjekts geht der *Praxis* voraus.

66 Diese Perspektive findet in der Soziologie viele Fürsprecher. So kritisiert Habermas (vgl. Fußnote 11 auf den Seiten 20/21), dass Marx kommunikatives Handeln auf „instrumentales zurückführt" (Ha-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Frage, ob Arbeitshandeln als Herstellen politisch bestimmbar wird, lässt sich damit auch mit Castoriadis nicht vollends klären, wenngleich er einen wichtigen Baustein liefert. Einen Schritt weiter kommt man mit dem Ansatz des Pragmatismus, der über ein Jahrhundert alt ist, der an Aktualität aber kaum eingebüßt hat. Der Begriff Pragmatismus entstammt dem klassischen Handlungsbegriff griechischer Tradition. Im Gegensatz zum Handeln bei Arendt oder Habermas, die Handeln (Arendt) und Kommunikation (Habermas) frei von Zwecken konturieren, stellt der Pragmatismus-Ansatz das zweckbezogene, rationierte Reflektieren von Ereignissen in Aussicht: In den Vordergrund treten die „praktischen Folgen, Wirkungen und Konsequenzen menschlichen Denkens und Handelns" (Schubert 2003: 15) – das Wissen wird über die „Lösung spezifischer Handlungsprobleme" (Bogusz et al. 2013: 306) zum Zweck für den Vollzug (vgl. auch Dewey 1927; Noetzel 2002: 158ff.).

Ohne an dieser Stelle Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, weil die Ansätze vom ersten über den zweiten, dritten, vierten Pragmatismus bis hin zu neueren neopragmatischen Ansätzen reichen[67], soll an dieser Stelle Bezug auf die Arbeiten von John Dewey genommen werden, weil er dem pragmatischen Grundmodell „das der Problemdefinition" hinzugefügt hat (Joas 1996: 193) – und damit (auch) für heutige Designtheorien anschlussfähig wird. Dewey stellt das Handeln Einzelner heraus und begreift Demokratie als Lebensform, die sich im Handeln lokaler Gemeinschaften und Öffentlichkeiten verwirklicht – was Arbeitsformen mit einschließt. Er kann darum als Erweiterung zu Castoriadis und Arendt gelesen werden (oder umgekehrt, Castoriadis und Arendt erweitern Dewey) – und er schlägt eine Brücke zur politikwissenschaftlichen Forschung. Denn im Gegensatz zu Arendt, die die *Praxis* als Handeln der Vielen frei von Zwecken bestimmt (vgl. Bedorf 2010: 17), stellt Dewey ein individualistisches Moment des pragmatischen Handelns in Aussicht, das sich an der Lösungskompetenz orientiert.[68] „Der Einzelne"

---

bermas 2017 [1969]: 45). Darum trennt er Arbeit von Interaktion. Hans Joas dagegen argumentiert, dass Marx eine „Reduktion allen politischen Handelns auf den Ausdruck ökonomischer Interessen" reduziert, ohne dies vermutlich so zu wollen (Joas 1996: 167): Einerseits gehe es Marx um den Einsturz des Kapitalismus, andererseits hält Marx am Klassenkampf fest, durch den die Arbeitenden ihre ökonomischen Interessen verteidigen. Die Freiheit der Subjekte sei damit nicht losgelöst von ökonomischen Interessenkonflikten, sie gehe aus der Befreiung von Arbeit hervor (der Begriff der Freiheit bleibt somit an den Wert der Arbeit gebunden).

67 Der Pragmatismus-Ansatz geht auf den amerikanischen Pragmatismus der Philosophie zurück. Er gilt auch als Vorläufer des Symbolischen Interaktionismus. Als Ursprung des neuzeitlichen Pragmatismus wird in der Regel der Aufsatz von Charles Sanders Peirce „How to make our ideas clear" (1878) ausgemacht (vgl. Schubert 2003: 15f.). Als erste Theoretiker gelten Charles Sanders und William James (der sogenannte erste Pragmatismus). Die zweite Generation wird mit Autoren der *Chicago School of Philosophy* um John Dewey und George Herbert Mead eingeleitet (der zweite Pragmatismus), auf den die dritte Phase des Pragmatismus (die *Chicago School of Sociology*) um William I. Thomas oder Robert E. Park folgt. Die vierte Phase schließt mit dem Symbolischen Interaktionismus um Autoren wie Herbert Blumer oder Anselm L. Strauss an, gefolgt von der 5. Phase um Erving Goffman (1922–1982), der 6. des Universalpragmatismus nach Jürgen Habermas, einer siebten des Interpretativen Interaktionismus von Norman Denzin bis hin zum sogenannten Neopragmatismus eines Hans Joas oder Richard Rorty (siehe zur Übersicht Schubert 2009: 345).

68 Handeln ist bei Dewey das Gegenteil einer „Beschränkung". Es ist die „Fähigkeit, unser Dasein in unsere Hand zu nehmen und dadurch zu verstehen" (Dewey 1995 [1925]: 235).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird bei Dewey zum „Träger des schöpferischen Denkens, der Ursprung der Handlung und ihrer Anwendung" (Dewey 2003 [1925]: 35). *Telos*, der Zweck, der bei Arendt und Habermas als Zweck-Mittel-Relation aus dem Handeln ausgeklammert wird, weil Zwecke immer Fremdsteuerungen zur Folge haben können, wird bei Dewey zur möglichen Sinnerfahrung (vgl. Sigwart 2012: 198).[69] So wie Arendt hebt auch Dewey die konstitutive Bedeutung der Gemeinschaft für das Handeln hervor, die sich in der Öffentlichkeit als das politische Ganze konkretisiert[70] (vgl. Sigwart 2012: 261ff.). Das kollektive Selbstbewusstsein aber, das bei Arendt alleinig das Handeln der Vielen ist, verkörpert sich bei Dewey bereits in den Praktiken Einzelner, aus denen kooperatives Handeln wird.[71]

Dewey ist damit nicht nur für die politische Theorie interessant, weil er neopragmatistischen Ansätzen von Joas (1996) bis Rorty (1988a, b, 1989, 1999, 2003, 2007) zuvorkam. Er schließt zur politikwissenschaftlichen These einer „Durchsetzung von Neuem" (Bluhm 2001: 76, 2012: 91) an, die ein politisches Potenzial im Problemlösen erachtet – und er lässt sich damit sowohl auf neue deliberative Demokratiemodelle (vgl. Götz 2017) als auch auf die eben genannten Designtheorien beziehen, die in der Lösungskompetenz eine politische Perspektive bestimmen (vgl. Unteidig 2013: 160ff. oder Achatz 2021: 12ff.). Denn „politische Formen" sind nach Dewey permanente Neuentwürfe, „Anpassungen und Wiederanpassungen" (Dewey 1996: 80). Das gilt auch für „die politische Demokratie" (ebd.: 81) und deliberative Öffentlichkeit[72], die bei Dewey ineinandergreifen. Damit kommt der Öffentlichkeit bei Dewey eine tragende Rolle zu, die als keine vorderminierte Struktur zu verstehen ist; sie setzt keine – und hier unterscheidet er sich klar von Habermas – bestehenden Institutionen oder das moderne Recht als Inhibitoren voraus (vgl. Habermas 1997: 386ff.). Die Öffentlichkeit wird von den Subjekten selbst hervorgebracht (was auch für Hannah Arendt gilt), sprich, sie wird selbst hergestellt. Zugleich wird die staatliche Macht darüber zurückgewiesen (vgl. Dewey 1996: 46; siehe auch Noetzel 2002: 166).[73] Schon darum ist Dewey für den Forschungskontext dieser Studie

69 Dewey wendet sich dennoch von einer „expliziten natürlichen Teleologie der klassischen Metaphysik" ab. Er kritisiert eine „unkritisiert[e] Ethik", die das Resultat, nicht den Vollzug des menschlichen Handelns in den Vordergrund stelle. Dieser stellt er die „implizit[e] Teleologie" entgegen, die ein „Ergebnis dessen" sei, „was geschehen ist" und „was geschehen soll" (Dewey 1995 [1925]: 332; siehe weiterführend Sigwart 2012: 192 oder Antić 2018: 230).

70 Nach Dewey gibt es mehrere Öffentlichkeiten, denen das Subjekt angehören kann. Auch ist Öffentlichkeit nicht per se etwas Demokratisches. Selbst Kriege entstehen durch Öffentlichkeiten – Dewey spricht auch von der „Ungleichwertigkeit des Öffentlichen" (Dewey 1996: 28).

71 Wie Thomas Noetzel darlegt, geht es Dewey um keine „Transformation dieses oder jenes Einzelwissens aus der Sphäre der Wissenschaften in die der Politik". Ziel sei „die Übertragung eines bestimmten Handlungsmodus" (Noetzel 2002: 165).

72 Dewey macht keine Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten. Er zieht eine Grenze „auf der Grundlage der Reichweite und des Umfanges derjenigen Handlungsfolgen […], die so wichtig sind, daß sie der Kontrolle bedürfen, entweder durch Unterbindung oder durch Förderung" (Dewey 1996: 29). Bis auf Freundschaften, die Dewey als „nicht-politische Formen der Assoziation" versteht (ebd.: 37), kann sich das Soziale bei Dewey immer politisieren, wenn es die Öffentlichkeit erreicht (siehe zur Vertiefung Götz 2017: 41; Rothe 2017: 132ff.; Antić 2018: 209ff.).

73 Nach Dewey kann aus dem öffentlichen Handeln die „Organisation zu einem Staat durch die Errichtung spezieller Behörden" werden (Dewey 1996: 47). Wie Andreas Antić argumentiert, behauptet Dewey, „dass das von ihm vorgeschlagene Kriterium der Öffentlichkeit auch dazu geeignet sei,

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von Relevanz, weil er neben der Problemlösungskompetenz eine historische Perspektive bietet, wonach Institutionen und Kollektive aus individuellem Handeln hervorgehen – nach Dewey entsteht darüber gelebte Demokratie, die keine „Regierungsform" ist. Sie ist „eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung" (Dewey 2000: 121) – sie ist *kreative Demokratie*, die bis in die Produktionsbedingungen[74] reicht[75].

Was bei Dewey allerdings fehlt, ist ein ausgefeilter, offener Kreativätsbegriff, den es für diese Studie braucht. Auch spielt der Aspekt der ökologischen Verantwortung keine tragende Rolle. Darum soll abschließend auf Hans Joas und Hans Jonas beiderseitig Bezug genommen werden – auf Hans Joas (1996), weil er das Handeln als *kreativen* Akt verewigt, der aus der jeweiligen Handlungssituation resultiert.[76] Joas knüpft damit an Theorien von Dewey oder Arendt an, wonach sämtliches Handeln kontingentes Handeln ist und Vollzug bedeutet – was bei Joas sämtliche Handlungsformen mit einschließen kann, auch Formen des Herstellens als mögliches politisches Handeln.[77] Allerdings bleibt eine ökologische Perspektive der Verantwortung bei Joas außen vor, die in dieser Studie

---

die Entstehung und Transformation von staatlichen Institutionen zu erklären" (Antić 2018: 226). Ein Streitpunkt bleibt allerdings, wie Öffentlichkeit und Staat bei Dewey ineinandergreifen: Während nach Noetzel die Öffentlichkeit bei Dewey den Staat als „Leitkategorie" ablöst (Noetzel 2002: 166), argumentiert Antić, dass Öffentlichkeit ohne staatliche Institutionen als Bezugspunkt bei Dewey nicht denkbar wäre (vgl. Antić 2018: 229f.).

74 Letztlich bleibt sein Verhältnis zur Arbeit doppeldeutig: Einerseits kritisiert Dewey, wie Arendt, den Kapitalismus und Liberalismus des 19. Jahrhunderts als Ausprägung eines überformten Individualismus, der eine „starke Ablenkung von Politik" zur Folge habe (Dewey 1996: 121). Andererseits hebt er die Scheidung Arendts von Öffentlichem und Privatem auf. Dewey plädiert sogar dafür, Ideale und Werte auf instrumentelle, technische und ökonomische Lebensbereiche zu beziehen bzw. auszuweiten (vgl. Rothe 2017: 126), wenn er auch die Gefahr der Industrialisierung mit Aufkommen des Maschinenzeitalters hervorhebt.

75 Selbst in Kunstwerken, dem Werken und Erschaffen verkörpern sich bei Dewey mögliche Kritikformen; denn „Kritik ist Urteil" und „das Material, aus dem das Urteil erwächst, ist das Werk" (Dewey 2018 [1958]: 359).

76 Joas' Ziel ist es, den soziologischen Handlungstheorien ein neues, „drittes Modell" (Joas 1996: 15) des *kreativen Handelns* hinzuzufügen, das er den „*kreativen* Charakter menschlichen Handelns" nennt (Joas 1996: 15, H. I. O.) – und das zwischen das rationale und normativ orientierte Handeln tritt. Dazu wagt er einen Streifzug über Parsons Utilitarismuskritik über den Marxschen Produktivitätsbegriff bis hin zu Ansätzen von Weber, Castoriadis und Habermas. Im Wesentlichen kritisiert er jedoch, dass rationale Handlungsmodelle erstens in der Gefolgschaft der ökonomischen Theorien den Akteuren dauerhaft ein reflektiertes, kalkulierendes Handeln im Sinne der Nutzenmaximierung zuschreiben würden – damit blieben kreative Prozesse des Aushandelns in den jeweiligen Handlungssituationen außen vor. Zweitens trenne Habermas' Modell des kommunikativen Handelns System und Lebenswelt. Damit würde die Lebenswelt von den Subjekten hervorgebracht werden, soziale Systeme nicht (vgl. ebd. 306ff.; siehe auch Schubert 2002: 220). Nach Joas ist beides Ausdruck eines kreativen Akts, der das Handeln bestimmt.

77 Joas ist damit nicht nur für die Theorie interessant, weil er Arendt und Marx um den Begriff der Kreativität erweitert und an Castoriadis' Schöpfungshandeln anschließt. Er ist für die Empirie von Relevanz, weil er das Moment der Kontingenz von Handlungen herausstellt, womit politische Prozesse nie als rein nutzenmaximierende Entscheidungen im Sinne von Rational Choice abgegolten werden können. Sie entstehen immer in den jeweiligen Handlungssituationen. Das Kapitel 6.1.6 wird darauf zurückkommen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von Relevanz ist. Darum wird im zweiten Schritt auf Hans Jonas (2020 [1979]) „Prinzip Verantwortung" Bezug genommen, da Jonas nicht nur Kants kategorischen Imperativ ökologisiert und globalisiert hat – was bei Kant im Jetzt geschieht, ist bei Jonas eine Zukunftsfrage.[78] Er hat die Natur subjektiviert und das pluralistische Prinzip Arendts als Akzeptanz des Anderen auf Naturverhältnisse übertragen. Das „Prinzip Verantwortung" kann somit als Appell an das Subjekt[79] verstanden werden, da Jonas Veränderungen von Konsum-, Arbeits- und Lebenswelt wechselseitig in den Blick nimmt. Zugleich ist sein Werk ein Weckruf an die Politik, weil es durchzeichnet ist von breitem Technikskeptizismus und einer „Heuristik der Furcht" (ebd.: 9). Jonas' Handlungsprinzip orientiert sich am möglichst Schlimmsten, das es zu vermeiden gelte. Eine solche Perspektive kann methodisch allerdings weder vorausgesetzt werden noch mag sie politisch immer klug sein (auch Rechtsextreme spielen mit globalisierter Angst, Stichwort *Clash of Civilisation*). Gleichwohl ist seine Perspektive mit Blick auf heutige Arbeits- und Herstellungskontexte aktueller denn je: Herstellen ist Verantwortungshandeln durch Ressourcenschonung. Jonas kündigt nicht nur Arendts Trennung von Herstellen und Handeln auf (vgl. ebd.: 165ff.). Er nimmt die Politik in die Pflicht[80], wenngleich seine Perspektive weitestgehend auf die ökologische Frage reduziert bleibt.

Damit lässt sich Jonas zugleich auf den Diskurs um heutige Subpolitiken beziehen, auf die bereits eingegangen wurde und worauf im Kapitel 4.3.2b zurückzukommen sein wird – und er liefert einen entscheidenden Baustein für den Forschungskontext dieser Studie. Allerdings erklärt keiner der hier dargelegten Ansätze Arbeitshandeln zum politischen Handeln, wenn sie auch wichtige Zugänge bieten: Arendt rückt das Langfristige und Bleibende von Produkten ins Zentrum. Sie bestimmt die Initiativität des Subjekts als politisch – trennt aber Handeln vom Herstellen. Marx dagegen arbeitet eine ökologische Dimension von Arbeit heraus. Weder Arbeitsform noch Arbeitsinhalt sind jedoch politisch bestimmbar, politisch ist der Kampf um die klassenlose Gesellschaft. Bei Castoriadis wiederum ist es das Selbstschöpferische, das politisch positioniert werden

78 Kants kategorischer Imperativ „Handle so, daß du auch wollen kannst, daß deine Handlung allgemeines Gesetz werde" (Kant 1997 [1785] wird bei Jonas umgedeutet in „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden" (Jonas 2020 [1979]: 61f.).

79 Angemerkt werden muss allerdings, dass sich Jonas' ökologischer Imperativ „mehr an öffentliche Politik als an privates Verhalten richtet" (Jonas 2020: 63). Man könnte meinen, dass das Selbermachen darum bei Jonas keinen Platz findet. Gemeint ist aber, dass sich, in Abgrenzung zu Kant, das Handeln weder auf „diese[n] Augenblick" noch auf eine *„privat[e]* Wahl" (ebd.: 64, H. i. O.) reduzieren darf. Dazu grenzt Jonas Verhalten von Handeln ab. Selbermachen als Ressourcenreduktion wäre demnach im Sinne Jonas' eine Verantwortungsethik, die sich auf kein Selbermachen reduzieren lässt.

80 Jonas schreibt dazu: „Wenn die Sphäre des Herstellens in den Raum wesentlichen Handelns eingedrungen ist, dann muß Moralität in die Sphäre des Herstellens eindringen, von der sie sich früher ferngehalten hat, und sie muß dies in der Form öffentlicher Politik tun. Mit Fragen solcher Umfangbreite und solchen Längen projektierender Vorwegnahme hatte öffentliche Politik es nie vorher zu tun. In der Tat, das veränderte Wesen menschlichen Handelns verändert das Grundwesen der Politik" (Jonas 2020: 57).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kann[81], bei Dewey sind es die Lebensformen und die Öffentlichkeit, über die das Subjekt politisch wird – und Joas erklärt den Kreativitätsbegriff zur universalen Größe, wohingegen Jonas den kantisch-kategorischen Imperativ zum ökologischen ummontiert. Gerade Joas' Kreativitätsbegriff und Deweys Forderung nach operationaler Offenheit sind somit wichtige Bausteine, um entsprechende Begriffsbestimmungen in der Folge vorzunehmen – für Dewey sind Begriffe und Theorien keine operationalen Schließungen. Ihre Bedeutungen ergeben sich aus den Handlungsrelationen. Eine solche Offenheit ist nicht nur für einen Begriff der Selbstproduktion wichtig, der im nächsten Schritt entwickelt wird. Diese Offenheit braucht es auch für einen Politik-, Design- und Nachhaltigkeitsbegriff, um Arbeitshandeln an der Schnittstelle zu neuen Politikformen untersuchen zu können.

4.1.5 Selbermachen, Herstellen oder Selbstherstellen? Von welchem Begriff ist in dieser Studie auszugehen?

Dass der Mensch Dinge selbst herstellt, ist historisch weder neu noch klar datierbar. Historisch nachweislich könnte man den Beginn des Neolithikums anführen, also den Zeitpunkt, wie Elmar Altvater schreibt, an dem sich die Erde erwärmt und die Eisdecke in Richtung der Pole zurückzieht: Aus Jägern und Sammlern werden sesshafte Bauern, die lernen müssen, „ihre Lebensmittel unter Nutzung der Sonnenenergie und des Feuers selbst zu produzieren" (Altvater 2018). Dazu nutzen die Menschen zunächst das, „was ihnen die Natur in fast ursprünglicher Form zu bieten" hat (Rogall 2012: 29). Die Behauptung aber, dass das Selbermachen hier seinen Geburts- oder Ursprungsort habe, wäre nachweislich genauso falsch wie die historische Überlieferung, dass die Textilherstellung erst im 15. Jahrhundert aufkommt, weil die Menschen beginnen, wollene Kopfbedeckungen, Barette und dergleichen zu stricken (Sylla 2016: 83).[82] Genauso fragwürdig ist es, sogenannte Do-it-Yourself-Strategien auf das Jahr 1912 zu datieren, weil der Slogan „Do it Yourself" hier erstmals in einem Artikel der Zeitschrift *Suburban Life* erscheint (vgl. Hornung et al. 2011: 8). Eine solche punktgenaue Landung setzt voraus zu wissen, dass es Formen von Do It Yourself (oder Selbermachen) nicht schon zuvor gab – was man nicht wissen kann. Genauso wenig ist es zielführend, die hier genannten Begriffe schemenhaft in einen politischen Kontext zu stellen, was im kulturhistorischen Diskurs seit

81 Man kann Castoriadis darum auch auf den Diskurs zum politischen Design beziehen. So argumentiert Friedrich von Borries in Anlehnung an Heidegger (1986 [1927]: 145), dass bereits der Entwurf im Kontext von Design politisch sei (von Borries 2016: 11ff.), weil er dem „Ausgang des Menschen aus der Unterworfenheit" entgegenstehe. Auch bei Castoriadis wird der Entwurf letztlich zum „Element der Praxis", der Ausdruck „aller Aktivität" und „Absicht einer Veränderung des Realen" sei (Castoriadis 1990: 132). Castoriadis geht allerdings von keiner arbeitsbezogenen Aktivität aus. Der Entwurf wird zur Vorform der politischen Selbstaktivität, er kann aber auf Arbeitshandeln bezogen werden.

82 Die sogenannte „Urform" des Flechtens, *texere*, sowie das Nähen, Stopfen und Binden finden sich bereits im alten Ägypten und in paläolithischer Zeit (vgl. Müller 1997: 37ff.). Die ersten „schriftlichen Belege" über die Verwendung von Wolle im Rahmen der handwerklichen Produktion stammen aus dem 3. Jahrtausend v. Chr. aus Mesopotamien (vgl. ebd. 19). Das Spinnen ist seit der Jungsteinzeit (in Mitteleuropa in etwa seit 4000 v. Chr.) nachweisbar (vgl. Bohnsack 1981: 16f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Jahren gängige Praxis ist – letzteres schreibt das Selbermachen nicht nur a priori auf politische Artefakte fest. Es erklärt es zum Handeln, das erst in der Moderne beginnt.

Versteht man das Selbermachen jedoch zunächst nur als soziales Handeln, und eine solche Perspektive ist ratsam, lassen sich Formen des Selbermachens in nahezu sämtlichen historischen und sozialen Kontexten rekonstruieren – und das auch im politischen Sinne. Ansätze dazu finden sich im Leviathan von Hobbes (1986 [1651]) als Naturzustand *aller gegen alle* oder im Gesellschaftsvertrag Rousseaus (1983 [1762]) – bei ersterem machen die Menschen das, was sie wollen; sie maximieren ihre Egoismen. Bei zweiterem wird die Selbstbestimmung durch die Selbstgesetzgebung zur Autonomie des Einzelnen, woraus (idealtypisch) direkte Demokratie wird.

Selbermachen ist in diesen Perspektiven natürlich nicht das, wofür es heute gemeinhin steht. Es zeigt nur, dass die Aktivität des Einzelnen bereits hier angelegt ist, wenngleich sie, wie im Staatsvertrags Rousseaus, als Souveränität an den Gemeinwillen (*volonté générale*) gebunden bleibt. Vergleichbares gilt für das antike Griechenland, da sich bereits die antiken Griechen „selbst" politisiert haben (Meier 1983: 41). „Politische Subjektivität" bleibt jedoch „beim Staat konzentriert" (ebd.: 30; vgl. auch Thaa 2011: 83; Engler 2005: 28). Aber auch darin zeigt sich, dass das Selbermachen nichts ist, was es erst im Jetzt aufzusuchen gilt. Genauso wenig steht es nur für eine demokratietheoretische Tradition des Handelns. Selbst im rechtsextremen Spektrum wird der Begriff mittlerweile kanonisiert[83] – und das auch in einem ökologischen Kontext (vgl. Nicolaisen 2018).[84] Darum ist das Selbermachen zunächst nur dasjenige soziale Handeln, worüber Subjekte das selber machen, was andere bereits machen, machen könnten oder noch nicht machen – in allen erdenklichen Richtungen und Formen.[85]

Wie lässt sich diese Breite an Deutungen begrifflich fassen? Zunächst scheint der Begriff des Selbermachens geeignet, um das Spannungsfeld von unentgeltlicher Eigenarbeit über die politische Selbstorganisation bis hin zu Formen des unternehmerischen

83 So knüpften etwa Jugendorganisationen wie die der NPD, die JN, in der Vergangenheit an das Selbermachen über Social-Media-Kampagnen wie der „Bienen-Guerilla – Support your local Bienenvolk" an (vgl. Nicolaisen 2018). Rechtsextreme Versandhandel wie der *Heimdall-Versand* vertreiben zudem Produkte aus „nachhaltiger Forstwirtschaft". Der Ökologiebegriff wird darüber rechtsnational besetzt. Angemerkt werden muss jedoch, dass die Verbindung von Ökologie und Rechtsnationalismus historisch nicht neu ist. Schon die deutsche Natur- und Umweltschutzbewegung geht ab Mitte des 19. Jahrhunderts aus einem überwiegend konservativen, romantischen zivilisationskritischen Verständnis hervor (vgl. Nicolaisen/Passeick 2018).

84 Dem Ökologiegedanke geht sogar eine Blut- und Bodenideologie voraus, da sich ein „organischer" Ständestaat gegen demokratische Vorherrschaft zu stellen habe: Das, was heute über Begriffe wie *Cradle to Cradle* für neue Mensch-Umwelt-Beziehungen steht, die in der Mehrheit an Solidarität, Gerechtigkeit und einen gesunden Naturkreislauf gebunden sind, ist – so etwa bei Spenglers „Der Untergang des Abendlandes" (Spengler 1963 [1918]) – zunächst als Kreislauf von Kulturen gedacht, um Arterhaltung sicherzustellen. Die Nationalsozialisten beziehen sich nicht zuletzt darum auf Haeckel und Spengler, um eine „Politik der *Rassenhygiene* zu legitimieren" (Winkler 2020, H. i. O.).

85 Das Selbermachen ist nicht nur ahistorisch. Es ist oft situatives Handeln. Damit ist das Handeln nur solange *Selbermachen*, bis es, wie im Falle Rousseaus, als natürliche Freiheit des Einzelnen in die bürgerliche Freiheit des Gemeinwillens überführt wird. Auch für das Selbermachen als Arbeitshandeln gilt, dass die Subjekte nur so lange *selbermachen*, bis die Aktivität in andere Organisations- und/oder Arbeits-/Unternehmensformen überführt wird.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Handelns abzubilden – auch ließen sich politische Kontexte in Herstellungsprozessen darüber untersuchen. Der Begriff könnte sogar auf den Praxis-Teil der Praxis-Poiesis-Relation bei Aristoteles oder Hannah Arendt bezogen werden. Demnach stünde das Selbermachen für das „making" oder „doing", was der *Praxis* nahekommt (vgl. dazu Thaa 2011: 78). Allerdings stellt der Begriff kaum heraus, dass es sich um eine materielle Produktionsform handelt, wenngleich das Materielle oft mit dem Selbermachen gleichgesetzt wird. Darum braucht es einen anderen Begriff.

Es läge nahe, auf den Begriff des *Herstellens* zurückzugreifen, der auf die materielle zweckbezogene Produktionsform abzielt (siehe Kapitel 1 und 2). Allerdings ist der Begriff nicht minder problematisch, weil er weder die Eigeninitiative des Subjekts im Sinne von ‚Do it' oder ‚Selbst' herausstellt, noch ist er für einen politischen Kontext zu gebrauchen. Grund dafür ist die eingangs angeführte Aristotelische Unterscheidung von *Poiesis* und *Praxis*, auf die sich auch Hannah Arendt bezieht, also die Trennung von Herstellen und Handeln, womit das Politische von Herstellungsprozessen unterschieden wird – und daran schließen bis heute weite Teile der Forschung an. Hannah Arendts Diktum, dass das Herstellen ein Um-zu-Motiv sei, weil der Homo faber vorgegebene Materialien bearbeitet, „um einen bestimmten Zweck zu erreichen" (Arendt 2013: 183), hat Autoren wie Winfried Thaa auf den Plan gerufen, um auf die Gefahren von „Zweck-Mittel-Relation" für politisches Handeln hinzuweisen (Thaa 2011: 81f.) – Thaa leitet daraus eine Art Unvereinbarkeitserklärung von Herstellen und Handeln ab. Die Gefahr, dass eine „herrschaftliche Befehls-Gehorsamsstruktur legitimiert" werden könnte, wenn der Zweck das Handeln bestimmt (ebd.: 81f.), sei weitaus größer als die Chance, den Begriff für politische Kontexte zu gebrauchen.

Man muss Thaas These keine Gefolgschaft leisten. Wie einleitend erwähnt, haben sich nicht nur Teile der Politikwissenschaft mittlerweile dem Zweckrationalismus zugewandt, um eine politische Perspektive im Sinne einer „Durchsetzung von Neuem" (Bluhm 2001: 76, 2012: 91) geltend zu machen. Auch die Designforschung erachtet in der Zweckgebundenheit ein politisches Moment.[86] Man könnte dem Begriff also durchaus eine politische Perspektive abgewinnen, wenn auch in der Mehrheit die Sicht überwiegt, das Zweckgerichtete vom Handeln zu trennen – und der Einflussbereich

86 In dieser Perspektive tritt die Kreativität als Innovationscharakter des Handels in den Vordergrund. Damit wird der Zweck im Sinne Arendts zu einem „Zweck an sich" (Arendt 2013: 183). Arendt hat allerdings deutlich gemacht, dass sich ein Potenzial für das Handeln nur entfalten könne, wenn der Zweck nicht „wieder zu Mitteln für weitere Zwecke" werde (ebd.). Ein Großteil der Forschung schließt hier an, wenn Fritz Böhle das Herstellen beispielsweise auf „instrumentelles Handeln" reduziert (Böhle 2018: 173) oder Winfried Thaa die Gefahr der Fremdbestimmung durch den Zweckcharakter des Handelns in den Vordergrund rückt (vgl. Thaa 2011: 81f.). Eine Gegenperspektive dazu bieten Autor*innen wie Birte Kleine-Benne, die auf eine Art „Poiesis-Vergessenheit" im Theoriediskurs hinweisen – weil die *Poiesis* von der *Praxis* getrennt und damit vom Politischen unterschieden werde (vgl. Kleine-Benne 2019).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dieser Positionen reicht von Platon[87] über Aristoteles bis hin zu Hobbes[88], Arendt und Luhmann.[89]

Allerdings scheint der Begriff *Herstellen* kaum geeignet, um Prozesse der Selbstproduktion als politische zu untersuchen – weil die Selbstproduktion im Begriff nicht angelegt ist oder zumindest nicht explizit hervorgehoben wird. Genauso unklar bleibt allerdings der Begriff *Selbermachen* in Bezug auf die materielle Selbstproduktion, die in dieser Studie untersucht wird, ungeachtet der Problematik der Bedeutungsüberladung, die dem Begriff vorauseilt. Darum soll im Folgenden der Begriff *Selbstherstellen* verwendet werden, um Produktionsprozesse als politische zu untersuchen – und um sowohl die materielle Selbstproduktion als auch die Eigeninitiative des Subjekts hervorzuheben. Unter dem *Selbstherstellen* verstehe ich im Folgenden eine selbstausführende Produktionsform im Beruflichen wie im Privaten, worüber Produkte selbst gestaltet werden, wobei der Gestaltungs- oder Herstellungsprozess von den Akteuren selbst ausgeht oder selbst ausgehen muss. Der Begriff präzisiert damit zum einen den Begriff des Selbermachens, indem er die materielle Produktion ins Zentrum rückt – und er schließt Tätigkeitsfelder von Design über Handarbeit bis hin zum Handwerk[90], der Eigenarbeit und Eigenproduktion mit ein. Zum anderen werden sowohl Formen des Wollens als auch Müssens erfasst und der Begriff des Herstellens konturiert, weil durch den Verweis auf das ‚Selbst' die Initiative zum Handeln in den Vordergrund tritt.[91] An Grenzen kommt

87 Platon hat im Grunde zwei Begriffe des Herstellens entworfen: Erstens rückt er das Qualitätsbewusstsein des Produkts in den Mittelpunkt; so spricht er von *poiein*, was dem Wortstamm nach für Machen und Herstellen steht (Platon 1967 Bd. I: 702f.) – und er verbindet damit das Ziel der *arete*, Sennett spricht in diesem Zusammenhang vom „Maß an Vollkommenheit" bei Platon (Sennett 2009: 37). Zweitens steht das Herstellen bei Platon für die Herstellung des Staates (vgl. Platon 2012): Herstellen ist kein Handeln im Sinne Arendts. Es ist die politische Überhöhung durch den Staat.

88 Hobbes versteht das Herstellen als reines Kalkül: Er verzahnt Politik und Ethik mit Naturrecht und Erkenntnisgewinnen (Hobbes 1986 [1651], siehe dazu auch Schnabl 1999: 107ff.).

89 Bei Luhmann hat das Herstellen durchaus eine politische Dimension, allerdings in systemtheoretischer Sicht. Herstellen bezieht sich auf die *Autopoiesis* (vgl. Luhmann 2002: 126), also auf die Selbsterschaffung von Systemen, die sich in Wechselwirkung mit anderen Teilsystemen (des Rechts, der Kunst, der Politik etc.) als Differenz von System und Umwelt herausbilden – *auto* ist somit gleichbedeutend mit ‚selbst', *poiein* mit Herstellen oder Erschaffen, wodurch eine „Differenz von System und Umwelt" entsteht (ebd.: 15).

90 Handwerk und Handarbeit werden in der Forschung in der Regel unterschieden: Das Handwerk wird häufig mit Gewerken und lohnabhängiger Arbeit verbunden, die Handarbeit dagegen mit der außererwerblichen Arbeit. Eine erweiterte Perspektive bietet Sennet (2009: 70ff.), der unter dem Handwerk ein Bündel an Fähigkeiten und Fertigkeiten versteht – darunter die Arbeit des Schreiners, der Designerin, des Dirigenten bis zum Linux-Programmierer.

91 Mir ist bewusst, dass ein Begriff, der Formen des *Müssens* unter das Selbstherstellen fasst, bei zahlreichen Autor*innen des Selbermachens auf wenig Zuspruch stoßen wird: Denn zum einen wird darüber die Eigeninitiative eines Machthabers erfasst, zum anderen werden Formen der Direktion und Kontrolle gewichtet (man muss *selber machen*), wobei sich das *Müssen* auf keine Formen von Zwang oder Zwangsarbeiten beziehen muss. *Müssen* kann (auch) bedeuten, gesellschaftlichen Strukturvorgaben nachzukommen, weil Anreize zum Selbermachen geschaffen werden (so könnte das nebenberufliche Selbstherstellen von Produkten oder die berufliche Selbstständigkeit beispielsweise die letzte Konsequenz sein, wenn keine Möglichkeit auf eine Festanstellung besteht).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Begriff allerdings, wenn Prozesse der politischen Selbstorganisation über den Arbeitskontext hinaus von Relevanz sind, was in dieser Studie der Fall sein kann. So könnte es beispielsweise sein, dass die Befragten neben oder aus der Arbeit heraus Initiativen gründen, um politisch in Erscheinung zu treten. Ein solches Handeln wäre mit dem Begriff des Selbstherstellens nur schwer zu fassen. Darum soll in dieser Studie der Begriff *Selbermachen* weiterführend und ergänzend zum Begriff des *Selbstherstellens* für Prozesse verwendet werden, die über die materielle Selbstproduktion hinausgehen[92]. Damit wird der Begriff *Selbstherstellen* im Folgenden für die materielle Selbstproduktion verwendet. Der Begriff *Selbermachen* firmiert hingegen als Oberbegriff, wenngleich er – aufgrund seiner medialen Aufladung und wissenschaftlichen Engführung – problematisch bleibt.

4.1.6 Selbstherstellen und Selbermachen als Formen des Politischen

Das Selbermachen oder Selbstherstellen als politisches Handeln zu verstehen, bringt zunächst ein Grundsatzproblem mit sich. Denn in der politikwissenschaftlichen Forschung wird das Politische in der Regel mit dem Kollektivistischen gleichgesetzt – klammert man einmal Perspektiven wie die Subpolitik (Becks 1993) oder die eingangs angeführten *expressiven* Partizipationsansätze aus (vgl. Kapitel 3.2). Ansonsten gilt, dass man politisch nie im Alleingang handelt (abgesehen von der Möglichkeit zur Parteienwahl etc.). Politisch handelt man bezogen auf und mit anderen (vgl. Gerhardt 1990: 297). Die Gegenperspektive dazu lautet: Jede politische Handlung setzt die Eigeninitiative voraus, und die Frage wäre, mit welchem Politikbegriff bezogen auf das Selbermachen/Selbstherstellen operiert werden kann. Wie einleitend erwähnt, existiert bis heute keine arbeitssoziologische und politikwissenschaftliche Theorie, die Arbeitshandeln als politisches Handeln erklärt. Beide Begriffe aber – Selbermachen und Selbstherstellen – finden sich in nahezu sämtlichen Politikkonzepten, und das gilt sowohl für einen demokratietheoretischen Politikbegriff als auch für ein Politikverständnis als Ausdruck von Despotie und Unterdrückung.

Beides lässt sich am besten an Arendts Politikverständnis aufzeigen, die bekanntlich für eine demokratietheoretische Tradition des Politischen steht. Die Voraussetzung zum Handeln ist nach Arendt aber zunächst die Eigeninitiative: Es ist das „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" (Arendt 2015: 49). Arendt bezieht sich dabei auf das griechische Wort „archein", was für Anfangen und Herrschen steht. Sie bindet das Politische aber an Freiheit und Pluralität. Denn „Archein" bedeutet zunächst nur, dass „derjenige ein Führer genannt wurde, der eine Sache anfing" und sich dafür „Gesellen suchte, um sie durchführen zu können" (ebd,). Der Begriff lässt sich somit durchaus herrschaftskategorial entfalten, wovon sich Arendt abwendet. Und sie grenzt sich damit nicht nur vom griechischen Wort „prattein" ab, das für Durchführen und Vollbringen steht (ebd.:

92 Unter dem Selbermachen wird in dieser Studie eine selbstausführende Handlungsform im Beruflichen wie im Privaten verstanden, worüber Produkte, Erzeugnisse und Prozesse gestaltet werden, wobei die Prozesse von den Akteuren selbst ausgehen oder selbst ausgehen müssen. Analog dazu kann auch der Begriff ‚Do It Yourself' verwendet werden. Beide Begriffe bilden ein breites Tätigkeitsfeld von der erwerbsfreien Arbeit bis zur unternehmerischen Selbstorganisation ab.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

50). Sie macht auf die Gefahr aufmerksam, dass das Anfangen-können zum Herrschen und Gehorchen werden kann – und in der Historie wurde (vgl. Marchart 2005: 78).

Das zeigt, dass der Begriff des Selbermachens bereits hier angelegt ist. Eine-Sache-anfangen kann sowohl pluralistisch im Sinne der Freiheit nach Arendt begründet sein als auch für eine Herrschaftskategorie zur Aufrichtung und Erhaltung staatlicher Macht stehen – im ersten Fall bedeutet Selbermachen Anfangen-können im Sinne pluralistischer Freiheit. Im zweiten Falle steht das Selbermachen für die *Selbermacht*, die, so etwa bei Machiavelli, zur Herstellung politischer Vormachtstellung dient (Machiavelli 1963 [1532]).[93] Auch ließe sich auf Max Webers Machtbegriff Bezug nehmen, wonach Macht als „Chance" verstanden wird, um „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht" (Weber 1976 [1922]: 28). Weber legitimiert darüber Herrschaftshandeln. Er tritt aber für eine plebiszitäre Führerdemokratie ein. Die Eigeninitiative des Herrschers würde somit Demokratie über Machthandeln sicherstellen (können), wenngleich Herrschaftshandeln legitimiert wäre.[94]

Weder Machiavellis Herrschaftskonstrukt noch Webers plebiszitäre Führerdemokratie sind natürlich das, worum es in dieser Studie geht. Beides aber, Selbermachen als Herrschaftskonstrukt wie auch als politische Selbstorganisation im Demokratiekontext, wäre im Sinne der im Kapitel 4.1.5 erarbeiteten Definition des Selbermachens denkbar. Die Frage, die darum im Folgenden geklärt werden muss, ist, von welchem Machtverständnis in dieser Studie auszugehen ist, um Selbermachen als materielles Selbstherstellen als mögliche Politikform zu untersuchen. Dazu lassen sich zwei zentrale Zugänge aufzeigen, die der Politikwissenschaftler Dietmar Hübner (2010a) herausgearbeitet hat: Erstens kann Macht auf *power-to* bezogen werden. Gemeint ist hiermit, dass Macht eine Möglichkeit oder ein Potenzial für das Können oder Befähigen darstellt. Macht bezieht sich auf die lateinische *Potenzia* oder die griechische *Dynamis*, was für Kraft oder Vermögen steht, um eine Veränderung herbeizuführen (vgl. ebd.; siehe auch Andermann 2019: 116ff.).[95] Macht ist aber noch keine Realisierung. Sie wäre, ganz im Sinne der *Praxis*, der mögliche Vollzug – man hat die Fähigkeit zur Macht, muss sie aber nicht nutzen.[96] Erst der zweite von Hübner aufgezeigte Zugang, der Macht als *power-over* versteht, beschreibt die Machtrealisierung. Und die Sozialforschung verweist hier

93 Siehe dazu auch Münkler 2004; Meyer 2006: 57; Fach 2008: 23ff.; Marchart 2010: 48ff.

94 Politik geht bei Weber vom Staat aus. Dass darüber Demokratie gesichert werden kann, ist in der Forschung ein Streitpunkt: So halten ihm Autor*innen wie Dolf Sternberger (1978: 355), Hans Joas (1996: 75) oder Winfried Thaa (2011: 35) vor, sein Politikverständnis würde mit einer Konzentration auf Gewalt und Befehls-Gehorsamsverhältnisse einhergehen (Sternberger) und sei weder mit demokratischer Öffentlichkeit (Joas) noch mit einem Demokratiebegriff (Thaa) vereinbar. Dem steht das Argument entgegen, dass bei Weber erstmals die Chance zur Selbstbestimmung im politischen Denken durch Kontingenz, von Unbestimmtheit, angelegt sei, die der Kontingenz der *fortuna* (verstanden als Willkür nach christlichen Leitsätzen) entgegentrete (so die Argumentation von Palonen 2001: 9ff.; siehe auch Greven 2010: 71).

95 Davon leitet sich auch der Begriff des „Könnens" und ein erstes „Könnens-Bewusstseins" ab, das ab dem 5. Jahrhundert v. Chr. dazu führt, dass sich die Polis-Bürger in der Antike „selbst" politisieren (Meier 1983: 41). Das Kapitel 4.3.1 wird darauf zurückkommen.

96 Auch Luhmanns Perspektive der Politik als Teilsystem wäre dem hinzuzufügen, da die Politik das Mittel der Macht hat, aber nicht nutzen muss (vgl. Kapitel 4.1.1).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im engen Sinne auf Luhmanns Perspektive der Politik als Teilsystem oder auf Webers „Chance", um „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen" (Weber 1976 [1922]: 28).

Letzteres hieße allerdings, dass Macht Herrschaft sein kann[97], da die „Chance" eben darin bestehen kann, den eigenen Machtwillen gegenüber anderen zu behaupten. Ein solches Machtverständnis würde bezogen auf die Produktionsformen des Selbstherstellens allerdings wenig Sinn ergeben. Das würde bedeuten, dass ein Einzelner in Produktionsprozessen Macht haben könnte oder müsste, um den eigenen Willen gegenüber anderen durchzusetzen. Auch hieße es, Macht über ethische, ökologische oder fair-soziale Produktionsprozesse zu demonstrieren, was nur schwer vorstellbar ist. Ein solches Szenario wäre nur denkbar, wenn sich die Akteure zusätzlich politisch organisieren; wenn sie nicht nur materiell herstellen, sondern sich politisch formieren – und hier wären die unterschiedlichsten Spielarten von Mouffes agonaler Machtkonzeption der Gegnerschaft bis zu Arendts Handeln (vgl. Kapitel 4.1.2) oder der Marxschen Revolutionsvollendung denkbar (vgl. Kapitel 4.1.3).[98]

Zusammengefasst heißt das, dass der Zugang zur Macht im Weberschen Sinne zu eng ist, um Arbeitshandeln als politisches Handeln zu untersuchen. Darum braucht es ein erweitertes Machtverständnis, und auch hier lässt sich an Hübner anknüpfen, der dem Weberschen Machtbegriff die „Überzeugungsmacht" gegenüberstellt (Hübner 2010a: 395ff.) – gemeint ist ein Machtverhältnis, das auf Zustimmung und Verständigung basiert. Macht unterscheidet sich in dieser Perspektive von der Herrschaftsmacht der *Potestas* (siehe dazu auch Luhmann 2002: 39): Macht ist *Auctoritas*, woran auch Arendt und Habermas anschließen – es ist das Politische als Handeln (Arendt) und Kommunikation (Habermas). In beiden Fällen wird die Pluralität als Unterschiedlichkeit der Subjekte behauptet.

Das heißt: Es braucht für diese Studie einen Politikbegriff (und ein entsprechendes Politikverständnis), der auf einem erweiterten Machtverständnis basiert. Zugleich muss der Begriff so angelegt sein, dass Machthandeln im Weberschen Sinne denkbar wäre,

---

97 Macht und Herrschaft werden in der Soziologie in der Regel unterschieden, was sich am besten an den Polen Weber versus Arendt festmachen lässt: So basiert Herrschaft bei Weber auf einem Gehorsamsverhältnis (vgl. Weber 1976 [1922]; siehe auch Thaa 2011: 33; Hitzler 2001: 47f.), wenngleich er für eine „plebiszitäre Führerdemokratie" einsteht (Thaa 2011: 23). Der Machtbegriff bei Arendt (2013, 2019) basiert dagegen auf den Prämissen Freiheit und Pluralität – Macht ist das Vermögen, für Freiheit und Pluralität einzutreten. Arendt grenzt Macht damit zugleich von Gewalt ab, was von Autor*innen wie Mouffe (2015: 130ff.) oder Marchart (2008: 196f.) wiederum problematisiert wird, nicht, weil sie Gewalt befürworten. Sie dürfe jedoch im Demokratiekontext nicht verleugnet werden, da sie immer auftreten könne (vgl. Fußnote 25 auf Seite 55).

98 Möglicherweise wäre es auch das, was Mouffe in Abgrenzung zu Hannah Arendt fordert, dass das Politische nämlich als Dissoziation über „Macht, Konflikt und Antagonismus" radikaldemokratisch gewendet werden müsse (Mouffe 2016: 16). Mouffe stellt sich damit nicht nur gegen die liberale Vorstellung, dass das Politische als Konsens realisierbar wäre. Sie grenzt sich von Becks Subpolitik (vgl. ebd.: 52ff.), Giddens „drittem Weg" (vgl. ebd.: 57ff.) und von Habermas sowie vom Kommunitarismus ab. Dazu greift sie das Dissoziative Carl Schmitts als Freund-Feind-Kategorisierung auf, wendet es aber ins Radikaldemokratische: Aus Feinden werden Gegner, die sich „an einen gemeinsamen Regelkanon" halten müssten (ebd.: 70).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wenngleich ein solches Macht-Herrschaftsverständnis für diese Studie nicht zu erwarten ist. Würde man den Rahmen allerdings im Vorfeld zu eng stecken und das Demokratietheoretische voraussetzen, würde man dem unter Punkt 2 beschriebenen Problem Vorschub leisten, wonach das Selbermachen zur vorgefertigten demokratieerzeugenden Praxis wird. In dem Falle bräuchte man Handlungsformen auf politische Aspekte hin nicht zu untersuchen. Man würde sie als Kategorien überprüfen.

Genau darum wurde unter 4.1.1 auf Thomas Meyers Politikbegriff zurückgegriffen, der Politik als *„die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen*" versteht (Meyer 2006: 41, H. i. O.), und Meyer umreißt damit ein ganzes Bündel an Erscheinungsformen. Allerdings kommt die Selbstaktivität in dieser Definition nicht vor. Darum müssen Selbermachen und Selbstherstellen zusätzlich auf einen weiter gefassten Politikbegriff bezogen werden, der individuelle Handlungsmomente berücksichtigt. Deshalb wurde im Kapitel 4.1.1 sowohl von einem systemischen Politikverständnis Luhmanns abgewichen als auch das Politische als Handeln (Arendt) und Kommunikation (Habermas) konzipiert – verbunden mit der Perspektive, dass Herstellungsformen dazu gehören. Zugleich muss eine mögliche politische Perspektive an den Diskurs um Kreativität als Ressource für politische Prozesse angelehnt sein – und damit sind zwei Diskurse verbunden: Der erste bezieht sich auf den Designkontext und die Social-Entrepreneurship-Forschung und geht weitestgehend an der Politikwissenschaft vorbei.[99] Der zweite resultiert aus der politikwissenschaftlich-philosophischen Tradition und scheint mit Ansätzen aus der Designforschung unvereinbar – im ersten Fall werden das Produkt und der Herstellungsprozess politisch positioniert, da bereits das „Entwerfen" eine Antwort auf die „Gefährdungen der Lebensgrundlagen" gebe (von Borries 2016: 44ff.).[100] Im zweiten Fall wird die „Durchsetzung von Neuem" politisierbar (vgl. dazu Bluhm 2001: 76, 2012: 91) – und daran schließen sowohl Ansätze aus der Designforschung als auch Formen des Pragmatismus und die Neuinterpretation des Praxisbegriffs bei Castoriadis an (bzw. können darauf bezogen werden) (vgl. Castoriadis 1990: 128; Thaa 2011: 81).[101]

Entscheidend ist allerdings, dass das Handeln in dieser Studie mit einer ethischen Perspektive verknüpft wird, weil ethisch fair-soziale Prozesse des Arbeitshandelns untersucht werden – wenngleich damit das Politische nicht als vorausgesetzt gilt.

---

99 Auf Ansätze, die die Designtheorie mit der politikwissenschaftlichen Forschung verbinden, wird das Kapitel 4.3.2f. eingehen.

100 Von Borries spricht auch von „Überlebensdesign". Aufgabe des Designs sei es, dem „unterwerfenden Überlebensdesign der permanenten Krise" ein „entwerfendes Überlebensdesign entgegenzustellen, […] um neue Formen des Zusammenlebens zu imaginieren" (von Borries 2016: 52). Man könnte vermuten, dass hier die Marxsche Perspektive vom „Stoffwechsel mit der Natur" (Marx 2018a: 192) eine Rolle spielt, weil Design ein Eingriff in den Lebensraum bedeutet (von Borries 2016: 44). Das ist aber nicht der Fall.

101 Nicht jede Form von Kreativität ist damit als politisch zu verstehen. In der Neuschöpfung könne sich jedoch ein politisches Potenzial entfalten (siehe dazu Joas 1996; Schubert 2002 oder Bluhm 2001, 2012). In der Forschung ist diese Perspektive allerdings umstritten. So argumentiert beispielsweise Winfried Thaa, dass für politisches Handeln nicht die Kreativität, sondern „Initiativität" entscheidend sei (Thaa 2011: 82).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Selbermachen und Selbstherstellen stehen für das ethisch Vertretbare oder moralisch Begründbare durch nachhaltige, ökologisch-fair-soziale Arbeitskonzepte. Nun muss man sagen, dass eine ethische Dimension des Handelns historisch weder neu ist noch muss sie nur für das ethisch Vertretbare stehen. Wie De La Vega (1985: 10ff.) herausgearbeitet hat, finden sich ethische politische Grundsatzpositionen bereits bei Sokrates (das Ethische ist die Leistung des individuellen Bewusstseins), Platon (das Ethische ist die Ideenlehre, die sich im Staat verkörpert), Aristoteles (das Ethische ist das höchste Glück, das sich in der *Polis* verwirklicht) bis zu Machiavelli (im Ethischen verkörpern sich die Mittel der Herrschaft) oder Marx/Lenin (das Ethische ist die Entlarvung der Herrschaft) (siehe auch Sutor 1997:17ff.). Selbst Despoten maßen sich demnach an, ethisch zu sein. Ethisch bedeutet in dieser Studie darum etwas anderes. Es heißt, dass Arbeitshandeln in demokratietheoretischer, ökologisch-normativer Perspektive ethisch vertretbar wird – ein solches Verständnis schließt an Konzepte zur „politischen Ökologie“[102] oder „politischen Ethik“ (Sutor 1997: 23ff.)[103] an – und erweitert sie. Zugleich ist es als Gegenmodell zur dissoziativen Freund-Feind-Kategorisierung Carl Schmitts (2015 [1932]; vgl. Marchart 2010: 38ff.)[104] zu verstehen, auch weicht es vom hegemonialen Demokratieansatz nach Laclau und Mouffe (2000) ab.[105] Ethisch meint, dass die Ökologie- und Sozialverantwortlichkeit über Arbeitshandeln in den Vordergrund tritt. Im Designkontext zielt diese Perspektive auf Nachhaltigkeitsansätze des *Ecopreneurship*, *Green Entrepreneurship* oder *Sustainable Entrepreneurship*[106] sowie auf „die Avantgarde des Guten“ ab (Achatz 2021: 18), wobei es eine Streitfrage bleibt, ob die Ansätze als politisch

102 Vgl. Mayer-Tasch 1999; Robbins 2011 [2004]; Latour 2017, 2018; Gesing et al. 2019.

103 Diese Perspektive führt wieder auf den ökologischen Imperativ bei Jonas zurück (siehe Kapitel 4.1.4), wonach das Ethisch-Teleologische zur Zukunftsfrage wird. In der Politikwissenschaft wird eine teleologische Perspektive jedoch vielfach zurückgewiesen, weil, so die Argumentation, sich das Zweckbezogene (*Telos*) herrschaftskategorial entfalten könne, was in hohem Maße auf Hannah Arendt zurückgeht. Allerdings wird in Bezug auf Arendt unterschiedlich argumentiert: Während Autorinnen wie Christa Schnabl (1999: 327) in Arendts Politikverständnis eine ethisch-teleologische Perspektive ausmachen, weil sich das Handeln auf Gerechtigkeitsfragen der Zukunft bezieht, argumentiert Heuer (2006: 8ff.), dass politische Verantwortung bei Arendt weder eine moralische Kategorie noch eine moralische Verpflichtung darstelle.

104 Auch ein solches Politikverständnis steht der Luhmannschen Systemtheorie entgegen, da die Systemtheorie keine ethischen oder moralischen Begründungsmuster zur Herausbildung von Teilsystemen kennt (zumindest werden sie zur Begründung von Teilsystemen nicht berücksichtigt).

105 Laclau/Mouffe trennen das Ethische vom Politischen (siehe zur Vertiefung Fußnote 60 auf den Seiten 68/69). Und dazu wenden sie sich sowohl vom Kommunitarismus als auch von der Habermaschen kommunikativen Einigung ab. Allerdings hat Mouffe in „Das demokratische Paradoxon“ (2015 [2008]) eine ethisch agonale Perspektive bestimmt, wonach das Politische nicht aus der Ethik heraus erklärt werden dürfe. Eine ethische Dimension müsse aus dem Politischen hervorgehen (vgl. ebd.: 125ff.).

106 Vgl. Schaltegger/Petersen 2001; Rogall 2003; Clausen 2004; Hockerts/Wüstenhagen 2010; Weiß et al. 2012.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verstanden werden können.[107] Politisch und ethisch wäre das Handeln aber nur, wenn es gut für Mensch und Umwelt ist – und daraus Verantwortungshandeln resultiert.

Alle hier vorgestellten Zugänge verweisen auf ganz unterschiedliche Aspekte. Sie eint, dass sie einen institutionell verfestigten Begriff des Politischen in Frage stellen: Nicht der Staat und seine Institutionen repräsentieren (alleinig) das Politische. Das Handeln der Subjekte hat ebenso Relevanz. Auch gehen die Zugänge davon aus, die keinesfalls als in sich geschlossene zu verstehen sind, dass sich die Konturen des Politischen im Zuge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses verschoben haben: Beschrieben wird die vielfach prognostizierte Erosion des Politischen[108], die mit einem „Verlust an staatlicher Gestaltungs- und Durchsetzungskraft" bei gleichzeitigem Anspruch an eine neu „*durchgesetzt[e]* Demokratie" einhergeht (Beck 1986: 304, H. i. O.). Und das heißt, dass dem Begriff der Subpolitik im Folgenden eine tragende Rolle zukommt, weil er für ein erweitertes Politikverständnis steht.

Darauf basierend werden im weiteren Verlauf zum einen die Herstellungsformen auf der Mikroebene empirisch untersucht. Zum anderen werden die Veränderungen von Arbeits- und Politikformen im historischen Verlauf herausgearbeitet. In der Gesamtheit geht es damit um das Spannungsfeld von Individuum, Staat und bürgerlicher Gesellschaft[109], und um das, worauf Hegel bereits vor zwei Jahrhunderten hingewiesen hat (Hegel 1986 [1821], vgl. Nassehi 2003: 134).[110] Hegels zentrale Frage war, wie Staat und Gesellschaft aufeinander bezogen werden können – und wie die Sozialintegration gelingt. Hegel ist an dieser Stelle darum von Bedeutung, weil es nach Hegel keine bürgerliche Gesellschaft ohne Staat und keinen Staat ohne Bürgergesellschaft gibt. Für Hegel braucht es Mittler zur Sozialintegration, die über staatliches Handeln und die Sphäre der Ökonomie hinausgehen.[111] Allerdings kommt Arbeit bei Hegel in diesem Spannungsfeld nicht vor. Der Diskurs kann hier aber neu geführt werden: Zum einen ist der Staat in

107 Anzumerken ist, dass der Begriff des Selbermachens auch von Rechtsextremen in Bezug auf neue Naturverhältnisse verwendet wird: Das vermeintlich Moralische oder Ethische wird dazu an ethnische und rassifizierende Kategorien gebunden – im Vordergrund steht die Arterhaltung des eigenen Volkskörpers (vgl. Nicolaisen/Passeick 2018; Winkler 2020). Allerdings wurden in dieser Studie keine rechtsextremen Do-it-Yourself-Labels gefunden, geschweige denn untersucht. Darum werden die Themen *nationale Selbstorganisation* und *ethnische Naturverbundenheit* nur kurz angeführt.

108 Vgl. Beck 1993; Meyer 1994; Bedorf 2010; Michelsen/Walter 2013; Blühdorn 2013, 2018, 2020.

109 Der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft ist von Hegel in Anlehnung an den englischen Begriff der *Civil Society* herausgearbeitet worden (vgl. Hegel 1986 [1821]: 338ff.), wenngleich sich die bürgerliche Gesellschaft bereits in der antiken *Koinonia politike* (lat. *Societas civiles*) findet (vgl. Dubiel 1994: 73). Heute werden auch Begriffe wie Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft verwendet, wobei die Übergänge fließend sind (vgl. Schmidt 2007: 30; Bauerkämper 2010: 5; Worschech 2015: 63f.).

110 Hegels zentrale Frage war, was die Gesellschaft zwischen dem Funktionssystem der Familie und des Staates zusammenhält. Nach Hegel ist das neben Familie und Staat die bürgerliche Gesellschaft, die als Bindeglied zwischen Familie (unterste Stufe) und Staat (höchste Stufe) in Form einer „Differenz" tritt, „wenn auch die Ausbildung derselben später als die des Staates erfolgt; denn als die Differenz setzt sie den Staat voraus" (Hegel 1986 [1821]: § 182: 339).

111 Die Mittler zur Sozialintegration sind nach Hegel die „Rechtspflege" (§ 209–229), „Polizei" (§ 231–249) und „Korporation" (§ 250–256) (vgl. Hegel 1986 [1821]: 360–398). Sie sind neben dem „System der Bedürfnisse" (§ 189–208, ebd.: 346ff.) für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiv (siehe zur Vertiefung Adloff 2008: 32ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Hegelschen Denkart die „konkrete Materialisierung" des Politischen (Nassehi 2003: 134f.), der Sittlichkeit[112] vollendet (vgl. Hegel 1986: 398), „ohne das Ganze zu sein" (Nassehi 2003: 134). Zum anderen hat Hegel „soziale Anerkennungsverhältnisse" (Jaeggi 1997: 14) über Arbeit herausgestellt und das Wirtschaftssubjekt entworfen, das Eigentum schafft. Er hat es aber von möglichen politischen Prozessen und Loyalitätsbeziehungen entkernt – und die Frage ist, ob sich hier ein neuer Wandel vollzieht.

Letzteres bedeutet zu analysieren, wie politisch das Arbeits- als Wirtschaftssubjekt im Kontext des Selbstherstellens heute ist und wofür das Politische steht. Dazu reicht allerdings keine empirische Analyse auf der Mikroebene aus. Es muss zusätzlich gefragt werden, welches Wechselverhältnis heute aus Individuum, Staat und bürgerlicher Gesellschaft besteht.[113] In der Forschung werden dazu, grob vereinfacht, zwei Szenarien skizziert: Auf der einen Seite wird seit Jahren von einer zeitdiagnostischen „erheblichen Krise des Politischen" durch einen „radikalen Wandel des klassischen nationalstaatlichen Modells" ausgegangen (Nassehi 2003: 133).[114] Ausgangspunkt ist, dass der Staat seine Handlungsmacht zu verlieren droht, weil das Politische erodiert – weil der Vertrauensverlust gegenüber den Parteien voranschreitet und sich Politik fernab institutionalisierter Verfahrensweisen transformiert.[115] Auf der anderen Seite gilt der funktionale Abriss des Politischen als Chance zur gesellschaftlichen Erneuerung (im Sinne von Partizipation und Teilhabe): Im ersten Falle wird auf einen Politikbegriff verwiesen, der die Semantiken des Politischen durch die Zuschreibung von Politik als „Totalität der Gesellschaft" (ebd.) kaum mehr zu repräsentieren vermag. Im zweiten Fall wird die Entkernung von Politik zur Chiffre demokratischer Teilhabe, wobei Institutionen – Parteien, Gewerkschaften etc. – dem gesellschaftlichen Wandel (mehr Eigenverantwortung, Ansprüche an Individualität etc.) kaum noch hinterherzukommen scheinen.

Die abschließende Frage ist damit, was das Politische ist, wenn es sich entgrenzt und wenn die Adressaten des Politischen erodieren: Ist das Politische das Agonale als widerständige Praxis nach Mouffe (2011, 2015, 2016; Laclau/Mouffe 2000)? Oder ist es das Assoziative als Zusammenhandeln (nach Arendt) oder gar eine neue Form der Konsensorientierung (nach Habermas) (siehe zur Diskussion Marchart 2010: 35ff.)? Schon hier

112 Sittlichkeit ist bei Hegel sowohl die Frage nach der Freiheit als auch die nach der gesellschaftlichen Ordnung (vgl. Hegel 2002: 47). Hegel unterteilt die Sittlichkeit in die Bereiche Familie, bürgerliche Gesellschaft und den Staat (vgl. Adloff 2008: 31; Jaeggi 1997: 10), wobei das Volk Sittlichkeit verkörpert, weil sich nur darin die allgemeinen Interessen widerspiegeln. Vollendet wird die Sittlichkeit aber durch den Staat (vgl. Hegel 1986: 398; siehe auch Nassehi 2003: 134f.), da nur er das Allgemeine sicherstellen könne.

113 Schlussendlich geht es damit um die bereits angesprochene politikwissenschaftliche Unterteilung (siehe Fußnote 12 auf Seite 36) in *polity* (Form: politische Ordnung und entsprechende Institutionen), *politics* (Prozesse: Akteure, Konflikte, Entscheidungen) und *policy* (Inhalt: Themen, programmatische Ausrichtung, Zielsetzungen). Diese Dimensionen lassen sich wiederum auf der Mikro-, Meso- und Makroebene untersuchen. In dieser Studie steht die inhaltliche Dimension (*policy*) über das Handeln der Subjekte (*politics*) im Zentrum.

114 Siehe weiterführend zur Diskussion Beck 1993; Greven 2009; Thaa 2011: 12; Crouch 2015 [2008]; Martens 2014; Blühdorn 2013, 2018, 2020; Manow 2020.

115 Vgl. Wiesendahl 2013; Biehl 2013; Decker 2018: 22; siehe auch Jesse 2019. Das Kapitel 4.3.2c wird diesen Sachverhalt vertiefen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird deutlich, dass sich der Blick auf keine ökologischen Produktionsformen reduzieren kann (vgl. Kapitel 4.1.2). Es geht um Perspektiven, die daraus folgen, oder mit den Worten Bernhard Sutors, der sich auf Arendts Machtbegriff bezieht: Macht ist „ein Phänomen menschlicher Kommunikation. Sie entspricht nicht dem Herstellen von Dingen, sondern dem gemeinsamen Handeln" (Sutor 1997: 94). Folglich lautet die Frage, wie die Akteure über den Arbeitskontext hinaus handeln: Schließen sie sich zusammen und organisieren sie sich? Im nächsten Schritt wird dazu auf den Design- und Nachhaltigkeitsdiskurs Bezug genommen, der sich weitestgehend auf nachhaltige Produktionskontexte konzentriert. Zentrale Frage ist hier, von welchem Design- und Nachhaltigkeitsbegriff auszugehen ist, um Arbeitshandeln als mögliches politisches Handeln zu untersuchen.

4.1.7 Selbstherstellen im Kontext von Designproduktion

Nähert man sich dem Forschungsbereich Design, bewegt man sich auf zwei Extrempositionen zu: Auf der einen Seite gilt Design als „Ästhetisierungsinstanz *par excellence*" (Reckwitz 2014: 177, H. i. O.) – Design hübscht Dinge auf und kosmetisiert Realitäten (so beispielsweise der Vorwurf von Ax 2009: 166ff.). Auf der anderen Seite steht Design, und diese Sichtweise hat sich vor allem im letzten Jahrzehnt durchgesetzt, für eine soziale oder gar politische Praxis. Zu Popularität hat es zu letzterem sicherlich Tony Fry gebracht, der in „Design as Politics" (2011) die Designpraxis prominent in den politischen Diskurs einschrieb. Das, was Fry skizziert, erinnert ein wenig an die „Heuristik der Furcht" von Hans Jonas (2020 [1979]: 9). Fry orientiert sich am gesellschaftlich Schlimmsten, das es zu vermeiden gelte. Der Politik traut er die Lösung gesellschaftlicher Probleme dazu genauso wenig zu wie er Designer*innen eben darum ermächtigen will, politisch zu werden. Fry fordert deshalb ein Designhandeln, das Gestaltungsfragen zu politischen Entscheidungen macht – und an diesem Kerngedanken setzt heute ein ganzer Forschungszweig an: Design wird zum „Modus des politischen Handelns" erklärt (Mareis 2016: 199). Design stehe für eine „grundlegende Politizität" (Kosok 2021: 16). Es bilde „Überlebensdesign" durch „Weltentwerfen" ab (von Borries 2016)[116] oder schaffe neue politische Öffentlichkeiten über heutige Produktionsverhältnisse (vgl. Braun 2018; Recklies 2018; Achatz 2021).[117]

Ist Design damit gleich eine politische Kategorie? Die Politikwissenschaft würde dem in weiten Teilen einen Riegel vorschieben (siehe dazu Kapitel 2). Politisch wäre Design nur, wenn die Akteure über das Herstellen hinaus politisch aktiv werden würden. Im Designdiskurs gilt hingegen schon der Zweck der Dinge, und oft bezogen auf eine Lösungskompetenz, als politisch. Nicht selten werden dazu auch radikaltheoretische

116 Siehe weiterführend dazu Blechinger/Milev 2008: 5; Baur 2008; Fuhs et al. 2013; Banz 2016; Kern/Vogt 2016; Hartung 2017; Braun 2018; Feige 2018: 212ff.; Braun 2018; Recklies 2018; Achatz 2021; Rodatz/Smolarski 2021.

117 Ziel ist es nicht, an dieser Stelle Aufräumarbeiten eines mittlerweile völlig überfrachteten Designbegriffs zu leisten. Die Definitionsvielfalt reicht von Begriffen wie dem *Eco Design*, *Sustainable Design*, *Designpolitik*, *Political Design* über *Participatory Design* bis zum *Speculative Design* oder *Public Interest Design* – um nur einige wichtige zu nennen. Auf einzelne Begriffe wird im Kapitel 4.3.2f zurückzukommen sein (siehe weiterführend auch Blechinger/Milev 2008: 5; Baur 2008; Milev 2011; Fuhs et al. 2013; Banz 2016; Kern/Vogt 2016; Hartung 2017; Braun 2018; Feige 2018: 212ff.; Recklies 2018).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Formulierungen im Sinne einer Gegnerschaft in Anlehnung an Chantal Mouffe angestellt (so etwa bei DiSalvo 2010; Unteidig 2018; Recklies 2018) – und letztlich würden Designer*innen darüber gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Wobei Verantwortung übernehmen nicht meint, dass sich Designer*innen dem Markt verschließen, wenn auch auf die Gefahr der Verzahnung von Markt, Ökonomie, Politik und Demokratisierung hingewiesen wird (so etwa von Ehn et al. 2014: 3; siehe auch Unteidig 2018: 78). Verantwortung übernehmen heißt, ökologisch sozialverantwortlich für den Markt zu produzieren – und darüber Arbeit und Gesellschaft zu verändern.

Das Politische ist im Designdiskurs damit stets mit einer Marktperspektive verbunden, die im Diskurs des Selbermachens und in weiten Teilen der Sozialforschung ausgeschlossen scheint. Ziel dieser Studie muss es allerdings sein, sowohl die eine als auch andere Perspektive zuzulassen. Was es braucht, ist ein Designbegriff, der Marktimplikationen nicht voraussetzt, aber mit einschließt – und Perspektiven von „Postwachstumsdesign" (Paech 2013: 204ff.)[118] genauso berücksichtigt wie das Spannungsfeld von der außererwerblichen Eigenarbeit bis zur unternehmerischen Solo-Selbstständigkeit. Welcher Designbegriff könnte dafür passend sein? Man kann zunächst an die Urform des Designbegriffs erinnern, der 1588 im ‚Oxford Dictionary' erschienen ist und für den „‚*Plan von etwas, das realisiert werden soll*'", stand (Brocchi 2013: 61, H. i. O.). Das Verb *designare* bezeichnet die „Repräsentation von Figuren mittels Linien" (ebd.). Dabei werden weder gesellschaftskritische Positionen a priori vorausgesetzt noch wird der Begriff rein wirtschaftlich verstanden. Eine wirtschaftliche Perspektive hat sich erst in der Folge, mit Beginn der industriekapitalistischen Epoche, durchgesetzt: Seitdem steht Design (auch) für wirtschaftliche Dynamiken, zugleich bildet es soziale und ökologische Fragen ab. Auf dem Designbegriff lastet somit insgesamt ein Berg an Erscheinungsformen und Deutungsmustern, die von der aufkommenden Massenfertigung und der damit verbundenen Verdrängungstendenz des Handwerks bis zur ökologischen Ressourcenschonung reichen.

Was folgt daraus? Zum einen heißt das, im Folgenden von einem offenen Designverständnis auszugehen, wonach Design weder a priori auf Industrieförmigkeit reduziert wird noch im Vorfeld als „politische Stellungnahm[e] in einem globalen Kontext" gilt (Eisele 2011b: 70). Genauso wenig ist es sinnvoll, Design kategorisch vom Handwerk zu trennen (so die Forderung von Melanie Kurz, vgl. Kurz 2015: 183). In dieser Perspektive würde Design nicht nur auf eine ästhetisch-qualitative Formebene festgesetzt werden. Es wäre strikt vom „laienhaften" Selbermachen zu trennen[119], und das hieße: Selbermachen wäre nie designtauglich, Design wäre immer höherwertiger als Handwerk. Darum soll unter Design im Folgenden in Anlehnung an Claudia Mareis im engen Sinne

118 Nach Niko Paech kommt „Postwachstumsdesign" eine „Vermittlerrolle zwischen den Angebots- und Nachfrageseiten der Märkte zu" (Paech 2013: 204). Paech zufolge brauche es dafür sowohl Suffizienz als auch Subsistenz: „Erstere zielt auf eine Entrümpelung und Entschleunigung konsumtiver Ansprüche. Letztere umfasst entkommerzialisierte und auf Eigenarbeit beruhende Versorgungsmuster" (ebd.: 207).

119 Design und Handwerk sind dennoch nicht gleichzusetzen. Sie unterscheiden sich dadurch, dass Design zum einen (im Gegensatz zum Handwerk) Formen der seriellen Fertigung umfasst, sich darauf aber nicht beschränkt. Zum anderen hat Design neben der formgebenden Ebene immer eine ästhetische Dimension, die Handwerk haben kann, aber nicht muss.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bezeichnen, *Abgrenzen*, *Angeben* im Verständnis von *designare* verstanden werden (Mareis 2016: 36). Genauso kann Design für *Bestimmen*, *Ernennen*, *Anordnen*, *Entwerfen*, *im Umriss darstellen* oder *nachbilden* stehen (ebd.). Ziel muss es sein, in Anlehnung an den Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Herbert Simon, Designprozesse so unvoreingenommen wie möglich zu untersuchen (Simon 1996: 111; vgl. Mareis 2016: 42).[120] Und in Anlehnung an Vilém Flusser (2019 [1993]: 9) stehen damit zwei Dinge im Vordergrund: erstens geht es um eine, wie Mareis in Bezug auf Flusser argumentiert, „ästhetisch formgebende Prozessebene" im Sinne von *to design*, zweitens um das Resultat durch *design* (Mareis 2016: 38). Ein entsprechendes Resultat muss allerdings keinesfalls auf materielle, formgebende oder ästhetische Artefakte reduziert werden. Resultat könnte zum Beispiel sein, dass Designer*innen dem Produkt und ihrem Handeln eine gesellschaftspolitische Funktion zusprechen. Daher wird im Folgenden in Anlehnung an Autoren wie Horst Rittel (1987), Herbert Simon (1994 [1968]) oder Davide Brocchi (2013) von einem *erweiterten* Designbegriff ausgegangen, womit zunächst die Frage im Vordergrund steht, „wie wir unsere Umwelt wahrnehmen und gestalten" (Brocchi 2013: 71) – Design reduziert sich weder nur auf seine formgebende ästhetische Dimension noch wird eine „grundlegende Politizität" (Kosok 2021: 16) oder ein „parteiisches Design" (Fezer 2018: 167) im Sinne einer „politischen Designtheorie" (von Borries 2016)[121] vorausgesetzt. Ins Zentrum rückt ein ganzheitlicher Designansatz in Anlehnung an Lucius Burckhardt.[122] Die Zielsetzungen der Akteure spielen dabei genauso eine zentrale Rolle wie eine mögliche Objektrelevanz[123], die im Sinne einer „Dingpolitik" nach Latour (2005: 14)[124] auf politische Ziele und Prozes-

120 Simon (1996) hat in den 1960er Jahren für einen offenen Design-Begriff plädiert, um das tradierte Verständnis von Design aufzulösen. Design solle wieder in seiner ursprünglich etymologischen Bedeutung verstanden werden.

121 Friedrich von Borries ist in „Weltentwerfen" ersichtlich darum bemüht, einen passenden Politikbegriff für sein Vorhaben zu finden, um Design als „‚Rückeroberung' des Politischen" in den Diskurs einzuschreiben (von Borries 2016: 30). Dazu rückt er vom „Alltagsgeschäft des Politikbetriebes" ab (ebd.). Er nimmt aber keine Differenzierung zwischen einem *engen* und *weiten* Politikbegriff vor.

122 Burckhardt stellt Entstehungs- und Nutzungsprozesse von Design als ganzheitlichen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhang dar (Burckhardt 1980; vgl. König 2014: 2; Feige 2018: 203). Nach Burckhardt entwerfen Designer*innen nicht nur Gegenstände. Sie gestalten immer auch soziale Strukturen.

123 In der Politikwissenschaft kommt die Objektrelevanz bis heute nicht vor, in der Soziologie spielt sie zumindest eine Rolle. Hier werden Objekte als Träger symbolisch vermittelter Prozesse und Interaktionen verstanden (so etwa bei Mead 1983, 1988; siehe auch Joas 1989: 143ff.; Prinz/Moebius 2012: 10f.). Objekte gelten aber als keine möglichen Vermittlungsinstanzen gesellschaftspolitischer Positionen. Bruno Latours „Dingpolitik" mag hier eine Ausnahme sein (vgl. Latour 2005: 14). In der Mehrheit gelten Produkte als „passive Träger soziokultureller Bedeutung". Prinz/Moebius sprechen sogar von einer „Objektblindheit" innerhalb der Soziologie (vgl. Prinz/Moebius 2012: 9ff.).

124 „Dingpolitik" meint bei Latour, dass sich gesellschaftliche Strukturen *verdinglichen*. Sie kann sich im Zusammenkommen der Menschen an Orten objektivieren oder in Produkten und Symbolen verkörpern (vgl. Latour 2005: 14). Latours Ansatz erinnert an den Symbolischen Interaktionismus aus der Soziologie, wonach Menschen gegenüber Dingen mit Bedeutungen handeln (vgl. Kapitel 6.1.4), zugleich schließt er an den Design-Ansatz *Design as Infrastructuring* an, wonach sich in Infrastrukturen soziale Konventionen vergegenständlichen (vgl. Unteidig 2018: 71ff.). Damit lässt sich die Dingpolitik Latours auch in Beziehung zum Designbegriff setzen, den Latour in seinem Aufsatz „Ein vorsichtiger Prometheus" (2010) vornimmt. Dazu stellt er eine „notwendig [..] *ethische Dimen-*

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

se untersucht werden kann. Was das wiederum für den Nachhaltigkeitsbegriff bedeutet, wird im folgenden Abschnitt erläutert.

4.1.8 Selbstherstellen im Kontext des Nachhaltigkeitsdiskurses

Wohl kaum ein Begriff wird heute so inflationär verwendet wie der der Nachhaltigkeit. Der Nachhaltigkeitsbegriff füllt Werbeblöcke und ziert Werbeslogans. Er steht für Langfristigkeit im Sinne von ‚sich nachhaltig aufstellen', zugleich bildet er ökologische oder soziale Perspektiven des Handelns ab: Zum einen verkommt der Nachhaltigkeitsbegriff seit Jahren zum inflationären Füllwort und überdehnten „Werbefloskel" (Bojanowski 2014: 7f.; siehe auch Melde 2021: 325ff.). Zum anderen wird der Begriff für neues „verantwortungsvolles Handeln" im Sinne „künftiger Generationen" geltend gemacht (Piepenbrink 2014: 2) – und steht für neue Produkt- und Subjektverantwortung.

Welchen Nachhaltigkeitsbegriff braucht es für diese Studie, um Herstellungsprozesse an der Schnittstelle zu neuen Politikformen zu untersuchen? Und in welcher Beziehung stehen damit das Selbermachen und Selbstherstellen zum Nachhaltigkeitsbegriff? Zunächst zeigen alle drei Begriffe eine enge Verbindung auf – sowohl die Begriffe Selbermachen und Selbstherstellen als auch der Nachhaltigkeitsbegriff können für Prozesse der Suffizienz, Ressourcenschonung und Subjektverantwortung geltend gemacht werden. Alle Begriffe deuten somit auf Zukunftsfragen hin, die Mensch und Natur in ihrem Wechselverhältnis betreffen. Auf der anderen Seite stehen sich die Begriffe etymologisch entgegen: Der Nachhaltigkeitsbegriff kam im 18. Jahrhundert im Bereich der Forstwirtschaft auf. Er meint zunächst so viel wie, dass in einem bestimmten Zeitraum nur so viel Holz geschlagen werden dürfe, wie durch Baumneupflanzungen nachwachsen könne (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 20).[125] Das stellt die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit heraus. Zugleich geht es von Beginn an um eine kluge „Waldbewirtschaftung" (von Carlowitz/Hamberger 2013: 87ff.), um das Planen, Rationalisieren, Kalkulieren. Im Gegensatz zu den Begriffen Selbermachen und Selbstherstellen, die von Marktvereinnahmungen oft idealtypisch freigesprochen werden, steht beim Nachhaltigkeitsbegriff der „Erhalt des ökologischen Realkapitals" im Zentrum (Rogall 2003: 25; vgl. auch Jischa 2013: 47; Pufé 2014: 16).[126]

---

sion" heraus, weil Design mit der Frage nach „*gutem versus schlechten Design*" verbunden sei (ebd.: 362, H. i. O.).

125 Geprägt hat den Nachhaltigkeitsbegriff der Freiburger Oberberghauptmann Carl von Carlowitz 1713 (vgl. Spangenberg 2000: 255; Rogall 2004: 26; Carnau 2011: 12; Kopfmüller/Grunwald 2012: 18f.; Pufé 2014: 16; Piepenbrink 2014: 2). Den Begriff als solchen hat zudem der Oberjägermeister Hermann Friedrich von Göchhausen 1732 in seiner Ausgabe *Notabilia venatoris, oder Jagd- und Weidwercks-Anmerkungen* verwendet, worin er vom nachhaltigen Abholzen spricht (vgl. Tremmel 2003: 98; siehe weiterführend dazu auch Rogall 2003: 25; Carnau 2011: 12; Kopfmüller/Grunwald 2012: 18ff.).

126 Die Wirtschaftlichkeit des Begriffs Nachhaltigkeit lässt sich bereits auf das englische Verb *sustain* zurückführen, welches das lateinische Wort *sustainer* enthält und für „Aufrechterhalten" steht (vgl. Rogall 2003: 25) – Aufrechterhalten zielte(e) sowohl auf ein ökologisches als auch wirtschaftliches Gleichgewicht ab. Auch zeigt sich bereits auf deutschem Bundesgebiet Anfang des 18. Jahrhunderts, dass der Nachhaltigkeitsbegriff „unter der Bezeichnung des nachhaltigen Wirtschaftens eingeführt" worden ist (Jischa 2013: 47).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Eine solche Perspektive auf die Nachhaltigkeit ist natürlich nicht die, um die es heute ausschließlich geht und die im Folgenden untersucht wird. Sie würde bedeuten, entsprechende Herstellungsformen a priori auf eine ökologische und wirtschaftliche Dimension festzusetzen. Was es braucht, ist ein Begriff der Nachhaltigkeit, der anknüpfend an die Definition des Selbstherstellens (siehe Kapitel 4.1.5) die soziale Dimension genauso berücksichtigt wie die Eigenverantwortung des Subjekts. Auch müssen sich die verschiedensten Tätigkeitsfelder unter diesen Begriff subsumiert lassen.

Bevor ein solcher Nachhaltigkeitsansatz für diese Studie entwickelt wird, ist es sinnvoll, sich die Genese des Nachhaltigkeitsbegriffs im Kontext des Designbegriffs zu vergegenwärtigen. Denn dadurch wird deutlich, wie nahe sich die Begriffe einst standen, wie sehr sie sich im Laufe der Zeit aber auseinanderdividiert haben, jetzt aber, durch die im Jahre 2015/2016 von der UN entworfenen 17 Nachhaltigkeitsziele, neu zusammengeführt werden können – und darüber eine politische Perspektive ermöglichen. Der Diskurs um die nachhaltige Entwicklung und um nachhaltiges Design setzt in etwa zeitgleich ein: Bereits nach Aufkommen des Nachhaltigkeitsbegriffs ab 1713 und der „erste[n] Periode der technischen Designgeschichte" (Selle 1978: 15) ab 1850 regen sich erste Kritikformen durch den aufkommenden Dilettantismus, der Anti-Mode und durch Arts and Crafts (vgl. dazu das Kapitel 4.2.1c). Zudem wird 1968 der Club of Rome ins Leben gerufen, ein Zusammenschluss verschiedenster Expert*innen aus über 30 Ländern zur nachhaltigen Entwicklung (vgl. Szent-Ivanyi 2016) – im selben Jahr wird das Internationale Designzentrum (IDZ) in Berlin gegründet, wo das Thema Ökologie von Beginn an eine Rolle spielt.[127] Auch erscheint 1972 der erste Bericht des Club of Rome, und kurz zuvor wird „Design for the Real World" von Victor Papanek publiziert (Papanek 1991 [1971]), das bis heute einflussreich für nachhaltiges Design ist. Papanek ist es auch, der 1973 in die Ausstellung „Design It Yourself" des IDZ eingebunden ist (vgl. Eisele 2011b: 67) – sowohl „Design for the Real World"[128] als auch die IDZ-Ausstellung sind ein Appell ans Selbermachen und ein Weckruf für ein Umdenken hin zu ökologischer Produktion.[129] Parallel dazu setzt sich die Nachhaltigkeitsentwicklung in verschiedene Richtungen fort: So führt eine im Anschluss an den Club of Rom in Stockholm organisierte UN-Umweltkonferenz durch die Vereinten Nationen (UN) dazu, dass 1972 ein erstes UN-Umweltprogramm (UNEP) initiiert wird, das die Interessen sogenannter Entwicklungsländer ge-

127 Die Gründung des IDZ ist allerdings nicht ökologisch begründet. Die Eröffnungsausstellungen lauten dennoch „Design – Umwelt wird in Frage gestellt" und „Design – Produzenten bewerten ihr Produkt" (vgl. Möller 1989: 41; Eisele 2011a, 2011b: 69; Edelmann 2013: 147; Maxein 2013: 251).

128 Papanek hat dazu aufgefordert, minderwertige Wegwerfartikel wie Plastikprodukte, Milchflaschen oder Weinkisten zum Nach- und Eigenbau zu nutzen. Nach Petra Eisele propagieren Papanek und Hennessey damit ein „Do-it-yourself-Design", das auf „spontanes Machen und Experimentieren" setzt. Gemeint ist ein Designverständnis, „bei dem ‚Selbermachen' als zentrales politisches Instrument verstanden wird, um sich gegen das elitäre Design einer ‚In-Group' abzugrenzen" (Eisele 2006).

129 1976 findet im IDZ ein erster Kongress zum Thema Recycling statt, auf dem auch der Designtheoretiker Siegfried Maser spricht (vgl. Möller 1989: 41). Nach Thomas Edelmann hat das IDZ damit die Frage nach dem „Verhältnis von Subjekt und Objekt" unter Berücksichtigung von Umweltaspekten aufgeworfen (Edelmann 2013: 147). Es folgen Auseinandersetzungen mit Recycling-Design, Do-it-Yourself-Produkten und monografische Ausstellungen zu Gestaltern wie Peter Behrens, Ettore Sottsass, Charles und Ray Eames oder Raymond Loewy (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

genüber den Industrienationen berücksichtigt (vgl. Carnau 2011: 13; Rogall 2012: 36). Ein Jahr später, 1973, wird über die Aktivität von UNEP die Strategie „Ecodevelopment" ins Leben gerufen – darüber erhalten soziale und ökonomische Aspekte Einzug in die Umweltpolitik (vgl. Rogall 2012: 35).[130] Zeitgleich werden Konzepte wie das „Recycling manufactured Consumer Products" in den universitären Kontext integriert (vgl. Möller 1989: 37). Auch taucht das Wort „Umwelt" in den 1970er Jahren erstmals im Zusammenhang von Gestaltung und Planung auf (ebd.: 26).

Letzteres verankert nicht nur ökologische und soziale Grundsätze im Bereich Design. Es verändert die Rolle von Designer*innen grundlegend – sie werden von Planer*innen zu Manager*innen, zugleich zu verantwortungsvollen Produzent*innen (vgl. Mareis 2016: 206f., siehe dazu das letzte Kapitel).[131] 1987 folgt schließlich der viel zitierte Brundtland-Report (vgl. von Hauff/Kleine 2009: 6f.; Pufé 2014: 16; Blühdorn 2018), der bis heute als Geburtsstunde des modernen Nachhaltigkeitsverständnisses gilt (vgl. Kopfmüller/Grunwald 2012: 18). Der Brundtland-Bericht schreibt erstmals „formaljuristisch" fest (Pufé 2014: 16), dass eine nachhaltige Entwicklung nur gewährt werden könne, wenn „künftige Generationen nicht schlechter gestellt sind" als die jetzige (von Hauff 1987: 46; vgl. Pufé 2014: 16). An diesen Leitsatz lehnt sich der Nachhaltigkeitsbegriff in der Folge an.

Lässt sich an dieses Verständnis in dieser Studie aber anschließen? Die Nachhaltigkeitsdefinition der Brundtland-Kommission bietet einen guten Anhaltspunkt. Sie reicht aber für eine politische Betrachtung auf Arbeit nicht aus. Das Problem beginnt schon damit, dass darüber die Bedürfnisbefriedigung in den Vordergrund tritt, „ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (von Hauff 1987: 46; vgl. Rogall 2003: 26; Pufé 2014: 16). So stellt der Brundtland-Bericht Themen wie intergenerationale Gerechtigkeit und globale Verantwortung von Konzernen heraus. Dem Arbeitshandeln kommt jedoch keine zentrale Bedeutung zu. Vergleichbares Problem zeigt sich beim mittlerweile etablierten „Drei-Säulen-Modell" der Nachhaltigkeit (vgl. Tremmel 2003: 117; Brocchi 2017: 2ff.), das sich seit dem Uno-Erdgipfel in Rio de Janairo 1992 schrittweise durchgesetzt hat (vgl. Meyer 2019: 168) – und wodurch das „Ein-Säulen-Modell"[132] durch eine soziale und wirtschaftliche Dimension erweitert wurde. In diesem Modell fehlt jedoch jedwede thematische Unterteilung. Auch wird keine Kategorisierung in entsprechende Gesellschaftsbereiche vorgenommen. Das wohl größte Problem ist aber, dass das „Drei-Säulen-Modell" Gefahr läuft, die wirtschaft-

130 Holger Rogall macht darauf aufmerksam, dass eine erste „europäische Umweltschutzpolitik" ebenfalls erst in den 1970er Jahren einsetzt (Rogall 2012: 35). Der Historiker Joachim Radkau sieht in den 1970er Jahren gar den Beginn einer ökologischen Revolution (Radkau 2011: 124).

131 Zusätzlich führt 1972 eine Konferenz in Stockholm zu den ersten Umweltprogrammen auf internationaler Ebene. Ein Jahrzehnt später (1982) beschließt eine Konferenz in Nairobi eine erste „World Commission on Environment and Development". Holger Rogall nennt beides *„erste internationale Meilensteine der Umweltschutzpolitik"* (Rogall 2012: 36f., H. i. O.).

132 Das Ein-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit ist unter anderem durch die Arbeiten der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt" (1995–1998) um zwei weitere Säulen erweitert worden (vgl. Brocchi 2017: 1).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

liche Säule vor die anderen beiden zu stellen, „um das Dach zu tragen" (Pufé 2014: 16).[133] Eine solche Sicht würde nicht nur das Wirtschaftliche vor das Ökologische stellen (können). Das Politische wäre nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten denkbar.

Was es folglich braucht, ist ein Nachhaltigkeitsbegriff, der zum einen wirtschaftliche Perspektiven berücksichtigt, diese aber nicht voraussetzt. Zum anderen müssen das Politische und die Politik im Begriff selbst vorkommen. Demnach muss der Nachhaltigkeitsbegriff so angelegt sein, dass Arbeitshandeln in einer inhaltlich normativen Perspektive berücksichtigt wird, zugleich darf eine politische Dimension des Arbeitshandelns auf keine unternehmerische „Produktpolitik" (Clausen 2004) oder „Unternehmenspolitik" (Bachmann 2002) reduziert werden. Auch dürfen politische Zielsetzungen nicht als vorausgesetzt gelten und Nachhaltigkeit auf keine ökologische Ressourcenperspektive beschränkt bleiben – es geht damit um die eingangs angeführte „erweiterte Subjektperspektive" der Nachhaltigkeit, die die „Arbeitskraftperspektive" (Erhalt der Arbeitskraft, Beschäftigungsfähigkeit, soziale Sicherheit, Einkommen) und die „arbeitsbezogene Subjektperspektive" (Entwicklung von Fähigkeiten, Anerkennung, Status, Entfaltung der Persönlichkeit, Sinn in der Arbeit) um den gesellschaftlichen Nutzen von Arbeit erweitert – durch soziale, ökologische oder politische Sinnansprüche im Arbeitskontext (vgl. Becke/Warsewa 2017: 25ff.).[134]

Folglich geht es um einen Nachhaltigkeitsansatz in doppelter Hinsicht (vgl. Pritz 2018: 77ff.): um das mögliche gesellschaftspolitische Arbeitshandeln als Nachhaltigkeitshandeln, zugleich um die mögliche Vernutzung der eigenen Ressourcen (Arbeitskraft). Dazu muss erstens die Ebene der „Institutionen" im Sinne einer „Institutionenpolitik" dem Nachhaltigkeitsdreieck hinzugefügt werden, will man Arbeitshandeln[135] auf politische Zielsetzungen hin im Kontext von Nachhaltigkeitsproduktion untersuchen.[136] Allerdings darf sich das Politische auf keine Institutionsebene reduzieren.[137] Zweitens

133 Brocchi merkt an, dass aus Sicht der Kultur die Gefahr bestehe, dass das Wirtschaftliche an Dominanz gewinne, unabhängig davon, dass sich Kulturschaffende und Kulturvermittler lange Zeit kaum für Nachhaltigkeit interessiert hätten (vgl. Brocchi 2017; siehe auch Kurt/Wagner 2003). Nach Brocchi kommt die Verzahnung von Kultur und Nachhaltigkeit erstmals im Kapitel 36 der Agenda 21 der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 zum Tragen. Darauf folgt ein Umweltgutachten des Umweltrates der Bundesregierung 1994. 1998 erscheint *The Power of Culture*, ein Aktionsplan über Kulturpolitik für nachhaltige Entwicklung der UNESCO. Wegweisend ist auch das 2001 verfasste *Tutzinger Manifest* „für die Stärkung der kulturell-ästhetischen Dimension der Nachhaltigkeit" (Brocchi 2017: 2).

134 Siehe zur „erweiterten Subjektperspektive" der Nachhaltigkeit die Fußnote 31 auf Seite 27 sowie das Kapitel 2.3.

135 Im Kontext von Unternehmertätigkeiten wird dazu oft vom vorsorgenden Wirtschaften gesprochen, womit eine Ausweitung des Arbeitsbegriffs gemeint ist. Arbeit orientiert sich damit „am Erhalt natürlicher Reproduktionsprozesse und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse" (Gerold 2019: 61). Vorsorgende Arbeit umfasst, wie Stefanie Gerold darlegt, „neben Erwerbsarbeit auch Sorgearbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement, an denen sich Frauen und Männer gleichwertig beteiligen sollen" (ebd.).

136 Dieses Vier-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (vgl. Jörissen et al. 1999; Bachmann 2002; Bartelmus 2014: 109f.) wird an anderer Stelle auch um den Begriff der Kultur erweitert (so etwa bei Brocchi 2017: 2ff.).

137 Wie Holger Rogall anführt, sind die drei Säulen der Nachhaltigkeit nicht strikt voneinander zu trennen. So wäre das Erreichen eines hohen Bildungsstandes beispielsweise sowohl ein ökono-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bedarf es der Gewichtung einer arbeitsinhaltlichen Dimensionierung der Nachhaltigkeit – ins Zentrum rücken Ziel 8 (nachhaltige Arbeit) und Ziel 12 (Produktion und Konsum) der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (vgl. Biesecker/von Winterfeld 2011; Gerold 2019: 61), die sich auf mögliche politische Zielsetzungen beziehen und untersuchen lassen können, ohne bereits im Vorfeld festzulegen, dass sie politisch sind. Als nachhaltig gilt eine Handlung aber erst dann, wenn sie *nachhaltend* im Sinne einer ökologischen und sozialen – und daraus folgend in einer ökonomischen – Dimensionierung sind (vgl. Brocchi 2017, 2022). Nur ein solches Verständnis integriert jene Aspekte, die für die Nachhaltigkeit im politischen Sinne bedeutsam sein können, ohne auch hier schon festzulegen, welche bedeutsam sind.

4.1.9 Berlin als Standort für Design und Nachhaltigkeitsproduktion

Untersuchungsort der Studie ist Berlin. Darum soll an dieser Stelle Berlin als Standort für Modemacher*innen und nachhaltige Designproduktion skizziert werden. Zum einen heißt das, dass der Markt für nachhaltige Produktion im Designbereich an der Schnittstelle zu den Formen des Selbstherstellens von Interesse ist. Zum anderen darf sich der Blick auf keine erwerbsförmigen Arbeitsformen reduzieren. Insgesamt wird im Folgenden ein breites Feld umrandet, das von der unternehmerischen Tätigkeit bis zum Selbstherstellen als Nebenerwerb und Hobby reicht (auch Übergänge sind denkbar). Zunächst lässt sich sagen, dass sich in Berlin Formen von kreativer Arbeit, politischen Strömungen und alternativen Lebenskonzepte seit Jahren kulminieren. Nach offiziellen Zahlen sind in Berlin rund 38.100 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen im Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft tätig (Projekt Zukunft 2022). Der Umsatz wird auf 40 Mrd. Euro beziffert. Dabei wird von rund 232.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und einem hohen Anteil an freien und geringfügig Beschäftigten ausgegangen. Allerdings sind in diesen Zahlen die Solo-Selbstständigen unter der jährlichen umsatzsteuerpflichtigen Grenze von 22.000 (bis 2020 17.500) nicht erfasst. Damit wird die Kultur und Kreativwirtschaft nicht nur unter rein monetären, wachstumsorientierten Gesichtspunkten betrachtet. Im Cluster sind auch keine projektförmigen und erwerbsfreien Arbeiten inbegriffen. Gerade die hohe Anzahl an geringfügig Beschäftigten, Solo-Selbstständigen und Projektarbeiter*innen bildet aber das Gros der Berliner Kultur und Kreativwirtschaft ab: So haben Erhebungen in der Vergangenheit gezeigt, dass der Anteil von Solo-Selbstständigen an allen erwerbstätigen Kultur- und Kreativschaffenden bei rund 43 Prozent liegt (vgl. Manske 2016a). In dieses Spektrum fallen, zumindest von der Förderlogik her, auch Designer*innen.

Unabhängig von den hier aufgezählten Problemen der statistischen Erfassung kann gesagt werden, dass im Zeitraum von 2000 bis 2006 jedes achte bundesweite Design-

---

misches als auch sozial-kulturelles Ziel. Rogall plädiert darum für einen integrativen Ansatz zur Nachhaltigkeit (vgl. Rogall 2012: 49; siehe auch Pufé 2014: 17). An anderer Stelle wird auch ein „Nachhaltigkeitswürfel" angeführt, weil alles in Bewegung sei, sich aufeinander beziehe und miteinander zusammenhänge (vgl. dazu Tremmel 2003: 119).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

unternehmen in Berlin gegründet wurde (vgl. Manske 2016a: 273).[138] Darüber hinaus sind über die Jahre zahlreiche Anlaufstellen und Knotenpunkte für Do-It-Yourself-Kulturen entstanden wie das FabLab, Happylab Berlin oder offene Werkstätten wie Open Design City (mittlerweile eingestellt). Hinzu kommen, gerade jüngst, neue Netzwerke zum Schwerpunkt Nachhaltigkeit im Kulturbereich wie das Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit oder Culture4Climate. Ein besonderes Merkmal Berlins ist, dass zum einen der Anteil der Solo-Selbstständigen im Kulturbereich an allen Solo-Selbstständigen Berlins hoch ist – mit 41.312 Personen oder 19,5 Prozent stellt diese Gruppe im Jahr 2018 (Stichtag 10.05.2018) die größte aller Solo-Selbstständigen in Berlin dar (vgl. Sen.Verw. 2019). Zum anderen ist der Anteil an Solo-Selbstständigen in den kreativen Branchen überproportional hoch (vgl. Manske 2016a; Manske/Schnell 2018). Das gilt insbesondere für die Berliner Designbranche. Hier kann der Anteil an Solo-Selbstständigen auf Grundlage repräsentativer Mikrozensus-Daten zwischen 1998 und 2006 auf 53 Prozent beziffert werden – im Vergleich zu 38 Prozent im Bundesdurchschnitt (vgl. Manske 2016a: 224). Der Forschungsbericht des DIW „Struktur und Einkommen der kreativ Tätigen in Berlin" kommt sogar zu dem Schluss, dass der Selbstständigenanteil unter Kreativen in Berlin bei rund 60 Prozent liegt (vgl. Brenke 2013: 24). In der Regel beschäftigen die Solo-Selbstständigen keine weiteren Arbeitnehmer*innen. Laut KKI-Index Berlin-Brandenburg 2015 (mittlerweile eingestellt) arbeiten bis zu 75 Prozent der Erwerbstätigen in künstlerisch-kreativen Erwerbsfeldern alleine, und dieser Anteil ist überproportional hoch im Bereich Rundfunk, dem Markt für Darstellende Künste und dem Musikmarkt – hier machen freiberufliche Tätigkeiten mittlerweile zwischen 60 und 70 Prozent aus (vgl. IHK et al. 2015). Am kleinteiligsten sind die Design-/Mode-Branche, die Bildende Kunst, der Buch- und Musikmarkt organisiert (vgl. Manske 2016a: 224).[139]

Der Fokus dieser Studie liegt allerdings nicht nur auf Erwerbs- oder Einkommensstrukturen. In den Blick genommen werden sämtliche Tätigkeitsfelder, die im Kontext von nachhaltiger Designproduktion von Relevanz sind. Bezogen auf die Erwerbsformen gilt jedoch, dass sich der Anteil an Erwerbstätigen in Designagenturen auf etwa 25.400 Beschäftigte beläuft (vgl. Projekt Zukunft 2019). Zudem sind mehr als 600 Modelabels in der Hauptstadt ansässig (vgl. Manske 2016a: 288). Allerdings existieren für den Modebereich bis heute keine Makrodaten. Ansonsten liegen über die Entwicklungen der Einkommen über die Jahre unterschiedliche Zahlen vor (vgl. ebd.). Insgesamt zeigt sich, dass im Querschnitt rund 36 Prozent von der eigenen Arbeit nicht leben können. Das trifft in hohem Maße auf die Sparten Bildende Kunst (64 Prozent), Buch (63 Prozent) und auch auf den Bereich Design/Mode (57 Prozent) zu (vgl. ebd.: 225).

Ein besonderes Merkmal Berlins ist, dass die Stadt seit längerem als Ort experimenteller Mode- und Designproduktion gilt: Ab Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich in Berlin

138 Dieser Zuwachs geht vorrangig auf den Bereich der Werbegestaltung zurück, der einer der geringfügigen und freiberuflichen Beschäftigungen ist (vgl. Manske 2016a: 273).

139 In Berlin werden Design und Modedesign in den Wirtschaftsstatistiken des Berliner Senats auf zwei Branchen verteilt, während dies auf Bundesebene nicht der Fall ist. Auch unterscheidet sich diese Zuordnung von der Einteilung der Künstlersozialkasse, wo Design originär den Bildenden Künsten bzw. den *„künstlerischen Kulturberufen"* (Manske 2016a: 268, H. i. O.) zugerechnet wird. Das hat zur Folge, dass zumindest aus Verwaltungssicht Design als Wirtschaftsbranche gilt, wenngleich sie historisch und originär den Künsten verbunden und zuzuzählen ist.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Bekleidungsindustrie entwickelt. Die Berliner Konfektionsindustrie bildet sich mit Beginn des Ersten Weltkrieges heraus (Manske 2016a: 289) – bis in die 1930er Jahre ist Berlin ein „wichtiger Standort nicht nur für die Produktion, sondern auch für den Vertrieb von Mode" (ebd.).[140] Vor allem seit den 1960er Jahren gilt Berlin als Ort, an dem sich sozialer und kultureller Protest kumuliert. Bis in die 1960/70er Jahre ist Berlin allerdings kein Modestandort (vgl. ebd.: 290), wenngleich der Ökologiediskurs hier von Beginn an eine Heimat findet. Wie im letzten Kapitel aufgezeigt, wird 1973 die Ausstellung zu den Grenzen des Wachstums unter dem Titel „Design It Yourself" vom Internationalen Designzentrum Berlin (IDZ) organisiert (vgl. Eisele 2011b: 67). Zahlreiche Bastler-, Designer- und Heimwerker*innen werden zum ‚Selberbauen' ermutigt – sie sollen die in der Ausstellung vorgefundenen Bauanleitungen mit nach Hause nehmen und als Vorlage zum Selberbauen nutzen. Eingeladen ist u.a. Victor Papanek, der in Zusammenarbeit mit James Hennessey die sogenannte „Nomadic Furnitures" entwickelt hat, um mittels Bauanleitungen Anregungen zur Wiederverwertung von Produkten zu schaffen. Papanek ist es auch, der 1971 sein zentrales Werk „Design for the real world. Anleitungen für eine humane Ökologie und sozialen Wandel" publiziert (Papanek 1991 [1971]) – und den Ökologiediskurs im Designkontext prägt.

Heute ist Berlin zweifelsfrei eine andere Stadt, was nicht zuletzt an den Verteuerungsprozessen der letzten Jahre liegt. Gerade darum bilden sich wiederum zahlreiche alternative Initiativen und nachhaltige Knotenpunkte heraus. Berlin ist nach wie vor bekannt für seine Nischen, für das Unfertige und Unperfekte (vgl. Hentschel 2019): Einerseits bemüht sich die Stadt seit Jahren, ein internationales Publikum über Messen wie die Mercedes-Benz-Fashion-Week zu gewinnen und Umsätze in Milliardenhöhe zu generieren. Andererseits wächst ein alternativer Beschäftigungssektor für nachhaltige Produktion heran, der zwischen Hobbysegment und Realökonomie oszilliert. Gebündelt wurde diese Entwicklung über Jahre in den *Greenshowrooms* und der *Ethical Fashion Show* im Rahmen der *Berlin Fashion Week* – die Formate sind 2018 in das Modemesse-Neuformat *Neonyt* überführt worden, die seit 2020 in Frankfurt am Main stattfindet. Im Oktober 2016 hat sich zudem eine erste zentrale Anlaufstelle für die textile Kreislaufwirtschaft im Agora Rollberg in Berlin-Neukölln gegründet. Auch hatte die *ESMOD Berlin* (2017 eingestellt) als erste Ausbildungsstätte deutschlandweit den Studiengang „Sustainibility in Fashion" ins Leben gerufen. Zu erwähnen ist überdies das *Design Research Lab* von der Modeprofessorin Gesche Joost sowie das *Textile Prototyping Lab* (TPL), das seit 2019 als erstes offenes Labor für die Entwicklung zukunftsweisender Textilien steht. Unterstützt wird das TPL durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (vgl. Hentschel 2019: 36). Und die Frage ist: Wie politisch sind die Hersteller und Herstellerinnen? Zeigt sich im Handeln eine „Verschmelzung von Sozial- und Künstlerkritik"? Wehren sich die Akteure gegen die „ökonomische Vereinnahmung als stadtpolitischer Marketingfaktor" (Manske 2016a: 264)? Zeigen sich gar Solidarisierungseffekte in Form eines neuen Zusammenhalts

140 Zur Nazizeit werden schließlich wichtige jüdische Konfektionäre vertrieben, viele kamen auch nach Beendigung des Dritten Reiches nicht zurück. Gleichwohl ist Berlin bis in die 1950er Jahre des 20. Jahrhunderts mit zirka 40.000 Beschäftigten einer der größten Standorte in Deutschland (vgl. Dörre 2009; Manske 2016a: 290).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(vgl. Manske 2023)? Oder verfolgen die Akteure andere, womöglich sogar arbeitsinhaltliche politische Ziele? Diese Fragen werden im empirischen Teil Gegenstand sein. Zuvor wird das Selbstherstellen historisch im Spannungsfeld von Arbeit und Politik beleuchtet. Hier wird zu zeigen sein, wie sich Formen der materiellen Selbstproduktion gewandelt haben, und ob mit ihnen eine politische Perspektive auf Arbeit und Produktionsverhältnisse möglich wird.

4.2 Theoretischer Schwerpunkt 1: Wandel von Arbeit

Wie hat sich das Selbstherstellen historisch entwickelt und gewandelt? Wie haben sich die Produktionsformen des Selbermachens verändert? Seit wann stellen die Menschen selbst her, ab welchem Zeitpunkt machen sie das selbstbestimmt? Und seit wann wird das Selbstherstellen als gesellschaftspolitisch verstanden oder lässt sich so verstehen?

Zu diesen Fragen wird im Folgenden eine historische Skizze angelegt. Die Entwicklung, das wird zu zeigen sein, verläuft von der gesellschaftlichen Abwertung der Arbeit über die Ökonomisierung hin zur Aufwertung. Wie eingangs dargelegt, geht die Studie von drei Grundsatzbeobachtungen aus: Erstens sind die Formen des Selbermachens und Selbstherstellens historisch weder neu noch zeigen sich erst jüngst gesellschaftspolitische Perspektiven im Kontext der Selbstproduktion. Bereits im Zeitalter Homers haben Handwerker*innen eine gesellschaftspolitische Funktion (vgl. Sennett 2009: 34ff.), die mit Anbruch der Antike endet. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entsteht mit Aufkommen der Reformbewegung Arts and Crafts und der ersten Handarbeitswelle 1855 eine erste *normative* Subjektivierung im Arbeitskontext: Arbeit wird mit sozialen und ökologischen Perspektiven verknüpft. Arbeitshandeln wird zur normativen Kritikquelle durch Produktion. Zweitens bilden sich politische Perspektiven im Arbeitskontext heraus, als Arbeit aufgewertet, zugleich ökonomisiert wird: Arbeit wird mit Sinngehalten aufgeladen. Die handwerkliche Verrichtung fungiert als Gegengewicht zur Ökonomisierung. Drittens haben sich die Formen des Selbermachens und Selbstherstellens insofern gewandelt, dass aus dem Selbermachen in der Historie zunächst Organisationsformen und Institutionengründungen resultierten, ehe sie heute für die Infragestellung politischer Institutionen stehen – erstere Perspektive lässt sich mit Deweys Ansatz der experimentalistischen Öffentlichkeit erklären, wonach Institutionen und institutionelle Verfahren erst in der Auseinandersetzung mit historisch konkreten Arrangements entstehen (vgl. Dewey 1996 [1927]: 47). Letztere Perspektive bezieht sich auf Becks Prognose eines heutigen Institutionenzerfalls, der mit dem Bestreben nach Selbstorganisation korreliert (vgl. Beck 1993; siehe auch Manow 2020). Und die Frage ist, wie sich das Selbstherstellen in diesem Spannungsfeld verorten lässt.

4.2.1 Historischer Bedeutungswandel von Arbeit

Arbeit wandelt sich permanent. Seit der Mensch arbeitet, greift er in die Umwelt ein. Er regelt darüber „seinen Stoffwechsel mit der Natur“ (Marx 2018a: 192). Zugleich verändert er die Lebenswelt und das Bestehende – und damit Gesellschaft. Der folgende Abschnitt diskutiert den Wandel von Arbeit „von der untersten und verachtetsten Stufe“ hin „zum

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rang der höchstgeschätzten aller Tätigkeiten" (Arendt 2013: 119). Es wäre allerdings eine Verknappung von Tatsachen, diesen Wandel alleinig am Übergang von der vorindustriellen Produktion hin zur Neuzeit festzumachen. Bezogen auf den Forschungszusammenhang interessieren im Folgenden jedoch zwei epochale Brüche in der Zeitgeschichte: Zum einen geht es um den Übergang von der Geringschätzung der Arbeit hin zur Höherbewertung, der sich von der Antike über das Mittelalter bis zum Beginn der Neuzeit ab dem 16./17. Jahrhundert vollzieht – erst dadurch wird Arbeit zum „Medium der Subjektbildung" (Negt 2002: 296). Zum anderen folgt ab Mitte/Ende des 19. Jahrhunderts eine Rückbesinnung auf die handwerkliche Tradition. Diese Entwicklung leitet einen zweiten Bedeutungswandel von Arbeit ein, der im Kontext der „zweiten" oder „reflexiven Moderne" (vgl. Zapf 1995; Beck et al. 1996) industriefähige Designprodukte hervorbringt. Das Handwerk wird verdrängt, da es mit der seriellen Fertigung kaum mehr Schritt halten kann. Zugleich wird das Selbstherstellen gesellschaftspolitisch aufgeladen – weil es als Alternative erscheint.

Im folgenden Abschnitt stehen damit die eingangs vorangestellten beiden historischen Kritikquellen des Selbstherstellens im Zentrum der Betrachtung: die der ersten Handarbeitswelle ab 1855, die sich vorrangig auf die häusliche Eigenarbeit bezieht und die soziale Frage thematisiert – und woran feministische Diskurse um neue Öffentlichkeiten und ein damit verbundener emanzipatorischer Politikbegriff anschließen (vgl. Drüeke/Klaus 2017). Zum Zweiten geht es um die handwerklich orientierte Reformbewegung Arts and Crafts, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts Konsum- und Kapitalismuskritik im Wechselverhältnis übt. Beide Kritikquellen bedingen sich wechselseitig, und sind der Keim dafür, dass dem Selbstherstellen in historischer Betrachtung eine gesellschaftspolitische Dimension zukommt – sie gehen mit der Aufwertung von Arbeit und der Verdrängung des Handwerks einher.

a.) Abwertung von Arbeit: Der Homo faber in der Antike und Renaissance

Schenkt man den Überlieferungen Glauben, hatten Handwerker*innen vor der Antike im Zeitalter Homers eine gesellschaftspolitische Funktion (vgl. Sennett 2009: 34ff.). Sie gelten als „Schöpfer der Zivilisation". Sie bedienen nicht nur Technik. Sie setzen Werkzeuge „zum Nutzen der Gemeinschaft" ein – das Handwerk soll aus der Isolation des Nomadendaseins der in den Höhlen lebenden Zyklopen führen. Handwerker*innen sind damit *Demioergos*. Sie sind „öffentlich" (*demos*) und „produktiv" (*ergon*) zugleich – sie haben eine Öffentlichkeitsfunktion (vgl. ebd.).[141] Dieses Verständnis wird im antiken Griechenland radikal aufgekündigt. Das Ansehen der Handwerker schwindet, die Arbeit wird abgewertet. Dieser Niedergang lässt sich bei Aristophanes genauso herauslesen wie in den Schriften Aristoteles' (vgl. Aristoteles 2003, 2018; siehe auch Jochum 2016: 132). Wie Richard Sennett anmerkt, gibt Aristoteles das *Demioergos* für öffentlich und produktiv auf. Daraus wird *Cheirotechnon*, was für *Handarbeiter* steht (vgl. Sennett 2009: 36).

An diesem Punkt lässt sich jene Entwicklung nachzeichnen, die Hannah Arendt als Geringschätzung und Abwertung der Arbeit beschreibt (vgl. Arendt 2013: 111ff.). Als ge-

141 Nach Sennett ist der *Demioergoi* in dieser Zeit vergleichbar mit Personen aus der Mittelschicht. Zu ihnen gehören Töpferer genauso wie Ärzte, denen in der Antike eine Verbreitung von Nachrichten zusteht (vgl. Sennett 2009: 34ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ringgeschätzt gelten die Tätigkeiten, die „am Pol der Leiblichkeit, der lebendigen Natur und der Materialität angesiedelt" sind (Jochum 2016: 132). Marcus Tullius Cicero (106–43 v. Chr.), auf den sich Jochum bezieht, und der an die Aristotelischen Überlegungen anknüpft, bestimmt darüber die *Artes liberales*, also jene Tätigkeiten, die eines Freien würdig sind (Cicero 1994: 128). Davon unterscheidet er die *Artes sordidi*, die schmutzigen Künste (siehe auch Bonß 2001: 331). Der Verachtung der Arbeit steht damit die besondere „Wertschätzung der freien, unabhängigen Tätigkeit des Menschen" gegenüber (Geisen 2011: 46). Hannah Arendt hat das am Beispiel des „Prestige der Maler bei den Griechen" veranschaulicht, die ein weitaus höheres Ansehen hatten als die Bildhauer. Die Arbeit der Maler sei „leichter" gewesen. Die Arbeitsform habe weniger Kraft und Zeit verbraucht. Die Arbeit der Bildhauer sei dagegen die körperlich schwere Arbeit – und darum abgewertet worden (Arendt 2013: 111).

Insgesamt lässt sich für die Antike damit ein recht ambivalentes Verhältnis zur Arbeit nachzeichnen (vgl. Jochum 2018: 96), wenngleich außer Frage steht, dass „eine ethische Aufwertung des Arbeitens und der Erwerbstätigkeiten" in der Antike fehlt (Geisen 2011: 46).[142] Zwischenzeitlich kommt es aber sogar zur Aufwertung von Arbeit durch den einsetzenden technischen Fortschritt.[143] Der Begriff *Technē* (Handwerk, Kunst, Kunstfertigkeit, Wissenschaft) setzt sich durch. Er bezeichnet „die vom Subjekt bei der Herstellung (poiesis) zum Einsatz gebrachte Kunstfertigkeit" (Jochum 2018: 96). Mit *Technē* beginnt auch die schrittweise „Freisetzung und Bejahung der prometheischen Potentiale des Menschen" (ebd.). Damit wird die Technik in der griechischen Mythologie schon früh verehrt. Darum gelten auch Künstler-Ingenieure als „Kultur-Heroen und technische Genies" (Irrgang 2010: 14), die Handwerker*innen nicht. Deshalb verstehen sich auch der klassische Architekt, die Ingenieurin oder der Handwerksmeister nicht als Homo faber, sondern als *Homini technici* (vgl. ebd.). Insgesamt lässt sich für die Antike sagen, dass das Verständnis zu Arbeit und Handwerk komplex und an vielen Stellen undurchsichtig war[144], was sich unter anderem darin zeigt, dass in der Spätantike im Kynismus und im Stoizismus „der Lastcharakter der Arbeit" allmählich umgewertet wird, die mittlere Stoa aber, *Poseidonis*, wieder „zur Arbeitsverachtung besonders des Handwerks" zurückkehrt

142 Wie Thomas Geisen klarstellt, gibt es zur Frage, „ob Arbeit und Erwerbstätigkeit in der Antike einer ethischen Bewertung unterworfen wurden", sehr unterschiedliche Auffassungen. Insbesondere in der marxistischen Tradition sei „der Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhang der antiken Gesellschaften immer wieder hervorgehoben und die Abwertung der Arbeitstätigkeiten kritisiert worden". Geisen zufolge geht das auf die Marxsche Analyse aller bisherigen Gesellschaften als Klassengesellschaften zurück, die mit der antiken Sklavenhaltergesellschaft ihren Anfang nimmt (Geisen 2011: 46).

143 Ob die Antike ein Fortschrittsgedanke kannte, bleibt bis heute eine Streitfrage (vgl. Meier 1983: 435ff.). Als unbestritten gilt, dass es zumindest ein Bewusstsein zur Verbesserung gegeben hat. Meier schlägt darum den Begriff des „Auxesis-Bewusstseins" ergänzend zum „Könnens-Bewusstsein" vor (vgl. ebd.: 443ff.).

144 Bis in die Neuzeit bleibt das ambivalente Verhältnis zur Arbeit aufrechterhalten. Die Handwerksarbeit wird im antiken Rom der „schmutzigen" Kunst zugeordnet, wenn sie auf die körperliche Arbeit verweist. Zugleich werden die *Artes liberales* in der späten Antike zunehmend „kanonisiert" (Jochum 2018: 98). Daran ändert auch die Verbreitung des Christentums in der antiken Welt wenig.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(Geisen 2011: 46). Auch bildet sich ab dem 5. Jahrhundert v. Chr. ein erstes „Könnens-Bewusstsein" heraus (vgl. Meier 1983: 435ff.; Jochum: 2018: 96), womit zum einen spezifische Techniken mit Kenntnissen und Fähigkeiten des Arbeitens verbunden sind. Zum anderen ist ein Bewusstsein gemeint, um sich als Subjekt in die Gemeinschaft einzubringen (vgl. Meier 1983: 455).

Dabei steht der Begriff *Technē* nicht nur für Können im Sinne der Kunstfertigkeit. Er ist gleichbedeutend für politisches Können, worauf im Kapitel 4.3.1a zurückzukommen sein wird: Die politische *Technē* wird zum Abbild der „Meisterschaft des Politikers" (Meier 1983: 455). Sie symbolisiert den Blick auf das Ganze. *Technē* als politisches Können verbindet sich jedoch nie mit einzelnen Arbeitsformen. Auch bleibt sie, wenn sie auf Arbeit bezogen wird, für solche Formen reserviert, die auf technischem Können basieren (vgl. Meier 1983: 469; Thaa 2011: 54). In diesem Zusammenhang kommt es zwar zu positiven Interpretationen von Arbeit ausgehend von Prometheus als „dem mythischen Archetypus des handwerklichen Technikers" (Jochum 2018: 93).[145] Es gibt aber weder einen Arbeitsmarkt[146], der Preise durch Angebot und Nachfrage reguliert (vgl. Nippel 2000: 60), noch sind Arbeit oder Herstellen etwas Gesellschaftliches im Sinne einer arbeitsinhaltlichen Verantwortung – und schon gar nichts Politisches.[147]

Gerade die schwere Arbeit bleibt damit letztlich ein „Synonym für Armut und soziale Minderwertigkeit" (Keilig 2009: 21; siehe auch Scheele 2008: 21).[148] Und diese Geringschätzung hält im Wesentlichen bis zum christlichen Mittelalter an (vgl. Jochum 2018: 87ff.). Insgesamt steht das Herstellen in der Antike damit weder für die Selbstentfaltung des Subjekts noch für etwas Politisches. Nur die *Artes liberales*, die freien Tätigkeiten, sind mit dem Prädikat der Freiheit verbunden – sie stehen über der Arbeit als Notwendigkeit und den *Artes mechanicae*, also den praktischen Künsten.[149] Wirklich aufgekündigt wird das „traditionelle Verständnis" des Homo faber (Irrgang 2010: 16, H. i. O.) erst

145 Nach Jochum vollzieht sich in der griechischen Antike damit eine erste „eindeutige Befreiung" von „prometheischen Potenzen des Menschen von der Fesselung durch das mythisch-agrarische Arbeits- und Weltverständnis" (Jochum 2018: 87).

146 Es gibt damals keine „seriösen Quantifizierungen" von Arbeitsformen (vgl. Nippel 2000: 54). Nippel macht hierfür eine „Quellenarmut" im historischen Material verantwortlich. Damit ist auch keine eindeutige Rekonstruierbarkeit von Arbeitsformen möglich. Es lassen sich nur normative Aussagen darüber treffen, dass insbesondere Handwerker*innen und Kaufleute in der Antike abgewertet sind (ebd.: 55; vgl. auch Jochum 2018: 97ff.).

147 Auf Formen der Selbstpolitisierung der Polis-Bürger wird im Kapitel 4.3.1a näher eingegangen. Vorwegnehmen lässt sich aber schon hier, dass Arbeit und Herstellen an keiner Stelle etwas Politisches sein können. Was immer ökonomisch ist, ist, wie Hannah Arendt herausgearbeitet hat, „dadurch bereits als nicht-politisch identifiziert und definiert" (Arendt 2013: 39). *Oikos* und *Polis*, das Haushälterische/Ökonomische und das Politische, bleiben getrennt. Es gibt nur die Scheidung in Staat und Gesellschaft und die Trennung von Haushalt und dem Öffentlichen – der Haushalt ist das Private, wozu Arbeit und Herstellen zählen. Der öffentliche Bereich ist das Politische, wobei das Gesellschaftliche in die „Sphäre des Privaten" fällt (ebd.: 48).

148 Eine grundlegende Änderung individueller Konstitutionsbedingungen von Arbeit vollzieht sich durch die Luthersche Teilung in Arbeit/Nicht-Arbeit via christlich/unchristlich (vgl. Scheele 2008: 21). Erst dadurch wird Arbeit zur „moralischen Pflicht, die nicht nur ihrer selbst, sondern um Gottes willen erfüllt werden müsse" (Krempl 2011: 15; siehe auch Negt 2002: 295f.).

149 Auf der einen Seite ist die körperlich harte Arbeit die niedrigste Form der *Vita activa* und „sozial gering geschätzt" (Scheele 2008: 21). Auf der anderen Seite wird die *Opera liberalia* – Kunst, Wis-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im Übergang von der Renaissance zur technischen Moderne: Die „Erosion des religiösen Kosmos" setzt ein (Kern 2008: 22). Ab 1880 bildet sich das Tätigkeitsfeld des Homo faber als „ausdifferenziertes Berufsfeld" heraus (ebd.: 14)[150] – die Unterscheidung zwischen Arbeit als geringgeschätzter körperlicher Arbeit und Handarbeit und anderen Formen des menschlichen Tuns bleibt dennoch bestehen (vgl. Scheele 2008: 21). Erst im Anschluss setzt sich die hochorganisierte und ausdifferenzierende Arbeitsteilung durch: Zum einen verbindet sich damit ein „Abstecken von Ansprüchen". Zum anderen entstehen „sozial kontrollierte und hoch regulierte Märkte" (ebd.). Folge ist, dass sich die von Max Weber beschriebene Berufsethik der protestantischen Ethik als Wandel hin zur rationalen Lebensführung herausbildet (vgl. Weber 2005 [1934]; siehe auch Kleemann/Voß 2018: 19f.). Die „moderne Umwertung aller Werte in Bezug auf Arbeit" (Negt 2002: 298) setzt ein. Auch das Handwerk wird ökonomisiert – Arbeit wird darüber zum Eingriff in die Natur und zur Gefahrenquelle für die Umwelt. Weder gibt es in dieser Zeit jedoch ein Umweltbewusstsein im Arbeitskontext noch sozialverantwortliches Produzieren. Die hergestellten Produkte sind meist schadstoffarme Güter, „deren Abfälle sich in der Regel in die natürlichen Stoffkreisläufe integrierten" (Rogall 2012: 30).

Auf langfristige Sicht verändert sich dadurch aber ein Arbeitsbewusstsein. Die Stellung von Arbeit, um mit Wolfgang Bonβ zu sprechen, wandelt sich zur „Arbeit als Vergesellschaftungsmoment" (vgl. Bonβ 2001: 332). Handwerkliche Tätigkeiten werden zur anerkannten Produktionsform. Zugleich geraten die Arbeitenden ökonomisch unter Druck. Erst diese Entwicklung, die Aufwertung der handwerklichen Arbeit einerseits, der steigende wirtschaftliche Konkurrenzdruck andererseits, bringt wiederum ein erstes, klar erkennbares gesellschaftskritisches Bewusstsein im Kontext des Selbstherstellens hervor, das sich gegen die Verökonomisierung richtet. Die nächsten Kapitel werden diese Entwicklung nachzeichnen.

b.) Aufwertung von Arbeit: Die Rationalisierung des Handwerks

Der Aufstieg der Arbeitsgesellschaft von „der untersten und verachtetsten Stufe zum Rang der höchstgeschätzten aller Tätigkeiten" beginnt nach Hannah Arendt an dem Punkt, als John Locke Arbeit zur „Quelle des Eigentums" erklärt und Adam Smith in der Arbeit eine „Quelle des Reichtums" entdeckt (Arendt 2013: 119) – Arbeit wird zur höchsten Tätigkeitsform. Nach Arendt setzt hier die Arbeitsgesellschaft ein, die sich als Umkehrung der Rangordnung von *Vita contemplativa* und *Vita activa* vollzieht: Die *Vita activa*, die in der Antike gleichbedeutend mit politischer Aktivierung war, sei vor die Kontemplation, vor das betrachtende Leben getreten. Allerdings habe sich diese Umkehrung nie in der Form vollzogen, dass das Politische zur höchsten Rangordnung aufsteigen konnte. Vielmehr wurde aus dem Tätigsein die neuzeitliche Glorifizierung von Arbeit: Zum einen sei das Politische zur Zweck-Mittel-Kategorie mutiert. Zum anderen stünde *Vita activa* seitdem für das permanente Aktivieren, so auch im Arbeitskontext – dominant wurde das Produktiv-sein-müssen.

---

senschaft und Staatsdienst – in Abgrenzung zur *Opera servilia*, der körperlich-handwerklichen Tätigkeit des Homo faber, schon damals aufgewertet (vgl. Irrgang 2010: 10).

150 Irrgang führt hierzu Architekten, Ingenieure, Erfinder, Arbeiter, Unternehmer und Produzenten an.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Arbeitssoziologie hat diesen Gedanken zum Ausgangspunkt genommen, um die Verökonomisierung von Arbeit historisch einzuleiten, wenngleich sie sich mehr auf Marx und Weber, selten aber auf Hannah Arendt bezieht. Erst das Aufkommen der Weberschen protestantische Ethik habe die Arbeitsgesellschaft geschaffen (vgl. Weber 2005; Kleemann/Voß 2018: 19f.). Sparsam- und Enthaltsamkeit werden im 18. Jahrhundert zum obersten Prinzip. Nichts-Tun wird dagegen zum Stigma durch Faulheit und Nutzlosigkeit (vgl. Gerold 2019: 65). Nach Giddens hat Weber als erster aufgezeigt, dass Arbeit für Enttraditionalisierung und Arbeitszwang steht (vgl. Giddens 1997: 238). Eine auf Leistung und Disziplin basierende moderne Arbeitsarchitektur bildet sich heraus. Die jahrhundertelange Verachtung der Arbeit wird durch die Tugenden von Fleiß und Aufrichtigkeit abgelöst.[151]

Allerdings ist das nur die eine Seite der Erzählung. Denn zum einen profitieren nicht alle gleichermaßen von der Aufwertung der Arbeit; die Aufwertung von Arbeit geht vielmehr mit dem Ausschluss der pauperisierten Massen einher, denen ein politisches Stimmgewicht vorenthalten bleibt. Die Hegelsche Vision, über die Anhäufung von Eigentum das Wirtschaftssubjekt in die bürgerliche Gesellschaft einzuschreiben, dient, wie Philip Manow argumentiert, der „doppelten Delegitimierung der alten Ordnung" (Manow 2020: 41): Arbeit wird zum hohen Gut. Zugleich folgt daraus die „Abwertung des Pöbels […] außerhalb der Ehre der Arbeit" (Manow 2020: 41). Auf der anderen Seite zeigt sich, und diese Sichtweise wird von der Arbeitssoziologie weitestgehend ignoriert, dass sich auch neue Formen der Organisation und darauffolgend der Selbstorganisation von Arbeit herausbilden. Diese Entwicklung zeigt sich zunächst im Aufkommen von Gilden und Zünften[152], später in weiteren kooperativen Zusammenschlüssen. Insgesamt lassen sich damit zwei Tendenzen ausmachen: Erstens wird Arbeit seit der Neuzeit mit Fleiß und Leistung gleichgesetzt, die zum Ausschluss des niederen Pöbels führen. Zweitens wird Arbeit zur „Stiftung des gesellschaftlichen Zusammenhalts" (Negt 2002: 295f.)[153];

151 Durch die Unterscheidung in Arbeit/Nicht-Arbeit und christlich/unchristlich ersetzt Luther „Arbeit" durch den „Beruf". Der Beruf steht für die „Berufung" und wird religiös aufgeladen (vgl. Oexle 2000: 69). Der Ausspruch, ‚wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', kommt in dieser Zeit auf (vgl. Bonβ 2001: 332). Arbeit wird „zum unverwechselbaren Baustein der geistigen, seelischen und körperlichen Subjektbildung" (Negt 2002: 296; siehe auch Keilig 2009: 24).

152 Zwei Tendenzen können dazu ausgemacht werden: Erstens ist die Entwicklung „Ausdruck eines sich auf die arbeitende Tätigkeit stützenden neuen Selbstbewusstseins" (Geisen 2011: 48), das sich bei den „selbständigen, unabhängigen Tätigkeiten […] innerhalb des produzierenden Gewerbes (Handwerk) und der Landwirtschaft" (ebd.) zeigt. Zweitens wird die Zunft der „Aufsicht und Reglementierung des Magistrats unterstellt" (Schultz 1993: 116). Darüber sollen die Zünfte in das „Gesamtsystem der absolutistischen Verwaltungsreform eingefügt werden" (ebd.; siehe auch Nippel 2000: 64; Schulz 2010).

153 Angemerkt werden muss, dass die Aufwertung von Arbeit, die sich im Mittelalter vollzieht, das Stigma von Mühsal, Last oder Plage nie ganz beseitigt hat. Zwar steigt Arbeit in der Hierarchie auf. Die Unterscheidung zwischen geringgeschätzter und höherbewerteter Arbeit bleibt jedoch bestehen. Mit Durchsetzung des Christentums wird nur zwischen „asketischer Arbeitsverachtung und bußfertig-arbeitsamer Frömmigkeit" differenziert (Scheele 2008: 21).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sie wird zum „Vergesellschaftungsmoment“[154], wobei sich der Mensch vorrangig über Leistung emanzipiert (vgl. Bonß 2001: 333).

Wann dieser Wandel genau einsetzt, darüber ist sich die Forschung uneins. Hannah Arendt sieht diesen Wandel im Übergang zur Neuzeit begründet, der sich ab dem 16/17. Jahrhundert vollzieht – und der zur Verdrängung des Homo faber durch den *Animal laborans* führt (vgl. Arendt 2013: 389ff.). Autoren wie Oskar Negt leiten den Wandel bereits mit dem 13. Jahrhundert ein (vgl. Negt 2002: 294).[155] Andere, wie Christian Meier, sehen im 18. Jahrhundert einen epochalen Bruch, der die „Gravitation der Wahrnehmung von Welt“ ins Zentrum rückt, weil die Menschen beginnen, „sich und die Welt historisch zu begreifen“ (Meier 1983: 441) – Meier macht darüber sowohl die Tendenz eines Wandels hin zum aufgeklärten Bürgertum als auch den zum technischen Fortschritt kenntlich. In der Gesamtheit, so lässt sich diese Entwicklung zusammen, wird dem Menschen ab 1492[156] bewusst, dass er die Welt durch seine Erfindungskraft verändern und eine eigene Welt erschaffen kann (vgl. Jochum 2018: 104ff.).

Damit ist allerdings noch kein Zeitalter der Selbstbestimmung im heutigen Verständnis gemeint. Der Mensch erkennt zunächst nur, dass er Fähigkeiten und Fertigkeiten besitzt, die ihn als Subjekt befähigen, um Höheres zu bewirken. Zugleich steht diese Epoche für einen neuen Erfahrungsrahmen, durch den das Subjekt lernt, sich unabhängig von Arbeit als Subjekt zu begreifen – und das hat wiederum viel mit dem Selbermachen zu tun: Das Jahr 1492 gilt als Geburtsstunde eines modernen Subjektbezugs hin zu einer „humanen Subjektivität“ (vgl. Jochum 2018: 104), über die sich der Wert der Arbeit verändert und der Mensch von göttlicher Bestimmung emanzipiert. Zugleich erhebt er sich darüber über die Natur. Unter dem Einfluss der Naturwissenschaften wird Arbeit zur rationalen Manipulation gegenüber dem Naturhaften (vgl. ebd.) – Arbeit steigt zur höchsten Tätigkeitsform auf. Sie wird nun nicht mehr nur „durch den Menschen unter Verwendung einfacher Werkzeuge selbst geleistet“. Sie steht für „komplexe mechanische Systeme als Hilfsmittel“ (ebd.: 112f.) – Arbeit verbindet sich mit einem Fortschrittsgedanken. Sie wird zur „Legitimität der humanen Selbstbehauptung“ (ebd.: 105).

Das alles hat die Stellung des Handwerks und der Handarbeit grundlegend verändert, und diese Entwicklung lässt sich nach Werner Sombart in drei Phasen einteilen:

---

154 Wie Bonß anmerkt, sind die skizzierten Facetten zur Vergesellschaftung über Arbeit „weder historisch noch systematisch eindeutig“ (Bonß 2001: 334). Schließlich sei in allen Gesellschaften „gearbeitet worden; Perzeption und Vergesellschaftungskraft der Arbeit jedoch stellen sich je nach Gesellschaftstypus unterschiedlich dar“ (ebd.).

155 Negt spricht auch von „kopernikanischen Wenden“ und einer ersten „Konstitution des Subjekts“ über Arbeit als „Medium der Subjektbildung“. In Bezug auf Max Weber prognostiziert er eine neue „Verinnerlichung von Arbeitsdisziplin“: Folge sei das Herausschälen der „Berufsidee als Grundlage der rationalen Lebensführung“ gewesen (Negt 2002: 296f.).

156 Jochum macht an diesem Datum einen Wandel des Arbeitsverständnisses im Kontext der „neuzeitlichen Raumrevolutionen“ fest (Jochum 2018: 104ff.). Mit der Entgrenzung der ozeanischen Sphäre und der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus 1492 habe sich ein „völlig neues, planetarisches Weltbild“ herausgebildet. Nach Jochum ist damit zugleich „ein grundsätzlicher Wandel des Arbeitsverständnisses und des damit verbundenen Naturverhältnisses“ verbunden gewesen (ebd.: 108).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die erste Phase beginnt mit dem europäischen Mittelalter ab dem 6. Jahrhundert. Sombart nennt sie die Ursprungs- und Blütezeit des Handwerks (Sombart 1902: 86; vgl. Kurz 2015: 19). Zwar üben die Menschen schon zuvor handwerkliche Tätigkeiten aus. Wie Melanie Kurz herausgearbeitet hat, gibt es bereits im Mittelalter Produkte, „an deren Herstellung mehrere Werkstätten beteiligt sind" (Kurz 2015: 18). „Die Idee der Selbstfindung des Menschen in einer handwerklichen Tätigkeit" (Franz 2016: 197) setzt jedoch erst in der zweiten Phase zwischen 1350 und 1850 ein: Ab diesem Zeitpunkt leiten Handwerker*innen den Produktionsprozess eigenmächtig (vgl. Sombart 1902: 92; Kurz 2015: 18). Die Marktfreiheit entsteht. Der im 15. Jahrhundert eingeleitete Zunftzwang wird aufgekündigt (vgl. Kurz 2015: 28ff.). Zugleich setzt ab 1850 die dritte Phase des Handwerks ein, womit ein Niedergang verbunden ist (Sombart 1902: 161; vgl. Kurz 2015: 37) – das Handwerk kann mit der aufkommenden Industrie kaum mehr Schritt halten. Für die Handarbeit gilt überdies, dass sie sich ab dem 16. Jahrhundert durch die Mechanisierung grundlegend verändern muss – das maschinelle Stricken entwickelt sich (Sylla 2016: 87). Um 1850 ist die ländliche Hausindustrie im Textilgewerbe nahezu ausgestorben (vgl. ebd.). Auch das Spinnen wird mechanisiert. Die ländliche textile Hausarbeit reduziert sich auf die Webarbeit. Insgesamt setzt in dieser Zeit die hochorganisierte und sich ausdifferenzierende Arbeitsteilung ein (vgl. Ax 2009: 65f.).[157]

Diese Entwicklung lässt sich letztlich als doppelter Wandel verstehen, da Arbeit einerseits gesellschaftlich aufgewertet wird, andererseits der ökonomische Druck steigt. Der Begriff „Wirtschaft" setzt sich im 18. Jahrhundert durch (vgl. Negt 2002: 316). Zugleich wird der Kritikbegriff im 18. Jahrhundert „zum philosophischen Prinzip" (Husemann 2009: 39). Die Arbeitssoziologie betrachtet diesen Wandel in der Regel unter rein ökonomischen Aspekten – Arbeit wird ökonomisiert. Sie leiste nicht nur der „Zerstörung der Natur" Vorschub (Blühdorn 2018: 160), da die Ökonomie beginnt, die Natur „in sich zu integrieren" (Latour 2018: 115). Das Subjekt wird zum Animal Laborans erklärt, zu einem rastlos arbeitenden Wesen, das dem Markt unterstellt bleibt (vgl. Arendt 2013: 121).[158] Diese Perspektive übersieht jedoch, dass Arbeit in dieser Zeit ebenso zu etwas Sinnhaftem wird: Zum einen bildet sich im 18. Jahrhundert die Soziale Arbeit und Sozialpädagogik aus der Armenerziehung und dem Waisenwesen des Mittelalters heraus; Berufe stehen nicht nur für die Berufsethik als Leistungszentrierung im Weberschen Sinne. Arbeit wird, zumindest auch, als Erziehung begriffen (vgl. Kurtz 2002: 28). Zum anderen tritt mit dem Handwerksmeister der eingangs beschriebene erste „sozial orientierte Experte" (Sennett 2009: 327) in Erscheinung. Damit ist kein Verantwortungsbewusstsein im heutigen Verständnis gemeint. Vielmehr kann sich der Handwerksmeister der gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen (vgl. ebd.). Bezogen auf das eingangs

157 Folge ist, dass es ab dem 15. Jahrhundert nur (noch) den Lederschuhmacher für Leder gibt, den Holzschuhmacher nur für Holzschuhe – und jeder darf nur in seinem speziellen Feld wirksam sein (vgl. Ax 2009: 65f.). Die Spezifizierung führt allerdings nicht dazu, dass das Handwerk das Stigma von Mühsal und Plage abstreifen kann. Selbst bis ins 19. Jahrhundert ist die Ausübung des Handwerks mit einem „Leben als Gentleman" kaum vereinbar (Kurz 2015: 87; siehe auch Zwecker 2013: 143f. oder Veblen (1986 [1899]).

158 Nach Hannah Arendt sind die aufkommenden Konsumgesellschaften erst „durch die Emanzipation der Arbeiterklasse entstanden" (Arendt 2013: 150). Auf die Auseinandersetzung von Arendt mit Marx in diesem Punkt wurde bereits in den Kapitel 4.1.2 und 4.1.3 eingegangen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beschriebene Wechselverhältnis der Subjektivierung aus möglicher „Selbstbestimmung" und „Bestimmung durch Gesellschaft" (Kleemann et al. 2003: 59) zeigt sich damit schon hier, dass die Handwerker*innen nicht nur aus dem Schatten ihrer Bevormundung hervortreten: Sie werden auch gesellschaftlich subjektiviert. Zugleich entsteht im 18. Jahrhundert das, was Hans Joas die erste „politische Kreativität" der Zeitgeschichte nennt – Kreativität wandelt sich zu „In-Freiheit-Handeln" (Joas 1996: 171f.). Sie ist nicht nur Abbild für ästhetische und wissenschaftliche Kreativität. Sie deutet auf das Initiativeergreifen hin.[159]

Auf der anderen Seite gibt es noch keine politische Kreativität im Arbeitskontext. Die gesellschaftliche Funktion von Arbeit wird anerkannt, die ab dem 16. Jahrhundert, wie Robert Castel herausgearbeitet hat, einen ersten „Zugang zum öffentlichen Raum" schafft (Castel 2011: 67). Arbeit kann jedoch weder als politischer Wert im arbeitsinhaltlichen Sinne in die Welt vordringen (vgl. Scheele 2008: 21f.), noch ist das Arbeitssubjekt politisch, weil es herstellt. Aber es wird zum Bürgersubjekt (vgl. Balibar 2017: 414). Damit greift es zu kurz, den gesellschaftlichen Wandel seit dem 17./18. Jahrhundert nur als „eigentümliche Ambivalenz" (Böhle 2018: 171) zweier Merkmale herauszustellen: Nach Fritz Böhle wird Arbeit in dieser Zeit einerseits kulturell aufgewertet und von körperlichen auf geistige Tätigkeiten ausgeweitet. Andererseits habe Arbeit durch die neu entstehende industrielle Arbeitsorganisation zur fremdbestimmten körperlich-ausführenden Tätigkeit einen Wandel vollzogen. Dem muss hinzufügt werden, dass sich durch die kulturelle Aufwertung ein Bürgersubjekt herausformt, das sich vom ständischen Dasein des Mittelalters unterscheidet (vgl. Baringhorst 2007: 10). Zum ersten Mal in der Zeitgeschichte wird dem Arbeitssubjekt ab dem 18. Jahrhundert eine öffentlich politische Rolle zugesprochen, losgelöst von primär wirtschaftlichen Interessen.

In diesem Spannungsfeld – der Rationalisierung von Arbeit einerseits, dem Aufkommen einer Arbeitsgesellschaft und dem Herausbilden von Arbeit als Sinnzusammenhang andererseits – entstehen in der Folge erste klar erkennbare Kritikformen im Kontext des Herstellens. Dabei ist die gesellschaftliche Stellung zwischen Handwerk und Handarbeit nie einheitlich, entsprechend uneinheitlich sind die Kritikformen. Das Handwerk ist vorwiegend männlich konnotiert. Die Kritik bezieht sich vorrangig auf die Verdrängung der Handwerkstradition.[160] Die Handarbeit gilt dagegen primär als weibliches Terrain, die entweder handwerklich und gewerblich oder häuslich privat organisiert wird (vgl. Sylla 2016: 85ff.) – kritisiert wird vorrangig die gesellschaftliche Schlechterstellung des weiblichen Subjekts. An dieser Teilung (Handwerk versus Handarbeit) macht sich nicht nur eine arbeitsorganisatorische Unterscheidbarkeit fest. Die differenzierte gesellschaftliche Stellung der Arbeitssubjekte wird erstmals klar erkennbar.[161] So gibt es

159 Joas macht das an den beiden große Revolutionen, an der Amerikanischen und Französischen Revolution, fest. Kreativität hat jetzt (auch) die Funktion, dass sie für die Grenzübertretung steht: Sie wird für den Neuanfang konstitutiv.

160 Wann das Stricken aufkam, ist historisch nicht überliefert. Es lässt sich zumindest seit dem Mittelalter nachweisen. So beginnen die Menschen im 15. Jahrhundert, wollene Kopfbedeckungen, Barette und dergleichen selbst zu stricken (vgl. Sylla 2016: 83).

161 Das Spinnen und Weben werden als Arbeitsformen ab dem 15. Jahrhundert aufgewertet, weil sie zu ökonomischen Tätigkeiten werden. Zunächst sind sie Tätigkeitsformen für den Eigenbedarf. Lediglich einzelne Überschüsse sind „für den Tausch vorgesehen" (Sylla 2016: 84) – diese Tätigkeiten

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bis ins 18. Jahrhundert noch keine geschlechtsspezifische Unterteilung. Das Stricken ist in den Städten zunftgebunden und als Vollzeitberuf anerkannt. Bis ins 18. Jahrhundert sind Frauen vollberechtigte Zunftmitglieder (ebd.: 85f.)[162], wenn sie auch im Handwerk ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts aus dem Zunftwesen verdrängt werden (vgl. Kurz 2015: 31). Sowohl für das Handwerk und die Handarbeit gilt: Erst um die Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert können sie, bedingt durch die aufkommende Maschinenproduktion, mit der aufkommenden Industrie kaum mehr Schritt halten.

Zugleich leitet das den Niedergang des Zunftwesens ein: 1810/11 tritt das Gewerbefreiheitsgesetz in Preußen in Kraft. 1869 folgt die Gewerbeordnung im Norddeutschen Bund, mit der Konsequenz, dass das Zunftwesen in Deutschland ganz eingestellt wird (vgl. Kurz 2015: 35ff.). Für die Handarbeit gilt überdies, dass sie ins Familiäre gedrängt wird (vgl. Eisele 2011a; Sylla 2016: 92; Ehrmann-Köpke 2010: 33). Schlussendlich ebnet sich damit schon hier der Weg für die kapitalistische Produktionsweise[163], die zugleich eine Rückbesinnung auf das Handwerk zur Folge hat. Dabei sind es die Werkstätten und Manufakturen, die zu Vorboten und Vorformen der industriellen Produktion werden (vgl. Selle 1978: 24ff.; Glaser 1981: 35; Kurz 2015: 55ff.). Kein anderer hat diese Entwicklung ausführlicher beleuchtet als Karl Marx. Anfangs lobt er noch den kooperativen Charakter der Manufakturen durch „die auf Teilung der Arbeit beruhende Kooperation" (Marx 2018a: 356). Im Anschluss erklärt er sie zum Vorplatz der Durchkapitalisierung. Der nächste Abschnitt wird diese Entwicklung beleuchten.

c.) Kritik an der seriellen Fertigung: Das Selbstherstellen als Gegenentwurf zur Massenproduktion

Das 18. Jahrhundert gilt als Zeitalter der Erfindungen. Der Engländer James Watt entwickelt 1765 die Dampfmaschine[164], die in den Geschichtsbüchern als Geburtsstunde der industriellen Massenproduktion eingeht. Sie ist freilich nicht die einzige bedeutende Erfindung in dieser Zeit. So stellt Samuel Wiese 1767 den Rundkulierstuhl zur Herstellung nahtloser Strümpfe her. Im selben Jahr entwirft James Hargreaves die Spinning Jenny,

---

werden in erster Linie von Frauen ausgeführt. Im Gegensatz zum Weben, das sich schnell zur gewerblichen Handarbeit entwickelt und von Männern anerkannt wird (und darum aufgewertet ist), ist das Spinnen bis ins 18. Jahrhundert vorrangig die häusliche Nebentätigkeit der Frau, die mit dem Textilgewerbe konkurrieren muss (vgl. ebd.: 83ff.).

162 Die Frage, ob es im Handwerk einen „Frauenüberschuss" gegeben hat und wie ihr Organisationsgrad in den Zünften war, ist in der Wissenschaft nicht hinreichend geklärt (vgl. Schulz 2010: 87ff.). Klar scheint jedoch zu sein, dass sich Frauen im 14/15. Jahrhundert „häufiger und vielschichtig gewerblich betätigen" als im 16/17. Jahrhundert (ebd.). Seit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert kommt es zu einer „tendenziellen Verschlechterung der beruflichen Stellung der Frau" (ebd.: 91).

163 Hier schließt auch die erste Phase „moderner Subjektkulturen" bei Reckwitz an, die im 18. und 19. Jahrhundert (in England bereits im 17. Jahrhundert) das Subjekt als Ausdruck einer „expressiven Individualität" hervorbringt (Reckwitz 2010: 17, 97ff.). Zugleich kommt in dieser Zeit das bürgerliche Subjekt auf, das als Staatsbürger-Subjekt eines der „Marktgesellschaft und eines aufgeklärt-rationalistischen Weltbildes" wird (ebd.: 98).

164 Bereits 1589 schafft der Engländer William Lee – nach fünfjähriger Entwicklungsphase – die Grundlagen für die Maschinisierung und Rationalisierung der Strumpfherstellung (vgl. Sylla 2016: 87). Lees Strickmaschine gilt in der Literatur „als Vorbote der Mechanisierung im Textilgewerbe" (ebd.), die, so die Analyse von Sylla, Ende des 18. Jahrhunderts die industrielle Revolution mit einleitet.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eine Spinnmaschine, die ab 1769 überwiegend in der Hausindustrie zum Einsatz kommt (vgl. Sylla 2016: 86ff.). Auch eine Maschine zur automatischen Garnzuführung wird entwickelt, ehe Edmund Cartwright 1758 den ersten mechanischen Webstuhl herstellt (vgl. ebd.).

All diese Erfindungen sind eines: Ausdruck des Selbermachens und Selbstherstellens. Sie sind Zeugnis von Eigeninitiative und Abbild des Fortschritts. Zugleich bereiten sie die Industrieproduktion mit vor. Schon hier wird deutlich, dass die von Hannah Arendt vollzogene Trennung von Arbeit und Herstellen wenig haltbar ist (vgl. Arendt 2013: 150). Es sind geradezu die selbsterfundenen Werkzeuge, die für die kapitalistische Produktion zum Einsatz kommen. Oder wie Melanie Kurz betont: „Die Fabriken entwickeln sich aus den Werkstätten erfinderisch tüftelnder Handwerker" (Kurz 2015: 55). Auch die von James Watt erfundene Dampfmaschine kommt im Bergbau und in der Industrie zum Einsatz – Watt stellt sie mit seinem Geschäftspartner Matthew Boulton im Anschluss in Serie her (vgl. Hauffe 2016: 27). Das „Zeitalter der industriellen Produktion" beginnt (Selle 1978: 15).

Dieses Zeitalter reduziert sich allerdings auf keine Massenproduktion. Auch die Geschichte der Umweltbewegungen setzt ein (vgl. Radkau 2011: 38). Die sogenannte *erste Welle* der Ökologiebewegung bringt ab dem 19. Jahrhundert Naturverbände wie DAV, Naturfreunde oder NABU hervor, die auf den Erhalt der Natur abzielen (vgl. Barth 2010: 169). Sind Umweltprobleme bis zum Industriezeitalter in der Regel lokal begrenzt (vgl. Rogall 2012: 31)[165], verändern sich mit dem beginnenden Industriezeitalter im 19. Jahrhundert die Umweltbelastungen. Es sind nun nicht mehr (nur) die in der Natur vorkommenden Substanzen, die aufgrund ihrer Häufung naturbelastend wirken. Neue naturfremde Substanzen können nicht mehr in die Natur zurückgeführt werden (wie zum Beispiel FCKW). Hinzu kommt ein durch die Änderung im Lebensstil verursachter erhöhter Ressourcenverbrauch (ebd.: 33), und das hat viel mit dem aufkommenden Maschinenkultur-Zeitalter zu tun, die sich nach Gert Selle in zwei Phasen einteilen lässt (Selle 1978: 15): In der ersten Phase, ab 1750, wird noch überwiegend handgefertigt; Selle spricht von der „Entwurfsperiode" (ebd.). Die Produktion in den Manufakturen beruht auf „Herstellungsprozessen mit arbeitsteiliger Handarbeit" (Ruppert 2017: 516). Das gilt auch für die Textilherstellung, die in England zunächst noch „selber gefertigt" wird (Eisenberg 2011: 33). Zum einen bringt das die „Werkstättenbewegung" hervor, die das Unikat neu positioniert (Selle 1978: 51).[166] Zum anderen wird die Nachfrage nach Unikaten gesteigert – die

165 Ausnahmen stellen nach Rogall die Abholzung der Wälder und die daraus resultierenden Folgen der „Verkarstung der Mittelmeerküsten" dar (Rogall 2012: 31). Auch in Deutschland wird mit Ausgang des Mittelalters der Waldbestand auf etwa die Hälfte reduziert. Zudem gibt es damals schon ein „europaweites Alarmgeschrei über die Zerstörung der Wälder" (Radkau 2011: 40). Weder sind in dieser Zeit jedoch Umweltbelastungen im heutigen Ausmaß zu beobachten noch Schutzkonzepte und Wiederaufforstungen erkennbar, die erst im 18. Jahrhundert aufkommen (vgl. Rogall 2012: 32f.).

166 Genauso entsteht um 1900 eine „erste avantgardistische Künstler-Entwerfer-Generation" (Selle 1978: 48), darunter Protagonisten wie van de Velde in Weimar und Berlin, Bruno Paul und Riemerschmid in München oder Peter Behrens in Darmstadt, die überwiegend in Kleinwerkstätten und traditionellen Manufakturen arbeiten (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Großwerkstatt mit erweitertem Maschinenpark" entsteht (ebd.). Manufakturen drängen mit Serienprodukten auf den Markt. Das Verhältnis von Arbeitsertrag und Aufwand wird optimiert. Der Entwerfer wird „aus dem persönlichen Produktionsverhältnis in den freien Wettbewerb […] entlassen" (ebd.) – es kommt zur „Umformung" sämtlicher Werkstoffe (Ruppert 2017: 516f.)[167]. Die Geschichte der Massenproduktion schreitet voran.

Diese Entwicklungsperiode gilt in der Historie zugleich als „erste Periode der technischen Designgeschichte" (Selle 1978: 15), und sie ist untrennbar mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Naturzerstörung verbunden – zugleich ist sie der Beginn einer Kritikwelle im Arbeitskontext: Ende des 18. Jahrhunderts kommt der Dilettantismus „als Strategie individueller Selbstverwirklichung" auf (Eisele 2011a: 59), der dem Perfektionsglauben der Industrialisierung trotzen will. Der Dilettantismus erklärt das Kunsthandwerk zum Gegenpol der Industriekunst. Zuvor trennt die „idealistische Ästhetik" noch „Hand" und „Geist" (ebd.), der Dilettantismus vereint beides.[168] An anderer Stelle entstehen Gemeinschaften wie die Shaker, eine ab 1774 aus dem Quäkertum hervorgegangene christliche Gemeinschaft und religiöse US-Sekte, die von der Engländerin Ann Lee und weiteren Glaubensgenossen gegründet wird und die im 19. Jahrhundert Möbel für den täglichen Gebrauch selber herstellen (vgl. Hauffe 2016: 21f.). Zudem setzt ab 1855 die bereits angeführte „erste Handarbeitswelle" ein (Gaugele 2011a: 12), die zunächst die Lebenswelt der Frauen in der häuslichen Eigenarbeit abbildet, später aber zum „Gegenpol zur Ökonomie der industriellen Massenproduktion" wird (ebd.). Dabei artikulieren sich die hier skizzierten Kritikformen ganz unterschiedlich, und sie ziehen weitere nach sich. So kommt im Modekontext ab 1880 die erste „Antimode" *(anti-fashion)* auf, die das „Haute-Couture-Monopol" (Reckwitz 2014: 167) der Industrie brechen will – und die Massenindustrialisierung in Frage stellt. Auch eine erste Gründungswelle von kooperativen Unternehmen setzt um 1860 ein (vgl. Bierhoff/Wienold 2010: 229, vgl. Kapitel 4.3.1c). Vor allem ist es aber die Reformbewegung Arts and Crafts, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts den Nährboden für Kritikformen an der Schnittstelle von Kunst und Handwerk bildet – und die Sozial- und Künstlerkritik vereint.[169]

Fasst man die hier skizzierten Kritikformen zusammen, lassen sich zwei zentrale Ursprungsquellen benennen: Die erste ist die Handarbeitswelle, die ab 1855 überwiegend aus den Nischen der häuslichen Eigenproduktion hervorgeht, die aber, zumindest anfänglich, noch kein Zeichen eines politischen Aufbegehrens ist – sie ist Ausdruck einer

167 Wolfgang Ruppert erläutert das am Beispiel der Pressglasherstellung. „Die Bedienung der Maschinen erforderte neuartige Kompetenzen der Arbeiter im Vergleich zum tradierten Handwerk. Mit der Etablierung der Konkurrenz auf dem regionalen wie überregionalen Markt verstetigte sich der Zwang zur Rationalisierung der Arbeitsstruktur für die einzelnen Unternehmer" (Ruppert 2017: 517).

168 Nach Petra Eisele sollten Handwerker*innen (*Ars technicae*) in dieser Zeit die Technik und Materialien beherrschen, während Künstler*innen das „Privileg der Subjektivität zugeschrieben" wird (Eisele 2011a: 59). Sowohl Handwerker*innen als auch Künstler*innen fertigen Einzelstücke aber noch überwiegend mit den Händen an – die Handwerker*innen „für den Gebrauch", die Künstler*innen „für die Anschauung". Für den aufkommenden Dilettantismus-Begriff bilde nun die Erkenntnis die Grundlage dafür, „dass die Gesetzmäßigkeiten der Kunst [..] nicht identisch" seien „mit handwerklicher Perfektion" (ebd.).

169 Vgl. Friebe/Ramge 2008; Ax 2009; Triggs 2009; König 2014.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Ästhetisierung der Alltags- und Lebenswelt" (Gaugele 2011a: 12), die die vom Erwerbsleben ausgeschlossenen Frauen in Arbeitsstrukturen der häuslichen Eigenarbeit inkludiert.[170] Sie wird jedoch an vielen Stellen als „Liebesarbeit" verniedlicht (ebd.).[171] Erst später haftet ihr das Attribut eines „kulturpolitische[n] Instrument[s] im Kampf um die weibliche Staatsbürgerinnenschaft" an (Gaugele 2011b: 19).[172] Die zweite Kritikquelle ist die der Reformbewegung Arts and Crafts, die eine Rückbesinnung auf Kunst und Handwerk fordert. Die Geschlechterfrage tritt dazu in den Hintergrund. Ins Zentrum rückt die Verdrängung der Handwerkstradition durch die aufkommende Massenindustrie.[173]

Angemerkt werden muss allerdings, dass sich die Kritik von Arts and Crafts zunächst auf keine „sozialen Missständ[e]" bezieht, sondern „an der handwerklichen und ästhetischen Qualität der Waren" ansetzt (Reckwitz 2014: 146; vgl. auch König 2014: 2). Auch werden die Manufakturen, wie im letzten Kapitel beschrieben, zum Vorboten der Industrialisierung (vgl. Glaser 1981: 35; Kurz 2015: 57). Zugleich setzt die im letzten Kapitel angesprochene Kritik von Marx an den Manufakturen ein, weil die „Zersetzung" der handwerksmäßigen „verschiednen [*sic!*] Teiloperationen" den „Gebrauch von Maschinen" ermöglicht (Marx 2018a: 358ff.) – Handwerker*innen arbeiten den Kapitalisten zu. Ihre Produkte (oft Unikate) werden ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch Industrieformate ersetzt: Stühle, Töpfe, Scheren und andere ähnliche Objekte werden in den Manufakturen seriell hergestellt (vgl. Ruppert 2017: 516). Dazu werden die Arbeitsabläufe optimiert. Die Arbeit wird in stickigen Hallen unter ohrenbetäubendem Lärm, Druck und Dreck verrichtet (vgl. Sylla 2016: 90). Auch die Arbeitszeiten erhöhen sich. Die Verarmung der Arbeiterschaft nimmt zu.

An diesem Punkt setzt auch die bereits angeführte Kritik von Arts and Crafts ein, allen voran die von William Morris und John Ruskin: Morris (1914) hält an einer „mittelalterlich inspirierten Handwerks- und Selbstversorgungsökonomie" fest (Komlosy 2019: 37). Ruskin problematisiert (zusätzlich) die entfremdete Arbeit – er tritt für ein „partnerschaftliches Wirtschaftsmodell" ein (Ax 2009: 69ff.), beide heben das Handgemachte als Platz der „Schönheit und Qualität" hervor (Eisele 2011a: 60). „Mühe und Sorgfalt" werden der Maschinenarbeit entgegengestellt (ebd.). Arts and Crafts treten nicht nur für

170 Einerseits führt die Handarbeit in dieser Zeit zur Disziplinierung, weil Frauen an die Hausarbeit gebunden sind – wenngleich die Hausarbeit Fertigkeiten vermittelt, die einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten (vgl. Ehrmann-Köpke 2010; vgl. Kreis 2017: 28). Andererseits regt sich ab einem gewissen Zeitpunkt Kritik.

171 Der Begriff der „weiblichen Handarbeiten für Textilarbeiten" trägt hier bereits Wurzeln (Sylla 2016: 94). Zugleich bleibt die Handarbeit eine der wenigen Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in dieser Zeit (ebd.: 95).

172 Grund dafür ist, dass Arbeit ab dem 19. Jahrhundert zunehmend geschlechtsspezifisch kategorisiert wird: Bis ins 18. Jahrhundert sind Frauen in den Städten noch vollberechtigte Zunftmitglieder (vgl. Sylla 2016: 85f.), wenn sie auch bereits ab der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts im Bereich des Handwerks verdrängt werden (vgl. Kurz 2015: 31).

173 Wie Selle darlegt, wird zwar zunächst weiterhin traditionell für lokale Märkte produziert, auch trotzt man anfänglich dem „Massenanspruch" (Selle 1978: 48ff.). Im Anschluss nimmt der Druck jedoch für die Kunstproduktion und Handwerksarbeit zu: Nach Selle wird aus dem Künstler-Entwerfer ein Entwurfslieferant, der in Abhängigkeit zum Kunstunternehmer als Auftraggeber gerät.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ein neues Produktverständnis ein. Sie lösen die Differenz von Arbeit und Kunst auf (vgl. Reckwitz 2014: 147).[174]

Das Neue, oder Ungewöhnliche, an Arts and Crafts ist, wie Andreas Reckwitz resümiert, dass sich die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorherrschende Trias von „Künstler/Autor-Werk-Rezipient" verschiebt (ebd.: 147): Zum einen wird sie durch den Zusatz „Kreateur-Objekt-ästhetischer Nutzer" erweitert (ebd.), zum anderen vom Feld der Kunst auf den Arbeitsbereich übertragen. Produzierende und Konsumierende sollen eine neue Einheit bilden. „Handwerklicher Hersteller (*maker*)" und „Nutzer (*user*)" werden zusammengeführt (ebd., H. i. O.) – Arts and Crafts individualisieren nicht nur das Produkt, sie demokratisieren Produktionsprozesse. Zwar wird in der Forschung angezweifelt, dass Arts and Crafts einen Ökologie- oder Nachhaltigkeitsgedanken hatten; Reckwitz lässt den Ökologiegedanken beispielsweise völlig außer Acht und verkürzt ihr Dasein auf eine „postromantische Ästhetisierung der Arbeit" (ebd.: 149). Andere, wie Christine Ax, sehen in Arts and Crafts eine erste humane, soziale und ökologische Vision von Arbeit verwirklicht (vgl. Ax 2009: 69ff.; siehe auch König 2012). Das Entscheidende ist, und das leitet zum nächsten Kapitel über, dass sich in der Folge nicht nur eine ästhetische Konsumkultur herausbildet, die Prinzipien von Materialechtheit verkörpert. Auch neue Formen der Gesellschaftskritik keimen auf, die an die wirtschaftliche Entwicklung adressiert sind. Auf politische Aspekte von Arts and Crafts wird im Kapitel 4.3.1e zurückzukommen sein. Auf die Vermarktungslogik durch Individualisierungsprozesse wird der nächste Abschnitt eingehen.

d.) Die Individualisierung von Arbeit: Die individuellen Schöpfer*innen ab dem 20. Jahrhundert

In der Zeitspanne von 1850 bis 1950 bildet sich „eine typische Konstellation von Arbeit" heraus (Schmidt 2018: 148).[175] Die Industriegesellschaften entstehen. Arbeit wird an die Lohnarbeit gebunden, und das Normalarbeitsverhältnis entwickelt sich in „mehreren Entwicklungsschüben" (Komlosy 2019: 28).[176] In dieser Zeit entsteht das, was in der Folge das fordistische Regime oder die fordistische Gesellschaft genannt wird[177] – eine

174 Zudem wird jede(r) potenziell zum Künstler/zur Künstlerin erklärt: Arts and Crafts zielen auf die „Aufhebung der Arbeitsteilung ab, indem sie ein handwerkliches Arbeiten nach mittelalterlichem Vorbild" propagieren (Eisele 2011a: 60). Zugleich tragen sie den Handwerksgedanken in die später aufkommende Designindustrie. So sind die Meister*innen und Ingenieur*innen der ersten und zweiten Maschinenkultur „noch keine Designer"; der Industrie- und Erwerbsbürger um 1850 ist noch „*selbst* Entwerfer seines Produkts" (Selle 1978: 20, H. i. O.). Den Designer/die Designerin braucht man erst, „als sich neuartige dekorative Bedürfnisse und Erwartungen gegenüber der Ästhetik des Produkts gesellschaftlich" formieren – was wiederum das Handwerk verdrängt.

175 Wie einleitend erwähnt, wird in dieser Studie die Phase des Dritten Reichs nicht gesondert betrachtet. Sie bräuchte eine tiefergehende Analyse, die den Forschungsrahmen sprengen würde.

176 Siehe weiterführend dazu Kocka 2000: 265ff.; Schmid 2000: 269ff.; Bosch 2013.

177 Unter dem Begriff des Fordismus wird eine „spezifische Ausprägung kapitalistischer Vergesellschaftung" verstanden, womit Arbeit „eine deutliche Ausdifferenzierung gegenüber anderen Lebensbereichen" erfährt (Schmidt 2018: 149). Nach Schmidt beinhaltet dies die gesellschaftlich durchgesetzte Unterscheidung und Trennung zwischen Arbeitsbereich und Privatbereich, Arbeitszeit und Freizeit sowie Arbeit und Nicht-Arbeit – „die Vermittlung von privater Reproduktion und

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Form der betrieblichen Organisation von Arbeit, die mit gesellschaftlichen Institutionen und einer damit verbundenen Konsumkultur korrespondiert. Zugleich ist die Zeitspanne zwischen 1898 und 1908 die „Schlüsselepoche der Designgeschichte" (Selle 1978: 48ff.): Die modernen Industriedesigner*innen mit Perfektionsanspruch gehen aus der Arbeitswelt hervor, die sich später, ab den 1950er Jahren, unter dem Begriff des „Designer[s]" zum „Prototypen für die massenhafte Güterproduktion" herausformen (Eisele 2011a: 62).

Diese Entwicklung vollzieht sich in mehreren Schritten. Zunächst setzt um 1900 „die Konkurrenz zwischen zwei umfassenden Designbewegungen ein" (Reckwitz 2014: 177), die des ornamentalen *Art Déco* und des antiornamentalen Modernismus und Funktionalismus, die beide mit der industriellen Fertigung verschmelzen. Während das *Art Déco*[178] eine Art „Oberflächenästhetisierung der Produkte" betreibt (ebd.: 179) und die „kunsthandwerkliche Fertigung exklusiver Einzelstücke" inszeniert (Hauffe 2016: 88), steht der antiornamentale Modernismus und Funktionalismus für „finale Lösungen von Designproblemen" (Reckwitz 2014: 179) – Hersteller*innen werden zu individuellen Schöpfer*innen, was sich in der Modewelt in besonderer Weise zeigt: Auf der einen Seite wandelt sich Mode nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem aber ab den 1960er Jahren, zur „Inklusionsform" mit Individualanspruch für die Massen (ebd.: 167). Auf der anderen Seite zählt Kleidung bereits davor, seit dem 18./19. Jahrhundert, zu den Konsumgütern, die in größerem Umfang benötigt werden (vgl. Eisenberg 2011: 30ff.).[179] Designer*innen stellen ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr nur Unikate her. Sie liefern „den Entwurf für Massenprodukte *prêt à porter*" (Reckwitz 2014: 168, H. i. O.), gelten aber als individuelle Schöpfer*innen.

Das legt den Grundstein für jene Entwicklung, wonach sich Arbeit einerseits verökonomisiert und an Lohnarbeit gebunden wird. Andererseits kommt eine breite Technikskepsis aus Philosophie und Sozialwissenschaft auf, die sich in kritischen Positionen von Karl Marx über Arnold Gehlen bis hin zu Autoren der Frankfurter Schule zeigt (vgl. Irrgang 2010: 55ff.): Bei Arnold Gehlen (1953) und Hannah Arendt (2013 [1958]) gilt der Homo faber noch als Wesen der Naturbeherrschung, da er sich die Natur einverleibt. Zugleich wird er zum Subjektideal stilisiert, der sich der Technisierung widersetzt und bedrohte Leiblichkeit gegen die Dominanz der Maschine behauptet (vgl. ebd.). Bei Marx dagegen produziert der Homo faber nicht nur Waren als Gebrauchswert. Er produziert den Warenwert als Tauschwert für den Kapitalisten. Genau darum entstehen auf der Gegenseite

---

Arbeit erfolgt über den Arbeitsmarkt; die Befriedigung von Bedürfnissen [..] über Konsum und Freizeittätigkeiten" (ebd.).

178 Das ornamentale *Art Déco* kommt zunächst in Frankreich auf. Es demonstriert „wirtschaftliche Macht" und einen „gehobenen Lebensstil" (Hauffe 2016: 87), setzt sich aber von der Massenware ab.

179 Eisenberg spricht auch vom „Übergang vom Lohnwerk zum Preiswerk". Eine „Abkehr von der Schneiderei im Lohnwerk" setzt in Deutschland in großem Maße jedoch erst seit den späten 1830er Jahren ein (Eisenberg 2011: 37). Allerdings mindert das keineswegs das Exklusivvermögen von Modeschöpfer*innen (vgl. Reckwitz 2014: 168). Ganz im Gegenteil treten Modemacher*innen in der Folge immer stärker als Individuen auf: Die Entwürfe gelten fortan als originell. Modemacher*innen „akkumulieren […] symbolisches Kapital als öffentlich bekannte Kreativstars eigenen Rechts" (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die bereits angeführten Kritikformen durch das Selbstherstellen, und beides wird durch die Entwicklungsdynamik des Fordismus forciert, der sich in den Jahrzehnten zwischen 1920 und 1960 fortsetzt und worauf die Massenproduktion „auf Grundlage rigider Arbeitsteilung und Standardisierung" folgt (Schmidt 2018: 150).

Das Selbstherstellen steht damit ab 1900 vor drei zentralen Entwicklungsschüben: Erstens wird der Homo Faber vom Animal Laborans verdrängt, aus Künstler-Entwerfer*innen werden Künstler-Unternehmer*innen. Gilt bis 1900, dass die Figur des Unternehmers in der Tradition von Adam Smith das „Kapital zum Einsatz bringt oder eine Leitungs- und Überwachungsfunktion" hat (Reckwitz 2014: 150), stehen Unternehmer*innen fortan für die Prävalenz des Neuen – der Unternehmertyp nach Schumpeter, ein *kreativer Zerstörer* (vgl. Schumpeter 2020 [1942]: 103ff.), tritt auf den Plan. Zweitens wird aus dem Selbstherstellen das Selbstentwerfen: Künstler-Entwerfer*innen sind weiterhin Ideengeber*innen und stellen Individualität voran. Sie liefern an vielen Stellen aber nur noch Entwurfsideen, die für die serielle Fertigung gebraucht werden – aus dem vermeintlichen Original entsteht die Kopie als Voraussetzung für das Serienformat, Gert Selle spricht darum von einer „neuen elitären Produktästhetik auf der Grundlage kunsthandwerklicher und entsprechend teurer Qualitätsarbeit", die erstmals „imitative Massenkonsumbedürfnisse" befriedigt (Selle 1978: 46).[180] Für den Modebereich führt Reckwitz überdies eine neue „Starqualität" im Lichte der Öffentlichkeit von Modeschöpfern wie Charles Worth oder Paul Poiret an, die Entwürfe mit Originalitätsanspruch für die serielle Fertigung liefern (vgl. Reckwitz 2014: 166). Drittens entsteht in Abgrenzung dazu ein neuer Anspruch an „Materialgerechtigkeit" (Eisele 2011a: 61). Der Gedanke der ersten Handarbeitswelle ab 1855 und die Kritik von Arts and Crafts werden weitergetragen. Der Anspruch an Echtheit spiegelt sich – unter anderem – im Dilettantismus des 19. Jahrhunderts wider. In Zeitschriften wie „Der Dilettant" triumphiert dazu eine neue Ästhetik des Unfertigen (vgl. Hackenschmidt 2017: 272). Der Slogan „Do it Yourself" erscheint erstmals im Jahre 1912 in der Zeitschrift *Suburban Life* (vgl. Hornung et al. 2011: 8), worin Leser*innen ermutigt werden, ihre Wände selbst zu streichen: Laien werden zu Fachkräften, das Amateurhafte zur Selbst-Wissensaneignung (vgl. ebd.: 12).[181] Ab den 1960er Jahren findet zudem der Umweltschutzgedanke Einzug in den Designbereich. Er wird sogar in die Lehrpläne vieler deutscher Universitäten integriert (vgl. Möller 1989).

180 Nach Gert Selle ist die mit dem Jugendstil verknüpfte Konsumästhetik eine Antwort auf eine neue Konsumkultur, die den Absatz sucht. Selle hält sie im Nachgang für eine „fast asoziale Übereinkunft zwischen Künstler und Mäzen oder Kenner", die sich in der Folge fortsetzt (Selle 1978: 46).

181 An dieser Stelle ließe sich eine ganze Reihe von Beispielen anführen: Mal werden in der Literatur die Edelweißpiraten im Widerstand gegen das Nazi-Regime genannt, die über selbstangefertigte Flugblätter Parolen verbreitet haben (vgl. Hornung et al. 2011: 12). An anderer Stelle wird in Anlehnung an Arts and Crafts argumentiert, dass die serielle Fertigung in Abrede gestellt worden sei – und sich ein Arbeitsverständnis basierend auf ökologischen und sozialen Prinzipien begründen konnte (so etwa bei Ax 2009). In der Gesamtheit lässt sich sagen: Bevor der Slogan „Do it Yourself" aufkommt, gilt das Selbermachen als praktisches Korrektiv zur Wissensvermittlung. Wie Hornung et al. darlegen, haben gerade die unzähligen ‚Experimentierbücher' gegen Ende des 19. Jahrhunderts dazu beigetragen, dass die Anwendung von Wissen praktisch erprobt werden konnte (vgl. Hornung et al. 2011: 14ff.). Nicht zuletzt verspricht auch die Bastel- und Heimwerkerliteratur der damaligen Zeit den Erwerb von Fachwissen, das „sonst nur Fachleuten zugänglich" war (ebd.: 16).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Man könnte dazu wieder mit Hannah Arendt argumentieren, dass sich, wie im Kapitel 4.1.2 dargelegt, die Arbeitsgesellschaft in dieser Phase ausweitet und Arbeit heroisiert wird (vgl. Arendt 2013: 119): Einerseits bildet sich im 20. Jahrhundert die formal-rationale Berufsidee im Weberschen Sinne heraus, die betriebswirtschaftliches Kalkül mit neuem Unternehmergeist vereint (vgl. Reckwitz 2014: 155; Jochum 2018: 111). Andererseits ist es die lebendige Arbeit im Marxschen Sinne, die eine neue ästhetische Bedürfniskultur mit Extrawert schafft – die aber zugleich ein Bündel an Kritikformen im Arbeitskontext hervorbringt – und deutlich wird diese Entwicklung an drei zentralen Punkten: Erstens führen Institutionen wie der 1907 gegründete Werkbund und das Bauhaus ab 1919 Kunsthandwerk und technische Erneuerung zusammen. Zunächst wird sich (noch) an Vorgaben von Materialechtheit und handwerklicher Hingabe in Rückgriff auf Arts and Crafts orientiert. In der Folge öffnet man sich gegenüber industriellen Produktionsbedingungen (vgl. Hauffe 2016: 58ff.). So unterscheidet der Deutsche Werkbund klar zwischen Handarbeit und Massenproduktion, will aber die „Kluft zwischen Hand- und Maschinenarbeit" überwinden (ebd.).[182] Das Bauhaus dagegen institutionalisiert Prinzipien eines „pragmatischen Dilettantismus" (Eisele 2011a: 61), zielt aber auf die „Herstellung von Modellen für die industrielle Massenproduktion" ab (Möller 1989: 24) – und vor allem ist die Figur des modernen Gestalters unweigerlich mit den Positionen und dem Mythos des Bauhauses verknüpft (vgl. Unteidig 2018: 27). Der Gestalter soll sowohl „künstlerischen Ansprüchen" genügen als auch „funktionalen Anforderungen" gerecht werden (Möller 1989: 24).[183] Eine auf Individualität basierende Produktkultur wird mit Ansprüchen an industrielle Warenförmigkeit verzahnt, die sich mit Ideen des Dilettantismus verbindet.

Die Geschichte endet an diesem Punkt allerdings nicht. In den 1960er Jahren binden partizipative Ansätze des Skandinavischen Designs Arbeiter*innen in die Gestaltung ihrer Arbeitsumgebung mit ein (vgl. Unteidig 2018: 62). Auch treten Konzepte wie die *Bricologe* von Levi-Strauss hervor, die Techniken von Handwerk und Handarbeit neu interpretieren (Lévi-Strauss 1968: 29; vgl. Reinhardt 2011: 34f.) – nicht zuletzt setzt sich das bereits angesprochene ökologische Bewusstsein durch, das zwar (noch) keine ökologisch-sozialverantwortlichen Unternehmensformen im heutigen Ausmaß hervorbringt. Ökologische Prinzipien werden dennoch institutionalisiert: 1953 entsteht in Deutschland die „erste staatliche Institution zur Förderung der Gestaltung von Industrieprodukten" (Möller 1989: 25), der *Rat für Formgebung*. Das Thema Ökologie spielt anfangs keine Rolle, auch die im selben Jahr gegründete Hochschule für Gestaltung (HfG) versucht zunächst, rigoros „den Geist des Bauhauses fortzusetzen und weiterzuentwickeln" (ebd.) – nach René Spitz kann die HfG dennoch als erste deutsche Designhochschule gelten, die den

182 Nach Eisele propagiert der Deutsche Werkbund „eine neue Industrieästhetik, die den Begriff ‚Form' ins Zentrum rückt" (Eisele 2011a: 60), wobei die Handarbeit unmittelbar für das menschliche Seelenleben steht. Auf den Deutschen Werkbund wird im Kapitel 4.3.1c unter gesellschaftspolitischen Aspekten eingegangen.

183 Wie Evelin Möller herausgearbeitet hat, soll dazu jeder Studierende ganz eigene individuelle Wege gehen und sich von der Masse absetzen. Zugleich soll die von Individualität geleitete Idee zur „Herstellung von Modellen für die Serienfertigung" dienen (Möller 1989: 25).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nachhaltigkeitsgedanken integriert hat (vgl. Spitz 2013b: 126).[184] 1968 löst sich die HfG auf. Zugleich markiert das Jahr '68 einen Wendepunkt: Zum einen entstehen mit dem *Institut für Umweltplanung* (iup) an der Universität Stuttgart und in Braunschweig mit dem Fachbereich für „experimentelle Umweltgestaltung" an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste zwei Institutionen, die das Ökologiethema zentralisieren. Zum anderen geht es in Gestaltungsfragen nicht mehr nur um Form und Funktion von Produkten. Wie Thomas Edelmann herausgearbeitet hat, stehen bei Designfragen fortan auch die „Systeme" in Bezug auf Umweltfragen im Mittelpunkt (Edelmann 2013: 145).[185] Bemerkenswerterweise ist es der bis dahin gescholtene Funktionalismus[186], und damit die Fokussierung auf Funktion und Form von Produkten, der Tür und Tor für neues Umweltdenken öffnet. Es ist kein anderer als Abraham Moles, Elektrotechniker und Doktor der Physik, der klarstellt, dass sich der Funktionalismus gegen die Überflussgesellschaft zu stellen habe. Seine Argumentation erinnert bisweilen an Rorty, der das Unwesentliche vom Wesentlichen trennen will, um das Wesentliche zu benennen. Moles wendet sich dazu gegen den modernistischen Dekorationsüberfluss und die Ästhetisierung des Funktionalen, und dazu kommt ihm der Funktionalismus ganz gelegen (vgl. Moles 1999 [1968]; siehe auch Möller 1989: 29f.; Mareis 2016: 67). Damit lässt sich der Funktionalismus keineswegs, wie Andreas Reckwitz behauptet, auf die Formel von *„form follows function"* reduzieren, die erst vom *Radical Design* erlöst worden sei (Reckwitz 2014: 179, H. i. O.). Der Funktionalismus steht, zumindest auch, für neue „Semantiken des Verzichts", „Askese", neue „Sachlichkeit" und die „Reduktion auf das ‚Wesentliche'" (Mareis 2016: 67).[187]

Gerade der Funktionalismus-Streit zeigt, dass der Zweck, der im politikwissenschaftlich-philosophischen Diskurs zur Trennung von Herstellen und Handeln führt (siehe Kapitel 4.1.2), im Designkontext gesellschaftspolitisch gewendet wird. Gleichwohl

184 Nach René Spitz hat die HfG als erste Institution ein „politisches Fundament" in der Designfrage geschaffen. Vom ersten Tag an sei Gestaltung als Mittel verstanden worden, „um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen" (Spitz 2013b: 126ff.).

185 Edelmann führt dazu die Gestaltung öffentlicher Plätze in Städten wie Darmstadt oder Hannover an. Er zeigt aber auch „die Entwicklung komplexer Erscheinungsbilder für Unternehmen" am Beispiel von Erco auf (Edelmann 2013: 145f.).

186 Der Funktionalismus bestimmt Gegenstände im Wesentlichen durch seine Funktion (vgl. Moles 1999 [1968]; Mareis 2016: 67). Verkürzt geht es dabei um Design als ästhetische Formgebung, die funktional ist. Geprägt wurde der Begriff vor allem Ende des 19. Jahrhunderts durch den Architekten Louis H. Sullivan, von dem auch die bis heute viel zitierte Formel „form follows function" ausgeht (Sullivan 1896; siehe auch Möller 1989: 26; Mareis 2016: 64ff.). Die Kritik am Funktionalismus kommt dann (erneut) in den 1960er Jahren auf und sie richtet sich (unter anderem) gegen klare geometrische Gestaltungsprinzipien sowie die Vormachtstellung von Technik und Material (vgl. Mareis 2016: 66).

187 In der Designforschung bleibt es eine Streitfrage, ob der Funktionalismus für nachhaltiges Design steht oder nicht (vgl. Mareis 2016: 67; Spitz 2013b: 125). So versteht Claudia Mareis den Funktionalismus auch im „überhöhten Sinne", als „umfassendes Programm und Anleitung zur Gestaltung der artifiziellen Umwelt, ja sogar der Gesellschaft" (Mareis 2016: 66). René Spitz wendet ein, dass der Funktionalismus in historischer Betrachtung „kaum Beiträge zur Entwicklung des *Nachhaltigen Designs* geleistet" habe. Nach Spitz ergibt sich die Form des Funktionalismus *„zwangsläufig* aus einer inneren Logik des funktionalen Nutzens". Ihre Akteure hätten sich zudem nicht dafür interessiert, „dauerhafte Lösungen für komplexe Kontexte herbeizuführen" (Spitz 2013b: 125, H. i. O.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gilt der Funktionalismus ab 1968 als überholt (vgl. Möller 1989: 31ff.).[188] Eine ästhetische Bedürfniskultur verschafft sich Platz. Zugleich kommt es an den Universitäten mit Schwerpunkt Gestaltung zur „Flucht weg von der Praxis hin zur Theorie" (ebd.: 35) – womit Aspekte der „sozialen Relevanz" von Objektkultur an Dominanz gewinnen (ebd.: 31). Getragen wird diese Entwicklung vom Ideenfundus italienischer Agenturen wie Archizoom, Superstudio, Archigramm oder Gruppo Strum, die allesamt Stilrichtungen des *Anti-* und *Radical-Design* repräsentieren[189] – und die sich „gegen die Vorgaben des Modernismus" stellen (Reckwitz 2014: 179).[190] Etwa zeitgleich kommt die Konzeptkunst der *Land Art* und *Environmental Art* auf, die als eine Art Vorläufer des „Eco Art" oder „Bio Art" gilt (vgl. Maeder 2017; Volkart 2017).[191] All diese Formen können als Einflüsse dafür gelten, dass dem Selbstherstellen im Kontext von Design heute ein politisches Potenzial zugesprochen wird.

Zugleich ist damit die Dynamisierung der Märkte verbunden. Es sind die Ansätze des partizipatorischen Designs, die in der Designtheorie vielfach in der Kritik stehen, weil sie Gestalter*innen nicht nur in Planungsprozesse mit einbezogen haben. Hinter dem „Deckmantel der Demokratisierung" würde sich zugleich die „berechnende Logik der Ausnutzung und Instrumentalisierung von Nutzer*innen zur Verfolgung marktökonomischer Interessen" verbergen (Unteidig 2018: 78). Man könnte dazu mit Boltanski/Chiapello argumentieren, dass sich der „neue Geist des Kapitalismus" (2003) bereits hier Platz verschafft. Arts and Crafts, der aufkommende Dilettantismus und Varianten des partizipatorischen Designs sind somit nicht nur Verschanzungen gegenüber dem Markt. Sie bringen – durch den Anspruch an Autonomie, Selbstbestimmung und Authentizität – die von Reckwitz beschriebene „dritte" moderne Subjektkultur hervor, die das Leitbild der Kreativität herausformt (Reckwitz 2010: 441ff.). Zugleich bildet sich das heraus, was Nico Stehr (2007) die „Moralisierung der Märkte" nennt. Seit dem letzten Jahrhundert, so Stehrs These, bewege sich die westliche Gesellschaft auf Märkte zu, „auf denen die Marktteilnehmer ihre Entscheidungen mehr und mehr aufgrund einer Moralisierung des wirtschaftlichen Handelns treffen" (ebd.: 166). Allerdings spielen Produzent*innen bei Stehr nur eine untergeordnete Rolle. Sein Augenmerk liegt mehr auf dem „Konsument als Gemeinschaftswesen" (ebd.: 229). Im Folgenden richtet sich der Fokus auf die Produzentenseite und entsprechende Gesellschaftskritiken, die damit verbunden sind, wobei zwei zentrale Entwicklungen von besonderem Interesse sind: Zum einen bilden sich ab den 1950er Jahren neue atypisierte Arbeitsformen neben der Lohnar-

188 Die „Loslösung vom Funktionalismus" hat sich nach Möller „durch die praktizierte industrielle Formgebung" vollzogen (Möller 1989: 31ff.).

189 In der Regel handelt es sich hierbei um Agenturen, die herstellen ließen.

190 Auf das *Anti-* und *Radical-Design* wird im Kapitel 4.3.1e gesondert unter politischen Aspekten eingegangen.

191 Die *Environmental Art* lässt sich in zwei Bereiche unterteilen: in die Kunstform der *Land Art*, die Kunst in der natürlichen Umgebung von Flora und Fauna über natürliche Objekte künstlerisch inszeniert, sowie in die Praxis der *Eco Art*, die mit dem Begriff der *Environmental Art* wesensverwandt ist, den Begriff aber in Anlehnung an die Wissenschaft neu kontextualisiert. Bei beiden geht es darum, um über Projekte auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen (vgl. Maeder 2017; Volkart 2017; eine Zusammenfassung der hier beschriebenen Punkte findet sich unter https://blog.zhdk.ch/treelab/bioart/).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beit heraus, die sich ab den 1970er Jahren mit einem gesellschaftskritischen Bewusstsein verbinden. Zum anderen sind es die aus der Umweltbewegung der 1960er Jahre hervorgehenden Protagonist*innen, die in den 1980er Jahren neue Unternehmen mit sozialpolitischem Anspruch gründen – und die das Selbstherstellen in neues sozialverantwortliches Unternehmertum überführen.

4.2.2 Aktueller Strukturwandel von Arbeit

In den 1980er Jahren wird die Arbeitssoziologie von einer einschneidenden Debatte erfasst. Auf dem 21. Soziologentag 1982 in Bamberg hält Ralf Dahrendorf unter dem Titel „Krise der Arbeitsgesellschaft?" seinen bis heute viel zitierten Vortrag „Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht" (Dahrendorf 1983). Dahrendorfs Prognose ist eine Bestandsaufnahme mit Nachhall: Er stellt die These in den Raum, dass die Gesellschaft in Zukunft ohne Arbeit auskommen könnte. Dahrendorfs These schürt einerseits Ängste. Andererseits ist sein Vortrag der Auftakt hin zur Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff und tiefgreifenden Gesellschaftswandel, der bis heute anhält (vgl. Böhle et al. 2018: VI; siehe auch Wolf 2001).

Wie wir wissen, hat sich Dahrendorfs These nie bestätigt. Vom Ende der Arbeitsgesellschaft kann selbst vier Jahrzehnte später keine Rede sein. Gleichwohl erlebt die Gesellschaft seitdem einen kaum zu verkennenden Strukturwandel von Arbeit, der sich auf vielen Ebenen ganz unterschiedlich vollzieht: Er geht einher mit einer Entmaterialisierung der Arbeit (vgl. Boutang 1998: 12; Lazzarato 1998: 39ff.).[192] Er steht für die „Reorganisation von Arbeit" (Minssen 2012: 79ff.). Er zeichnet eine Dynamik durch die Atypisierung[193], Dezentralisierung und Flexibilisierung in der Arbeitswelt ab (vgl. Minssen 2012: 49ff.; Schmidt 2018) – insgesamt steht dieser Strukturwandel für die Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses (vgl. Kocka 2000: 265ff.; Schmid 2000: 269ff.; Bosch 2013). Gilt das Normalarbeitsverhältnis bis in die 1970er Jahre noch als nahezu unangefochten, haben sich seit Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985 atypische Beschäftigungen ausgeweitet (vgl. Keilig 2009: 50).[194] Alte Selbstverständlichkeiten gehen seitdem verloren, zugleich vervielfältigen sich die Arbeitsformen. Bis Mitte der 1980er Jahre steht Arbeit auch noch vorrangig für die klassische Lohnerwerbsarbeit (vgl. Voß

192 Die Entmaterialisierung verweist auf den Begriff der immateriellen Arbeit, die nach Lazzarato auf zwei Ebenen abzielt: erstens auf die Informationalisierung der Arbeit, wonach Fähigkeiten immer mehr auf Information und Kommunikation basieren. Zweitens steht der Begriff für den Wandel der Arbeit, da Tätigkeitsfelder, die lange Zeit als keine Arbeit galten, heute als Arbeit verstanden werden (können) – durch neue Konsumgewohnheiten, Netzwerkpflege etc. (vgl. Lazzarato 1998: 39f.).

193 Vgl. Dettling 2000: 202ff.; Keller/Seifert 2013; Dütsch/Struck 2014; Dörre 2014, 2017; Kleemann et al. 2019: 26ff.

194 Nach Keilig zählen dazu die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes, das Arbeitszeitgesetz von 1994, das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz von 1996, das Teilzeit- und Befristungsgesetz von 2001, das Job-AQTIV-Gesetz 2001 und die Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in den Jahren zwischen 2003 und 2005. Darüber hinaus gab es eine Absenkung gesetzlicher Mindeststandards von Arbeitsverträgen, die Lockerung des Kündigungsschutzes, zudem Leistungskürzungen bei Krankenversicherungen und Rentenbezügen (vgl. Keilig 2009: 50).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2018). Heute bildet sie ein breites Spektrum von der außererwerblichen Eigenarbeit (Offe/Heinze 1990; Badelt 1990; Scherhorn 2000), interaktiven Arbeit (vgl. Dunkel/Weihrich 2018) bis hin zu neuen Selbstständigkeitsformen ab, letztere nehmen seit den 1980er Jahren zu.[195]

Dieser zweite und aktuelle Bedeutungswandel wird im Folgenden am Beispiel der Selbstproduktion, dem Selbstherstellen, näher beleuchtet. Damit ist die Auflösung der fordistisch geprägten Arbeitsorganisation durch neue kreative Arbeitsfelder genauso verbunden wie das Aufkommen neuer sinnbasierter Tätigkeitsformen. Zugleich nehmen Marktanforderungen zu. Dieser Bedeutungswandel, das wird zu zeigen sein, findet auf verschiedenen Ebenen statt, und das gilt insbesondere, wenn man politische Aspekte hinzuzieht. Man kann dazu an Norbert Elias erinnern, der in seinem Essay „Wandlungen der Wir-Ich-Balance" (Elias 1996: 207ff.) ein dreistufiges Modell des sozialen Wandels vorgeschlagen hat – und auf den sich auch Bernd Sommer und Harald Welzer (2017: 101) in ihrer Analyse zu Transformationsdesign beziehen. Nach Elias vollzieht sich sozialer Wandel auf der funktionalen, strukturellen, institutionellen und habituellen Ebene. Alle Ebenen bedingen sich. Die Wandlungsprozesse finden aber nie gleichzeitig statt, und das heißt auch, dass die Subjektivierung von Arbeit, um die es im Folgenden geht, und eine Subjektivierung des Politischen, die im Anschluss thematisiert wird, nie synchron verlaufen müssen oder werden. Elias' Gedanken sind darum an dieser Stelle von Relevanz, weil die institutionelle und habituelle Ebene, so seine These, dem Wandel der funktionalen und strukturellen Ebene hinterherhinkt. Ähnlich argumentierte zuvor der französische Historiker Fernand Braudel (1958), auf den sich Sommer/Welzer ebenso beziehen, und nach dem sich ökonomische Dynamiken immer schneller wandeln als geografische, geologische, mentale und soziale Prozesse – in Anlehnung an Braudel und Elias sprechen Sommer und Welzer von heutigen „Ungleichzeitigkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen" (Sommer/Welzer 2017: 96ff.), und sie sehen darin Parallelen zur nachhaltigen Transformation: Während der Klimawandel unaufhaltsam voranschreitet und gesellschaftliche Interdependenzen in der Arbeitswelt und Sozialstruktur zunehmen würden, kämen Institutionen diesem Wandel kaum hinterher.

Im Zuge dieser Dynamik stellt sich nicht nur die Frage, wie sich Arbeitsformen wandeln und welche Funktion Arbeit heute hat. Die Frage ist auch, wie sich politische Kontexte verändern – und wie sich beides bedingt: Ist die Politik heute (noch) imstande, mit diesem Wandel Schritt zu halten? Verschieben sich womöglich gesellschaftliche Agitationsfelder, weil Parteien im Wettrennen um schnelle Entscheidungen erlahmen? Wird Arbeit darum politisch(er), oder politisieren sich Arbeitssubjekte, weil sie der Politik immer weniger zutrauen? Wie haben sich folglich die Formen des Selbstherstellens durch diese Dynamisierungen gewandelt und was tragen sie zu diesem Wandel bei? Dabei gehen die folgenden vier Kapitel von folgender Grundsatzbeobachtung aus: Zunächst gelten die Arbeitsformen des Selbstherstellens als sinnhaft und gesellschaftspolitisch, weil sie nicht erwerbsgebunden sind. Heute dagegen werden vermehrt neue unternehmerische Perspektiven als politisch interpretiert, weil sie für gesellschaftliche Lösungen stehen. Die Pluralisierung von Arbeitsformen, die Ökonomisierung von Arbeit und die Politisierung von Arbeitsfeldern sind damit als keine Gegensätze zu begreifen. Sie stehen

195 Vgl. Vonderach 1980; Vanselow 2003; Bögenhold/Fachinger 2010; Fachinger 2014.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in einer wechselseitigen Beziehung zueinander, die Wandel hervorbringen und worüber sich Gesellschaftswandel zeigt.

a.) Atypisierung, Spezifizierung und Bedeutungsverlust der Berufsidee

Das Arbeitsfeld Design ist überaus vielschichtig: Es setzt sich aus den Bereichen Interior Design, Industriedesign, Webdesign, Produkt-, Kommunikationsdesign oder Multimedia- sowie Modedesign zusammen – und die Liste an Aufzählungen ließe sich fortsetzen. Dass Designproduktion als politisch gilt, ist im Wesentlichen jedoch auf zwei zentrale Punkte zurückzuführen: Erstens haben sich neue nachhaltige Unternehmensformen herausgebildet, die eine Alternative zu herkömmlichen Produktionsweisen versprechen. Zweitens stellen Menschen vermehrt neben der Erwerbsarbeit her; neue Tätigkeitsbereiche ergänzen damit die alte Berufsförmigkeit. Beide Formen bilden keinen Gegensatz. Vielmehr zeigen sich Übergänge, die die Arbeitsformen fortlaufend verändern. Einerseits steht diese Entwicklung für die Spezifizierung von Tätigkeiten und Berufsfeldern seit der Industriemoderne. Andererseits drückt sich darin ein „Bedeutungsverlust der Berufsidee" aus (Koppetsch 2006: 36): Das „einstige Leitbild der Berufskarriere" (ebd.) ist seit den 1970er Jahren zunehmend brüchig geworden. Lebensentwürfe haben sich flexibilisiert. Projektförmigkeit und Atypisierung haben zugenommen.[196]

Das Selbstherstellen steht wiederum für beide Prozesse: Formen des Selbstherstellens kommen ab den 1950er Jahren im Bereich der Freizeit neben der Erwerbsarbeit auf. Neue Tätigkeitsfelder im Kontext von Design werden durch neue Selbstständigkeiten ergänzt – die erste Entwicklung zielt auf neue „handwerkliche Tätigkeiten in den eigenen vier Wänden" ab (Kreis 2017: 24), die sich seit den 1950er Jahren herausbilden und die um Schlagworte wie „Do it Yourself" oder „Heimwerken" popularisiert werden (vgl. ebd.; siehe auch Voges 2017: 36ff.). Die zweite Entwicklung zeigt neue berufliche Perspektiven durch „ökoeffektives Design" (Boden 2013: 194ff.) oder neues „Postwachstumsdesign" auf (Paech 2013: 204ff.), in deren Spannungsfeld neue Berufsfelder an der Schnittstelle zur ökologischen oder sozialen Nachhaltigkeit entstehen – und beides kristallisiert sich seit den 1970er Jahren heraus.

In der Praxis zeigt sich das darin, dass die „Selbst-Reparatur" ab den 1960er Jahren zunächst schichtenübergreifend salonfähig wird (vgl. Heckl 2013; siehe auch Weber

196 In der Arbeitssoziologie wird diese Entwicklung als Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen verstanden, die von der „Norm des Normalarbeitsverhältnisses abweichen" (Kleemann et al. 2019: 28). Nach Kleemann zählen dazu a) die Teilzeitarbeit (bis 20 Wochenstunden), b) die befristete Beschäftigung, c) die Leiharbeit sowie d) die bezuschusste Beschäftigung, zumeist infolge geringfügiger Beschäftigung. Die Solo-Selbstständigkeit taucht allerdings nicht auf. Genauso wäre zu diskutieren, inwiefern Formen des erwerbsfreien Selbermachens dazu gehören können oder müssen. Sie wären damit atypische Arbeit, allerdings keine atypischen Beschäftigungsformen (siehe weiterführend zur Diskussion Dettling 2000: 202ff.; Keller/Seifert 2013; Dütsch/Struck 2014; Dörre 2014, 2017; Kleemann et al. 2019: 26ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2018).[197] Arbeit wird als neues Betätigungsfeld in der Freizeit entdeckt. Zeitschriften wie „Do it Yourself" (mit dem damaligen Titel „Selbst ist der Mann") forcieren Prozesse der Selbstaktivierung (vgl. Voges 2017: 43). Hinzu kommen, leicht versetzt, sogenannte Jugend-Subkulturen (vgl. Baacke/Ferchhoff 1994, 1995), die den Ausspruch „Do it Yourself" subversiv einfärben. Letzteres zeigt sich vor allem in der punkbeeinflussten Hardcore-Szene um US-amerikanische Bands wie Minor Threat und später Fugazi, die das Selbermachen zum Leitsatz neuer Gesellschaftskritik erklären (später folgen deutschsprachige Bands um Charly's War, Hammerhead und Magazine wie ZAP oder Plot). Nicht nur die Freizeit und entsprechende Lebensstile werden darüber politisiert. Aus den subversiven Zirkeln gehen neue Arbeitsformen hervor, die (zunächst) von klassischer Lohnarbeit weit entfernt sind, die später aber in realökonomische Arbeitsformen überführt werden. Auch gilt für den Designkontext, dass sich Alternativen zur Industrieförmigkeit herausbilden. Zugleich kommt ein neues politisches, ökologisches Bewusstsein auf. Nach Möller findet im Designkontext der 1970er Jahre eine „starke Orientierung hin zu politischen Auswirkungen der Produktentwicklung" (Möller 1989: 33) statt. Ziel vieler Designer*innen sei es, „die Welt, die Umwelt, besser zu machen" (ebd.).

Im Gegensatz zur Arbeitssoziologie, die in der Regel die Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen und die Erosion des klassischen Normalarbeitsverhältnisses seit den 1990er Jahren beschreibt (vgl. Kleemann et al. 2019: 89), setzt die Atypisierung von designbasiertem Selbstherstellen bereits in den 1970er Jahren ein: Neue Design- und Modeproduktionen entdecken eine konsumkritische Käuferschicht und umgekehrt, eine konsumkritische Käuferschicht entdeckt neues Design. Prozesse des *Prosumings* (Toffler 1983), wonach Verbraucher*innen auf Produktionsentscheidungen Einfluss nehmen oder mitwirken, gewinnen an Relevanz. Design setzt damit fern ab von Verschleiß und Überproduktion neue Standards (vgl. Möller 1989; Banz 2016: 14ff.). Diese Formen sind es auch, die den Humus für ein heutiges gesellschaftspolitisches Bewusstsein im Designkontext bilden – und das gilt sowohl in erwerbsbezogener als auch erwerbsfreier Hinsicht, was die beiden folgenden Abschnitte zeigen werden.

b.) Bedeutungsgewinn von Arbeit neben der Lohnarbeit: Das Private wird politisch

Dass dem Selbermachen ein gesellschaftspolitisches Potenzial zugesprochen wird, liegt vor allem daran, dass sich Formen der informellen Arbeit seit den 1970er Jahren ausgeweitet haben. Schlägt man eines der zahlreichen Bücher zum Thema „Crafting" (vgl. Eismann/Zobl 2011; Zobl 2011; Lehmann et al. 2015), „Do it Yourself" (vgl. u.a. Hornung et al. 2011) oder „Selbermachen" auf (vgl. Baier et al. 2016a, b; Sylla 2016), werden die Leser*innen in der Regel in eine außerbetriebliche Welt der Arbeit entführt: Das Selbermachen gilt als gesellschaftlicher Gegenentwurf zur Lohnarbeit. Selbermachen ist gleichbedeutend mit einer „Kultur des Amateurs" (Sylla 2016: 24). Es steht für die „Reduktion der

197 Die Bürger*innen reparieren im 18. Jahrhundert in der Regel noch nicht selbst. Man ließ jemanden kommen. Nur schlecht verdienende Arbeiter*innen können sich keinen Reparaturdienst leisten (vgl. Weber 2018). Vor allem machen die Heimwerkermärkte die „Selbst-Reparatur" im Kontext des Slogans „Do it Yourself" angelehnt an die gleichnamige Zeitschrift, die seit 1957 erscheint, salonfähig.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abhängigkeit von Märkten" (Kreis 2017: 18) oder für neue „politische Stellungnahmen in einem globalen Kontext" (Eisele 2011b: 70). Zum einen wird damit ein Vorschlag unterbreitet, Arbeit als Gegenmodell zur normierten Lohnerwerbsarbeit zu verstehen (vgl. Friebe/Ramge 2008). Zum anderen wird der Versuch unternommen, das Selbermachen gegenkulturell zu stilisieren – und die Deutungen reichen hier von der Bastelei über das Heimwerken der Eigenarbeit bis zum Selbermachen als (sub)politisches Feld (vgl. Gaugele 2011a, 2011b; Kurz 2015: 182f.).

In einer arbeitssoziologischen Perspektive vollziehen sich damit zwei Entwicklungen: Erstens zeigt sich seit den 1950er Jahren ein Bedeutungsgewinn von der Arbeit neben der Lohnarbeit – erst dadurch kommt es zur stärkeren Verzahnung von Arbeit und Freizeit. Waren Arbeit und Freizeit respektive Arbeit und Leben bis dahin zwei „konträre Sphären" (vgl. Voß 1993: 70), weicht sich diese Trennung seit den 1960er Jahren schrittweise auf – Folge ist die „Herausbildung flexibler Zeitmuster" (Hildebrandt et al. 2000: 16ff.). Mitverantwortlich dafür sind mitunter die Durchsetzung des freien Wochenendes oder der Erholungsurlaub. Auch wird die durchschnittliche Jahresarbeitszeit, die sogenannte tarifliche Soll-Arbeitszeit, zwischen 1950 und 1985 aufgrund tarifvertraglicher Regelungen um gut ein Viertel reduziert (vgl. Offe/Heinze 1990: 21) – die 48-Stunden-Woche wird auf die 40-Stunden-Woche heruntergefahren, seit 1984 fällt die Arbeitszeit unter 40 Wochenstunden (vgl. Scherhorn 2000: 348).[198] Diese Veränderungen machen nicht nur ein erhöhtes Freizeitaufkommen neben der Arbeit möglich. Arbeitsformen in der Freizeit gewinnen an Bedeutung.[199]

Die zweite Entwicklung, die aus der ersten resultiert, ist die, dass sich eine Aufwertung der Arbeit in normativer Perspektive vollzieht (vgl. Baethge 1991). Neue Sinngehalte bilden sich im Arbeitskontext heraus. Martin Baethge hat diese Entwicklung am Wertewandel der 1970er Jahre festgemacht, wonach insbesondere jüngere Arbeitskräfte Ansprüche an die eigene Arbeit stellen.[200] Diese Entwicklung, die in der Arbeitssoziologie in Anlehnung an Baethge als die *normative* Subjektivierung von Arbeit gilt, lässt sich allerdings auf keine Erwerbsförmigkeit reduzieren. Sie vollzieht sich genauso in den Nebenschauplätzen der formellen Arbeit, was sich insbesondere im Aufkommen neuer „‚Do-it-Yourself'-Aktivitäten" zeigt (Offe/Heinze 1990: 46). Diese sind es auch, die Arbeit mit einer gesellschaftspolitischen Ebene verzahnen.

Das zeigt: Erst als sich die „Trennung der privaten Lebenswelt vom Produktionsprozeß" (Kratzer/Sauer 2003: 98) aufweicht und eine Abkehr vom Leitbild der fordistisch-

198 Diese Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Arbeitszeit über die Jahre kontinuierlich erhöht hat und erst seit 1991 sinkt: Insgesamt ist die gewöhnliche Wochenarbeitszeit seit 1991 (38,4 Stunden) um 3,7 Stunden auf 34,7 Stunden pro Woche reduziert worden. Deutschland liegt damit (im Jahr 2021) unter dem europäischen Durchschnitt mit 37,0 Stunden Wochenarbeitszeit (vgl. Destatis 2023c). Auch muss angemerkt werden, dass die Haushaltsproduktion für den Eigenbedarf im Zeitraum von über 200 Jahren rückläufig ist. Ohnehin ist im Zeitverlauf mehr für den Markt als für den Eigenbedarf produziert worden (vgl. Skolka 1990: 53).

199 Rosenstiel (2006: 15ff.) spricht sogar von einem „fließenden Übergang von Arbeit und Freizeit". Noelle-Neumann und Köcher (2002) gehen gar von einer generellen Angleichung der Wertigkeit von Arbeit und Freizeit aus.

200 Siehe zur Vertiefung Kleemann et al. 2003: 85; Voß/Weiß 2005; Drinkuth 2007: 13ff.; Manske 2007: 56; Minssen 2012: 118ff.; Nies 2015: 96; Kleemann et al. 2019: 173ff.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tayloristischen Arbeitsorganisation vollzieht, werden Zugänge zur Arbeit geschaffen, die sich mit gesellschaftspolitischen Ansprüchen verbinden. Zuvor ist die Normalarbeitszeit über die fordistisch-tayloristische Arbeitsorganisation klar reguliert: Arbeit wird von privaten Belangen unterschieden (vgl. ebd.: 94ff.). Arbeit steht für ein Leistungsethos, das von Misstrauen gegenüber dem Arbeitssubjekt geprägt ist und die selbstständige Beteiligung teils kriminalisiert (vgl. Huber 2012: 46f.). Erst die Abkapselung vom fordistisch-tayloristischen Leitbild schafft neue Räume der Erfahrbarkeit, und bezogen auf das Selbstherstellen lassen sich zwei zentrale Kritikformen anführen: Erstens bildet sich seit den 1970er Jahren ein neues ökologisches Bewusstsein heraus, das sich mit der handwerklichen Arbeit verbindet. Zweitens wird die Geschlechterungleichheit im Arbeitskontext kritisiert, und beide Kritikformen bilden das Spannungsfeld der eingangs angeführten Sozial- und Künstlerkritik nach Boltanski/Chiapello (2003) ab. Die erste Kritikform, die ökologische, ist traditioneller Natur. Sie resultiert aus der gewonnenen Freizeitgestaltung und wendet den Ausspruch „Do it Yourself" ab einem gewissen Zeitpunkt ins Gesellschaftspolitische. Die zweite Kritikform, die der Geschlechterungleichheit, geht aus den Sozialen Bewegungen hervor. Und beide münden in einer klar erkennbaren „ökologische[n] Industriekritik" (Brand et al. 1983: 175), woran der Diskurs um die „Grenzen des Wachstums" anschließt, der sich wiederum mit dem Designdiskurs ab den 1970er Jahren verbindet: Neue „Produktions- und Dienstleistungskollektive" treten hervor (ebd.: 167), die in enger Verbindung zu den sozialen Bewegungen stehen.

Betont werden muss allerdings, dass der aufkommende Do-it-Yourself-Boom der 1950er Jahre zunächst kein Ausdruck gesellschaftskritischer Positionierungen ist. Vielmehr lässt er sich als „Appell an das bürgerliche Arbeitsethos" verstehen, der bis in die Freizeit reicht (Voges 2017: 38). Das „Do it Yourself" der 1950er Jahre ist geradezu ein „genuin amerikanischer Import" (ebd.: 37), der zunächst als „typische ‚US-Verrücktheit'" abgetan wird (ebd.: 40)[201] – Voges spricht auch von „der Verbürgerlichung des DIY" (ebd.: 38). Diese Verbürgerlichung bringt die Nation zurück an die Bohrmaschine. Sie steigert die Selbstaktivierung neben der Lohnarbeit. Erst in den 1970er Jahren wird der Slogan „Do it Yourself" zum Ausdruck neuer Antibürgerlichkeit, der jedoch schnell in neue Bürgerlichkeit überführt wird: So bringt der IKEA-Trend der 1970er Jahre Formen einer freiwilligen „Konsum- und Wachstumsbeschränkung" hervor (Eisele 2006), und dieser Trend hat nichts mit einem gesellschaftskritischen Aufbegehren zu tun. Vielmehr hat das Heimwerken ganz „pragmatische und ökonomische" Gründe (Hackenschmidt 2017: 273). Vielen sind die Handwerker*innen der damaligen Zeit schlichtweg zu teuer (vgl. ebd.).

Zu einem „antikapitalistischen und konsumskeptischen Impuls" (Hackenschmidt 2017: 273) wird das DIY-Prinzip erst Ende der 1960er Jahre: Prinzipien der Selbstorganisation rücken in den Vordergrund. Die „Alternativbewegung" bringt politische

201 Diese Skepsis kam in der Philosophie und Soziologie umso mehr zur Geltung. So gibt Jürgen Habermas zu verstehen, dass er es als befremdlich finde, dass die Bevölkerung gewonnene Freizeit nun auch noch mit Güterproduktion ausfülle (Habermas 1958; vgl. Voges 2017: 51). An dieser Grundskepsis wird nicht nur deutlich, dass das Do-it-Yourself-Prinzip der 1950er Jahre (noch) nichts Politisches ist. Es zeigt, dass ein Arbeitsverständnis vorherrscht, das an die Lohnerwerbsarbeit gebunden bleibt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ansprüche mit neuer Selbstverwirklichung zusammen (vgl. Waibel/Stammeier 1981; Bröckling 2007: 257ff.). Zudem trägt die Ökologie- und Frauenbewegung Forderungen in die breite Öffentlichkeit (vgl. Brand et al. 1983: 251; Limbach 2003: 35ff.) – kritisiert wird das „Scheitern anderer Politikkonzepte" (Bröckling 2007: 257), zurückgewiesen werden die Massenfertigung und die Schlechterstellung der Frau. Im nächsten Schritt professionalisieren sich die Alternativbetriebe und Dienstleistungskollektive: Wurde den Alternativbewegungen anfangs noch eine gewisser „Irrationalismus" unterstellt, der eine Professionalisierung verhindere (Brand et al. 1983: 166), setzt die „Alternativbewegung" nun strategisch auf alternative „Gegenöffentlichkeit" und die „Alternativpresse" (ebd.: 169).

Erst diese Entwicklung führt überhaupt dazu, dass der Begriff des Selbermachens politisiert wird. Es sind die alternativen, vom Kapitalismus losgelösten Zirkel, die den Begriff politisch einfärben, wenngleich einschränkend gesagt werden muss, dass viele der Projekte „nicht in Konfrontation mit dem ‚kapitalistischen System', sondern neben ihm, in einer Abwendung von ihm" (Bierhoff/Wienold 2010: 229), stehen. Auch gilt für den Designbereich, dass er immer schon industriegebunden war. Überleitend zum nächsten Kapitel lassen sich damit insgesamt drei Tendenzen herausstellen, die den Zusammenhang von Arbeit und Politik im Kontext der Selbstproduktion neu beleuchten: Erstens wird Arbeit in den 1970er Jahren in feministischer Perspektive in Anlehnung und Abgrenzung zu Marx politisiert (vgl. Dalla Costa/James 1973; Haug 2001; Paulus 2013). Arbeit kommt darüber eine politische Dimension zu, weil Frauen Hausarbeit unentgeltlich leisten (*selber machen*), die Hausarbeit aber nicht als Arbeit gilt – entworfen wird sowohl ein erweiterter Arbeitsbegriff, der die Hausarbeit als Arbeit definiert, als auch ein erweiterter Politikbegriff, der die privaten Belange politisiert (vgl. Drüeke/Klaus 2017). Zweitens wird Arbeit an die Erwerbsarbeit gebunden. Damit wird der Trend zum Selbermachen arbeitssoziologisch zurückgewiesen (u.a. von Habermas) – das Selbermachen wird entpolitisiert. Drittens kommt dem Selbermachen eine politische Dimension zu, weil die Aufhebung der Trennung von Privatem und Politischem neue Räume der Erfahrbarkeit neben der Erwerbsarbeit schafft, und das auch im Arbeitskontext. Das heißt, dass dem Selbermachen/Selbstherstellen bis in die 1970er Jahre vor allem eine politische Dimension zukommt, wenn sie unentgeltliche Arbeit ist. Das ändert sich in den 1980er Jahren, als aus den einstigen Alternativbewegungen neue Marktschauplätze werden: Arbeit wird flexibilisiert und ökonomisiert. Zugleich sind es die Protagonist*innen der Sozialen Bewegungen, die neue Unternehmen mit sozialen und politischen Ansprüchen gründen – und das Unternehmerische damit politisieren. Der folgende Abschnitt wird diese Entwicklung aufzeigen.

c.) Gesellschaftskritik durch neues Unternehmertum? Die Herausbildung neuer Selbstständigkeitsformen

In den 1980er Jahren gerät das Normalarbeitsverhältnis ins Wanken.[202] Die lebenslange Beschäftigung an einem Ort und in einem Betrieb dünnt sich aus. Befristete Arbeitsverträge, Leih- oder Kurzarbeit sowie geringfügige Beschäftigungen nehmen zu (vgl. Cas-

202 Vgl. Koppetsch 2006: 35ff.; Kahlert/Kajatin 2004: 18; Loacker 2010: 33; Bührmann/Pongratz 2010; Bosch 2013.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tel/Dörre 2009; Dörre 2014, 2017) – die Zahl von Selbstständigkeitsformen schnellt im Zeitverlauf nach oben: Liegt sie Anfang der 1990er Jahre in Deutschland ‚erst' bei einer halben Million, sind es 2021 laut Mikrozensus rund 3,5 Millionen (vgl. Statista 2023a) – wenngleich die Zahl seit 2012 rückläufig ist (vgl. Günther/Marder-Puch 2019: 1).[203] Über die Hälfte davon, 1,9 Millionen, sind sogenannte Solo-Selbstständige (vgl. BMAS 2022).

Das heißt: Aus dem Prinzip „Mach es selber" der 1950er Jahre werden seit den 1980er Jahren schrittweise neue Unternehmenskonzepte. Zwar ist die „Idee betrieblicher Selbstorganisation der Arbeiterschaft" nicht neu. Sie kommt bereits im 19. Jahrhundert auf und lässt sich in Europa bis in die Zeit des französischen Frühsozialismus zurückverfolgen (vgl. Bierhoff/Wienold 2010: 228). Auch findet bereits in den 1920ern Jahre eine Gründungswelle durch kooperative Unternehmungen statt (ebd.). Die sogenannten „neuen Selbstständigen" und Formen der Solo-Selbstständigkeit aber (Vonderach 1980; Vanselow 2003), um die es im Folgenden geht, entstehen in den 1980er Jahren: Sie bilden die Tendenz neuer Mikro- bzw. Solo-Selbstständigkeiten durch „Ein-Mann- bzw. Eine-Frau-Firmen" ab (Bögenhold/Fachinger 2010: 63).[204] Sie stehen für die Herausbildung neuer wissensintensiver Dienstleistungen (vgl. Vanselow 2003: 10). Und ein Teil von ihnen ist im Kultursektor lokalisiert (vgl. Euteneuer 2011).

In Zahlen heißt das: Bis zu 75 Prozent aller Erwerbstätigen in künstlerisch-kreativen Erwerbsfeldern arbeiten heute alleine; sie beschäftigen keine weiteren Mitarbeiter*innen (vgl. IHK et al. 2015; Sen.Verw. 2019; siehe Kapitel 4.1.9). Die Beschäftigungsformen sind geprägt von neuen Flexibilitätsanforderungen einerseits und schwankenden Einkommensstrukturen andererseits (vgl. dazu Manske 2016a). Sie zeichnen sich durch ein hohes Qualifikationsniveau aus (vgl. Betzelt 2006; Euteneuer 2011: 66). Zugleich sind sie vielfach prekär.[205] Insgesamt verweisen die vorhandenen Daten zur selbstständigen Erwerbsarbeit und Solo-Selbstständigkeit in der Kulturwirtschaft auf ein „attraktives Beschäftigungsfeld" hin, das „durch vielfältige Unsicherheiten geprägt ist" (vgl. Euteneuer 2011: 66).

Das erinnert bisweilen an die Verökonomisierungsthese der Kulturarbeit. Allerdings entstehen die Gründungen in den 1980er Jahren zunächst „vor dem Hintergrund einer

203 Bis 2012 ist die Selbstständigkeit in Deutschland angestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Zunahme der Solo-Selbstständigkeit zurückzuführen (vgl. Günther/Marder-Puch 2019: 1). 2012 gibt es einen Höchststand mit 4,3 Millionen Personen. Seitdem ist die Zahl rückläufig, insbesondere in der zuvor stark wachsenden Gruppe der Solo-Selbstständigen. Laut Arbeitskräfteerhebung zeigt sich in den vergangenen Jahren sogar eine gegenläufige Tendenz: Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist zwischen 2012 und 2017 um 7,9 Prozent gestiegen, die der Selbstständigen um 5,1 Prozent gesunken (vgl. ebd.).

204 Der Begriff Solo-Selbstständigkeit ist eng verbandelt mit dem des ‚Alleinselbstständigen' (vgl. Huber 2012: 23). Der Begriff des ‚Alleinselbstständigen' ist in der Professionssoziologie entwickelt worden (vgl. ebd.). Mittlerweile hat sich jedoch der Begriff Solo-Selbstständigkeit etabliert und wird im Folgenden verwendet. Huber macht darauf aufmerksam, dass Alleinselbstständigkeit etwas „grundlegend anderes als die Arbeit der klassischen Selbstständigen wie zum Beispiel Ärzten und Juristen" sei. Im Gegensatz zu den Alleinselbstständigen sei sie „berufsständisch organisiert" und unterliege einer „starken Selbstregulierung" (ebd.).

205 Vgl. Haak 2005; Betzelt 2006; Koppetsch 2006; Loacker 2010; Huber 2012; Manske 2007, 2016a; Dangel-Vornbäumen 2010: 137ff.; Manske/Schnell 2018.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lebendigen Alternativbewegung" (Vanselow 2003: 17). Auch taucht der Begriff der „neuen Selbstständigen" in dieser Zeit erstmals auf. Vanselow beschreibt die Gründungswelle als „selbstbestimmt und schöpferisch", zugleich als „kapitalarm und technikfern" (ebd.). Vonderach hebt vor allem die intrinsische Motivation hervor (Vonderach 1980: 154). Das gilt zwar nicht grundsätzlich. So ist der primäre Grund für Gründungen in Deutschland lange Zeit die Angst vor der Erwerbslosigkeit (vgl. Pongratz/Simon 2010: 43). Bei den Selbstständigkeitsformen der 1980er Jahre aber und bei denen, die im Kultursektor verortet sind, überwiegt das intrinsische Motiv (vgl. Euteneuer 2011).[206] So kamen Studien zu dem Schluss, dass Kulturunternehmer*innen nicht nur kapitalarm gründen und das Interesse an Wachstum gering ist (vgl. Leadbeater/Oakley 1999; Lange 2007; Euteneuer 2011: 72). Den Akteuren geht es darum, ihre Unabhängigkeit zu behaupten. Viele hegen zudem eine Antipathie gegen große Organisationen (ebd.) – in den Vordergrund rückt das Bedürfnis, Dinge selbst steuern zu können. Und gerade für Kreative wird angenommen, dass sie ‚anders' gründen: Arbeits- und Lebenszusammenhänge und damit verbundene persönliche Motive der Lebensplanung würden ineinandergreifen (vgl. Grüner et al. 2015).

Allerdings wird die Zunahme von Selbstständigkeitsformen in der Sozialforschung unterschiedlich gewichtet: Während die arbeitssoziologische Entrepreneurship-Forschung vorrangig die sozialen Risiken durch Prekarisierungen problematisiert (vgl. Bührmann/Pongratz 2010: 12), stellt die stark wirtschaftlich ausgerichtete Entrepreneurship-Forschung (die Designforschung ebenso) das gesellschaftliche Potenzial über neue Unternehmensformen heraus – und hebt stellenweise ein politisches Potenzial hervor. Die Entrepreneurship-Forschung verweist dazu oftmals auf Schumpeters Begriff der „schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter 2020 [1947]: 103ff.), womit das Ausbrechen aus Routinen gemeint ist und worüber sich nachhaltige Perspektiven eröffnen würden (vgl. Fueglistaller et al. 2012; Stein 2015: 110). Diese Interpretation verkennt allerdings, dass Schumpeter für eine Analyse zu nachhaltigen (und politischen) Arbeitsformen nicht unproblematisch ist. Zwar ist der Unternehmer bei Schumpeter kein Protokapitalist – er ist Ideengeber und Innovator, ein *kreativer Zerstörer* (vgl. Schumpeter 2020: 103ff.). Er generiert dennoch wirtschaftliches Wachstum (vgl. Stein 2011: 36; Manske 2016a: 185).[207] Auch sind soziale und ökologische Perspektiven sekundär. Ohnehin ist der Innovator

206 Wie im Forschungsstand unter Punkt 3.1 aufgezeigt, gab es lange Zeit keine Studien zu Kulturunternehmer*innen (vgl. Euteneuer 2011: 72). Die wenigen, die genannt werden können, sind die von Charles Leadbeater und Kate Oakley (1999) sowie die von Birgit Mandel (2007) im deutschsprachigen Raum.

207 Die Kritik, dass Schumpeter einen männlichen „Machertyp" stilisiere, findet sich bei Bandhauer-Schöffmann (2002: 24) oder Löffler (2013: 23). So spricht Schumpeter in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" seitenweise von „ganze[n] Kerlen" und „Männer[n] der Tat", die „die moderne Industrie geschaffen" hätten (Schumpeter 2006 [1912]: 137ff.). Man muss Schumpeter allerdings zugutehalten, dass er den Unternehmer vom Kapitalisten und Monopolisten unterscheidet (vgl. Schumpeter 2020 [1947]: 130ff.): Der Kapitalist häuft ungezwungen Kapitalvermögen an; Schumpeter spricht auch von „monopolistische[n] Praktiken" (ebd.: 111ff.), von denen er sich klar abgrenzt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

primär der männliche ‚Macher' (vgl. Bandhauer-Schöffmann 2002: 24; Löffler 2013: 23). Eine politische Perspektive auf Schumpeter ist in vielerlei Hinsicht problematisch.[208]

Die Frage aber, die sich in Anlehnung an Schumpeter stellt, ist: Wie greifen Ökonomie- und Politikformen ineinander? Wie viel Markt verträgt das Gesellschaftspolitische und umgekehrt, wie politisch kann neues Unternehmertum sein? In der Forschung konkurrieren dazu zwei Sichtweisen: Die eine Seite setzt das Gesellschaftspolitische durch Marktverzahnung außer Kraft. Perspektiven dazu finden sich bei Wolin (1960), Žižek (2009), Blühdorn (2013) oder Mouffe (2011, 2015, 2016). Auch Vanselow kommt zu dem Schluss, dass sich die anfängliche „alternativ-ökonomische" Motivation der Gründer*innen in den 1980er Jahren schnell in ökonomische Rationalität verpuppt habe (vgl. Vanselow 2003: 17f.). Arndt Neumann (2008) geht sogar so weit, die Gründungen aus den alternativ-ökonomischen Zirkeln der 1970/80er Jahre als Vorreiterrolle für den heutigen flexiblen Kapitalismus zu bewerten. Die andere Seite sieht in der Marktverzahnung ein gesellschaftspolitisches Potenzial. So hebt Tine Stein in Anlehnung an Schumpeter „das spezifisch individualistische Moment" eines „politischen Akteurs" hervor (Stein 2015: 111). Weiß et al. legen zudem dar, dass die Gründungswelle grüner Pioniere in den 1980er Jahren in zweifacher Hinsicht ein gesellschaftspolitisches Signal gewesen sei (Weiß et al. 2012: 19): Zum einen hätte „die Werteeinstellung grüner Gründer" ihren Ursprung in der Ausbildung ökologischer Haltungen und Meinungen gehabt, die in den 1980er Jahren bei etwa zwei Drittel der Gründer*innen „mit einer politischen Aktivität in der Umweltbewegung" einhergegangen wäre (vgl. ebd.; siehe auch Clausen 2004). Zum anderen hätten viele ihre Gründung als Beitrag „zu einem gesellschaftlichen Veränderungsprozess" verstanden – und damit „die Umsetzung einer politischen Absicht" verbunden (ebd.).

Letzteres Bild dominiert in der Social-Entrepreneurship-Forschung bis heute. So treibt Unternehmer*innen nach Hackenberg/Empter eine grundsätzliche „gesellschaftspolitische Mission" an (Hackenberg/Empter 2011: 11ff., siehe auch Richez-Battesti/Petrella 2020). In der Designforschung wird überdies betont, dass Ansätze wie *Design as Infrastructuring* eine politische Perspektive auf Design ermöglicht hätten, indem, vergleichbar mit dem Symbolischen Interaktionismus in der Soziologie, sich in Infrastrukturen nicht nur soziale Konventionen verkörpern, sondern zukünftige Entwicklungen determiniert werden (vgl. Unteidig 2018: 71ff.). Zudem werden Designinitiativen wie „des-in" um Jochen Gros vorangestellt, die bereits in den 1970er Jahren den Ökologiegedanken in die Gesellschaft getragen haben (vgl. Eisele 2006; Edelmann 2013: 144; Fineder 2016: 165), oder es werden Gruppen wie Memphis angeführt, die sich im Zuge des *Neuen Designs* seit den 1980er Jahren von der Vorherrschaft des Funktionalismus lösen wollten (vgl. Hauffe 2016: 156ff.; siehe auch Edelmann 2013: 147 und Unteidig 2018: 27) – und darüber eine politische Perspektive auf Design möglich machten. Dabei wird das, was die Arbeitssoziologie in Anlehnung an Foucault als Marktunterwerfung problematisiert, dass sich Subjekte heute durch eine „Vervielfältigung von Kräfteverhältnissen"

208 Daran ändert auch die Tatsache wenig, dass, wie Bögenhold herausstellt, das unternehmerische Handeln bei Schumpeter irrationale Züge zeige (vgl. Bögenhold 2003: 16). Diese Irrationalität, sofern sie zutrifft, bedeutet nicht, dass das Monetäre als Eigenleistung bei Schumpeter außer Kraft gesetzt wird.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(Foucault 1983: 94) zunehmend selbst ausbeuten würden, zum gesellschaftlichen Gegenentwurf: Entwerfen steht für keine Unterwerfung. Entwerfen bedeutet „Weltentwerfen" (von Borries 2016) – und Design ist damit wiederum politisch. In der Arbeitssoziologie werden dagegen die Risiken ins Zentrum gestellt. Vereinzelnd wird zwar dargelegt (siehe Kapitel 3.3), dass kulturunternehmerische Formen wie eine Art „Schutzfunktion gegenüber ökonomischen Anforderungen" wirken und ein „einseitiges Umschlagen von Marktimperativen auf die berufliche Handlungsweise" verhindern (Euteneuer 2011: 67ff.). Auch werden jüngst neue Solidarisierungseffekte in Form eines Zusammenhalts behauptet, da die Interessenvertretung im Kulturbetrieb in der Post-Corona-Zeit an Legitimation gewinne (vgl. Manske 2023). Im nächsten Schritt wird in kreativer Arbeit jedoch ein Einfallstor zur Selbstökonomisierung ausgemacht (vgl. Kapitel 3.3). Alexandra Manske spricht sogar, bevor sie neue Solidarisierungswellen im Kulturbetrieb erkannt haben will, von einer Art „Strukturvergessenheit" unter Kreativschaffenden bezüglich ihrer eigenen sozialen Lage (Manske 2016a: 372): Sinnansprüche würden soziale Risiken überlagern, die *normative* Subjektivierung sei Abbild einer neuzeitlichen Prekarisierung. Dieses Spannungsverhältnis aus Sinnansprüchen und der Gefahr der Marktvereinnahmung wird im nächsten Abschnitt am Beispiel des Kreativitätsdiskurses näher beleuchtet – und die Frage ist, welche Rolle dem Selbstherstellen in diesem Spannungsfeld zukommt.

d.) Kreativarbeit: Zwischen Marktvereinnahmung und gesellschaftlicher Erneuerung

Die Kreativindustrie gilt in der Forschung als Erscheinung der letzten Jahrzehnte. Tatsächlich gibt es sie aber, zumindest in Ansätzen, bereits seit den 1920er Jahren (vgl. Reckwitz 2014: 164). Der Begriff *Creative Industries* kommt in den 1990er Jahren auf. Eine ökonomische Praxis aber, die mit Symboliken arbeitet und „sinnliche Eindrücke produziert", existiert seit den 1920er Jahren (ebd.). Man kann sogar sagen, dass die Kreativindustrie aus der luxuriösen Erscheinung der damaligen *Art Déco* mit hervorgegangen ist: Das *Art Déco* strebt ab 1900 eine „industrielle Produktion von Waren" an, um die „kunsthandwerkliche Fertigung exklusiver Einzelstücke in den Vordergrund" zu rücken (Hauffe 2016: 88). Der Sprung von der Handfertigung zur Massenware ist in der Folge ein Leichtes, der Prozess bleibt auch nicht auf das *Art Déco* beschränkt. Auch andere Segmente werden in den Massenmarkt überführt. Andreas Reckwitz führt hierzu den Aufstieg der Bekleidungsindustrie, der Werbung und des Designs an, die zwischen 1920 und 2000 allesamt das Ästhetische mit „Zusatzwert" überformen – Reckwitz erklärt alle drei Branchen zu neuen kulturellen „Leitformaten der Ökonomie" (Reckwitz 2014: 165).

Die Kreativwirtschaft aber, die heute zum Leitbegriff einer flexiblen Ökonomie gehört, hat sich erst seit den 1990er Jahren herausgebildet. Der Begriff *Creative Industries* wird erstmals durch die New-Labour-Regierung in England 1997 im sogenannten *Creative Industries Mapping Document* strategisch gebraucht (vgl. Manske 2016a: 183). Der Diskurs kommt auch in Deutschland an, und bis heute wird die Entwicklung mit einer Vielzahl von Begriffen konturiert, die unterschiedliches meinen – Catherine Robin spricht beispielsweise von „kreativer Arbeit" und wendet sich von einer rein wirtschaftlichen Sicht auf Kreativität ab (Robin 2017: 35). Bastian Lange hat Culturpreneure als neue kulturelle Unternehmer*innen in den Blick genommen (vgl. Lange 2007) – und

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

er beschreibt darüber die Ökonomisierung des Kulturellen, reduziert Kulturunternehmertum aber auf keine Verökonomisierung von Arbeit. Alexandra Manske wiederum kritisiert eine ökonomische Verengung und spricht von „künstlerisch-kreativer Arbeit" (Manske 2016a: 38) – und skizziert darüber ein Spannungsfeld von „wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang" (ebd.: 373).

Würde man einen Anfang für diese Debatte ausmachen wollen, er ließe sich bei Richard Floridas Kreativkapitaltheorie „The Rise of the Creative Class" (2002) finden. Floridas viel zitierte These lautet, dass sich Kreative nach Lebensstilkriterien in die Städte bewegen, die für sie erschwinglich sind – die Jobs entstehen dann (vgl. Manske/Merkel 2008: 18; Merkel 2016). Nach Florida ist kreativer Output eines der wichtigsten Faktoren für das regionale Wirtschaftswachstum. Allerdings setzt hier auch die Prekarisierungsspirale ein: Stadtviertel werden aufgewertet und verteuert. Kreative verdienen in der Regel zu wenig, um mit dem Aufschwung Schritt zu halten – im Grunde schaufeln sie ihr eigenes Grab, der Verdrängungsprozess setzt ein. Im deutschsprachigen Raum macht Cornelia Koppetsch in „Das Ethos der Kreativen" (2006) den Anfang für eine Debatte mit Nachklang. Koppetsch legt den Fokus auf den Wandel von Arbeit und Identität (am Beispiel der Werbeberufe). Seit den 1980er Jahren, so ihre These, sei es zur Ausweitung von gestalterischen Berufen in Relation zu anderen Berufsgruppen gekommen. Im Arbeitsethos der Kreativberufe vereinten sich „gegenkulturelle Charakterdispositionen wie Erlebnisorientierung, Bereitschaft zur Grenzüberschreitung und Flexibilität mit den Dispositionen des bürgerlichen Arbeitssubjekts" (ebd.: 147f.). Das einstige fordistisch-tayloristische Arbeitsleitbild als Ausdruck rigider Kontrolle sei dadurch nicht nur aufgekündigt worden. Kreative Selbstgestaltung wäre zum Leitbild einer neuen Arbeitsarchitektur avanciert. Zugleich bringe das einen neuen „Sozialcharakter der Arbeit" hervor (ebd.: 57): Arbeit und Leben werde entgrenzt, Kreativarbeit prekär. Die sozialen Risiken seien vielen zwar bewusst, zugleich stelle man kreative Arbeit in den Dienst des Kapitalismus.

Was Koppetsch beschreibt, und sie ist in der Folge nicht die einzige, ist der vielfach prognostizierte Bedeutungswandel der Arbeit als neues duales Geflecht: Die Subjekte gehen ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten nach; sie subjektivieren sich über Arbeit. Zugleich werden sie subjektiviert – weil sie den Marktanforderungen nachkommen. Koppetschs Werk lässt sich damit zum einen in Beziehung setzen zur *normativen* Subjektivierung bei Baethge (1991), wonach Sinnansprüche in der Arbeitswelt zunehmen. Zum anderen kann sie auf Wolfs „Selbertun" (2001) und Bröcklings „unternehmerisches Selbst" (2007) bezogen werden, wodurch die unternehmerische Selbstaktivität zur dominierenden Form wird – und worüber die Arbeitssoziologie die *ideologische* Subjektivierung zur neuen Marktsubjektivierung erklärt.

Was meint Subjektivierung in diesem Zusammenhang? Subjektivierung bedeutet, dass die Sinnhaftigkeit in Arbeitsprozessen zunimmt, gemeint ist die *normative* Subjektivierung. Zugleich setzt sich ein neuer Leittypus Unternehmer*in durch, der flexibel und risikoorientiert den Markt aufsucht und den Marktanforderungen nachkommt – hier spricht die Soziologie von der gerade genannten *ideologischen* Subjektivierung, die als Marktideologie die Subjekte strukturiert: Das, was von den Subjekten eingefordert wird, wird auch gesellschaftlich gefordert. Im Zentrum steht das eingangs beschriebene Spannungsfeld von „Selbstbestimmung" und „Bestimmung durch Gesellschaft"

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(Kleemann et al. 2003: 59), was wiederum an Bröcklings „unternehmerisches Selbst" anschließt. Bröcklings Augenmerk liegt allerdings auf keiner betriebssoziologischen Perspektive der „Subjektivierung von Arbeit". Er beschreibt die Zunahme von Solo-Selbstständigkeiten und neuen Unternehmensformen (siehe letztes Kapitel) als „Arbeit der Subjektivierung" (Bröckling 2007: 48).

Nicht nur die Arbeitssoziologie hat es sich seitdem zur Aufgabe gemacht, kreative Erwerbsfelder in den Blick zu nehmen.[209] Auch Politik und Verwaltung zeigen seit Ende der 1990er Jahre ein gehobenes Interesse an der Verzahnung von Wirtschaft und Kultur. Im Gegensatz zur Arbeitssoziologie, die die „Akzentverschiebung hin zum kommerziellen Wert von Kulturarbeit" (Manske 2016a: 184) kritisch beäugt, wird die Entwicklung in Wirtschaft, Kultur und Verwaltung mehrheitlich beklatscht. So erscheint 1992 in Nordrhein-Westfalen der erste Kulturwirtschaftsbericht, der als Handreichung zur wachsenden wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der kreativen Sektoren dient. In den 2000er Jahren folgen weitere – unter anderem in Berlin und Hamburg (vgl. Manske/Merkel 2008: 14). Anfänglich ist noch von ‚Kulturwirtschaft' die Rede, im Anschluss von ‚Kreativwirtschaft'. Seitdem werden darunter, je nach Bundesland, rund elf Teilsegmente vereint.[210] Fraglich ist nur, inwiefern die Zahl an kreativen Arbeitsfeldern über die Jahre tatsächlich gestiegen ist, wie die Berichte darlegen, oder ob die Zunahme (auch) darauf zurückzuführen ist, dass immer weitere Teilmärkte unter dem Begriff Kreativwirtschaft erfasst worden sind (vgl. Thomas 2010: 88).[211] An der Verwirtschaftlichung der Kultur besteht dennoch kein Zweifel: Im Jahr 2008 einigte sich die Wirtschaftsministerkonferenz erstmals auf eine länderübergreifend einheitliche und europaweit anschlussfähige Definition zur Kultur- und Kreativwirtschaft (vgl. Söndermann 2009: 13; Thomas 2010: 88). Der Begriff der Kreativwirtschaft wurde zur dominierenden Form.

Es ist der Arbeitssoziologie zu verdanken, Prozesse der sozialen Ungleichheit in diesem Zusammenhang ins Bewusstsein gerufen zu haben. Allerdings unterliegt sie bis heute einem selbstgeschaffenen Paradoxon, wonach auf der einen Seite die Verwirtschaftlichung von Kultur zurückgewiesen wird, auf der anderen Seite kreative Arbeit fast ausschließlich unter Marktaspekten erscheint – und Kreativarbeit damit an der wirtschaftlichen Leistung bemessen wird, was man im nächsten Schritt wieder

209 Siehe dazu Haak/Schmid 1999, 2001; Gottschall/Betzelt 2003; Haak 2005; Betzelt 2006; Koppetsch 2006; Manske 2007, 2016a, 2016b; Loacker 2010; Huber 2012; Reckwitz 2014; Marguin/Losekandt 2018.

210 Dazu gehören die Bereiche Architektur, Darstellende Künste, Bildende Künste, Werbung, Literatur und Verlage, Musik, Film, Design, Rundfunk, Software/Games, Pressemarkt.

211 So ist im ersten „Kulturwirtschaftsbericht Berlin" der Berliner Senatsverwaltung für Kultur aus dem Jahre 2005 zunächst von acht Teilmärkten die Rede (vgl. Sen.Verw. 2005). Der Gamesmarkt sowie die Modewirtschaft fehlen darin, die heute zum Cluster gehören. Zu diesen acht Teilmärkten gehören aber bereits die Märkte Softwareentwicklung und die Werbebranche, die in den Kulturwirtschaftsberichten in Nordrhein-Westfalen beispielsweise fehlen. Schon in dieser Perspektive lässt sich eine Verzerrung festmachen: Einerseits wird der wirtschaftliche Wert von Kultur durch die Sektoren der Softwareentwicklung und Werbebranche von Beginn an angehoben. Andererseits wird den Kultursektoren im Anschluss mit dem Gamesmarkt eine vergleichsweise wirtschaftlich starke Branche hinzugefügt, die den monetären Wert der Kreativwirtschaft hebt (siehe weiterführend zur Diskussion Manske 2007; Manske/Merkel 2008).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kritisiert. Deutlich wird das daran, dass die Kreativwirtschaft seit Jahren als prosperierende Branche gilt – trotz eines Corona-bedingten Rückgangs um 8,7 Prozent im Jahr 2020 gegenüber 2019 (vgl. BMWK 2021). So wird der Beitrag der Kreativwirtschaft zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) in Deutschland im Jahr 2021 auf 175,4 Milliarden Euro beziffert (vgl. BMWK 2022). Obwohl einige Branchen in der Corona-Zeit Schiffsbruch erleiden mussten, wird noch immer die wirtschaftliche Leistung vorangestellt. Die Arbeitssoziologie kritisiert solche Perspektiven gemeinhin, rechnet oft aber in gleichen Breitengraden mit. So legt Alexandra Manske dar, dass jedes Jahr bundesweit 130 Milliarden Euro im Kreativsektor erwirtschaftet würden – was mit einer Bruttowertschöpfung von über 60 Milliarden weitaus mehr sei als in der Chemiebranche. Im nächsten Schritt stellt sie klar, dass Mitglieder der Künstlersozialkasse (KSK) im Schnitt rund 15.000 Euro brutto jährlich verdienen (vgl. Manske 2016b). Schon hier müsste auffallen, dass die Bemessungsgrundlage so nicht stimmen kann: Einerseits wird die Prekarität kreativer Arbeit kritisiert. Andererseits wird die Prosperität und die vermeintliche wirtschaftliche Leistung von Kulturakteuren behauptet, die sich dann wiederum aus der wirtschaftlichen Dominanz weniger Segmente (vor allem aus dem Bereich Software/Games) ergibt.[212]

In letzterem mag sich der Wunsch verkörpern, dass kreative Erwerbsfelder als Wirtschaftssektor wahrgenommen werden – und entsprechende Unterstützungsleistungen von der Politik folgen. Zugleich reduziert sich der Fokus auf Marktzugänge und soziale Risiken, was nachvollziehbar ist, wodurch Perspektiven darüber hinaus aber vielfach ausgeblendet werden – sieht man einmal von den bereits thematisierten Solidarisierungswellen im Kulturbetrieb ab. Die Erkenntnis des KKI-Index jedoch, der Daten zu kreativer Beschäftigung über die Jahre erhoben hat (mittlerweile eingestellt), dass die Grenze zwischen Gewinnorientierung, öffentlicher Förderung und zivilgesellschaftlicher Aktivität „durchlässig" wird (IHK et al. 2013: 5), finden in der arbeitssoziologischen Forschung kaum Widerhall. Die Bedenken, dass Prekarisierungen zu zivilgesellschaftlichem Engagement umetikettiert werden könnten, sind weitaus größer als das Forschungsinteresse, kreative Arbeitsprozesse unter politisch-normativen Aspekten des Handelns zu untersuchen.

Die Gegenperspektiven sind dagegen nicht weit, und sie werden seit Jahren sowohl vom kulturhistorischen Diskurs des Selbermachens als auch von der Design- und Social-Entrepreneurship-Forschung in Stellung gebracht: Während der kulturhistorische Diskurs Formen des Selbermachens mehrheitlich vom Markt nimmt und den Akteuren ein subpolitisches Potenzial unterstellt, stellen die Social-Entrepreneurship- und Designforschung das Unternehmerische voran. Auch die Schnittstelle zum intermediären dritten Sektor bleibt nicht aus, die in der Arbeitssoziologie weitestgehend fehlt. So stellt die

212 Durch die Dominanz weniger Bereiche lässt sich das Feld der Kultur und Kreativwirtschaft in Komplizen des Kapitalismus (Kreative) und Opfer des Systems (Künstler*innen) aufteilen (vgl. Manske 2016a: 122ff., 369ff.) – was dann wiederum kritisiert wird. So gehören zu ersteren nach Manske diejenigen, die sich verökonomisieren, zweitere bleiben von der öffentlichen Hand abhängig. Diese Zweiteilung mag schlüssig sein, um das Spannungsfeld von „wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang" zu beschreiben (Manske 2016a). Zugleich leistet sie Vorschub für jene Perspektive, die die Legitimation der Kreativwirtschaft an der vermeintlichen Prosperität bemisst.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Designforschung seit Jahren die „Teilhabe an Gestaltungsprozessen als Prozess der Subjektivierung" heraus (Schregel 2013: 34). Erste wichtige Signale werden aus der Designmethodologie der 1960er Jahre hergeleitet. Genauso werden Prozesse in der Stadtplanung oder in neuen Bürgerprojekten hervorgehoben, an denen Einzelakteure mitwirken. Insgesamt wird ein „Grenzbereich von politisierter Zivilgesellschaft, (wissenschaftlicher) Fachdebatte und staatlicher Förderung" behauptet (ebd.: 24), über den sich Gesellschaftswandel vollzieht.

Letztere Perspektive schließt wiederum an ein neues Ökonomieverständnis an, das sich von der neoklassischen Sicht einer Konkurrenzdynamisierung abwendet und ein moralisches Bewusstsein des wirtschaftlichen Handelns betont (vgl. Stehr 2007: 166): Kreativität wird in dieser Perspektive mit marktbezogenem Verantwortungshandeln gleichgesetzt oder zumindest verbunden. Dabei ist es wenig sinnvoll, weder nur die eine noch die andere Seite zu behaupten. Wichtig ist, beide Entwicklungsdynamiken zu beleuchten. Nicht zuletzt macht selbst die Kreativitätsforschung deutlich, dass Kreativität weder eine Erscheinung der Moderne ist noch nur an Marktmechanismen (oder gegenteilig an Marktverneinungen) festgemacht werden kann: Das ‚moderne' Konzept der Kreativität kommt bereits in der christlichen Theologie auf (vgl. Leidhold 2001: 51; Vogt 2010: 20), wenngleich sich die „Kreativitäts-Idee" in sämtlichen Schöpfungsmythen findet (Joas 1996: 110f.). *Creatio* aber, das Schöpfungsvermögen, wird anfänglich nur Gott zugeschrieben (vgl. ebd.) – im Zuge der Aufklärung wird es dann zu einem menschlichen Vermögen (Vogt 2010: 20), und erst Mitte des 20. Jahrhunderts setzt sich die Auffassung durch, dass jeder Mensch kreative Ressourcen besitzt.[213] Darüber werden den Handelnden wiederum außergewöhnliche ‚kreative' Fähigkeiten und Leistungen zugestanden (vgl. Weinert 1993: 8).[214] Zugleich ebnet sich hier der Weg, dass Kreativität[215] für den Anspruch an das Besondere steht – und zur Verökonomisierung des Arbeitssubjekts wird. An diese Perspektive schließen nicht nur die Analysen von Reckwitz zu „modernen Subjektkulturen" an, worüber Reckwitz die Verökonomisierung des Subjekts über drei zentrale Phasen (beginnend im 18. Jahrhundert) herausstellt (vgl. Reckwitz 2010: 441ff.).[216] Auch die eingangs angeführten Gegenpositionen wären zu nennen, wonach neues „Umwelthandwerk" (Sennett 2009: 24) oder die handwerkliche „Könnerschaft" für neues Verantwortungshandeln stehen (Ax 2009: 25ff.) – Stehrs Blick auf die „Moralisierung der Märkte" wäre dem hinzuzufügen. Sogar Alexandra Manske, die die sozialen

213 Vgl. Guilford 1950: 446; Preiser 1976: 11; Vogt 2010: 23.

214 Bis ins 19. Jahrhundert gilt Kreativität noch als Zusammenspiel aus Genialität und Wahnsinn, von Besonderem und Geisteshaften (vgl. Jacobson 1912; Lombroso 1891; Isaksen et al. 1993; Vogt 2010: 21). Erst die im 19. Jahrhundert einsetzende Genie-Forschung erklärt Kreativität zur Ressource für das Hochbegabtsein (vgl. Vogt 2010: 21; Howe 2019).

215 Nach Vogt ist Kreativität in „hohe[m] Maß ein sozialer Prozess, der über die Umweltbedingungen, die Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen in sozialen Situationen mitbestimmt wird" (ebd.: 10). Rational seien Kreativität und entsprechende Prozesse deshalb, „weil Menschen Routinewege erst verlassen, wenn neue und damit unter Umständen kreative Handlungswege einen höheren Nutzen im Sinne einer Wohlbefindungssteigerung für die Akteure mit sich bringen" (ebd.: 9f.).

216 Die einzelnen Phasen der modernen Subjektkulturen wurden bereits in Fußnote 41 auf Seite 30 beschrieben.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Risiken von kreativer Arbeit problematisiert, stellt in Aussicht, dass Kreativschaffende „zukünftige Arbeitsformen und Geschäftsmodelle erprob[en]" (Manske 2016a: 15). Welche das in der Summe sind, will die Studie in der Folge herausfinden. Der nächste Schwerpunktteil wird das Selbstherstellen dazu unter politischen Aspekten beleuchten. Im Anschluss daran folgt der empirische Teil mit der Datenerhebung.

4.3 Theoretischer Schwerpunkt 2: Wandel des Politischen

Der folgende thematische Schwerpunkt diskutiert das Selbstherstellen als mögliche politische Praxis im historischen Verlauf. Drei Fragen sind von Interesse: Seit wann ist es dem Einzelnen möglich, sich über Arbeit zu politisieren? Ab welchem Zeitpunkt ist Arbeit eine mögliche politische Kategorie? Wie haben sich Herstellungsformen im historischen Verlauf im Spannungsfeld von Arbeit und Politik entwickelt und gewandelt? Insgesamt geht es im Folgenden um den Zusammenhang von Arbeit und Politik in einer historischen Betrachtung. Zentrale Frage ist, ob das Selbstherstellen als Designproduktion eine mögliche politische Kategorie ist.

Der folgende Schwerpunktteil ist in zwei zentrale Abschnitte untergliedert: Im ersten Teil (ab Kapitel 4.3.1) richtet sich das Augenmerk auf die Entwicklung des politischen Subjekts im Kontext der handwerklichen Produktion. Herausgearbeitet wird, wie aus der gesellschaftlichen Abwertung des Arbeitssubjekts in der Antike ein politisches Arbeitssubjekt wurde. Der zweite Abschnitt (ab Kapitel 4.3.2) geht von folgender Grundsatzbeobachtung aus: So wie sich Arbeit seit dem 18./19. Jahrhundert schrittweise dynamisiert und flexibilisiert hat, differenziert sich auch das Politische aus. In Anlehnung an Grevens „politische Gesellschaft" entsteht ab dem 20. Jahrhundert eine Gesellschaftsstruktur, in der alles politisch „entscheidbar" wird (Greven 2009: 67, 2010: 68). In den 1970er Jahren bringt der Wertewandel zusätzlich neue Formen der politischen „Selbstorganisation" hervor (Beck 1993: 216) – wovon die Arbeitswelt nicht unberührt bleibt. Diese Entwicklung, das wird zu zeigen sein, bringt bis zum 20. Jahrhundert zunächst politische Institutionen hervor, ehe sie seit den 1980er Jahren schrittweise in Frage gestellt werden. Der politische Exklusivanspruch von Parteien, Gewerkschaften und Institutionen wird dabei genauso gebrochen wie sich Lebensstile, Konsum- und Produktionsformen politisieren. Zunächst steht die erwerbsfreie Arbeit im Zentrum, die ab den 1970er Jahren neue moralökonomische „Produktions- und Dienstleistungskollektive" hervorbringt (Brand et al. 1983: 167). Seit den 2000er Jahren kommen neue Berufsfelder und Arbeitsformen hinzu, die die ökologische Frage (neu) stellen und fair-soziale Prinzipien in Arbeitsprozessen verkörpern – und die Frage ist, wie das Selbstherstellen in diesem Spannungsfeld zu verorten ist.

4.3.1 Historischer Bedeutungswandel des Politischen

Auf die Frage, seit wann der Mensch politisch ist, gibt es keine klare Antwort. Die *„eigentliche Politik"* taucht erstmals im antiken Griechenland auf, als die Mitglieder des *demos* fordern, dass ihre Stimme Gehör findet (Žižek 2009: 27, H. i. O.). Bis ins 19. Jahrhundert ist Politik allerdings ein „Privileg" weniger und steht für „das Interesse winzi-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ger Funktionsgruppen der Gesellschaft" (Greven 2000: 16). Es gibt bereits Revolten, Aufstand und Protest. Niemand spricht aber von ‚Politik' (vgl. ebd.). Ein Politikbegriff im heutigen Verständnis kommt erst zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert auf, der Politik als Staat und später Politik als Parteienpolitik versteht (vgl. Luhmann 2002: 8). Einfacher fällt die Antwort dagegen auf die Frage aus, seit wann Formen des Selbstherstellens als politisch gelten können, und sie lässt sich am besten anhand der Lehren Platons und Aristoteles' herleiten. Beide haben das Politische, wenn auch auf unterschiedliche Weise, bestimmt:[217] Nach Platon ist das Politische der Staat als die größtmögliche Einheit (vgl. Platon 2012). Die *Politeia*, so Platons abendländische Schrift und altgriechisch Πολιτεία „Der Staat" (lateinisch *Res Publica*), verkörpert eine Gemeinschaft, die von einem Herrscher kontrolliert werden soll. Mit dem Selbermachen im heutigen Sinne hat das wenig zu tun. Sein Schüler, Aristoteles, kommt dem schon näher. Aristoteles hat nicht nur die Zivilgesellschaft als damaliges politisches Gemeinwesen, als *Koinonia politike* (lat. *Societas civilis*), bestimmt (vgl. Dubiel 1994: 70; Adloff 2008: 9), die ein Mindestmaß an Selbstbestimmung voraussetzt. Seine Perspektive kann als Grundstein für ein bürgerschaftliches Politikverständnis gelten, woraus die Idee der Selbstbestimmung wurde: Nach Aristoteles repräsentiert die *Polis* das Politische als Ort der Freiheit. Damit ist keine Freiheit der Vielen gemeint, die sich als Unterschiedliche begegnen. Freiheit ist die von Gleichen unter Gleichen. Die Platonische Sicht aber, dass der Staat von der „Herrschaft des Einen" (Rancière 2002: 75ff.) gelenkt werden müsse, wird von Aristoteles zurückgewiesen (vgl. Aristoteles 2003: 1262b/a, 114f.; siehe auch Thaa 2011: 82). Nach Platon muss der Staat von den Herrschenden ‚hergestellt' werden – und für ihn kommen dazu nur die Philosophen in Frage, weil nur sie die Idee einer gerechten Ordnung umsetzen können (vgl. Meyer 2006: 18f.; Schwaabe 2007: 24ff.; Badiou 2012: 15, siehe auch Kapitel 4.1.5). Bei Aristoteles dagegen stehen sich die Bürger beratend zur Seite – Aristoteles unterscheidet dazu nicht nur zwischen dem despotischen Regieren des Herrn und dem Politischen eines Staatsmannes (Aristoteles 2003: 1255b, 87; vgl. dazu Thaa 2011: 82). Er verwendet Begriffe wie „Herrenmacht" und „Staatskunst". Letzteres ist die Form, wonach die Bürger den Staat selbst errichten, um „sich in der besten Staatsverfassung als Bürger zu betätigen" (Aristoteles 2003: 1262b, 114).[218] Allerdings sind nicht alle zum Handeln befugt: Das Handeln ist an den „Zustand des Stadtstaates, der Polis, gebunden" (Negt 2011: 330), von dem

217 Sowohl Platon als auch Aristoteles gehen von der Idee des Guten und Gerechten aus (vgl. Schwaabe 2007: 44), die sich im Staat verkörpert. Während Platon jedoch eine Welt vorschwebt, die als „Reich der Ideen" (Huster 1985: 46) angeordnet ist und von einem Herrscher kontrolliert wird, tritt bei Aristoteles das gemeinsame politische Handeln der Bürger hervor, wenngleich nicht jeder zum Handeln befugt ist (siehe zur Vertiefung Meier 1983; De La Vega 1985: 18ff.; Brunkhorst 1994: 62ff.; Meyer 2006; Schmidt 2007: 34ff.).

218 Der Mensch ist damit *Zoon politikon*, weil er zur Staatenbildung tendiere – gemeint ist der Stadtstaat, der im antiken Griechenland fast nie mehr als 20.000 Einwohner zählt (vgl. Meyer 2006: 77). Der Staat gehört, so Aristoteles' Plädoyer in „Politik", „zu den von Natur aus bestehenden Dingen", nach deren Errichtung der Mensch als „staatsbezogenes Lebewesen" strebt (Aristoteles 2003: 1252b, 78). Damit grenzt Aristoteles den Menschen zugleich vom Tier ab, dem im Gegensatz zum Menschen ein Abstraktionsvermögen fehle (vgl. ebd.: 1254b, 83f.; siehe auch Hösle 1997: 249 oder Rancière 2002: 14).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Arbeitenden ausgeschlossen bleiben (vgl. Brunkhorst 1994: 72ff.; Nippel 2000: 57ff; Schwaabe 2007: 60).[219]

Auch Hannah Arendt knüpft bekanntermaßen an Aristoteles an. Sie löst die Aristotelische Staatsbindung jedoch auf. Aristoteles und Arendt eint, dass die *Praxis* der Bereich ist, über den sich das Politische vergegenständlicht (vgl. dazu Kapitel 4.1.2).[220] Bei Arendt ist das Politische aber weder an den Zustand des Stadtstaates gebunden noch ist die Freiheit ein Exklusivbereich Auserwählter (vgl. Thaa 2011: 83; Sagou 2009: 19f.). Freiheit basiert auf Pluralität und umgekehrt, Pluralität setzt Freiheit voraus. Und Pluralität ist nach Arendt mit der Zweck-Mittel-Kategorie des Herstellens unvereinbar. Dem würde auch Aristoteles zustimmen. Allerdings leitet er die Tugendtätigkeit direkt aus der *Poiesis* (Herstellen) ab: „Die Tugenden [..] erwerben wir dadurch, dass wir sie *zuvor* betätigen, wie das auch bei den Arten des Herstellungswissens (*technē*) der Fall ist. Denn was wir erst lernen müssen, um zu machen (*poiein*), lernen wir, indem wir es machen" (Aristoteles 2003: 1103a, 74, H. i. O.).

Das heißt: Das Handeln als Selbermachen ist bereits hier angelegt. Es ist aber weder mit dem Herstellen vereinbar noch ist das Handeln Ausdruck politischer Selbstorganisation. Wie Christian Meier herausgearbeitet hat, politisierten sich die Griechen bereits „selbst" (Meier 1983: 41). „Politische Subjektivität" bleibt aber „beim Staat konzentriert" (ebd.: 30; vgl. Thaa 2011: 83; Engler 2005: 28)[221] – das Subjekt wird dem Kollektiv unterstellt. Bei Arendt dagegen wird die politische Selbstorganisation, mit den Worten Dubiels, zur „vorstaatlichen Selbstorganisation freier Bürger" (Dubiel 1994: 73). Das Politische ist das Handeln der Vielen unabhängig von Status oder Zugehörigkeit. Es ist „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" (Arendt 2015: 49) – Ernst Vollrath nennt das die „Initiativität" des Handelns in Bezug auf Arendts Handlungsverständnis (Vollrath 1992: 235; vgl. Thaa 2011: 82).

Zusammengefasst heißt das, dass eine politische Perspektive auf das materielle Herstellen in damaliger Zeit fehlt: Weder in der Antike noch im Mittelalter kann das Herstellen in den Bereich des Politischen vordringen. *Poiesis* und *Oikos* bleiben getrennt. Das Haushälterische und Private, *Oikos*, wozu die Arbeit gehört, bleiben vom Handeln als *Praxis* unterschieden – und damit vom Bereich des Politischen aussortiert. Der folgende

219 Aristoteles trennt darüber die drei Lebensweisen *Bios apolaustikos* (Leben der Lust), *Bios politikos* (die politische Lebensform) und *Bios theoretikos* (das betrachtende Leben). Dabei stehen die letzteren in unmittelbarer Konkurrenz und über *Bios apolaustikos* (Aristoteles vergleicht sie auch mit der Lust des Viehs), wenngleich die Lust für Aristoteles nichts Schlechtes ist. Sie reicht aber für die politische Lebensform nicht aus. Die politische Lebensform ist nach Aristoteles eine Ethik der Tugend und setzt die *Phronesis*, die praktische Klugheit, voraus (Aristoteles 2018: 1139b, 199f.; siehe auch Luckner 2005; Ebert 2006). Und sie ist die Voraussetzung dafür, dass sich die Polis-Bürger beraten und gute Entscheidungen treffen können: Sie stützt sich auf kein theoretisches Wissen, sondern auf praktischen Erfahrungen (vgl. Schwaabe 2007: 54).

220 So wie Aristoteles setzt auch Arendt an der *Polis* an, die für sie die erste Gesellschaftsform in der Geschichte ist, in der die Freiheit das „Zusammenleben der Menschen" auszeichnet (Arendt 2015: 38). Sie löst die Gebundenheit an den Staat aber nicht völlig auf. So spricht sie zum Beispiel von politischen „Ordnungen", die der Staat vorgeben sollte. Das Handeln ist jedoch immer das Handeln darüber hinaus.

221 Dabei wurzelt die Einheit der *Polis* in der Stadt. Die *Polis* wird „mit der Bürgerschaft identisch" (Meier 1983: 40).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Abschnitt wird diese Entwicklung näher beleuchten. Sie beginnt mit der Abwertung des Arbeitssubjekts in der Antike und verläuft über die Aufwertung des Handwerks im Zuge von Rationalisierungsprozessen.

a) Frei von Freiheit: Der Homo faber als entpolitisiertes Subjekt der Antike

Aristoteles' Ausführungen zum politischen Status des antiken Handwerkers sind Niederschriften des Niedergangs. Aristoteles formulierte klar und deutlich, was er von ihnen hält. Nach Aristoteles wird der „beste Staat" niemals einen „niederen Handwerker" zum „Staatsbürger machen" (Aristoteles 2003: 1278a, 165; siehe auch Arendt 2015: 292). Das in der Neuzeit von Rousseau[222] erstmals vertretene Prinzip der Volkssouveränität (vgl. Sagou 2009: 97), wonach der Wille des gesamten Volkes in der Gesetzgebung berücksichtigt wird, und woran Kant später ansetzt, lehnt Aristoteles wie sein Lehrer Platon ab. So legt Platon in „Der Staat" nahe (Platon 2012), dass das Handwerker-Tun die Stadt zum Verderben bringe (vgl. Schmidt 2007: 36). Aristoteles folgt diesem Gedanken. Weder die Sklaven noch Unfreie gehören seines Ermessens zu den „Besprochenen": „Wenn man nun auch noch diese als Bürger annehmen muß, denen es nicht obliegt, an den Staatsämtern teilzunehmen, so kann nicht jeder eine derartige Tugend haben" (Aristoteles 2003: 1277b, 164). Nach Aristoteles sind Handwerker damit unfrei und aus der *Polis* auszusortieren, da sich um die Glückseligkeit in der *Polis* nur diejenigen kümmern sollen, die ein gelungenes Leben führen – und das sind die, die frei von Arbeit sind.

Grund dafür ist die zentrale Unterscheidung vom tätigen Leben, das in der *Polis* verortet ist, und der Welt vom abgewandten Leben, das dem *Oikos* zugerechnet wird – wozu auch das Haushälterische und Herstellen zählen (vgl. Bonacker 2002: 188).[223] Tätigsein, also selbst aktiv werden, ist in der Antike im politischen Sinne nur über die *Praxis* möglich; es bezieht sich auf die öffentlichen Angelegenheiten, die dem Herstellen, der *Poiesis*, vorenthalten bleiben. Zwar tritt ab dem 5. Jahrhundert ein erstes „Könnensbewusstsein" dem „Oikos-Partikularismus als eine Macht des Allgemeinen entgegen" (Brunkhorst 1994: 55). Auch kommen Tätigkeiten der „sachverständigen Bewältigung künstlerischer, handwerklicher, schiffbaumeisterlicher" sowie „militärischer, politischer, konstitutioneller und erzieherischer Aufgaben" auf (Meier 1983: 469); das heißt, die *Technē* reduziert sich nicht nur auf das Können durch den technischen Fortschritt. Sie bildet das gesamte Spannungsfeld von Arbeit und Politik ab. Arbeit und Politik bleiben dennoch getrennt.

Damit bleibt Arbeit aus dem Bereich des Politischen aussortiert. Die gesellschaftlichen „Verbesserungen", von denen Christian Meier spricht (vgl. ebd.), konzentrieren sich weitestgehend auf die Techniker. Das Könnensbewusstsein ist somit keines, das die bürgerliche Öffentlichkeit konstituiert. Dabei hat die Bürgerschaft Athens im Rahmen des Könnensbewusstseins durchaus „ihren besonderen Platz" (Meier 1983: 478). Die *Technē*,

222 Nach Rousseau muss die Gesetzgebung in die Hände einer repräsentativen Vollversammlung gegeben werden (vgl. Sagou 2009: 97).

223 *Oikos* und *Polis* sind, wie bereits in der Fußnote 147 auf Seite 100 dargelegt, seit Beginn des antiken Stadt-Staates getrennte Sphären. Die Menschen gehören demnach „zwei Seinsordnungen" an (Arendt 2013: 35): einer ersten, die das Eigene abbildet (*Oikos*), einer zweiten, die sich auf das Gemeinsame (die *Polis*) bezieht. Das, was „ökonomisch" ist, gilt als unpolitisch. Das betrifft die Arbeit genauso wie die Bewirtschaftung des eigenen Haushalts, weil beides zum „Überleben der Gattung" dient (ebd.: 39).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die ebenso im politischen Bereich hervortritt, ist nicht nur rein technischer Natur, mit ihr ist auch politischer Sachverstand gemeint. Ziel ist es, wie Protagoras herausgearbeitet hat, eine Stadt durch die „Meisterschaft des Politikers" zu lenken. Auch geht es um die „Eigenschaften des guten Bürgers", um Gerechtigkeit, gegenseitigen Respekt und besonnene Einsicht (ebd.). Arbeit ist in diesem Kontext aber nicht vorgesehen. Die „Trennung von Arbeit und Politik" bleibt bestehen (ebd.: 71). Wie Luhmann (2002: 8) betont, werden Inklusion/Exklusion in dieser Zeit unterteilt in die Bereiche des „politischen Zusammenlebens" als Öffentlichkeit (Inklusion) und der „‚ökonomischen' Haushalte" (Exklusion). Die, die keinen Zugang zur Öffentlichkeit haben, sind vom „Gegenstand von Entscheidungen" ausgenommen (Brunkhorst 1994: 58f.) – wozu die Arbeitenden gehören (vgl. Meyer 1994: 212; Arendt 2013: 35ff.). Nicht nur Öffentliches und Privates werden somit im antiken Griechenland unterschieden. Die „Zentralunterscheidung", von der Luhmann spricht, verhindert es, dass sich ein Politikbegriff herausbilden kann, der auf das politische System in Form des Staates verweist.

Dieser Politikbegriff – und ein entsprechendes Verständnis, das sich damit verbindet – entsteht erst im 18./19. Jahrhundert (vgl. Luhmann 2002: 8). Für das Handwerk heißt das: Der Übergang zur Politik vollzieht sich als „Scheidung von Landwirtschaft und städtischem Handwerk" (Brunkhorst 1994: 72). „Arbeit differenziert, trennt, spezialisiert die Menschen, Politik vereinigt sie" (ebd.). Zwar werden in der *Polis* sämtliche „überlieferten Herrschaftsgebilde infrage gestellt" (Negt 2011: 322) – der antike Bürger wird zum *Homo politicus*. Das Politische bleibt jedoch eine „von arbeitsfreier Freundschaft und Bürgertugend getragene Praxis" (Brunkhorst 1994: 72). Nach wie vor gilt die „Unvereinbarkeit von Arbeit und Freiheit" (Guggenberger 1993: 102). Das Politische bleibt ein Exklusivbereich von Auserwählten, von männlichen Besitzbürgern.

Es lohnt an dieser Stelle etwas mehr ins Detail zu gehen, wer wie durch Arbeit ausgeschlossen worden ist. Denn die Darstellungen in den historischen Überlieferungen zeichnen hier ein recht uneinheitliches Bild. Eindeutig scheint, dass vor allem die körperlich schwer Arbeitenden und die Tagelöhner*innen abgewertet und von der *Polis* ausgeschlossen sind. Nicht nur Aristoteles erklärt die Handwerker zu den „niederen Handwerkern", die fern der *Polis* ihr Dasein fristen (Aristoteles 2003: 1277b, 164f.).[224] Auch Hannah Arendt untermauert, dass die Verachtung der Arbeit in der Antike diejenigen Tätigkeiten betroffen hat, die für die „Notdurft des Lebens" stehen. Das „Werk" nimmt dazu eine Sonderrolle ein (Arendt 2013: 100), es wird auf keine Notdurft des Lebens reduziert. Der Homo faber bleibt dennoch von der Verachtung der Arbeit nicht verschont (vgl. ebd.: 101).[225]

In der Gesamtheit lässt sich die Antike damit als Zeitspanne verstehen, in der die Zuschreibung von Handwerker*innen im Zeitalter Homers (in der Zeit um 850 v. Chr.)

224 Aristoteles nimmt die Unfreiheit von Handwerkern, Tagelöhnern und Sklaven in Kauf. Es geht ihm damit um keinen Idealstaat im Sinne der ‚guten' Gemeinschaft. Er legitimiert die Freiheit der einen durch die Unfreiheit der anderen (Aristoteles 2003: 1278a, 165ff.; vgl. Engler 2005: 28f.) – wenngleich sich die *Polis* auf der Gleichheit der Bürger gründet (Meyer 2006: 52).

225 Hannah Arendt macht darauf aufmerksam, dass die „Ansicht moderner Historiker", wonach „die Antike die Arbeit und das Herstellen verachtete, weil nur Sklaven damit befaßt waren", ein historisches „Vorurteil" sei (Arendt 2013: 101).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

als „Schöpfer der Zivilisation" aufgekündigt wird: Im Zeitalter Homers stellen Handwerker*innen Werkzeuge „zum Nutzen der Gemeinschaft" her. Sie haben als *demioergoi* eine Öffentlichkeitsfunktion (vgl. Sennett 2009: 34ff., siehe dazu Kapitel 4.2.1a). In der Antike löst sich dieses Bild auf.[226] Es gibt keine „dynamisierende Gesellschaft" mehr (Brunkhorst 1994: 59), die Arbeit und Politik verbindet. Staat und Gesellschaft werden geschieden, der Haushalt wird vom Öffentlichen getrennt. Nur die *Koinonia politike*, die politische geeinte Gemeinschaft, verbindet Staat und Gesellschaft (vgl. Adloff 2008: 17ff.), in der Handwerker*innen aber nicht vorgesehen sind. Folge ist, dass Textilien zur Blütezeit der *Polis* – zwischen 500 – 404 v. Chr. – fast ausschließlich im Hause und überwiegend von Sklaven hergestellt werden (Müller 1997: 21)[227]; ein Zustand, der mehr oder minder hingenommen wird. Denn zu keiner Zeit regt sich Protest in Form einer organisierten Arbeiterschaft, wenngleich es „vereinzelte Stimmen" gibt, die „gegen die Gleichsetzung von Lohnarbeit mit einer sklavenähnlichen Tätigkeit […] protestierten" (Nippel 2000: 62). Arbeit ist jedoch kein Mittel zur Protestbekundung. Ein erstes Mobilisierungspotenzial über Arbeit artikuliert sich erst in hellenistischer[228] und römischer Zeit, als Vereine von Handwerker- und Kleinhändler*innen entstehen, wenn sie zunächst auch eher „kultischen Zwecken oder der Geselligkeit" dienen (ebd.: 64).

Gerade die Vereine erlauben es aber, politische Positionen einzunehmen, die in „politischen Institutionen nicht erreichbar" sind (ebd.).[229] Allerdings gibt es in dieser Zeit weder Vereinigungen noch Interessenvertretungen, die vergleichbar sind mit den Zünften oder den darauffolgenden Gewerkschaften, die ab dem ausgehenden 18. Jahrhundert entstehen.[230] Nur im Bereich der Kunst werden Bezüge „politischer und propagandistischer Aussagen" sichtbar, die sich in monumentalen Gruppen der hellenistischen Plastik über Statuen von Göttern, Heroen, Politikern, Philosophen, Rednern und Sportlern bis hin zu idyllischen Darstellungen der Natur zeigen (Meister 2016: 21). Damit werden wie-

226 Der Raum des Gesellschaftlichen entsteht, „als das Innere des Haushalts mit den ihm zugehörigen Tätigkeiten, Sorgen und Organisationsformen aus dem Dunkel des Hauses in das volle Licht des öffentlich politischen Bereichs trat" (Arendt 2013: 47f.). Für Hannah Arendt liegt hier eines der größten Probleme der Neuzeit begründet, da das Politische damit vom Gesellschaftlichen nicht mehr unterschieden werde (ebd.: 43, siehe weiterführend dazu Guggenberger 1993; Scheele 2008; Geisen 2011; Negt 2002; Jochum 2018).

227 Das gilt auch für die Textilproduktion, die von zu Hause aus von Sklaven verrichtet wird (vgl. Müller 1997: 21). Diese Arbeit gilt als welches des niederen Seins.

228 Der Hellenismus beschreibt die Epoche vom antiken Griechenland durch den Regierungsantritt Alexanders des Großen von Makedonien 336 v. Chr. bis zur „Begründung des Prinzipats" durch Augustus des Römischen Reichs (etwa im Jahr 30 v. Chr.) (vgl. Meister 2016: 1).

229 Die Vereine von Handwerker*innen und Kleinhändler*innen haben in erster Linie die Funktion, Gelder für Beerdigungen zu organisieren und bieten für Vorsteher*innen die Möglichkeit, „eine soziale Ehrenposition zu erreichen, die ihnen in den politischen Institutionen nicht erreichbar war" (Nippel 2000: 64).

230 Ein bestimmtes Gründungsjahr der Gewerkschaften gilt als nicht überliefert. Nach Müller-Jentsch geht die Gründung im Wesentlichen jedoch auf zwei Punkte zurück: auf die aus der mittelalterlichen Handwerkstradition hervorgegangen Gesellenverbände und Handwerkergilden, und auf die industrielle Revolution, die in England im ausgehenden 18. Jahrhundert einsetzt (vgl. Müller-Jentsch 2011: 8).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

derum erste Positiv-Bezüge zur Natur deutlich, die als „Eigenmacht der Kunst" hervortreten (vgl. Beyme 1998: 53ff.)[231], die aber zunächst nichts Politisches sind.

Die Voraussetzung dafür, dass Handwerk und Kunstproduktion (und die Verbindung von beidem) eine gesellschaftspolitische Dimension zukommt, bildet sich erst in der Neuzeit heraus, als sich „die Subsysteme Kunst und Politik aus der ganzheitlichen mittelalterlichen, religiös fundierten *societas civilis*" ausdifferenzieren (Beyme 1998: 53, H. i. O.). Die Französische Revolution kann hierzu als zentraler Wendepunkt gelten, was in den folgenden Kapiteln aufgezeigt wird. Zuvor wird jene Entwicklung skizziert, wonach sich das Arbeitssubjekt in den Zünften organisiert, was ein politisches Arbeitssubjekt durch Organisationsstrukturen hervorbringt.

b) Die Zunft im Hochmittelalter: Die Organisation als Voraussetzung für das Politische

Das 12./13. Jahrhundert steht bezogen auf die politische Gesellschaft in keinem guten Licht. Die Historiker*innen sind sich zwar nie einig darin geworden, ob im Mittelalter sämtliche Elemente einer plebiszitären Direkt-Demokratie außer Kraft gesetzt worden sind (siehe dazu die Diskussion bei Dubiel 1994: 72f.).[232] Relativ einig ist man sich jedoch darin, dass in der Zeitspanne des späten Mittelalters bis zur Frühen Neuzeit (bis ca. 1800) die Bürger*innen noch keine Bürger*innen-Subjekte sind – und Arbeit aus der Sphäre des Politischen verbannt bleibt: Der „proletarisierte Lohnarbeiter" arbeitet in der Frühindustrialisierung unter harten Ausbeutungsbedingungen – ohne sozialen Schutz. Seine Arbeitsleistung unterliegt der direkten Kontrolle (vgl. Pongratz/Voß 2004; Kleemann et al. 2019: 90). Auf der anderen Seite bilden sich erste Organisationsformen in Form von Zünften, Gilden, Innungen oder Gaffeln heraus, die zu Auffangbecken für die Handwerker*innen werden. Auch Frauen stoßen zu den Zünften vor, wenngleich sie von öffentlichen Mitgliedschaften oft ausgeschlossen bleiben – die mittelalterliche Zunft ist primär „die männliche Autorität in der dreistufigen Hierarchie der Meister, Gesellen und Lehrlinge" (Sennett 2009: 83). Zugleich verhindern die Zünfte durch die „äußerste Beschränkung der Gesellenzahl", wie Marx im ersten Band des Kapitals schreibt, „seine Verwandlung in einen Kapitalisten" (Marx 2018a: 380): Der Zunftmeister kann Gesellen nur in jenem Handwerk beschäftigen, wo er Meister ist. Zugleich schließt die Zunftorganisation „die manufakturmäßige Teilung der Arbeit aus" (ebd.). Das Zunftwesen, das

231 Autonome politische Kunst gibt es in dieser Zeit ebenfalls nicht. Sie entwickelt sich erst im 18. Jahrhundert im Zuge der Französischen Revolution (vgl. Beyme 1998: 53). Dazu werden „die Subsysteme Kunst und Politik aus der ganzheitlichen mittelalterlichen, religiös fundierten *societas civilis*" gelöst (ebd., H. i. O.). Zuvor dominiert das politische System im Absolutismus des 16. und 17. Jahrhunderts „alle anderen Subsysteme" – auch das der Kunst. Im Folgenden schrumpft die „Eigenmacht der Kunst" wieder. Im 17./18. Jahrhundert kehrt sich dieses Verhältnis um: zum einen, weil ein Kunstmarkt entsteht, zum anderen, da politische Organisationen und Parteien aufkommen.

232 Wie Dubiel darlegt, haben Autoren wie Koselleck und Riedel immer wieder betont, dass das „antike Motiv" einer „vorpolitischen Gesellschaft" nie ganz verschwunden sei (Dubiel 1994: 72). Es sei Hegel zu verdanken, dass er den Kapitalismus als „Mechanik individueller Nutzenverfolgung" in seine Schranken verwies. Zwar habe Hegel die Wirtschaftsgesellschaft entworfen. Er habe aber die Wichtigkeit von „nichtökonomischen Loyalitätsbeziehungen" durch die Korporation betont (ebd.: 72f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im 12./13. Jahrhundert aufkommt und seinen Höhepunkt in der Gründungswelle im 16. Jahrhundert hat (vgl. Schulz 2010: 14), steht damit einerseits für die Bündelung der Interessen der Handwerker*innen in einer Organisation. Andererseits bildet es die Zerlegung der Teilung manufakturmäßiger Arbeit ab.

Dadurch hat das Zunftwesen wiederum eine politische Funktion, und das hat zwei Gründe: Erstens verschafft die Zunft den damalig betroffenen Handwerker*innen klare arbeitsbezogene Vorteile – Schulz spricht von ersten Anzeichen einer arbeitsbezogenen „Selbstbestimmung", und er meint damit primär die rechtliche Besserstellung und die Selbstentfaltung durch Mobilität, was auf die hohen Abwanderungsraten in die Städte zurückzuführen ist (vgl. Schulz 2010: 35ff.).[233] Zweitens wird die Zunft im Hochmittelalter zur Voraussetzung für die politische Beteiligung im Arbeitskontext. Erst über die Organisations- und Rechtsform der Bruderschaft können die Gewerbegruppen und Zünfte öffentlich auftreten.[234] Handwerker*innen bekommen ein politisches Stimmgewicht – allerdings wird die Mitgliedschaft in einer Zunft zur „Voraussetzung für die vollberechtigte Teilhabe an der stadtbürgerlichen Gemeinschaft" (Schulz 2010: 66). Politische Aktivitäten außerhalb der Zunft sind dagegen ein Wagnis. „‚Konspirative' Aktivitäten" wie „der Boykott bestreikter Meister" werden gar unter Strafe gestellt (Müller-Jentsch 2011: 8) – Knut Schulz spricht darum von der „politischen Zunft", die in der Zeitspanne vom 14. bis 16. Jahrhundert die städtische Gesellschaft und gewerbliche Organisation prägt. Einerseits kontrolliert die politische Zunft damit das Arbeitssubjekt. Andererseits wird das Subjekt in wichtige Lebensbereiche einbezogen, was über die politische Ebene und den Stadtrat hinausgeht (Schulz 2010: 66ff.)[235] – Manfred Seifert will für die damalige Zeit sogar erste strukturelle Ähnlichkeiten zu den heutigen entgrenzten Arbeitsformen erkennen, er führt dazu die Hausweberei und Wanderhandwerker*innen als Beispiele an. Zwar sei die Arbeit reglementiert worden. Zugleich seien damals schon „Aspekte der Subjektivierung und Automatisierung" erkennbar gewesen (Seifert 2004: 72; vgl. Huber 2012: 50).

Man könnte auch sagen, um auf das eingangs beschriebene Spannungsfeld der Subjektivierung aus „Selbstbestimmung" und „Bestimmung durch Gesellschaft" zurückzukommen (Kleemann et al. 2003: 59), dass das Arbeitssubjekt in dieser Zeit gesellschaftlich bestimmt wird. Zugleich kann es sich in einigen Punkten selbstbestimmen; Seifert sieht gar erste Anzeichen eines Eigenmanagements angelegt (Seifert 2004: 72). Auf der

233 Oft bleiben Handwerker*innen weiterhin in Abhängigkeit zu den Bischöfen. Auch steht die voranschreitende „eigenverantwortliche Lebensform" zu den erb- und eherechtlichen Beschränkungen im Widerspruch, „je weiter die städtische Entwicklung im 11. und 12. Jahrhundert" voranschreitet (Schulz 2010: 35).

234 Verdeutlichen lässt sich das an den „Magdeburger Urkunden" für Schumacher*innen (1152 – 1192), die die freie Berufsausübung über den Zunftzwang regeln. „Keiner darf in Zukunft das Handwerk betreiben, bevor er nicht ihre ‚Gemeinschaft' genannte Einigung erworben hat und damit Mitglied der Genossenschaft (societas) geworden ist" (Schulz 2010: 4).

235 Wie Knut Schulz darlegt, sind die Zünfte in der Folgezeit „ihrer Eigenständigkeit und [..] öffentlichen Funktion weitgehend beraubt und auf ihre gewerbliche Interessenwahrnehmung beschränkt" (Schulz 2010: 68).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

anderen Seite hat sich das Subjekt dem Kollektiv der Zunft zu beugen[236], denn es gibt kein Austreten aus dem Kollektiv (Schulz 2010: 68). Insgesamt wird Arbeit in dieser Zeitspanne aufgewertet – Arbeit gilt nicht mehr nur als Mühsal oder Plage wie im antiken Zeitalter. Zugleich wird das Subjekt als Leistungssubjekt konturiert.

Um diesen Prozess historisch zu rahmen, um die Aufwertung von Arbeit einerseits und die politische Perspektive auf Produktionsverhältnisse andererseits herauszustellen, soll an dieser Stelle von der *ersten subjektanerkennenden Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* im historischen Verlauf gesprochen werden: Subjektivierung und Subjektanerkennung meinen, dass Arbeit und das Arbeitssubjekt gesellschaftlich anerkannt und aufgewertet werden, das Arbeitssubjekt kann sich aber nur in vorgegebenen Strukturen (vorrangig der Zünfte) politisieren – die politische Subjektivierung bleibt damit eine Bestimmung durch Gesellschaft.[237] Zugleich werden die Zünfte zum gesellschaftspolitischen Stimmzentrum für das Handwerk, indem sie sich gegen „obrigkeitliche Tendenzen der Ratsherrschaft" stellen (Schulz 2010: 68). Im 19. Jahrhundert werden sie durch die Verschärfung des Klassenkampfes zu „Organisationen mit revolutionär-politischer Prägung" (Schiná 2021: 62)[238] – Folge ist nicht nur eine „Neubewertung der Arbeit", weil Gilden und Zünfte als gesellschaftliche Organisationsformen ein neues „Selbstbewusstsein" im Arbeitskontext verkörpern (Geisen 2011: 48). Eine erste „sozial differenzierte Form der Selbstorganisation" (Brunkhorst 1994: 60) von Arbeit tritt hervor, die sich in den Städten des Mittelalters durch die bürgerliche Gesellschaft zeigt.

Das Ende der Zünfte wird ab 1810/11 mit dem schrittweisen Inkrafttreten der Gewerbefreiheitsgesetze eingeleitet (vgl. Kurz 2015: 35). Die kapitalistische Gesellschaft keimt auf, das Handwerk wird verdrängt. Neue Organisationsformen wie Innungen, Handwerkskammern bis hin zu den Parteien und Gewerkschaften lösen die alten ab, denen die Zivilgesellschaft mit steigendem Anspruch an Selbstbestimmung entgegentritt. Man kann dazu wieder auf Hegel zurückkommen (siehe Kapitel 4.1.6), worauf sich Theoretiker der Zivilgesellschaft von Montesquieu bis Tocqueville beziehen lassen. Hegel versteht die bürgerliche Gesellschaft als Differenz zwischen Familie und Staat. Er spricht von der aufkommenden Wirtschaftsgesellschaft und vom Wirtschaftssubjekt, dem Tocqueville später das von ökonomischen Imperativen befreite Bürgersubjekt gegenüberstellt (Tocqueville 1986 [1835]: S.15). Bei Tocqueville sind es die intermediären Institutionen, die für

236 Allerdings lassen sich schon damals Ausdifferenzierungsprozesse innerhalb der Zünfte erkennen. Jörg Rogge hat das an der Augsburger Weberzunft ab Mitte des 15. Jahrhunderts verdeutlicht: Die Augsburger Weberzunft zählt in Europa zu den größten Zünften mit zeitweise über 700 Mitgliedern. Selbst die Weberzunft ist Rogge zufolge kein einheitliches Gebilde. Sie umfasst vier soziale Gruppen von Meistern mit sozioökonomischen Differenzen (vgl. Rogge 1996: 108).

237 Wie Arndt Kluge herausgearbeitet hat, ist der Einfluss der Zünfte sowohl von Region zu Region als auch von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Am größten ist er in den südwestdeutschen Städten (vgl. Kluge 2013: 15; siehe auch Kurz 2015: 30). Anderswo werden die Zünfte durch die städtischen Verwaltungsorgane stark kontrolliert. Ansonsten hält sich der politische Einfluss in Grenzen.

238 Schiná führt dazu als Beispiele die griechische Philiki Etaireia und italienische Carboneira an, die sich als Geheimbünde über den Arbeitskontext hinaus politisieren: Die Philiki Etaireia strebt die Befreiung von der türkischen Herrschaft an, die Carboneira die politische Einigung Italiens (vgl. Schiná 2021: 62).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Zivilgesellschaft stehen – und die aus der Selbstorganisation des Bürgertums hervorgehen.

Mit dem Selbermachen hat das insofern zu tun, dass ab diesem Zeitpunkt die Selbstorganisation des Bürgertums hervortritt: Erst über entsprechende Netzwerke von rechtlich geschützten und staatlich unabhängigen Körperschaften wird die Demokratie durch Gewaltenteilung realisierbar (vgl. Adloff 2008: 26). Zugleich rückt die politische Frage nach der Freiheit durch die soziale Frage in den Hintergrund – wie im Kapitel 4.1.2 aufgezeigt, hat Hannah Arendt diese Entwicklung mit scharfem Ton kritisiert, weil die politische Frage dadurch der Armutsbekämpfung zum Opfer gefallen sei. Zugleich lässt sich darin ein Wendepunkt markieren: Die Zivilgesellschaft stellt das Bürgersubjekt neben das Wirtschaftssubjekt – und das hat viel mit dem Selbermachen als Form der Selbstorganisation zu tun, was der nächste Abschnitt zeigen wird.

c) Von der Selbstorganisation zur Organisation: Das Aufkommen der kooperativen Unternehmung, die Gründung von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften

Dem Sozialhistoriker Jürgen Kocka (2008) kommt das Verdienst zu, drei zentrale Entwicklungsphasen in der Historie unterschieden zu haben, in denen die Bürger zu Bürgersubjekten werden: In der ersten Phase, in der Zeitspanne des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit bis ca. 1800[239], erwerben die Bürger das Bürgerrecht per Geburt – oder es wird ihnen durch Antrag verliehen. Nach Kocka sind die Bürger Städter. Durch das Bürgerrecht sind sie „zu selbständigem Gewerbe und Handel, zur Mitwirkung an der städtischen Selbstregierung und zum Empfang von Leistungen aus städtischer Fürsorge bei Armut und Hilflosigkeit" berechtigt (Kocka 2008: 4) – wie Kocka darlegt, gehören zu diesen Bürgern allerdings noch keine Arbeiter oder Arbeiterinnen, nur die Handwerksmeister und einige ihrer Gesellen, auch Kaufleute, Ladenbesitzer, Wirte, Ärzte, Pfarrer (vgl. ebd.).[240] In der zweiten Phase, ab dem 18. Jahrhundert, setzt der Niedergang des Feudalismus ein. Auf der einen Seite werden die „Bourgeoisie" (Wirtschafts- oder Besitzbürger) wohlhabender (vgl. ebd.) – der Kapitalismus bahnt sich seinen Weg, und hier setzt auch die Marxsche Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft Hegels an, die nach Marx eine der Klassenunterschiede bleibt (vgl. Kapitel 4.1.3). Auf der anderen Seite bildet sich

239 Im Mittelalter kommt es nicht nur zur „Trennung von Religion und Politik" (Luhmann 2002: 194). Auch gelten „Arbeit und Politik" als unvereinbar (Brunkhorst 1994: 71). Folge ist die „Abkopplung einer politischen Logik von der religiösen Gesamtselektivität", die sich spätestens aufgrund der Folgen des Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert (1618 – 1648) vollzieht (vgl. dazu Nassehi 2003: 143).

240 Kocka macht darauf aufmerksam, dass die Städter in dieser Zeit in der Regel keinen „adligen und geistlichen Herrschaften" unterstehen. Nach Kocka besitzen die Städte meist verbriefte Privilegien und Freiheiten gegenüber den adligen oder geistlichen Landesherren. Die Bürger entwickeln darum eine „nicht-adlige, nicht-geistliche, nicht-bäuerliche: eben städtische Kultur mit gemeinsamen Normen, Ehrvorstellungen und Symbolen". Stadtbürgerliches Leben sei stark von Herkommen und Brauchtum geprägt gewesen. Gewerbe und Handel tragen damals aber „bereits die Keime des Wandels in sich". Arbeit und Leistung hätten in der Kultur des Stadtbürgertums „mehr als in der des Adels" gezählt. „Gemeinsinn und Selbständigkeit wurden im Stadtbürgertum erlernt und geübt". Das sei zugleich wichtiges kulturelles Kapital für die Zukunft gewesen (Kocka 2008: 4).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert „eine neue Sozialformation heraus, eine aufsteigende schmale Schicht, die sich aus Besitzenden und Gebildeten" zusammensetzt (Kocka 2008: 4). Erst in der dritten Phase, die unmittelbar an die zweite anschließt, entwickelt sich die Vorstellung einer „bürgerlichen Gesellschaft", die ihre Verhältnisse ab sofort „friedlich, vernünftig und selbstständig" regelt (vgl. ebd.: 5).

Diese Phase hat für das Handwerk enormes Gewicht. Der Volksbegriff kommt auf, der an die Demokratie gebunden wird. Er „spaltet" sich jedoch in die Konzepte des Pöbels und der Nation (Manow 2020: 38) – der Pöbel wird entpolitisiert, die andere Seite geht in der Wirtschaftsgesellschaft auf (vgl. ebd.).[241] Einerseits bildet sich dadurch die von Hegel begründete Zivilgesellschaft (vgl. Hegel 1986: 338ff.) und die von Weber skizzierte „protestantische Ethik" heraus – Arbeit wird mit Leistung gleichgesetzt (vgl. Weber 2005: 79ff.). Andererseits führt die Wirtschaftsdynamik zum Ausschluss der breiten Massen, und es ist Marx, der diese Entwicklung (und damit Hegel) kritisiert. Marx erklärt die Ökonomie zum politischen Signifikanten. Hegel dagegen entkernt das Politische vom Ökonomischen. Er entwirft die bürgerliche Gesellschaft und das Wirtschaftssubjekt, trennt aber beides. Man kann Hegel zugutehalten, dass er „der Machtlosigkeit atomisierter Individuen" begegnen will und sich der „willkürlichen Despotie staatlicher Bürokratien" entgegenstellt hat (Adloff 2008: 33).[242] Zugleich wird der Ausschluss durch die Spaltung in Pöbel und Nation „in den Begrifflichkeiten der Arbeit" neu „gefasst" (Manow 2020: 40): Die „politische Trennung" in Pöbel und Nation begründet sich bei Hegel „ökonomisch" (ebd.), oder mit den Worten Frank Rudas, auf den sich Manow in seiner Analyse bezieht: Die bürgerliche Gesellschaft Hegels „spaltet" sich „in jene, die in ihr ihre Arbeit und ihren Platz in einem Stand finden und in jene, die bloße Privatpersonen" bleiben (Ruda 2011: 95ff.).

Auf das Selbermachen führt das insofern zurück, da Ende des 18. Jahrhunderts auf der einen Seite das selbstbestimmte Wirtschaftssubjekt in der Hegelschen Denkart hervortritt. Auf der anderen Seite gerät das Arbeitssubjekt in der Marxschen Vorstellung unter die Räder des Kapitalisten; es wird seiner Produktionsmittel beraubt. Darum wird es wiederum politisch, weil es die Initiative zum Zusammenschluss ergreift. Beide Perspektiven – die von Hegel und Marx – erscheinen zunächst in sich schlüssig. Sie übersehen aber, dass sich in dieser Zeit ebenso erste Arbeitsformen herausbilden, die Teil

241 Wie Philip Manow betont, bleibt der Volksbegriff zunächst eine „politische Abstraktion": Das Volk ist die „idealtypisch imaginierte Nation […] und keine umfassend inklusive Gesellschaft". Der Pöbel, oder mit den Worten Marx' das Lumpenproletariat, bleibt ausgeschlossen. Hinter dem „abstrakten Legitimationskonzept verschwindet das konkret vorgestellte gemeine Volk" (Manow 2020: 38).

242 Hier schließt das bereits angeführte Argument Dubiels (1994: 72) an (vgl. Fußnote 49 auf Seite 63), dass Hegel den Kapitalismus als „Mechanik individueller Nutzenverfolgung" in seine Schranken verwiesen habe: Hegel habe die Wichtigkeit von „nichtökonomischen Loyalitätsbeziehungen" durch die Korporation betont (ebd.: 72f.). Im Gegensatz zur Antike, in der es noch keine „vermittelnde und dynamisierende Gesellschaft" von Staat und Individuum gibt (Brunkhorst 1994: 59), und im Gegensatz zum Absolutismus, wo noch institutionelle Mittler fehlen, sind es bei Hegel die „Korporation", die neben der „Polizei" zu gesellschaftlichen Mittlern werden (Hegel 1986 [1821]; vgl. auch Adloff 2008: 33).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der bürgerlichen Gesellschaft sind: „Die Idee betrieblicher Selbstorganisation der Arbeiterschaft" tritt hervor (Bierhoff/Wienold 2010: 228). 1860 folgt die erste Gründungswelle kooperativer Unternehmen (vgl. ebd.: 229)[243] – woraus die Genossenschaftsbewegung erwächst. Wie Komlosy herausgearbeitet hat, werden ab dem 19. Jahrhundert erstmals „praktische Projekte" als „Alternativen zur Ausbeutung in der Industriegesellschaft realisiert" (Komlosy 2019: 37). Selbstorganisierte Bruderschaftskassen entstehen, gefolgt von Unterstützungsvereinen oder Fürsorgeeinrichtungen (vgl. ebd.). Nicht zuletzt werden vielerlei Arbeitskonzepte verfasst, die an ein neues Arbeitsverständnis appellieren – Charles Fourier (1772–1837) schlägt beispielsweise vor, die Gesellschaft in überschaubare kommunale Wohn- und Arbeitsgemeinschaften zu überführen (vgl. ebd.). Louis Blanc (1811–1882) wiederum kritisiert die Zunahme von Konkurrenzbeziehungen im Kapitalismus; er fordert Unterstützungsleistungen vom Staat (vgl. Bierhoff/Wienold 2010: 229). Arbeit wird ab dem 19. Jahrhundert somit nicht nur verökonomisiert. Kooperative Unternehmen werden Teil der bürgerlichen Gesellschaft.

Für das 19. Jahrhundert lassen sich somit insgesamt drei Tendenzen gegenüberstellen, die das Spannungsfeld von Arbeit und Politik neu beleuchten: Erstens wird das Arbeitssubjekt in der Marxschen Vorstellung politisch, weil es der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweisen per Zusammenschluss entgegentritt. Zweitens setzt sich die Idee der Selbstbestimmung im Kontext kooperativer Unternehmen durch. Drittens gründen die Arbeitenden Initiativen und Zusammenschlüsse, nicht zuletzt appellieren sie an Politik und Staat – und sie treten den Parteien bei. Parteien werden, neben den Gewerkschaften, zu Auffangbecken für die Arbeiterschaft, weil Handwerker und Handwerkerinnen dem wirtschaftlichen Druck kaum mehr Stand halten können (vgl. Kurz 2015: 35; Pies 1997: 8). Zum einen liegt in der aufkommenden Bürokratisierung und Ökonomisierung, und man könnte mit Weber und Arendt gleichermaßen argumentieren[244], ein Freiheitsverlust des Subjekts begründet, weil es unter bürokratisch-kapitalistische Herr-

243 Nach Bierhoff/Wienold sind für diese Entwicklung Philippe Buchez (1796–1865) und Louis Blanc (1811–1882) hervorzuheben: Buchez erstellt einen ersten ‚Leitfaden' für die Gründung kooperativer Unternehmungen. Blanc verfasst die Schrift „Die Organisation der Arbeit", worin er die Zunahme von Konkurrenzbeziehungen im Kapitalismus kritisiert, zugleich aber an die Politik appelliert (vgl. Bierhoff/Wienold 2010: 229). Die Idee der kooperativen (genossenschaftlichen) Unternehmung basiert nach Bierhoff/Wienold auf drei Prämissen: Erstens auf dem „Prinzip der Mitgliederförderung", zweitens auf dem „Identitätsprinzip", das, wenn auch auf unterschiedliche Weise, auf gerechte Rollenverteilung abzielt. Drittens führen Bierhoff/Wienold das „Prinzip der Demokratie" an, worüber „alle Beteiligten unabhängig vom Umfang [..] der Kapitalbeteiligung gleichberechtigt über die Geschicke des Betriebs entscheiden" (ebd.: 228).

244 Arendt und Weber eint eine kapitalismuskritische Perspektive, die Rationalisierung wird aber unterschiedlich gewichtet. Wie Winfried Thaa betont, will Weber „formal rationalisierte Organisationen politisieren, indem er sie den wertrational bestimmten Zwecken starker Führer unterstellt" (Thaa 2011: 37). Für Arendt dagegen sind Zweckrationalität und politisches Handeln unvereinbar (vgl. Fußnote 27 auf Seite 56).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schaft gerät.[245] Zum anderen werden Parteien[246] zu Signifikanten für den Niedergang des Feudalismus, der aus der Bürokratisierung resultiert.[247] Parteien sind Ausdruck eines neuen „enormen ökonomischen Bedeutungsgewinns des Bürgertums", womit „die Entstehung von Handel und Industriebetrieben" verbunden ist (Stöss 1976: 21ff.). Zugleich sind sie der Beginn für die Entwicklung repräsentativer Demokratien (vgl. Manow 2020: 59) – Parteien treten der „Herrschaft der alten aristokratischen und frühbürgerlichen Eliten" entgegen (Beyme 2000: 15). Und es sind vielfach die Handwerkergesellen und kleinen Meisterbetriebe, die Parteien mit hervorbringen, weil sie sich vom Kapitalismus bedroht fühlen, aber nicht mehr zu den Zünften zurückkehren wollen (vgl. Faulenbach 2012: 15f.). Rückblickend sind die ersten Parteiengründungen damit nicht nur eine Antwort auf den preußischen Obrigkeitsstaat, der von Bismarck in Preußen und später im Deutschen Reich repräsentiert wird (vgl. Stöss 1976: 21ff.; Siri 2012; Alemann 2018). Parteien gehen aus Eigeninitiative hervor[248] – ihnen geht das Prinzip Selbermachen voraus.[249]

Was sind die Folgen? Ab 1860 folgt die Gründung der Sozialdemokratie. Das „parteiische" oder „parteiliche" Organisieren ist in der deutschen Rezeption des 19. Jahrhunderts noch „überwiegend negativ konnotiert" (Siri 2012: 37). Auch macht sich ein erstes Desinteresse gegenüber politischen Parteien breit (ebd.: 43). Auf der anderen Seite werden Arbeit und Politik neu zusammengefügt, was sich nicht zuletzt an den damaligen „Staatshilfler[n]" zeigt, die sich in den sozialdemokratischen Parteien durchsetzen und

245 Daran schließt auch die Kritik von Horkheimer an, wonach die Ausbreitung von Wissen und Vernunft ab dem 19. Jahrhundert nicht nur ein Autonomiegewinn darstellt. Sie ist zugleich als Indienstnahme und Anpassungsleistung des Individuums an die neue Weltauffassung zu verstehen (vgl. Horkheimer 1995: 21ff.).

246 Der Begriff der „Partei" entsteht im England des 18. Jahrhunderts zur „Beschreibung einer Gruppe mit gemeinsamen politischen Zielen" (Siri 2012: 33), wenngleich Parteien im Wortsinn von *pars* (Teil) schon in der Vormoderne bekannt sind (ebd.). Vorformen von Parteien tauchen in Deutschland allerdings erst relativ spät, im Verlauf der Revolution von 1848, auf (ebd.). Parteien im heutigen Verständnis entstehen Mitte des 19. Jahrhunderts (vgl. Stöss 1976: 21ff.; Siri 2012: 31ff.; Niedermayer 2013: 65f.; Alemann 2018).

247 Nach Jasmin Siri werden Parteien ab ca. 1900 erstmals „soziologisch untersucht" (Siri 2012: 31). Zunächst entstehen die Liberalen und die Deutsche Fortschrittspartei 1861 als „früheste Parteienformation". 1866 folgen die Freikonservative Partei als Sammelbecken der Großindustrie, zudem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869), aus der 1890 die Sozialdemokratische Partei (die heutige SPD) im Zusammenschluss mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (gegründet 1863) hervorgeht. Überdies entstehen die Deutsche Konservative Partei 1876 und das Zentrum 1878 als Verkörperung der „religiösen und konfessionellen Konflikte der deutschen Gesellschaft" (Alemann 2018). Nach Alemann bilden diese vier Strömungen – Sozialdemokraten, Katholiken, Liberale und Konservative – „die Grundstruktur der Parteien von der Gründung bis zum Ende des Kaiserreichs 1918" (ebd.).

248 Die Gründungen von Parteien und sonstigen Zusammenschlüssen gehen in dieser Zeit nicht immer von den Akteuren selbst aus, die betroffen sind. So ist die Gründung des Allgemeinen Deutschen Schneidervereins 1867 beispielsweise vorrangig eine der Funktionäre der sozial- und liberaldemokratischen Parteien (vgl. Eisenberg 2011: 170). Auch die gewerkschaftliche Gründungswelle 1868/69 erfolgt „nicht ‚von selbst'" (ebd.: 176).

249 Das schließt wieder an Castoriadis' Schöpfungshandeln an, woraus Institutionen resultieren (vgl. Kapitel 4.1.4).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von denen die Arbeitenden Lösungen verlangen (Komlosy 2019: 37).[250] In der Gesamtheit ist das 19. Jahrhundert somit als Weichenstellung hin zu einer ersten „Selbstorganisierung des Bürgertums" (Müller-Jentsch 2012: 109) zu verstehen, was sich u.a. an den vielen Vereins- und Gruppenbildungen der damaligen Zeit zeigt – (auch) im Kunstbereich. Die Mitgliedschaften sind – im Gegensatz zu den korporativen Zusammenschlüssen des hohen Mittelalters und der frühen Neuzeit – Ausdruck einer ersten „Exklusivität der Mitgliedschaft" (ebd.).[251] Die Initiativen, auch die der kooperativen Unternehmen, zielen auf eine „sozial gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" ab (Komlosy 2019: 38). Arbeit ist damit nicht mehr nur Quelle eines monetären Mehrwerts, wie Komlosy betont. Sie steht, zumindest auch, für den „Weg zur Selbstverwirklichung" (ebd.).

Diese Entwicklung zeigt sich auf ganz unterschiedliche Weise; zunächst resultieren daraus Organisationsgründungen, ehe sie heute, das werden die Kapitel ab 4.3.2 zeigen, für die Infragestellung politisch institutioneller Strukturen stehen.[252] Es sind die öffentlichen Begründungsdiskurse, die aus dem „Strukturwandel der Öffentlichkeit" (Habermas 1990) resultieren, die diese Entwicklung einleiten – und die eine politische Perspektive des Selbstherstellens im öffentlichen Raum ermöglichen.

d) Nationalstaatsgründungen und der Strukturwandel der Öffentlichkeit

Alexis de Tocqueville, geboren 1805 in Verneuil-sur-Seine und Begründer der sogenannten Vergleichenden Politikwissenschaft, hat in den Dreißigerjahren des 19. Jahrhunderts sein zentrales Werk „Über die Demokratie in Amerika" verfasst (Tocqueville 1986 [1935]). Seine Gedanken gelten darin dem Zusammenhang von Gleichheit und Demokratie (vgl. Thaa 2011: 11); er stellt das Verhältnis von Demokratie, Gleichheit und Individualismus heraus. Im Gegensatz zu Marx, der die politische Ökonomie und den Kapitalismus im Blick hat, konzentriert sich Tocqueville auf die „Demokratie als modern[e] Regierungs- und Lebensform" (Adloff 2008: 9). Es ist kein Geheimnis, dass Tocqueville, so wie Hannah Arendt, die „neuartige politische Kultur der Selbstverwaltung" (Worschech 2015: 63f.) in Amerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Überschwang lobt. Was sich bei Arendt allerdings auf das Handeln der Vielen bezieht, wird bei Tocqueville zur Assozia-

250 Wie Komlosy betont, sind die Sozialen Bewegungen und Arbeiterschaften auf „die Zusammenarbeit mit der Staatsverwaltung, mit politischen Parteien und UnternehmerInnen angewiesen", um Gelder zu erhalten. Teils wird ihnen aber mit Widerstand begegnet (Komlosy 2019: 38). Wie Melanie Kurz darlegt, wird ab 1850 gerade die unabhängige Industrie „seitens der Politik bevorteilt" (Kurz 2015: 55). Das zünftisch geregelte Handwerk wird benachteiligt.

251 Müller-Jentsch beschreibt das an den Gruppenbildungen im 19. Jahrhundert, deren Ziel es ist, „Halt in ähnlichen Versuchen anderer zu finden" (Müller-Jentsch 2012: 110). Dabei handelt es sich um keine formalen Organisationen, vielmehr um netzwerkartige Arrangements zu gemeinsamen Ausstellungen oder Autorenlesungen; Müller-Jentsch spricht auch von „Gesinnungsvereinen", die „programmatische Zusammenschlüsse" mit teils „politischer Akzentuierung" erkennen lassen (ebd.: 110ff.).

252 Die organisationale Selbstbestimmung im Handwerk findet zunächst im 20. Jahrhundert durch die Gründung des Deutschen Werkbundes 1907 als wirtschaftskulturelle „Vereinigung von Künstlern, Architekten, Unternehmern und Sachverständigen" einen organisatorischen Kulminationspunkt. Ziel ist „die Veredelung der gewerblichen Arbeit im Zusammenwirken von Kunst, Industrie und Handwerk" (Hauffe 2016: 58; siehe auch Kurz 2015: 53ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tion des Vereinswesens, das zur Stütze der Gesellschaft wird.[253] Sowohl Arendt als auch Tocqueville stimmen darin überein, dass die Amerikanische Revolution Abbild von Eigeninitiative war. Sie habe nicht nur das langfristige Ziel der „Gründung der Freiheit" verwirklicht (Arendt 2019: 214ff.).[254] Die Amerikanische Revolution sei die erste in der Verfassungshistorie gewesen, in der sich ein Volk eine Verfassung selbst gegeben habe (vgl. ebd.).

Man könnte auch sagen, dass die Amerikanische Verfassung ein Akt des Selbermachens durch die Gründung der *constitutio libertatis* war. Zugleich ist sie eine Vollendung mit Nachklang: In der Zeitspanne vom 16. bis 18. Jahrhundert vollzieht sich der Übergang von der stratifizierten hin zur ausdifferenzierten Gesellschaft (vgl. Otto 2014). Es kommt zur Gründung moderner Nationalstaaten (vgl. Engler 2005: 31; Wolf 2008: 268). Der Absolutheitsanspruch des Adels wird beschnitten (vgl. Himmelreich 2017)[255], das „Prinzip der Volkssouveränität" wird verankert (Bonacker 2002: 197; siehe auch Otto 2014: 16).[256] Nicht mehr der absolutistische Monarch ist Hüter der Verfassung und urteilt über das Volk. Das Volk, *demos*, wird Teil eines Souveränitätsanspruchs, indem es die Verfassung wählt (was allerdings nicht für alle gilt).

Mit anderen Worten: In dieser Zeit bildet sich das heraus, was Balibar das erste „Bürger-Subjekt" nennt (Balibar 2017: 414), und das sich vom *sujet* (Untertanen) durch einen klaren Zuspruch an die Bürgerrechte unterscheidet. Repräsentieren die Bürger*innen im Absolutismus[257] noch ein Untertanendasein, weil es ihnen nur freigestellt ist, ihren „privaten Nutzen zu verfolgen" (Dubiel 1994: 71), werden die Subjekte fortan zu vollwertigen Bürger*innen im Nationalstaat. Damit tritt die im letzten Kapitel angesprochene zweite und dritte Phase der Bürgerkultur nach Kocka ein (vgl. Kocka 2008: 5): Die Vorstellung einer „bürgerlichen Gesellschaft" entsteht. Die Idee „einer modernen, säkularisierten Gesellschaft" wird vollendet (ebd.).

---

253 Im Gegensatz zu Tocqueville, der sich auf die Amerikanische Revolution und die Folgewirkungen konzentriert, setzt sich Hannah Arendt mehr mit der Französischen Revolution auseinander.

254 Nach Hannah Arendt ist es der Französischen Revolution nicht gelungen, im Anschluss an die verfassungsgebende Versammlung eine Verfassung im Namen des Volkes zu erlassen. Arendt zufolge liegt das Versäumnis darin, dass politische Institutionen gefehlt haben und es keine legitime verfassungsgebende Versammlung gegeben hat (Arendt 2019: 214).

255 Nach Himmelreich (2017) wird der Begriff der Nation erstmals im Zuge der „Bemühungen um Reichs- und Kirchenreformen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts als Kampfbegriff reichsständischer und reichskirchlicher Opposition gegen die Universalgewalten von Kaiser und Papst verwendet". Erst mit der Vertiefung des religiösen Zwiespalts und der Politisierung konfessioneller Konflikte habe der Begriff „seine Integrationskraft" verloren. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird der Begriff schließlich „unter den aufsteigenden gelehrten und gebildeten Bürgerschichten […] wiederbelebt, und zwar in der Kultur durch ‚Nationaltheater' und ‚Nationalerziehung'" (ebd.). Ein „positive[r] Volksbegriff als Nation" setzt sich erst in der Folge, Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts, durch (Manow 2020: 40).

256 Otto fügt dem hinzu, dass mit der Herausbildung des modernen Nationalstaates der Begriff der Nation ab Mitte des 18. Jahrhunderts erstmals „auf eine politisch aufgeklärte Zukunft eines bislang unmündigen *peuple*" verweist (Otto 2014: 182, H. i. O.).

257 Der Absolutismus gilt in der Historie als die Zeitspanne zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) und der Französischen Revolution (1789), in der die Staatsgewalt von einer Person ausgeht und keiner weiteren Instanz kontrolliert wird (vgl. Dubiel 1994: 71).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die unteren Schichten und das anschwellende Proletariat noch keinen hinreichenden Zugang zur Bildung haben. Auch keimt ab 1807 mit Zusammenbruch des altpreußischen Staates ein erster ‚moderner' Antisemitismus auf (Arendt 1991 [1951]: 68). Ohnehin ist die bürgerliche Gesellschaft männlich dominiert (vgl. Greven 2000: 17). Das allgemeine Wahlrecht bleibt Frauen genauso ein weiteres Jahrhundert vorenthalten wie die freie Berufswahl. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die vom 4. Juli 1776 stammt (vgl. Greven 2009: 69), folgt erst 1948.[258] Aber es entsteht das, was Michael Th. Greven (2009) die „politische Gesellschaft"[259] nennt und Marcus Otto als politische Subjektivierung durch die Inklusion des Bürger*innen-Subjekts in den Nationalstaat beschreibt (Otto 2014: 117ff.):[260] Eine Gesellschaftsstruktur tritt hervor, in der alles „prinzipiell entscheidbar" wird (Greven 2009: 67) – und in der sich die Bürger*innen schrittweise von Stand und Klasse lösen.[261]

Diese Entwicklung bleibt keineswegs auf das Aufkommen moderner Nationalstaaten beschränkt. Der „politischen Gesellschaft", die Greven ab dem 19. Jahrhundert als historischen „Schlußstein" (Greven 2009: 67) für die hier beschriebene Entwicklung ausmacht, geht im 15./16. Jahrhundert eine bürgerliche Öffentlichkeit voraus – und beides sind Voraussetzungen dafür, dass sich ein politisches Bewusstsein im Arbeitskontext herausbilden kann. Das Aufkommen der bürgerlichen Öffentlichkeit hat kein anderer detailgetreuer nachgezeichnet als Jürgen Habermas. In seinem Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit" beschreibt er minutiös[262], wie die Öffentlichkeit bis ins 15. Jahrhundert an die höfisch-richterliche Öffentlichkeit der französischen und burgundischen Höfe gebunden bleibt (Habermas 1990: 63), sich dann aber transformiert. Zunächst ist die Öffentlichkeit der Wirkungsbereich des Adels, der die Informationszufuhr steuert und

258 Das erste aktive Frauenwahlrecht wird 1893 in einer Siedlungskolonie in Neuseeland eingeführt (vgl. Raschke 2020). 1902 führt Australien als erster souveräner Staat das aktive und passive Frauenwahlrecht auf Bundesebene ein – 1906 folgt Finnland als erstes europäisches Land. In Deutschland wird das Frauenwahlrecht 1918, in Frankreich 1944 eingeführt (vgl. Hentilä/Schug 2006; Wolff 2018).

259 Wie Greven betont, war das Politische im absolutistischen Staat ebenso existent. In heutigen Gesellschaften werde es nur in sämtlichen Kontexten entscheidbar; darum spricht er von der Herausbildung einer „Fundamentalpolitisierung", wenngleich damit keine „Fundamentaldemokratisierung" gemeint sein muss (vgl. Greven 2000: 16ff.).

260 Otto unterscheidet hierzu die „Inklusionsindividualität" von der „Exklusionsindividualität": Erstere inkludiert das Individuum in den religiösen Korpus als transzendentes Subjekt – und macht die Subjektivität von der Seele Gottes abhängig. Zweitere bildet den Übergang vom unmündigen zum modernen Individuum ab, das sich „dezidiert gegenüber seinen diversen sozialen Rollen und seinem gesellschaftlichen Status in der stratifizierten Gesellschaft verselbständigt" (Otto 2014: 134).

261 Voraussetzung dafür ist, dass die Französische Revolution die einstige Ständegesellschaft von Klerus (erster Stand) und Adel (zweiter Stand) auflöst und dem dritten Stand (alle anderen) durch Liberté, égalité und fraternité (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) begegnet (vgl. Hinkelammert 2007: 113; Schäfers 2017). Durch die Amerikanische Verfassung werden zudem gesetzgebende Gewalt (Legislative), ausführende Gewalt (Exekutive) und rechtsprechende Gewalt (Judikative) unterschieden.

262 Auch Luhmann, der in der politischen Theorie als Gegenmodell zu Habermas und Arendt firmiert, weil er Politik als Teilsystem versteht, räumt ein, dass die Herausbildung von neuen Öffentlichkeiten ab dem 18. Jahrhundert eine „unsichtbare Hand des politischen Systems" hervorbringt. Sie wird zum Korrektiv des Souveräns (Luhmann 2002: 279).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kultur für sich reserviert. Mit Aufkommen moderner Nationalstaaten setzt sich jedoch das durch, was Habermas den „Gegenstand der freien Wahl und der wechselnden Neigung" nennt (Habermas 1990: 102) – und woraus eine erste „publikumsbezogene Subjektivität" entsteht (ebd.: 88)[263]. So kommen zwischen 1680 und 1730 in Frankreich die Kultur-, Kaffeehäuser und Salons auf, die zu „Zentren einer zunächst literarischen, dann auch politischen Kritik" werden (ebd.: 92). Kulturbetriebe wandeln sich. Musik wird von Gebrauchs- zu Weltmusik, die bis ins 18. Jahrhundert an die Funktion der „Andacht und Würde des Gottesdienstes" gebunden bleibt – und die die adlige „Festlichkeit höfischer Gesellschaften" repräsentiert (ebd.: 101f.). Zudem treten Institutionen wie die Museen hervor. Auch wird in Paris ab 1648 unter Le Brune die erste Kunstakademie gegründet, die ihren ersten „Salon" eröffnet und ein „Laienurteil über Kunst" möglich macht (ebd.: 102f.). Was Habermas beschreibt, und man kann seine Analyse auf die damalige Arbeitswelt beziehen, ist eine Öffnung hin zu neuen Kritik- und Öffentlichkeitsformen.

Allerdings blendet Habermas Arbeitsformen aus. Das gilt weitestgehend auch für John Dewey, der wie Habermas das Aufkommen neuer Öffentlichkeiten (bezogen auf die Entwicklung in Amerika) herausstellt (vgl. Dewey 1996: 46ff.). Im Gegensatz zu Habermas, der die Öffentlichkeit als Wechselverhältnis von Nationalstaat und Gegenöffentlichkeit konstituiert, braucht die Öffentlichkeit bei Dewey weder den Staat noch das moderne Recht (vgl. Götz 2017: 55ff.; siehe auch Noetzel 2002: 166). Für Habermas müssen Vernunftmoral und positives Recht ineinandergreifen, nur so könnten sich demokratische Strukturen etablieren (vgl. Habermas 1990: 225ff.). Deliberative Diskurse setzen nach Habermas das moderne Recht, bestehende Institutionen und die Lebenswelt[264] der Subjekte voraus (vgl. Habermas 1997: 386ff.; siehe auch König 2012: 9). Erst das macht es Habermas zufolge möglich, dass gewaltfreie und demokratieerzeugende Diskurse möglich werden.[265]

263 In Deutschland kommt ab Mitte des 16. Jahrhunderts das vom Lateinischen entlehnte „privat" von *privatus* auf (vgl. Habermas 1990: 66). In England ist seit Mitte des 17. Jahrhunderts von „public" die Rede – im Französischen wird im 18. Jahrhundert das Wort „le public" in den Sprachgebrauch eingeführt und steht fortan für die Publikumsadressierung (vgl. ebd.: 84).

264 Den Begriff der Lebenswelt hat Habermas in Anlehnung an Alfred Schütz in seiner Studie „zur Logik der Sozialwissenschaftlichen" (Habermas 1967) herausgearbeitet. Er findet sich aber auch in „Technik und Wissenschaft" (2017 [1969]), der „Theorie des kommunikativen Handelns" (1987 [1981], 1981) und in „Faktizität und Geltung" (1997). Die Lebenswelt ist nach Habermas ein „Komplementärbegriff zum kommunikativen Handeln" (Habermas 1981: 182). Sie umfasst sowohl die Privatsphäre als auch die kultur-politische Öffentlichkeit (vgl. dazu Heming 2007: 58) – die Lebenswelt ist die „gesamte kommunikative Alltagspraxis" (Meyer 1994: 214). Auf den Begriff wird abschließend im Kapitel 8.2.4 nochmals zurückzukommen sein.

265 Zugleich dürfen Diskurse nach Habermas nicht durch reglementierte Verfahren zerstört werden. Gerade in vormodernen Gesellschaften bestehe die Gefahr, dass Institutionen, die auf Autoritätszugehörigkeit setzen, demokratische Öffentlichkeiten verhindern. Autonome Teilöffentlichkeiten müssten darum auf moralisches Recht zurückgreifen können (vgl. Habermas 1997: 374, 387; siehe auch Meyer 1994: 213; Thaa 2011: 105f.; Strecker/Schaal 2001: 95). Oder: „Die politisch vollzogene Sozialintegration muß durch einen diskursiven Filter hindurch" (Habermas 1997: 387).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dass Arbeit weder bei Dewey[266] noch bei Habermas eine Rolle spielt, liegt daran, dass beide dem aufkommenden Kapitalismus begegnen wollen. Bei Habermas kommt hinzu, dass er Arbeit und Interaktion trennt: Arbeit ist instrumentales Handeln, es ist nichts Politisches, es ist das Zielgerichtete, Zweckgebundene, Erfolgsorientierte (vgl. Habermas 2017 [1969]: 62) – und das Politische ist davon zu unterscheiden. Diese Perspektive verkennt jedoch, dass in dieser Zeit ebenso Formen der bürgerlichen Öffentlichkeit hervortreten, die Abbild von arbeitsbezogenem Selbermachen sind. Anführen lassen sich dazu nicht nur die im letzten Kapitel beschriebenen kooperativen Unternehmen, wonach die „Idee betrieblicher Selbstorganisation der Arbeiterschaft" gegenständlich wird (vgl. Bierhoff/Wienold 2010: 225ff.). Aufgezählt werden könnten zahlreiche politische Initiativen, Vereine und Publikationen, die den Wert der weiblichen Handarbeit anheben wollen (vgl. Gaugele 2011b: 19). Dabei geht es um keine Aufkündigung institutioneller Arrangements, auch um keine Abkehr vom Nationalstaat. Die Selbstorganisation des Bürgertums bringt neue Organisationen und Bündnisse hervor.

Letzteres beschreibt auch Habermas. Er setzt die Inhibitoren zur Sozialintegration aus Lebenswelt, bestehenden Institutionen und modernem Recht in einen gesamtheitlichen Zusammenhang.[267] Und das Entscheidende ist, dass Habermas Arbeit im Kontext deliberativer Öffentlichkeit anführt; so beschreibt er, wie sich Handwerker*innen im 18. Jahrhundert zur neuen „Parität der Gebildeten" in den Kultur-, Kaffeehäusern und Salons gesellen und sich den „Zentren einer […] politischen Kritik" anschließen (Habermas 1990: 92). Im nächsten Schritt klammert er Arbeit als Form der politischen Öffentlichkeit aus. Dabei bringt die Zeitspanne vom 17. bis ins 19. Jahrhundert eine Fülle neuer deliberativer Formen durch Arbeit hervor, und das in zweierlei Hinsicht: Zum einen lässt sich Arbeit in unternehmerischer Perspektive eine politische Dimension zusprechen – gemeint sind die bereits angeführten kooperativen Unternehmungen, die sich ab dem späten 18. Jahrhundert zu Vereinen, Verbänden, Netzwerken, Bewegungen und Parteien zusammenschließen, um die „Bürgerlichkeit als Gesellschaftsmodell" zu repräsentieren (Bauerkämper 2010: 8) – Ziel ist die Verbreitung des Konzepts des Bürgers als *bourgeois* und *citoyen* (vgl. ebd.). Zum anderen positioniert sich das Arbeitssubjekt im Kontext der Handarbeit: Es sind die *Tricoteuses* (Strickerinnen), die während der Französischen Re-

266 Dewey führt zwar lokale Assoziationen und den Gemeinschaftssinn an, die mit lokalen Arbeitsformen verbunden sind (vgl. Dewey 1996: 100ff.). Arbeit selbst kommt aber als Form der Deliberation nicht vor. Im Gegensatz zu Habermas, der Arbeit aus dem Bereich des Politischen ausklammert, weil er Arbeit und Interaktion trennt (Arbeit ist instrumentales, erfolgsorientiertes Handeln, es ist nichts Politisches), wird bei Dewey das Gegenteil problematisiert: Erst das Aufkommen der Massenproduktion hat Dewey zufolge dazu geführt, dass der Gemeinschaftssinn in den USA geschwunden ist. Dewey macht diese Entwicklung u.a. am Rückgang der Wahlbeteiligung in Amerika fest (vgl. ebd., siehe auch Rothe 2017: 136).

267 Nach Habermas sind der moderne Nationalstaat und die demokratischen Parteien die Basis dafür, dass sich ein „Strukturwandel der Öffentlichkeit" demokratisch vollziehen kann – weil öffentliche Meinungsbildung auf moralisches Recht gestützt werden könne (vgl. Habermas 1997: 387). Zugleich gehe damit ein Schwinden der Vormachtstellung von politischen Parteien einher, da Parteien dem öffentlichen Druck immer weniger standhalten könnten (vgl. Strecker/Schaal 2001: 95; König 2012: 9).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

volution „ihre kämpferische Gesinnung zum Ausdruck" bringen (Gaugele 2011b: 15).[268] Die *Tricoteuses* werden zu politischen Aktivistinnen aus den Reihen der *Sansculottes*. Wie Elke Gaugele darlegt, sind sie teilweise identisch mit anderen berufsständischen Frauengruppen wie den *Poissardes* (Fischweiber) oder *Blanchisseuses* (Weißwäscherinnen) (vgl. ebd.)[269] – sie treten für gesellschaftlichen Wandel und die Besserstellung der Frau ein, später wird die Handarbeit zum „kulturpolitische[n] Instrument im Kampf um die weibliche Staatsbürgerinnenschaft" (ebd.: 19).

In Bezug auf Hannah Arendt ließe sich anführen, dass in dieser Zeit einerseits eine Version von Freiheit entsteht, die politisch ist. Andererseits wird die Forderung nach Freiheit an Arbeit gebunden – das Politische ist keine Befreiung von der Arbeit in den Vorstellungen Arendts. Aus dem Arbeitskontext resultieren politische Fragestellungen, die an die Arbeitswelt adressiert sind. Nachweislich zeigt sich das am Aufkommen zahlreicher Streitschriften und Publikationen der damaligen Zeit, die die Stellung der Frau in Arbeitszusammenhängen thematisieren (vgl. Freiß 2011: 33).[270] Auch kommen im 19. Jahrhundert erste Formen von Social Entrepreneurship auf, indem etwa sozial-gesellschaftlich engagierte Akteure wie Florence Nightingale Mängel in der Gesundheitsfürsorge aufdecken (vgl. Grimm 2011: 442). Genauso gründen sich Vereine, um „Textilarbeit, Kleidung und textile Handarbeit als Feld sozialer, kultureller, politischer und ökonomischer Partizipation von Frauen" in der Gesellschaft zu verankern (Gaugele 2011b: 21):[271] Einzelakteure, Unternehmen, Vereine und Zeitschriften bringen – um mit Habermas zu sprechen – eine „publikumsbezogene Subjektivität" hervor (Habermas 1990: 88), die Habermas in seiner Analyse jedoch weitestgehend ausklammert.

All das verändert in der Folge den Stellenwert von Handwerk und Handarbeit entschieden. Zum ersten Mal werden individuelle Lebenslagen mit Arbeitsperspektiven verknüpft – und politisch gedacht. Unterschlagen werden darf nicht, dass sich in dieser

---

268 Diese Kritik kommt Habermas vor allem im feministischen Diskurs zuteil, weil er die Vielzahl von Öffentlichkeiten ausblende (so die Kritik von Fraser 2001) und feministische Öffentlichkeiten übergehe (vgl. Klaus/Drüeke 2012).

269 Nach Elke Gaugele nehmen die *Tricoteuses* am 5./6. Oktober 1789 nicht nur am Zug der Frauen nach Versailles teil. Sie tragen zum Sturz der politisch gemäßigten Gironde und zur Errichtung der Jakobinerherrschaft bei (Gaugele 2011b: 15; sie auch Schiná 2021: 54ff.).

270 So erscheint 1760 in Nürnberg Rieglins „Neues und zum Stricken dienliches Modelbuch" (Freiß 2011: 33). 1786 kommt in Weimar das erste Modejournal in deutscher Sprache auf, das „Journal des Luxus und der Moden" (vgl. ebd.). 1800 wird in Leipzig zudem Netto und Lehmanns „Die Kunst zum Stricken in ihrem ganzen Umfange" publiziert – und in Österreich werden Zeitschriften wie „Lehrerinnen Wart" oder „Frauen-Werke" der Feministin Marianne Nigg zur Scharnierfunktion für weibliches Aufbegehren (vgl. ebd.). Diese Aufzählung könnte man dem von Habermas prognostizierten Strukturwandel der Öffentlichkeit hinzufügen, wonach erste Zeitungen – die nach Habermas von Beginn an politisch sind – Mitte des 17. Jahrhunderts aufkommen (vgl. Habermas 1990: 77ff.). Habermas geht allerdings nirgends auf den Genderkontext ein oder widmet sich damit verbundenen Arbeitsformen.

271 Wie Elke Gaugele herausgearbeitet hat, entstehen ab Mitte des 19. Jahrhunderts Vereine wie der *Frauenverein für Arbeiterschulen* (gegr. 1851), *Armen-Mädchen-Beschäftigungsverein* (gegr. 1881), der *Verein der Heim- und Hausarbeiterinnen*, der 1901 aus dem *sozialdemokratischen Verein der Näherinnen* hervorgeht, oder der *Evangelische Frauen Näh- und Hilfsverein* (gegr. 1903) sowie der *Wiener Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung armer alter Frauen* (gegr. 1908) (vgl. Gaugele 2011b: 21).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zeit ebenso Geschlechtervorstellungen über das Leitbild der Handarbeit verfestigen (vgl. Gaugele 2011a: 12). Insgesamt ist die Zeitspanne als Intervall zu verstehen, die Arbeit und Politik verzahnt. Dabei stehen, abgesehen von den kooperativen Unternehmen und ersten Formen von Social Entrepreneurship, noch keine arbeitsinhaltlichen normativen Zielsetzungen im Vordergrund. Es geht zunächst um die Selbstbestimmung des Arbeitssubjekts: Gefordert werden Autonomie und freie Entfaltung. Die soziale Ungleichheit wird kritisiert. Das Bürger*innensubjekt wird zum politischen Arbeitssubjekt.

Diese Form der Subjektivierung knüpft an die im Kapitel 4.3.1b beschriebene *erste subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* an – und soll als die zweite Form der *subjektanerkennenden Subjektivierung im Arbeitskontext* verstanden werden. Subjektivierung meint, dass sich das Arbeitssubjekt als Bürger*innensubjekt konstituiert – und damit politisch wird. Diese Form schließt an die von Ingolfur Blühdorn beschriebene „Emanzipation erster Ordnung" an, die aus der Befreiung von religiösen und anderen „vorpolitischen" Zwängen und Traditionen resultiert (Blühdorn 2013: 1485ff., 2018, 2020). Die *zweite subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* schafft erste eigene Teilöffentlichkeiten für die Belange von Arbeit. Die Subjekte treten für gesellschaftliche Besserstellung ein. Agitiert wird gegen die Bestimmung durch Gesellschaft. Diese Form der Subjektivierung ist keine durch Disziplinierung und Kontrolle (vgl. Otto 2014: 166ff.). Sie schafft eigene Organisationsstrukturen durch die Selbstorganisation. Auch ist die Mitgliedschaft in Organisationen keine Voraussetzung mehr „für die vollberechtigte Teilhabe an der stadtbürgerlichen Gemeinschaft" (Schulz 2010: 66), was für die *erste subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* weitestgehend galt. Die Organisationszugehörigkeit resultiert aus der freiwilligen Beteiligung.

Dass Gesellschaftskritik über Arbeitsinhalte und -formen geübt wird, bildet sich erst – neben den erwähnten kooperativen Unternehmen – mit Aufkommen der Reformbewegung Arts and Crafts ab Mitte des 19. Jahrhunderts heraus. Ironischerweise ist es der von Habermas (1990a: 248) beschriebene Wandel „vom kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum", der diesen Prozess einleitet – der aber zugleich für den schrittweisen „Zerfall der literarischen Öffentlichkeit" durch die Kommerzialisierung von Kultur steht (ebd.: 266).

e) Arts and Crafts: erste arbeitsinhaltliche politische Bezugspunkte?

Wer sich dem Themenfeld Arts and Crafts nähert, bewegt sich auf zwei Extrempositionen zu: Auf der einen Seite gelten Arts and Crafts als „Reformbewegung", die ein nachhaltiges Arbeitsethos verkörpern (vgl. Ax 2009: 68; König 2014; siehe auch Kapitel 4.2.1c). Auf der anderen Seite werden den Akteuren „rückwärtsgewandt[e] Vorstellungen" nachgesagt (Kurz 2015: 99) – Arts and Crafts hätten nicht nur das Arbeitsverständnis der Gotik und des Mittelalters romantisiert, zum Nachhaltigkeitsgedanken hätten sie wenig beigetragen (vgl. Spitz 2013a: 103). Auch seien sie vorrangig an der Warenqualität interessiert gewesen. Nach Reckwitz hätten sich Arts and Crafts kaum an „sozialen Missständen" orientiert (Reckwitz 2014: 146).

Gesagt werden kann: Im Gegensatz zu den im letzten Kapitel aufgezeigten Vereinsaktivitäten und Rezepturen der Magazine im Kontext der Handarbeit, woraus Forderungen nach geschlechtlicher Gleichstellung resultierten, tritt die Geschlechterperspektive

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bei Arts and Crafts in den Hintergrund. Dafür wird die Künstler- mit der Sozialkritik vereint: Die Selbstbestimmung des Arbeitssubjekts rückt ins Zentrum. Der Anspruch an Authentizität im Arbeitskontext (Künstlerkritik) wird als Kritik an der seriellen Fertigung (Sozialkritik) formuliert. Reckwitz ist zuzustimmen, dass das Handeln zunächst „an der handwerklichen und ästhetischen Qualität der Waren" ansetzt (Reckwitz 2014: 146). Dazu greifen Arts and Crafts auf das Arbeitsverständnis der Romantik zurück, das noch keine Sozialkritik kennt. Im Anschluss aber, vorgetragen durch die Protagonisten John Ruskin und William Morris, wird Arbeit zur gesellschaftlichen Kritikquelle.

Kritisiert wird bei Arts and Crafts die Entstehung durchbürokratisierter Unternehmensformen genauso wie die Massenfertigung. Auch rückt der rücksichtslose Verschleiß der Natur ins Zentrum. Letztlich vereinen sich bei Arts and Crafts zwei zentrale Kritikpunkte: Erstens wird das Arbeitssubjekt als Verantwortungssubjekt entworfen, das der Maschinisierung des Menschlichen entgegentritt, und Arts and Crafts nehmen darüber das vorweg, was im Anschluss folgt: In den 1930er Jahren bildet sich das „große, zentralisierte, durchbürokratisierte und gigantomanische Industrieunternehmen" heraus (Boltanski/Chiapello 2003: 55). Die kapitalistische Entwicklung schreitet voran, die den Konzernkapitalismus hervorbringt und einzelne Unternehmer*innen in den Hintergrund drängt.[272] Zweitens werden Arbeitsformen und Arbeitsinhalte gesellschaftspolitisch gedacht. Die Verschleißsymptomatik der industriellen Fertigung und die ästhetische Überproduktion werden zurückgewiesen (vgl. Kapitel 4.1.7), zugleich wird auf die Folgen für die Umwelt rekurriert: Arts and Crafts stehen sowohl für eine gesellschaftskritisierende Arbeitskultur, die Subjekt und Objekt, Hersteller*innen und Hergestelltes vereint, als auch für neue Produktverantwortung, die Subjektverantwortung ist.

Mit anderen Worten: Arts and Crafts subjektivieren das Produkt, sie objektivieren gesellschaftliche Problemkontexte, wobei das eine ohne das andere nicht denkbar ist. Die heute viel diskutierte Entgrenzung von Arbeit, die durch Subjektivierungsprozesse hervorgerufen wird, zeigt hier erste Wesenszüge. Dabei meint Entgrenzung keine zeitliche Entgrenzung als Marktverökonomisierung. Sie bedeutet, dass die Trennlinie von Arbeit und Leben verschwimmt und sich Arbeit mit gesellschaftskritischen Perspektiven verbindet, was schon an den Biografien der Protagonisten deutlich wird: William Morris, der das Studium der marxistischen Kritik der Ökonomie beginnt und radikale Zeitschriften herausgibt, tritt für einen „Kunstsozialismus" ein. Dazu ist er Aktivist auf der Straße (vgl. Selle 1978: 30f.) und ruft zahlreiche Bündnisse ins Leben: 1856 gründet Morris eine Bruderschaft in Oxford, die *Oxford Brotherhood*, die in Ergänzung zu seiner Firma *Morris, Marshall, Faulkner and Company* für einen „sozialistischen Weg" der Arbeit stehen soll – Ziel ist es, sich gegen „die seinerzeit praktizierten geschäftlichen und wirtschaftlichen Methoden" zu positionieren (Triggs 2009: 74). 1877 verhilft er zusätzlich zwei sozialen Organisationen bei der Gründung – der *Society for Protection of Ancient Buildings*

272 Angefügt werden muss jedoch, dass die Kritik von Arts and Crafts bereits vor dem Industriekapitalismus einsetzt: Sie beginnt Mitte des 19. Jahrhunderts und damit in der Phase, die nach Boltanski/Chiapello die erste des Kapitalismus ist. Zunächst ist die Phase „familienweltlich" geprägt (Boltanski/Chiapello 2003: 54ff.). Im Anschluss setzt jedoch der Industrie- und Konzernkapitalismus in der Zeitspanne von 1930 bis 1960 ein (vgl. ebd.: 55).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und der *Eastern Question Association*. Im selben Jahr wird er überdies Schatzmeister der *National Liberal League*, einer Organisation von Arbeitern, die in Opposition zur Asienpolitik der Regierung stehen (vgl. ebd.: 80). Auch die Biografie von John Ruskin liest sich vergleichbar. So wie Morris kritisiert auch Ruskin die Mechanisierung des Menschlichen und tritt für einen Ökologismus ein. Auch bezieht er sich in seinen frühen Schriften auf Marx. Die Grundlage seiner Kritik entwickelt er in seinem 1858 erschienenen Werk „The Stones of Venice" (Ruskin 2003 [1858]; vgl. König 2014: 5)[273], worin er die gesellschaftlichen Auswirkungen der industriellen Warenproduktion problematisiert.[274] Genauso thematisiert Ruskin das Verhältnis von Produktion und Konsum in einem ökologischen Kontext (vgl. König 2014: 5).[275] Zusammengefasst geht es Arts and Crafts um eine neue Sicht auf Arbeit, Warenqualität und Gesellschaft.

Man kommt nicht umhin, Arts and Crafts in Beziehung zu Marx und Arendt zu setzen. Das ist schon darum unvermeidbar, weil sich Ruskin und Morris auf Marx beziehen und einen ‚sozialistischen' Weg von Arbeits- und Produktionsbedingungen fordern (vgl. Selle 1978: 31; König 2014). Der Bezug zu Arendt ist zudem sinnvoll, weil Arts and Crafts den Zweck des Produkts zum Sinn erklären – und ihn gesellschaftspolitisch verstehen: Bei Arendt ist das Herstellen zweckgebunden und repräsentiert eine künstliche Dingwelt (vgl. ebd.: 171).[276] Arts and Crafts dagegen wenden den Zweck ins Gesellschaftspolitische, und das führt wieder auf Marx zurück, wobei sich das Politische keineswegs

273 Seine Vorstellungen von Design unterbreitet Ruskin zusätzlich in „The Two Paths" (1858), auf die sich Historikerinnen wie Susanne König beziehen, da Ruskin darlegt, wie man „gutes Design" selbst herstellt (König 2014: 5). So schreibt Ruskin: „Design is not the offspring of idle fancy: it is the studied result of accumulative observation and delightful habit. Without observation and experience, no design – without peace and pleasurableness in occupation, no design – and all the lecturings, and teachings, and prizes, and principles of art, in the world, are of no use, so long as you don't surround your men with happy influences and beautiful things. It is impossible for them to have right ideas about colour, unless they see the lovely colours of nature unspoiled; impossible for them to supply beautiful incident and action in their ornament, unless they see beautiful incident and action in the world about them" (Ruskin 2004 [1858]: 63).

274 Ruskin, der 1900 verstirbt, gilt im Nachhinein für viele als ökologischer Wegbereiter (so etwa für Ax 2009: 68 oder König 2014). So formuliert er schon lange vor seinem Tod in Vorlesungen in Oxford, dass bei der Produktion natürliche Materialien verwendet werden sollten (vgl. Triggs 2009: 13). In seinen kunsthistorischen Studien kommt Ruskin zu dem Schluss, dass zwischen Objekt und Sinn als Unterscheidung zwischen Funktion und sozialem Inhalt kein Widerspruch bestehen dürfe. Nach Ruskin gibt es nichts Schönes im Falschen (vgl. Ax 2009: 74ff.). Damit wendet er sich zugleich der Ökonomie zu (die er als Wissenschaft wiederum ablehnt).

275 Hervorzuheben sind die Vorträge und Lehrmeinungen Ruskins. Als Ökonom referiert er insgesamt zu drei zentralen Themen: zur Volkswirtschaftslehre, allgemeinen Schönheitstheorie und Arbeitsdoktrin (vgl. Triggs 2009: 8). Wie Triggs betont, vermeidet Ruskin dabei den im 18. Jahrhundert von Baumgart geprägten Begriff der „Ästhetik", weil dieser als „Idealzustand sinnlicher Erfahrung" der Ethik und Logik widersprechen würde (ebd.). Ruskin geht es darum, dass Kunst sozial nützlich wird und für Verantwortung steht.

276 Arendt sagt bezogen auf das Herstellen: „Im Unterschied zu der Produktivität des Herstellens, das dem gegenständlichen Bestand der Welt dauernd neue Gegenstände hinzufügt, ist das Gegenständliche, das die Arbeitskraft produziert, nur gleichsam ein Abfallprodukt der Tätigkeit selbst, die im wesentlichen darauf gerichtet bleibt, die Mittel ihrer eigenen Reproduktion sicherzustellen" (Arendt 2013: 105f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auf das reduziert, was bei Marx das Politische an Arbeit ist: Arts and Crafts fordern eine Produktkultur, die ökologisch und sozialverantwortlich wird. Das Politische bei Marx ist der Zusammenschluss der Arbeiterschaft zur Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Um letzteres geht es Arts and Crafts auch. Das Politische verkörpert sich bei Marx jedoch weder in der Arbeitsform noch im Arbeitsinhalt – und auch nicht im Produkt. Arts and Crafts und Marx treffen sich in dem Punkt, dass sie die Trennung des Subjekts in Person und Arbeitskraft kritisieren. Die Entfremdung des Arbeitssubjekts wird zurückgewiesen, das Aufkommen der Maschinenkultur kritisiert (vgl. König 2014).

Was sich bei Arts and Crafts abzeichnet, ist eine erste gesellschaftspolitische Perspektive der Selbstproduktion im arbeitsinhaltlichen Sinne. Diese Perspektive erweitert die im letzten Kapitel aufgezeigte Subjektivierungsweise, wonach die Arbeitsform über die kooperative Unternehmung und das Arbeitssubjekt im Kontext der Handarbeit politisch wird. Diese Form der Subjektivierung soll darum anknüpfend an die *zweite subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen über Arbeitshandeln* als die *dritte Form der subjektanerkennenden Subjektivierung von Arbeit* in die Historie eingeführt werden. Sie wird jedoch erst, das wird im Kapitel 4.3.1b zu zeigen sein, ab den 1970er Jahren im beruflichen Sinne gegenständlich, sie bildet sich aber bereits hier in Ansätzen heraus. Subjektivierung meint, dass sich das Arbeitssubjekt arbeitsinhaltlich positioniert – und Arbeit darüber politisch verstanden werden kann. Produktionsziele verbinden sich mit sozialen Forderungen. Die Arbeitsproduktion hat – über das Arbeitssubjekt und die Form der Arbeit hinaus – eine gesellschaftspolitische Relevanz. Arts and Crafts können somit als Vorreiter für heutige Begriffe wie *Eco Design*, *Design for Environment* oder *Sustainable Design* gelten (vgl. Mareis 2016: 199), wenngleich ihr Einfluss in der Forschung, wie einleitend dargelegt, auch als umstritten gilt.[277] Aspekte von „Materialechtheit", einer Kultur des Teilens und ökologische Grundsatzpositionen finden aber bereits hier zusammen (vgl. Kemp 1991: 97; Ax 2009: 71).[278] Auch Begriffe wie „Postwachstumsdesign" (Paech 2013: 204ff.), „Social Design" (Banz 2016) oder „Weltentwerfen" (von Borries 2016) sind maßgeblich von Arts and Crafts mit beeinflusst. Zugleich repräsentieren sie ästhetische Formen der Produktion, die später, wenn auch ungewollt, einem flexiblen Kapitalismus Vorschub leisten.

Arts and Crafts bilden somit eine Form der Subjektivierung ab, die als *normative* Subjektivierung im Produktionskontext gelten kann – und die sich als erste *reklamierende* Subjektivierung im Kontext der Selbstproduktion verstehen lässt. Reklamierend meint, um auf die eingangs eingeführten Subjektivierungskategorien zurückzukommen (vgl. Kapitel 2.3), dass „sinnhafte Prozesse der (individuellen und kollektiven) Deutung" in „Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Sinn-Strukturen" eingefordert werden (Kleemann et al. 2003: 90). Genauso repräsentieren Arts and Crafts allerdings die von Reckwitz dargelegte Form moderner Subjektkulturen (vgl. Reckwitz 2010: 15). Arts and

277 Nach Spitz haben Arts and Crafts weder einen Fortschrittsglauben repräsentiert noch einen Nachhaltigkeitsgedanken verkörpert, der auf Fortschritt setzt. Andere, wie Christine Ax, sehen den Nachhaltigkeitsgedanken bei Arts and Crafts angelegt, weil ihre Protagonisten neben Naturverbundenheit für eine Reduktion von Ressourcen eingestanden hätten (vgl. Ax 2009: 69ff.).

278 Nach Ruskin darf Kunst „kein Privileg der Künstler, Kenner und Gebildeten sein". Sie muss „zu jedermanns Erbschaft und Besitz" gehören (Kemp 1991: 97).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Crafts üben nicht nur Gesellschaftskritik über Arbeit aus. Sie individualisieren Produkt und Produktionsprozesse; sie überführen, wenn auch ungewollt, Gegenkulturelles in neue Marktzusammenhänge.

Im nächsten Abschnitt wird diese Entwicklung auf den „aktuellen Bedeutungswandel des Politischen" bezogen. Beschrieben wird, wie sich ein erweiterter Politikbegriff herausformen konnte, und was er mit Arbeit und Produktion zu tun hat. Dieser erweiterte Politikbegriff reduziert das Politische auf keine Parteienpolitik oder die institutionelle Seite des Politischen. Das Politische wird zum „Ausdruck der *Steuerung* der gemeinsamen Belange" (Bedorf 2010: 18, H. i. O.). Begriffe wie „Subpolitik" (Beck 1986: 300ff., 1993, 1994), „Life-Politics" (Giddens 1991), „Produktpolitik" (Clausen 2004) oder „Dingpolitik" (Latour 2005: 14) stehen dazu in enger Verbindung – sie bilden Modi der gesellschaftlichen Veränderung ab. Und die Frage ist, welche Rolle nachhaltigem Design in diesem Spannungsfeld zukommt.

4.3.2 Aktueller Bedeutungswandel des Politischen

Die Sozialforschung ist sich einig darin, dass sich seit den 1960/70er Jahren ein Wandel des Politischen vollzogen hat:[279] Die Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften sind rückläufig (siehe Kapitel 4.3.2c). Parteien und politische Institutionen müssen ihre Vormachtstellungen gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren behaupten – darunter viele Kleinstparteien, Soziale Bewegungen, Initiativen oder nichtstaatliche Organisationen und Akteure. Zudem ergänzen neue Beteiligungsformen die bestehenden der Wahlbeteiligung oder dem Mitwirken in Institutionen und Organisationen. Auch kommt dem Subjekt eine gehobene Stellung zu, wenngleich kollektive Mobilisierung durch Individualisierungsprozesse an vielen Stellen erschwert wird.[280]

Diesem Bedeutungswandel des Politischen wird in den folgenden Kapiteln Rechnung getragen. Skizziert wird jene Entwicklung, wonach sich neue Felder der politischen „Selbstorganisation" (Beck 1993: 216) neben den klassischen Beteiligungsformen herausgebildet haben – und wie das Selbstherstellen in diesem Kontext zu verorten ist. Ausgangspunkt ist der Wertewandel der 1960/70er Jahre (Inglehart 1977, 1979, 1998), der nicht nur neue Politik- und Protestformen hervorbringt (vgl. Scherer/Roßteutscher 2020: 212f.). Er verändert Arbeitswelt und Arbeitsformen: Individualisierte Anspruchshaltungen werden in Arbeitsfelder hineingetragen. Neue Identitäts- und Sinnansprüche verkörpern sich in Politik- und Arbeitsstrukturen. Einerseits hat die Modernisierung der Gesellschaft die Bereitschaft zur politischen Beteiligung erhöht. Andererseits wird eine neue Leistungskultur konstatiert, die sich in heutiger postmoderner Ermüdung (vgl. Neckel/Wagner 2013; Pritz 2018) oder gar einer Entpolitisierung[281] zeige – für diese

279 Siehe dazu Beck 1986: 33ff., 1993, 1994; Giddens 1991; Dubiel 1994; Meyer 1994; K. Jain 2000; Bedorf 2010; Mouffe 2015 [2008]; 2016 [2007]; Vetter/Remer-Bollow 2017.

280 Vgl. Beck 1993; Meyer 1994; Rancière 2014 [1996]; Brettschneider et al. 2002; Michelsen/Walter 2013; Blühdorn 2013, 2018.

281 Der Begriff der *Entpolitisierung* wird in der Forschung unterschiedlich verwendet: So stellt Beck dazu einen Machtzerfall politischer Institutionen heraus, betont aber zugleich die Chance zur Subpolitisierung (vgl. Beck 1993). Andere Autor*innen wie Mouffe (2011, 2016), Laclau/Mouffe (2000) oder Rancière (2008, 2014 [1996]) problematisieren das Schwinden agonaler Streitkulturen. Wie-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entwicklung stehen Begriffe wie die „Postdemokratie" (Crouch 2015 [2008]), „simulative Demokratie" (Blühdorn 2013) oder das „Verschwinden der Politik" (Fach 2008). Dem steht ein bunter Strauß an Deutungsformen gegenüber, darunter Rortys „politischer Antiessentialismus" (Auer 2004: 11), der im Individualismus eine Mehrung des politisch Möglichen sieht (vgl. Rorty 1988a, b, 2003, 2007; siehe auch Becker 2010). Auch die Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Akteuren und Beteiligungsformen wären hinzuzufügen, wovon Arbeitsformen nicht unberührt bleiben (vgl. Beck 1993: 254ff; Priemer et al. 2017: 20).

In Bezug auf das Selbstherstellen lassen sich zwei Perspektiven herausstellen, die im Folgenden von Interesse sind: Erstens kann eine *mobilisierungstheoretische* Sicht angeführt werden, die kollektive Zusammenschlüsse – Soziale Bewegungen, Verbände, neue Parteien etc. – in den Blick nimmt. Zentrale Frage ist hier, welche Rolle Designakteure in diesem Kontext zukommt: Sind sie Teil dieser Willensbildungsprozesse? Schließen sie sich Sozialen Bewegungen, Verbänden, gesellschaftlichen Gruppen oder Parteien an? Zeigen sich neue Konfliktlinien (*cleavages*), wenn Akteure möglicherweise um „staatlichen Einfluss ringen" oder auf „Zugang zum politisch-administrativen System drängen" (vgl. Welzel 2002: 287)? Zweitens lässt sich in *individualtheoretischer* Sicht nach den Folgen dieser Entwicklung fragen: Was sind die Konsequenzen, wenn politische Partizipation – möglicherweise – mehrheitlich aus organisch marktbezogenen Solidaritäten der modernen Gesellschaft erwächst? Was bedeutet es für die Gesellschaft, wenn Partizipationsformen – womöglich – aus Arbeitsbeziehungen hervorgehen? Letzteres soll hier nicht behauptet werden. Es wird im Anschluss an den theoretischen Teil empirisch untersucht: Ist Partizipation unter wirtschaftlichen Interessenbeziehungen denkbar? Wie greifen neue Unternehmensformen und politische Beteiligungskulturen ineinander? In der Sozialforschung wird dazu einerseits angenommen, dass horizontale Tauschbeziehungen, die freiwillig und zum gegenseitigen Vorteil eingegangen werden, in modernen Gesellschaften gegenüber vertikalen Autoritätsbeziehungen an Bedeutung gewinnen (vgl. ebd.: 288)[282] – „objektive Partizipations*fähigkeit*" würde „subjektive Partizipations*ansprüche*" erzeugen (ebd.: 289, H. i. O.). Andererseits könnten heutige Partizipationsfähigkeiten und -möglichkeiten dazu führen, dass der Staat seine Autorität verliert und unter Druck gerät – die Bürger*innen würden eine zunehmend „passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle" im Demokratiegeflecht einnehmen (Crouch 2015: 10).

Diese Entwicklung, und ein damit verbundener Bedeutungswandel des Politischen, wird im Folgenden diskutiert. Dieser Wandel beginnt mit dem Aufkommen der *Civic Culture* in den 1950er Jahren. Er vollzieht sich über die Herausbildung neuer Beteiligungs-

derum andere wie Wolin (1960), Schaper-Rinkel (2006), Žižek (2009) oder Blühdorn (2013, 2018, 2020) betonen die Dominanz des Ökonomischen vor dem Politischen. Die genannten Ansätze sind keine in sich geschlossenen. Sie überschneiden sich an vielen Stellen. Das Kapitel 4.3.2e wird auf die wichtigsten zurückkommen. Eine gute Übersicht zur Diskussion findet sich bei Selk (2011).

282 Dem steht die heutige Tendenz entgegen, dass in autoritären ‚modernen' Regimen (etwa in China) autoritär gelenkte Massenpartizipation ermöglicht wird, die gleichwohl staatliche Kontrolle und Unterdrückung bedeutet. Insgesamt geht der modernisierungstheoretische Ansatz für das europäisch-westliche Demokratiemodell davon aus, dass sich die Partizipationsbereitschaft der Bürger*innen und ihre Partizipationsfähigkeit durch gesellschaftliche Ausdifferenzierung und funktionalen Wandel erhöht haben.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

formen und Sozialer Bewegungen der 1960er Jahre und reicht bis zu heutigen Konsum-, Arbeits- und Lebensformen. Die Entstehung neuer Beteiligungskulturen steht dabei genauso im Zentrum wie der Mitgliederschwund in und der Vertrauensverlust gegenüber den Parteien. Zugleich wird der Blick auf neue Formen der Designproduktion im Spannungsfeld von Sozialen Bewegungen und nachhaltigen Lebensstilen gelenkt, die sich mit neuem Unternehmertum verbinden.

a) Von den 1950er bis zu den 1970er Jahren: Das Aufkommen der Civic Culture und die Herausbildung neuer Beteiligungsformen

Politisch gesehen stehen die 1950er Jahre in keinem guten Licht. Zwar gelten die Jahre der Nachkriegszeit als welche des wirtschaftlichen Aufschwungs (vgl. Lutz 1984; Ambrosius/Kaelble 1992). Der Nationalsozialismus ist allerdings genauso wenig aufgearbeitet worden wie den Bürger*innen zunächst ein moderates politisches Interesse und geringer Kenntnisstand über politische Sachverhalte nachgesagt werden: Bürger*innen gelten als ‚Normalbürger'. Sie werden gar als „politische Ignoranten" diffamiert (Gabriel 2000: 35; siehe auch Dettling 1995: 35ff.). Von einer Gesellschaft der politischen Mitbestimmung sind die 1950er Jahre noch weit entfernt (vgl. Korte/Fröhlich 2009: 111).

Einen Wendepunkt markieren die 1960er Jahre (vgl. Rödder 2014: 17). In dieser Zeit kommt es in nahezu allen westlichen Demokratien zu einem Wandel an Beteiligungskulturen.[283] Ein neues politisches Bewusstsein kommt auf. Ist das Interesse an der Politik bis Ende der 1950er Jahre in der Bundesrepublik „vergleichsweise schwach ausgeprägt", bildet sich seit den 1960er Jahren eine wachsende Politisierung mit steigendem Politikinteresse heraus (vgl. Schmidt 2010: 3). Nach Berechnungen Oscar Gabriels, auf den sich Schmidt bezieht, erreicht der Anteil der politisch Interessierten 1969 erstmals die Vierzigprozentmarke. Bis zur Mitte des folgenden Jahrzehnts steigt der Anteil um weitere zehn Prozentpunkte (Gabriel 2005: 472; siehe auch Schmidt 2010: 3). Max Kaases berüchtigter Ausspruch von der „partizipatorischen Revolution" (Kaase 1982) wird zum Leitsatz für neue Partizipationsbestrebungen. Wenngleich Kaase sogenannte *instrumentelle* Formen der Partizipation in der Forschung repräsentiert (vgl. Kapitel 3.2), die sich auf die direkte Beeinflussung des politischen Systems beziehen, stellt er nicht nur die Vormachtstellung der Parteien in Frage. Er bildet eine Politisierung der privaten Lebensbezüge ab (vgl. Poferl 1999: 23; Greven 2000: 43; Kahlert 2005) – das Politische wird nun fern ab von etablierten Parteien behauptet. Der Wertewandel setzt ein (vgl. Inglehart 1977; Dietz et al. 2014; Scherer/Roßteutscher 2020: 212f.).

Insgesamt lässt sich dieser Wandel anhand zwei zentraler Veränderungen beschreiben, die auch Auswirkungen auf die Selbstproduktion haben: Erstens gewinnen die *Neuen Linken* ab den 1950er Jahren an Kontur, womit Prozesse der „Selbstentfaltung und Spontaneität in Abgrenzung zu hierarchischen Organisationsformen und rigiden Verhaltensnormen" in den Vordergrund treten (vgl. Rucht 2021: 65ff.). Zweitens kommt ab den 1950/60er Jahren die sogenannte *Civic Culture* auf (vgl. Almond/Verba 1963), eine Art neue Bürgerkultur, die der Gesellschaft zunächst ein passives Staatsbürgerschaftsverständnis unterstellt. Im Anschluss wird diese Passivität jedoch durch die Neuen

283 Vgl. Roth/Rucht 2008; Kern 2008; Korte/Fröhlich 2009: 111; Gabriel 2000; Hoffmann-Lange 2000; Rucht 2021: 65ff.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sozialen Bewegungen aufgekündigt und in politischen Aktivismus überführt: Eine aktive Bürgerschaftsrolle tritt den Vordergrund – appelliert wird an mehr Demokratie und Selbstbeteiligung. Formen von Eigenarbeit und neue moralökonomische „Produktions- und Dienstleistungskollektive" treten als Alternativen zum Marktkapitalismus hervor (Brand et al. 1983: 167). Nach Brand et al. kommt es zur „Ausdifferenzierung des alternativen Spektrums" (ebd.: 173).

In der Folge setzt der vielfach prognostizierte „Wandel der Partizipationsstrukturen" ein (vgl. Gabriel 2000: 35), wonach die Unterstützung der Demokratie zunimmt, nachdem in den 1950er Jahren das Einverständnis der Deutschen[284] mit der Demokratie noch vergleichsweise gering war: Attestierte die Civic-Culture-Studie (Almond/Verba 1963)[285] der deutschen Gesellschaft zunächst eine rückständige Untertanenkultur[286], die von einer partizipatorischen Kultur weit entfernt war, setzt sich in der Folge eine breite Partizipationskultur getragen von Sozialen Bewegungen durch (vgl. Korte/Fröhlich 2009: 111f.; Rucht 2021). Ausgangspunkt sind im Nachkriegsdeutschland die Kriegsfolgen und -lasten, die Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts sowie die atomare Rüstung und der Antimilitarismus (vgl. Roth/Rucht 2008: 30). Und ‚neu' an den Sozialen Bewegungen ist nicht nur, dass sie nicht mehr für den Erhalt des Bestehenden[287] stehen, wie viele der Sozialen Bewegungen zuvor (vgl. Kern 2008: 12). Neu ist, dass gesellschaftliche Grundsatzfragen neu gestellt werden:[288] Die Generationsfrage kommt auf. Das Thema Ökologie wird zur zentralen Angelegenheit (vgl. Limbach 2003: 59ff.). Friedenspolitik, Antiimperialismus, die Überwindung alter Geschlechterkategorien und die Entdeckung neuer Ökologieverbundenheit werden zu Leitthemen – vor allem gewinnt die „Idee der Selbstbestimmung" (Kern 2008: 57) in der Folge an Dominanz. Individualistische Moti-

284 Mit den „Deutschen" sind an dieser Stelle die Westdeutschen gemeint (vgl. Gabriel 2000: 38f.).

285 Die Civic-Culture-Studie (Almond/Verba 1963) hat erstmals die politischen Einstellungen der Bürger*innen gegenüber dem politischen System in fünf verschiedenen Ländern untersucht (vgl. Gaber 2007: 30f.; Korte/Fröhlich 2009: 108ff.). Die Civic-Culture-Studie gilt bis heute als wegweisend für die politische Einstellungsforschung (vgl. Gabriel 2020: 230) – sie lässt sich als Bindeglied zwischen Individuum und Staat verstehen (vgl. Gaber 2007: 32). Ausgangspunkt sind zunächst die Wiedereinführungen der Demokratien in Deutschland, Italien und Mexiko nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (vgl. ebd.: 30).

286 Nach Almond/Verba braucht es für eine funktionierende Demokratie das Übereinkommen zwischen den Vorstellungen und Einstellungen der Bürger*innen und der staatlichen Performanz (vgl. Maiolino 2014: 50; Gabriel et al. 2020: 34). Demnach setzt das politische System eine „der institutionellen Strukturen entsprechende politische Kultur" voraus (Korte/Fröhlich 2009: 109).

287 Wie Thomas Kern aufgezeigt hat, ist es vormodernen Bewegungen hauptsächlich „um die Wiederherstellung überlieferter Traditionen und althergebrachter Ordnungen" gegangen (Kern 2008: 12). Zudem wurde der Begriff Soziale Bewegungen um Mitte des 19. Jahrhunderts noch mit sozialistischen/kommunistischen Bewegungen gleichgesetzt (vgl. Rucht 2021: 69).

288 Der Begriff der *Neuen Sozialen Bewegungen* kommt in Deutschland um 1980 auf, wobei der Begriff der Sozialen Bewegung relativ unscharf ist und von einer „Gleichzeitigkeit und [..] partiellen Überlagerung mehrerer grundlegender Konfliktachsen" zeugt. Insgesamt lassen sich Soziale Bewegungen als „mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen" verstehen, „die, gestützt auf eine kollektive Identität, grundlegenden gesellschaftlichen Wandel primär mit den Mitteln kollektiven und öffentlichen Protests herbeiführen oder verhindern wollen" (Rucht 2021: 66ff.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ve der Protestbekundung nehmen zu (vgl. Brand 1982; Roth/Rucht 2008: 14; Rucht 2021: 65).[289]

Die Zeitspanne zwischen den 1970er und 1980er Jahren lässt sich somit insgesamt in drei Phasen einteilen (nach Brand et al. 1983) – und sie leitet zum nächsten Schwerpunktthema über: In der ersten Phase (1970–75) kommt es zur „Ausdifferenzierung des alternativen Spektrums" (ebd.: 173). In der zweiten (1975–1980) tritt die Mobilisierung und organisatorische Vernetzung und Ideologisierung hervor – diese Phase steht für den „Marsch durch die Institutionen" und neue „oppositionelle Betriebsarbeit" (ebd.). Ab Mitte der 1970er Jahre lässt sich zudem eine erste „ökologische Industriekritik" erkennen (ebd.: 175), woran auch der Designdiskurs anschließt (vgl. dazu die nächsten Kapitel). Die Diskussion um die „Grenzen des Wachstums" gewinnt an Gewicht. Ab 1978/79 kommt es zu zahlreichen Projektgründungen, die Arbeit projektifizieren, zugleich politisieren. Insgesamt ist die Zeitspanne von dem Wunsch begleitet, „sich von der ‚ersten Gesellschaft' abzukoppeln" und „autonome Gegenstrukturen aufzubauen" (ebd.: 178). In der dritten Phase, die ab 1980 einsetzt, setzen „Stagnation und Politisierung" zugleich ein (ebd.): Einerseits verblasst die mobilisierende emanzipatorische Kraft der 1970er Jahre. Andererseits schälen sich neue Politikformen heraus – so kommt beispielsweise die Häuserkampffrage auf. Auch wird die „alternative Ökonomie" (ebd.) als neue Grenze zur alten Wirtschaftlichkeit konturiert – und sie hat entschiedenen Einfluss auf Arbeit, Produktion und den Designdiskurs: Sie bringt neue Formen der Subpolitik hervor.

b) Von der Organisation zur Selbstorganisation: Von Subpolitik zu Life-Politics

Kaum ein Werk hat die Soziologie in den 1980er Jahren so geprägt wie die „Risikogesellschaft" von Ulrich Beck (1986). Becks These lautete seinerzeit, dass es über die Jahrhunderte gelungen sei, gesellschaftliche Gefahren einzudämmen. Die daraus resultierenden Risiken aber – neue soziale Unsicherheiten, das Schwinden von Arbeitsplatzgarantien etc. – habe man nicht in den Griff bekommen. Die Lebenserwartung ist seitdem weltweit gestiegen. Die Gesundheitsvorsorge wurde optimiert. Zugleich sind alte Sicherheiten geschwunden und die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander (vgl. Castel/Dörre 2009). Das Besondere an Becks Beobachtung war und ist: Er hat als erster prominenter Soziologe den Blick auf den Zusammenhang von politischen Institutionen, politischer Selbstorganisation und der Zivilgesellschaft gelenkt. Beck setzt da an, wo Brand et al. (1983) mit ihrer Analyse zu Protestkulturen enden (siehe vorheriges Kapitel). Und er schreibt das fort, was Castoriadis das Schöpfungshandeln nennt: „Politik, politische Institutionen sind niemals irgendwo abgelesen, abgelauscht, aus unwandelbaren Naturgesetzen abgeleitet, sondern immer erfunden worden". Sie seien Siegel „der

289 Die Diskussion darüber, welches Potenzial in dieser Zeit bereits vom Einzelakteur ausgeht, kann hier nur auszugsweise abgebildet werden. Zusammengefasst lassen sich zwei Sichtweisen hervorheben: Aus strukturalistischer Sicht argumentiert die eine Seite in Anlehnung an Niklas Luhmann, dass dem Einzelnen für gesellschaftlichen Wandel nur bedingt Einfluss zukommt. Strukturell seien dem Einzelnen als Teil von Teilsystemen Grenzen gesetzt (vgl. Luhmann 2002). Die andere Seite argumentiert, dass dem Einzelnen zumindest ein „gewisses Maß an Gestaltungsmöglichkeiten" zukommt (Keller 2008b: 46; siehe auch Inglehart/Welzel 2005: 116; Blühdorn 2013: 68).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Selbstschöpfung" (Beck 1993: 18): Einerseits bringe das neue Politik- und Beteiligungskulturen hervor. Andererseits schwinde die Vormachtstellung politischer Institutionen; Beck spricht auch von der „*Selbstpolitisierung* der industriegesellschaftlichen Moderne" (Beck 1986: 300, H. i. O.)[290] – und führt dazu den Begriff der Subpolitik ein.

Subpolitik meint: Auf der einen Seite erlebt die Gesellschaft einen „Verlust an staatlicher Gestaltungs- und Durchsetzungskraft" (Beck 1986: 304). Auf der anderen Seite wird das Politische neu konturiert.[291] Spätestens seit den 1980er Jahren erlebe die Gesellschaft eine beispiellose Mobilmachung durch ein neu politisiertes Individuum. Becks stellt dazu die erweiterten Spielräume des Politischen heraus, zugleich skizziert er eine klare Gefahrenprognose. Denn Parteien und politische Institutionen würden mit dem Gesellschaftswandel kaum noch Schritt halten.

Zugegeben, Becks Prognose ist weder präzise noch ist sein Hinweis auf den Institutionenzerfall neu. Wie Jasmin Siri (2012: 102) herausgearbeitet hat, hat bereits Helmut Schelsky 1954 die „Rückwendung der Lebensinteressen auf das Private" ins Zentrum seiner Überlegungen gestellt und prognostiziert, dass die ideologischen Grundlagen der abstrakten Großorganisationen in Zukunft zusammenbrechen würden (siehe bei Schelsky 1954: 400; vgl. auch Greven 2010: 85). Neu an Becks Gesellschaftsblick ist, dass er die „*Selbstpolitisierung* der industriegesellschaftlichen Moderne" auf sämtliche Handlungsfelder überträgt (Beck 1986: 300, H. i. O.)[292] – auch auf Arbeit. Damit legt Beck der Gesellschaft im Grunde ein Potenzial des Selbermachens in den Schoß, das für ihn Risiko und Chance zugleich ist: Die Chance bestehe darin, dass sich die Subjekte selbst politisieren (können). Das Risiko lauere dort, wo kollektive Verbindlichkeiten schwinden und sich ungeahnte Nebenwirkungen Platz machen (das Schwinden von Arbeitsplatzgarantien etc.).

Was Beck beschreibt, und man kann seine Beobachtung in Bezug auf Arbeit weiter spezifizieren, ist eine Grunderneuerung des Politischen, die er an insgesamt vier Veränderungen festmacht: Erstens würde sich das politisch-administrative und technisch-ökonomische System in der Moderne ausdifferenzieren. Als *citoyen* könnten die Bürger*innen heute ihre politischen Rechte wahrnehmen und sie in Beteiligungskulturen überführen. Zugleich würden sie als *bourgeois* in den Feldern von Arbeit und Wirt-

290 Nach Beck ist nicht das Nichtwissen, sondern die Überkomplexität eine neuzeitliche Überforderung. Keine „fehlende, sondern *perfektionierte* Naturbeherrschung", insgesamt ein „*System der Entscheidungen* und Sachzwänge, das mit der Industrieepoche etabliert wurde", stellt Beck zufolge die Moderne vor neue Probleme (Beck 1986: 300ff., H. i. O.).

291 Subpolitik unterscheidet sich nach Beck von Politik dadurch, „daß (a) auch Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems auf der Bühne der Gesellschaftsgestaltung auftreten (also Professions- und Berufsgruppen, die technische und ökonomische Intelligenz in den Betrieben, in Forschungsinstituten, im Management, Facharbeiter, Bürgerinitiativen, Öffentlichkeit, usw.); und (b) dadurch, daß nicht nur soziale und kollektive Akteure, sondern auch *Individuen* mit jenen und miteinander um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren" (Beck 1993: 162, H. I. O.).

292 Beck zufolge wird die „*Selbsteurzeugung* gesellschaftlicher Lebensbedingungen" in der Risikogesellschaft selbst zu einem Problem (Beck 1986: 300, H. i. O.): Die „Bedrohung *und* Verheißung der Befreiung aus der Bedrohung" hinterlasse neue Bedrohungen. Zugleich sei das der „Motor der *Selbstpolitisierung*". Mehr noch: „Mit ihnen verändern sich *Begriff, Ort und Medien von ‚Politik'*" (ebd., H. i. O.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schaft in Einzelinteressen versinken – die Subpolitisierung der Gesellschaft bringe neben neuen Möglichkeiten neue Einigelungstendenzen hervor, die Beck vorrangig in der Arbeitswelt lokalisiert. Zweitens werde die Grenze von „Politik und Nichtpolitik" darüber brüchig: Das politisch-administrative System verliere an Relevanz. Ein neues „Unbehagen an der Politik" trete hervor. Drittens führe das zu einer *„Entgrenzung von Politik"* (Beck 1986: 304, H. i. O.), und zwar im doppelten Sinne: Einerseits würden neu „durchgesetzte und wahrgenommene Rechte die Handlungsspielräume *im* politischen System" immer weiter einschränken. Andererseits streife die technisch-ökonomische Entwicklung den „Charakter der Nichtpolitik" ab (ebd., H. i. O.) – und werde damit politisch. Viertens, und daraus resultierend, würde eine gegenläufige Bewegung in Gang gesetzt werden – der Staat verschiebe sich vom „Interventionsstaat" zum subpolitischen System. Später spricht Beck auch vom „*Ver*handlungsstaat", der an die Stelle des „Handlungsstaates" trete (Beck 1993: 216, H. i. O.). Das Potenzial des politischen Systems wandere darüber „ins subpolitische System wissenschaftlich-technisch-ökonomischer Modernisierung" ab (Beck 1986: 304). Auf der einen Seite schwäche das den Nationalstaat. Auf der anderen Seite resultiere daraus eine neue „prekäre Umkehrung von Politik und Nichtpolitik" – das Politische werde *„unpolitisch und das Unpolitische politisch"* (ebd.: 305, H. i. O.).

Mit der Arbeitswelt und dem Selbstherstellen hat das insofern zu tun, dass Beck bereits in der „Risikogesellschaft" Tendenzen der Subpolitisierung auf Arbeit und Beruf überträgt: Beck stellt eine neuzeitliche *„Moralisierung der Industrieproduktion"* heraus. So spricht er beispielsweise von der *„Pluralisierung der Arbeitswelten und Arbeitsformen"* (Beck 1986: 355f., H. i. O.). In breiterem Umfang widmet sich Beck neuen Arbeitsformen allerdings erst in „Die Erfindung des Politischen" (1993). Hier setzt er die Subpolitisierung in Beziehung zur neuen Berufsförmigkeit. Arbeitsformen könnten heute selbst zu „Zentren der Subpolitik" werden – Beck führt dazu den „Beruf als politisches Handeln" an (Beck 1993: 241–248). Denn Berufe stünden für neue Sinnkontexte und Expertenwissen, zugleich würden Ansprüche der Gesellschaft in Arbeitsformen hineingetragen. Was Beck herausarbeitet, ist letztlich die eingangs angeführte doppelte Subjektivierung aus „Selbstbestimmung" und „Bestimmung durch Gesellschaft" (Kleemann et al. 2003: 59): Zielsetzungen werden individueller, Risiken werden individualisiert. In Arbeit verkörpern sich neue Sinnansprüche, die für eine Leistungskultur über Arbeit stehen.

Das heißt: Die Subpolitik ist bei Beck nie nur das eine, die eine Seite bringt die andere stets mit hervor. Damit schließt Beck an Anthony Giddens „Life-Politics" (1991) an, auf die er sich bezieht, und die für die Politisierung von Lebensstilentscheidungen im Sinne einer neuen Identitätspolitik steht. Die Life-Politics bewegt sich fern ab der Achsen von Links und Rechts. Sämtliche Bereiche von der Gesundheitsökonomie über die Schulversorgung bis hin zum intimisierten Privatbereich können Giddens zufolge heute politisierbar werden. Man kann die „Life-Politics" darum in Beziehung setzen zur „Fundamentalpolitisierung" Grevens, womit Greven beschreibt, dass seit der frühen Neuzeit in modernen Gesellschaften alles politisch geregelt werde (Greven 2009: 66ff.). Was Greven jedoch für den Bereich der Politik herausstellt, bezieht Giddens auf die Subjektebene der Lebensführung. Und was Beck als neues politisches Kräftefeld durch die Zunahme politischer Selbstorganisation aufhellt, wird bei Giddens als Durchdringung neuer Verantwortungsimperative auf den Bereich der politischen Lebensführung abgedunkelt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dazu trennt Giddens die Life-Politics von der emanzipatorischen Politik, die für den Kampf um soziale Ungleichheit steht.[293] Beck dagegen schreibt die Subpolitik zur emanzipatorischen Politik um, behält dennoch die Risiken im Blick.[294] Selbstpolitik und Lebensstilfragen, bei Beck Potenziale zur Subpolitik, werden bei Giddens zum neuzeitlichen Gefahrenherd. Arbeit und Konsum, bei Beck Motoren zur Subpolitisierung, sind bei Giddens das Ende emanzipatorischer Politik. Gerade im übersteigerten „Produktivismus" (Giddens 1997: 241ff.) macht Giddens eine Gefahr zur Aushöhlung der Demokratie aus, wenn die Erwerbsarbeit zur dominierenden Quelle für die Sinnerfahrung wird (vgl. Lamla 2003: 144). Beck dagegen richtet den Fokus mehr auf die Chancen, behält dennoch die Risiken im Blick – und für die Arbeitswelt bedeutet das: Das Verhältnis von Massenproduktion und handwerklicher Produktion stehe auf dem Prüfstand. Aufkommende Klimakatastrophen würden neue Rechtfertigungsdiskurse hervorbringen (vgl. Beck 1986: 353). „Der als ewig hingestellte Sieg der Massenproduktion" könne an ein Ende kommen (ebd.).

Das schließt nicht nur an Hannah Arendt an, weil Beck in heutigen Rationalisierungen eine Gefahrenquelle für das Politische ausmacht (vgl. Kapitel 4.1.2), zugleich aber im Anfangen-können ein subpolitisches Potenzial bestimmt – und letzteres auf die Arbeitswelt überträgt (was Arendt wiederum ausschlägt). Beck setzt auch die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) in Beziehung zur Subpolitisierung der Gesellschaft: Arbeit selbst kann Beck zufolge Subpolitik sein. Was Arbeit jedoch meint, wird nirgends definiert. Auch verkörpert sich in der Subpolitisierung Becks eine neue Anforderungshaltung der Gesellschaft. Beck kommt damit Ulrich Bröckling (2007) zuvor, der ein Jahrzehnt später einen neuen unternehmerischen Zeitgeist in Form des *unternehmerischen Selbst* beschreibt – und damit die *ideologische* Subjektivierung für die Soziologie mitbegründet. Was bei Bröckling jedoch das Unternehmerische ist, wird bei Beck zur Subpolitisierung. Berufe und der technische Wandel seien heute selbst „diskursfähig und legitimationspflichtig" (Beck 1986: 304). Das Politische beschränke sich somit auf keine gesellschaftlichen Freiheitsgrade. Vielmehr trage die Gesellschaft über dauerhaftes Themati-

293 Dazu trennt Giddens die Life-Politics von der emanzipatorischen Politik, und beides definiert er folgendermaßen: „Life-Politics concerns political issues which flow from processes of self-actualization in post-traditional contexts, where globalizing influences intrude deeply into the reflexive project of the self, and conversely where processes of self-realization influence global strategies" (Giddens 1991: 214). Die Life-Politics bezieht sich auf politische Fragestellungen, die aus der Individualisierung resultieren – sie ist eine Politik der Lebensentscheidungen. Die emanzipatorische Politik zielt dagegen auf die Beseitigung von Ausbeutung, Ungleichheit und Unterdrückung ab: „Emancipatory politics as generic outlook [is] concerned above all with liberating individuals and groups from constraints which adversely affect their life chances. Emancipatory politics involves two main elements: the effort to shed shackles of the past, thereby permitting a transformative attitude towards the future; and the aim of overcoming the illegitimate domination of some individuals or groups by others" (ebd.: 210f.).

294 Insgesamt ähneln sich die Subpolitik und Life-Politics dennoch an vielen Stellen. Wie Jörn Lamla herausgearbeitet hat, setzt Giddens wie Beck am „Entgrenzungs-Dilemmata" moderner Politik an (Lamla 2001: 301). Er stellt aber weder einen klaren Machtzerfall von Institutionen noch die Schwächung des Nationalstaates heraus. Vielmehr plädiert Giddens für einen „dritten Weg" (Giddens 1997) – und damit für einen aktiven Sozialstaat, der die aus der Life-Politics resultierenden Risiken abfedert und den zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss stärkt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sieren von Klima- und Gesellschaftskatastrophen Anforderungen an die Arbeitssubjekte heran.

Beck hat damit nicht nur Subjektivierungsprozesse als Wechselspiel aus Selbstbestimmung und Bestimmung der Gesellschaft benannt. Er hat die Frage aufgeworfen, wie politisch Arbeits- und Herstellungsformen heute sein können – und er leistet damit einen entscheidenden Beitrag für diese Studie: Drücken sich in Produktionsprozessen neue politische Anspruchshaltungen aus? Oder werden mehr gesellschaftliche Interessen befriedet? Oder beides? Um diese Fragen zu untersuchen, eignet sich der Begriff Subpolitik in hohem Maße. Problematisch bleibt, dass die Subpolitik eine unbestimmte sozialwissenschaftliche Größe ist, die sich einer klaren Kategorisierung entzieht.[295] Das ermöglicht zwar einen gewissen Spielraum, um alles zur Subpolitik zu erklären. Zugleich wird das Politische darüber zum inflationären Allerlei. Auch ist die Subpolitik, so wie die Life-Politics, im Anschluss fast ausschließlich auf außererwerbliche Erfahrungswelten bezogen worden. Das haben sich Beck und Giddens zwar selbst zuzuschreiben, weil Beck die Subpolitik als „Gesellschaftsgestaltung *von unten*" verewigt hat (Beck 1993: 164, H. i. O.) und Giddens die „zwanghafte Einstellung zur Arbeit" als gesellschaftliche Gefahrenquelle ausmacht (Giddens 1997: 240). Das wohl größte Problem ist aber die Ungenauigkeit des Begriffs: Einerseits ist die Subpolitik das neue Übernationalstaatliche, das die Politik supranationalisiert – weil Politik an keinen Nationalstaatsgrenzen mehr Halt macht. Andererseits ist sie die heutige Selbstpolitisierung, die das Politische lokalisiert und in kleinteilige Themen sortiert.[296] Subpolitik ist, wie Beck unlängst selbst herausgestellt hat, etwas Neues und „Drittes", was mit einem alten Politikbegriff nicht mehr vereinbar ist.

Zusammengefasst heißt das, dass das Konzept der Subpolitik an Castoriadis' Schöpfungshandeln anschließt und das Arendtsche Handeln um Formen der Alltags- und Arbeitspolitik erweitert. Zugleich ummantelt sie das, was Giddens (1991) Life-Politics nennt: Die Subpolitik steht für das Wechselverhältnis aus Selbstbestimmung und Verantwortungszunahmen. Und dieser Prozess, wonach das Arbeitshandeln für ein mögliches politisches Potenzial in einer arbeitsinhaltlich normativen Perspektive steht, und das auch im beruflichen Sinne[297], setzt die im Kapitel 4.3.1e eingeführte *dritte*

295 Vieles, was Beck skizziert, bleibt vage und widerspricht sich sogar. Dazu gehört nicht nur seine Position gegenüber den Institutionen, denen er einerseits eine neue Aktionsleere attestiert, im nächsten Schritt aber den Staat zum nationalen Über-Ich aufbläht, der bis in die intimsten Bereiche des Privaten vordringe. Ambivalent bleibt auch der „Kategorienwandel des Politischen" (Beck 1993: 157): Zum einen gehe dieser mit „*konstanten* Institutionen" einher. Zum anderen zeichne sich dieser durch eine Entinstitutionalisierung aus, weil Institutionen an Wirkkraft verlieren (ebd., H. i. O.).

296 Letztlich steht die Subpolitik bei Beck für eine Entwicklung, wonach sich politische Prozesse immer weniger in klaren Theorien und Begriffsbestimmungen fassen lassen. Man könnte dazu an Dubiel oder Leggewie anschließen, die argumentieren, dass heute eine „kaum noch typisierbare Vervielfältigung politischer Identitäten" feststellbar sei (Dubiel 1994: 89), die die „identitätsstiftende Kraft des Nationalstaates" an seine Grenzen zwinge (ebd.: 179). Leggewie spricht dazu von „Fuzzy Politics" (Leggewie 1994: 120ff.) und beschreibt neue unsichtbare aber reale Grenzziehungen, die sich mehr oder minder stillschweigend vollziehen (siehe auch K. Jain 2000: 454).

297 Beck führt diese Entwicklung, das Aufkommen entsprechender Alternativen im Berufskontext, auf drei zentrale Bedingungen zurück: erstens auf den „Übergang von der einfachen zur reflexiven

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen über Arbeitshandeln fort. Subjektivierung meint, dass gesellschaftspolitische Vorstellungen in Arbeitsprozesse einfließen; Arbeit wird über Arbeitsform und den Arbeitsinhalt zum Austragungsort für gesellschaftspolitische Belange. Im Gegensatz zur zweiten *Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext*, durch die unternehmerische Ziele (abgesehen von den kooperativen Unternehmen und ersten Formen von Social Entrepreneurship) nachrangig sind und durch die politische Organisationsformen (Parteien, Gewerkschaften etc.) in Form der Selbstorganisation entstehen, werden politische Institutionen nun als Repräsentanten von Politik in Frage gestellt – oder gar gemieden.

Im nächsten Abschnitt wird diese Entwicklung am Beispiel der Parteienentwicklung näher beschrieben. Der Mitgliederschwund wird dabei genauso Gegenstand sein wie der Vertrauensverlust gegenüber den Parteien (vgl. Wiesendahl 2013; Biehl 2013; Merkel et al. 2020). Zugleich zeigt sich, dass das politische Interesse[298] seit Jahren hoch ist und sich die Subjekte in die Gesellschaft „jenseits von Wahlen" einbringen wollen (Dräger et al. 2014; Goldberg/Bächtiger 2019; Geißel/Jung 2020: 41) – und die Frage ist, welche Rolle dem Selbstherstellen in dieser Dynamisierungsspirale zukommt.

c) Neue Entgrenzungsformen des Politischen: Vertrauensverlust und Mitgliederschwund von Parteien

Ulrich Beck hat bis kurz vor seinem Tod Überlegungen dazu angestellt, wie die Selbstbestimmung des Subjekts neue Selbstpolitisierungen hervorbringt. Zugleich, so seine These, gehe diese Selbstpolitisierung mit einer Entmachtung der politischen Institutionen einher: Kommen Parteien um 1900 zunächst als Stimmzentren der Bürgerschaft auf (vgl. Beyme 2000: 15), die u.a. für die Belange der Arbeiterschaft eintreten, stehen sie seit den 1980er unter Dauerbeschuss von Medien und Öffentlichkeit – Rönsch hat darum bereits Ende der 1970er Jahre die These von der „Legitimationskrise des Parteiensystems" vertreten (Rönsch 1977: 366).[299] In den 1980er Jahren folgt schließlich eine Lawine an Schlagwortfindungen um die viel zitierte „Politikverdrossenheit" (Küchler 1982).[300] Seitdem haben sich Begriffe wie „Parteienverdrossenheit" (Niedermayer 2013), neue „Politikdistanz" (Hoffmann-Lange 2001: 11ff.), die „Entstaatlichung der Politik" (Lahusen 2003: 101) bis

Verwissenschaftlichung", zweitens auf die „ökologische Frage", drittens auf „das Eindringen feministischer Orientierungen in die verschiedenen Professionen und beruflichen Handlungsfelder" (Beck 1993: 243). All das hat nach Beck dazu geführt, dass Berufe mittlerweile selbst den Anspruch hätten, Subpolitiken zu sein.

298 Wie eingangs dargelegt, hat das Interesse an Politik und Gesellschaft über die Jahre nicht abgenommen, sondern eher zugenommen (vgl. Maier 2000a: 142; Neller 2002: 489ff.; van Deth 2013b; Blühdorn 2013: 63). Jüngere Untersuchungen zeigen jedoch, dass nur 37,3 Prozent der Befragten (Allbus 2016) angeben, sich für Politik zu interessieren (vgl. Pickel 2018: 176).

299 Siehe weiterführend Küchler 1982: 39; Pickel/Walz 1997; Niedermayer 2013: 45.

300 Der Begriff „Politikverdrossenheit" setzt sich in den 1980er Jahren durch (so etwa bei Küchler 1982). Populär wird er jedoch im Zeitraum von 1992 bis 1994. Der Begriff beschreibt eine „undifferenzierte Unzufriedenheit mit der Politik im allgemeinen" (Maier 2000b: 19; siehe auch Fuchs 1989, 2002; Arzheimer 2002; Klages 2018).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

hin zur differenzierten „Parteienkritik" (Niedermayer 2013: 45ff.)[301] oder sinkenden „*Repräsentationsfähigkeit*" politischer Parteien (Klages 2018: 35, H. I. O.) Platz verschafft.

Beck liefert zu dieser Entwicklung allerdings keine stichhaltigen Fakten und Belege. Darum soll an dieser Stelle der Versuch unternommen werden, diesen Wandel mit Eckdaten zu bereichern. In Zahlen übersetzt heißt das: Die Kluft zwischen Bürgern und Parteien vertieft sich erst seit den 1980er Jahren. Bis dahin ist das „politische Institutionengefüge" weitestgehend stabil (vgl. Schneider 2018: 1), die „Eckpunkte eines zweipoligen Parteiensystems" bleiben erhalten (vgl. Korte 2021). Bis zu Beginn der 1980er Jahre legen die Mitgliederzahlen deutscher Parteien sogar noch zu (vgl. Wiesendahl 2013: 34). Zwei Drittel der Bevölkerung können sich mit den Parteien identifizieren und mehr als die Hälfte schenkt ihnen Vertrauen. Das ändert sich erst mit Beginn der Ära Kohl ab 1982: Seitdem ist ein fortschreitender Vertrauensverlust erkennbar (vgl. Biehl 2013; Bertelsmann Stiftung 2019; Zmerli 2020: 249).[302] Die Parteimitgliederzahlen gehen zurück (vgl. Wiesendahl 2013: 34).[303] Genauso sinkt die Wahlbeteiligung, wenngleich der Rückgang nie so dramatisch war, wie er vielerorts gemacht wurde.[304] Bis kurz nach der Wiedervereinigung herrscht auch noch eine „grundsätzliche Zufriedenheit in der Bevölkerung" gegenüber der Politik vor (Hornig 2017: 67) – erst danach setzt die Abwärtsspirale ein.[305]

Vor allem hat sich seit der Bundestagswahl 2005 das fortgesetzt, was Schelsky und Beck zuvor prognostiziert haben: Das Parteiensystem, repräsentiert durch die zwei do-

301 Wie Richard Stöss anmerkt, ist die Kritik an den politischen Parteien nicht neu. Sie ist in Deutschland „so alt wie die Parteien selbst" (Stöss 1990: 15).

302 Der Vertrauensverlust gegenüber Parteien setzt vor allem ab den 1980er Jahren ein. Nach Wiesendahl haben Parteien in Deutschland 1983 noch 50 Prozent Vertrauenszuspruch. Erst danach sinken die Werte bis unter 20 Prozent, stellenweise sogar noch tiefer (Wiesendahl 2013: 35; siehe auch Biehl 2013: 86). Auch neuere Untersuchungen belegen, dass nur etwa jeder fünfte Deutsche den Parteien vertraut (vgl. Pickel 2018: 185).

303 Nach Wiesendahl kommt es 1990 „einheitsbedingt zu einem temporären Zwischenhoch, sodass die Gesamtmitgliederzahl der im Bundestag vertretenen Parteien auf 2,27 Millionen Organisierte" anwächst. Danach setzt „ein rapider Mitgliederschwund" ein, der die Mitgliederzahlen bis Ende 2012 auf 1,31 Millionen absenkt. Dieser Schwund spiegelt sich auch im Organisationsgrad der Gesellschaft wider, der zwischen 1990 und 2012 von rund vier auf unter zwei Prozent geschrumpft ist (vgl. Wiesendahl 2013: 34; siehe auch Klein/Spier 2011b: 33ff.). Wie Oskar Niedermayer aufgezeigt hat, ist die Gesamtzahl der Parteimitglieder im Bundestagswahljahr 2017 zwar um 1,8 Prozent gestiegen. Ende 2019 war dieser Aufschwung allerdings schon wieder „fast aufgezehrt" (Niedermayer 2020). Auch im Bundestagswahljahr 2021 sank die Gesamtzahl leicht (vgl. Niedermayer 2022). Insgesamt ist die Gesamtzahl der Parteimitglieder trotz des Hinzukommens der AfD im Zeitraum seit Ende 1990 „um die Hälfte gesunken" (ebd.).

304 Die Wahlbeteiligung ist auf Bundesebene zwar nicht so dramatisch zurückgegangen, wie oft behauptet wird: So ist sie bei der Bundestagswahl seit 2017 sogar wieder gestiegen, sie lag bei 76,2 Prozent und damit nur knapp unter der Wahlbeteiligung von 1994 mit 78,5 Prozent (vgl. Statista 2017). Im Jahr 2021 betrug die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 76,6 Prozent. Der leicht ansteigende Trend seit der Bundestagswahl im Jahr 2009 hat sich somit fortgesetzt (vgl. Statista 2023b; siehe zur langjährigen Entwicklung auch Wiesendahl 2013: 34 oder Jesse 2019).

305 Den Höhepunkt bilden die Jahre des Übergangs von 2001 zu 2002, als die Regierung unter Bundeskanzler Schröder die Hartz-IV-Reform einführt. Insgesamt kann über die Jahre von einem „veritablen Krisensymptom" bezogen auf die Zufriedenheit der Bürger*innen mit der Politik gesprochen werden (Hornig 2017: 67). Allerdings ist „keine gradlinige Entwicklung" erkennbar (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

minierenden Volksparteien SPD und CDU, hat sich zu einem asymmetrischen „fluiden Fünfparteiensystem" gewandelt (Niedermayer 2008, 2010). Vorangeschoben wird diese Entwicklung durch eine Vielzahl an Interessengruppen (Vereine, Initiativen, Soziale Bewegungen), politischen Gruppierungen bis hin zu Einzelakteuren. Und diese Entwicklung hat überhaupt erst dazu geführt, dass das eingetreten ist, was Beck den „Funktionsverlust des politischen Systems" nennt (Beck 1986: 306).

Was sagt das über die Verfasstheit einer Demokratie aus? Zunächst lässt sich sagen, dass nach wie vor eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger zur Demokratie steht, wenn im Osten Deutschlands auch die Zustimmungswerte geringer sind.[306] Nach wie vor bringen die Bundesbürger auch der Polizei und den Verwaltungsgerichten hohes Vertrauen entgegen (vgl. Reuband 2012; Pickel 2018: 185; Strüngmann 2019) – von einer grundsätzlichen Institutionenskepsis, die Beck in den Diskurs einmalt, kann keine Rede sein. Insgesamt lassen sich zwei gegensätzliche Entwicklungen herausstellen: Auf der einen Seite lässt sich eine radikale „Vertrauens-, Repräsentations- und Legitimationskrise des Parteienstaates" prognostizieren (Decker 2007: 20; siehe auch Decker/Neu 2018). Auf der anderen Seite geht daraus eine gestärkte Zivilgesellschaft hervor (vgl. Adloff 2008). Und die Forschung ist sich weitestgehend einig, dass das politische Engagement der Bürger*innen „eine notwendige Voraussetzung funktionsfähiger Demokratien" ist (van Deth 2013b: 271ff.; siehe auch Biehl 2013: 86; Pickel 2018).[307]

Die Frage ist nur, was dieser Zerrüttungsprozess der Parteienlandschaft über Politik und Gesellschaft aussagt. Ein Teil der Forschung macht darin eine Art „Normalisierung" aus (Klein/Spier 2011a: 206; vgl. auch Wiesendahl 2013: 24). Trotz sinkender Wahlbeteiligung, einem drastischen Rückgang an Parteimitgliedern und schwindendem Vertrauensverlust gegenüber der Politik spräche (noch) „nichts" dafür, „dass Parteien als Ausrichter von Wahlen, als Inhaber der Schaltstellen staatlicher Macht […] abgedankt" hätten (Wiesendahl 2013: 24; siehe auch Jesse 2019) – wenngleich in diesen Analysen das derzeitige Umfragehoch der AfD nicht berücksichtigt ist. Zum anderen ist offensichtlich, dass die hohen Zustimmungswerte gegenüber Parteien ein Akt der Vergangenheit sind (vgl. Pickel 2018) und man sich künftig mit vielerlei unliebsamen Koalitionsbildungen abfinden muss.

Wie können Parteien und politische Institutionen auf diese Veränderungen reagieren? In der Forschung werden dazu verschiedenste Überlegungen angestellt. Nach Klein/von Alemann kommt Parteien heute die Aufgabe zu, sich „an den gesellschaftlichen Wandel anzupassen" (Klein/von Alemann 2011: 10), wie immer das auch aussehen mag. Jasmin Siri fordert, dass sich Parteien als Soziale Bewegung begreifen müssten, wenn sie ihr Publikum in Zukunft noch adäquat erreichen wollten (vgl. Siri 2018: 27ff.). Zugleich scheint das wiederum ein Problem zu sein: Gewollte Bürgernähe kann auch Abwehrhaltungen hervorrufen, wenn die politische Arbeit im Gegenzug nicht zufriedenstellend ist. Nach Chantal Mouffe hat gerade das Hinzubewegen der Parteien auf

306 Vgl. Jackob 2007: 14ff.; Decker et al. 2013; Wiencierz 2017; Bertelsmann Stiftung 2019; Best et al. 2023.

307 Dass die politische Unterstützung der Bürger*innen eine Voraussetzung für die Stabilität eines politischen Systems ist, geht im Wesentlichen auf David Easton (1965, 1975a, 1975b) zurück (vgl. Tausendpfund 2018: 29; siehe auch Gabriel 2020: 230f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die demokratische Mitte – ein Prozess, der sich seit den 1990er Jahren vollzogen hat – zu einem „Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen" geführt (Mouffe 2011). Politische Reibungspunkte und Profilschärfe seien darüber verloren gegangen. Andere wiederum gehen davon aus, dass die Demokratie auch in Zukunft ohne Parteien und mitgliederbasierte Organisationen kaum gestaltbar ist (vgl. Frey/Wiesenthal 2004: 910). Nachhaltigen Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen hätten die Bürger*innen letztlich auch nur über die Teilnahme an Entscheidungsprozessen oder Aktionen in großen Organisationen wie den Parteien.

An das Selbermachen und Selbstherstellen knüpft diese Perspektive insofern an, da die Krise von Parteien und politischen Institutionen, wenn man hier von einer Krise sprechen will, mit einem gestiegenen Anspruch an Selbstbestimmung und Selbstorganisation korreliert. Gemeint ist ein „Bedeutungsverlust der einstmals parteienbindenden Konfliktlinien", für die Frank Decker drei zentrale Entwicklungen verantwortlich macht: erstens die Tertiarisierung und den Ausbau des Wohlfahrtstaates seit den 1950er Jahren, zweitens die Individualisierung und den Wertewandel, drittens die Bildungsexpansion und die zunehmenden Medienangebote (Decker 2018: 22). Einerseits wird angenommen, dass sich Demokratie darüber (neu) entwickelt, wandelt, verändert. Andererseits führe der Anspruch an Selbstverwirklichung und Selbstorganisation zu einer Distanz zu den institutionellen Repräsentanten von Demokratie. So ist die Krise der Demokratie für Manow beispielsweise eine von Parteien und deren Repräsentation: Demokratie setze einen funktionsfähigen, zugleich territorial begrenzten Nationalstaat voraus, der jedoch fragiler werde. Manow spricht von der Tendenz einer „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie" (vgl. Manow 2020). Dem stehen Argumente entgegen, dass von einer „gravierenden Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Parteien als politischen Herrschaftsträgern" (noch) keine Rede sein kann (Niedermayer 2013: 61; siehe auch Klages 2018: 35).[308] Vielmehr sei eine wachsende Unzufriedenheit gegenüber der Politik zu konstatieren, die Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Bedeutungsverschiebung von institutionell verkörperter Politik hin zu lebhaft erfahrbaren Räumen der Demokratiegestaltung sei.[309]

In historischer Betrachtung heißt das, dass aus der aufkommenden Bürgergesellschaft des 19. Jahrhunderts die repräsentative Demokratie wurde, die „auf der Verfassungsebene Nachfolger der Republiken des 18. und 19. Jahrhunderts" ist (Manow 2020: 59) und auf Organisationsgründungen basiert. Heute dagegen, so die Annahme, werden

308 Nach Niedermayer beurteilt die große Mehrheit der Bevölkerung die im Bundestag vertretenen Parteien „nicht pauschal negativ (und auch nicht pauschal positiv), sondern differenziert" – vier von fünf Bundesbürger*innen fühlen sich einer Partei verbunden. Die Mehrheit traue den Parteien noch immer zu, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen (Niedermayer 2013: 61). Dem stehen jüngere Ergebnisse gegenüber, wonach sich „ein wachsender Teil der Bürger_innen ganz von der Politik verabschiedet" (Decker et al. 2020: 4). Fasst man die Ergebnisse zusammen, lässt sich insgesamt von einer sinkenden „*Repräsentationsfähigkeit* der politischen Parteien" (Klages 2018: 35, H. i. O.) sprechen, die sich durch soziale Ungleichheit verstärkt (siehe auch Decker et al. 2020: 4).

309 Die Distanz zu den Parteien ist kein deutsches Phänomen. Sie lässt sich in nahezu allen westlichen Demokratien beobachten (vgl. Maier 2000b: 13). Auch schwinden die Organisationszahlen gegenwärtig in sämtlichen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften, und das schon seit den 1970er Jahren (vgl. Richter 2013b: 167).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politische Institutionen durch den Anspruch an Selbstbestimmung und Selbstorganisation vermehrt in Frage gestellt. Gemeint ist damit das seit Jahren prognostizierte „Dealignment" durch die „Abnahme affektiver Parteibindungen" an die traditionellen Strukturen (Brettschneider et al. 2002: 9; siehe auch Kahlert 2005). Gerade das gestiegene Maß an politischem Interesse würde heute mit der Ablehnung von Parteien und Politiker*innen einhergehen – Jan van Deth spricht diesbezüglich von einer „paradoxen und verwirrenden" Entwicklung (van Deth 2000: 115ff.), oder mit den Worten von Ulrich Beck:

> „Je erfolgreicher in diesem Jahrhundert politische Rechte erkämpft, durchgesetzt und *mit Leben erfüllt wurden*, desto nachdrücklicher wurde das Primat des politischen Systems in Frage gestellt, und desto fiktiver wurde die zugleich in Anspruch genommene Entscheidungsbündelung in den Spitzen des politisch-parlamentarischen Systems" (Beck 1986: 311, H. i. O.).

Was sind die Folgen? Einerseits scheint der Zuspruch an Individualität und politischer Selbstthematisierung Bürger*innen und Politik auf Distanz zu halten, andererseits bringt der Konflikt neue Reflexionen über politische Vorgänge hervor. Darum ist man auch vom Begriff der Politikverdrossenheit in der Forschung weitestgehend abgerückt. Niedermayer spricht beispielsweise von „Parteikritik", die heute mehrheitlich nicht pauschal, sondern „differenziert" vorgetragen werde (Niedermayer 2013: 56). Auch zeigen neue Studien, dass die Bürger*innen Parteien und Politik nicht grundsätzlich ablehnen. Vielmehr wünscht man sich einen „aktiven Staat, der sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Abbau bestehender Ungleichheiten einsetzt" (Decker et al. 2020: 2f.).[310] Letzteres würde wiederum Giddens Forderung entgegenkommen, dass der Sozialstaat neu erfunden werden müsse (vgl. Giddens 1997: 214ff.).

„Entgrenzung der Politik" bedeutet damit nicht nur, dass die Grenze der Politik erodiert, weil Politik auf keine Parteienpolitik mehr reduziert werden kann. „Entgrenzung der Politik" meint, dass sich neue Anspruchshaltungen zeigen, die eine Subjektivierung des Politischen zur Folge haben. Darin kann man einen Substanzverlust des Politischen ausmachen, weil, so Sheldon Wolins These (1960), sich Teilöffentlichkeiten zerstreuen und das Gesamte des Politischen verloren geht (vgl. Michelsen/Walter 2013: 53). Auf der anderen Seite liegt gerade in der Kontingenz und Vervielfältigung, so die Argumentation von Rorty, ein Potenzial zur demokratischen Neugestaltung (vgl. Rorty 2003: 24ff.; siehe auch Auer 2004: 67).

Im folgenden Abschnitt soll diese Entwicklung im Spannungsfeld von Sozialen Bewegungen und neuen Lebensstilfragen bezogen auf den Designkontext diskutiert werden. Zentrale Frage ist, ob sich Designakteure Sozialen Bewegungen anschließen und ob der von Claudia Banz behauptete „Design-Aktivismus" politisch bestimmbar wird (Banz

310 Nach Decker et al. ist „erfreulich", dass nur „eine verschwindend geringe Minderheit von rund einem Prozent ein autoritäres Regierungsmodell der Demokratie vorzieht". Bei der Frage nach verschiedenen Demokratiemodellen werde jedoch „die Unzufriedenheit mit dem aktuellen repräsentativen System deutlich". Hinzu käme, „dass die Menschen den Politiker_innen allgemein ein schlechtes Zeugnis ausstellen, auch wenn immerhin zwei Drittel anerkennen, dass diese einen schweren Job haben". Die allgemeine Unzufriedenheit gehe einher „mit dem deutlichen Wunsch nach mehr Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen" (Decker et al. 2020: 2).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2016: 14f.). Auf Hannah Arendts Begriff des Politischen wird dazu genauso Bezug genommen wie auf Becks Subpolitik. Zugleich wird an den Begriff der „Postdemokratie" angeschlossen, um den sich viele Mythen ranken, der in der Summe jedoch für neue politische Apathie und Lustlosigkeit steht.

d) Designproduktion im Kontext von Sozialen Bewegungen und neuen Lebensstilfragen

Schlägt man die Literatur zu Selbermachen und Design auf, lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass Designproduktion eine Nähe zu Sozialen Bewegungen hat. Verheißungsvoll sind schon Titel und Schlagworte wie „Die Revolution des Selbermachens" (Friebe/Ramge 2008), „Überlebensdesign" (von Borries 2016: 52) oder „Design-Aktivismus" (Banz 2016: 14f.), die ein Widerstandspotenzial versprechen. Nachweislich gilt, dass bereits in den frühen 1950/60er Jahre Forderungen nach partizipatorischen Ansätzen in Planungs- und Stadtentwicklungsprozesse laut wurden (vgl. Unteidig 2018: 77). Vor allem in den Skandinavischen Ländern forderten Gewerkschaften die Einbindung von Arbeiter*innen in die Gestaltung ihrer Wirkungsstätten (vgl. ebd.). Daraufhin hat sich der Begriff des partizipatorischen Designs durchgesetzt, und Autor*innen wie Claudia Banz wollen heute einen „Design-Aktivismus" (Banz 2016: 14f.) erkennen, der seine Wurzeln in der politischen Kunst der Post-68-Generation hat. Inwiefern dieser „Design-Aktivismus" aber ein auf „gewisse Dauer gestelltes und auf kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen" ist, das „sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen" will (Rucht 1994: 338), denn das ist die weitläufige soziologische Definition einer Sozialen Bewegung (vgl. Kern 2008: 13 oder Rucht 2021: 61), bleibt ungeklärt.

Dem Begriff Design und einem entsprechenden Design-Aktivismus widerfährt damit das Problem, das sich auch am Begriff des Selbermachens festmachen lässt – Entwurfspraxen und Herstellungsformen werden für politische Mobilisierungen geltend gemacht, ohne dass sie daraufhin arbeitssoziologisch oder politikwissenschaftlich untersucht werden. Dieses Problem räumt auch Claudia Banz ein.[311] Auf der anderen Seite lässt sich eine Vielzahl von Design-Initiativen anführen, die den Sozialen Bewegungen zumindest nahe standen oder stehen – angefangen vom *Anti- und Radical-Design* der 1960/70er Jahre um italienische Agenturen wie Archizoom, Superstudio, Global Tools bis hin zu englischen Agenturen um Archigramm, auf die im Kapitel 4.2.1d bereits hingewiesen wurde, und die sich als antimodernistische Varianten des Designs verstehen lassen (vgl. Reckwitz 2014: 179). Genauso wären unzählige Praktiken von konsumkritischen DIY-Möbeln eines Enzo Mari bis hin zu wiederkehrenden Protestaktionen hervorzuheben, denen man zumindest ein Protestpotenzial zusprechen kann.

Ist das aber der von Banz propagierte „Design-Aktivismus"? Für Banz zeichnet sich dieser durch „neue Formen des Protests gegen das etablierte System" aus, um „neue Wege einer produktiven Ummünzung des Widerstandes" einzuschlagen – es gehe um „neue

311 So hat es nach Banz über die Jahre keine umfassende designhistorische Untersuchung gegeben (vgl. Banz 2016: 14).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Formen von Entwurfspraxis, Ressourcennutzung, Produktion, Konsumption und sozialer Interaktion" (Banz 2016: 14). Friedrich von Borries argumentiert in vergleichbarem Wortlaut, wenn er Design als Entwurfspraxis zum Gegenmodell der Unterwerfung stilisiert – weil Entwerfen „in die Welt interveniert" und „in die Beschaffenheit der Welt eingreift" (von Borries 2016: 30f.).[312]

Die Frage ist nur: Welche Nähe existiert zu den Sozialen Bewegungen? Ist „Design-Aktivismus" eine Form des „Widerstands" oder von „Protest"? Protest ist, da ist sich die Bewegungsforschung weitestgehend einig, eine Voraussetzung für Soziale Bewegungen. Soziale Bewegungen sind keine Voraussetzung für Protest (vgl. Roth/Rucht 2008: 13ff.). Protest tritt ein, wenn Ziele notfalls mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden. In einer soziologischen Perspektive skizziert Dieter Rucht Protest dazu als „triadische Konstellation", die sich aus Protestakteuren, Gegenspielern sowie Dritten, insbesondere dem Publikum, zusammensetzt (Rucht 2007a: 185; 2007b). Protest brauche Sichtbarkeit.[313] Sie setze auf Zustimmung und brauche im Idealfall ein gewisses Maß an Selbstvergewisserung, was Rucht die sogenannte Binnenstruktur und interne Geschlossenheit von Protest nennt.[314]

Lässt sich der von Banz skizzierte „Design-Aktivismus" (Banz 2016: 14f.) in diesen Kontext einzeichnen? Das Problem beginnt schon beim Namen, nämlich bei der Frage, was heute als Soziale Bewegungen gilt. Auch Soziale Bewegungen sind in Bewegung geraten. Sie werden, zumindest in Teilen, kurzlebiger, fluider.[315] Sind Soziale Bewegungen damit noch immer ein auf „gewisse Dauer gestelltes und auf kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen", das „sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen" will (Rucht 1994: 338)? So hat Melucci bereits vor Jahren angemerkt, dass Soziale Bewegungen keine einheitlichen sozialen Akteurskonstellationen mehr aufweisen würden. Darum gebe es auch keine einheitliche Form des kollektiven Handelns[316] – Melucci spricht darum von heutigen „Solidaritäts-Netzwerken" (vgl. Melucci 1996; siehe auch Haunss 2004: 62). Thomas Kern macht sogar einen generellen Paradigmenwechsel

312 Wie bereits dargelegt, spricht von Borries von „Überlebensdesign", das eine Antwort auf die „Gefährdungen der Lebensgrundlagen" gebe (von Borries 2016: 44). Aufgabe des Designs sei es, dem „unterwerfenden Überlebensdesign der permanenten Krise" ein „entwerfendes Überlebensdesign entgegenzustellen, […] um neue Formen des Zusammenlebens zu imaginieren" (ebd.: 52).

313 Rucht nennt hierzu Masse, Radikalität, Kreativität und Prominenz als Ressourcen zur Sichtbarmachung von Protest (Rucht 2007a: 186).

314 Eine genaue Definition des Protest-Begriffs gibt es nicht (vgl. Virgl 2011: 21f.). Zum einen wird der Begriff inflationär verwendet, ohne dass der Wirkungsgrad bestimmt wird (Frage: Ist Gewalt Voraussetzung und/oder in Abgrenzung zum Bewegungsbegriff das Unterscheidungsmerkmal, um von Protest zu sprechen?). Zum anderen verschmilzt Virgl zufolge der Protest-Begriff mit dem Bewegungsbegriff (ebd.).

315 Wie Rucht betont, wird kollektiver Protest von Sozialen Bewegungen heute nicht mehr unmittelbar „als Aufruhr, sondern als normaler Bestandteil demokratischer Konfliktaustragung verstanden". Soziale Bewegungen würden nunmehr „eher als eine spezifische Variante von 'public interest groups' denn als pöbelnde oder systemsprengende 'Massen'" erscheinen (Rucht 2021: 70).

316 Melucci stellt dazu ein Koordinatensystem von verschiedenen Formen des kollektiven Handelns auf (Konflikt, Aufrechterhaltung der Systemgrenzen, Solidarität, Konsens, Bruch der Systemgrenzen, Ansammlung) (vgl. Haunss 2004: 62).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„vom irrationalen zum rationalen Protestakteur" als leitende Tendenz aus (Kern 2008: 122), da im Sinne von Rational Choice zunehmend Kosten und Nutzen von Mobilisierung und Protest abgewogen würden.

Das Problem, das Politische heute kaum mehr klar bestimmen zu können, eilt damit nicht nur dem Begriff der Subpolitik voraus (vgl. Kapitel 4.3.2b). Es betrifft mitunter kollektive Zusammenschlüsse mit Bewegungscharakter und die Sozialen Bewegungen selbst. Auch für Roth/Rucht stehen heutige Soziale Bewegungen für neue „Selbstgestaltungsfähigkeiten von Gesellschaften" (Roth/Rucht 2008: 14) – sie würden individualisierter, mikrospezifischer werden; Roth/Rucht sprechen darum vom „Abschied vom ehernen Gesetz der Institutionalisierung" (ebd.: 26; siehe auch Rucht 2021: 70f.). Thomas Kern kommt gar zu dem Schluss, dass die Entstehung heutiger Sozialer Bewegungen „immer stärker durch [..] Identitätsbedürfnisse der Individuen bestimmt" werden (Kern 2008: 59). Melucci erachtet Partizipation an kollektivem Handeln für das Individuum sogar als einigermaßen „wertlos" (Melucci 1999: 123; vgl. dazu Kern 2008: 60).

Man muss letzterer These nicht zustimmen, was sagt sie aber über Protestkulturen und ein entsprechendes Mobilisierungspotenzial aus? Und was würde das für eine mögliche Verflechtung von Lebenswelt, Arbeitsaktivierung und Protesthandeln bedeuten? Die Forschung entwirft dazu ein recht uneinheitliches Bild. Auf der einen Seite wird seit Jahren eine „Politisierung von Lebensstilen" prognostiziert (Baringhorst 2015: 18), auf der anderen Seite wird eine Verflachung des Politischen ausgemacht. Man könnte dazu wieder auf Habermas' Begriff der Lebenswelt zurückkommen, auf die im Kapitel 4.3.1d Bezug genommen wurde: Die Lebenswelt ist nach Habermas ein Baustein zur Integration in der Gesellschaft. Sie stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt genauso sicher wie die systemische Integration. Lebenswelt ist nach Habermas das politisch Mögliche, und damit geht er weit über Hannah Arendt hinaus. Während Arendt „Lebensvollzügen die Qualifikation abspricht, Praxis der Freiheit" zu sein (Meyer 1994: 217), lässt sich die Habermasche Lebenswelt als politische Praxis herausstellen. Denn wenn die Lebenswelt Formen der politischen Deliberation schaffe, fände Politisierung statt.[317]

Bezieht man das Lebenswelt-Konzept auf den Diskurs um die heutige „Politisierung von Lebensstilen" (Baringhorst 2015: 18), was Habermas nicht macht, was bezogen auf Design aber Sinn ergibt, hieße das, dass Arbeit, Produktion und Lebensgestaltung ineinandergreifen. Der von Banz herausgestellte „Design-Aktivismus" würde somit für eine „Politisierung von Lebensstilen" stehen (können), vorausgesetzt, dass die Grenze von Arbeit und Leben verschwimmt. Diese Rechnung wäre mit Habermas nicht zu machen, da Habermas bekanntermaßen Arbeit von Interaktion und damit Arbeit vom Politischen trennt. Man kann aber auf den Lebensführungs- und Lebensstil-Ansatz aus der Soziologie Bezug nehmen: Der Lebensführungs-Ansatz erklärt die Regelmäßigkeiten des Alltagshandelns sowie das Arrangement und die Integration verschiedenster Tätigkeiten zu einem ganzheitlichen Zusammenhang, den es von den Subjekten subjektiv zu bewältigen gilt (Voß 1995: 31; vgl. Janczyk 2009: 137). Hier wäre zu fragen, ob sich über diese

317 Habermas hat das am Aufkommen neuer Formen der Öffentlichkeiten ab dem 18. Jahrhundert deutlich gemacht (vgl. Habermas 1990). Die Lebenswelt als politische Praxis ist bei Habermas allerdings frei von strategischem Handeln. Sie steht für das kommunikative Handeln (vgl. Habermas 2017 [1969]: 62).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Arrangements ein neues Protestpotenzial kulminiert. Über das Konzept der Lebensstile lässt sich dagegen die Verzahnung von Alltagshandeln mit Produktions- und Konsumformen in den Blick nehmen.[318] Und die Frage wäre, ob sich Gesellschaftskritiken aus dem Lebensalltag heraus oder über neue Lebensstile auf politische Entscheidungsstrukturen und Protestwellen übertragen – und ob ein entsprechender Design-Aktivismus Ausdruck dieser Entwicklung ist.

Dieses Gedankenspiel wird an dieser Stelle deshalb in dieser Kleinteiligkeit betrieben, weil auf der einen Seite seit Jahren eine Nähe von Lebensstilen zu den Sozialen Bewegungen behauptet wird, aber nicht klar ist, was eine Soziale Bewegung (noch) ausmacht. Auf der anderen Seite wird eine „Politisierung von Lebensstilen" beschrieben (Baringhorst 2015: 18), die die Arbeits- und Lebenswelt erfasst, die aber im Kontext von Sozialen Bewegungen nicht untersucht wird. Verdeutlichen lässt sich dieses Problem am besten am Aufkommen der LOHAS, denen sowohl eine Form der Entpolitisierung als auch eine Nähe zu Sozialen Bewegungen nachgesagt wird: LOHAS – *Lifestyles of Health and Sustainability* – wurden erstmals im Jahr 2000 von Paul Ray in „The Cultural Creatives: How 50 Million Are Changing The World" systematisch beschrieben (Ray 2000). Der Fokus lag und liegt auf neuen Konsum- und Lebensstilpraktiken, in denen sich ein Gesundheitsbewusstsein mit den Zielen der ökologischen Nachhaltigkeit kreuzt. Bis heute bleibt es allerdings eine Streitfrage, ob es sich dabei um etwas Politisches handelt oder gegenteilig, sich eine Form der Entpolitisierung Platz verschafft: Einerseits steht LOHAS für umweltfreundlichen Konsum, der sich an der eigenen Bedürfnisbefriedigung orientiert (Gesundheit etc.). Andererseits wird ein nachhaltiger umweltfreundlicher Lebensstil konstatiert, der eine politische Dimension hat (vgl. Sylla 2016: 57ff.) – im Vordergrund steht ein Anspruchshandeln „weg von der Massenware hin zu Transparenz" (ebd.).

Fasst man die hier stehenden Argumente zusammen, steht der Bezug auf LOHAS und Lebensstile für ein Zeitfenster, wonach Diskurse einerseits gesellschaftspolitischen Charakter haben, wenn darüber Konsument*innen und Produzent*innen erreicht werden – und das schließt wieder an den Designdiskurs an. Andererseits wird eine „immer stärker durch die Identitätsbedürfnisse der Individuen" bestimmte Lebensweise kritisiert (Kern 2008: 59), weil sie kollektiven Willensbildungsprozessen zuwiderläuft. Entsprechend ungeklärt bleibt die Frage, ob LOHAS, und das gilt für Designproduktion ebenso, als Soziale Bewegung gelten kann: Während Nico Stehr in der „Moralisierung der Märkte" ein gesellschaftspolitisches Potenzial ausmacht, das durch Soziale Bewegungen, neue Konsum- und Produktionsformen hervorgebracht wird (Stehr 2007: 166ff.), problematisieren Autor*innen wie Blühdorn (2013: 99) oder Edelmann (2013: 144) die Ästhetisierung heutiger Lebensstilpraktiken, die durch Konsum- und Produktionsformen potenziert werden (siehe weiterführend dazu auch Wenzel et al. 2007; Häusler/Kerns 2008: 11 oder Sylla 2016: 58). LOHAS steht damit insgesamt für ein Feld an Interpretationen und den Konflikt in der Wissenschaft, das Politische einerseits in neuesten Entwicklungen und ästhetischen Verästelungen abzuerkennen. Andererseits

318 Vgl. Rink 2002; Reusswig 2002; Lange 2002; Sylla 2016: 40ff. Siehe zur Definition zum Begriff der Lebensstile das Kapitel 3.4.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird ein Potenzial zur Versozialisierung des Politischen herausgestellt, das Alltags- und Lebenswelt durchdringt.[319]

Man kann hierzu wieder auf Beck zurückzukommen (vgl. Kapitel 4.3.2b), da der Diskurs an den der Subpolitisierung anschließt. Zugleich leitet das zur Debatte um eine neue „nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit" (Blühdorn 2013, 2018, 2020) über, die das Potenzial der Subpolitik mit neuer Skepsis überzieht. Das nächste Kapitel wird diese Debatte bezogen auf die Formen des Selbstherstellens nachzeichnen, ehe Designproduktion als mögliche politische Praxis vorbereitend auf den Methodenteil diskutiert wird.

e) Postdemokratie, Entpolitisierung, Neupolitisierung: Das postdemokratische Subjekt und die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit

Spätestens seit Colin Crouchs These zur „Postdemokratie" (Crouch 2015 [2008]) sind die Jubelstürme über neue politische Beteiligungsformen verstummt (vgl. Thaa 2011: 12). Der Begriff der „Postdemokratie", den Jacques Rancière geprägt hat (Rancière 2014 [1996]; vgl. Blühdorn 2013: 116), hat die Hoffnung, die mit dem Begriff der Subpolitik (Beck) verbunden war, begraben. Es ist Rancière, der sich neben Chantal Mouffe gegen die Habermasche Vorstellung stellt, dass das Politische in der Einigung möglich sei. „Unvernehmen" ist nach Rancière kein Einvernehmen. Wer politisch handeln wolle, müsse den Widerstreit suchen (vgl. Rancière 2002: 11). Der Konsens sei dagegen „die Reduktion der Politik auf die Polizei" (Rancière 2008: 45) – und die Polizei schafft Rancière zufolge jene Ordnung, die Macht erzeugt. So wie Beck gibt auch Rancière die Hoffnung auf formale Politik auf. Im Gegensatz zu Beck problematisiert er jedoch keinen Machtzerfall der Institutionen. Das Problem sei vielmehr die „Idee einer Demokratie ohne *demos*" (Rancière 2014: 139, H. i. O.), wonach die „auf Dissens beruhenden Subjektivierungsweisen" zum Erliegen kämen, und er bleibt mit seiner Furcht nicht allein. Wenig später hat Crouch die „Entropie der Demokratie" (Crouch 2015: 20) in die Debatte eingeschrieben. Crouch beschreibt darüber eine Art zivilisatorischen Rückfall, wonach sich Freiheit und Gerechtigkeit – die einstigen Kernziele der Demokratie – in neue Ungerechtigkeiten zurückverwandeln würden.

Mit dem Begriff der Postdemokratie wird somit ein Substanzverlust des Politischen behauptet, der dem Begriff der Subpolitik bei Beck entgegensteht. Grevens Gesellschaftsskizze der „Fundamentalpolitisierung", in der alles politisch „entscheidbar" werde (Greven 2009: 67, 2010: 68), wird in neue Entscheidungslosigkeit durch fehlenden Dissens überführt – und die Wortfindungen sind hier überaus vielfältig: Michelsen/Walter prognostizieren ein neues Zeitalter „unpolitischer Demokratie" (Michelsen/Walter 2013). Wilson/Swyngedouw sprechen von entpolitisierter „Postpolitik" (Wilson/Swyngedouw 2014; vgl. auch Swyngedouw 2018). Ingolfur Blühdorn beschreibt wiederum eine neue Ära der „nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit" (Blühdorn 2013, 2018, 2020) – und Philip Manow will Tendenzen einer „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie" erkennen (Manow 2020). Nicht alle beziehen sich dabei auf den Begriff

319 Kritisiert wird in Bezug auf LOHAS vor allem, dass sie als Gegenmodell aufgrund der hohen Kosten nachhaltiger Produkte für einen Großteil der Bevölkerung nicht in Frage kommt (vgl. Edelmann 2013: 144). Eine Strömung, die davon zu unterscheiden ist, ist die sogenannte LOVOS, die zum Teil „radikal individualistische, anarchistische Ansätze" ins Zentrum stellt (ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der Postdemokratie. In der Sache eint sie jedoch, und man kann auf Hannah Arendt zurückkommen (vgl. Kapitel 4.1.2), dass das Politische entweder durch das Soziale neutralisiert oder das Nichtdemokratische kolonisiert werde – ersteres nannte Oliver Marchart bereits vor Jahren die „Neutralisierungs- und Sublimierungsthese" des Politischen (Marchart 2010: 42). Sublimierung meint, dass das Politische durch das Soziale einen Substanzverlust erleidet oder durch andere Bereiche (etwa der Ökonomie) sublimiert wird. Bei zweiterem kehrt das einstige „Außenverhältnis der Demokratie", das Nicht-Demokratische, ins Binnenverhältnis der Demokratie zurück – folglich wird die Demokratie ausgehöhlt (Manow 2020: 20f.). Man könnte meinen, dass letzteres ersteres aufheben müsste – weil man sich gegen die Feinde der Demokratie stellt, und das wäre das, was Autor*innen wie Chantal Mouffe seit Jahren fordern. Nach Manow ist aber gerade das ein Problem: Man sei heute permanent damit beschäftigt, sich gegen die Nicht-Demokraten zu verteidigen, was von wichtigen Themen wegführe. Führt man beide Thesen zusammen, heißt das nichts anderes, als dass das Politische hinter dem Gesellschaftlichen verschwindet: Bei Mouffe oder Rancière bedeutet das den Verlust der Gegnerschaft, bei Manow wird die Verschiebung „von einem Streit *innerhalb* der Demokratie zu einem *über* die Demokratie" (ebd.: 21, H. i. O.). Einig ist man sich darin, dass der Versuch, eine konsensuale Demokratie zu errichten, radikal gescheitert sei.

Keine andere hat diese These öffentlichkeitswirksamer vorgetragen als Chantal Mouffe. So wie Rancière (2002) oder Laclau (1988, 1999a, 1999b) setzt auch sie das Antagonistische für das Politische voraus. So wie bei Lyotard (1989) beginnt auch bei Mouffe Politik im Widerstreit – Mouffe begräbt damit die leise Hoffnung einer Subpolitisierung bei Beck (1993) und die eines „dritten Weges" nach Giddens (1997) fern ab von Links und Rechts. Nach Mouffe braucht das Politische Grenzziehungen. Einen Pluralismus nach Arendt als „Ort der Freiheit" ohne Gegnerschaft (Mouffe 2016: 16) gibt es für sie genauso wenig wie die Konsensorientierung nach Habermas oder eine „Versöhnung von Ethik mit Politik" (Mouffe 2015: 134). Mouffe knüpft damit an das an, was Sheldon Wolin in den 1960er Jahren den Substanzverlust des Politischen nannte und Slavoj Žižek die Entpolitisierung durch Verökonomisierung nennt: Nach Wolin hat die Großmacht der Konzerne das Politische auf eigentümliche Weise untergraben (vgl. Wolin 1960: 418; siehe auch Marchart 2010: 45).[320] Nach Žižek (2009: 91ff.) ist die „Freiheit des Kapitals" der neue Gefahrenherd für die Demokratie. Und für Mouffe heißt das: Das Schwinden der radikalen Mitte ist das Ende jedweder Politik.

320 Was Reckwitz (2014) oder Boltanski/Chiapello (2003) für den Bereich der Kultur und Ökonomie beschreiben, dass ästhetische Leitbilder soziale Probleme überformen und das Subjekt kapitalisieren, beschreibt Wolin für den Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Organisation: Nach Wolin wurde es der politischen Organisation im Laufe der Zeit „verboten", sich über die sozialen Verhältnisse zu stellen. Die wirtschaftlichen Organisationen habe man dagegen politisiert – das Wirtschaftliche sei somit vor das Politische getreten (Wolin 1960: 418). Oliver Marchart argumentiert dazu, dass soziale Sphären – er meint den Bereich der Wirtschaft – bei Wolin auf „defizitäre Weise" politisiert würden: „Statt vollständig zu verschwinden, wird die politische Assoziation auf die Ebene anderer sozialer Organisationen reduziert. Diese werden so ihrerseits auf die Ebene der politischen Ordnung gehoben und mit vormals politischen Werten aufgeladen" (Marchart 2010: 45).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Übertragen auf den arbeitssoziologischen Subjektivierungsdiskurs bedeutet das, dass die *ideologische* Subjektivierung nach Bröckling (2007), die einen alles erfassenden unternehmerischen Zeitgeist auf das Soziale als Verökonomisierungstendenz beschreibt, das Politische durch Verökonomisierung und einer Verwässerung politischer Grenzen entpolitisiert: Einerseits unterliegen Beteiligungen heute keinen Beschränkungen mehr. Alles scheint politisch zu werden. Andererseits ist nichts mehr politisch, weil alles politisch erscheint (vgl. Bedorf 2010: 33f.; van Deth/Zorell 2020: 395). Der territorial definierte Nationalstaat verliert dabei genauso an Kontur wie politische Identitäten erodieren. Und bezogen auf heutige Arbeitsformen lassen sich dazu die Perspektiven von Manow und Blühdorn in Beziehung zueinander setzen: Während die Krise der Demokratie für Manow eine von Parteien und Politik ist (vgl. Manow 2020), überträgt Blühdorn (2013) die Entpolitisierungs-Problematik auf heutige Arbeits- und Konsumwelten, oder anders: Sie wird durch Individualisierung und eine Fetischisierung von Arbeit und Leben mit hervorgebracht.

Die Diskussion um die Postdemokratie lässt sich damit im Kern so verstehen, dass das, was aus den Arbeiterkämpfen des 19. Jahrhunderts resultiert ist, eine streitbare und wehrhafte Demokratie, heute durch Individualisierung, Selbstoptimierung und Durchökonomisierung wieder auf dem Prüfstand steht. Anders formuliert: Wurde die politische Frage im Zuge der Arbeiterkämpfe im 19. Jahrhundert von der sozialen Frage abgelöst, würde die soziale Frage heute nicht mehr erstritten, die Vorteile demokratischer Errungenschaften würden bequemlich hingenommen werden. Dem könnte man die Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und die Pluralisierung von Politikformen entgegenstellen, auch ist das politische Interesse in Deutschland, wie bereits angeführt, über die Jahrzehnte konstant hoch.[321] Gleichwohl schwinden kollektive Identitäten und das Politische lässt sich in einer Welt voller Ausdifferenzierungen immer weniger bestimmen. Nach Mouffe brauche es genau darum die Form des Gegners. Denn wenn alles dem Dialogischen unterstellt werde, würde Politik entradikalisiert.

Mit den Worten Blühdorns heißt das, dass Demokratie heute zur „simulativen Demokratie" verkommt (Blühdorn 2013), weil das moderne Bürgersubjekt die Errungenschaften der Demokratie nicht mehr erstreiten, sondern hinnehmen würde – und Blühdorn nennt das die „Emanzipation zweiter Ordnung" (Blühdorn 2013: 148, 2018: 167). Im Gegensatz zur ersten Emanzipation, die eine Befreiung von Ungleichheiten mit demokratischen Mitteln war, sei die zweite die Demokratisierung der Ungleichheit unter Vorzeichen der Demokratie (vgl. Blühdorn 2013: 146ff.).

Die folgende Passage, die sich in Blühdorns Werk „simulative Demokratie" (2013) findet, soll hier in seiner Vollständigkeit wiedergegeben werden, weil sie auf die Frage-

321 Hier zeigt sich im historischen Verlauf: Ist das Interesse an der Politik bis Ende der 1950er Jahre in der Bundesrepublik noch „vergleichsweise schwach ausgeprägt", bilden die 1960er Jahre „einen Wendepunkt hin zu einer wachsenden Politisierung, die sich in steigendem Politikinteresse" äußert (Gabriel 2005: 472). 1969 erreicht der Anteil der politisch Interessierten erstmals die Vierzigprozentmarke. Bis zur Mitte des folgenden Jahrzehnts steigt der Anteil um weitere zehn Prozentpunkte. Abgesehen von einigen vorübergehenden Einbrüchen bleibt das erreichte Niveau bis zur Wiedervereinigung erhalten bzw. nahm zwischen 1980 und 1990 nochmals leicht zu (vgl. ebd.; siehe weiterführend zum politischen Interesse Maier 2000a: 142; Neller 2002: 489ff.; van Deth 2013b.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

stellung dieser Studie abzielt. Zum einen stellt Blühdorn nämlich eine Revitalisierung des Anfangen-Könnens nach Hannah Arendt (2013) in Aussicht, ohne sich auf Arendt zu beziehen. Zum anderen schließt er, unbemerkt, zu Streitschriften von Chantal Mouffe (2011, 2015, 2016) an – indem er einen Niedergang agonaler Streitkulturen prognostiziert. Blühdorn bezieht sich dazu auf Rancières Konzeption der „Subjektivierungsweisen des Politischen", worunter Rancière drei Prozesse und Abfolgen versteht: Erstens geht es Rancière um den „Erklärungsraum eines Subjekts" (Rancière 2014: 125). Gemeint ist der Anspruch auf politische Mitbestimmung. Zweitens führt Rancière die „Erscheinung des Volkes" an (ebd.: 126), wonach sich das Subjekt organisiert und als solches wahrgenommen wird – für Rancière ist das eine Voraussetzung für die Demokratie, die er als „Subjektivierungsweise, die Subjekte bildet", versteht (ebd.). Diese Subjektivierungsweise dürfe allerdings „nicht mit den Teilen des Staates oder der Gesellschaft zusammenfallen" (ebd.: 127) – Blühdorn spricht in Bezug darauf von der „Feststellung einer Differenz" zwischen „normativem Anspruch und der realen Ordnung" (Blühdorn 2013: 127). Drittens führt Rancière die Orte des Streithandels an (Rancière 2014: 128).[322] Das können die Parlamente sein, aber auch das alltägliche Zusammenkommen der Bürger*innen. Nach Rancière ist Demokratie damit nie „ein Gesamtes von Institutionen oder eine Regierungsweise unter anderen" (ebd.: 124). Sie ist immer parzellierte Einheit durch Verschiedenartigkeit. Rancière bedient darüber im Grunde ein Argument Castoriadis', ohne auf ihn Bezug zu nehmen, da das Kollektiv immer imaginierte Fixierung bleibt, weil es nur in der Vorstellung und Theorie als solches existieren könne (da ein Kollektiv die Ansammlung von Individuen ist, die unterschiedliches wollen, vgl. dazu das Kapitel 4.1.4). Nach Rancière kann die Demokratie damit auch auf keine parlamentarische Ordnung oder den Rechtsstaat reduziert werden (vgl. Rancière 2014: 124f.). Demokratie ist immer gelebte Praxis. Sie ist die „Subjektivierungsweise des Politischen" und ein „Dispositiv der Subjektivierung" (ebd.: 125); Demokratie bedeute Vollzug (als *Praxis*). Dieses „Dispositiv der Subjektivierung" sei jedoch verloren gegangen.

Blühdorns Kritik lautet dazu, dass Rancières Subjektbegriff, der sich auf das Souveränität beanspruchende Volk bezieht, durch die Vervielfältigung des Politischen selbst keine geschlossene Entität mehr darstellen könne. Was Castoriadis die „Gesellschaft als imaginäre Institution" nennt (Castoriadis 1990 [1984]), wird bei Blühdorn zur Individualisierungsproblematik in heutigen Demokratieverhältnissen. Blühdorn wendet dazu Rancières Subjektbegriff ins Unpolitische – weil sich das Volk als keine geschlossene Entität mehr begreifen ließe. Darum sei auch der Subjektbegriff bei Rancière ungeeignet, weil das Volk mitnichten zusammengebrochen sei, wie Rancière behauptet. Es lebe nur in verschiedensten Konfigurationen und Neuzusammensetzungen fort. Was

322 In Anlehnung an diese Abfolgen folgert Rancière, dass die Demokratie eine Form des „dreifachen Dispositivs" ist: „Von Demokratie kann gesprochen werden, wenn es eine spezifische Erscheinungssphäre des Volkes gibt. Von Demokratie kann gesprochen werden, wenn es spezifische Akteure des Politischen gibt, die weder Agenten des staatlichen Dispositivs noch Teile der Gesellschaft sind, wenn es Kollektive gibt, die Identifikationen mit Staats- oder Gesellschaftsteilen verschieben. Von Demokratie kann schließlich gesprochen werden, wenn es auf dem Schauplatz, auf dem sich das Volk äußert, einen Streithandel gibt, der von einem mit sich selbst nichtidentischen Subjekt geführt wird" (Rancière 2014: 128f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

man erkennen könne: Die Subjekte emanzipieren sich von der Emanzipation als gesellschaftliche Verantwortung, und das meint, wie dargelegt, die „Emanzipation zweiter Ordnung" (Blühdorn 2013: 148f.).

Nach Blühdorn befindet sich die Gesellschaft somit in einer Art Modernisierungsdilemma: Einerseits sei das Subjekt heute „restlos vom Markt durchdrungen und vereinnahmt". Andererseits erhebe es den Anspruch, politisch zu sein (ebd.: 130). In Anlehnung an Boltanski/Chiapello (2003) könnte man von einer völligen Durchdringung des kapitalistischen Zeitgeistes auf der politisch mentalen Ebene sprechen. So sind die Bürger*innen in Blühdorns Welt nur noch Verwalter eigener Interessen, die „nach Maßgabe der jeweils zur Verfügung stehenden Optionen" handeln – genau das bringe wiederum eine neue Politik der Nicht-Nachhaltigkeit hervor (vgl. Blühdorn 2020). Dem steht seit Jahren ein bunter Strauß an Argumentationen entgegen, worüber das Politische, so etwa bei Giddens (1991, 1997)[323] oder Rorty (1988a, b, 2003, 2007), durch die Pluralisierung des Möglichen neu hervorgebracht wird: Giddens plädiert für einen „dritten Weg" der neuen Politikgestaltung als dialogisch radikale Demokratie (vgl. Giddens 1997: 158ff.), wozu es nicht nur das bürgerschaftliche Engagement brauche. Auch der Sozialstaat müsse neu entworfen werden, um die reflexiven Zumutungen der Postmoderne, die aus der Life-Politics resultieren (verstanden als Verantwortungszunahmen für die Subjekte), abzufedern. Im Gegensatz zu Giddens, der die individuellen Zumutungen der Life-Politics herausstellt, stellt Rorty das politische Potenzial durch die Individualisierung ins Zentrum. Rortys Politikverständnis ist somit ein allumfassender Appell an die Selbstermächtigung des Subjekts. Bei Rorty gibt es weder eine Erkenntnistheorie, die das Politische ganzheitlich erklären kann (und auch nicht soll), noch eine Wahrheit, die vorstrukturiert existiert.[324] Mit der Marxschen Vorstellung vom Kapitalismus bricht Rorty genauso wie mit dem Kommunismus als Ideologie oder Leitlinie zum Handeln (vgl. Rorty 2003: 337ff.) – Rortys *antiessentialistisches Politikverständnis* (vgl. Auer 2004) trennt das Politische „von allen vorpolitischen Voraussetzungen" (ebd.: 9; vgl. dazu Rorty 2003: 92ff.). Sogar in der Entpolitisierung[325] ließe sich nach Rorty ein neues politisches Potenzial ausmachen

323 Giddens und Blühdorn eint, dass sie die Dominanz heutiger Verantwortungsimperative für den Niedergang einer emanzipatorischen Politik verantwortlich machen: Giddens trennt darum die Life-Politics von der emanzipatorischen Politik, Blühdorn schreibt eine neue Nicht-Nachhaltigkeit in den Zeitgeist ein.

324 Rorty veranschaulicht das am Feminismus, der seines Erachtens nicht in der Theorie, sondern nur in der Praxis gegenständlich werden kann. Dabei blende das Radikaltheoretische das Utopische aus: Es wolle den Fehler an der Wurzel packen, lasse aber das gesellschaftlich Mögliche nicht zu. Nach Rorty liegt das politische Potenzial somit im pragmatischen Versuch, um aus der Utopie Lösungen zu formen (vgl. Rorty 2003: 308ff.).

325 Nach Kerstin Rothe würde Rorty die Tendenz einer Entpolitisierung sogar „begrüßen", wenn damit „unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertorientierungen konfliktfrei miteinander koexistieren" (Rothe 2017: 14). Selk dagegen sieht die Entpolitisierung bei Rorty als „Verdrängung von Kontingenz". Selk zufolge seien nach Rorty „unser Weltzugang, unsere Selbstbeschreibungen und die Beschreibungen unseres politischen Gemeinwesens, abhängig von Vokabularen, die historisch und kontingent sind. Private Selbstdeutungen und Selbstbeschreibungen von Individuen seien kontingent und entscheidbar, als private jedoch unpolitisch". Erst in der Öffentlichkeit würden sie bei Rorty politisch werden. Sie seien „als Weltzugang" jedoch „immer schon potentiell politisch und auch prinzipiell entscheidbar" gewesen. Nach Selk liegt in der Entpolitisierung bei Rorty damit

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(vgl. Selk 2011: 185f; Rothe 2017: 14). Allerdings spielen weder bei Rorty noch bei Giddens Arbeit und Konsum eine tragende Rolle. Giddens macht sogar auf die Gefahr neuzeitlicher Arbeitsfixierung aufmerksam. Der Designdiskurs schlägt dagegen ganz andere Töne an. Die Entpolitisierungs-Bemühungen Blühdorns und die Konsumskepsis Giddens werden postwendend in neue Politikhaftigkeit überführt: Arbeit, Leben und Konsum, bei Blühdorn Einfallstor zur Entpolitisierung und bei Giddens Ausdruck individueller Verantwortungszunahme, werden zu neuen politischen Experimentierfeldern. Der nächste Abschnitt wird diesen Diskurs nachzeichnen. Im Anschluss daran folgt die empirische Studie.

f) Design als mögliche politische Praxis

Die Frage, ob Design politisch ist und „sozialen Zielen" nachkommt, zieht sich wie ein „roter Faden" durch die Designgeschichte (Möller 1989: 28). Wie Möller darlegt, finden sich entsprechende Konzepte bereits bei William Morris, Adolf Loos, Peter Behrens oder Walter Gropius. Der Vollständigkeit halber müsste man noch Jochen Gros, Enzo Mari, Michele De Lucchi und andere hinzufügen. Anfänglich stehen die Funktion der Objektkultur und die Warenqualität im Vordergrund (vgl. Selle 1978; Walker 1992; Mareis 2016). Seit den 1960er Jahren kommen – wachsenden Umweltproblemen geschuldet – ökologische und soziale Fragen hinzu. Was genau politisch an Design ist, bleibt an vielen Stellen vage. Insgesamt lassen sich jedoch vier Zugänge anführen, die für diese Studie von Relevanz sind: Erstens wird bereits der Zweck der Dinge und eine entsprechende Entwurfspraxis als politisch interpretiert (so etwa bei Kosok 2021 oder von Borries 2016). Zweitens werden die Arbeitsformen politisch verstanden (so beispielsweise in Bezug auf Arts and Crafts, vgl. König 2004).[326] Drittens wird Design ein Widerstandspotenzial zugeschrieben – und Designhandeln in Anlehnung an Chantal Mouffe als Form der Gegnerschaft konzipiert (so etwa bei DiSalvo 2010; Unteidig 2018; Recklies 2018). Viertens wird Design in die Nähe von Sozialen Bewegungen gerückt (vgl. hierzu Banz 2016) und mit deliberativen Theorien verknüpft (vgl. Braun 2018 oder Recklies 2018); und auch hier wird an Chantal Mouffes Konzeption der Gegnerschaft angeschlossen (so etwa bei DiSalvo 2010). Die Ansätze sind keine in sich geschlossenen, sie ergänzen sich an vielen Stellen (oder bilden Übergänge ab). In der Gesamtheit überwiegt jedoch die Tendenz, Designhandeln zur agonalen Widerstandspraxis zu erklären.

Ohne an dieser Stelle Vorpositionierungen vorzunehmen, was an Design womöglich politisch/nicht politisch ist, lässt sich die Diskussion am besten mit einem Artikel von Siegfried Maser einleiten. Maser (1976) hat in den 1970er Jahren in einem Artikel der Zeitschrift *Form* dargelegt, dass es bei Designtheorien um mindestens drei, im besten Falle

„das Vergessen der Entscheidbarkeit und Kontingenz des politischen Gemeinwesens, welches sich in der Öffentlichkeit konstituiert" (Selk 2011: 185f.).

326 Die Positionen reichen von Design als Erwerbsarbeit bis hin zur karitativen Arbeit. So rückt Ezio Manzini (2015) Social Design beispielsweise in die Nähe karitativer Projekte, die von der Öffentlichkeit getragen werden müssten, und stellt sie dem Wirtschaftlichen entgegen. Nicolas Beuker sieht die Zukunft von Social Design dagegen in der Zusammenführung von sozialen mit unternehmerischen Faktoren (Beuker 2016: 41).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

um sechs Funktionen gehen müsse: Erstens solle Design eine wertschätzende Funktion haben. Zweitens müsse es eine begründende und drittens eine politische Funktion erfüllen. Im besten Fall müsse Design zusätzlich eine kritische, aufklärerische und pädagogische Mission haben (Maser 1976: 41; vgl. Maxein/Brocchi 2013; Mareis 2016: 200). Grundsätzlich sollten Designtheorien an gesellschaftliche Debatten angelehnt sein. Soziale Problemlagen gelte es dabei genauso zu thematisieren bzw. müssten berücksichtigt werden wie sie wertschätzende und moralische Integrität aufweisen sollten.

Maser ist darum von Bedeutung, weil er das Politische des Designs nicht generalisierend herausstellt (aber in Aussicht stellt). Und eine politische Dimensionierung lässt sich aus seinem Ansatz entwickeln, gerade mit Blick auf heute zu bewältigende Krisen: Die Umweltfolgen waren in den 1970er Jahren noch einigermaßen überschaubar, und das Besondere an Maser war: Er hat Design nicht nur als Arbeit verstanden. Designhandeln ist Maser zufolge Verantwortungshandeln. Masers Designverständnis ist maßgeblich vom Begriff des „Sozio-Designs" bei Bazon Brock beeinflusst (vgl. Brock 1977; siehe auch Park 2014: 18ff.). „Sozio-Design" meint, dass Design mit Gesellschaft und Gesellschaft mit Gestaltungsfragen zu tun hat (vgl. Unteidig 2018: 27). Hier schließt auch der jüngere Diskurs an, der Design als politisch versteht, wenn Design als Entwurfspraxis „in die Welt interveniert" (von Borries 2016: 30ff.) oder als „Public Interest Design" in den öffentlichen Raum eindringt (vgl. Braun 2018; Recklies 2018).

Sowohl Maser, Brock, Fry, von Borries und viele andere Designtheoretiker*innen legen somit nahe, dass Handeln eine Gestaltungsfrage ist – und auf zwischenmenschliche Beziehungen Einfluss hat und umgekehrt, sich soziale Beziehungen in Gestaltungsfragen verkörpern. Und sie stellen die gesellschaftliche Dringlichkeit heraus, die seit Jahren in zahlreichen Reports zu Ökologie- und Gesellschaftsfragen beziffert wird: Die Textilindustrie hat im Jahr 2015 Treibhausgasemissionen von insgesamt 1,2 Milliarden Tonnen CO_2 verursacht (vgl. Ellen MacArthur Foundation 2017: 20). Der Absatz von Kleidung hat sich laut Greenpeace zwischen 2002 und 2015 fast verdoppelt – von einer Billion auf 1,8 Billionen US-Dollar (vgl. Greenpeace-Report 2017: 2). Design as Politics (Fry 2010), Adversarial Design (DiSalvo 2012) oder Participatory Design (Unteidig 2018), die allesamt auf unterschiedliche Weise eine politische Lesart des Designs ermöglichen, verstetigen Design nicht nur als Arbeitshandeln. Design ist eine Gestaltungsfrage von Subjekt, Objekt, Umwelt und Gesellschaft – und damit ein „Modus des politischen Handelns" (Mareis 2016: 199).

Bemerkenswerterweise finden solche Stimmen in der politikwissenschaftlichen Forschung keinen Widerhall, was nicht nur darum verwundert, weil Produktion und Konsum seit 2015/2016 als wechselseitige Nachhaltigkeitsziele in den sogenannten 17 Nachhaltigkeitszielen der UN ausgewiesen werden. Design wird auch seit Jahren politisch flankiert: So wurde bereits 2002 durch die Europäische Kommission ein *European Design Leadership Board* installiert, um die politische Rolle des Designs im Sinne neuer Innovationspolitik zu untermauern (vgl. Unteidig 2018: 30). Im Jahr 2017 hat zudem die OECD in ihrem Bericht zum *World Government Summit* dafür plädiert, Design als *Human Centered Design* zu verankern (vgl. ebd.) – nicht zuletzt werden Designakteure immer wieder selbst aktiv, und zu nennen wären Initiativen wie die Unterzeichnung der *Kyoto Design Declaration* durch das Executive Board der *Cumulus Association* 2008 (vgl. ebd.: 32) oder die im Jahr 2017 ins Leben gerufene Initiative *Stand up for Democracy* (vgl. Recklies

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2018: 74). Auf der anderen Seite ist Arbeitshandeln bis heute keine politikwissenschaftliche Kategorie. Zwar gab es Versuche, so beispielsweise von Politikwissenschaftler Harald Bluhm, Arendts Zweck-Mittel-Relation in die „Generierung und Durchsetzung von Neuem" zu überführen (Bluhm 2001: 76ff., 2012: 91)[327] – und sein Ansatz ließe sich durchaus auf politische Designtheorien beziehen, weil das Innovative im Sinne einer Lösungskompetenz in den Vordergrund rückt.[328] Die Zweckbestimmung des Herstellens aber, die in der Designforschung vielfach politisch positioniert wird, wird in der Politikwissenschaft so weit es geht ausgeklammert. In der Designforschung mehren sich dagegen seit Jahren Stimmen, Designtheorien auf politikwissenschaftliche Modelle zu beziehen[329] – und wie dargelegt nimmt ein Großteil dazu auf Chantal Mouffes Konzeption der Gegnerschaft Bezug. Das Problem, das mit dieser Perspektive verbunden ist, ist, dass Design damit auf der einen Seite radikaldemokratisch erscheint – Design ist eine agonale Widerstandspraxis, die das Konflikthafte erzeugt. Auf der anderen Seite werden Marktverflechtungen und eine mögliche Konsensbereitschaft (die Kundenanbindungen zwangsläufig mit sich bringen) betont – und darüber Designhandeln zum konsensualen Handeln erklärt. Wie sich beides vereinen soll, wie Designproduktion im Zuge anhaltender Marktverflechtungen eine Widerstandspraxis sein kann, bleibt nicht nur theoretisch im Dunkeln (genau gegen diese Verflechtung von Markt und dem Politischen spricht sich u.a. Chantal Mouffe aus, vgl. dazu das Kapitel 4.3.2e). Es bleibt auch empirisch ungelöst, weil es bis dato keine entsprechenden Studien gibt.

Die Frage aber, die Fry, DiSalvo, Recklies und andere aufwerfen, ist die richtige: Wie politisch kann Designhandeln unter den gegenwärtigen Bedingungen sein? Und wie verzahnt sind damit Produktkultur, kreative Anspruchshaltungen mit dem Politischen unter den anhaltenden Marktverflechtungen? Würde man das Politische dazu voraussetzen, was an dieser Stelle nicht getan werden soll, sondern ab Kapitel 6 untersucht wird, würde das nicht nur Arendts Trennung von Arbeit, Herstellen und Handeln aufkündigen (vgl. Kapitel 4.1.2). Es würde an Nico Stehrs „Moralisierung der Märkte" (2007) und Bruno Latours „Dingpolitik" anschließen (2005), wonach Konsum und Produktion, bei Latour Dinge (und damit auch Produkte), zu Trägern gesellschaftspolitischer Botschaften werden (können). Verdinglichung meint bei Latour, Prozesse zu *verdinglichen*, die Dinge „umzudrehen" (ebd.: 10); Dingpolitik steht für die realistische Praxis als Verdinglichung einer

327 Bluhm wendet dazu Arendts Vorstellungen der Eigeninitiative ins Politische und erklärt Kreativität zur Ressource für „politisches Tun". Das Problem, das Bluhm übergeht, ist, dass es Hannah Arendt um keine Kreativität des Handelns geht, um das Neue zu installieren. Genauso wenig ist das Handeln auf das „Vollenden" ausgerichtet (Bluhm 2001: 78), also auf ein Endresultat, das ist bei Arendt nur das Herstellen. Arendt kritisiert vielmehr, dass sich die Neuzeit darauf eingerichtet habe, das Neue als Vollendung zu errichten.

328 Nach Bluhm sind Kreativität und Innovation im weiteren Sinne identisch, da beides auf „der Generierung und Durchsetzung von Neuem" basiert (Bluhm 2001: 76, 2012: 91). Im engeren Sinne könne Kreativität jedoch von Innovation unterschieden werden, da Kreativität als „Invention, als Entwurf des Neuen" begriffen werden müsse. Innovation dagegen sei „auf den Prozess der Realisierung, Durchsetzung und Modifikation von Neuem und damit auf einen strukturellen Politikbegriff bezogen" (ebd.).

329 Dazu zählen die bereits genannten Ansätze von Fry 2011; DiSalvo 2010, 2012; Unteidig 2018; Fezer; 2018 oder Recklies 2018.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Streitfrage", für einen „*topos*" als Streitwert (ebd.: 14, H. i. O.). Und womöglich bringt sie das hervor, was in der Politik kaum oder zu wenig zur Sprache kommt – das würde Frys Appell untermauern, dass Designer*innen politisch werden müssten, weil die Politik die gegenwärtigen Probleme kaum zu lösen vermag (vgl. Fry 2011). Genauso wäre an Niko Paechs Begriffe „Postwachstumsdesign"[330] (Paech 2013: 204ff.) und „kreative Subsistenz" (Paech 2014: 131) anzuschließen: erster Begriff zielt auf Suffizienz und Subsistenz ab; Suffizienz steht für die „Entrümpelung und Entschleunigung konsumtiver Ansprüche". Subsistenz umfasst „entkommerzialisierte und auf Eigenarbeit beruhende Versorgungsmuster" (ebd.: 207). Unter „kreativer Subsistenz" (ebd.: 131) fasst Paech dagegen die Stärkung regionaler Ökonomien und neue globale Arbeitsteilung (ebd.: 151). Und die Frage ist, welches Wirtschaftsverständnis dem Handeln der Akteure zu Grunde liegt: Rücken Design-Akteure vom Wachstumsparadigma ab? Wie definieren sie Arbeit und Produktion? Wie praktizieren sie Lösungsansätze im Sinne einer *politics-in-practice* (Unteidig 2018: 197ff.)? Und was hieße das wiederum für einen entsprechenden Arbeits- und Politikbegriff?

Die folgende empirische Studie schließt an diese Fragen an. Sie untersucht Herstellungsformen im Spannungsfeld von erwerbsfreier und erwerbsbezogener Arbeit (Designproduktion) und fragt: Verfolgen Akteure, die nachhaltig fair-sozial herstellen, politische Ziele? Haben sie ein „Selbstverständnis als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20; Massing 2012: 264)? Wie sind die Arbeitsformen organisiert? Sind die Herstellenden über die Arbeit hinaus in gesellschaftspolitische Netzwerke, Parteien oder in sonstige Gruppierungen eingebunden? Wenn ja, mit welchen Zielen? Wenn nein, was sind die Gründe dafür? Bezogen auf den eingangs eingeführten Begriff des Politischen heißt das herauszuarbeiten, ob Designhandeln für assoziative Politik als gesellschaftliches Aushandeln oder für die vielfach behauptete agonale Praxis steht, die Widerstand erzeugt – wenngleich immer wieder darauf hingewiesen wird, dass kein Designer und keine Designerin die Probleme dieser Welt alleine und schon gar nicht über Designproduktion löst (vgl. Rittel/Webber 1973; Fezer 2016: 81; Unteidig 2018: 38). Dabei richtet sich der Blick im Folgenden sowohl auf die Arbeitsstrategien als solche als auch auf mögliche politische Organisationsformen, an denen die Akteure mitwirken oder die von ihnen hervorgebracht werden. Ein Verständnis des Politischen aber, und folglich eine Definition von politischem Handeln, wird, wie einleitend dargelegt, in dieser Studie nicht vorausgesetzt. Es wird im folgenden Methodenteil zwischen Theorie und Praxis entwickelt, worauf bezogen entsprechende Typen entwickelt werden.

330 Wie in Fußnote 118 auf Seite 88 dargelegt, kommt dem „Postwachstumsdesign" bei Paech eine „Vermittlerrolle zwischen den Angebots- und Nachfrageseiten der Märkte zu", wenn es vom Markt angenommen wird. „Was nützen ökologisch optimierte Formen, die an mangelnder Kompatibilität mit Alltagsroutinen, sozialen Praktiken, ästhetischer oder emotionaler Attraktivität scheitern?" Da jedes Konsumobjekt „symbolischen und emotionalen Gehalt" transportiere, sei der Markterfolg von Postwachstumsdesign letztlich „von den kommunikativen Eigenschaften des Entwurfs abhängig" (Paech 2013: 204).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

5. Zwischenstand: Welche Schlüsse können bis hierhin gezogen werden?

Die vorliegende Studie untersucht Formen des Selbstherstellens im Kontext von Designproduktion. Nach dem Einleitungsteil (Problemaufriss, Forschungsrahmen, Fragestellung) wurden zunächst theoretische Zugänge geschaffen und Begriffe definiert. Im Anschluss wurde eine historische Skizze zum Wandel von Arbeit und politischen Handlungsfeldern angelegt. Zentrale Frage war, wie sich Herstellungskontexte und politische Handlungsformen verändert haben – und wie sie ineinandergreifen. Ein Problem der Forschung ist bislang, dass der Bedeutungswandel von Arbeit und die Erosion des Politischen separat betrachtet werden: Die Arbeitssoziologie beschreibt in Anlehnung an die Webersche protestantische Ethik die schrittweise Verökonomisierung des Arbeitssubjekts, wenn sie auch die Zunahme von sinnbezogenen Tätigkeiten aufzeigt. Die politische Philosophie/Politikwissenschaft stellt neben der Mehrung der Möglichkeiten zur politischen Beteiligung einen Substanzverlust des Politischen heraus – weil die Konturen des Politischen verloren gehen würden und das Ansehen der Politik im Zeitverlauf schwindet. In dieser Studie ist der Versuch unternommen worden, beide Entwicklungen aufeinander zu beziehen. Zentrale Frage war, inwiefern das Selbstherstellen in historischer Betrachtung für eine Politisierung von Arbeit steht.

Dazu konnten im historischen Verlauf vier Subjektivierungsphasen herausgearbeitet werden, in denen sich Produktionsformen und Politikfelder aufeinander beziehen: In der ersten Phase (mit Beginn der Antike[1]) gibt es noch keine Formen des politischen Selbstherstellens. Arbeit ist gesellschaftlich abgewertet. Handwerker*innen sind vom öffentlichen politischen Bereich ausgeschlossen – Subjektivierung bedeutet, dass das Arbeitssubjekt gesellschaftlich normativ bestimmt wird. Diese Form der Subjektivierung wurde als *subjektaberkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* in die

1 Das Zeitalter Homers wurde nur kurz thematisiert, weil die Literatur hier nur einen begrenzten Überblick bietet. Darum beginnt die erste Phase mit der Antike. Anzunehmen ist aber, dass Handwerker*innen im Zeitalter Homers als „Schöpfer der Zivilisation" gegolten haben (Sennett 2009: 34ff.). Dieses Ansehen schwindet im antiken Griechenland jedoch drastisch (was für die Kunst nicht gilt, siehe zur Vertiefung Kapitel 4.2.1).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Historie eingeführt. Erst ein zweites Subjektverständnis bringt eine erste Subjektanerkennung hervor – und damit ein erstes politisches Arbeitssubjekt. Diese Phase setzt ab dem 12. Jahrhundert mit Aufkommen des Zunftwesens ein. Arbeit wird aufgewertet, das Handwerk gerät ökonomisch unter Druck. Die Arbeiterschaft organisiert sich. Das Arbeitssubjekt bleibt aber dem Kollektiv unterstellt – es kann nur innerhalb der Zunft politisch tätig werden (Schulz 2010: 66).[2] Diese Form wurde als die *erste subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* bestimmt: Politisch ist der Status des Arbeitssubjekts. Weder der Arbeitsinhalt noch die Arbeitsform werden politisch gedacht. Das gilt weitestgehend auch für die zweite Phase, die im 18./19. Jahrhundert einsetzt und die die *zweite subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen über Arbeitshandeln* hervorbringt (vgl. Kapitel 4.3.1d). In dieser Zeit kommen moderne Nationalstaaten auf. Ein erstes „Bürger-Subjekt" tritt hervor (Balibar 2017: 414) und der „verberuflichte Arbeitnehmer" löst den proletarischen Lohnarbeiter ab (Pongratz/Voß 2004: 14). Zugleich bildet sich das heraus, was Ingolfur Blühdorn die erste *„Politik der Subjektivierung"* nennt (Blühdorn 2013: 128, H. i. O.) – die Idee des „autonomen Subjekts" setzt sich durch. Diese Epoche ist gekennzeichnet durch das Aufkommen sozialstaatlicher Organisationen (Parteien und Gewerkschaften ab dem 19. Jahrhundert, im 20. Jahrhundert entsteht das durchbürokratisierte Industrieunternehmen). Arbeit hat die Funktion, die Subjekte über den Arbeitskampf zu mobilisieren. Subjektivierung bedeutet, dass sich die soziale Frage mit der politischen verbindet (vgl. Arendt 2019: 79). Aber auch hier haben weder Arbeitsinhalt noch -form eine politische Dimension. Letzteres vollzieht sich erst über die *dritte subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext*, die ab dem 19. Jahrhundert gegenständlich wird – Arbeitsformen und -inhalte werden zum subjektnormativen Bezugspunkt: Die Reformbewegung Arts and Crafts tritt dazu ab Mitte des 19. Jahrhunderts der seriellen Fertigung entgegen. 1855 kommt die erste Handarbeitswelle auf – gefordert wird die Rückbesinnung auf das Handwerk (Arts and Crafts) und die gesellschaftliche Besserstellung der Frau (im Kontext der Handarbeitswelle). Handwerk und Handarbeit erscheinen somit als Alternativen zu Verschleiß und menschenunwürdiger Produktion. Diese Phase reicht im Grunde bis in die 1970er Jahre, als „Alternativbetriebe" (Bierhoff/Wienold 2010: 230), „Alternativprojekte" (Bröckling 2007: 257ff.) und antikapitalistische „Produktions- und Dienstleistungskollektive" entstehen (Brand et al. 1983: 167ff.; vgl. Waibel/Stammeier 1981; Notz 2004). Zeitgleich findet im Designkontext eine „starke Orientierung hin zu politischen Auswirkungen der Produktentwicklung" statt (Möller 1989: 33ff.). Autonomie und Selbstbestimmung werden zu gesellschaftlichen Leitlinien. Der Anspruch an Kreativität durchdringt die Arbeitswelt. Und diese Entwicklung verändert nicht nur den Charakter von Arbeit, da der „verberuflichte" vom „verbetrieblichten Arbeitnehmer" abgelöst wird (Pongratz/Voß 2004: 14).[3]

2 Politik ist, wie im Kapitel 4.3.1 dargelegt, zu diesem Zeitpunkt noch ein „Privileg" und „das Interesse winziger Funktionsgruppen der Gesellschaft" (Greven 2000: 16).

3 Nach Pongratz/Voß vollzieht sich dieser Prozess (bezogen auf die Arbeitskraftunternehmer-These, siehe Fußnote 21 auf Seite 24) durch verstärkte Selbst-Kontrolle (Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeit), Selbst-Ökonomisierung (zunehmende Vermarktung der eigenen Fähigkeiten und Leistungen) und der Selbst-Rationalisierung (bewusste Durchorganisation von Alltag und Lebensverlauf, Tendenz zur Verbetrieblichung der Lebensführung) (vgl. Pongratz/Voß 2004: 12).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sie ist durchzeichnet von einem „Kategorienwandel des Politischen“ (Beck 1993: 157ff.), der seit den 1980er Jahren neben Spielarten der politischen Selbstorganisation neue Arbeits- und Unternehmensformen (Solo-Selbstständigkeiten etc.) mit gesellschaftspolitischen Ansprüchen verzahnt: Das Politische ist an keinen formalen Organisationsgrad (Parteien, Gewerkschaften etc.) mehr gebunden. Arbeit wird verökonomisiert. Zugleich wächst der Anspruch an sinnhafte Tätigkeitsfelder, die sich mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen verbinden. Und die Frage ist, ob und wie das Selbstherstellen in diesem Zusammenhang gegenständlich wird.

An dieser Stelle setzt die folgende empirische Studie an. Zentrale Frage ist, ob Akteure, die nachhaltig fair-sozial herstellen, politische Ziele verfolgen. Die Studie nimmt dazu die Positionen des kulturhistorischen Diskurses zum Selbermachen zum Ausgangspunkt. Sie setzt an der arbeitssoziologischen Forschung zur Subjektivierung von Arbeit und am Diskurs zur Subjektivierung des Politischen an – und fragt, unter welchen Bedingungen ein politischer Akteurstyp im Produktionskontext denkbar ist.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

6. Empirische Untersuchung

Im Folgenden wird die empirische Untersuchung vorgestellt. Die eingangs gestellte Forschungsfrage lautet:

Mit welchen Zielen stellen Akteure aus dem Bereich Mode- und Produktdesign Produkte selbst her?

Eingrenzend geht es damit um die Frage, ob die Beweggründe des Selbstherstellens politisch motiviert sind, wenn ökologische und/oder sozialverantwortliche Konzepte entworfen werden. Vertiefend geht es um folgende Frage:

Handeln die Subjekte mit gesellschaftspolitischen Zielen in Arbeitsprozessen, wenn sie Produkte nach ökologischen und/oder fair-sozialen Kriterien selbst herstellen? Wenn ja, wie drückt sich das in den Arbeitsprozessen, der Produktgestaltung und Umsetzung aus?

Untersuchungsgegenstand der Studie sind Einzelakteure aus dem Querschnittsbereich Mode- und Produktdesign aus Berlin. Wie eingangs dargelegt, werden dazu keine politischen Einstellungen als Ausdruck individueller Orientierungen und Reaktionen auf politische Situationen und Objekte untersucht (vgl. Gabriel et al. 2020: 30ff.; Gabriel 2020: 230ff.). Auch geht es um keine *policy*-Orientierungen, die sich nur auf einzelne Politikfelder beziehen (vgl. Trüdinger 2020). Das würde eine direkte Beziehung zwischen Bürger*innen und der Politik gewissermaßen voraussetzen. Darum wird gefragt, ob es sich um politische Akteure handelt. Dazu wird auf das Konzept des „Selbstverständnis als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20; Massing 2012: 264) zurückgegriffen, das jedoch modifiziert wird. Insgesamt zielt die Forschungsfrage auf eine Perspektive ab, die sowohl neue Arbeitsformen (Selbstherstellen) als auch mögliches politisches Handeln im Arbeitskontext in den Blick nimmt und nach deren Zusammenhang fragt. Dazu ergeben sich auf der Mikroebene zusätzlich fünf Teilfragen, die zur Operationalisierung des Untersuchungsgegenstandes sinnvoll sind:

1. Liegt den Akteuren eine produktiv-subversive Haltung zu Grunde, wenn sie selbst herstellen, was im Diskurs um das Selbermachen vielfach behauptet wird?

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2. Welches Verständnis von Arbeit und Produktion haben die Akteure? Wird Gesellschaftskritik über nachhaltige Produktion geübt? Wenn ja, wie und mit welchen Zielen wird Kritik formuliert? An wen ist sie adressiert?
3. Wie organisieren die Akteure ihre Arbeits- und Produktionsformen? Wie drücken sich die Zielsetzungen in den Arbeitsprozessen und Umsetzungsstrategien aus? Worauf achten die Akteure bei der Produktion und wie setzen sie diese um?
4. Bilden die Akteure Netzwerke, wirken sie in Initiativen, Organisationen, Vereinen, in politischen Gruppen oder Parteien mit oder unterstützen sie diese mit oder außerhalb ihrer Arbeit? Wenn ja, was versprechen sich die Akteure davon? Wenn nein, warum sind sie in keine gesellschaftspolitischen Gruppen, Organisationen, Initiativen oder Parteien etc. eingebunden?
5. Welches Selbstverständnis haben die Befragten von sich als handelndem Akteur? Verstehen sie ihre Arbeit als politisch? Was verstehen sie dann unter Politik? Von welchen Einflussfaktoren ist ihr Selbstverständnis abhängig? Lässt sich das Arbeitshandeln der Akteure als politisches Handeln verstehen?

Für den Untersuchungsschwerpunkt Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit stellen sich anknüpfend daran zwei Teilfragen:

- *Subjektivierung*: Wie und in welcher Form subjektivieren sich die Akteure über Arbeit? Auf welchen Ebenen finden Subjektivierungsprozesse statt? Was bedeutet Subjektivierung im Spannungsfeld von Arbeit und Politik?
- *Entgrenzung*: Entgrenzen sich Rollenbilder oder Arbeitsinhalte, falls die Akteure politische Ziele in Arbeitsprozessen verfolgen? Welche Auswirkungen haben Subjektivierungsprozesse (Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien) auf Arbeitsrollen und/oder Arbeitsinhalte?

Für den Forschungsschwerpunkt Politik respektive politisches Handeln stellen sich im Zusammenhang mit der Untersuchungsfrage zwei weitere Teilfragen:

- *Subjektivierung*: Werden über das Arbeitshandeln politische Ziele formuliert? Bezogen auf den arbeitssoziologischen Diskurs heißt das zu fragen, ob die *reklamierende* Subjektivität als Ausdruck „sinnhafte[r] Prozesse der (individuellen und kollektiven) Deutung" (Kleemann et al. 2003: 90) gesellschaftspolitisch verstanden werden kann: Handeln die Befragten interessenbewusst mit politischen Zielsetzungen, wenn sie selbst herstellen?
- *Entgrenzung*: Werden „Entgrenzungen" im Kontext des Politischen erkennbar? Und das heißt: Erweitert sich das Feld des politischen Handelns durch Arbeitsprozesse? Was wären mögliche Folgen? Und zieht eine mögliche politische Subjektivierung zeitliche Entgrenzungen auf der Arbeitsebene nach sich? Falls ja, auf welchen Ebenen finden Entgrenzungen statt?

Darüber hinaus stellen sich auf der Makroebene drei zentrale Fragen, die sich im Anschluss und bezogen auf die Ergebnisse auf der Mikroebene operationalisieren lassen:

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

1. Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die subjektorientierte Arbeitsforschung und die Gesellschaft? Was bedeuten sie sowohl für den Diskurs um die Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit als auch für den Arbeitsbegriff?
2. Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die Politikwissenschaft? Was bedeuten sie für den Begriff des Politischen und die Gesellschaft?
3. Welche Folgen hätte eine mögliche Verzahnung des Politischen mit dem Unternehmerischen für eine Ökonomie und ein Verständnis des Politischen? Ist das Soziale und/oder Ökologische ggf. ökonomischen Verwertungsinteressen ausgesetzt? Oder wird das Unternehmerische politisch(er), sozial(er) und/oder ökologisch(er), letztlich gerecht(er)? Was sind die Konsequenzen für Arbeitssubjekt und Gesellschaft?

6.1 Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Studie untersucht Arbeitshandeln als mögliches politisches Handeln. Im Zentrum stehen die Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien. Im Folgenden wird dargelegt, wie die Studie methodisch angelegt worden ist und nach welchen Kriterien die Daten erhoben und ausgewertet wurden. Im Anschluss daran folgen die Darstellungen der empirischen Ergebnisse und eine entsprechende Diskussion.

6.1.1 Forschungsprogramm, Methoden, Zielsetzung

Untersuchungsgegenstand der Studie sind Labelbetreiber*innen[1] aus den Bereichen Produkt- und Modedesign, die Produkte selbst herstellen. Die zentrale Forschungsfrage lautet, mit welchen Zielen sie das tun: Warum stellen Akteure ökologisch oder fair-sozial her? Verstehen sie ihr Arbeitshandeln ggf. als politisch, was der Diskurs zum Selbermachen den Akteuren an vielen Stellen unterstellt? Die Studie verbindet damit einen arbeitssoziologischen Zugang mit politikwissenschaftlicher Perspektive. Dabei geht es, wie dargelegt, um keine Überprüfung politischer Einstellungen oder die Rekonstruktion politischer Akteurskonstellationen. Genau das ist seit Jahren ein Problem in der Forschung, und das gilt nicht nur bezogen auf den Diskurs um das Selbermachen und die Designtheorie, die das Politische vielfach voraussetzen. Das gilt auch für die politikwissenschaftliche Forschung. Denn trotz argumentativer Wende und einem gestiegenen Interesse an qualitativen interpretativen Methoden werden noch immer mehrheitlich politische Akteure als solche untersucht – indem politische Entscheidungsprozesse rekonstruiert, Experteninterviews und/oder Mediendaten (Tageszeitungen, Programmschriften, Redetexte) analysiert werden (vgl. Blatter et al. 2007: 31). Damit wird das Politische in den Untersuchungen vorausgesetzt oder das

1 Label meint in dieser Studie nicht immer eine entsprechende Unternehmensform. Es kann sich auch auf Projekte oder Kampagnen innerhalb eines Unternehmens oder von Einzelpersonen beziehen. Auch im Unternehmenskontext sind Labels oft GbRs, die bereits mündlich entstehen. GbRs entstehen immer dann, „wo Menschen gemeinsam wirtschaftlich handeln" (Dahm/Voß 2017). Hin und wieder sind Labels auch gGmbHs oder werden zu GmbHs, allerdings meist erst dann, wenn mit der Labeltätigkeit ein unternehmerisches wirtschaftliches Interesse verbunden ist, was nicht bei allen Akteuren dieser Studie der Fall war.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„politische Phänomen" wird in konfigurativ-vergleichenden Methoden als solches untersucht (Blatter et al. 2018: 11). Gefragt wird nicht, ob es sich überhaupt um politische Entscheidungsprozesse handelt. Das herauszufinden, ist das Ziel dieser Studie. Dazu wurde im Forschungsverlauf auf die Methoden der Grounded Theory und teilnehmenden Beobachtung zurückgegriffen, die sowohl in der Soziologie als auch in der Politikwissenschaft Verwendung finden.

Forschungsschritte und Vorgehen

Die Studie gliedert sich empirisch in drei Schritte: Im ersten Schritt sind themenzentrierte Leitfadeninterviews mit Selbstständigen, Mehrfachbeschäftigten und solchen Akteuren geführt worden, die neben der Erwerbsarbeit Produkte selbst herstellen. Im Blickpunkt standen dazu Labelbetreiber*innen der Kultur und Kreativwirtschaft aus den Bereichen Mode- und Produktdesign. Dazu wurden im Vorfeld theoretische Annahmen nach dem Prinzip der Offenheit konzipiert (vgl. Flick 1995; Flick et al. 2000; Kelle/Kluge 2010), die im Anschluss in einem rekursiv interpretativen Verfahren fortlaufend überprüft und ggf. modifiziert worden sind (vgl. Glaser/Strauss 2010: 61ff.; Kelle/Kluge 2010: 47ff.). Im Sinne der Grounded Theory orientierte sich die Auswahl des Samples damit am „theoretischen Sampling" (Glaser/Strauss 2010: 61ff.).[2] Die darauffolgende Interpretation des Datenmaterials setzte am Vorgehen des theoretischen Kodierens zur Entwicklung von Konzepten an (vgl. Strübing 2014: 15ff.). Demnach wurden Hypothesen nicht einfach empirisch getestet (vgl. Kleemann et al. 2009: 19), um Theorien „zu verifizieren" (Glaser/Strauss 2010: 46). Thesen wurden generiert, um theoretisches Material zu entwickeln (vgl. Kleemann et al. 2009: 19ff.; siehe auch Blatter et al. 2018: 37f.).

Im zweiten Schritt wurden die Interviews teils mit teilnehmenden Beobachtungen über Beobachtungsprotokolle ergänzt (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 49f.). Dazu sind in regelmäßigen Abständen Messen und Podiumsdiskussionen der Interviewten besucht worden, worüber Handlungsstrategien und -muster im Umgang mit dem Publikum und einer potenziellen oder bereits bestehenden Kundschaft erkennbar wurden. Darüber konnten wiederum Schlüsse zum Arbeitshandeln in intersubjektiven Beziehungen gezogen werden.[3]

In einem dritten Schritt wurde das Datenmaterial in Anlehnung an Pierre Bourdieu als „politisches Feld" konzipiert (vgl. Bourdieu 2001). Ziel war es hier, die einzelnen Feldteilnehmer*innen in Beziehung zueinander zu setzen. Die Konzeption des politischen Feldes basiert nach Bourdieu auf den Überlegungen zum sozialen Feld als Wechselwirkung von Handlung und Praxis. Mit dem politischen Feld ist kein politisches System im

2 Das Theoretical Sampling zielt zum einen auf „den auf die Generierung von Theorie zielenden Prozess der Datenerhebung" ab, „währenddessen der Forscher seine Daten parallel erhebt, kodiert und analysiert sowie darüber entscheidet, welche Daten als nächste erhoben werden sollen und wo sie zu finden sind" (Glaser/Strauss 2010: 61). Zum anderen gilt es einen Fallvergleich nach dem Gesichtspunkt der minimalen und maximalen Kontrastierung zu realisieren (Glaser/Strauss 2010: 70ff.; siehe weiterführend Kelle/Kluge 2010: 47ff.; Strübing 2014: 29ff.; Kleemann et al. 2009: 24ff.; Blatter et al. 2018: 64).

3 Der Teil zu den teilnehmenden Beobachtungen fällt in dieser Studie zweifelsohne knapp aus, weil der Erkenntnisgewinn überschaubar war. Das lag vor allem daran, dass nur ein Teil der Befragten auf Messen, Podiumsdiskussionen etc. begleitet werden konnte.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sinne Luhmanns gemeint, das *autopoietisch* erzeugt wird. Bourdieu versteht das politische Feld als autonomes Kräftefeld, als ein „Mikrokosmos […] innerhalb der großen sozialen Welt" (ebd.: 41), in dem Akteure um ihre Vormachtstellungen ringen – das politische Feld ist „ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse" (ebd.: 49). Nach Bourdieu wirken im politischen Feld Institutionen und individuelle Akteure. Die unterschiedlichen Kapitalsorten (soziales, ökonomisches, kulturelles Kapitel) haben dabei genauso eine beeinflussende Funktion wie der Habitus und die Praxisweisen (vgl. Scheele 2008: 110ff.).[4] Jedes Feld hat Grenzen, um „die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit" zum Feld zu bestimmen (Bourdieu 2001: 50). Zugleich ist das politische Feld kein geschlossenes Terrain. So wie sich Gesellschaft verändert, verändern sich die Felder an ihren Grenzen zu den anderen.[5] Über den Zugang zum politischen Feld ließen sich schließlich subjektivierte Formen von Arbeit im Spannungsfeld von Arbeit und Politik als Kräfteverhältnisse untersuchen. Zentrale Frage war, ob Produzierende zum politischen Feld gehören, wie sie sich verorten, was sie fordern und in welcher Beziehung sie zu anderen Feldteilnehmer*innen (Parteien, Gewerkschaften, kollektiven oder individuellen Akteure etc.) stehen.

Auswahl des Samples

Das Hauptaugenmerk der Datenerhebung lag auf leitfadengestützten themenzentrierten Interviews mit Einzelpersonen. Die Auswahl des Samples erfolgte nach den Prinzipien des Theoretischen Samplings (vgl. Glaser/Strauss 2010: 61; Kelle/Kluge 2010: 48). Damit konkretisierte sich der Stichprobenplan erst im Forschungsverlauf, da „beim *theoretical sampling* die Fallauswahl parallel zur Analyse des Datenmaterials anhand zentraler Kategorien der sich entwickelnden Theorie" erfolgt (Kelle/Kluge 2010: 50, H. i. O.). Mithilfe von ersten sogenannten Pretests kam es so anfänglich immer wieder zur Überprüfung des Leitfadens, was zu notwendigen Korrekturen führte. Neben dem Interview-Leitfaden wurden zudem Hypothesen, sogenannte Ad-Hoc-Hypothesen, entwickelt, die im Forschungsverlauf stets weiterentwickelt wurden und immer wieder Einfluss auf das Sample nahmen. Insgesamt basieren die methodischen Richtlinien der vorliegenden Untersuchung auf „dem methodischen Vorgehen aufgrund intersubjektiver Nachvollziehbarkeit sowie auf der Prozesskontrolle" (Manske 2007: 42).

Im Zuge der Datenerhebung wurden insgesamt 22 Interviews geführt, wobei drei als sogenannte Pretests gelten können und zwei weitere im späteren Forschungsverlauf im Sinne einer ‚Konstruktion empirischer Gegenevidenz'[6] (vgl. Kelle/Kluge 2010: 43) nur ei-

4 Das politische Kapital ist nach Bourdieu ein „Prestigekapital" (Bourdieu 2001: 52), das Macht verleiht und auf Asymmetrien basiert. Es ist Ausdruck von politischen Kämpfen um die Macht, die im Feld und um den Zugang zum Feld stattfinden. Bourdieu beschreibt darüber auch „symbolische Kämpfe", weil „die Gegner über ungleiche Waffen, ungleiches Kapital und ungleiche symbolische Macht verfügen" (ebd.).

5 Bourdieu macht das am Beispiel der Dominanz von politischen Journalist*innen und Meinungsforscher*innen deutlich, die heute mehr denn je politischen Einfluss hätten und somit zu Feldteilnehmer*innen werden würden (vgl. Bourdieu 2001: 49).

6 Über die empirische Gegenevidenz werden bewusst *„entscheidende Fälle"* gesucht, „in denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sie Gegenevidenz zur Ausgangshypothese erzeugen" (Kelle/Kluge 2010: 46, H. i. O.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ner Teilauswertung unterzogen wurden (keine vollständige Kodierung, Anwendung des Kodierparadigmas nur bei Kodes, die für die enge Fragestellung relevant waren). Hauptuntersuchungsgruppe der Erhebung waren Berliner Labelbetreiber*innen des Bereichs Mode- und Produktdesign, die Produkte selbst herstellen und ihr Label oder Projekt per Selbstdefinition ein ‚nachhaltiges' nennen – oder per Selbstdarstellung (beispielsweise auf der Webseite) angeben, ökologisch und/oder fair-sozial zu produzieren.

Im Forschungsverlauf wurden dazu zwei Vergleichsgruppen zur Hauptuntersuchungsgruppe gebildet: eine erste, die keine Nachhaltigkeitskriterien per Selbstdefinition voranstellt, eine zweite, die Produkte vorwiegend in der Freizeit anfertigt. Von Interesse war hier, ob sich Selbstpositionierungen und entsprechende Produktionskriterien unterscheiden. Dabei spielten sozialstrukturelle Kategorien wie das Geschlecht, der Bildungsgrad oder das Alter keine zentrale Rolle für das methodische Auswahlkriterium. Voraussetzung für die Aufnahme ins Sample war, dass die Akteure ein eigenes Label im Bereich Mode- und Produktdesign betreiben oder Produkte selbst herstellen.

Das themenzentrierte Leitfadeninterview

Die Interviews wurden als offene, themenzentrierte Leitfadeninterviews durchgeführt. Der Grund, warum sich für das themenzentrierte Leitfadeninterview entschieden wurde, war, dass somit weder im Vorfeld formulierte Hypothesen verifiziert noch falsifiziert werden mussten, wie das beispielsweise beim episodischen oder problemzentrierten Interview der Fall ist (vgl. Blatter et al. 2007: 61ff.). Auch wird das Leitfadeninterview durch den Forschenden „mittels Leitfaden" selbst strukturiert – ganz im Gegensatz zu narrativen Interviews[7], „bei denen die Strukturierung durch den Interviewten selbst erfolgen muss" (Misoch 2015: 65). Zudem geht es beim Leitfadeninterview um „eine relativ eng begrenzte Fragestellung", bei der „beschreibende und argumentierende Darstellungsmodi" zentral sind (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 127). Narrative Interviews bieten sich dagegen an, wenn das Erzählen selbst „diejenige Form der Darstellung ist, – die im Vergleich zum Beschreiben oder Argumentieren – der kognitiven Aufarbeitung der Erfahrung am meisten entspricht" (ebd.: 83).[8] Über das themenzentrierte Leitfadeninterview konnte somit eine offene Fragestellung zu einem gesellschaftsrelevanten Thema bearbeitet werden, ohne dass politische Sinngehalte überprüft wurden – darum boten sich auch keine Experteninterviews an.[9] Neben einer eingrenzenden themenzentrierten Perspektive

7 Narrative Interviews gehen auf Fritz Schützes methodisch ausgearbeitetes und methodologisches Verfahren zurück (vgl. Schütze et al. 1976). Der theoretische Hintergrund des von Schütze entwickelten Verfahrens ist der Symbolische Interaktionismus (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 79), der u.a. auf den Überlegungen von Mead (1983, 1988) basiert. Der Symbolische Interaktionismus geht davon aus, dass „Gesellschaft von Individuen in symbolischen Interaktionen hervorgebracht und verändert wird" (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 79).

8 Darum finden narrative Interviews in der Politikwissenschaft seltener Verwendung, weil sie eher auf die „historische Rekonstruktion von Lebensphasen und Zeitstimmungen" abzielen (Blatter et al. 2007: 63), wenn auch in den letzten Jahren die Bedeutung aufgrund eines erhöhten Interesses an Erzählungen gestiegen ist (vgl. Blatter 2018: 56).

9 Experteninterviews kommen – neben Eliten-Interviews – auch in der Politikwissenschaft zum Einsatz (so zum Beispiel durch die Befragung von Politiker*innen, siehe dazu Blatter et al. 2018: 54ff.). Diese Interviewform bot sich in dieser Studie allerdings nicht an, weil die Akteure in vielen Fällen zwar Expert*innen in ihrem Arbeitsfeld sind, nicht aber im Bereich der Politik. Bei Experteninter-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sollten vor allem „verdeckte Inhalte“ (Reinders 2005: 127) in den Selbstverortungen von Kulturschaffenden entschlüsselt werden.

6.1.2 Interviewführung und Interview-Leitfaden

Interviewrichtlinien

Worauf galt es bei der Interviewführung zu achten? Zunächst war es wichtig, eine offene und vertrauensvolle Atmosphäre herzustellen, um Inhalte zu erschließen, die unter Umständen im Verborgenen liegen. Dafür war eine offen gehaltene Einstiegsfrage zu Beginn notwendig, die im weiteren Verlauf durch „Sondierungs- und Vertiefungsfragen“ ergänzt wurde (vgl. Reinders 2005: 127). Die Einstiegsfrage lautete darum, warum die Akteure Produkte selbst herstellen. Dazu sollten die Akteure über einen offenen Erzählstimulus schildern, was sie motiviert und welche Ziele sie verfolgen („Erzähle zunächst einmal, warum Du/Sie Produkte selbst herstellst/herstellen. Warum machst du das/machen Sie das?“). Die Leitfadeninterviews waren, bis auf eine Ausnahme, alles Einzelinterviews. Zwei Dinge galt es zu beachten: Zum einen machten die ersten Pretests deutlich, dass es wichtig war, die offene Leitfrage so zu konzipieren, dass keine Erwartungshaltung gegenüber den Befragten erzeugt oder provoziert wurde. Das war bei den ersten Interviews der Fall, als der Themenkomplex „Do it Yourself“ bei der Kontaktaufnahme als solcher genannt wurde. Folge war, dass sich die Akteure im Vorfeld allem Anschein nach vorbereitet hatten und im Interview um aussagekräftige Aussagen bemüht waren, vermutlich, um ein möglichst gutes Bild von sich abzugeben. Darum wurde das Thema bei den folgenden Kontaktaufnahmen nur grob benannt („Ich untersuche die Arbeitsstrukturen von Kulturschaffenden in Berlin und möchte dich/Sie dazu gerne interviewen“). Im Interview selbst wurde die Einstiegsfrage so gestellt, dass genügend Raum für Erfahrungen, Ansichten und Einschätzungen für die Interviewten war. Alles in allem sollte die Interviewsituation subjektive Entfaltungsmöglichkeiten zulassen, und Subjektivität meint hier sowohl die Subjektivität für den Interviewer als auch die Subjektivität für den/die Interviewte(n).

Problem: Theoretisches Vorwissen oder Nichtwissen?

Eine Frage, die sich von Beginn an stellte, und die in der Wissenschaft seit Jahren eine Streitfrage ist, war, wie mit theoretischem Vorwissen umzugehen ist (vgl. Meinefeld 2000). So wirft man der Grounded Theory beispielsweise vor, dass sie verlange, als Forschende möglichst unwissend ins Feld zu gehen, was man aber nicht immer kann (vgl. dazu Hopf 1979: 27; Blatter et al. 2007: 46).[10] Einerseits geht es beim Forschungsprozess der Grounded Theory darum, sich offen ins Feld zu begeben; das Vorgehen ist am „hypothetiko-deduktiven Vorgehen“ orientiert (Kelle/Kluge 2010: 38). Andererseits setzte die

views steht das „Was“ des Geäußerten und nicht das „Wie“ der Äußerung im Mittelpunkt (vgl. ebd.: 55) – um letzteres ging es in dieser Studie.

10 So fordern Glaser und Strauss mit möglichst wenig Vorwissen ins Feld zu gehen, um den Forschungsprozess nicht mit vorformulierten Thesen zu beeinflussen. Allerdings hat Anselm Strauss in seinen späteren Arbeiten eingeräumt, dass das theoretische Vorwissen nicht unerheblich sei (siehe zur Diskussion Blatter et al. 2007: 47).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Forschungsfrage der Studie ein gewisses Vorwissen voraus. Darum war es wenig zielführend, sich „gegenüber vorgängigem Wissen zu immunisieren" (Strübing 2014: 61; siehe auch Blatter et al. 2018: 52). Vielmehr ging es darum, einen Zugang zu finden, um das Erleben, Empfinden und das Handeln von Kulturakteuren empirisch an der Schnittstelle von Arbeitshandeln und möglichen politischen Zielsetzungen zu untersuchen. In der Gesamtheit bildete das Thema „Wissen im Vorfeld" respektive „Explikation von Vorwissen" damit ein Problem ab. Begegnet wurde dem damit, dass die Forschungsfrage so formuliert wurde, dass sie einerseits eine Offenheit bereithielt, um nach möglichen Zielsetzungen, Gesellschaftsbildern und Kritikformen zu fragen. Andererseits wurde der theoretische Zugang eingegrenzt, um das Spannungsfeld von Arbeit und Politik als solches untersuchen zu können.[11]

Das Interview in der sozialen Praxis

Die Interviews wurden, wenn möglich, direkt am Arbeitsplatz der Befragten durchgeführt. Gerade räumliche Settings können wichtige Einblicke in die Arbeitsstrukturen geben, auch war ein Ort der Vertrautheit aus Sicht des Interviewten vorhanden, um frei über Empfindungen, Wünsche und Zielvorstellungen sprechen zu können. Die Interviewdauer sollte zwischen 60 und 90 Minuten betragen. Das kürzeste Interview betrug 35 Minuten, das längste ging über zwei Stunden.

Der Interview-Leitfaden

Der Interview-Leitfaden war in sechs thematische Blöcke gegliedert. Die folgende Strukturierung der Themenfelder lehnt sich konzeptionell an die Studie von Manske (2007: 48ff.) an, ist aber um den Zusammenhang von Arbeit und Politik erweitert worden. Das Leitfadeninterview griff folgende Themenfelder auf.

1. Arbeitshandeln
2. Arbeitsorientierung
3. Schwerpunkt Arbeit und Leben
4. Biografischer Hintergrund
5. Schwerpunkt Arbeit und Politik
6. Abschlussfrage und Zukunftsperspektive

Arbeitshandeln: Hier stellte sich die Frage, warum die Akteure Produkte selbst herstellen. Über einen offenen Erzählstimulus wurde gefragt, welche Vor- und Nachteile die Akteure in ihrer Arbeit sehen, was ihnen wichtig ist, was sie mit ihrer Arbeit, dem Herstellungsprozess und der Labelarbeit verbinden (Freiheit, Flexibilität etc.) – und wie sie

11 Das schloss nicht aus, dass sich im Forschungsverlauf hätte zeigen können, dass die Befragten ganz andere Zielsetzungen als politische verfolgen – und auch ein solches Ergebnis ließe sich im Kontext des theoretischen Rahmens diskutieren (Stichwort Apolitisierung). Gerade darum war es wichtig, sich möglichst unvoreingenommen, wie Glaser und Strauss fordern, „*theoretisch sensibel*" (Glaser/Strauss 2010: 62, H. i. O.) auf das Themenfeld und die Interviewten einzulassen, und das selbst dann, wenn sich im Interviewverlauf gezeigt hätte, dass das Thema Politik oder politische Ziele keine Rolle spielen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

folglich ihren Arbeitsalltag gestalten. Darüber sollte zunächst ein Bild entworfen werden, das über den Arbeitsalltag und die Arbeitsabläufe informiert. Daran anknüpfend wurden im Verlauf des Interviews vertiefende, generierende Fragen gestellt. Ziel war es, den Interviewpartner*innen die Möglichkeit zu geben, durch einen „komplex kreisenden Gesprächsverlauf […] ihr subjektives Relevanzsystem im Rahmen des Leitfadens möglichst vielschichtig zu entwickeln" (Manske 2007: 48).

Arbeitsorientierung: Bei der Arbeitsorientierung ging es um Aspekte der (freien) Projektarbeit oder der Unternehmens- und Labeltätigkeit: Welchen Stellenwert hat Arbeit für die Akteure? Wie wichtig ist es ihnen, selbstständig und selbstorganisiert zu arbeiten und Produkte selbst herzustellen? Verfolgen die Akteure übergeordnete Ziele? Was bedeutet für sie Arbeit? Wie wichtig ist ihnen Geld? Darüber hinaus stand die Arbeitsform als solche im Zentrum: Für welche Arbeitsform(en) ist das Selbstherstellen charakteristisch? Ist es reine Erwerbsarbeit? Ist es Arbeit neben der Erwerbsarbeit? Welche Bedeutung hat das Selbstherstellen im Vergleich zu anderen Arbeitsformen?

Arbeit und Leben: Anknüpfend an den Themenkomplex zur Arbeitsorientierung wurde in diesem Themenabschnitt gezielt nach dem Spannungsverhältnis von Arbeit und Leben gefragt. Im Vordergrund stand die Privatsphäre und das darauf bezogene Lebensarrangement. Zentrale Frage war, ob die Befragten das, was sie in ihrer Arbeit verkörpern, auf den Privatbereich übertragen oder ob sich nachhaltige, politische Ziele nur auf den Beruf oder die einzelnen Arbeitsprozesse beschränken. Auch war von Interesse, ob sich Zielsetzungen, die auf eine politische Perspektive hindeuteten, zusätzlich als Engagement verstehen lassen. Dieser Themenabschnitt diente überleitend zum Themenkomplex Arbeit und Politik dazu, mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezogen auf gesellschaftliches Engagement erkennen zu können.

Biografischer Hintergrund: Dieser Themenkomplex sollte über persönliche Erfahrungen und frühkindliche Prägungen der Akteure informieren und entsprechende Rückschlüsse zulassen, ob bestimme Werte über mögliche Sozialisations- oder Erziehungseinflüsse vermittelt wurden. Das Vorgehen dazu bedurfte einer besonderen Sensibilität. Denn nicht jede(r) wollte frei über ihre/seine Kindheit oder über Vergangenes sprechen. Darum folgten Fragen zum biografischen Hintergrund erst im Anschluss an den Themenkomplex Arbeitshandeln, Arbeitsorientierung sowie Arbeit und Leben. Folgende Fragen waren von Bedeutung: Wie sind die Befragten aufgewachsen? Welche Werte wurden ihnen in jungen Jahren vermittelt? Durch wen oder was wurden sie geprägt und was hat sie beeinflusst? Wurden sie ggf. schon in jungen Jahren politisch (oder gegenteilig unpolitisch) sozialisiert?

Arbeit und Politik: In diesem Abschnitt wurde der Schwerpunkt Arbeit und Politik vertieft: Wollen die Akteure über das Selbstherstellen etwas in der Gesellschaft verändern, wenn sie ihr Label ein ökologisches oder nachhaltiges nennen? Wenn ja, was wollen sie verändern? Verstehen sich die Befragten als politische Akteure? Was verstehen sie dann unter Politik? Welches Selbstverständnis haben sie von sich als handelndem Akteur? Dieser Thementeil sollte Aufschluss darüber geben, wie sich das Arbeitsleben mit möglichem

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

politischem Engagement verzahnt: Sind die Befragten zusätzlich in soziale und/oder politische Netzwerke oder Organisationen eingebunden? Wenn ja, mit welchem Ziel? Wenn nein, was sind die Gründe dafür? Wichtig war hier, das Politische nicht abstrakt in einem eng institutionalisierten Verständnis oder nur in Bezug auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Organisation zu verstehen. Vielmehr wurde, wie im Kapitel 4.1.6 dargelegt, von einem *weiten* Begriff des Politischen ausgegangen, der sämtliche Formen des Handelns, auch Alltags- und Arbeitshandeln, als mögliche Formen des politischen Handelns erfasst.

Produktionskriterien: Dieser Abschnitt ist eine Vertiefung zu Punkt 1 und 5 und gab Auskunft darüber, worauf die Akteure bei der Produktion achten. Wie und warum werden Nachhaltigkeitsstandards gesetzt? Werden die Produkte zertifiziert? Wie streng werden Kriterien angelegt und welche Auswirkung haben sie auf das Arbeitshandeln, die Arbeitsorientierung und ein mögliches politisches Selbstverständnis?

Abschlussfrage: Die abschließende Frage „Wie sieht mein Leben in zehn Jahren aus?" sollte überprüfen, ob es sich ggf. nur um eine temporäre Lebensphase handelt, in der bestimmte Zielvorstellungen verwirklicht werden (sollen). Hier ging es darum, wie vorausblickend – auch in Bezug auf eine mögliche Generationengerechtigkeit – das Handeln zu verstehen ist. Diese Frage wurde allerdings nur gestellt, wenn aus den Aussagen zuvor keine Schlüsse gezogen werden konnten.

6.1.3 Konkrete Auswertungsschritte

Theoretisches Kodieren

Um zu aussagekräftigen Kodes, Kategorien und Konzepten zu gelangen, ist ein entsprechendes Kodierverfahren unumgänglich. In einem ersten Schritt wurde das Interviewmaterial darum nach dem Verfahren des Theoretischen Kodierens bearbeitet und schrittweise ausgewertet (vgl. Glaser/Strauss 2010 [1967]). Ziel war es, darüber im Laufe des Verfahrens eine gegenstandsbezogene Theorie entwickeln zu können (vgl. Wiedemann 1995: 443f.; Glaser/Strauss 2010: 146ff.; Strübing 2014: 15ff.). In Anlehnung an Strauss wurden zur Erarbeitung und Bildung von Kategorien das offene, axiale und theoretische Kodieren angewendet (vgl. Wiedemann 1995: 443f.; Strübing 2014: 15ff.).

Wie unterscheiden sich die einzelnen Phasen? Das offene Kodieren diente zunächst der Kategoriengewinnung (vgl. Strauss 1998: 101; vgl. Wiedemann 1995: 443f.). Dazu wurde das Material aufgebrochen, in Einzelteile zerlegt, um es wieder neu zu sortieren (vgl. Strübing 2014: 16ff.). Beim offenen Kodieren handelt es sich um ein „erstes, theoretisch noch nicht eingeschränktes Kodieren", das „der Generierung von Konzepten" und ersten „Schritten der Theoretisierung" dient (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211). Dazu wurden sogenannte Konzepte aus dem transkribierten Material entwickelt. Im Anschluss wurden aus Konzepten über das axiale Kodieren Kategorien gebildet (vgl. Strauss/Corbin 1990: 423; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 202). Dabei beziehen sich Konzepte zunächst „auf dasselbe Phänomen", später werden daraus Kategorien (Przyborski/Wohlrab-Sahr

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2014: 201).[12] Dazu wurden die Daten in möglichst viele weitere Kategorien zerteilt. Wichtig war hier, dass immer wieder gezielt auf einzelne Kategorien hinkodiert wurde, um entsprechende Schlüsselkonzepte zu entwickeln (vgl. Strauss 1998: 101ff.). Beim axialen Kodieren ging es um die „Ausarbeitung von Kategorien (und Subkategorien)" sowie um „deren Beziehung zu anderen Kategorien" (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211). Das axiale Kodieren[13] folgt auf das offene Kodieren, „ersetzt dieses jedoch nie vollständig, da parallel zur genauen Ausarbeitung einer Kategorie auch neue Konzepte generiert werden müssen" (ebd.: 210f.).

Der dritte Kodierschritt umfasste das selektive Kodieren, womit auf eine Schlüsselkategorie hinkodiert wurde (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211; Glaser/Strauss 2010: 85). Corbin und Strauss verstehen darunter einen „Prozeß des Auswählens der Kernkategorie, des systematischen In-Beziehungssetzens der Kernkategorie mit anderen Kategorien, der Validierung dieser Beziehungen und des Ausfüllens von Kategorien, die einer weiteren Verfeinerung und Entwicklung bedürfen" (Strauss/Corbin 1996: 94). Hier kam es im Forschungsverlauf vor, dass Konzepte und Kategorien bezogen auf eine mögliche Schlüsselkategorie „rekodiert" werden mussten (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 211) – Ziel war die Herausarbeitung sogenannter „Kernkategorien" (Strübing 2014: 17). Das selektive Kodieren begrenzt das axiale Kodieren auf Schlüsselkonzepte, bis verschiedenste Kategorien zu einem Modell zusammengefasst werden können. Abgeschlossen ist der Prozess durch die „theoretische Sättigung", wenn „keine theoretisch relevanten Ähnlichkeiten und Unterschiede mehr im Datenmaterial entdeckt" werden (Kelle/Kluge 2010: 49).[14]

Kodierregeln und Kodierverfahren

Nach Glaser und Strauss müssen die Forscher*innen die Kodierung nicht nur selbst übernehmen, sie sollen das Material am Anfang Zeile für Zeile oder Begriff für Begriff kodieren. Gerade zu Beginn sollen möglichst viele Informationen aus dem Interviewmaterial gewonnen werden (vgl. Wiedemann 1995: 443f.; Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 210). Zu betonen ist zudem, dass beim Kodieren Mehrfachkodierungen möglich sind. Auch ist es sinnvoll, neben der Kodierung sogenannte Memos anzufertigen, um „Hypothesen und methodische Überlegungen" festzuhalten (Wiedemann 1995: 443f.).

---

12 Kategorien sind immer „höherwertige, abstraktere Konzepte und bilden die Ecksteine der sich herausbildenden Theorie" (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 201). Przyborski und Wohlrab-Sahr merken dazu an, dass Kategorien als höherwertige Konzepte weder „aus der bloßen Umbenennung von Konzepten" noch „aus dem bloßen Zusammenfassen von Konzepten und unter einer neuen Rubrik" entstehen. Vielmehr sind sie „Resultat von Interpretation", indem sie Zusammenhänge zwischen Konzepten „erfassen" und sich demnach „noch weiter in Richtung Theoriebildung" bewegen (ebd.).

13 Das axiale Kodieren zielt auf „mögliche Zusammenhänge zwischen einer jeweiligen Kategorie und verschiedenen anderen Konzepten und Kategorien" ab (Strübing 2014: 17f.). Strübing beschreibt das axiale Kodieren auch als „‚Schnitte' durch das Material", womit sich das Material immer mehr verfeinern und zerlegen lässt (ebd.: 26). Dazu werden die Beziehungen zwischen einer Kategorie und einer anderen und weiteren (möglichen) Subkategorien „ausgelotet" (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 210).

14 Siehe auch Behnke et al. 2006: 199; Glaser/Strauss 2010: 76; Strübing 2014: 32.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Allerdings stellt das Kodierverfahren keinen linearen Prozess dar. So bedurfte es in dieser Studie der permanenten Überarbeitung einzelner Schritte. Der „ständige Vergleich" gilt in der Forschung als „grundlegendes Prinzip" einer „fortschreitenden Analyse" (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 204). Als besonders hilfreich erwies sich im Forschungsverlauf das Erstellen und Bearbeiten des Datenmaterials mithilfe eines Kodierparadigmas (vgl. Strübing 2014: 24). Damit ließ sich das bereits kodierte Datenmaterial im Prozess des axialen Kodierens weiter systematisieren.[15]

6.1.4 Kodes, Kategorien, Typenbildung

Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse der Studie präsentiert. Dazu werden in einem ersten Schritt die gewonnenen zentralen Kategorien aus dem Kodierverfahren aufgezeigt. Im zweiten Schritt wird erörtert, ab wann von einem politischen Akteur gesprochen werden kann. Das heißt, dass im empirischen Teil eine theoretische Auseinandersetzung zur Frage erfolgt, unter welchen Umständen ein Akteur als politischer gelten und typologisiert werden kann. Dieser Schritt erschien sinnvoll, um nicht bereits im Vorfeld festzulegen, ab wann etwas politisch ist und ab wann von einem politischen Akteur auszugehen ist. Zugleich war die theoretische Auseinandersetzung hilfreich für Schritt drei, für die Herausbildung von Typen und Typologien[16], die im Folgenden dargestellt und anhand einzelner Typen durch kontrastierende Fallbeispiele beschrieben wird.

Zentrale Kodes, Konzepte und Kategorien

In der empirischen Forschung werden die Begriffe Kodes, Konzepte und Kategorien nicht trennscharf verwendet (vgl. Strübing 2014: 17f.; Kelle/Kluge 2010: 60f.).[17] Allerdings

15 Das Kodierparadigma wurde von Strauss 1987 entwickelt (vgl. Strübing 2014: 24). Dem Paradigma folgend sollten Fragen „zur Analyse der Zusammenhänge zwischen Konzepten" in Bezug auf (1) die Ursachen, (2) Phänomene, (3) deren Kontext, (4) die intervenierenden Bedingungen, (5) auf die Handlungs- und interaktionalen Strategien sowie (6) deren Konsequenzen geklärt werden (vgl. ebd.). Ziel des Kodierparadigmas ist es, „in theoriegenerativer Absicht […] die zuvor isoliert betrachteten Phänomene in einen Strukturzusammenhang zu bringen" (ebd.). Für diese Forschung war das Verfahren insofern hilfreich, da so auf entsprechende Kernkategorien gezielt hinkodiert werden konnte.

16 Typologien lassen sich im Gegensatz zum „Typ" als das „Ergebnis eines Gruppierungsprozesses" verstehen, „bei dem jene Objekte eines Untersuchungsbereiches zu Typen zusammengefaßt werden, die sich hinsichtlich einer oder mehrerer Merkmalsausprägungen besonders ähneln" (Kluge 1999: 42). Sie können sowohl die Grundlage für die anschließende Theoriebildung sein, hin und wieder handelt es sich auch nur um einen notwendigen *Zwischenschritt* (vgl. Kelle/Kluge 2010: 91). Typologien lassen sich bereits durch einzelne Merkmale von Typen, aber auch durch die Zusammenführung und Kombination verschiedenster Merkmale bilden – in der qualitativen Sozialforschung spricht man darum auch von *eindimensionalen* und *mehrdimensionalen* Typologien (vgl. ebd.: 87).

17 Das ist mitunter auf die Grounded Theory zurückzuführen, da Strauss/Corbin die Begriffe nicht einheitlich verwendet haben (vgl. Strauss/Corbin 1990: 420). Sie unterscheiden allerdings zwischen Konzepten und Kategorien: Konzepte bilden Kategorien, Kategorien werden nicht unmittelbar zu Konzepten (vgl. ebd.; siehe auch Strübing 2014: 18). Auch unterscheiden sie zwischen soziologisch konstruierten Kodes („sociological constructs") und „in vivo codes". Letztere lassen sich direkt aus dem Textmaterial durch Zitate ermitteln (Strauss/Corbin 1996: 64).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

werden Kategorien in erster Linie als Spezifizierungen der analytischen Verdichtung von Kodes und Konzepten verstanden (vgl. Kelle/Kluge 2010: 83). Darum wird im weiteren Verlauf vorzugsweise von Kategorien gesprochen, wenngleich sich der Begriff Kodes aufgrund verschiedener Zitierweisen nicht vermeiden lässt. Letztlich hat sich der Begriff Kategorie auch in der Forschung durchgesetzt.[18]

Wie wurden die Kategorien in dieser Studie entwickelt? In einem ersten Schritt fand ein „Aufbrechen der Daten" über das offene Kodieren statt (Steinhardt 2015: 30f.). Darüber konnten den Daten erste Kodes zugewiesen werden, „die durch das Verfahren des ständigen Vergleichs zu ersten Konzepten" führten (ebd.). Im Anschluss wurden die Kodes und Konzepte in Beziehung zueinander gesetzt, daraufhin wurden sie miteinander verglichen und systematisiert (vgl. Strauss/Corbin 1996: 75). In einem zweiten Schritt wurde über das axiale Kodieren das Datenmaterial auf wesentliche wichtige Kodes reduziert – und die daraus gewonnen Kodes, Konzepte und Kategorien wurden ebenfalls in Beziehung zueinander gesetzt. Über diesen Schritt konnten zusätzlich sogenannte Subkategorien gebildet werden, um das Datenmaterial weiter zu verfeinern. In einem dritten Schritt wurde das Datenmaterial über das selektive Kodieren reduziert. Ziel war es hier, dass zum Schluss nur wenige Kategorien übrigblieben, um zu Schlüsselkategorien zu gelangen, die mit allen anderen Kategorien korrespondieren (vgl. Strauss/Corbin 1996: 94). Folgende axiale Kategorien konnten über die einzelnen Kodierphasen gewonnen werden:

1. Beweggründe des Selbstherstellens
2. Erziehungs-Einflussfaktoren
3. Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit
4. Autonomie
5. Authentizität
6. Unternehmerische Ziele und Strategien
7. Produktionskriterien
8. Kundenorientierung und Distributionswege
9. Gesellschaftskritik
10. Verantwortungsbewusstsein
11. Einfluss und Beeinflussung
12. Netzwerkbildung
13. Selbstverständnis als politischer Akteur
14. Politische Ziele und Handlungsstrategien

Ziel war es im Anschluss, über die gebildeten Kodes einzelne Fälle im Sinne „minimaler und maximaler Kontrastfälle" miteinander zu vergleichen (Kleemann et al. 2009: 26; siehe auch Kelle/Kluge 1999: 48f.).[19] Dieses Vorgehen wurde zweimal durchgeführt, um

18 Kelle und Kluge (2010: 60) weisen darauf hin, dass ein zu Anfang gesetztes Kodewort heute auch als Kategorie gelten kann. Genauso könne ein theoretisch komplex gesetzter Begriff oder ein „Typus" eine Kategorie sein.

19 Minimale Kontrastierungen liegen vor, wenn Vergleichsfälle strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen. Maximale Kontrastierungen erfassen dagegen „konträre Merkmale in bestimmten Vergleichsdi-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zum Schluss zu entsprechenden Typen und zu einer Typologie und Schlüsselkategorie zu gelangen. Dazu wurden die Kategorien thematisch an die Struktur des Leitfadens angelehnt, darum sind sie auch in dieser Reihenfolge aufgelistet. Die Kategorien entsprechen damit in etwa dem Aufbau des Leitfadens – wenngleich sich einige Kategorien auf unterschiedliche thematische Schwerpunkte des Leitfadens beziehen. Die Kategorien *Subjektivierung* und *Entgrenzung von Arbeit/des Politischen*, die im Folgenden ebenfalls als Kategorien aufgeführt werden, sind streng genommen bereits theoretisches Material, das aus den Kategorien und Subkategorien gewonnen wurde. Sie sind hier aber zunächst als Kategorien mit aufgeführt. Insgesamt konnten die zentralen axialen Kategorien im Anschluss auf drei Ebenen untersucht werden:

1. Auf der Ebene des Subjekts: Diese Ebene zielt auf die Zielsetzungen der Akteure und entsprechende Handlungskonstellationen ab. Im Zentrum standen die Handlungsspielräume und subjektiven Entfaltungsmöglichkeiten über Prozesse des Selbstherstellens. Überdies ging es um die intersubjektiven Beziehungen, die daraus resultieren (z.B. die Bildung von Netzwerken, das Mitwirken in Organisationen etc.). Bezogen auf die politikwissenschaftliche Forschung stand dazu die Frage im Mittelpunkt, wie sich mögliche *policy*-Dimensionen (Themen, programmatische Ausrichtungen, Zielsetzungen) in *politics*-Strategien (Prozesse, Konflikte, Entscheidungen) verkörpern.
2. Auf der Ebene des Objekts (des Produkts): Im Verlauf der Erhebung wurde deutlich, dass das Produkt für die Akteure eine zentrale Bedeutung hat. Im Produkt werden inhaltliche Zielsetzungen gegenständlich, die Ausdruck eigener Identität sind. Diese Ebene zielte auf die bereits angesprochene *Dingpolitik* Latours und ein Objektverständnis des Symbolischen Interaktionismus[20] ab, wonach sich in Objekten soziale Strukturen verdinglichen.
3. Zentrale Themenfelder: Hier wurde die unter Punkt 1 angesprochene politikwissenschaftliche *policy*-Dimension vertieft. Zentrale Frage war, ob politische Themen und Sachverhalte über das Arbeitshandeln zur Sprache kommen. So wurden von den Akteuren vor allem ökologische Themen und solche genannt, die sich auf die Arbeitswelt und die daraus resultierenden Risiken beziehen. Hier galt es zu erörtern, welche Lösungswege die Akteure aus ihrem Handeln ableiten und ob daraus konkrete Forderungen resultieren – und an wen sie adressiert sind.

---

mensionen" (Kleemann et al. 2009: 26). Gerade für den Prozess der Typenbildung sind maximale Kontraste hilfreich, da darüber „frühzeitig typologische Unterschiede zwischen Fällen bzw. Fallgruppen" identifiziert werden können (ebd.).

20 Der Symbolische Interaktionismus zielt im Wesentlichen auf die Arbeiten von Mead, Cooley und Blumer ab. Insbesondere Blumer hat Objekte auf soziale Interaktionen bezogen, da Menschen gegenüber Dingen immer mit Bedeutungen handeln (vgl. Blumer 2013: 75; siehe auch Raab et al. 2008; Misoch 2015: 9; Blatter et al. 2018: 35f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Tabelle 1: Liste der Kategorien, die aus dem Datenmaterial gewonnen werden konnten

Beweggründe des Selbstherstellens: (Handlungsmotive und Ziele)	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Herstellung eines Produkts, das es noch nicht gibt oder das einen spezifischen Zweck erfüllt etc. (produktbezogen). Erschließung neuer Perspektiven über den Herstellungsprozess, neuee Erfahrungshorizonte über das Selbstherstellen etc. (subjektbezogen). Zudem fair-soziale und/oder ökologische Kriterien der Produktgestaltung (gegenstandsbezogen)
Erziehungs-Einflussfaktoren	subjekt- und gegenstandsbezogen: Vermittlung von Werten/Wissen etc. durch die Erziehung der Eltern, Einfluss von Verwandten und Nahestehenden auf die berufliche Laufbahn und Wertevorstellungen
Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Identifikation mit dem Produkt (produktbezogen), Umsetzung eigener Vorstellungen und Ideen, Identifikation mit der Arbeit, Selbstverwirklichung und Selbstwirksamkeit über Arbeit (subjektbezogen), Weitergabe und Kommunikation von Inhalten und Werten (gegenstandsbezogen)
Autonomie	subjektbezogen: freie Gestaltung und Entfaltung über den Arbeitsprozess/die Erstellung eines Produkts, flache Arbeitshierarchien, Selbstorganisation
Authentizität	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Materialechtheit, Einzigartigkeit, Transparenz (produktbezogen), Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit über Arbeit (subjektbezogen), Transparenz als zentrales Thema der Produktion (gegenstandsbezogen)
Unternehmerische Ziele und Strategien	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Anspruch an Qualität, Oberflächen, Produktoptimierung etc. (produktbezogen), Risikobereitschaft, Gewinnerzielungsabsicht, langfristige Planung, berufliche Verankerung – Selbermachen als Hobby, Neben- oder Hauptberuf (subjektbezogen), konkretes Agenda-Setting (gegenstandsbezogen)
Produktionskriterien	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Auswahl der Materialien (produktbezogen), fair-soziale und/oder ökologische Ausrichtung der Produktion (gegenstandsbezogen) über soziale Interaktionen (subjektbezogen)
Kundenorientierung und Distributionswege	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Produktausrichtung aufgrund von Kundenfeedback (produktbezogen), Einbindung von Interessenten in den Produktionsprozess (subjektbezogen), konkretes Agenda-Setting aufgrund von Rückmeldungen (gegenstandsbezogen)
Gesellschaftskritik	subjekt- und gegenstandsbezogen: Arbeitsstandards, Konsumverhalten, Lebensführung: Was ist den Akteuren in der Arbeit und im Leben wichtig? Wird Kritik über die Produktion geübt? Reduziert sie sich auf Arbeit oder bezieht sie sich auf andere Lebensbereiche? Was wird, falls Kritik geübt wird, in welcher Form kritisiert? Handelt es sich ggf. um eine Form der Sozialkritik oder Künstlerkritik im Sinne von Boltanski und Chiapello (vgl. Boltanski/Chiapello 2003)?

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Verantwortungs-bewusstsein	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: verantwortungsvoller Umgang mit Materialien, Objekten und Ressourcen (produktbezogen), gerechte Löhne, Standortwahl, Selbstverpflichtungen etc. (subjektbezogen), soziale und/oder ökologische Produktionsprinzipien (gegenstandsbezogen)
Einfluss und Beeinflussung	produkt-, subjekt-, gegenstandsbezogen: Einfluss über das Produkt, auf die Umwelt, das Umfeld oder den Kundenkreis (produktbezogener Einfluss, der interpersonell erfolgt). Thematische Einflussnahme/Beeinflussung auf die eigene Umwelt, das Umfeld oder den Kundenkreis, auch auf die Gesellschaft als ganze, Vermittlung zur Problemlösung (gegenstandsbezogener Einfluss)
Netzwerkbildung	subjekt- und gegenstandsbezogen: Feedback und Rückkopplung von Ideen und Strategien, Vertiefung und Vermittlung von Wissen und thematischen Schwerpunkten, mögliche Mobilisierung über themenbezogene Sachverhalte
Selbstverständnis als politischer Akteur	politisches Interesse, politisches Wissen, politisches Kompetenzgefühl, politisches Responsivitätsgefühl
Politische Ziele und Strategien	Intention, Form, Umsetzung (mögliche Wirksamkeit)[21]
Subjektivierung von Arbeit	neue Handlungsspielräume einerseits, neue Anforderungen andererseits: Identifikation mit der Arbeit, Identitätsbildung und Selbstverwirklichung sowie Selbstwirksamkeit über Arbeit, Verantwortungszunahme durch Arbeit
Entgrenzung von Arbeit	Zeit, Raum, Sozialorganisation, Tätigkeitsinhalte: a.) das Auflösen klarer Zeitgrenzen und Zeitmuster, b.) räumliche Entgrenzungen (z.B. durch zunehmende Mobilisierung), c.) Auflösung zwischen Privatem und Beruflichem sowie d.) eine Entgrenzung von Arbeitsrollen
Subjektivierung des Politischen	neue individuelle Handlungsspielräume zur gesellschaftlichen Mitgestaltung einerseits, subjektive Anforderungen für die Subjekte andererseits
Entgrenzung des Politischen	Auflösung einst klarer formalisierter Strukturen und Arenen des Politischen: a.) Entgrenzung von Zeitgrenzen und Zeitmuster des sozialen Handelns (wie viel Zeit bleibt für politisches oder gesellschaftliches Engagement?), b.) Trennung von Arbeit und Privatem (zeigen sich politische Ziele neben der Arbeit oder im Kontext von Unternehmensarbeit?), c.) räumliche Grenzen (neue Möglichkeiten durch mobile Mitbestimmung, neue Partizipationsmöglichkeiten im Netz etc.)

Beweggründe des Selbstherstellens: Diese Kategorie ließ sich gleich zu Beginn bilden und stellt in gewisser Weise eine Art Metakategorie dar. Gefragt wurde einleitend, was die Akteure des Samples dazu bewegt, Produkte selbst herzustellen. Es ging damit um die Unterscheidung von Weil- und Um-zu-Motiven (vgl. Münch 2002: 201) – ersteres greift auf das Vergangene zurück; es geht um die Reflexion von Vorgeschichten, die der Handlung zu Grunde liegen. Das Um-zu-Motiv stellt dagegen den Sinn der Handlung heraus und verweist auf die Folgen – beim Um-zu-Motiv geht es um den „Grund für eine Handlung, die der Absicht entspringt", um „in der Zukunft ein gewisses Ziel zu erreichen"

21 Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, kann die Wirksamkeit der Intention des politischen Handelns empirisch nicht überprüft werden. Da die Wirksamkeit aber zum Konzept des politischen Handelns gehört, wird sie hier konzeptionell mit eingeführt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(ebd.; siehe auch Hitzler 2001: 43). Zentrale Frage war, warum Akteure Produkte selbst herstellen und warum sie auf ökologische oder fair-soziale Kriterien achten. Als Ergebnis lässt sich sagen: Je höher die Identifikation mit der Arbeit ist und je professioneller die Produktion angegangen wird, desto wertaufgeladener ist das Vorgehen. Und das heißt auch, dass sich ethische Produktionsprinzipien meist erst im fortgeschrittenen Stadium der Produktion durchsetzen, die sich mehrheitlich auf ökologische Produktionskriterien beziehen – nur die *politischen Herstellertypen* stellen hierzu eine Ausnahme dar, da die Zielsetzungen den Handlungen vorausgehen.

Erziehungs-Einflussfaktoren: Diese Kategorie beschreibt die Vermittlung von Werten durch die Erziehung der Eltern, des Einflusses von Verwandten und Nahestehenden auf die Lebensführung. Zwei Tendenzen waren erkennbar: Zum einen grenzen sich die Akteure über das Selbermachen von Erfahrungen ab, die sie in der frühen Kindheit bis zur Adoleszenz-Phase gemacht haben. So wird das Selbermachen beispielsweise als emanzipatorischer Schritt gegenüber einem in jungen Jahren erfahrenen Status- und Sicherheitsdenken empfunden, das durch die Familie vermittelt wurde. Insbesondere gesellschaftskritische Motive deuteten auf Prozesse der Distinktion hin, indem man nach alternativen Lebenswegen sucht. Eine zweite Tendenz war die, dass die Akteure eigene Erfahrungen (bewusst wie unbewusst) auf Arbeitsprozesse übertragen. Gerade die unternehmerischen Produktionstypen haben in frühen Jahren eine Art Leistungsaffinität erfahren, die sich heute in übergeordneten Qualitätsansprüchen (Arbeitsprofessionalisierung und Produktperfektionierung) bemerkbar macht. Wenngleich die politikwissenschaftliche Forschung davon ausgeht, dass das frühe Jugendalter für die Ausbildung von Werthaltungen mitentscheidend ist (vgl. Scherer/Roßteutscher 2020: 210), ließ diese Kategorie in dieser Studie keine nennenswerten Rückschlüsse auf politische Zielsetzungen zu. Sie war für die Erkenntnisgewinnung der Fragestellung daher unerheblich. Darum wird sie im weiteren Forschungsverlauf nicht weiter aufgeführt.

Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit: Diese Kategorie schließt nahtlos an die beiden vorangegangenen an und betont den Herstellungsprozess als solchen, über den die Akteure eigene Vorstellungen und Zielsetzungen in die Arbeit einbringen. Letztlich steht diese Kategorie für eine hohe Identifikation mit der Produktion und dem Produkt, worüber man selbstwirksam in Erscheinung treten will. Die Subjekt- und Objektebene stehen dazu in wechselseitiger Beziehung zueinander. Sie deuten auf den „Doppelcharakter" dinglicher Objekte hin (vgl. Bosch 2012: 52): Einerseits wird das Objekt im Prozess der Herstellung „subjektiviert"; der Akteur schafft über den Herstellungsprozess „mit Einsatz seiner subjektiven Ideen und unter Nutzung vorhandener kultureller Elemente Objektivierungen in Form von Dingen" (ebd.). Andererseits wird das Subjekt „objektiviert", indem das Objekt einen identitären Zugewinn für das Subjekt sicherstellt. Insgesamt ist dieser Prozess als Wechselwirkung von Objekt und Subjekt im Sinne des Symbolischen Interaktionismus zu verstehen (vgl. Blumer 2013: 64ff.; Misoch 2015: 9). Demnach handeln die Subjekte bezogen auf das Objekt/das Produkt nie ohne Bedeutung. Die Bedeutung des Produkts verändert sich zugleich durch das subjektorientierte Handeln.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Autonomie: Freie Entfaltung ist für die meisten Akteure wichtig. Einige lehnen auch Hierarchien ab und wollen schon darum selbstständig arbeiten. Andere, die Produkte nur neben der beruflichen Arbeit herstellen, sehen im Produktionsprozess und dem Produkt etwas, das ihnen im Erwerbsleben fehlt: Das Selbst spiegelt sich im Produkt wider, einige Akteure haben zudem Probleme damit, sich kollektiven Strukturen mit Verpflichtungscharakter anzuschließen. Zwar sind viele in Netzwerke eingebunden. In der Regel handelt es sich hierbei aber um informelle Beziehungsgeflechte und Interaktionsformen ohne Verpflichtungscharakter.

Authentizität: Die Kategorie *Authentizität* hat für alle Produktionstypen eine zentrale Bedeutung – zum einen im Sinne subjektbezogener *Echtheit* (man möchte als authentische Person wahrgenommen werden). Zum anderen objektbezogen – in Form des Produkts, das man selbst herstellt und worüber man mit anderen in Kontakt tritt. Folge ist, dass man sich für das Produkt in hohem Maße verantwortlich fühlt, weil man es selbst hergestellt hat. Gerade darum ist es den Akteuren wichtig, als aufrichtige, authentische und ehrliche Person wahrgenommen zu werden. Zudem fungiert *Authentizität* für einen Teil der Akteure als Abgrenzung gegenüber dem Massenmarkt, der für die Befragten symptomatisch für Verschleiß und Intransparenz ist. Darum möchten die Akteure ihre Produktionsbedingungen offenlegen. Das vermissen sie wiederum bei der Großindustrie. Auch überträgt sich der Anspruch an *Echtheit* und *Authentizität* auf andere Lebensbereiche. Daraus folgt, dass sich viele Akteure von politischen Strukturen lossagen, weil sie diese ebenso als intransparent und unehrlich erleben.

Unternehmerische Ziele und Strategien: Diese Kategorie gibt Aufschluss darüber, ob und inwiefern die Befragten unternehmerische Zielen verfolgen. Auffällig war, dass unternehmerische Bezüge nur bei einem Teil erkennbar wurden, die sich zudem graduell abstufen lassen. Für die meisten Befragten ist Gewinnerzielung kein primäres Ziel, wenngleich ihnen Geldverdienen wichtig ist. Im Vordergrund stehen jedoch Spaß, Freude und das Selbstherstellen nach eigenen Vorstellungen. Für einen weiteren Teil sind zudem ethische und gesellschaftspolitische Aspekte handlungsleitend. In den allermeisten Fällen ist das Monetäre keine Produktionsvoraussetzung. Für einen Großteil darf das Unternehmerische auch nicht zulasten der Grundidee gehen.

Produktionskriterien: Diese Kategorie beschreibt die Produktionskriterien, nach denen die Akteure ihre Produkte selbst herstellen. Drei Tendenzen ließen sich erkennen: In einer ersten Perspektive stellen die Akteure nach eigenen Vorlieben und Vorstellungen selbst her. Zweitens werden Materialien so ausgewählt, dass sie bestimmten ökologischen oder sozialen Standards entsprechen. Dieser Prozess setzt in der Regel erst im fortgeschrittenen Stadium der Unternehmung ein. Das heißt, dass sich die Bedeutung eines Produkts, auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht, erst über den Tauschwert herausbildet (siehe zur Vertiefung das Kapitel 4.1.3) – und sich im Sinne des Symbolischen Interaktionismus (vgl. Blumer 2013: 65ff.) durch soziale Interaktionen über den Austausch mit Interessenten (später auch mit Kunden und Kundinnen) herausformt. Der Stellenwert des Produkts hat wiederum Auswirkungen auf das soziale Handeln und entsprechende Interaktionen. Drittens werden Produktionskriterien mit gesellschaftli-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

chen Forderungen verknüpft: Ziel ist die Beeinflussung anderer über das Produkt. Das Produkt fungiert damit als Medium der Vermittlung, unter Umständen wird es sogar als Politikum verstanden. Die genauen Produktionskriterien, nach denen die Akteure selbst herstellen, werden in der jeweiligen Typendarstellung gesondert genannt und beschrieben.

Kundenorientierung und Distributionswege: Diese Kategorie konnte zunächst als Subkategorie des unternehmerischen Handelns identifiziert werden, sie wurde später aber als eigenständige Kategorie eingeführt. Hier zeigte sich, dass insbesondere die unternehmerischen Akteure Produktionskriterien als Folge von Kundenanbindungen festlegen. Meist setzt dieser Prozess nach dem ersten Feedback von Kunden und Kundinnen ein. Diejenigen, für die das Selbstherstellen ‚nur' ein Hobby- oder Nebenerwerb ist, bauen vorrangig Community-Bindungen auf, die sich auf Kontakte mit dem eigenen (und teils unmittelbaren) Umfeld reduzieren – in Einzelfällen werden darüber später Kundenbeziehungen (wenn das Projekt weiter professionalisiert wird). Community-Bindungen können daher als eine Art Vorform von Kundenanbindungen verstanden werden, da diese aus ihnen entstehen (können).

Gesellschaftskritik: Diese Kategorie wurde aufgrund der Frage im Leitfaden ermittelt, welches Gesellschaftsbild die Akteure haben. Sie ist in gewisser Weise als Vorstufe zum politischen Handeln (oder der politischen Handlungsabsicht) zu verstehen. Die Kategorie *Gesellschaftskritik* lässt sich in Beziehung setzen zur Sozial- und Künstlerkritik bei Boltanski und Chiapello (2003), wobei sich drei Perspektiven herausstellen lassen: Erstens wollen die Akteure in einer Gesellschaft leben, die ihnen die Freiheit ermöglicht, um das zu tun, was man für richtig hält. Dazu setzen die Akteure eine freie Gesellschaft voraus, sie engagieren sich aber nicht weiter gesellschaftspolitisch. In Anlehnung an Blühdorn könnte man von einer „Emanzipation zweiter Ordnung" sprechen (Blühdorn 2013: 148f., vgl. Kapitel 4.3.2e). Zweitens will sich ein Teil der Befragten aktiv in die Gesellschaft einbringen, wobei sich die Gesellschaftskritik auf den eigenen Branchenkontext reduziert – die Arbeit selbst wird als sozialverantwortlich (nicht aber als politisch) verstanden. Erst eine dritte Gruppe, die *politischen Herstellertypen*, kritisiert die Gesellschaft als ganze. Diese Akteure verstehen sich und ihre eigene Arbeit als politisch – und sie engagieren sich zusätzlich in freien Netzwerken, NGOs oder gründen eigene Initiativen, wenngleich sie – bis auf Ausnahmen – in keiner Partei oder Gewerkschaft sind.

Insgesamt lässt sich die Kategorie *Gesellschaftskritik* in dieser Studie damit als Schnittmenge von Künstler- und Sozialkritik verstehen: Einerseits wird Individualität und Handlungsfreiheit vorausgesetzt. Andererseits kritisiert man die Gesellschaft, weil sie nicht sozial- oder ökologisch verantwortlich ist – darum will man selbst wirksam werden. Die dritte Perspektive geht zusätzlich mit klaren Forderungen für gesellschaftlichen Wandel einher, an dem man mitwirken will. Diese Form der Kritik setzt an einem bewussteren Umgang mit Ressourcen an, sie wird aber deutlich schärfer und offensiver formuliert – sie zielt auf politische Rahmenbedingungen ab und deutet auf ein aktives Bürgerverständnis hin. Diese Kritikform kommt der Sozialkritik bei Boltanski/Chiapello durchaus nahe, bezieht sich in der Mehrheit aber auf ökologische

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fragestellungen. Vor allem die hier genannte dritte Perspektive stellt eine Dimension des politischen Handelns dar und geht über Arbeitsformen hinaus.

Verantwortungsbewusstsein: Diese axiale Kategorie knüpft an die vorherige an und stellt eine Vertiefung zur Frage dar, wie sich ein gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein im Produktionsprozess herausbildet – und sie hat letztlich zwei Dimensionen: Zum einen steht sie für *interne* Unternehmensverantwortung, die sich auf den eigenen Arbeitskontext oder das Innere des Unternehmens (oder des Projekts/Labels) bezieht. Zum anderen lässt sich eine *externe* Unternehmensverantwortung bestimmen, die auf gesellschaftliche Problemkontexte verweist – die erste Form bezieht sich auf die Tätigkeit selbst und meint sowohl Verantwortung gegenüber sich selbst (Verdiene ich genug Geld? Mache ich ausreichend Urlaub?) als auch eine mögliche Mitarbeiter*innenverantwortung (Wie werden meine Mitarbeiter*innen bezahlt? Wie werden sie geführt?). Die zweite Form zielt auf gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen ab, die von Unternehmen und Solo-Selbstständigen beeinflusst werden (können). Ergebnis dieser Studie ist, dass letztere[22] dominiert. So bildet sich ein gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein oft erst im Kontakt mit anderen, mit dem eigenen Netzwerk oder mit Kunden und Kundinnen, heraus. Auf die jeweiligen Unterschiede wird in den einzelnen Typen näher eingegangen.

Einfluss und Beeinflussung: Diese Kategorie steht für zwei Prozesse: Erstens möchte ein Teil der Befragten Einfluss über das Produkt auf die Umwelt, das Umfeld oder den Kundenkreis haben (produktbezogener Einfluss). Zweitens geht es um thematischen Einfluss, um Agenda-Setting und damit um gegenstandsbezogene Einflussnahme. Bei der gegenstandsbezogenen Einflussnahme kommt somit ein zentraler Punkt hinzu: Man möchte nicht nur etwas von sich weitergeben und *Einfluss haben*. Man will andere *beeinflussen* – indem man zum Beispiel Forderungen stellt und hofft, dass auch andere so handeln. Letzteres korreliert wiederum mit dem Anspruch an Wissensvermittlung, indem man über das Produkt einen entsprechenden Diskurs erzeugen will, und auch hier lassen sich zwei Perspektiven unterscheiden: Erstens geht es um branchenbezogene oder brancheninterne Wissensweitergabe und -vermittlung. Oft steht damit die gegenseitige Unterstützung zu Standortfragen oder ähnlichem im Zentrum. Zweitens ist die Vermittlung von Wissen über Branchengrenzen hinaus handlungsleitend. Hier spielt der gesellschaftliche Diskurs eine zentrale Rolle, zu dem man anregen will. Das Produkt ist hierzu Mittel zum Zweck. In der Regel geht es damit um die Frage nach politischen Rahmenbedingungen und Konsequenzen von Handlungen.

22 Damit ist Verantwortung ethisch konnotiert, was für den Verantwortungsbegriff nicht grundsätzlich gilt. Wie Dagmar Fenner herausgearbeitet hat, ist der Begriff Verantwortung kein „ethisches Prinzip" (Fenner 2020: 42). Zum ethisch normativen Prinzip oder Konzept wird er erst „durch die nähere Konkretisierung, wer für welche kausalen Folgen seines Handelns unter welchen ethischen Bewertungsmaßstäben verantwortlich sein soll" (ebd.). In dieser Studie bezieht sich der Verantwortungsbegriff auf ökologische und/oder fair-soziale Produktionskonzepte, was nicht generalisierend gilt (siehe zum Verantwortungsbegriff auch die Fußnote 68 auf Seite 227).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entscheidend ist, dass alle Akteure die freie Entscheidungsfindung eines jeden Einzelnen als wichtig erachten. *Einfluss ausüben* oder *andere beeinflussen wollen* bezieht sich damit auf kein Einfluss-Verständnis Luhmanns, wonach *Einfluss* ein *„Zugewinn* an Macht" (Luhmann 2002: 39, H. I. O.) darstellt und auf kollektiv bindende Entscheidungen abzielt. *Einfluss ausüben* oder *andere beeinflussen wollen* bedeutet, die Meinungen anderer und ihre Entscheidungen weitestgehend zu akzeptieren, sofern sie demokratisch vertretbar sind. Es geht, im Sinne Arendts, um die Akzeptanz des anderen basierend auf der Prämisse Pluralität, oder in Rekurs auf Kant, um die Selbstverpflichtung des Subjekts. Auf die unterschiedlichen Einfluss- und Beeinflussungsstrategien wird in den jeweiligen Typen näher eingegangen.

Netzwerkbildung: Diese Kategorie gibt Aufschluss über die Einbindung in kollektive Strukturen, die sich auf die Arbeit oder das gesellschaftliche Engagement beziehen. Zwei Tendenzen waren im Datenmaterial erkennbar: Zum einen dienen Netzwerke der Unterstützung von Arbeitsleistungen; es geht um Arbeitsstrategien und inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Zum anderen stehen inhaltliche Vertiefungen und Mobilisierungen im Vordergrund. Diejenigen, die einen Nachhaltigkeitsansatz verfolgen, besuchen auch regelmäßig Netzwerktreffen oder Veranstaltungen, um dort auf andere Expertinnen und Experten zu treffen. Teils halten sie dort Vorträge. Man will sich informieren, andere informieren und mobilisieren. In der Regel sind die Netzwerke lose organisiert. Das trifft auf nahezu alle Produktionstypen zu. Oft ist der eigene Freundes- oder Bekanntenkreis auch Teil des Netzwerkes, auch verschwimmen die Grenzen zwischen Netzwerk und Kundenkreis. Die Netzwerke setzen weder feste Regeln noch institutionalisierte Strukturen voraus.

Selbstverständnis als politischer Akteur: Diese Kategorie ließ sich aus dem Abschnitt „Arbeit und Politik" des Leitfadens bestimmen. Von Interesse war hier, ob die Akteure ihr Handeln als politisch verstehen und welches Selbstverständnis sie von sich als Akteur haben. Diese Kategorie knüpft an die Kategorien *Gesellschaftskritik*, *Einfluss und Beeinflussung* sowie an *Verantwortung* und *Produktionskriterien* an. Sie stellt in gewisser Weise eine Vertiefung zur Frage dar, ob die Akteure politische Ziele in Arbeitsprozessen verfolgen. Gefragt wurde überdies nach dem möglichen Interesse an Politik und politischen Themenfeldern. Daraus ließen sich wiederum Schlüsse zum politischen Kompetenzgefühl der Akteure ziehen, auch konnten Positionen zur Politik und zu Parteien herausgearbeitet werden. Letzteres ließ wiederum Rückschlüsse auf die politische Responsivität zu.

Politische Ziele und Strategien: Diese Kategorie knüpft an die des „Selbstverständnisses als politischer Akteur" an. Zentrale Frage war, ob politische Ziele und/oder Strategien durch entsprechende Aussagen im Datenmaterial zu erkennen waren: Sind die Akteure politisch aktiv? Sind sie in einer Partei, in einem Verein, in einer Organisation oder Gewerkschaft engagiert oder organisiert? Wenn ja, mit welchem Ziel? Wenn nein, was sind die Gründe dafür? Hier galt es zu überprüfen, ob diejenigen, die sich als politisch verstehen (oder als politische Akteure verstanden werden können), auch politische Ziele verfolgen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Subjektivierung von Arbeit: Diese Kategorie ist, wie bereits dargelegt, im Grunde theoretisches Material. Sie wird an dieser Stelle aber als Kategorie aufgeführt, weil die zentrale Frage dieser Studie auf Subjektivierungsprozesse abzielt und sich alle anderen Kategorien darauf beziehen lassen. Zu erkennen war, dass nahezu alle Befragten eigene Bedürfnissen über Arbeitsprozesse formulieren: Die Befragten identifizieren sich in hohem Maße mit ihrer Arbeit und dem Produkt. Bei einigen verbindet sich der Anspruch an gute Arbeit zusätzlich mit ethisch-ökologischen oder fair-sozialen Zielsetzungen. In den seltensten Fällen erleben die Befragten das Selbstherstellen jedoch als subjektive Überforderung, wenngleich das nicht bedeutet, dass sie keinen gesamtgesellschaftlichen Anforderungen nachkommen, da ein konsumkritischer Käuferkreis ökologische oder fairsoziale Produkte verlangt.

Entgrenzung von Arbeit: Die Arbeitsformen des Selbstherstellens lassen sich insgesamt als Atypisierung von Arbeit verstehen. Klare Zeitgrenzen und Zeitmuster, räumliche Grenzen, aber auch klare Arbeitsrollen und Grenzen zwischen Privatem und Beruflichem verschwimmen. In den allermeisten Fällen handelt es sich hierbei um Übergänge von der Freizeitgestaltung hin zur monetären Unternehmung, meist bleibt das Selbstherstellen jedoch eine Form der Mehrfachbeschäftigung. Die Arbeit nimmt insgesamt viel Platz im Leben der Akteure ein. Zum einen liegt das daran, dass die Übergänge von einzelnen Arbeitsformen fließend sind. Zum anderen verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeitshandeln und Privatem, bei den politischen Akteuren auch zu politischem Engagement. Entgrenzung bedeutet damit, dass die Grenzen von Arbeit, Herstellen und Handeln fließend sind: Das Politische reduziert sich weder auf einen eindeutig identifizierbaren Bereich, noch ist das Selbstherstellen nur eine Form der Arbeit.

Subjektivierung des Politischen: Diese Kategorie beschreibt zum einen das subjektive Erleben, Empfinden und Handeln in Bezug auf gesellschaftspolitische Vorstellungen, zum anderen das Verhältnis gegenüber der Politik und politischen Institutionen. Deutlich wurde im Forschungsverlauf, dass die Akteure den Anspruch erheben, sich neue Handlungsspielräume über ihr Arbeitshandeln zu erschließen – zum Teil werden diese Spielräume eingefordert und gehen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen einher (Produktionstyp 3). Während viele der Motive in Anlehnung an Alfred Schütz als „Weil-Motive" verstanden werden können, da soziale Handlungen auf frühere Abfolgen zurückzuführen sind, deuten die Handlungen, die auf unternehmerische und politische Motive verweisen, vorrangig auf „Um-zu-Motive" hin. Wie bereits dargelegt, verkörpern „Um-zu-Motive" die Absicht, „in der Zukunft ein gewisses Ziel zu erreichen" (Münch 2002: 201).

Zwei Ebenen konnten hierzu unterschieden werden: Zum einen ließ sich eine intrasubjektive Ebene auf der Mikroebene bestimmen. Hiermit sind die intraindividuellen Kontextbedingungen des Subjekts und das soziale Handeln gemeint. Zentrale Frage war, welche Ziele die Akteure in Arbeitsprozessen verfolgen. Davon ließ sich die intersubjektive Ebene unterscheiden, die auf das soziale Bindegefüge, sprich auf die Einbindung der Individuen in soziale Netzwerke, Parteien, Vereine oder Organisationen etc. verweist. Zum Schluss konnte dazu eine Makroperspektive gebildet werden. Hier stellte sich die Frage, in welchem Rahmen sich intra- und intersubjektive Subjektivierungen vollziehen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entgrenzung des Politischen: Diese Kategorie knüpft an das theoretische Material zur Subjektivierung von Arbeit und des Politischen an. Sie ist eng mit der Kategorie *Gesellschaftskritik* verknüpft. Prozesse der Entgrenzung des Politischen deuten in erster Linie auf die Auflösung einst klar formalisierter Strukturen und Arenen des Politischen hin. Maßgeblichen Einfluss darauf haben drei Dinge: Erstens entgrenzen Zeitmuster die Arbeit, was wiederum Einfluss auf die Zeitstrukturen von gesellschaftlichem Engagement hat (Frage: Wie viel Zeit bleibt für politisches oder gesellschaftliches Engagement neben der Arbeit?). Zweitens wird Arbeit und das Private entgrenzt (Frage: Zeigen sich politische Perspektiven im Privatbereich oder im Arbeitskontext?). Drittens verschwimmen räumliche Grenzen durch neue Möglichkeiten der mobilen Mitbestimmung oder über Partizipationsmöglichkeiten im Netz (Beispiel: Crowdfunding als ‚Mobilisierung für eine Sache'). *Entgrenzung des Politischen* beschreibt damit insgesamt strukturelle Veränderungen des Politischen.

Typenbildung

Wie konnten aus den Kategorien und Konzepten entsprechende Typen[23] gebildet werden? In Anlehnung an Kelle/Kluge lassen sich vier Stufen und Schritte der Typenbildung anführen (vgl. Kelle/Kluge 2010: 91f.), nach denen in dieser Studie vorgegangen wurde: In einem ersten Schritt ging es um die *„Erarbeitung relevanter Vergleichsdimensionen"* – im Zentrum stand die Herausarbeitung von Merkmalen und Unterscheidungen aufgrund der Kodierung des qualitativen Datenmaterials, um gewonnene Kodes, Kategorien und Subkategorien zu systematisieren. In einem zweiten Schritt wurde die *„Gruppierung der Fälle und Analyse empirischer Regelmäßigkeiten"* vorgenommen (ebd.: 91, H. i. O.). Das heißt, die Fälle wurden hinsichtlich empirischer Regelmäßigkeiten untersucht und im Sinne von „Fallkontrastierungen" miteinander verglichen. Drittens ging es um die *„Analyse inhaltlicher Sinnzusammenhänge"* (ebd.). Hierzu wurden Gruppen und Merkmalskombinationen auf nur wenige Typen reduziert. Viertens wurden die gebildeten Typen charakterisiert und daraufhin miteinander verglichen.[24] Insgesamt ließen sich darüber drei zentrale Typen bestimmen, die im Folgenden Produktions- bzw. Herstellungstypen genannt werden und die jeweils drei weitere Subtypen subsumieren. Die drei zentralen Typen sind die *produktionsorientierten*, *ethischen* und *politischen Selbstthersteller*innen*. Zur Herausbildung dieser Typen bedurfte es allerdings mehrerer Zwischenschritte: Zunächst war es

23 Im Folgenden wird von „Typ" anstelle eines „Typus" gesprochen. Die Unterscheidung von „Typ" und „Typus" ist in der empirischen Sozialforschung allerdings nicht trennscharf (vgl. Kelle/Kluge 2010: 83ff.), wobei mit dem Begriff „Typus" meist die „gebildeten Teil- oder Untergruppen" bezeichnet werden, „die gemeinsame Eigenschaften aufweisen und anhand der spezifischen Konstellation dieser Eigenschaften beschrieben und charakterisiert werden können" (ebd.: 83) – im Zentrum stehen entsprechende „Merkmalskombinationen" (Kluge 1999: 85). Zudem verweist der Typusbegriff auf das „Generelle und Abstrakte" (ebd.: 87). Darum eignet sich der Begriff Typ für diese Studie besser, weil er möglichst klare Unterschiede geltend macht.

24 Typen sind als keine geschlossenen Einheiten zu verstehen. Sie sind „Ausschnitte der Wirklichkeit unter zuvor definierten Gesichtspunkten" (Kluge 1999: 24). Das bedeutet, dass es im Folgenden zu Überlappungen einzelner Typen kommt. Auch gibt es Fälle, die sich sowohl in den einen als auch in den anderen Typ eingruppieren lassen. Die Grenzfälle und Überläufer werden an den entsprechenden Stellen näher erläutert.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wichtig, die Fälle nicht zu streng nach klar abgrenzbaren Kriterien zu gruppieren, da sich Überschneidungen zeigten. Zugleich brauchte es klare Unterscheidungsmerkmale, um den jeweiligen Typ zu charakterisieren.

Wie wurde vorgegangen? Zunächst wurden zwei zentrale Ebenen voneinander unterschieden – die „Ebene des Typus" von der „Ebene der Typologie". Über erstere wurde nach „*Gemeinsamkeiten* aller Elemente dieses einen Typus" gesucht (Kluge 1999: 28, H. i. O.), über die zweite Ebene sollte eine „Abgrenzung zwischen den einzelnen Typen" geschaffen werden. Bei letzterem ging es um das Herausstellen von Differenzen, um eine „möglichst hohe externe Heterogenität" zu erzeugen (ebd.). In der Gesamtheit wurden durch beide Verfahren sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten herausgearbeitet.[25]

Zunächst schien es allerdings sinnvoll, und notwendig, die Produktionstypen nur nach Arbeitsform(en) und dem Erwerbsstatus zu unterscheiden: Ist das Selbstherstellen ein Hobby, Nebenerwerb oder die hauptberufliche Tätigkeit? Die Klärung dieser Frage war vorab wichtig, um das Feld der Arbeitsformen nach den Zielsetzungen der Akteure zu strukturieren, um es im Anschluss mit möglichen Aussagen zu gesellschaftspolitischen Zielen in Verbindung zu setzen. Folgende drei Produktionstypen können unterschieden werden:

1. *Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen*
2. *Teilzeit-Unternehmer*innen*
3. *Vollzeit-Unternehmer*innen*

Der Typ *Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in* umfasst diejenigen Akteure, die Produkte in ihrer Freizeit oder in Form eines Hobbys selbst herstellen. Inbegriffen sind zudem diejenigen, die sich bereits im Studium (Modedesign o.ä.) befinden oder nebenher erste Prototypen anfertigen. Da sich die Akteure im Spannungsfeld von Gestaltungsprozessen neben der Erwerbsarbeit und neuen Unternehmensformen bewegen[26], wurde das Begriffspaar *Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in* gewählt.

Der zweite Produktionstyp, der/die *Teilzeit-Unternehmer*in*, ist bereits Erwerbstyp. Im Gegensatz zum *Hobbybastler-*/zur *Freizeitgestalter*in* stellt dieser bereits eigene Produkte nebenberuflich her. Seinen Haupterwerb erzielt er aber anderweitig. Die Übergänge zu den *Vollzeit-Unternehmer*innen* sind zudem fließend, oft liegt auch eine Mehrfachbeschäftigung vor. Die *Teilzeit-Unternehmer*innen* stellen sich meist ab einem gewissen Punkt die Frage, ob sich die Produktion hauptberuflich umsetzen lässt. Die *Vollzeit-*

25 Damit wurden prototypische Fälle teils sogar bewusst ‚konstruiert', um eine empirische Gegenevidenz zu erzeugen und Abgrenzungen zu anderen Typen kenntlich zu machen (vgl. Kelle/Kluge 2010: 43ff.; Kluge 1999: 61ff.). Darüber konnten wiederum Unterscheidungen sichtbar werden, die den jeweiligen anderen Typ charakterisieren. Dazu sollte die Typologie auf der Ebene der Typen *maximal intern homogen* sein, auf der Ebene der Typologie *maximal extern heterogen* (vgl. Kelle/Kluge 2010: 83ff.). An einigen Stellen war es sogar hilfreich, sogenannte *„idealtypisch[e] Konstrukte"* in Anlehnung an den Weberschen „Idealtypus" zu bilden (ebd.: 105, H. i. O.), was im Folgenden an entsprechenden Stellen deutlich gemacht wird.

26 Das Wort Bastler*in wurde allerdings von keinem der Akteure des Samples als Selbstzuschreibung oder Beschreibung der eigenen Arbeit verwendet.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

*Unternehmer*innen* (Typ 3) charakterisieren dagegen Erwerbstypen in Vollzeit. Das heißt nicht, dass sie von ihren Einnahmen (angemessen) leben können, wenngleich das meist ein mittel- bis langfristiges Ziel ist. Vielmehr sind auch hier die Grenzen von *Teilzeit-* zu *Vollzeit-Unternehmer*innen* fließend. Auch finden sich in dieser Gruppe sowohl Akteure, die sich Praxiswissen informell (selbst) aneignen, als auch welche, die ihr Wissen über ein Studium oder eine andere formale Qualifikation erworben haben.

Die Einteilung in die drei unterscheidbaren Produktionstypen gab allerdings noch keinen Hinweis darauf, ob politische Zielsetzungen in Produktionsprozessen verfolgt werden. Dazu bedurfte es der Herausbildung drei weiterer Typen, die bereits angeführt wurden. Diese sind:

1. *die produktionsorientierten Selbstherstellter*innen*
2. *die ethischen Selbstherstellter*innen*
3. *die politischen Selbstherstellter*innen*

Bei den *produktionsorientierten Selbstherstellter*innen* (Typ 1) stehen der Produktionsprozess und das Produkt im Vordergrund. Diese Produktionstypen verkörpern eine doppelte Vergegenständlichung von Arbeit im Sinne Marx': zum einen bezogen auf die Arbeit (Produktion), zum anderen in Bezug auf das Produkt (vgl. Kapitel 4.1.3). Sinnkontexte sind handlungsleitend. Subjektivierungsprozesse bilden die normative Ebene der Subjektivierung nach Baethge (1991) ab.[27] Arbeitsinhaltliche Zielsetzungen (Themenschwerpunkte, die über Arbeit gesetzt werden) sind allerdings sekundär oder gar nicht existent. Auch bilden sich Qualitätsansprüche – nach Hannah Arendt das Bleibende und Dauerhafte von Produkten (vgl. Kapitel 4.1.2) – erst heraus, wenn die Produktion unternehmerisch angegangen wird. Das Bleibende lässt sich damit im doppelten Sinne verstehen: zum einen als Vergegenständlichung des Subjekts – man möchte sich über ein Produkt vergegenständlichen und darüber etwas von sich weitergeben. Zum anderen soll das Produkt etwas Bleibendes schaffen und hinterlassen; es soll für Haltbarkeit und Langlebigkeit stehen und keine Massenware sein. In der Gesamtheit verfolgt dieser Produktionstyp das Ziel, ein Produkt herzustellen, das eigenen Vorstellungen entspricht. Es geht im Sinne Richard Sennetts um eine „handwerkliche Orientierung" (Sennett 2009: 32) als „Arbeit um ihrer selbst willen" (ebd.: 19).

Der zweite Produktionstyp, der *ethische Selbstherstellter/die ethische Selbstherstellerin*, hebt die Produktverkörperung auf eine nächste Stufe: In den Vordergrund rücken ethische Standards. *Ethisch* bezieht sich hier auf das Spannungsfeld von ökologischen und fair-sozialen[28] Produktionskriterien und das heißt auch, dass sich der normative Sinnanspruch nach Baethge (1991) mit einer ökologischen und sozialverantwortlichen Ebene verbindet: Es geht um die „Herstellung eines Gleichgewichts zwischen uns und

27 Siehe zur Vertiefung der verschiedenen Subjektivierungsformen das einleitende Kapitel 2.3.

28 Das Fair-Soziale wurde eingangs als Prozess des sozialverantwortlichen Arbeitshandelns verstanden, das über das reine ökologische Handeln hinausgeht: Gemeint sind mögliche Kooperationen, die im Arbeitskontext zustande kommen (mit sozialen Einrichtungen, politischen Initiativen etc.). Das Fair-Soziale kann sich aber auch auf faire Vergütungen, das Voranstellen von Lieferkettentransparenz oder die Auswahl von Materialien beziehen, die nicht nur ökologieverträglich sind, sondern auf fairen Arbeitsbeziehungen basieren.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

den Ressourcen der Erde" (Sennett 2009: 24). Allerdings resultieren daraus keine unmittelbaren politischen Anspruchshaltungen oder Forderungen, die an Außenstehende adressiert werden.

Letzteres vollzieht sich erst beim dritten Produktionstyp, dem *politischen Selbstherstellers/der politischen Selbstherstellerin*. Dieser Typ verknüpft gesellschaftspolitische Zielsetzungen mit politischen Forderungen. Der politische Akteur will in der Gesellschaft Grundlegendes verändern und versteht seine Arbeit als Form der gesellschaftspolitischen Interaktion – Ziel ist es, auf „Regelungen des Zusammenlebens" hinzuwirken, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen" (Meyer 2006: 47). Das heißt nicht, dass sie verbindlich sind. Es bedeutet nur, dass sich die normative Perspektive der Subjektivierung mit einem gesellschaftspolitischen Anspruch (*reklamierende* als *politische* Subjektivierung) verbindet – in den Vordergrund treten „sinnhafte Prozesse der (individuellen und kollektiven) Deutung" (Kleemann et al. 2003: 90), die auf eine politische Perspektive hindeuten. Die *normative* Subjektivierung ist damit zugleich eine *aktive* – eine Aktivierung für gesellschaftliche Belange.

Im nächsten Schritt wird im Sinne der Erkenntnisgewinnung dargelegt, wie sich ein entsprechender politischer Produktionstyp bestimmen lassen kann. Wie eingangs angeführt, wurde das, was als politisch gelten kann, nicht im Vorfeld definiert. Es ist in Anlehnung an das Datenmaterial entwickelt worden. Drei Fragen galt es dazu zu klären: Wie lässt sich ein Selbstverständnis des politischen Akteurs bestimmen? Ab wann kann eine soziale Handlung als politisch intendiert gelten und ab wann kann von politischem Handeln gesprochen werden? Und wie grenzt sich politisches Handeln von ethischem Handeln ab?[29]

6.1.5 Wie lässt sich das Selbstverständnis als politischer Akteur bestimmen?

Ein „Selbstverständnis als politischer Akteur" gilt in der Politikwissenschaft als „grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger [..] mit politischen Vorgängen beschäftigen und politisch handeln" (Massing 2012: 264). Das Selbstverständnis als politischer Akteur wird in der empirischen Sozialforschung bislang in Form dreier Konzepte untersucht (vgl. ebd; siehe auch Niedermayer 2005: 20ff.): anhand des politischen Wissens, des politischen Interesses und politischen Selbstbewusstseins.

Allerdings wird das Selbstverständnis als politischer Akteur bislang rein standardisiert erhoben, wodurch sich das Wissen auf rein situative Zuordnungen zu einem Themenfeld bezieht, das durch die Umfrage als solches erst zu einem politischen Thema werden kann.[30] Auch wird in den Umfragen nur dasjenige Wissen abgefragt, welches sich

29 Zu jedem dieser Typen lassen sich zusätzlich weitere Untertypen zuordnen, da in dieser Typologie noch keine Unterscheidungen nach den drei zuvor benannten Arbeits-/Erwerbsformen (Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in, Teilzeit-Unternehmer*in sowie Vollzeit-Unternehmer*in) vorgenommen worden sind.

30 Urban/Mayerl verdeutlichen dieses Problem am Beispiel der politischen Einstellungsforschung, wonach Einstellungen oft erst „durch die Messung" aufgrund von Aussagen zu politischen Sachthemen werden (Urban/Mayerl 2013: 260). Die Herausbildung „von intraindividuell zentralen und stabilen politischen Einstellungen" wäre darum eher „als Ausnahme denn als Regel der personalen kognitiven Verarbeitung von politischen Themen" zu verstehen (ebd.: 261).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

direkt auf politikformalistische Fragestellungen (Parteien und die institutionelle Politik sowie darauf bezogene Sachverhalte etc.) bezieht – und das gilt auch für das politische Interesse. Folglich ist das „Selbstverständnis als politischer Akteur" an ein *enges* Politikverständnis angelehnt. Ein mögliches gesellschaftspolitisches Wissen oder Interesse, das sich fernab davon bewegt (z.B. die mögliche politische Dimensionierung kreislauffähiger Produktionsverfahren etc.), gerät in den Hintergrund. Darum wurde in dieser Studie zusätzlich Raum für jenes Wissen gelassen, das sich fernab eines klassischen Politikverständnisses als politikspezifisches Wissens verstehen lassen kann.

Politisches Wissen:

Zum politischen Wissen der Bürger existierte lange „keine Forschungstradition mit empirischen Ergebnissen" (Niedermayer 2005: 20). Das politische Wissen wird in der Politikwissenschaft bis heute über sogenannte Items als „Faktenwissen bzw. deklaratives Wissen" abgefragt (Westle/Tausendpfund 2019: 6). Allerdings gibt es keinen übergeordneten „Kanon an Fragen", der eine Vergleichbarkeit zulässt (Bathelt et al. 2016: 184). Auch schwankt das Wissensniveau der Deutschen über die Jahre hinweg schwer (vgl. ebd.). Studien belegen allerdings, dass die Verteilung von politischem Wissen im Aggregat über die Jahre trotz gesellschaftlichem Strukturwandel „relativ stabil verteilt" ist (ebd.: 182).[31] Insgesamt lässt sich sagen, dass die „Determinanten politischer Kenntnisstände […] multikausal" sind. Die Trias aus „Fähigkeiten, Motivationen und Möglichkeiten" stellt eine „Vielzahl möglicher Prädikatoren" dar (ebd.: 201), wobei im Bereich individueller Fähigkeiten bislang die Bildung und das Geschlecht von zentraler Bedeutung sind, „während sich unter politischer Motivation das Interesse und die subjektive Kompetenz als zentral für den Erwerb politischen Wissen[s] erwiesen haben" (ebd.).

Angemerkt werden muss allerdings, dass das „politische Wissen" in den Interviews dieser Studie in der Form nicht abgefragt werden konnte. Das lag schon daran, dass die ersten Pretests ergaben, dass eine Thematisierung politischer Sachverhalte in den Interviews für viele befremdlich wirkte. So gaben nicht wenige zu erkennen, dass sie weder sich noch ihre Arbeit als politisch verstehen. Nachfragen und entsprechende Vertiefungen wirkten dementsprechend gekünstelt und waren nur dann sinnvoll, wenn die Befragten selbst den Anstoß zu politischen Themen gaben. Das heißt, dass zum Einfluss eines politikformalistischen Wissens auf das „Selbstverständnis des politischen Akteurs" in dieser Studie keine eindeutigen Schlüsse gezogen werden können. Gleichwohl zeugten viele Aussagen von einem detaillierten und teils fundiertem Wissen, das sich auf „die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema" (van Deth/Zorell 2020: 398) bezieht. Damit lässt sich durchaus ein kausaler Zusammenhang von politischem Interesse, politischem Selbstbewusstsein und einem „Selbstverständnis als politischer Akteur"

31 Während der politische Kenntnisstand der Deutschen in den ersten beiden Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik „ausgehend von einem niedrigen Niveau deutlich angewachsen war", fiel er zunächst in den 1980/90er Jahre wieder ab, ehe seit den 1990er Jahren wieder ein „leichter Aufwärtstrend" folgte (Bathelt et al. 2016: 184).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

erkennen, wenngleich das Selbstverständnis nicht das ist, was die Politikwissenschaft darunter im engen Sinne versteht.[32]

Politisches Interesse:

Nach Niedermayer ist ein „gewisses Interesse der Bürger an Politik" eine „notwendige Voraussetzung der Funktionsfähigkeit demokratischer politischer Systeme" (Niedermayer 2005: 20; siehe auch Pickel 2012: 40). Bei der Analyse des politischen Interesses unterscheidet er in Anlehnung an van Deth (2000) zwei zentrale Aspekte: a.) das „subjektive politische Interesse" von b.) der „persönliche[n] Bedeutung der Politik" (Niedermayer 2005: 20).[33] Während das subjektive politische Interesse für das „Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird", steht, zielt die persönliche Bedeutung der Politik auf „das relative Gewicht, das politische Angelegenheiten im Vergleich zu anderen Lebensbereichen haben", ab (Niedermayer 2005: 20; siehe auch Massing 2012: 264).[34] Massing fügt den Aspekten des politischen Interesses noch einen dritten Punkt hinzu, und zwar das „Streben, die Merkmale des Gegenstandsbereichs Politik vollständig zu explorieren, was mit Wissenserwerb und Erkenntnisgewinnung verbunden ist" (Massing 2012: 264).[35] Insgesamt zeigen die Befunde, dass das politische Interesse bis heute „stark mit dem Bildungsgrad und der subjektiv empfundenen Schichtzugehörigkeit"

32 Angemerkt werden muss, dass das Wissen in der politikwissenschaftlichen Policy-Analyse seit Mitte der 1990er Jahre auch anders verstanden wird: Es wird – durch die interpretative und argumentative Wende beeinflusst – auch „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen im Rahmen neuer Netzwerke" analysiert (Münch 2016: V). Wie einleitend erwähnt (siehe Kapitel 3.2), steht dazu das Argument im Vordergrund, dass „Politikverläufe nicht mehr nur aus Nutzenmaximierungskalkülen erklärt oder als rationale Problemlösung verklärt" werden, „sondern [..] sprachlich vermittelte und geprägte Interpretationsprozesse und Interpretationskämpfe" sind. Auch Kenner, Netzwerke und Gremien sind dadurch in den Blick geraten, die Wissen von außerhalb an die Politik herantragen (vgl. Fischer 1997: 264f.; Rüb/Straßheim 2012: 384f.). Allerdings hatte die interpretative Policy-Analyse keinen nennenswerten Einfluss auf das hier dargelegte politische Wissen im Konzept des „Selbstverständnis des politischen Akteurs".

33 Beide Aspekte müssen Niedermayer zufolge nicht zwangsläufig positiv miteinander korrelieren, „d.h. wenn Politik bei einem Individuum Neugier hervorruft, muss sie nicht unbedingt auch große Bedeutung in seinem Leben haben" (Niedermayer 2005: 20f.).

34 Wie Katja Neller herausgearbeitet hat, taucht das politische Interesse in der Politikwissenschaft „unter verschiedenen Begriffen und in verschiedenen Kontexten auf" (Neller 2002: 489) – so etwa als „System der kognitiven Orientierungen", als „‚Aufmerksamkeit' gegenüber politischen Geschehnissen" (*politische Involvierung*), als „Ausmaß an bewusster Beschäftigung mit Politik" (*Political Awareness*), als „individuelle Einschätzung der Bedeutung von Politik" (*Political Saliency*) sowie als „Neugier" oder als „Political Sophistication" im Sinne einer „Fähigkeit zur strukturierten Aufnahme und Verarbeitung politischer Informationen" (ebd.). Die am häufigsten verwendete Form sei jedoch das subjektive politische Interesse, bei dem die Befragten die Stärke ihres politischen Interesses einschätzen sollen (vgl. ebd., siehe weiterführend dazu Lange et al. 2013; van Deth 2013b; Bathelt et al. 2016: 188; Onken/Lange 2018).

35 Im Grunde führt Massing darüber das politische Wissen mit dem politischen Interesse zusammen. Er betont, dass das politische Interesse „kein stabiles Persönlichkeitsmerkmal", sondern ein „subjektiver Aktivierungszustand" sei, „der variiert mit biografischen Phasen und situationsspezifisch im Zusammenhang mit äußeren politischen Ereignissen steht" (Massing 2012: 265).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

korrespondiert (Pickel 2018: 176). Auch führt es zu einer „größeren politischen Handlungsbereitschaft" (Massing 2012: 264).[36]

Die Ergebnisse dieser Studie demonstrieren allerdings, dass weder von einem klaren subjektiven politischen Interesse noch von einer persönlichen Bedeutung der Politik im Verständnis der politikwissenschaftlichen Forschung gesprochen werden kann. Beides lehnt sich an ein Politikverständnis an, das sich auf die institutionelle Seite der Politik bezieht (vgl. Niedermayer 2005: 20). Gleichwohl zeigten sich viele Befragte – vor allem die *ethischen* und *politischen* Typen – gesellschaftspolitisch interessiert. Dieses Interesse zeugt jedoch von keiner „Neugier, das der Politik entgegengebracht wird" (ebd.). Es bezieht sich auf die bereits genannte „Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema" (van Deth/Zorell 2020: 398). Ökologische Themen und Lösungsansätze stehen hierbei im Vordergrund. Das politische Interesse bezieht sich damit auf keine Parteienpolitik o.ä. Es richtet sich auf gesellschaftliche Problemlagen, die das eigene Leben und die Arbeitswelt tangieren, wenngleich man diskutieren kann, ob es sich hierbei um ein politisches Interesse handelt.

Politisches Selbstbewusstsein:

Der dritte Baustein im Konzept des „Selbstverständnisses als politischer Akteur" ist das politische Selbstbewusstsein. In der Forschung wird es meist mit einem „staatsbürgerlichen Selbstbewusstsein" (‚sense of political efficacy') in Verbindung gebracht. Gemeint ist, dass zu einer „modernen Staatsbürgerrolle" ein „gewisses Maß an staatsbürgerlichem Selbstbewusstsein gehört" (Niedermayer 2005: 29ff.). Angewendet wird das Konzept in der empirischen Sozialforschung bereits seit den 1950er Jahren (ebd.; siehe auch Vetter 2002: 379f.). Zur Messung wurden in Umfragen anfänglich immer jeweils vier Aussagen ausgewertet, die gleichermaßen die Aspekte Wählen, Einfluss, Durchschaubarkeit und Responsivität zum Gegenstand hatten.[37] Zu betonen ist allerdings, dass die vier Dimensionen[38] auf zwei wesentliche reduziert werden können: auf das politische Kompetenz- und Responsivitätsgefühl (vgl. Balch 1974; Vetter 2002: 379).

---

36 Wie Massing darlegt, erweist sich das politische Interesse zur Erklärung von politischem Handeln in komplexen Modellen sogar „als stärkster Prädikator" (Massing 2012: 264; vgl. auch Kuhn 2000: 30ff.). Auch gehen politische Mobilisierungswellen mit einer „Zunahme des politischen Interesses der jüngeren Generationen" einher (Hoffmann-Lange 2000: 46).

37 Die vier Dimensionen sind: 1. „Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut" (Wählen). 2. „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut" (Einfluss). 3. „Die ganze Politik ist manchmal so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht" (Durchschaubarkeit). 4. „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken" (Responsivität) (Niedermayer 2005: 29f.).

38 Wie Niedermayer darlegt, wurde anhand der vier zitierten Aussagen zum politischen Kompetenzgefühl zunächst das subjektive Gefühl der Bürger*innen gegenüber Regierung und Politik als politisches Selbstbewusstsein erfragt. Gemessen wurde, wie das subjektive Gefühl das Selbstbewusstsein als politischen Akteur beeinflusst. Seit Ende der 1960er Jahre wurden neben den ursprünglichen vier Aussagen zwei weitere hinzugenommen: 1. „Die Abgeordneten im (nationalen Parlament) verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk". 2. „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht" (vgl. Niedermayer 2005: 30).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

- Das *politische Kompetenzgefühl* wird auch als „interne Effektivität" bezeichnet (vgl. Balch 1974). Gemeint ist das Gefühl, „politische Probleme verstehen und beurteilen sowie auf Grund der eigenen Fähigkeiten auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können" (Massing 2012: 265; siehe auch Niedermayer 2005: 30; Bathelt et al. 2016: 188). Das Konzept geht im Wesentlichen auf Almond und Verba (1965) zurück, wonach zu einer Staatsbürgerkultur neben politischer Informiertheit und politischem Interesse ein hohes politisches Kompetenzgefühl gehört (vgl. Vetter 2002: 379; Niedermayer 2005: 29). Über die Jahre wurde das Konzept sukzessive erweitert.[39] So werden mittlerweile Faktoren wie „die Häufigkeit der Gespräche über Politik mit Eltern, Freunden, Schulkameraden und Kollegen" in den Ansatz integriert (Detjen et al. 2012: 96). Bis heute korrespondiert in den meisten empirischen Studien „eine hohe kognitive politische Mobilisierung mit höherer politischer Handlungsbereitschaft und mehr politischem Handeln" (ebd.). Vor allem der Faktor Bildung besitzt „wesentlichen Einfluss auf die Stärke des politischen Kompetenzgefühls" (Niedermayer 2005: 34).
- Das *politische Responsivitätsgefühl* gilt dagegen als „externe Effektivität".[40] Damit ist die „Einschätzung gemeint, dass die politischen Akteure verantwortlich und politischen Einflüssen zugänglich sind" (Massing 2012: 265; vgl. Bathelt et al. 2016: 188). Niedermayer beschreibt das politische Responsivitätsgefühl auch als „Überzeugung" der Bürger*innen, dass die politische Führungsschicht ihre Anliegen „ernst nimmt und in ihren Entscheidungen berücksichtigt" (Niedermayer 2005: 31). Das politische Responsivitätsgefühl ist in der alten Bundesrepublik bis Mitte der 1970er Jahre „angestiegen und ging in der Folge deutlich zurück" (ebd.). Insgesamt gilt, dass das politische Responsivitätsgefühl der Deutschen geringer ausfällt als ihr Kompetenzgefühl (vgl. ebd.: 34; Pickel 2018: 178).[41]

---

39 Der Ansatz des politischen Kompetenzgefühls wurde durch das „Konzept der kognitiven politischen Mobilisierung" erweitert (Detjen et al. 2012: 96). Gemeint ist hiermit, dass das politische Interesse, die politische Involviertheit und das kommunikative politische Handeln miteinander „verknüpft" sind. Insgesamt gilt ein hohes subjektives politisches Kompetenzgefühl als „zentrale Voraussetzung für politisches Handeln jeglicher Art" (ebd.).

40 Die hier dargelegte Unterteilung in politische Kompetenz („Internal Efficacy") und politische Responsivität („External Efficacy") wurde im Wesentlichen aus dem von Campbell et al. (1954, 1960) geprägten Konzept der „Political Efficacy" gebildet (vgl. Vetter 2002: 379). Balch (1974) hat schließlich in empirischer Hinsicht eine Dimensionierung in „Internal Efficacy" und „External Efficacy" vorgenommen (vgl. Niedermayer 2005: 30).

41 Nach Niedermayer haben sich die Durchschnittswerte lange „deutlich im negativen Bereich" bewegt und seit 1994 nicht verbessert. Nur ein verschwindend geringer Teil der Bürger (2 bis 3 Prozent) habe in hohem Maße das Gefühl, „dass die Parteien und Politiker den Interessen der Bürger gegenüber aufgeschlossen sind und sich responsiv verhalten" (Niedermayer 2005: 34). Auch neuere Untersuchungen zeigen, dass 72 Prozent der Bürger*innen meinen, Politiker*innen seien an den einfachen Leuten nicht interessiert. Nur 20,6 Prozent glauben an einen „effektiven Einfluss des Bürgers auf die Politik". 59,2 Prozent haben den Eindruck, „keinerlei Einfluss auf die Bundesregierung" zu haben, „obwohl die Hälfte der Deutschen sich für fähig hält, politische Probleme zu verstehen" (Pickel 2018: 178).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Auffällig ist, wie dargelegt, dass das politische Selbstbewusstsein in der Forschung in hohem Maße auf das direkte Verhältnis zwischen Bürger*innen und der Regierung zurückgeführt wird. So stellt Massing beispielsweise einen direkten Zusammenhang zwischen dem Gefühl her, „politische Probleme" verstehen und beurteilen zu können sowie den „eigenen Fähigkeiten", auf „die Politik" Einfluss zu nehmen (Massing 2012: 265). Auch Niedermayer sieht zwischen dem „subjektiven Verständnis politischer Probleme" und der „wahrgenommenen Einflussmöglichkeit auf die Politik aufgrund der eigenen Fähigkeit" einen kausalen Zusammenhang (Niedermayer 2005: 30). Grund dafür ist die Annahme, dass die Akzeptanz gegenüber politischen Entscheidungen seitens der Regierung dann höher ist, wenn sich Bürger*innen vertreten fühlen (vgl. Vetter 2002: 380). Denkt man diese Annahme zu Ende, könnte sich ein politisches Selbstbewusstsein allerdings erst herausformen, wenn das Individuum seine Einflussmöglichkeit auf die Politik sieht – umgekehrt ließe sich ein politisches Selbstbewusstsein nicht bestimmen, wenn sich Individuen im Sinne von Becks Subpolitik „*außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems" (Beck 1993: 162, H. I. O.) bewegen. Auch viele der eingangs angeführten *expressiven* Formen der Partizipation (vgl. Kapitel 3.2), wonach ethische oder moralische Standpunkte handlungsleitend sind, ohne sich direkt auf die Parteien beziehen zu müssen, wären auszunehmen.[42] Die Ergebnisse dieser Studie demonstrieren allerdings, dass die Befragten auf die „Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema" abzielen (van Deth/Zorell 2020: 398), um Einfluss auszuüben. Bezogen auf ein enges Verständnis von politischer Kompetenz wäre das Handeln somit vom Konzept der politischen Kompetenz auszunehmen, das sich an „politischen Problemen" (Massing 2012: 265) bemisst, die direkt an die Parteien adressiert sind. Die „wahrgenommene Einflussmöglichkeit auf die Politik" (Niedermayer 2005: 30) wird von den Befragten dieser Studie in der Regel aber als gering eingeschätzt oder gar nicht thematisiert. Gleiches gilt für die politische Responsivität. So macht ein Großteil der Akteure ‚die Politik' nicht mal für gesellschaftliche Zustände verantwortlich.[43] Gleichwohl fühlt sich ein Teil der Befragten politisch kompetent oder ihr Handeln lässt sich als politisch kompetent verstehen, wenn man politische Kompetenz auf ethisch-ökologische, fair-soziale Produktionsprozesse und entsprechende (politische) Fragestellungen bezieht (vgl. Kapitel 7.2.5). Darüber möchte ein

42 Was als eine generelle Schwachstelle in der politikwissenschaftlichen Forschung gelten kann, ist eine Weitung des Politikbegriffs einerseits, wonach die bereits angesprochenen *expressiven* Partizipationsformen als politisch gelten (vgl. Kapitel 3.2.). Andererseits wird unter Partizipation ein Repertoire an Aktivitäten verstanden, wonach Bürger*innen politische Entscheidungen beeinflussen. Wenn Menschen aber Grünflächen pflanzen oder nachhaltige Produkte kaufen – auch diese Formen fallen unter den weiten *expressiven* Partizipationsbegriff – kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie damit gleich politische Entscheidungen (bewusst) beeinflussen wollen. Gleichwohl fallen diese Handlungen unter den Partizipationsbegriff, der in der Summe die Beeinflussung politischer Entscheidungen zur Voraussetzung hat.

43 Die Ergebnisse spiegeln damit Befunde wider, wonach Bürger*innen selbstkritisch auf die Politik blicken (vgl. Pickel 2018: 180): So war im Jahr 2016 über die Hälfte der Deutschen (51,2 Prozent) der Meinung, dass Bürger*innen zu große Erwartungen an die Politik hätten. 47,8 Prozent glaubten, die Politik habe kaum noch Handlungsspielräume und der Einfluss der Verbände und Interessengruppen sei zu groß (75,4 Prozent). Nicht zuletzt gaben 32 Prozent an, die Darstellung von Politiker*innen in den Medien würde ihnen nicht gerecht (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Teil der Befragten politisch wirksam sein und versteht das eigene Handeln auch als politisch. Das nächste Kapitel wird sich darum dem Konzept des politischen Handelns widmen, das mit ähnlichen Problemen behaftet ist wie das Konzept des Selbstverständnisses als politischer Akteur. Aufbauend darauf soll ein *politischer* Produktionstyp bestimmt und das politische von ethischem Handeln unterschieden werden.

6.1.6 Was ist politisches Handeln und wie lässt es sich untersuchen?

Die Antwort auf die Frage, was politisches Handeln ist, ist mit mehr Problemen verbunden als sie welche löst. Denn wer hat zu entscheiden, ab wann etwas politisch ist? Eine Kategorisierung zum Politischen würde nicht nur Rortys antiessentialistischem Politikverständnis entgegenstehen, wonach das Politische nicht das ist, wozu es per Definition wird, sondern, was sich in der Praxis realisiert (vgl. Kapitel 4.3.2e). Es würde auch Aspekte der Kontingenz ausblenden, wonach die Folgen, und damit die Entschlüsselungen von Handlungsintentionen, nie vollständig vorweggenommen werden können. In der Konsequenz hieße das allerdings, keine politischen Typen anhand festgelegter Kriterien herausbilden zu können, weil sich Handeln nie vollständig typologisieren lassen kann. Die folgenden Einstufungen zum politischen Handeln, und darauffolgend zum *politischen Herstellertyp*, sind darum rein normativ. Sie sind als Vorschläge (auch für weitere Forschungsvorhaben) zu verstehen, um eine entsprechende Typisierung und Typologisierung vorzunehmen. Für diese Studie heißt das, dass sich nur ein Teil der Befragten als politisch im Sinne des im letzten Kapitel skizzierten *engen* Selbstverständnisses als politischen Akteur versteht. Eine solche Selbsteinschätzung sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob die Akteure als politisch gelten können. Denn was als politisch beabsichtigt wurde, muss nicht dementsprechend entschlüsselt werden. Und was als politisch seitens des Betrachters entschlüsselt wird, muss von den Akteuren nicht politisch beabsichtigt gewesen sein.

Anhand welcher Kriterien soll im Folgenden von politischem Handeln gesprochen werden? Ergebnis dieser Studie ist, dass ein nicht geringer Teil der Befragten gesellschaftlichen Einfluss über Arbeit haben will, sich aber nicht unmittelbar als politisch versteht. Selbst Forderungen, die aus dem Handeln resultieren, werden meist nicht an die Politik adressiert. Die Politik hat, um auf Bourdieus Begriff des politischen Feldes (2001) zurückzukommen, im politischen Feld kaum Gewicht – die Akteure appellieren an andere Herstellende, an Konsument*innen, die Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu legt ein Großteil Produktionsstandards fest, die sich auf ökologische und sonstige sozialverantwortliche Kriterien der Produktion beziehen (z. B. Kooperationen mit Integrationswerkstätten, faire Löhne für Mitarbeiter*innen etc.). Ab wann lässt sich ein solches Handeln dann als politisch verstehen? Zunächst wird politisches Handeln in der politikwissenschaftlichen Forschung unterschiedlich bestimmt, im Wesentlichen lassen sich jedoch zwei Richtungen unterscheiden (vgl. Buchstein 2012: 20ff; Detjen et al. 2012: 70): Auf der einen Seite lässt sich politisches Handeln in philosophischer Tradition aus der Unterscheidung von *Poiesis* (Herstellen) und *Praxis* (Tätigsein, Handeln) theoretisch herleiten, so etwa bei Aristoteles (2018 [1837]) oder Arendt (2013 [1958], 2015). Politisches Handeln zielt damit auf keine Überprüfbarkeit von Ergebnissen ab. Im Vordergrund steht die Intersubjektivität des Handelns, deren Wirkung sich erst im Anschluss entfaltet – und die

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich empirisch nicht untersuchen lassen kann. Auf der anderen Seite stehen Ansätze aus der Empirie im Zentrum, und dazu werden die Einstellungen der Bürger*innen und die Folgen des Handelns untersucht bzw. überprüft, wobei die Politikforschung ganz unterschiedliche Schablonen anlegt – mal wird bereits das kommunikative Handeln als politisch identifiziert, wenn sich darin politische Ziele verkörpern. An anderen Stellen gilt eine Handlung erst dann als politisch, wenn sie zur Durchsetzung von Zielen führt oder kollektiv bindende Entscheidungen zur Folge hat.

Ab wann kann und soll dann von politischem Handeln gesprochen werden? Diese Frage impliziert zunächst zwei Grundsatzfragen: Ab wann spricht man von Handeln? Wann ist etwas politisch? Die erste Frage zielt darauf ab, Handeln von Verhalten abzugrenzen (vgl. Habermas 1984: 13; Hitzler 2001: 43; Rosa 2012: 133). Die zweite wirft die Frage auf, ab wann etwas politisch ist und zieht im Grunde vier weitere Fragen nach sich: Erstens geht es darum, ob schon die Intention in Form einer politischen Zielsetzung als politisches Handeln verstanden werden kann oder ob erst der Ausgang der Handlung maßgeblich für politisches Handeln ist – das zielt auf die oben dargelegte Unterscheidung von Theorie und Empirie ab. Zweitens ist die Frage zentral, ob bereits kommunikatives Handeln oder der Versuch der Beeinflussung durch Kommunikation in Form von Gesprächen oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld eine politische Handlung darstellt – oder ob sich politisches Handeln immer auf kollektive Entscheidungsstrukturen beziehen muss, so zum Beispiel durch die Teilnahme an Wahlen, Protestformen, zivilem Ungehorsam o.ä. Drittens steht die Frage im Raum, ob Macht oder Herrschaft Voraussetzungen für politisches Handeln sind: Braucht es die Zustimmung eines Zweiten oder Dritten, die ggf. in Anlehnung an Max Weber „gegen Widerstreben" durchgesetzt werden muss, um von politischem Handeln sprechen zu können (Weber 1976 [1922]: 28)? Und viertens geht es darum, ob sich politisches Handeln immer auf einen kollektiven Willensbildungsprozess oder eine politische Ordnung beziehen sollte respektive müsste.

Zum ersten Punkt, ab wann von einer politischen Handlung oder von politischem Verhalten gesprochen werden kann, herrscht in der Forschung weitestgehend Einigkeit. So versteht Peter Massing politisches Handeln als die Form des menschlichen Handelns, das sich von Verhalten dann abgrenzt, wenn Handeln im Sinne Max Webers einen ‚subjektiven Sinn' hat. Handeln ist immer, im Gegensatz zum Verhalten, „intentional" und bezieht sich auf ein Objekt[44] (Massing 2012: 259f.). Auch Hartmut Rosa schließt hier an, indem er politisches Handeln strikt von Verhalten abgrenzt, da politisches Handeln eine „spezifische Form menschlichen Handelns" darstellt (Rosa 2012: 137, 2001: 26f.).[45] Im Gegensatz zu Massing hebt Rosa jedoch „starke politische Wertungen"[46] als Voraussetzung einer politischen Handlung hervor (ebd.). Andere Autoren wie Ronald Hitzler grenzen politisches Handeln nur indirekt von politischem Verhalten ab. So unterscheidet Hitzler

44 Massing unterscheidet hierzu „nicht soziale" von „soziale[n] Objekte[n]". Soziale Objekte sind für Massing Personen (vgl. Massing 2012: 260).

45 Hartmut Rosa zufolge ist „genuines politisches Handeln" bestimmt durch politische Werte, die zur Diskussion stellen, „was für eine Art von Person wir sein wollen", „was für eine Art von Gemeinwesen" wir haben und „in was für einer Gemeinschaft wir leben wollen" – und wie zugleich deren Strukturen beschaffen sein müssten (Rosa 2012: 137).

46 Starke politische Wertungen grenzt Rosa zugleich von religiösen und moralischen Wertungen ab; beides unterliegt Rosa zufolge „starken Wertungen" (Rosa 2001: 26).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

beispielsweise zwischen *protopolitischem* und *quasipolitischem* Handeln: Protopolitisches Handeln ist Hitzler zufolge zustimmungsbasiert und lässt sich von reinem Machthandeln unterscheiden (so zum Beispiel vom Handeln eines Politikers/einer Politikerin). Das Quasipolitische lässt sich dagegen aus dem alltäglichen Tun ableiten, indem man immer wieder in eine Situation kommt, um „politisch zu handeln" (Hitzler 2001: 43ff.).[47]

Weitaus strittiger wird in der Wissenschaft die zweite Frage diskutiert, ab wann eine Handlung politisch ist. Hier werden bis heute verschiedenste Aspekte beleuchtet und hervorgehoben, wobei es nicht gelungen ist, eine „elaborierte Theori[e] politischen Handelns" zu entwickeln – sieht man einmal von Rational-Choice-Modellen ab (vgl. Bluhm/Gebhardt 2001: 11). Dass es keine Theorie des politischen Handelns gibt, mag daran liegen, dass in der Forschung immer wieder verschiedene Ansätze aus Politikwissenschaft, Philosophie und Sozialwissenschaft, Pädagogik und Wirtschaftswissenschaft zusammenfließen und konkurrieren. Darum gibt es auch keine Antwort auf die Frage, auf welche Dimensionen sich politisches Handeln beziehen muss. In der Mehrheit wird politisches Handeln jedoch auf eine bewusst herbeigeführte intentionale Entscheidung zurückgeführt, die auf Motivation und Zielgerichtetheit basiert, so wie in den eben genannten Ansätzen von Hitzler (2001), Rosa (2001, 2012) oder Massing (2012). Allerdings wird in den Ansätzen die Wirksamkeit in der Folge wenig bis gar nicht betont. Es werden die Voraussetzungen und Kriterien zum Handeln benannt und beschrieben. Ungeklärt bleibt damit, ob die Wirksamkeit einer politischen Handlung eine Voraussetzung für politisches Handeln ist oder nicht. So ist für Buchstein eine politische Handlung erst dann gegeben, wenn eine „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes" die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" zur Folge hat (Buchstein 2012: 18). Autoren wie Detjen u.a. sehen die Wirksamkeit einer politischen Handlung zudem erst dann vollbracht, wenn politisches Handeln „sowohl subjektiv politisch gemeint als auch objektiv politisch wirksam ist" (Detjen et al. 2012: 68). Im Gegensatz zu Buchstein können für Detjen et al. bereits „Gespräche oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld" politisches Handeln sein – Detjen et al. sprechen in diesem Zusammenhang von „kommunikativem politischen Handeln" (ebd.: 65).[48]

47 Hitzler bezeichnet das Quasipolitische zwar nicht direkt als politisches Verhalten. Seine Beschreibungen kommen einem solchen Verständnis aber nahe, da dem quasipolitischen Handeln der subjektiv intendierte Sinn abgesprochen wird und als reaktives Verhaltensmoment gilt (was Hitzler jedoch als Handeln bezeichnet, vgl. Hitzler 2001: 43ff.).

48 Kommunikatives politisches Handeln grenzen Detjen et al. von „partizipativem politischen Handeln" ab. Damit ist eine Unterscheidung zu rein kommunikativem politischen Handeln als Ausdruck eines freiwilligen Handelns gemeint, „das von der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen über parteibezogene, gemeindewahlkampf- und politikerbezogene Aktivitäten, legalen Protest und zivilen Ungehorsam bis hin zur politischen Gewalt reichen kann" (Detjen et al. 2012: 65f.). In Anlehnung an Max Kaase (1997) argumentieren die Autoren, dass es Ziel des partizipativen Handelns sei, „Entscheidungen auf den Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen" (Kaase 1997: 160). Allerdings fehlen in dieser Betrachtung die *expressiven* Formen der Partizipation, wonach bereits ethische oder moralische Standpunkte als Formen der Partizipation gelten, wenn darauf basierend Entscheidungen getroffen werden (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Unklar bleibt bei der Definition von Detjen et al. jedoch, inwiefern Entscheidungen zusätzlich auf Zustimmungen anderer basieren und ggf. gegen den Willen anderer durchgesetzt werden müssen, um von politischem Handeln oder zumindest der Wirksamkeit einer politischen Handlung sprechen zu können – das zielt auf die eingangs gestellte dritte Frage ab, und sie charakterisiert das, was nach Max Weber das Politische ist, nämlich die „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht" (Weber 1976 [1922]: 28). Im Klartext geht es damit um die Frage, ob Macht oder Herrschaft[49] eine Voraussetzung für politisches Handeln sind: Ist politisches Handeln Herrschaftshandeln oder zumindest Ausdruck einer agonalen Streitkultur, auch im demokratischen Sinne, was die Gegnerschaft voraussetzt? Letzteres würde sich wiederum auf agonale radikaldemokratische Ansätze nach Laclau (1988, 1999a,b), Mouffe (2011, 2015, 2016), Laclau/Mouffe (2000) oder Žižek (2009) beziehen, wonach Demokratieentwicklung Widerstreit bedeutet. Auch Ronald Hitzler schließt hier an, erweitert aber die Perspektive. Für ihn ist politisches Handeln im weiten Sinne „*herrschaftsinteressiertes* Handeln" nach Max Weber (Hitzler 2001: 47, H. i. O.), das keine Zustimmung braucht. Gleichwohl grenzt er „protopolitisches Handeln" von reinem Machthandeln ab (ebd. 46): „Politisch" werde „protopolitisches Handeln" im „vollgültigen Sinn" dann, wenn es sich – in Anlehnung an Werner Josef Patzelt (1987: 235) – auf die „Herstellung, Gestaltung und Durchsetzung *allgemeiner Verbindlichkeit*" bezieht. Denn wer versuche, „wie auch immer die Zustimmung eines Zweiten zu erlangen", um „auf die Verbindlichkeit der Ordnung des Zusammenlebens von wem auch immer Einfluß zu nehmen, handelt [..] politisch" (Hitzler 2001: 48. H. I. O.).

Von herrschaftskategorialen Ansätzen ist man in der Forschung allerdings schrittweise abgerückt. Ein Teil der Ansätze zu politischem Handeln bezieht sich heute auf demokratietheoretische und kommunikative Aspekte, was nicht nicht zuletzt auf den Einfluss von Arendt und Habermas auf die Forschung zurückzuführen ist. Allerdings wird dabei meist die intentional zielgerichtete Handlungsform auf kollektive Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bezogen – das zielt wiederum auf Punkt vier der eingangs gestellten Fragen ab. So betont Massing, dass das Intentionale eine Voraussetzung für politisches Handeln sei und sich immer auf den „politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess" beziehen und im „Bezugssystem einer politischen Ordnung" stattfinden müsse (Massing 2012: 261). Ähnlich argumentieren Buchstein/Weißeno, wenn sie anführen, dass eine politische Handlung erst gegeben wäre, wenn eine „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes im Bereich der Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" erfolge (Buchstein 2012: 18) und „gemeinsam verfolgte Ziele" erfordere (Buchstein/Weißeno 2012: 11).

Missverständlich bleibt jedoch, was genau Handeln in einem „Bezugssystem einer politischen Ordnung" meint, was bei Massing eine Voraussetzung für politisches Handeln ist (Massing 2012: 261). Auch bleibt schleierhaft, was es heißt, dass politisches Handeln im Verständnis von Buchstein, der sich auf Weißeno (2005: 191) bezieht, als „Herstel-

49 Auf den Unterschied zwischen den Begriffen Macht und Herrschaft wurde bereits in der Fußnote 97 auf Seite 82 hingewiesen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

lung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" zu gelten habe (Buchstein 2012: 18), die erst in der Konsequenz „kollektive, gemeinsam verfolgte Ziele" erfordert (Weißeno 2005: 191). Denn zum einen findet eine Handlung immer in einem Bezugssystem einer politischen Ordnung statt. Das gilt selbst dann, wenn das Handeln an keine Systemebene adressiert ist, geschweige denn die Veränderung eines entsprechenden Bezugssystems durch den/die Handelnden beabsichtigt wird. Zum anderen wird durch den Verweis auf die „kollektiv verbindliche Entscheidung" politisches Handeln auf die Luhmannsche „Machtkapazität für kollektiv bindendes Entscheiden[s]" (Luhmann 2002: 87) rücküberführt – die in der letzten Konsequenz nur der Staat hat, weil nur er ein entsprechendes Nichthandeln (durch Gesetze) sanktionieren kann.

In dreierlei Hinsicht sind die hier vorgestellten Bezugspunkte als Voraussetzung für eine Definition von politischem Handeln unzureichend: Erstens sind viele der Begriffsbestimmungen oft ausschließlich an sozialem intersubjektiven Handeln orientiert. Das liegt schon daran, dass sich die Soziologie als Wissenschaft des sozialen Handelns versteht. In Rückgriff auf das Webersche Handlungsverständnis und die hermeneutische Diskussion der 1970er Jahre wird Handeln somit aus der „inneren Struktur von Praxis" heraus erklärt (Blum/Gebhard 2001: 13). Damit spielen mögliche Subjekt-Objekt-Konstitutionen, die in der Designforschung zum Tragen kommen (vgl. Kapitel 4.3.2f.), in der Vermittlung von politischen Zielen keine Rolle.[50] Zweitens wird politisches Handeln, wie oben dargelegt, oft an ein enges Machtverständnis rückadressiert, wonach das Handeln auf kollektiv bindenden Entscheidungen basiert, die als letzte Konsequenz nur die Politik treffen kann.[51] Dadurch wird nicht nur Einzelakteuren das Vermögen abgesprochen, als Akteur – auch über Herstellungsformen – politisch zu sein. Das Handeln wird an einen *engen* Politikbegriff gebunden – und damit die Subpolitik Becks außer Kraft gesetzt, wonach „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems […] um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren" (Beck 1993: 162, H. I. O.). Drittens wird eine ethische Perspektive oft mit der politischen vermengt, wenn politisches Handeln als am Gemeinwohl[52] orientiertes Handeln gilt. So betont etwa Massing, dass politisches Handeln immer „wertbasiert und gemeinwohlorientiert" sei, vorausgesetzt, dass die „formale Ordnung eine Demokratie" ist (Massing 2012: 261). Das würde

50 Das hat ebenfalls mit dem Verständnis des Handelns im Sinne Arendts zu tun. Wie im Kapitel 4.1.2 dargelegt, reduziert sich Arendts Verständnis des Politischen auf das Handeln als „Zwischen-den-Menschen" und blendet das Herstellen als materielle Verdinglichung aus. Demnach sind Handlungen, die durch einen Fremdzweck bestimmt sind, keine politischen – wenngleich Objekte und Gegenstände Träger von sozialen Handlungen im Sinne des Symbolischen Interaktionismus sein können.

51 Dass sich die kollektiv bindende Entscheidung auf den Staat, die Politik, reduziert, ist erklärungsbedürftig, weil auch Organisationen oder Interessengruppen mit formaler Satzung auf kollektiv bindende Entscheidungen abzielen können. Ein entsprechendes Sanktionieren jedoch, zumindest in Form von Gesetzen, obliegt nur dem Staat.

52 Das Gemeinwohl im politischen Sinne lässt sich nach Sutor als das Gelingen der „Vermittlung mit Hilfe einer guten Ordnung" durch „Regeln und Institutionen" verstehen. Folglich ist Gemeinwohl „ein Ordnungsbegriff", der nicht für den „substantiellen Gehalt einer Gemeinschaft, sondern die politische Ordnung einer Gesellschaft" steht (Sutor 1997: 56f.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

allerdings voraussetzen, dass sich eine politische Handlung immer im Rahmen demokratischer Orientierung oder in entsprechenden Strukturen abspielen müsse und/oder wertbasiert und gemeinwohlorientiert ist, was nicht der Fall sein muss.[53]

Für eine Definition von politischem Handeln ergeben sich daraus zwei zentrale Konsequenzen: Erstens ist es wenig sinnvoll, eine universelle, an völlig offenen Kriterien orientierte Definition von politischem Handeln zu entwerfen, weil sich damit alles als politisch verstehen lassen kann.[54] Zweitens darf der Begriff des Politischen respektive politisches Handeln (und folglich die Bestimmung eines politischen Akteurs) nicht zu eng gefasst sein, und mit zu eng meine ich, dass man a.) kollektiv bindende Entscheidungen zu keiner Voraussetzung für politisches Handeln erklärt und b.), politisches Handeln nicht nur als an die politische Ordnung adressiertes Handeln verstehen sollte. Eine solche Engführung hätte zur Folge, dass Aspekte und Zwischenstufen von politischem Handeln ausgeblendet werden, was einem Begriff des Politischen kaum Rechnung tragen kann und für die Forschung wenig zielführend ist.

Was folgt daraus? Erstens muss geklärt werden, wie sich ein Kausalzusammenhang von Intention und Wirksamkeit empirisch operationalisieren lassen kann. Zweitens braucht es – daraus resultierend – eine Bestimmung des politischen Handelns, das die oben genannten Kriterien berücksichtigt. Bezogen auf Punkt eins beginnt das Problem schon damit, dass der Zusammenhang von Intention und Wirkung einer politischen Handlung oft als vorausgesetzt gilt. Damit lässt sich politisches Handeln theoretisch bestimmen, empirisch aber nicht operationalisieren. Der Kern des Problems liegt bereits im Versuch einer evidenten Zusammenführung (theoretisch wie empirisch) von Intention und Wirksamkeit, worauf bereits Luhmann hinwies. Luhmann zufolge unterliegt die Unternehmung, politisches Handeln zu ergründen, einer Art „Kontrollillusion" (Luhmann 2002: 23f.). Geht man davon aus, dass eine Ursache-Wirkung-Kausalerzeugung zustande kommen könnte oder würde, setze das voraus, dass sich Ursache und Wirkung an einem Zeitpunkt „treffen" könnten respektive müssten. Folglich müsste ein „Kausalereignis" dazu führen, Ursache und Wirkung in einem Punkt zusammenführen zu können, um sie gewissermaßen „gleichzeitig passieren" zu lassen – obwohl die Ursachenverkettung in der Vergangenheit liegt (aber eben erst im Jetzt wirksam wird) und die Wirkung des Handelns in die Zukunft deutet (aber schon jetzt verursacht ist). Luhmann nennt das die „Paradoxie der Zeit" (ebd.). Die Unterscheidung von Vergangenheit und Zukunft kann „immer nur gegenwärtig gemacht werden", weil sie „immer nur gegenwärtig aktuell" ist. Demnach würde politisches Handeln allerdings nur auf „Einzelereignissen" basieren, wenn auch Einzelereignisse der Wiederholung unterliegen können, aber nicht müssen (ebd.).[55]

---

53 Das führt wieder auf Dewey zurück, wonach die Öffentlichkeit per se nichts Demokratisches ist. Selbst Kriege werden durch Öffentlichkeiten hervorgebracht (vgl. Dewey 1996: 28; siehe dazu auch die Fußnote 70 auf Seite 73).

54 Das zielt wieder auf die eingangs vorangestellten *expressiven* Beteiligungsformen ab (siehe Kapitel 3.2), wonach bereits Alltagsentscheidungen basierend auf Ethik und Moral als Beteiligungsformen – und folglich als Formen des politischen Handelns – gelten (vgl. van Deth/Zorell 2020: 396).

55 Dieses Problem lässt sich in dieser Studie schon daran erkennen, dass aufgrund des situativen Interviewverlaufs entsprechende Antworten nur einmalig waren – weil Aussagen nur in diesem Moment getroffen wurden.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Als Konsequenz folgt daraus, dass in dieser Studie nur die Intention zur politischen Handlung (über qualitative Interviews) und die Handlungsrealisierung (über teilnehmende Beobachtungen) untersucht werden können. Untersuchen lässt sich keine Wirksamkeit als Handlungsvollendung. In Bezug auf Volker Gerhardts Verständnis von politischem Handeln geht es damit um die „*Ansprüch[e]*", die „entweder direkt oder indirekt auf die Erhaltung und Gestaltung einer menschlichen Gemeinschaft" bezogen sind (Gerhardt 1990: 294, H. i. O). Eine Kausalbeobachtung über „*kontingentes Zurechnen*" lässt sich aber, wie Luhmann ebenfalls herausgearbeitet hat, nicht „spezifizieren" (Luhmann 2002: 26f., H. i. O.). Kausalbeobachtungen sind immer variabel. Sie sind wiederholend, situativ, letztlich eine Zusammenstauchung kausaler Ereignisse. Demnach lässt sich politisches Handeln auch als keine „vorliegende Realität" herausarbeiten. Untersucht werden kann nur das „Handeln als *Handlungsintention*" (Meinefeld 1977: 138, H. i. O.) – und zusätzlich kann über teilnehmende Beobachtungen herausgearbeitet werden, wie sich die Zielsetzungen in den Arbeitshandlungen verkörpern. Dazu muss politisches Handeln jedoch immer wieder aufs Neue untersucht, bestimmt und einer Überprüfung unterzogen werden, weil Handeln dem „konstitutiven Situationsbezug allen Handelns" unterliegt (Joas 1996: 237) – politisches Handeln ist kontingentes Handeln. In diesem Punkt ließe sich sogar auf Hannah Arendt und den Praxisbegriff verweisen, da politisches Handeln – im Gegensatz zum materiellen Selbstherstellen – nie als Handlung abgeschlossen ist, weil politisches Handeln „nie vollständig über seine Ergebnisse verfügen" kann (Thaa 2011: 81). Die Wirkung entfaltet sich erst im Anschluss. Darum lässt sich auch auf keine Folgen einer Handlung im Vorfeld schließen. Es lässt sich nur untersuchen, ob die Folgen von den Akteuren antizipiert werden. Und für diese Studie heißt das, dass nach den Zielen und den Einschätzungen der Folgen gefragt wird. Politisches Handeln kann nie eine vollständige empirische Evidenz sein.[56]

Für den weiteren Forschungsverlauf heißt das, zwischen der intentionalen politischen Handlungsabsicht, der Handlungsrealisierung und der Handlungskonsequenz zu unterscheiden – und erst daraufhin lässt sich politisches Handeln bestimmen. Erstere, die intentionale politische Handlungsabsicht, basiert auf einer herbeigeführten sozialen Handlung mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Ist-Zustand zu verändern. Zweitere, die Handlungsrealisierung, zeigt auf, wie sich die formulierten Zielsetzungen in der Praxis zeigen. Die dritte Form, die Handlungskonsequenz, lässt sich dagegen empirisch nicht untersuchen. Das heißt, dass im Folgenden die Handlungsintentionen das Zentrale ist, und unter politischem Handeln soll (im *weiten* Sinne) dasjenige Handeln verstanden werden, wonach Akteure versuchen, auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen hinzuwirken und andere beeinflussen wollen, um, in Anlehnung an Susanne Pickel (2012: 41), auf „politische Entscheidungen" Einfluss zu nehmen. Im *engen* Sinne ist politisches Handeln dann – in Anlehnung an Luhmann – die „Machtkapazität für kollektiv bindendes Entscheiden[s]" (Luhmann 2002: 87).[57] In der Gesamtheit zielt politisches Handeln damit

56 Ausgenommen sind von dieser Perspektive quantitative Messverfahren im Sinne einer Überprüfbarkeit (z.B. Erhebungen zur Wahlbeteiligung, Teilnahme an Demonstrationsformen o.ä.). Auch das zielt auf die eingangs getroffene Unterscheidung von Theorie und Empirie ab.

57 Für Luhmann hat der Einzelakteur damit so gut wie keine Relevanz. Trotzdem sind seine Ausführungen für den Begriff des Politischen und für politisches Handeln hilfreich, weil Luhmann zwei

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in Anlehnung an Thomas Meyers Begriff der Politik auf „Regelungen des Zusammenlebens" ab, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen" (Meyer 2006: 47).[58] Dass sie verbindlich sind, lässt sich aber weder von Einzelakteuren noch über Herstellungsformen sicherstellen. Auch können die Handlungen nach dem Handlungsvorgang nicht mehr beeinflusst werden. Darum muss auch von einer politischen Handlungsabsicht[59] gesprochen werden. Und nur diese Ebene lässt sich empirisch-qualitativ in Form von Interviews untersuchen.

Zusammengefasst heißt das, dass *Einfluss haben* und *Beeinflussen wollen*, zwei der dominierenden Kategorien in dieser Studie, entscheidend dafür sind, um die politische Handlungsabsicht untersuchen zu können. Gleichwohl muss das, was als einflussreich von den Handelnden beansprucht wird, nicht unmittelbaren Einfluss haben, und was als einflussreich von Adressaten dechiffriert wird, muss von den Handelnden nicht so beabsichtigt worden sein. Genauso kann *Einfluss haben*, das hat Luhmann ebenfalls aufgezeigt, sowohl positive als auch negative Sanktionen nach sich ziehen oder zumindest derart strukturell wirken, dass entsprechende Sanktionen folgen können, die nicht vorhergesehen waren (was bei Luhmann wiederum auf ein *enges* Politikverständnis abzielt). Zugleich verweist auch das auf den Praxisbegriff, wonach die „Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit" des Handelns nie vorausgesetzt werden kann (Thaa 2011: 81; vgl. Joas 1996). Vergleichbares führt Luhmann an, der zwar von keinem Handlungsbegriff ausgeht, sondern von systemischer Kommunikation. Er legt aber dar, dass Einfluss immer „auf Artikulation in sozialer Kommunikation angewiesen" ist (Luhmann 2002: 40). Kommunikation kann gelingen oder misslingen. Das gleiche gilt für politisches Handeln.

Das heißt, dass die politische Handlungsabsicht im Folgenden besondere Aufmerksamkeit erfährt, und hier zeigt sich, dass die Zielsetzungen der Akteure erstens auf „die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema" abzielen (van Deth/Zorell

---

Machtarten differenziert: Die erste bezieht sich auf einen „engeren, und deshalb stärkeren Machtbegriff", der bereits mit Sanktionen einhergehen kann (Luhmann 2002: 39). Die zweite Art verweist auf eine „sehr weite Form von Macht", die Luhmann Einfluss nennt – und die sich auf das negative Sanktionieren stützt. Letzteres muss nicht zum Einsatz kommen, es reicht schon die „Drohung" (vgl. Fußnote 12 auf Seite 50). Luhmann bezeichnet sie als die originäre politisierbare Macht (ebd. 45f.).

58 Wie eingangs dargelegt, bezieht sich Meyers Begriff streng genommen auf den der Politik, eine klare Unterscheidung zwischen dem Begriff der Politik und dem des Politischen nimmt er jedoch nicht vor.

59 Um von der Wirksamkeit sprechen zu können, müsste die Absicht als solche vom Gegenüber identifizierbar und dekodierbar sein. Wie Armin Nassehi (2003: 146ff.) darlegt, lässt sich die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen jedoch nicht an der Realisierbarkeit messen. Sie zielt auf einen „kommunikativen Horizont" ab, wonach sich „beliebige Themen und Sachverhalte so kommunizieren lassen, dass über sie mit kollektiver Bindungswirkung entschieden werden könnte" (ebd.: 147).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

2020: 398)[60], um Einfluss auszuüben – damit kommt dem bereits angesprochenen *policy-making* „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen" (Münch 2016: V) im Sinne der *interpretativen* Partizipationsforschung (Fischer 1997) eine tragende Rolle zu, was auf die eingangs vorangestellten *expressiven* Formen der Partizipation zurückführt (vgl. Kapitel 3.2). Demnach werden Einflussnahmen im Bereich der nicht-institutionalisierten Politik geltend gemacht.[61] Zweitens müssen Objekte als mögliche Träger von gesellschaftspolitischen Positionen berücksichtigt werden, wenngleich politisches Handeln im Sinne Arendts immer Intersubjektivität voraussetzt: Objekte[62] können Vermittler gesellschaftspolitischer Positionen sein, sie ersetzen keine Subjekte – mit Menschen kann man verhandeln, mit Bohrmaschinen nicht. Macht entsteht immer über zwischenmenschliche Beziehungen, wenn Menschen zusammenkommen und sich aufeinander beziehen. Folglich gibt es zwei Stufen des politischen Handelns: In einer ersten, und damit in einem *engen* Verständnis, ist politisches Handeln in Anlehnung an Buchstein eine „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes", die auf die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" abzielt (Buchstein 2012: 18; vgl. Nassehi 2003: 147ff.); Ziel ist es, Veränderungen auf der Systemebene zu erwirken und die Forderungen sind klar an die Politik adressiert. Diese Form des politischen Handelns soll im Folgenden als *protopolitisches Handeln* verstanden werden, das jedoch nicht gleichzusetzen ist mit einer „protopolitischen Konstellation" im Sinne Hitzlers; es muss kein „*herrschaftsinteressiertes* Handeln" sein, indem ein Akteur versucht, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen", um „seinen bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. einer Dritten durchzusetzen" (Hitzler 2001: 46, H. i. O.) – wenngleich protopolitisches Handeln „*herrschaftsinteressiertes* Handeln" sein kann (ebd.: 47, H. i. O.). Zentrales Merkmal von *protopolitischem Handeln* ist jedoch, dass das Handeln darauf abzielt, und in diesem Punkt ist Hitzler zuzustimmen, eine „Verbindlichkeit der Ordnung des Zusammenlebens von wem auch immer" zu erwirken (ebd.: 48). Zweitens lässt sich davon das subpolitische Handeln nach Beck unterscheiden, wonach „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems" (Beck 1993: 162, H. I. O.) agieren und versuchen, politisch

60 Das schließt wieder an Hannah Arendt an, wonach das Politische nie Denken oder Wollen ist, sondern Handeln als Vollzug bedeutet (vgl. Arendt 1998, 2013). Luhmann argumentiert ähnlich: „Was nicht mitgeteilt wird, kann auch nicht beachtet werden" (Luhmann 2002: 40). Nassehi vertritt eine vergleichbare Position, da politisches Handeln immer auf die „Herstellung und Bereitstellung von gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit" abziele, die letztlich „adressierbare Kollektivität" zur Folge haben müsse (Nassehi 2003: 147ff.).

61 Die sogenannten *expressiven* Formen der Partizipation – und folglich eine Bestimmung des politischen Handelns – sind nicht einheitlich definiert. Sie reichen von individuell ethisch-moralischen Standpunkten bis hin zu deliberativen Formen öffentlicher Protestbekundung. In der Gesamtheit tendieren sie jedoch dazu, wie unter Punkt 3.2 dargelegt, dass „im Prinzip jede Aktivität zu einem Akt politischer Partizipation" werden kann (van Deth/Zorell 2020: 395). Wenn hier von politischem Handeln in Bezug auf die genannten *expressiven* Partizipationsformen gesprochen wird, sind nur diejenigen gemeint, die auf „die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit für ein Thema" abzielen (van Deth/Zorell 2020: 398).

62 Diese Perspektive zielt auf den bereits angesprochenen Symbolischen Interaktionismus ab, wonach Menschen gegenüber Dingen mit Bedeutung handeln, die aus den sozialen Interaktion resultieren (vgl. Mead 1983, 1988; Joas 1989; Blumer 2013: 64ff.; Misoch 2015: 9; Münch 2016: 7).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

in Erscheinung zu treten, wenngleich Beck nirgends klargestellt hat, ob subpolitisches Handeln auf die Verbindlichkeit einer Ordnung oder des Zusammenlebens abzielen kann oder muss. Genauso wenig hat Hitzler eine Bestimmung dazu vorgenommen, ob *protopolitisches Handeln* in Form eines Zuspruchs an die Politik oder (nur) als ablehnende Haltung vollzogen wird. Darum soll in dieser Studie das *protopolitische Handeln erster Ordnung* vom *protopolitischen Handeln zweiter Ordnung* unterschieden werden: Erstere Form bezieht sich auf dasjenige Handeln, wonach der Politik ein Zuspruch zukommt – in Form von Mitgliedschaften, der bewussten Wahl von Parteien und sonstigen Unterstützungsleistungen gegenüber der Politik. Über das *protopolitische Handeln zweiter Ordnung* wenden sich die Akteure dagegen von der Politik ab – über die politische Selbstorganisation, eigene Organisationsformen oder Mitgliedschaften in NGOs, Gewerkschaften oder sonstigen Formen des politischen Handelns. Demnach kann *protopolitisches Handeln* Subpolitik sein oder, in Anlehnung an Detjen u.a., über „Gespräche oder Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld" zum Tragen kommen (Detjen et al. 2012: 65). Allerdings zielt *protopolitisches Handeln erster Ordnung* immer darauf ab, politische Veränderungen auf der Systemebene zu erwirken – und genau darum muss der Begriff der Subpolitik für diese Studie erweitert werden: Denn erstens legt Beck nirgends dar, ob politisches Handeln in einer der beiden *protopolitischen* Konstellationen denkbar ist oder sein muss. Zweitens führt Beck zwar Experten- und Berufsgruppen als Zentren der Subpolitik an. Er hat Arbeit als Kategorie aber nirgends systematisiert. Um diese Forschungslücke zu schließen, um die Becksche Subpolitik um den Faktor Arbeit zu erweitern, soll im Folgenden der Begriff *Politics of Self-Production* an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft in die Forschung eingeführt werden: *Politics of Self-Production* ist eine spezifische Form des politischen Handelns, um über Arbeit und Produktion gesamtgesellschaftliche Veränderungen zu erwirken. *Politics of Self-Production* ist ein Prozess- und Handlungsbegriff. Er kann Ausdruck der oben beschriebenen *protopolitischen* Konstellationen sein, wenngleich das für diese Studie nicht zu erwarten ist. Eine solche Konstellation läge vor, wenn die Handlungsziele Forderungen in einem *engen* Politikverständnis nach sich ziehen, und das hieße, dass nachhaltige Arbeitskonzepte auf die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" (Buchstein 2012: 18) abzielen müssten und Forderungen an die Systemebene der Politik adressiert wären. In dieser Studie weisen die Handlungen allerdings von einer solchen Perspektive ab: *Politics of Self-Production* ist Arbeitshandeln als gesellschaftliches Aushandeln. Der Begriff bezieht sich – das wird im Folgenden zu zeigen sein – auf die Veränderung eines gesellschaftlichen Ist-Zustands. In der Regel geht es dabei um keine „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" (Buchstein 2012: 18), auch um keine agonale Widerstandspraxis im Sinne Chantal Mouffes. Die Forderungen richten sich in der Mehrheit nicht mal an die Politik – appelliert wird an andere Akteure der Gesellschaft, an Konsument*innen, Hersteller*innen, und vor allem an Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Das heißt: *Politics of Self-Production* umfasst alle Formen des Arbeitshandelns als Selbstproduktion – angefangen bei diversen Hobbyaktivitäten über berufliche Nebentätigkeiten bis hin zur Hauptberuflichkeit. *Politics of Self-Production* kann subversive Praktik im Sinne einer „Reduktion der Abhängigkeit von Märkten" (Kreis 2017: 18) sein, aber auch „sozialunternehmerische Partizipation" bedeuten (Richter 2013a: 170, 2013b).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Allerdings ist *Politics of Self-Production* immer Arbeitshandeln als politisches Handeln. Die Zielrichtung, die Absicht und der Arbeitsinhalt, das „Was" des Arbeitshandelns (vgl. Böhle 2018: 172ff.)[63], sind handlungsleitend.

In Anlehnung an dieses Begriffsverständnis lassen sich dazu die eingangs gestellten forschungsleitenden Fragen abschließend klären. Zentrale Frage der Studie ist, ob die Akteure politische Zielsetzungen in Arbeitsprozessen verfolgen. Als Ergebnis zeigt sich, dass nur wenige ein politisches Selbstverständnis in Bezug auf ein staatsbürgerliches Selbstbewusstsein aufweisen (Niedermayer 2005: 29ff.) – nur wenige beziehen ihr Handeln auf den Staat oder die Politik. Auch sieht nur ein Teil die eigene Arbeit, wie bereits dargelegt, als politisch an, was daran liegt, dass die Befragten mit dem Substantiv „das Politische" oft „die Parteien" meinen. In der Mehrheit zielt das Handeln der Akteure auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen über ökologische oder fair-soziale Produktionsprozesse ab. Der Anspruch an Autonomie bildet dazu eine Grundvoraussetzung, worauf basierend Gesellschaftskritik geübt wird. Dabei bleiben die Kritikformen an ethische Grundsätze gebunden, die sich bei einem Teil wiederum mit politischen Forderungen verbinden – letzteres charakterisiert den *politischen* Herstellertyp und grenzt ihn vom *ethischen* ab. Darum soll im nächsten Abschnitt der Zusammenhang von ethischem und politischem Handeln und deren Unterscheidbarkeit geklärt werden. Aufbauend darauf wird die entsprechende Typenbildung und Entwicklung von Typologien vorgenommen.

6.1.7 Was unterscheidet ethisches von politischem Handeln?

In der Ethik gibt es zwei klassische Grundsatzfragen: die Sinn- und Legitimationsfrage (vgl. Ulrich 2002: 28). Die Sinnfrage entspricht der Aristotelischen Perspektive der teleologischen Ethik und gilt als „Lehre vom Erstrebenswerten, vom guten Leben" (ebd.).[64] Die Legitimationsfrage entspringt der Kantischen Tradition der deontologischen Ethik und fragt nach den moralischen Rechten und Pflichten. Für den Forschungskontext dieser Studie sind beide von Relevanz: Denn während die Deontologie die „zwischenmenschlichen Verbindlichkeiten, insbesondere des gerechten Zusammenlebens", hervorhebt (ebd.: 29), geht es bei der teleologischen Ethik um die Konsequenzen und Folgewirkungen des Handelns (vgl. Carnau 2011: 82; Meyer 2006: 187)[65] – die deontologische

63 Wie eingangs dargelegt, wird unter Arbeitshandeln in dieser Studie in Anlehnung an Fritz Böhle die Charakterisierung eines doppelten Prozesses verstanden: Arbeitshandeln zielt zum einen auf das „Was" des Handelns und damit auf die Zielrichtung, Absicht und den Inhalt ab. Zum anderen geht es um das „Wie" und folglich um die „Struktur und (innere) Regulierung des Handelns" (Böhle 2018: 172f.).

64 Das Wort Ethik leitet sich bei Aristoteles aus dem Wort der Gewohnheit ab, das er an die Politik bindet (vgl. Aristoteles 2018: 1102a, 69). Aristoteles unterscheidet allerdings weder explizit zwischen Politik und Moral noch zwischen Ethik und Politik (vgl. Sagou 2009: 74ff.). Auch bei Kant besteht eine enge Bindung zwischen Politik und Moral. Im Gegensatz zu Aristoteles, der das öffentliche Wohl (*Salus publica*) hervorhebt, das der Staat zu sichern habe, steht bei Kant das Recht im Vordergrund, das die subjektive Freiheit des Individuums garantieren soll, wobei das Individuum zu jenen Gesetzen im Sinne der Selbstgesetzgebung verpflichtet ist, denen es zugestimmt hätte (vgl. Kant 1993 [1795]: 11; siehe auch Sagou 2009: 74ff.; De La Vega 1985: 18ff.; Seubert 2012: 108).

65 Diese Trennung ist idealtypisch zu verstehen, da man Kants Deontologie auch konsequenzialistisch verstehen kann, weil sich Kant auch für die Folgen einer Handlung interessiert (vgl. Eichler

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Perspektive bestimmt Handlungen als „ge- oder verboten, wenn sie bestimmten Pflichten ent- oder Rechten widersprechen" (Bratu/Nida-Rümelin 2013, siehe auch Fenner 2020: 169), wobei die Verpflichtungen in Anlehnung an Kant Selbstverpflichtungen sein können (vgl. Kant 1993 [1795]) und die „moralische Beurteilung einer Handlung *aufgrund* ihrer Konsequenz" außen vor bleibt (Eichler 2013: 45, H. i. O.). Die teleologische Perspektive fragt dagegen nach dem Zweck einer Handlung und den entsprechenden Folgen. Teleologische Ansätze gelten darum als konsequenzialistisch.[66]

Für den Forschungskontext heißt das, beide Perspektiven in ein konstitutives Wechselverhältnis zu setzen. Denn in den Aussagen vieler Akteure spiegeln sich sowohl deontologische als auch teleologische Perspektiven wider – und beide geben Hinweise darauf, ab wann von politischem oder ‚nur' von ethischem Handeln gesprochen werden kann.[67] Zur deontologischen Perspektive lässt sich sagen, dass einige der Befragten ihre Arbeitsformen unabhängig von den Folgen als sozialverantwortlich oder politisch verstehen – und damit gesellschaftliche Verantwortung[68] an den Wert der Arbeit binden. Somit stellt „Verantwortung" keinen „in vivo code" (Strauss/Corbin 1996: 64) im Sinne der Grounded Theory als Selbstzuschreibung dar. Auch appellieren die Befragten im Sinne der Deontologie an eine Art von Selbstverpflichtung anderer Akteure. Zugleich wurden Aussagen getroffen, wonach die Konsequenzen des Handelns in den Vordergrund treten

---

2013: 45). Vergleichbares gilt für die aristotelische Tugendethik und teleologische Ethik, da Aristoteles sowohl der einen als auch anderen Richtung zugeordnet werden kann (vgl. Hübner 2010b: 16ff.).

66 Angemerkt werden muss, dass es zum Konsequenzialismus und zur Teleologie unterschiedliche Konzepte gibt. Mal wird die Teleologie, dann der Konsequenzialismus der Deontologie entgegengesetzt. An anderer Stelle gilt die Teleologie, dann der Konsequenzialismus als übergeordnet. So sind im Konzept von Fenner beispielsweise teleologische Perspektiven grundsätzlich konsequenzialistisch, weil „das außermoralisch Gute als Handlungsziel immer auch eine beabsichtigte Handlungsfolge darstellt" (Fenner 2020: 166). Umgekehrt sind konsequenzialistische Perspektiven damit nicht gleich teleologisch. So ist die Erfolgsethik etwa Teil des Konsequenzialismus, sie wird aber nicht der teleologischen Ethik zugerechnet. Das ist auch ein Grund dafür, warum politisches Handeln oft von teleologischen Perspektiven geschieden wird – weil man einer möglichen Instrumentalisierung durch fremde Zwecke begegnen will. Fenner spricht beispielsweise von der Gefahr der „Instrumentalisierung" durch die „Steigerung des Gesamtnutzens" (ebd.: 168).

67 Mir ist bewusst, dass eine solche Kategorisierung auf Kritik stoßen kann oder wird. Denn zum einen ist die Gegenüberstellung von Ethisch-deontologisch und Ethisch-teleologisch prototypisch. Das gilt schon in Bezug auf die in der Ethik zu unterscheidenden drei Haupttypen, der Tugendethik, Deontologie und Teleologie (vgl. Hübner 2010b: 17; Fenner 2020: 161ff.) – erstere zielt auf die Motivation von Handlungen ab, zweitere auf die Handlung selbst, die dritte rückt die Konsequenzen ins Zentrum. Zum anderen sind die Übergänge zwischen den Ethiktypen fließend bzw. nicht klar abgrenzbar. Wie Dietmar Hübner darlegt, könne sich auch ein Deontologe „für die Motivation und die Konsequenzen von Handlungen interessieren. Und ein Teleologe kann in sein Urteil mit einbeziehen, aus welcher Motivation heraus und aus welcher Handlung her gewisse Effekte entstehen". Letztlich geht es darum, „auf welcher Komponente der *primäre* Fokus der Beurteilung liegt" (Hübner 2010b: 17, H. i. O.).

68 Nach Otfried Höffe geht es beim Verantwortungsbegriff um vier Dimensionen: erstens um das Verantwortungssubjekt, zweitens um das Verantwortungsobjekt. Drittens stellt sich die Frage, wem man gegenüber verantwortlich ist und viertens geht es um mögliche Verantwortungsinstanzen, also darum, wovor sich das Subjekt verantwortet (siehe zum Verantwortungsbegriff auch Höffe 1993b: 23; Heidbrink 2010: 3; Carnau 2011: 82 oder Gebauer/Schirmer 2013: 110).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

– wenn beispielsweise betont wurde, dass ein entsprechendes Nichthandeln Konsequenzen für Mensch und Umwelt habe und es dafür verbesserte Rahmenbedingungen braucht.[69] Diese Sichtweisen, und entsprechende Forderungen, die daraus resultieren, lassen sich als deontologische und konsequenzialistische verstehen, weil sie sowohl an die Selbstverpflichtung des Einzelnen appellieren als auch die Folgen von Handlung hervorheben.

Ab wann kann dann aber von politischem Handeln gesprochen werden? Und ab wann wird ethisches Handeln politisch bzw. ab wann hat ethisches Handeln eine politische Dimension? Ergebnis dieser Studie ist, dass politische Zielsetzungen ethische Grundsätze in einem komplementären Wechselverständnis der deontologischen und teleologischen Perspektive voraussetzen und vereinen – und ein Teil der Befragten darauf basierend politische Forderungen stellt. Das heißt: Das Ethische geht dem Politischen voraus, das Ethische muss nicht politisch sein. Das zieht zunächst die Klärung des Verhältnisses von Ethik und Politik nach sich, da bei einem Teil der Wissenschaft – so etwa bei Aristoteles, Mengue oder Foucault – das Ethische dem Politischen vorverlagert ist.[70] Bei einem anderen Teil der Forschung – so etwa bei Derrida – wird das Politische wiederum vom Ethischen getrennt, um das Konflikthafte einer Allgemeingültigkeit, die das Ethos repräsentiert, entgegenzustellen.[71] Grundsätzlich ist eine „Ethik der Politik" (Sutor 1997) auf keine Demokratieperspektive reduzierbar. Sie findet sich in sämtlichen Politikkonzepten und -begriffen wieder[72] – selbst in herrschaftskategorialen. Vor allem ist sich die

69 Diese Wechselseitigkeit, das werden die Fallbeispiele ab Kapitel 6.2 zeigen, zeigt sich darin, dass auf der einen Seite die deontologische Dimension der Gerechtigkeitsethik hervortritt, wenn beispielsweise das Handeln von Großkonzernen etc. kritisiert wird, die man zugleich beeinflussen will – Beeinflussung drückt sich damit in keiner rigorosen Abwehrhaltung aus. Auf der anderen Seite verbindet sich die Deontologie mit einer teleologischen Perspektive – indem man auf die Konsequenzen im Sinne des Nichthandelns oder eines Unterlassens hinweist.

70 Während bei Aristoteles das Ethische und Politische eine unzertrennliche Einheit bilden, um zur *Eudaimonia*, des Menschen höchsten Glückes, zu gelangen (vgl. Aristoteles 2018: 1095a, 46ff.), grenzen Mengue und Foucault das Ethische von Moral ab, da letzteres die Allgemeingültigkeit repräsentiert, wogegen das Subjekt opponieren müsse (um als Subjekt frei zu sein). Eine Schnittmenge zeigt sich in dem Punkt, dass sich die Subjekte über das Ethische moralisierenden Regeln widersetzen können – und Ethik folglich eine Kritikform darstellt (siehe zur Diskussion Sarasin 2019: 14f.).

71 Im Gegensatz zu Foucault, der das „ethos" als Subjektivierungsweise der Kritik versteht, wird das „ethos" bei Derrida zur Verkümmerung des Politischen durch den Anspruch an das gute Leben, das sich nie (für alle) vervollständigen könne (vgl. Derrida 2022 [1991]; siehe auch Liebsch 2010: 100). Das gilt auch für Rancière, für den das Ethische als „ethos" Einfallstor zur Anpassung an das Bestehende ist, nämlich an die Politik selbst.

72 So merkt Bernhard Sutor in Anlehnung an Aristoteles, Machiavelli, Marx/Lenin an, dass alle drei eine „Ethik der Politik" repräsentieren: Während Aristoteles das Ethische als „gemeinsame Lebensordnung gleicher und freier Bürger" begreift, gründet es bei Machiavelli in den „Mitteln der Herrschaft über Menschen". Marx/Lenin wiederum führen Ethik und Politik über die „Entlarvung der Herrschenden" zusammen (Sutor 1997:17ff.). Folglich sei Politik immer „politische Ethik" in dem Sinne, dass sich Politik (und entsprechende Repräsentanten) anmaßen, moralisch oder ethisch zu sein – selbst wenn sie nach demokratischen Standpunkten unmoralisch handeln. Ethik ist insgesamt die Reflexion (politischer) Moral (Sitten, Gewohnheiten, Gesetze etc.), die sich keinesfalls auf demokratische Mittel begrenzt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Forschung bis heute aber in der Frage uneins, ob *Telos*, das Ziel und Zweckgerichtete der teleologischen Ethik, politisch bestimmbar wird: Auf der einen Seite gelten teleologische Perspektiven der Ethik im Kontext politischer Fragestellungen als relevant, weil sie auf die Folgen von Handlungen verweisen (vgl. Carnau 2011: 112)[73] – teleologische Ansätze haben aufgrund ihrer „Ziel- und Folgenorientierung […] große Bedeutung für politische Entscheidungen und Handlungen" (ebd.). Auf der anderen Seite wird im politisch-philosophischen Diskurs das Handeln von *Telos*, von konsequenzialistischen Perspektiven, geschieden (vgl. Thaa 2011: 95), um das Politische von Fremdbestimmungen loszusagen (siehe dazu das Kapitel 4.1.2).[74]

Ergebnis dieser Studie ist, dass sich das Arbeitshandeln vieler Akteure an Fragen planetarischer Grenzen und neuer Sozialverantwortlichkeit orientiert – und sich darüber deontologische und teleologische Dimensionen der Ethik wechselseitig verzahnen. Damit lassen sich die Aussagen der Akteure zugleich auf einen erweiterten Politikbegriff beziehen, der ethische Grundsatzfragen zur Voraussetzung hat – was nicht grundsätzlich gilt, in dieser Studie aber der Fall ist: Das Politische verkörpert sich im Moralisch-Ethischen. Das Ethische drückt sich in der Einhaltung sozialverantwortlicher Arbeitskonzepte aus[75] – ins Zentrum rücken sowohl deontologische Handlungsmuster als auch die Konsequenzen im Sinne der Teleologie. Beides wurde in dieser Studie über die Kategorie *Einfluss und Beeinflussung* geltend gemacht.

Genau an dieser Stelle lässt sich dann auch von politischem Handeln sprechen, wenn, wie im letzten Kapitel dargelegt, die Handlungen auf „Regelungen des Zusammenlebens" abzielen, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen" (Meyer 2006: 47) – und darauf basierend politische Forderungen gestellt werden. Im Umkehrschluss muss ethisches Handeln aber nicht, wie angedeutet, politisch sein. So möchten viele Akteure Standards setzen, die auf ökologische und soziale Verantwortung abzielen. Als politisch begreift man sich damit noch lange nicht. Auf der einen Seite halten sich viele der *produktionsorientierten* (und in Teilen auch die *ethischen*) Herstellertypen für gänzlich unpolitisch oder sind wenig an Politik interessiert. Auf der anderen Seite heißt das nicht, dass sie nicht doch politische Prozesse anstoßen (können), wenn ihre Handlungen von

73 Das gilt natürlich eingeschränkt, weil der Praxisbegriff, und damit das Politische im Verständnis Hannah Arendts, eine teleologische Perspektive in vielerlei Hinsicht ausschließt – nämlich dann, wenn sich *Telos* auf Rationalisierung und Verzweckung bezieht. Bei Habermas wiederum steht *Telos* für erfolgsorientiertes Handeln, das von politisch kommunikativem Handeln getrennt bleibt (vgl. Habermas 1987: 131ff.; siehe auch Joas 1996: 220). Eine andere Perspektive bietet Hans Jonas, bei dem *Telos* im Sinne einer ethisch-teleologischen Zukunftsperspektive zum Verantwortungshandeln wird (vgl. Jonas 2020: 168).

74 Diese Perspektive geht, wie im Kapitel 4.1.2 dargelegt, auf die Aristotelische Unterscheidung von *Praxis* und *Poiesis* zurück (vgl. Aristoteles 2018 [1837]). Danach begründet sich das Ziel entweder in der Handlung (*Praxis*) oder außerhalb des Handelns durch einen Zweck (*Poiesis*) (siehe dazu auch Höffe 1993a: 19 oder Sagou 2009: 58) – letzteres wäre beispielsweise der Fall bei der Herstellung eines Produkts.

75 Der Unterschied von Moral und Ethik liegt, verkürzt, darin, dass Moral die „Gesamtheit der Normen, Werte und Ideale für eine umfassende Orientierung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens" darstellt (Fenner 2020: 12), während die Ethik die Theorie zur Moral ist (siehe dazu auch De La Vega 1985: 10ff. oder Sutor 1997: 10).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Außenstehenden als politisch verstanden werden. Zu politischem Handeln wird ethisches Handeln allerdings erst, wenn es auf die Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen abzielt – oder umgekehrt, wenn sich die „intentional herbeigeführte Veränderung eines gegebenen Ist-Zustandes" (Buchstein 2012: 18) auf die Herstellung und Durchsetzung einer Ordnung bezieht. Im Sinne der Ethik geht es damit, wie Bernhard Sutor zum Begriff der politischen Ethik anmerkt, um die Frage nach der „gute[n] Ordnung" (Sutor 1997: 30), und das heißt: Während ethisches Handeln auf die Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen abzielen muss, um von politischem Handeln im Sinne der Ethik zu sprechen, und das gilt nicht generalisierend, sondern nur für diese Studie, muss sich politisches Handeln auf moralisch-ethische Grundsatzfragen beziehen, um von ethisch-politischem Handeln sprechen zu können.

In der Konsequenz bedeutet das, dass die deontologische und teleologische ethische Dimension den *ethischen* zum *politischen Produktionstyp* erklärt. Nicht zuletzt ist ethisches Handeln immer auch dann politisch, wenn es sich in Anlehnung an Peter Fischer als angewandte Ethik operationalisieren lassen kann (Fischer 2006: 30): Angewandte Ethik umfasst nach Fischer „alle auf unterschiedlichen Ebenen stattfindenden Bemühungen, jene Probleme zu lösen, die sich bei der Anwendung der Moralprinzipien und der Durchsetzung moralischer Normen ergeben" (ebd.).[76] Allerdings stehen in diesen Ansätzen meist die Institutionen im Sinne einer „Institutionenethik" im Vordergrund, über die „überindividuelle Programme und Ziele" (*policy*) in einer „vorgegebenen Ordnung" (*polity*) gegenständlich werden (Sutor 1997: 27ff.).[77] In dieser Studie steht der individuelle Akteur im Mittelpunkt, wenn auch keine „Individualethik" als Frage nach dem Glück des Einzelnen (vgl. Fenner 2020: 22; Fischer 2006: 25).[78] Ins Zentrum rücken ökologische und soziale Fragestellungen im Sinne der globalen Verantwortung. Wie und in welcher Form dann von einem politischen Akteur gesprochen werden kann, soll der folgende Abschnitt klären. Im Anschluss daran wird die entsprechende Typenbildung vorgenommen.

76 Fischer spricht von „angewandter Ethik als verantwortungsethischer Politik" (Fischer 2006: 30) und führt vier Ebenen an: die systematische, hermeneutische, weltanschauliche und politisch-ökonomische. Nach Fischer müssen diese Ebenen gewährleistend sein, um von politischer Ethik sprechen zu können. Dem ist hinzuzufügen, dass die politische Ethik in der Regel an die Systemebene adressiert ist: Sie fragt nach den ethischen Prinzipien des staatlichen Handelns. Sutor zufolge brauche die politische Ethik damit ganz klare „verläßliche Regeln für Willensbildung und stellvertretendes Handeln" (Sutor 1997: 42).

77 Sutor versteht politisches Handeln als „vermittelte Interaktion", sobald wir „die Kleingruppe" durch „vorgegebene Regeln und [..] repräsentative Akteure" verlassen (Sutor 1997: 29).

78 Das liegt u.a. daran, dass man von einer Generalisierbarkeit individueller Verantwortung im Kontext des Politischen grundsätzlich absieht – und damit auf ein Regelwerk zurückgreift, das, im politischen Sinne, institutionell organisiert und gewährleistet sein müsse, um ethische Standards zu garantieren.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

6.1.8 Ab wann kann von einem politischen Akteur gesprochen werden?

Im Folgenden werden Kriterien entwickelt, worauf sich bezogen ein *politischer Akteur* bestimmen lässt. Diese Eingruppierung ist rein normativ. Sie ist als keine Generalisierung zu verstehen. Die Kategorien, die im Folgenden erarbeitet werden, sollen als Vorschläge verstanden werden (auch für mögliche Folgestudien), ab wann von einem *politischen Akteur* gesprochen werden kann. Zum einen werden dazu die normativen Zielsetzungen der Akteure einer Bewertung unterzogen, die die jeweilige Handlungsmotivation erklären. Zum anderen werden Umsetzungsprozesse als Kriterien berücksichtigt, und die Erkenntnisse dazu konnten durch die Interviews, teils durch teilnehmende Beobachtungen gewonnen werden. In der Summe lassen sich dazu neben ethisch-ökologischen und fair-sozialen Kriterien vor allem demokratieerzeugende und gemeinwohlorientierte Aspekte berücksichtigen – und darüber kann wiederum der *ethische* vom *politischen Herstellertyp* abgegrenzt werden, wobei die Übergänge fließend sind. Auch könnte man – je nachdem, was man als politisch versteht – bereits den *ethischen Herstellertyp*[79] als *politischen* eingruppieren und umgekehrt, den *politischen* als unpolitischen begreifen.

Wie soll ein *politischer Akteur* im Folgenden bestimmt werden? Ein *politischer Herstellertyp* wird aufbauend auf der Definition von politischem Handeln (Proto-Politics versus Subpolitik) folgendermaßen verstanden, bzw. müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein, um von einem *politischen Akteur* sprechen zu können:

1. Die Akteure formulieren übergeordnete gesellschaftspolitische Ziele über ihr Arbeitshandeln. Die Handlung selbst lässt sich unabhängig von den Handlungskonsequenzen als politisch verstehen (die sogenannte deontologische ethische Perspektive einer sozialen Handlung).
2. Die Folgen und Konsequenzen der Handlung werden von den Herstellenden antizipiert (die teleologische ethische Perspektive des Handelns).
3. Ziel ist die Beeinflussung anderer über soziales Handeln, das mindestens auf „Regelungen des Zusammenlebens" abzielt, „die für die ganze Gesellschaft verbindlich gelten sollen" (Meyer 2006: 47). Das Handeln kann zusätzlich auf die Durchsetzung

79 Der Begriff der Ethik ist an dieser Stelle erklärungsbedürftig, weil er nicht nur zwischen deskriptiver (beschreibender) Ethik, normativer (wertender) Ethik und der Metaethik (Wissenschaftstheorie der Ethik) differiert (vgl. Fenner 2020: 16ff.). Er spaltet sich auch sowohl in den Bereich der begründungs- und anwendungsorientierten Ethik als auch in den der Individual- als Strebensethik sowie in die Sozial- als Sollensethik (ebd.: 22ff.) – erstere, die Individual-/Strebensethik, fragt nach dem individuellen Glück des Einzelnen, zweitere, die Sozial-/Sollensethik, stellt die Interessen der Gemeinschaft heraus, woraus sich „verbindliche Sollensforderungen wie Verbote und Gebote" ergeben (ebd.: 23), wenngleich auch die Strebensethik eine Form der gesellschaftlichen Verantwortung sein kann. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass sich bereits bei den *produktionsorientierten* Typen ethische Motive erkennen lassen, wenn man Ziele des individuellen Glücks als ethische Dimension der Individualethik heranzieht. Ethik soll in dieser Studie aber als Form eines gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins verstanden werden, und hier zeigt sich, dass nur ein Teil der Befragten verbindliche Sollensforderungen aus dem Handeln ableitet – diese Typen wurden als die *ethischen* begriffen. Bei einem anderen Teil wiederum werden zusätzlich politische Forderungen gestellt – diese Typen wurden als die *politischen* klassifiziert.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kollektiv verbindlicher Entscheidungen hinwirken (Proto-Politics), wobei letzteres keine Voraussetzung ist.

Das heißt, dass die politische Intention und eine entsprechende Interessenartikulation nicht zwingend sind, um die Handlung als politisch zu verstehen. Ergebnis dieser Studie ist aber, dass beides mit den oben genannten Kriterien korrespondiert. Auch können Selbstzuschreibungen das Resultat von Selbstbildern sein, die nicht der Wirklichkeit entsprechen (vgl. Voswinkel 2011: 51ff.).[80] Gerade Themenfelder und Schlagworte wie ‚Do it Yourself', ‚Selbermachen' oder ‚kreative Arbeit' sind im Zuge medialer „*framing*-Effekte" (Gabriel et al. 2020: 26, H. i. O.) hochgradig gesellschaftspolitisch aufgeladen. Schon darum sind die Selbsteinordnungen der Akteure nicht freizusprechen von geführten Diskursen, die ideelle Selbstbilder erzeugen (können). Darum ist die folgende Einordnung zum politischen Akteur auch als Konstruktion eines „Idealtypus" nach Max Weber zu verstehen (Weber 1988: 194; vgl. Blatter et al. 2007: 41; Kluge 1999: 68ff.), die in der Praxis Abweichungen zeigen wird.

Im nächsten Schritt werden dazu die empirischen Ergebnisse vorgestellt. Dazu werden zunächst die zentralen Kategorien und im Anschluss die Typen der Untersuchung präsentiert. Darauf aufbauend werden konkrete Fallbeispiele einzelner Produktionstypen dargestellt. Die Namen der Akteure wurden, wie eingangs angeführt, genauso anonymisiert wie Projekttitel oder Namen von Produkten, die auf Akteure und ihre Arbeitsformen schließen lassen. Zu beachten ist überdies, dass bei den folgenden Fallbeispielen nicht mehr alle entwickelten Kategorien aufgeführt sind und mit Aussagen aus dem Datenmaterial erläutert werden. Es werden nur noch die Kategorien beschrieben, die den jeweiligen Fall charakterisieren und Antworten auf die forschungsleitenden Fragen geben.

6.2 Typen, Typologien, Fallbeispiele

Wie wurden aus der Typenbildung Typologien entwickelt? Und wie konnte daraus eine zentrale Typologie herausgearbeitet werden? Wie im Kapitel 6.1.4 dargelegt, lassen sich Typologien – im Gegensatz zum „Typ" – als das „Ergebnis eines Gruppierungsprozesses" verstehen, „bei dem jene Objekte eines Untersuchungsbereiches zu Typen zusammengefasst werden, die sich hinsichtlich einer oder mehrerer Merkmalsausprägungen besonders ähneln" (Kluge 1999: 42). Im Gegensatz zum Typ geht es damit um keine interne Homogenität, sondern um die „externe Heterogenität zwischen den Typen" (ebd.: 30).[81] Dazu konnten die drei angeführten Typen, der *produktionsorientierte*, *ethische* und *politische*

80 So kam es im Forschungsverlauf zum Beispiel in wenigen Fällen vor, dass Akteure sich oder ihre Arbeit als politisch verstehen, die Auswertung des Datenmaterials jedoch ergab, die interviewte Person als keinen politischen Akteur aufgrund getroffener Aussagen und der oben angeführten Kriterien einzugruppieren.

81 Typologien lassen sich sowohl durch einzelne Merkmale von Typen als auch durch die Zusammenführung und Kombination verschiedenster Merkmale bilden. Wie bereits dargelegt, spricht die qualitative Sozialforschung darum von *eindimensionalen* und *mehrdimensionalen* Typologien (vgl. Kelle/Kluge 2010: 87). Typologien können die Grundlage für die anschließende Theoriebildung bil-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Herstellertyp, herausgebildet werden, die sich anhand von Zielvorstellungen und Handlungsstrategien unterscheiden lassen – und die in Bezug auf politische Kontexte (Ziele, Forderungen, Umsetzungsstrategien) differenziert werden können.

6.2.1 Typ 1: Create things and feeling good: die produktionsorientierten Selbsthersteller*innen

Bei den *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* stehen der Prozess des Herstellens und das Produkt als solches im Vordergrund. Diese Herstellertypen knüpfen an subjektivistische Begründungsmodelle der Ethik an (vgl. Fenner 2020: 86), wonach das Streben nach Lust und Glück handlungsleitend ist.[82] Die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* wollen etwas Eigenes schaffen – es geht um Sinnbezüge in der Arbeit (*normative* Subjektivierung von Arbeit), die sich primär auf den Faktor „Spaß an der Arbeit" beziehen (vgl. dazu Manske 2007: 55f.). Zudem sind die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* als Gegenmodell zur entfremdeten Arbeit bei Marx zu verstehen: Diese Akteure macht es bereits zufrieden, wenn sie selbst herstellen und unabhängig sind. Ethisch-ökologische oder gesellschaftspolitische Zielvorstellungen sind sekundär. Die Akteure haben in der Regel ein geringes politisches Kompetenzgefühl. Politik spielt für sie keine oder nur eine untergeordnete Rolle – wenngleich manche angeben, politisch interessiert zu sein oder aus dem Datenmaterial ein gewisses politisches Interesse erkennbar wurde.

Dieser Akteurstyp konnte aufgrund der verschiedenen Erwerbszugänge oder Arbeitsformen zusätzlich in drei weitere Untertypen unterteilt werden, die in der folgenden Typologie gegenübergestellt sind. Eine genaue Beschreibung und Abgrenzung der drei Typen folgt im Anschluss.

---

den. Hin und wieder handelt es sich aber auch nur um einen notwendigen „Zwischenschritt" (ebd.: 91).

82 Subjektivistische Begründungsmodelle stehen den objektivistischen entgegen, die „ethische Beurteilungskriterien unabhängig von [..] persönlichen Interessenlagen oder Lustempfinden" anlegen (Fenner 2020: 86). In dieser Studie ist eine klare Grenzziehung allerdings nicht möglich, wenngleich die objektivistischen bei den *ethischen* und *politischen* Typen überwiegen, aber nicht freizusprechen sind von subjektivistischen Begründungsmustern. Allerdings geht es dabei um keine egoistischen Motive, und das gilt selbst für die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen*. Auch diese Typen stellen keine Einzelinteressen vor das Allgemeinwohl im Sinne eines ethischen Egoismus (vgl. ebd.: 87). Sie bilden auch keine Formen eines „quantitativen Hedonismus" nach Jeremy Bentham (2003) heraus, wonach das größtmögliche Glück an der größtmöglichen Anzahl der am Glück bemessenen Menschen zum Moralprinzip wird. Die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* repräsentieren eine Form des „qualitativen Hedonismus" nach John S. Mill (1976), indem die „unterschiedliche Qualität oder Beschaffenheit einer Lust oder Freude" in den Vordergrund tritt (Fenner 2020: 93) – und in dieser Studie drückt sich das in der Perfektionierung eines Produkts aus.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

*Tabelle 2: Typologie produktionsorientierte Selbsthersteller*innen*

Kriterien	**produktionsorientiert-hedonistisch**	**produktionsorientiert-unternehmerisch**	**produktionsorientiert-zweckrational**
Erwerbsstatus	Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in	Teilzeit- oder Vollzeit-Unternehmer*in	vermehrt Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in
Beweggründe des Selbstherstellens	Spaß, Erfindergeist und Lust etwas Neues herzustellen	Spaß, Erfindergeist und Lust etwas Neues herzustellen verbinden sich mit unternehmerischen Zielen	Handlungen sind zweckrational bestimmt
Selbstentfaltung und Selbst-wirksamkeit	Gestaltung des Objekts nach eigenen Vorstellungen, Freude am Experimentellen	Gestaltung des Objekts nach eigenen Vorstellungen, Freude am Experimentellen, Einbeziehung von Kundenwünschen	Gestaltung wird als notwendig erachtet. Objekt ist Gebrauchsgegenstand
Autonomie	freie Produktgestaltung und Entscheidungs-findung	freie Produktgestaltung und Entscheidungs-findung, Berücksich-tigung von Kunden-wünschen	freie Produktgestaltung und Entscheidungsfindungen dienen einem Zweck
Authentizität	authentisches Produkt, Materialechtheit, Ehrlichkeit gegenüber sich selbst	authentisches Produkt, Materialechtheit, Ehrlichkeit gegenüber sich und Kunden	spielt keine Rolle
Unternehmerische Ziele und Strategien	schwach ausgeprägt	stark ausgeprägt	schwach ausgeprägt, dient dem Selbstzweck
Produktions-kriterien	qualitative Aspekte stehen im Vordergrund	qualitative Aspekte stehen im Vordergrund	funktionale Aspekte stehen im Vordergrund
Kunden-orientierung	schwach ausgeprägt	stark ausgeprägt	schwach ausgeprägt
Gesellschafts-kritik	tritt ein für eine freie offene Gesellschaft, übt keine Kritik an der Gesellschaft	tritt ein für eine freie offene Gesellschaft, übt keine Kritik an der Gesellschaft	tritt ein für eine freie offene Gesellschaft, übt keine Kritik an der Gesellschaft
Verantwortungs-bewusstsein	nicht erkennbar	interne Unternehmens-verantwortung (in der Regel sich selbst gegenüber)	nicht erkennbar

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Einfluss und Beeinflussung	Objekteinfluss[83]	starker Objekteinfluss	keine Bedeutung
Netzwerkbildung	Akquirierung von potenziellen Kunden oder Interessenten	stark berufs- und/oder branchenbezogen	spielt keine Rolle
Selbstverständnis als politischer Akteur	kein bis mäßiges politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist gering	kein bis mäßiges politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist gering	kein bis mäßiges politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist gering
Politische Ziele und Strategien	nicht erkennbar	nicht erkennbar	nicht erkennbar

Produktionsorientiert-hedonistisch

Dieser Produktionstyp stellt Produkte in der Freizeit her. Unternehmerische Ziele sind genauso wenig erkennbar wie ökologische oder gesellschaftspolitische Motive. In der Regel geht es diesem Produktionstyp darum, eigene Ideen zu testen oder einen ersten Prototyp zu entwerfen – und er lässt sich am ehesten dem „qualitativen Hedonismus" nach John S. Mill zuordnen (vgl. Fenner 2020: 93), da sich die Qualität der Lust in der Produktverwirklichung verkörpert. Kundenbindungen sind schwach ausgeprägt. Das politische Interesse ist mäßig bis gering. Das politische Kompetenzgefühl ist ebenfalls schwach. Politische Ziele sind im Produktionsverlauf nicht erkennbar und spiegeln sich nicht im Arbeitsprozess wider.

Fallbeispiel Saskia Spärling: „Spaß steht bei mir im Vordergrund"

Beweggründe des Selbstherstellens:

Saskia Spärling*[84] hat Bildende Kunst studiert und stellt Armbandketten aus Jerseystoff her. Das Selbstherstellen ist für sie ein „reines Hobby". Als Beweggrund nennt sie:

> „Ich bin jemand, der gerne etwas mit den Händen macht […], hab' ja [..] Bildende Kunst studiert, hab' da selbst schon so Keramikos gemacht. Ich mag's einfach, mit den eigenen Händen zu arbeiten. Mit den Ketten ist es ja so was, was ich anfassen kann und wo ich sehe […] was sich gleich so entwickelt."[85]

83 Objekteinfluss bezieht sich in diesem Falle auf den Einfluss/die Beeinflussung durch das Produkt.

84 Das Symbol * kennzeichnet, wie eingangs dargelegt, dass die Namen der Befragten und entsprechende Merkmale, die auf einen bestimmten Akteur schließen lassen, in dieser Studie anonymisiert worden sind. Das Symbol * wird einmalig bei der Erstnennung sowie späteren Anführungen mehrerer koexistierender Anonymisierungen verwendet.

85 Bei der Wiedergabe von Zitaten aus dem Datenmaterial wird im Folgenden auf „Transkriptionssymbole für Gesprächsaufzeichnungen" (Kleemann et al. 2009: 31) weitestgehend verzichtet. Pausen mit Zeitangaben, Lachen sowie Emphasenintonationen sind aufgrund der Lesefreundlichkeit nicht mehr aufgeführt. Genauso wird von der Nennung der Kodierzeilen abgesehen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

Saskia Spärling hatte im Internet zunächst eine Anleitung zum Selbsterstellen gefunden und dann für sich entschieden:

> „Mensch, da kann man noch was ganz anderes draus machen. Hab' dann bisschen ausprobiert und […] für mich so eine Kette hergestellt und ganz viele Komplimente dafür bekommen. Dann wollten alle meine Freunde auch so eine Kette haben, ja…und so bin ich darauf gekommen."

Unternehmerisches Handeln:
Zum Zeitpunkt des Interviews ist bei Saskia Spärling kein unternehmerisches Handeln erkennbar. Es gab noch keine eigene Webseite, auch kein eigenes Label, lediglich ein entworfenes Logo. Gleichwohl merkt sie an, dass sie sich vorstellen könne, aus ihrer Idee ein Geschäftsmodell werden zu lassen.

Gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln:
Saskia Spärlings Beweggründe des Selbstherstellens sind zum Zeitpunkt des Interviews rein hedonistischer Natur und stark funktionsorientiert. Sie führt weder unternehmerische Ziele noch ethische-ökologische oder sozialverantwortliche Kriterien für ihr Arbeitshandeln an. Allerdings sagt sie, wenn sie die Produktion ihrer Kette einmal in größeren Dimensionen plane, was davon abhinge, ob das Produkt von einem größeren Kundenkreis angenommen werde, sie sich gerne an „nachhaltigen" Produktionskriterien orientieren wolle:

> „Ich würde halt auch gerne was verkaufen können, wo ich hinter stehe, was ich schon angesprochen habe, mit den Materialien und so."

Ethisch und nachhaltig zu produzieren hängt bei Saskia Spärling im Wesentlichen vom Bedarf ab. Nachhaltige Produktionsstandards sind abhängig von Kundenadressierungen und dem Prozess der Markteinmündung.

Produktionskriterien:
Saskia Spärling sucht die Stoffe in erster Linie nutzungsbezogen aus. Wichtig sind ihr Materialien, die lange halten. Den Umweltgedanken formuliert sie erst im Verlauf des Interviews weiter aus:

> „Also wenn es ein Abfallprodukt ist […], ist es ja auch schon mal an sich ganz ökologisch. Das würde ja sonst weggeschmissen werden, aber vielleicht gibt's ja auch noch andere Möglichkeiten, so fair damit umzugehen. Ich finde diesen Upcycling-Gedanken da auch noch ganz gut drin, wenn man was nutzt, was eh schon da ist."

Später sagt sie noch:

> „Wir haben ja schon alles im Überschuss, und ich würde es irgendwie doof finden, wenn noch etwas existiert, was in dem Sinne keiner braucht, dann würde ich es wenigstens so herstellen wollen, dass es nicht ein Zusatzding ist, für das dann Ressourcen weggenommen werden."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Der Nachhaltigkeits- oder Fairtradegedanke wird bei Saskia Spärling zum einen an umweltbezogenen Kriterien festgemacht, nicht aber an sozialverantwortlichen Maßstäben. Wenn sie allerdings einmal nachhaltig produzieren würde, was ein langfristiges Ziel von ihr ist, würde sie das nutzen wollen, „was eh schon da ist". Zum Zeitpunkt des Interviews spielen Nachhaltigkeitskriterien allerdings keine Rolle. Auf die Frage, warum sie nicht von Beginn an umweltschonend oder sozialverantwortlich herstellt, sagt sie:

> „Na weils [..] son Prozess ist, ich wollte ja diesen Schal machen und hatte dieses Material und hab' gedacht, ok [...] welche Farbkombination passen gut zusammen [...]. Aber wenn ich jetzt wirklich in sone Richtung denken würde, würde ich mir darüber auch noch Gedanken machen."

Das Umsetzen von Nachhaltigkeitskriterien sieht Saskia Spärling als Teil ihrer Professionalisierung an, was sich ihrer Meinung nach erst entwickeln müsse. Qualität ist für sie das Entscheidende. Und sie möchte, wenn sie ihr Projekt einmal größer denkt, alles professionell angehen. Qualität ist ihr auch in Bezug auf die Außenwahrnehmung wichtig.

Hervorzuheben ist, dass es bei Saskia Spärling eine klare Trennung zwischen eigenem Konsumverhalten und nachhaltigen Produktionskriterien gibt. So erzählt sie im weiteren Gesprächsverlauf, dass sie sich im Privaten bereits ökologisch orientiere, ökologische Standards für sie aber noch keine Produktionsvoraussetzung sind. Diese wolle sie erst umsetzen, wenn sie ihre Idee unternehmerisch angeht:

> „Im Privaten gucke ich schon darauf, mir ist es in den letzten Jahren zunehmend bewusst geworden, [..] wie viel Plastik man verwendet, bin dann auch so ein kleines bisschen öko geworden, aber noch nicht hundertprozentig. Ich bin jetzt auch kein Veganer oder so, aber ich beschäftige mich mit den Themen und find's total gut, das Schlimme ist aber, je mehr man weiß, desto verrückter wird's, weil man selbst mit seinem Gewissen im Konflikt steht. [...] Deswegen wär's mir eben auch wichtig, das dann auch anzuwenden, für mein eigenes Business."

Selbstverständnis als politischer Akteur:
Saskia Spärling engagiert sich neben der Arbeit ehrenamtlich beim Projekt *Round About.* Darüber können Einkommensschwache zu günstigen Konditionen an Kulturveranstaltungen teilnehmen. Ihre Arbeit und das Selbstherstellen sieht sie aber weder als politisch an noch zieht sie zum Zeitpunkt des Interviews in Erwägung, sich weiter gesellschaftspolitisch zu engagieren. Der Faktor Zeit spielt für sie eine entscheidende Rolle:

> „Also ich bin informiert, engagiere mich aber sonst nicht weiter [...]. Dafür fehlt mir schlicht [...] die Zeit. [...] Klar also so im gesellschaftlich politischen Bereich, [..] da kriegt man schon auch so viel mit, was es schon so gibt, von Vereinen, Organisationen, gerade in Berlin, unglaublich dicht, überhaupt deutschlandweit. Ja, aber mir reicht das so, was ich so zu tun hab', wenn ich irgendwann merke, da gibt's was, was ich gerne weiterentwickeln kann, dann kann man das ja auch immer noch machen."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entgrenzung:
Saskia Spärling beschreibt im weiteren Verlauf, wie wenig Zeit sie für alles hat. Zeitknappheit und zeitliche Entgrenzung sind für sie der primäre Grund, warum sie sich neben der Arbeit nicht politisch engagiert.

Resümee: Zum Zeitpunkt des Interviews ist Saskia Spärling als *produktionsorientiert-hedonistischer* Produktionstyp einzuordnen. Vermutlich wäre sie zu einem späteren Zeitpunkt als *ethisch-unternehmerischer* Produktionstyp einzustufen gewesen.

Produktionsorientiert-unternehmerisch

Dieser Produktionstyp verbindet Experimentierfreude mit unternehmerischen Zielen. Im Gegensatz zum hedonistischen Produktionstyp kommt eine unternehmerische Perspektive hinzu. Ziel ist es, dass sich das selbst hergestellte Produkt am Markt etabliert, wenngleich die Gewinnerzielungsabsicht kein primäres Produktionsziel ist. Im Idealfall wird das Label aber ab einem gewissen Zeitpunkt hauptberuflich betrieben. Ökologische oder sozialverantwortliche Produktionskriterien sind nur vereinzelnd zu erkennen. Sie sind keine Produktionsvoraussetzung. Im Vordergrund stehen qualitative Aspekte, die sich aus sozialen Interaktionen, so beispielsweise mit Kunden und Kundinnen, ergeben. Das politische Interesse ist mäßig bis gering. Politische Ziele werden mit der Arbeit nicht verbunden. Das politische Kompetenzgefühl ist schwach ausgeprägt.

Fallbeispiel Stefanie Schrader: „Irgendwann habe ich alles auf eine Karte gesetzt"

Stefanie Schrader* stellt eigene Kinderkleidung her und betreibt ihr Label *Seekids**. Sie ist promovierte Psychologin und hat bereits in diesem Feld gearbeitet. Die Arbeit als Psychologin war für sie aber nicht zufriedenstellend. Darum fing sie an, zunächst nebenher, Kinderkleidung für sich und ihr Kind und später auch für andere Kinder herzustellen.

Beweggründe des Selbstherstellens:
Die Beweggründe, Dinge selbst herzustellen, sind bei Stefanie Schrader in erster Linie auf Spaß am Gestalten zurückzuführen, auch bedingt durch die Erkenntnis, dass sie Talent zum Selbstgestalten habe, wie sie sagt. Stefanie Schrader findet Gefallen an kreativproduktiver Arbeit. Auch bereitet es ihr Freude, wenn zum Schluss ein Produkt nach eigenen Vorstellungen entsteht, das anderen gefällt. Ihren Weg beschreibt sie so:

> „Na ich war [..] schwanger und dann habe ich angefangen zu nähen für meine Tochter und habe dann immer weiter genäht und hab' [..] gemerkt, ach das macht mir total Spaß. Und ich kann das irgendwie ganz gut, es fällt mir leicht und ich kann das auch ganz gut verstehen wie das funktioniert und welche Schritte man machen muss, damit es am Ende auch passt und man es überhaupt anziehen kann. Und dann war es so, dass viele Freunde [..] gesagt haben, das ist toll und probiere das mal weiter. Und dann hatte mir die eine Freundin dieses Dawanda empfohlen und gesagt, das soll ich mir mal angucken. Und dann hab' ich mir gedacht, ich probier' das jetzt einfach mal so."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Unternehmerisches Handeln:
Bei Stefanie Schrader verbindet sich von Beginn das Kriterium Spaß am Herstellen mit unternehmerischer Zielsetzung. Als sie merkt, dass ihre Produkte Abnehmer*innen finden, entschließt sie sich, alles auf eine Karte zu setzen – sie gründet ihr Label *Seekids*. Ihren alten Beruf gibt sie dafür auf. Sie beschreibt diesen Schritt so:

> „Und so ein kleiner Nebenverdienst wäre auch nicht schlecht, mit dem, was ich gerne mache und was mir Spaß macht. Dass das dann so explodiert, damit hatte ich ehrlich gesagt [..] nicht gerechnet. Ich hab's mir gewünscht und ich hab' auch immer viel gemacht, dass ich in der Suchfunktion weit vorn bin und dass die Leute mich finden und meine Sachen halt zuerst auftauchen, wenn man bestimmte Suchbegriffe eingibt, aber..[...] ja, das war dann als es dann gut lief und ich gemerkt habe, ich kann davon [..] relativ gut leben, habe ich gemerkt, so ich mache das jetzt, ich zieh das jetzt durch."

Den Berufswechsel traut sie sich allerdings erst zu, als sie merkt, dass aus einem anfänglichen Nebenverdienst eine hauptberufliche Tätigkeit werden kann. Das Einmünden in die labelbezogene Hauptberuflichkeit geht bei Schrader klar mit unternehmerischen Zielsetzungen und einer Marktperspektive einher. Im Gegensatz zu anderen Akteuren des Samples wagt sie den Schritt in die Selbstständigkeit schon recht früh. Dafür gibt sie ihre bisherige berufliche Laufbahn auf.

Gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln:
Seekids ist kein Nachhaltigkeitslabel, das betont Stefanie Schrader, wenngleich sie auch sagt, durchaus verantwortungsvoll im Produktionsprozess handeln zu wollen:

> „Also ich hab' jetzt nicht irgendwie so 'nen Anspruch, dass ich denke, das ist jetzt alles Fairtrade oder so. So was hätte ich schon gerne, aber es ist auch schwierig, an die Stoffe ranzukommen. Aber richtig, so eher dieses dass man so ein bisschen Fairtrade ist, ist es ja schon, weil ich das ja auch wirklich selber mache. Dass da niemand sitzt, dass ich denke, so selbstgemachte Sachen und irgendwie beutet der dafür niemanden aus. Darum geht es mir schon auch ein bisschen [...], das hat dann auch so seinen Preis, das kann sich auch nicht jeder leisten, das ist mir auch klar."

Stefanie Schrader versteht das Selbstherstellen als Form der fairen Arbeit, da sie darüber niemanden ausbeute. Zugleich verortet sie das „Faire" im Wortlaut als etwas Soziales, das sich aus der Art und dem Prozess der Arbeit heraus ergibt – ohne dass es von ihr als Produktionsziel ausgegeben wird.

Produktionskriterien:
Ökologische oder sozialverantwortliche Standards sind bei Stefanie Schrader kein Produktionskriterium. Vielmehr sei die Arbeit Ausdruck eines Verantwortungsbewusstseins, weil man gute Arbeit leiste. Ökologische oder fair-soziale Kriterien sind jedoch kein Muss. Im Vordergrund steht der funktionale Aspekt:

> „Also ich habe jetzt mittlerweile verschiedene Stoffhändler, die dann zu mir kommen und die bringen dann ihre Paletten mit und dann gucke ich nach, dass es alles Kinder- und Babysachen sind, dass es gemütlich ist, dass es ökologisch ist."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Weiter sagt sie:

> „Es klappt auch nicht immer, aber in den meisten Fällen sind die Stoffe nach so nem Standard [..] zertifiziert. Und dann gucke ich einfach, welche Farben mir gefallen und was könnte man gut kombinieren und hab' dann vor allem Cord und natürlich Baumwollstoffe, wo dann auch immer alles aus 100 Prozent Baumwolle ist. Dass da nicht irgendwie Polyester mit drin ist, darauf achte ich, wenn ich die Stoffe auswähle. Und saisonal natürlich, dass ich im Sommer Leinenstoffe hab' und im Winter dann ein bisschen wärmere Stoffe, also dicke Wollstoffe, so was habe ich dann auch."

Selbstverständnis als politischer Akteur:
Stefanie Schrader versteht ihre Arbeit in keiner Weise als politisch. Auch verortet sie ihr Label in keinem politischen Kontext. Auffällig ist aber, dass sie über ihre Arbeit gegenüber ökologischen Themen sensibilisiert wurde und sich darüber ihr Kaufverhalten verändert hat:

> „Seitdem ich das hier [...] mache, fällt es mir schon schwerer, bei H&M oder so einzukaufen. Dass ich dann eher so denke, [...] die kleinen Läden, die hier so in der Umgebung sind und versuch die zu unterstützen und kauf mir so weniger, als ich sonst bei H&M gekauft hab'. Aber da weiß ich ja auch nicht immer wirklich wer das jetzt produziert oder so, es gibt einem halt ein besseres Gefühl, weil man in einem kleineren Laden kauft als bei H&M zum Beispiel."

Zugleich ist Stefanie Schrader in keiner Form politisch oder gesellschaftlich engagiert. Sie wolle über ihr Handeln aber diejenigen unterstützen, die ebenso wie sie einen kleinen Laden oder ein Label haben:

> „Und halt irgendwie so das Bewusstsein, wenn ich denke, wenn ich da mehr Geld für ausgebe und irgendwie jemand anderen damit unterstütze, so einen Kiezcharakter, das finde ich auch ganz schön, [...] das hat sich so tatsächlich verändert, dass ich nicht mehr losgehe und wahllos irgendwas kaufe, sondern mir das auch genau überlege [...]. Und bei meiner Tochter ist es so, die hat dann so Hosen und Röcke und Kleider, hat sie halt alles von mir. Und bei so Schneeanzügen und Regensachen, da sind wir dann halt auch so, dass wir gucken, wo kann man das irgendwie gut kaufen, dass es nicht zu teuer ist, aber jetzt auch nicht bei Kik oder so."

Im weiteren Gespräch betont Schrader weiter den Aspekt der Regionalisierung. So sagt sie:

> „Ich habe auch ein paar Stoffe, die kommen aus einem kleinen Werk in Norddeutschland, da werden auch so Fischerhemden draus gemacht. Und das sind natürlich dann auch so ökologische Produkte und auch speziell, wo ich dann auch guck, dass das nicht jeder hat."

Ökologische Standards sind bei Stefanie Schrader keine Produktionsvoraussetzung. Wenn überhaupt, ließe sich eine ökologische Dimension bei Schrader über den Aspekt der Regionalisierung und Handfertigung ausmachen, da darüber keine Massenware

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

gefertigt wird. Zugleich hebt sie sich damit von der Konkurrenz ab, weil sie Unikate herstellt.

Resümee: Stefanie Schrader lässt sich als *produktionsorientiert-unternehmerischer* Typ beschreiben, da sie unternehmerische Ziele verfolgt. Ihr Fall steht exemplarisch für den Übergang vom *produktionsorientiert-hedonistischen* zum *produktionsorientiert-unternehmerischen* Herstellertyp. Hätte das Interview in der Anfangsphase stattgefunden, als sie den ersten Prototyp entwickelte, wäre sie vermutlich als *produktionsorientiert-hedonistisch* einzustufen gewesen.

Produktionsorientiert-zweckrational

Dieser Typ wurde im Sample nicht gefunden. Er soll an dieser Stelle dennoch im Sinne einer ‚Konstruktion empirischer Gegenevidenz' als „Fallkonstrastierung anhand von *Gegenbeispielen*" (Kelle/Kluge 2010: 43, H. i. O.)[86] aufgeführt werden (vgl. Kluge 1999: 68). Dieser Akteurstyp handelt überwiegend zweckbezogen, da das Ökologische oder Sozialverantwortliche einem Zweck dienen soll. Der Zweck ist damit gleichbedeutend mit dem Sinn, darum ist er auch klar zu unterscheiden von einem Zweckverständnis im Sinne Hannah Arendts (siehe Kapitel 4.1.2): Nach Arendt sind Zweck und Sinn zu trennen, weil jeder Zweck für neue Zwecke missbraucht werden könne (vgl. Arendt 2013: 183; siehe auch Thaa 2011: 37).[87] Darum spricht Arendt dem Herstellen auch einen tieferen Sinn ab, weil Produktion und Produkt zweckgerichtet sind. Eine andere Perspektive bietet Max Weber, der Zweck und Sinn zusammenführt, indem er die Sinnstiftung mit einer „auf einen Endzweck" gerichteten Handlung gleichsetzt (Thaa 2011: 37). Diese Sinnstiftungen sind es, die die Produktionsabläufe der Akteure dieser Studie in hohem Maße bestimmen, selbst wenn keine ethisch-ökologischen oder politischen Ziele verfolgt werden. Eine „Subjektivität des Brauchens" (Arendt 2013: 184) aber, von der Arendt spricht, und wonach Herstellende ausschließlich das anfertigen, was zum Arbeiten gebraucht wird, konnte in dieser Studie nicht ausgemacht werden. Der Grund dafür ist der, dass die Akteure mit ihrer Arbeit in der Regel ideelle Wertvorstellungen verbinden und sich mit ihrer Arbeit und dem Produkt in hohem Maße identifizieren. So ließ sich in dieser Studie kein Produktionstyp finden, der Produkte nur darum herstellt, um sich an anderer Stelle die Arbeit zu erleichtern. Es gab nur eine Befragte, für die Sinn und Zweck in der Form zusammenfallen, dass das Wiederverwenden von Materialien ein Mittel ist, um „‚Geld zu sparen'" (Offe/Heinze 1990: 47). Aber auch hier wird das Selbstherstellen als nützliche Arbeit für sich und die Gesellschaft verstanden – weil das Wiederverwerten Ressourcen spart.

---

86 Kluge unterscheidet dazu die Konstruktionen von Idealtypen, die vorrangig aus theoretischen Überlegungen gebildet werden, von heuristischen empirischen Typologien, die deduktiv, das heißt vom Allgemeinen auf den Einzelfall zu bestimmen sind (vgl. Kluge 1999: 60ff.).

87 Hannah Arendt behauptet nicht, dass das Herstellen gesellschaftlich wertlos sei. Ganz im Gegenteil hebt sie die Wichtigkeit langfristiger Produkte hervor. Arendt warnt jedoch davor, die Prinzipien des Herstellens als Zweck-Mittel-Relation auf das Handeln, auf den Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen und das Politische, zu übertragen (siehe zur Vertiefung das Kapitel 4.1.2).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Zu vermuten ist, dass ein Produktionstyp, für den das Selbstherstellen reine Arbeitserleichterung darstellt oder zur Kosteneinsparung dient, vorrangig im Hobby-Segment zu finden ist. Im Designkontext mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit konnte ein solcher Typ nicht gefunden werden.

6.2.2 Typ 2: Doing good and create things: die ethischen Selbsthersteller*innen

Diese Hersteller*innen stellen ethische Produktionsprinzipien im Herstellungsprozess voran. Das Ethische bezieht sich dabei auf das klassische Verständnis der Ethik, wonach die- oder derjenige ethisch handelt, der/die „sich nicht allein regelkonform verhält und den tradierten Handlungsregeln blindlings folgt, sondern [..] aus Überlegung und Einsicht [...] das Richtige tut" (Fenner 2020: 16). In dieser Studie beziehen sich ethische Ziele und Produktionsprinzipien a.) auf ökologische und/oder b.) auf fair-soziale Kriterien (z.B. kein Handeln mit Anbieter*innen, die Arbeitskräfte ausbeuten, faire Entlohnung von eigenen Mitarbeiter*innen etc.), wobei die ökologische Dimension überwiegt. In der Mehrheit sind damit Prozesse des Re- oder Upcyclings von Materialien gemeint, hin und wieder auch Produktionsverfahren des *Cradle to Cradle*, wonach Produkte entweder technisch in ihre Ursprungsteile zerlegt oder biologisch wiederverwertet werden (vgl. Braungart/McDounough 2013; Scholz et al. 2018).[88] Die Produktion dazu folgt in der Regel in zwei zentralen Schritten: Zunächst holt man sich Feedback von Bekannten oder ersten Kunden/Kundinnen ein. So verlangen Eltern beispielsweise häufig hautfreundliche und atmungsaktive Kleidung für ihre Kinder. In einem zweiten Schritt werden ökologische Standards nach klaren Prinzipien festgelegt, die durch Kundenbindungen mitbeeinflusst sind. Allerdings beziehen sich Prinzipien wie Fairness oder soziale Verantwortung in der Regel auf keine inneren Organisations- oder Arbeitsabläufe, vielmehr werden sie externalisiert. So werden Produktionsverfahren häufig in Zusammenarbeit mit Sozialeinrichtungen umgesetzt, um Benachteiligte in den Produktionsprozess zu integrieren. Daraus resultieren aber nicht zwangsläufig Formen der Gleichbehandlung eigener Mitarbeiter*innen etc., bei Solo-Selbstständigen spielen entsprechende Kriterien gar keine Rolle – und das heißt auch, dass man zwar auf ökologische oder fair-soziale Kriterien in der Produktion achtet, sich selbst gegenüber aber oft nicht sonderlich verantwortungsvoll ist. So nehmen einige beispielsweise so gut wie nie Urlaub, da immer wieder Aufträge angenommen werden, weil man mit der Unternehmung kaum oder gar kein Geld verdient.[89] Insgesamt sind bei diesem Produktionstyp ethische Prinzipien Produktionsvoraussetzung. Dieser Produktionstyp betreibt das Label in der Regel neben- oder hauptberuflich, die Produktion und Vermarktung des Produkts erfolgen jedoch immer unter Einhaltung festgelegter Standards. Das Bleibende und Dauerhafte, das nach Hannah Arendt auf langfristige Güter abzielt, aber als reine „Zweck-

88 Ein Problem stellen in diesem Kontext häufig Reißverschlüsse und Knöpfe dar, da sie überwiegend weder ökologischen Standards entsprechen noch kompostierbar sind.

89 Den meisten ist Geldverdienen dennoch wichtig, es steht aber nicht an erster Stelle. Hier ließe sich diskutieren, ob sich darin eine Reproduktion von Selbstbildern ausdrückt, die Selbstrisiken verkennt, weil man arbeitet, ohne (genügend) Geld zu verdienen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mittel-Kategorie“ gilt (Arendt 2013: 184), wird ökologisch und sozialverträglich verstanden: Ein gutes Produkt und etwas Bleibendes zu erschaffen heißt, umweltfreundliche und sozialverantwortliche Standards zu setzen. Und gerade diejenigen, die ihr Produkt hauptberuflich herstellen, verfolgen das Ziel, von der Produktion leben zu können.

Besondere Merkmale:
Die Produktherstellung erfolgt unter Einhaltung ethischer Standards. Das politische Interesse ist mäßig bis hoch, das politische Kompetenzgefühl ist dagegen gering. Die Politik spielt im Leben nur eine untergeordnete Rolle. Aus den Zielen werden keine politischen Forderungen abgeleitet. Die Sensibilisierung gegenüber gesellschaftlichen Prozessen und Missständen erfolgt vor allem produktbezogen.

Tabelle 3: Typologie ethischer Produktionstyp

Kriterien	**ethisch-hedonistisch**	**ethisch-unternehmerisch**	**ethisch-zweckrational**
Erwerbsstatus	Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen	Teilzeit- oder Vollzeit-Unternehmer*innen	Hobbybastler*innen, Teilzeit- oder Vollzeit-Unternehmer*innen
Beweggründe des Selbstherstellens	Spaß und Experimentierfreude verbinden sich mit ethischen Kriterien	Spaß und Experimentierfreude verbinden sich mit ethischen Kriterien und unternehmerischen Zielen	Zweck-Mittel-Relation verbindet sich mit Spaß und Experimentierfreude, um ein Produkt nach ethischen Kriterien herzustellen
Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit	Gestaltung des Objekts nach eigenen Vorstellungen und ethischen Kriterien	Gestaltung des Objekts nach eigenen Vorstellungen und ethischen Kriterien, Orientierung an Kundenwünschen.	Gestaltung des Objekts nach eigenen Vorstellungen, was einem Zweck dient, aber auch ethischen Kriterien entspricht.
Autonomie	freie Produktgestaltung und Entscheidungsfindungen	freie Produktgestaltung und Entscheidungsfindungen	freie Produktgestaltung und Entscheidungsfindungen, die einem Zweck dienen
Authentizität	authentische Produktgestaltung, ehrliches und ethisch vertretbares Produkt, Ehrlichkeit gegenüber sich selbst	authentische Produktgestaltung, ehrliches und ethisch vertretbares Produkt, Ehrlichkeit gegenüber sich und anderen	authentische Produktgestaltung, ehrliches und ethisch vertretbares Produkt, das einem Zweck dient
Unternehmerische Ziele und Strategien	kaum bis gar nicht ausgeprägt	stark ausgeprägt	je nach Fall

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Produktions-kriterien	ethische Produktions-prinzipien sind Produktionsvoraus-setzung	ethische Produktionsprinzipien sind Produktionsvoraussetzung	ethische Produktionskriterien dienen der Kostenreduktion
Kunden-orientierung	kaum bis gar nicht ausgeprägt	stark ausgeprägt	je nach Fall
Gesellschafts-kritik	übt bedingt Gesellschaftskritik, möchte ein ethisches Produkt herstellen	übt Gesellschaftskritik, die sich mit unternehmerischen Zielen verbindet	übt bedingt Gesellschaftskritik, das Produkt soll in erster Linie kostenreduzierend sein
Verantwortung	gesellschaftliche Verantwortung durch ethische Produktionskriterien	interne Mitarbeiter*innen-verantwortung und gesellschaftliche Verantwortung	gesellschaftliche Verantwortung durch die Einhaltung ethischer Produktionskriterien
Einfluss / Beeinflussung	starker Objekteinfluss	Objekteinfluss und gegenstandsbezogener Einfluss (über Themen der Nachhaltigkeit)	gegenstandsbezogene Beeinflussung (Ziel ist die Beeinflussung anderer)
Netzwerke	stark berufs- und/oder branchenbezogen	stark berufs- und/oder branchenbezogen (dient zusätzlich dem inhaltlichen Austausch)	branchenunabhängig, Ziel ist die Vernetzung durch Beeinflussung
Selbstverständ-nis als politischer Akteur	mäßiges bis hohes politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist relativ gering	mäßiges bis hohes politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist relativ gering	mäßiges bis hohes politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist relativ gering
Politische Ziele und Strategien	nicht erkennbar	in Ansätzen erkennbar	nicht erkennbar

Ethisch-hedonistisch

Dieser Produktionstyp verbindet Spaß und Lust am Erfinden mit ethischen Kriterien.[90] Geldverdienen ist kein primäres Produktionsziel, und das gilt selbst dann, wenn man unternehmerisch in Erscheinung tritt. Vorrangiges Ziel ist es, ein sinnvolles und sinnstiftendes Produkt herzustellen. Allerdings wurde dieser Typ in der Studie nur selten gefunden. Ein Grund dafür mag sein, dass ethische Produktionsstandards in der Anfangsphase meist keine Rolle spielen – sie bilden sich erst im Zuge der Unternehmensprofessionalisierung heraus (nur die *politischen* Akteure bilden hierzu eine Ausnahme). Die *ethisch-hedonistischen* Akteure verstehen sich so gut wie nie als politisch. Das politische Interesse ist mäßig, das politische Kompetenzgefühl gering. Politik spielt im Leben nur

90 Ethisch-hedonistisch ist an dieser Stelle nicht zu verwechseln oder gleichzusetzen mit Ansätzen der hedonistischen Ethik aus der Ethikforschung, wonach diejenige Handlung die beste ist, „die am meisten Lust [..] verspricht" (Fenner 2020: 128). Ethisch-hedonistisch meint in dieser Studie, dass sich die Lust am Erfinden mit wertorientierten und ethischen Produktionsprinzipien verbindet.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eine untergeordnete Rolle, aus den Zielsetzungen werden keine politischen Forderungen abgeleitet. Die Sensibilisierung gegenüber gesellschaftlichen Missständen erfolgt vor allem produktbezogen.

Fallbeispiel Jörn Richter: „Wenn ich schon mal etwas Eigenes mache, dann etwas Gutes"

Jörn Richter* hat BWL studiert und jahrelang bei verschiedenen Unternehmen gearbeitet – nebenher ist er Musiker. Irgendwann war er auf der Suche nach einem wasser- und schmutzabweisenden Anzug, weil er zu beruflichen Terminen gerne mit dem Fahrrad fährt. Er fand aber keinen. Darum stellte er ihn selbst her. Den Prozess beschreibt er so:

> „Bei mir war es so, ich fahr' sehr gerne mit dem Fahrrad […], da hat es mich gestört, dass ich zwar 'ne Funktionsjacke tragen kann, die wasserabweisend ist und trotzdem atmungsaktiv und so, dass ich aber keinen Anzug hab', der das so mitmacht. Man hat da so ein paar Klamotten, die gibt es ja von unterschiedlichen Herstellern, die sind komplett wasserdicht und teilweise auch atmungsaktiv, die zieht man wie einen Überzug drüber. Aber das ist natürlich blöd, wenn du zu Kunden und Geschäftspartnern fährst und kommst da in Regenklamotten an […]. Bei dem Anzug war es die Notwendigkeit, das selbst zu machen, weil es so ein Produkt nicht gab […]. Und grundsätzlich ist es bei mir halt so, dass ich gerne Sachen ausprobiere, dass ich gerne kreativ bin und das ist vielleicht so aus dem Wunsch heraus, sich auch selbst zu überraschen, was man machen kann."

Beweggründe des Selbstherstellens:

Die Beweggründe, einen atmungsaktiven, wasser- und schmutzabweisenden Anzug herzustellen, sind bei Jörn Richter stark zweckorientiert. Zugleich reizt ihn der Gedanke, etwas Eigenes zu erschaffen, das Sinn für ihn und andere macht. Auch das Unternehmerische spielt eine Rolle:

> „Und dann haben wir überlegt […], wie könnte man das machen. Und ich zu Robert* so: Komm, Fokussierung ist ultra wichtig, du hast dein Business, ich hab' mein Business, wir müssen das vorantreiben, das läuft nicht von alleine. Und Fokussierung ist das A und O, sonst verzetteln wir uns. Wir sind kreative Typen und so, aber 100.000 Projekte gleichzeitig ist schlecht."

Den Anzug stellt Jörn Richter im Anschluss mit seinem Kollegen Robert* her. Dazu gründet er das Label *Suit Weatherproof One** . Die ersten beiden Kollektionen vertreibt er über Crowdfunding. Richter denkt von Beginn an unternehmerisch. Seinen Job gibt er nicht auf. Jörn Richter wirft im Gesprächsverlauf immer wieder zentrale Fragen auf wie: Was gibt es noch nicht? Was kann ich herstellen, was ich herstellen will, was aber auch die Gesellschaft braucht? Das Selbstherstellen ist für ihn wie eine Art Korrektiv an seiner bisherigen Erwerbsbiografie – Jörn Richter hat in seinem Leben beruflich nie das gemacht, was ihn erfüllte. Von den Arbeitsbedingungen der Arbeitswelt war und ist er abgeschreckt. Über das Selbstherstellen will er nun das machen, was ihn erfüllt und was einen Mehrwert für die Gesellschaft schafft.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln:
Jörn Richter achtet bei der Produktion auf fair-soziale und ökologische Kriterien; der Anzug ist bluesign-zertifiziert, was einem recht hohen Nachhaltigkeitsstandard entspricht, da darüber Chemikalien reduziert werden. Ökologische und fair-soziale Kriterien entwickelt Richter jedoch erst im Produktionsprozess – sie sind Resultat von Feedback aus dem eigenen Umkreis und später von ersten Kunden und Kundinnen:

> „Am Anfang […] wollte ich nur diesen Anzug haben […]. Dann bin ich mit dem Stoff zu 'ner Näherei gegangen und hab' dann in Neukölln so ein Nähstudio entdeckt, was ganz interessant ist. Ist so ein EU-gefördertes Projekt, weil dort Leute im Nähen ausgebildet werden, die so auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. Türkische Frauen über 50, die können da hingehen und Nähen lernen. Die machen Nähkurse und fertigen dann für Designer für die Fashion Week irgendwelche Einzelstücke […]. Ich hätte theoretisch auch 'ne andere nehmen können. Und dann in der Diskussion mit Robert, weil wir auch die Social-Entrepreneurship-Sache gut finden […]. Macht dann so ein bisschen mehr Sinn als nur Profit scheffeln. Und dann haben wir gesagt, ok, dann machen wir so ein Social-Entrepreneurship-Ding. Gibt auch ein gutes Gefühl, so was zu machen."

Bei Jörn Richter entwickelten sich nachhaltige Produktionskriterien erst nach Fertigstellung des ersten Prototyps. Der Entschluss, daraus ein „Social-Entrepreneurship-Ding" zu machen, unterliegt einem Kalkül, geht aber mit einer inneren Überzeugung einher – unternehmerisches Denken verbindet sich bei Richter mit sozialer Verantwortung, soziale Verantwortung resultiert aus dem Unternehmerischen:

> „Wir haben nach 'nem Hersteller geguckt. Hab' dann gesehen, ok, bluesign zertifiziert, das bedeutet, dass die Produktionsprozesse ökoverträglich sind und Ökotex100 zertifiziert, wobei das noch ein bisschen wässrig ist, was darunter fällt. Und das sagt aus, dass das Material der Umwelt nicht schadet […]. Ist also auch vom ökologischen Fingerabdruck besser als 'ne Jeans, weil die musst du nach zwei Jahren wieder wegkloppen, also passt alles […]."

Im weiteren Gesprächsverlauf wird mehr und mehr deutlich, dass die Wahl, ob ökologisch oder nicht, stark von Kundenwünschen abhängt.

> „Dann ist halt die Frage, wie viel Social Entrepreneurship ist das dann noch. Da sind wir uns noch nicht ganz schlüssig, aber wahrscheinlich wird der Weg sein, dass man den Anzug zum einen sozial produziert und bestellen kann zu nem gewissen Preis, der vielleicht höher ist. Oder der Anzug wird industriell produziert zum günstigeren Preis, den der Kunde selbst wählen kann. Wie auch der Kunde entscheiden kann, ob er sein Gemüse biomäßig oder normal kaufen kann, der ist dann auch bereit so einen Premium-Aufschlag zu zahlen. Und wahrscheinlich werden wir dann so diese Schiene fahren."

Der Nachhaltigkeitsgedanke hängt bei Jörn Richter nicht nur stark von Qualitätsansprüchen ab, indem er betont, dass der Stoff gut für Mensch und Umwelt ist. Der Anspruch an Sozialverantwortlichkeit muss mit Marktansprüchen in Einklang gebracht werden können: Unternehmerisches Kalkül und wertorientierte Vorstellungen bedingen sich wechselseitig. Das Ökologische und Sozialverantwortliche geht jedoch nur so weit, dass sich das Vorhaben zum Schluss auch wirtschaftlich rechnet.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Selbstverständnis als politischer Akteur:
Jörn Richter versteht sein Handeln als nicht politisch. So sagt er:

> „Politisch. Ich weiß gar nicht was das bedeutet […]. Ich weiß gar nicht, was es bedeutet, politisch zu sein, weil man sagt […] man ist politisch, wenn man durch sein Handeln bestimmte Werte zum Ausdruck bringt, weil dann sendet man ja eine Botschaft. Und dann ist man schon politisch, oder? Ich weiß nicht, wie das definiert ist."

Jörn Richter weist zum einen ein geringes politisches Kompetenzgefühl auf. Zum anderen bindet er das Politische an politisches Wissen. Darum sieht er sich auch nicht imstande, politisch zu sein. Auch bringt er politische Kompetenz mit einem politischen Interesse an „Tagespolitik" in Verbindung, die er bei sich als nicht ausreichend ausgeprägt sieht, wenngleich er „zu allem" eine Meinung habe, wie er sagt:

> „Also ich geb' zu, ich interessiere mich relativ wenig für Tagespolitik oder so. Ich hab' zu allem eine Meinung, ich hab' 'ne Meinung zu Urheberrecht oder zum Patentrecht oder zur gleichgeschlechtlichen Ehe ja oder nein."

Im weiteren Verlauf grenzt sich Jörn Richter jedoch klar vom Politikfeld ab, das für ihn primär Parteienpolitik bedeutet. Parteienpolitik assoziiert er mit „Vereinsklüngel" und schildert dazu eine frühere Erfahrung aus dem Ortsverband, wo er selbst jemanden aus der CDU kannte, was ihn abgeschreckt habe. Auch darum könne er sich eine Einbindung in Vereine, Organisationen etc. nur schwer vorstellen:

> „Nicht so Vereine oder Initiativen, das mache ich gar nicht, weil ich bin glaub' ich so ein…ich hab' immer Angst…also ich mag so Vereinsfeierei nicht […] Vereinsgeklüngel irgendwie so, finde ich komisch. Das habe ich halt oft bei dieser Jungen Union gesehen."

Die Einbindung in Parteien oder Organisationen entspricht weder seinem Autonomieverständnis noch seinem Unternehmerhabitus. Zugleich ist Richter an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen interessiert, auch will er an gesellschaftlicher Veränderung mitwirken – und die Möglichkeit dazu sieht er in der Herstellung eines Produkts. Er selbst hält unternehmerisches und politisches Handeln allerdings für nur schwer vereinbar. Wenn er sich mit Politik beschäftigen würde, sagt er…

> „Das ist so, das habe ich später festgestellt, wenn ich mich jetzt mehr damit beschäftigen würde, mit Politik, dann würde ich recht schnell das Bedürfnis entwickeln, da irgendwas zu machen. Und das will ich irgendwie nicht, weil ich dann wieder an dem Punkt bin, nee ich will mich mit Sachen beschäftigen, die Früchte tragen, so produktbezogen, unternehmermäßig. Deswegen habe ich das immer so ein bisschen ausgeklammert."

Das Politische beschreibt Jörn Richter im Folgenden wie eine Art Sackgasse. Die Politik trage für ihn „keine Früchte". Politisches Handeln sei für ihn unter vordefinierten Rahmenbedingungen wenig zielführend. Das würde ihn eher von unternehmerischen Aktivitäten abhalten. Politisches Handeln ist bei Richter letztlich eine Zeitfrage, da man Gefahr laufe, dass man sich in der Sache „verrennt".

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Resümee: Jörn Richter ist gewissermaßen ein Fall zwischen den Fällen. Für ihn ist das Selbstherstellen zunächst ein „reines Hobby", er denkt aber von Beginn an unternehmerisch: Richter achtet auf soziale und ökologische Kriterien, die jedoch klar dem Zweck der Sache dienen sollen. Jörn Richter ließe sich damit sogar als *ethisch-zweckrationaler* Produktionstyp eingruppieren.

Ethisch-unternehmerisch

Dieser Produktionstyp verknüpft ethische Produktionskriterien mit unternehmerischen Zielen. Die *ethisch-unternehmerischen Selbstherstellerinnen* stellen ein Produkt her, das ethisch-ökologischen und/oder fair-sozialen Kriterien entspricht, das sich aber auch monetär rechnen soll. Die Labeltätigkeit wird im Idealfall hauptberuflich betrieben. Ökologische, fair-soziale Produktionskriterien werden meist erst im Produktionsverlauf festgelegt und standardisiert. Der *ethisch-unternehmerische* Typ versteht sich und seine Arbeit in der Regel als nicht politisch, ist aber gesellschaftspolitisch interessiert. Das politische Kompetenzgefühl ist gering. Politik spielt im Leben eine untergeordnete Rolle. Aus den Zielsetzungen werden keine politischen Forderungen formuliert.

Fallbeispiel Michael Schwenk: „Ich möchte von einer nachhaltigen Idee leben können"

Michael Schwenk* stellt Sportzubehör aus recycelten Wegwerfplanen her. Die Idee kam ihm, als die Hose am unteren Ende beim Sport immer wieder schmutzig wurde und er nach Materialien suchte, um den Schmutz abzuhalten. Er wurde aber nicht fündig. Er fand lediglich diverse Bänder aus dem Handel, die schlecht hergestellt und unästhetisch waren. Darum entschloss er sich, eigene Bändchen herzustellen. Zunächst produzierte Schwenk erste Prototypen neben seinem Beruf. Später gab er dafür seinen Beruf auf und betreibt heute sein Label *Durchstarter** hauptberuflich.

Beweggründe des Selbstherstellens:

Der Beweggrund des Selbstherstellens ist bei Schwenk zunächst rein zweckrational – Herstellen ist ein Akt des Ausprobierens, Michael Schwenk treibt vor allem der Optimierungsgedanke an. Er will ein Problem lösen und etwas Sinnvolles, qualitativ Wertvolles herstellen, das betont er gleich zu Beginn im Gespräch. Zugleich sieht er im Selbstherstellen Prinzipien von Individualität und Autonomie verwirklicht, die ihm wichtig sind, die aber auch einen bestimmten Zweck erfüllen.

Unternehmerisches Handeln:

Michael Schwenk konzipiert das Produkt, nachdem er erstes Feedback aus seinem Umfeld erhält. Schnell wird bei ihm eine unternehmerische Perspektive deutlich:

> „Ich wollte machen, nicht nur verwalten und dokumentieren, sondern es sollte vorangehen. Und auch selbst entscheiden, wie geht es wann weiter. Das Risiko macht mir auch Spaß."

Selbstherstellen bedeutet für ihn, Dinge selbst gestalten und entscheiden zu können. Auch bedeutet es, erfolgreich zu sein. Immer wieder betont Schwenk, dass ihn der Optimierungsgedanke und ein Leistungswille antreibe:

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

„Wenn es fertig ist, denke ich schon wieder ans Nächste. Und was ich halt erreichen wollte ist erst mal die Qualität zu verbessern, was relativ leicht ist, man muss dann einfach gutes Material nehmen und eine gute Verarbeitung machen, was teurer ist, aber es ist machbar."

Gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln:
Michael Schwenk produziert seine Artikel aus recycelten Wegwerfplanen. Dass er nach nachhaltigen Standards herstellt, ergab sich aus dem Prozess des Herstellens heraus:

„Also irgendwie sind wir da auch reingerutscht zum Teil. Es war am Anfang so mit der gebrauchten LKW-Plane und den Werbebannern, die dazu kamen, da war einfach das Spannende die Individualität. Man holt sich ein Material, das ist irgendwie bedruckt, schneidet das klein und da ist eine Grafik drauf, das ist schön. Dieser Effekt hat mich am Anfang gereizt, […] so ein kreativer Prozess. Und dabei hat sich so zufällig rausgestellt, dass es ja auch ein Recycling ist, dass man dem Material die Lebensdauer verlängert, was wesentlich ist."

Später ließ er die ersten Serien in sozialen Einrichtungen, in Behindertenwerkstätten, produzieren. Als Begründung gibt er an:

„Das war am Anfang auch ein rein praktischer Grund […]. Da hatte ich Kontakt zu einer Werkstatt in Pankow, die immer noch die Hosenbänder herstellen. Ich hab' die angefragt, es ging erst mal nur ums Nähen […]. Der Vorteil einer Behindertenwerkstatt am Anfang war, dass man nicht mit 1000 Stück kommen muss […]. Und dann bin ich […] draufgekommen, als ich dachte na ja, Behindertenwerkstatt ist ja auch ein schönes Engagement. Es hat sich gezeigt, die Beschäftigten haben sehr viel Spaß damit, weil sie jedes Mal ein anderes Produkt in der Hand haben und nicht wie häufig in den Werkstätten eine serielle monotone Arbeit machen, wie Schrauben sortieren oder zwei Sachen zusammenstecken und in die Kiste werfen, so Montagegeschichten. Da dachte ich, das kann man ja ausbauen."

Bei Michael Schwenk fallen zweckrationale Prinzipien und nachhaltige Produktionskriterien mit nachhaltigen Standards zusammen, wobei sich letzteres erst im Produktionsverlauf herausgebildet hat. Anfangs war die Risikovermeidung durch Kostenreduktion handlungsleitend. Daraus erwuchs ein Anspruch an Qualität und verband sich mit dem Wunsch nach sozialem Engagement. Die Verbindung von unternehmerischen Zielen mit sozialem Engagement begreift Schwenk zudem als „sein persönliches Engagement". Dabei haben sich Nachhaltigkeitskriterien eher „zufällig" ergeben. Zugleich habe ihn das gegenüber der Wegwerfindustrie sensibilisiert und zum Handeln ermutigt. Zentral sind bei Michael Schwenk ökologische Kriterien, erst im Anschluss folgen weitere Verantwortungsprinzipien, indem er zum Beispiel „Verantwortung für seine Mitarbeiter übernehmen" will – und das heißt, dass er keine Billigkräfte, unbezahlte Praktikant*innen oder Mitarbeiter*innen zu schlechten Konditionen einstellt:

„Ich habe ja auch Verantwortung für die Mitarbeiter. Ich will ja die Gehälter auch zahlen und ich muss sie auch zahlen. Und ich will auch selbst davon leben können."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ökologische Verantwortungskriterien werden damit nicht nur nach außen gerichtet, indem das Ökologische an die Gesellschaft adressiert wird. Soziale Verantwortungsprinzipien werden im Innen des Unternehmens gelebt. Zugleich werden ethische Maßstäbe an die Möglichkeit des Machbaren gebunden: Es geht darum, das zu leisten, was man leisten kann.

Subjektivierung und Entgrenzung:
Durchstarter ist für Michael Schwenk nicht nur ein Label. Er beschreibt seine Arbeit auch als „Lebensmotto", womit einerseits eine hohe Identifikation verbunden ist, andererseits eine Überschneidung von Arbeit und Freizeit spürbar wird: Das Produkt steht für Freiheit, Individualismus und Selbstbestimmung. Insgesamt übertragen sich bei Schwenk Nachhaltigkeitsprinzipien auf andere Arbeits- und Lebensbereiche. Nachhaltigkeit und ökologisches Denken sind für Schwenk eine Form der wertrationalen Lebensführung. Ein Lebensstil verbindet sich mit unternehmerischen Strategien.

Selbstverständnis als politischer Akteur:
Michael Schwenk sieht seine Arbeit als eine Art des individuellen sozialen Engagements an, es ist aber nichts Politisches im engen Sinne. Er selbst stuft sich auch nicht als politisch ein. Auch ist er in keinem Verein, in keiner Organisation und keiner Partei. Die Politik lehnt Michael Schwenk nicht ab. Er sieht für sich aber kaum Berührungspunkte, wenngleich er deutlich macht, dass er an gesellschaftlichen Themen interessiert ist und Dinge in der Gesellschaft verändern will. Die Themen, über die er spricht, lassen sich vor allem als fundiertes Branchen- und Fachwissen verstehen, nicht aber als politisches Wissen. Sein Wissen, und somit auch seine Gesellschaftskritik, die er formuliert, bezieht sich klar auf ein Detailwissen der eigenen Branche – es resultiert aus einer Auseinandersetzung mit dem eigenen Arbeitskontext und Produktionsprozess. Er selbst formuliert keine übergeordneten politischen Ziele, die über die nachhaltige Produktion hinausgehen:

> „Es konzentriert sich schon eher auf die Arbeit, einfach schon aus Zeitgründen. Ich komme zu nicht viel mehr. Es gibt schon Veranstaltungen, da vertrete ich das auch gerne."

Das Thema Zeit spielt für Michael Schwenk eine wesentliche Rolle, warum sich sein Interesse – und damit sein gesellschaftliches Engagement – auf die eigene Arbeit konzentriert. Für gesellschaftliches Engagement ist über die Arbeit hinaus keine Zeit. Zugleich hält Schwenk Vorträge zu nachhaltigen Themen (auf Veranstaltungen und sogenannten Branchentreffen). Engagement begreift er als aktives Handeln und Sich-Einbringen. Dieses Sich-Einbringen hält ihn wiederum davon ab, in eine Organisation, Partei oder in einen Verein einzutreten:

> „Es ist eine Zeitfrage auch, ja. Ich versuche auch dann, wenn ich mich irgendwo engagiere, dann möchte ich mich auch engagieren können. Man könnte sich schon irgendwo eintragen und Mitglied werden, aber es ist dann eher so ein passives Mitglied."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Michael Schwenk will als unternehmerisches Beispiel vorangehen. Einfach nur „Mitglied werden" oder sich „irgendwo nur eintragen" ist ihm zu passiv. So spricht er über eine Veranstaltung der Organisation Ethical Konsum*:

> „Beim Ethical Konsum kann man sich auch ein Thema suchen und darüber referieren. Das ist auch ganz interessant, Meinungen zu hören. Das ist ja auch ein qualifiziertes, engagiertes Publikum. Und wir wollen da immer wissen, ist es glaubhaft, was wir machen […]. Bringen wir es auch glaubhaft rüber, können wir uns irgendwo verbessern, auch in kleinen Schritten? Und wo können wir uns verbessern?"

Glaubhaft sein über das eigene Tun und sich über Feedback weiterzuentwickeln, greifen bei Schwenk ineinander. Zudem werden das lokale Produzieren und Recyclen als „soziales Engagement" verstanden. Schließlich verhalte man sich darüber „ökologisch" und produziere keine Massenware. Auch gehe man auf die Menschen zu, indem man „Unikate" herstellt und darüber in Kontakt zu Einzelpersonen tritt. Produktindividualisierung und lokale Produktion ergeben eins – und sie werden durch die Abkehr von der Massenware als Engagement interpretiert:

> „Wir recyclen unser eigenes Zeug, wir machen das aber nicht in Asien irgendwo, sondern machen es in Berlin oder im Umland. Wir engagieren uns sozial. Wir verhalten uns ökologisch und wir produzieren daraus Unikate […]. Man bekommt keine Massenware. Der, der es kauft oder geschenkt bekommt, hat ein persönliches Produkt."

Resümee: Michael Schwenk lässt sich zur Zeit des Interviews als *ethisch-unternehmerischer* Produktionstyp beschreiben. Wäre das Interview in einer Frühphase der Unternehmensgründung geführt worden, wäre Schwenk aller Voraussicht nach als *funktionsorientiert-hedonistisch* einzustufen gewesen.

Ethisch-zweckrational

Dieser Akteur konnte in dieser Studie nur bedingt gefunden werden und ist als Subtyp des *ethisch-unternehmerischen* Typ zu verstehen. Der *ethisch-zweckrationale* Produktionstyp stellt Produkte nach nachhaltigen Produktionsprinzipien her. Für ihn ist der Prozess vor allem eine Möglichkeit zur Kostenreduktion. Dieser Produktionstyp lässt sich im Sinne von Rational Choice verorten, weil er nach Kosten-Nutzen-Aspekten herstellt und zwei Dinge vereint: Erstens ist der Prozess des Re- oder Upcyclings eine Möglichkeit zur kostengünstigen Herstellung. Zweitens will man darüber etwas „Gutes" schaffen. Dieser Akteur versteht sich und die eigene Arbeit nicht als politisch. Das politische Interesse ist mäßig und bezieht sich, wenn überhaupt, auf Themenfelder, die mit der eigenen Arbeit zu tun haben. Das politische Kompetenzgefühl ist schwach ausgeprägt. Politik spielt im Leben der Akteure eine untergeordnete Rolle. Es werden keine politischen Forderungen formuliert.

Fallbeispiel Swenja Schwanke: „Kostensparend produzieren und darüber die Umwelt schonen"

Swenja Schwanke* stellt mit ihrem Label *10inEinem** Etuis für Süßigkeiten her. In ein Etui können exakt zehn Bonbons einsortiert werden. Schwanke ist gelernte Goldschmie-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

din, sie hat sich aber umorientiert. Auf die Idee, ein solches Etui herzustellen, brachte sie eine Freundin. Im Anschluss stellte sie die Etuis selbst her und gründete ihr Label *1oinEinem*. Die Etuis werden aus recycelten Materialien angefertigt.

Beweggründe des Selbstherstellens:
Die Beweggründe, Produkte selbst herzustellen, sind bei Schwanke als eine Art Orientierungssuche zu verstehen. Sie wusste lange Zeit nicht, was sie machen wollte. Über das Selbstherstellen fand sie ihre Vorlieben heraus. Am Selbstherstellen reizt sie vor allem das Erfinderische und die Möglichkeit, Dinge neu zu entdecken:

> „Das finde ich viel spannender, weil du gucken musst, welches Stück aus dieser Hose oder was es auch immer ist, was kann ich denn jetzt gebrauchen für mich?"

Schwanke will über das Produkt Spuren hinterlassen. Auch kann sie schlecht loslassen, wie sie sagt. Sie hat darum ganz klare Vorstellungen, wie ein Produkt zu sein hat. Schon darum mache sie Dinge lieber selbst:

> „Es bleibt mir gar keine andere Möglichkeit, als das selbst herzustellen, ich hab' versucht ganz in den Anfängen schon, das abzugeben an eine professionelle Näherin, die hat sich dann rausgenommen und gesagt, ich hab' das hier mal ein bisschen verändert und ein bisschen anders gemacht, damit es schneller geht, aber es sieht halt nicht so aus, wie ich es haben möchte […]. Dann habe ich das noch eine andere machen lassen, die das auch professionell macht, das war es auch nicht. Und dann hab' ich gesagt, dann muss ich es jetzt letztlich weiter machen, selber machen."

Gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln:
Swenja Schwanke ist der Nachhaltigkeitsgedanke wichtig. Sie begründet das so:

> „Mir geht es einfach darum, dass der Müllberg nicht noch größer wird […], dass ich mir nichts Neues kaufen muss […], dass ich das nehme, was schon da ist […]. Aber lieber ist es mir eben nichts Neues zu kaufen, es wird für mich auch zum einen günstiger, also was zu verwenden, was sonst irgendwo in 'ner Tonne landen würde."

Auffällig ist, dass Swenja Schwanke nach selbst definierten Regeln der Nachhaltigkeit herstellt. Die Materialauswahl nimmt sie sorgfältig vor. Darüber wolle sie Akzente gegen die Wegwerfindustrie setzen. Ihr Handeln lässt sich damit einerseits als stark anti-konsumistisch beschreiben; und dem könnte man durchaus eine gesellschaftspolitische Dimension zusprechen. Das Anti-Konsumistische ist andererseits zweckrational begründet, da sie über das Recyclen in erster Linie Kosten sparen will. Auffällig ist, dass Schwanke kaum unternehmerisch denkt, wobei das Anti-Unternehmerische kein Zeugnis einer fundierten Gesellschaftskritik ist. Es ist Abbild einer starken Beschäftigung mit sich selbst.

Selbstverständnis als politischer Akteur:
Swenja Schwanke versteht sich und ihr Label als nicht-politisch. Auch ist sie nicht politisch aktiv. Sie lehnt das politische System oder „die" Parteien nicht ab. Aber sie findet keinen Zugang zur Politik. Trotzdem versteht sie ihre Arbeit als Form der Gesellschafts-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kritik, indem sie, wie sie sagt, Dinge nicht direkt an- und ausspreche, dafür aber Kritik über Arbeitshandeln übe:

> „Also Kritik eigentlich nicht in dem Sinne, sondern eher, dass die Augen für andere Leute mehr geöffnet werden, für das, was da ist […], keine Kritik, die ich jetzt ausspreche, sondern ich nutze das, was da ist."

Schwanke versteht ihre Arbeit als Abkehr von der Massenfertigung. In diesem Zusammenhang betont sie immer wieder ihre Individualität und bringt ein anti-konsumistisches Verständnis mit Natur- und Familienerfahrung zusammen – indem ihre Mutter beispielsweise in jungen Jahren Marmelade aus Zutaten aus dem Garten hergestellt habe und sie damals schon alles *„bis zum Letzten"* aus den Gläsern kratzte. Letztlich hat der Nachhaltigkeitsgedanke bei Schwanke einen ganz pragmatischen Grund. So sagt sie:

> „Eigentlich ist es ja nur von Vorteil für mich, dass viele Leute sagen das interessiert mich nicht mehr, ich kauf' das ein, ich brauch' das nicht mehr und ich schmeiß' es weg – und mir fällt es in die Hände und ich freu' mich drüber."

Einerseits betont Schwanke, dass sie Müllberge über die Produktion vermeiden wolle. Andererseits kommt ihr die Wegwerfgesellschaft „ganz gelegen", weil das ihre Materialien sicherstellt. Ein Sparsamkeitsprinzip wird bei Schwanke als gesellschaftliches Verantwortungsprinzip dechiffriert und (um)kodiert. Und beides bedingt sich wechselseitig.

Resümee: Swenja Schwanke ist in gewisser Weise ein Typ zwischen den Typen, da sich „fließende Übergänge" (Kluge 1999: 42) von der Freizeitgestalterin hin zum unternehmerischen Typ zeigen. Auch ließe sie sich als politischer Typ verstehen, wenn man das Anti-Konsumistische als etwas Politisches begreift. Swenja Schwanke ist aber in keiner Weise politisch im Sinne ihres Selbstverständnisses, auch wenn sie ein anti-konsumistisches Weltbild vertritt.

6.2.3 Typ 3: Doing good and change things: die politischen Selbsthersteller*innen

Der *politische* Produktionstyp stellt im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Typen das derzeitige ökonomische und politische System grundsätzlich in Frage. Zum einen geht es dabei um die Produktgestaltung nach klaren Standards. Zum anderen soll die Öffentlichkeit über die Produktion erreicht und mobilisiert werden. Die Idee, etwas Neues zu produzieren, ist stets mit einem gesamtgesellschaftlichen Veränderungswillen verbunden. Die *politischen* Produktionstypen verstehen sich und ihr Arbeitshandeln (in der Regel) als politisch. Und im Gegensatz zum *ethischen* Produktionstyp stellt der *politische* Herstellertyp politische Forderungen – wenngleich „die" Politik auch für diesen Typ kaum eine Rolle spielt. Denn adressiert werden Forderungen an andere Hersteller*innen, Konsument*innen und die Wirtschaft. Dazu werden Produktionskriterien von Beginn an nach klaren Regeln festgelegt; sie sind bereits im Gebrauchswert in konkreter Arbeit angelegt (vgl. Kapitel 4.1.3) – also schon bevor das Produkt an den Markt geht. Auch beziehen sich Ziele und Forderungen nicht nur auf das Produkt und die jeweilige

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Branche wie bei den *ethischen* Herstellertypen. Sie zielen auf allgemeine ordnungspolitische Rahmenbedingungen ab.

Auffällig beim *politischen* Produktionstyp ist, dass die Betonung auf Spaß und die Lust am Gestalten zugunsten von gesellschaftspolitischen Positionierungen in den Hintergrund tritt. Eine „grundlegende Politizität" (Kosok 2021: 16), die sich bereits in der ästhetischen Dimension des Produkts zeigt, konnte in dieser Studie nicht nachgewiesen werden. Darum wird in der folgenden Typologie auf die Darstellung eines „hedonistischen Subtypen" wie in den anderen Typologien verzichtet. Insgesamt umfasst dieser Typ sowohl Akteure, die Produkte in ihrer Freizeit herstellen als auch solche, die neben- oder hauptberuflich Dinge produzieren. In der Regel sind die Akteure aber, so wie die anderen Produktionstypen auch, mehrfachbeschäftigt. Auch lassen sich Übergänge von der einen zur anderen Arbeitsform erkennen. Die Produktion und Vermarktung erfolgen jedoch immer unter Einhaltung klarer Regeln und Standards, die sich die Akteure zu Anfang setzen und von denen es so gut wie kein Abweichen gibt.

Besondere Merkmale: Das Interesse an gesellschaftsrelevanten und politischen Themen ist stark ausgeprägt. Das politische Kompetenzgefühl ist entsprechend höher als bei den anderen Typen, das politische Responsivitätsgefühl ist aber auch hier relativ schwach. Das Arbeitshandeln wird in der Regel als politisch verstanden. Die Sensibilisierung gegenüber gesellschaftlichen Prozessen und Missständen erfolgt nicht nur produktbezogen. Sie resultiert aus gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen, woraus politische Forderungen resultieren.

Tabelle 4: Typologie politischer Produktionstyp

Kriterien	**politisch-subversiv**	**politisch-unternehmerisch**
Erwerbsstatus	Hobbybastler- oder Freizeitgestalter*in, teilweise Teilzeit-Unternehmer*in	vorwiegend Teilzeit-Unternehmer*in
Beweggründe des Selbstherstellens	Diskurserzeugung über Arbeit und Produktion	Diskurserzeugung wird mit unternehmerischen Zielen verknüpft
Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit	Gestaltung des Objekts nach klaren Vorstellungen, Ziel ist die Diskurserzeugung	Gestaltung des Objekts nach klaren Vorstellungen, Ziel ist die Diskurserzeugung
Autonomie	Betonung von freier Produktgestaltung und Entscheidungsfindung	Betonung von freier Produktgestaltung und Entscheidungsfindung
Authentizität	Ziel ist die Herstellung eines authentischen, ethisch vertretbaren Produkts, Offenlegung möglichst aller Produktionsbedingungen	Ziel ist die Herstellung eines authentischen, ethisch vertretbaren Produkts, Offenlegung möglichst aller Produktionsbedingungen

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Unternehmerische Ziele und Strategien	keine erkennbar	erkennbar
Kunden-orientierung	kaum ausgeprägt	ausgeprägt
Produktions-prinzipien	sozial und/oder ökologisch mit politischer Zielsetzung	sozial und/oder ökologisch mit politischer Zielsetzung
Gesellschaftskritik	möchte in der Gesellschaft Grundlegendes verändern	möchte in der Gesellschaft Grundlegendes verändern, aber auch Geld verdienen
Gesellschaftliche Verantwortung	möchte gesellschaftliche Verantwortung übernehmen	möchte gesellschaftliche Verantwortung übernehmen
Einfluss und Beeinflussung	Ziel ist die Beeinflussung anderer über das Produkt – gegenstandsbezogene Beeinflussung	Ziel ist die Beeinflussung anderer über das Produkt – gegenstandsbezogene Beeinflussung
Netzwerkbildungen	branchenunabhängig, Ziel ist die Vernetzung und Beeinflussung	branchenunabhängig, Ziel ist die Vernetzung und Beeinflussung, aber auch der berufliche Austausch
Selbstverständnis als politischer Akteur	großes Interesse an politischen Prozessen, politisches Kompetenzgefühl erkennbar, jedoch kaum Rückschlüsse auf die politische Responsivität möglich	großes Interesse an politischen Prozessen, politisches Kompetenzgefühl erkennbar, jedoch kaum Rückschlüsse auf die politische Responsivität möglich
Politische Ziele und Strategien	erkennbar	erkennbar

Politisch-subversiv

Bei diesem Typ stehen gesellschaftspolitische Themen und Veränderungen im Zentrum. Ziel ist es, über das Produkt auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen und zum Diskurs anzuregen – und dazu gehört auch, dass unternehmerische Ziele sekundär sind. Der *politisch-subversive* Produktionstyp stellt die vorherrschenden Marktmechanismen radikal in Frage. Es gibt kein Richtiges im Falschen. Im Sinne von Ernesto Laclau oder Chantal Mouffe (Laclau 1988; Mouffe 2011, 2015, 2016) geht es um das Agonale des Politischen. Diese Akteure verstehen sich und ihre Arbeit als politisch. Politische Ziele zielen auf gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen ab, die man uneingeschränkt verändern will – sie beziehen sich weder nur auf einen Sektor noch nur auf ein Thema. Sie haben universellen Charakter.

Ein solcher Akteur konnte in dieser Studie allerdings nur bedingt gefunden werden. Zwar gab es Befragte, die den Kapitalismus kritisieren und die heutige Marktdominanz von Großkonzernen zurückweisen. Doch selbst diese Akteure verstehen den Markt als Ort des Streithandelns. Zu vermuten ist, dass der *politisch-subversive* Akteur vermehrt im Bereich des *Critical Craftings* zu finden ist, worüber die Handarbeit politisiert wird. Im hier untersuchten Designbereich konnte ein solcher Typ nicht gefunden werden. Entsprechende Positionierungen werden in der Regel am und bezogen auf den Markt vorgenommen – und darüber die Marktbedingungen kritisiert.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Fallbeispiel Boris Olwasko: Die Gesellschaft als ganze in Frage stellen

Boris Olwasko* ist gelernter Architekt und arbeitete lange in diesem Bereich. Nebenher produziert er u.a. sogenannte *Bürger-Beutel**. Zusätzlich stellte er Anleitungen ins Netz, damit auch andere seine Ideen übernehmen können. Er selbst nennt sich *Ethical-Economist**. Olwasko wurde 1977 in Russland* geboren. 1979 kam er im Alter von zwei Jahren nach Deutschland. Seinen Weg beschreibt er so:

> „Ich bin auf der Flucht geboren, also ich bin in Russland geboren, also meine Eltern kommen aus Moskau. Mein Vater ist Russe, meine Mutter ist Bulgarin. Und die sind halt vor dem Regime in Moskau geflohen nach Deutschland über Umwege und Zufälle."

Beweggründe des Selbstherstellens:

Olwaskos Beweggründe, Dinge selber zu machen und Produkte selbst herzustellen, sind stark auf frühkindliche Erfahrungen zurückzuführen. Gleich zu Beginn des Interviews erzählt er:

> „Meine Motivation hat sicherlich zu tun mit meiner Biografie, ich komme ja aus 'ner Flüchtlingsfamilie. Das heißt, als ich nach Deutschland gekommen bin, hatte ich nichts, also wirklich gar nichts. Das klingt erst mal total hart, aber ist eigentlich ein Vorteil, weil wenn du auf einem weißen Blatt beginnst, kannst du erst mal alles Mögliche machen und […] alles Mögliche werden. Wenn du halt in so eine Lehrerfamilie reingeboren wirst, dann ist natürlich klar, dass du Akademiker bist oder wirst, wenn du in so eine Gemüsehändler-Familie reinwächst, dann wirst du wahrscheinlich eher mit Gemüse zu tun haben oder mit Handwerk oder einfach so mit Verkauf […]. Und bei mir war das komplett frei, also ich kann werden, was ich will."

Olwasko wandelte später eine Art der Orientierungslosigkeit in produktive Kreativität um: Seitdem stellt er Dinge selbst her und fand darüber seinen Weg – und verlor die Angst vor dem Scheitern. Das Selbermachen war für ihn wie eine Neuentdeckung, eine Flucht nach vorn – über das Selbermachen will er Dinge möglich machen, die in seinem Leben bislang nicht möglich waren:

> „Also diese Projekte wie die Bürger-Beutel sind für mich Experimente, um herauszufinden, ob es möglich ist, die Dinge, von denen wir so dachten, dass die gottgegeben sind, wie zum Beispiel eine Supply Chain oder eine Wertschöpfungskette, da würde mir jeder Betriebswirt widersprechen, wenn ich sagen würde: deine Kette sieht so aus, nach Adam Smith, oder nach Taylor oder wie auch immer die heißen: der macht nur das, der macht nur das und der macht nur das. Und vor allem in folgender Reihenfolge unter dieser Regie, es gibt einen Chef oben und ganz am Ende dieser Kette ist der Kunde der Konsument. Und damit der das kauft, muss das Produkt halt irgendwie gut sein. Und wenn ich jetzt sagen würde: lieber Betriebswirt, ich glaube da nicht dran. Ich setze mal den Konsumenten, der am Ende der Kette ist, mittendrin rein in die Kette oder ganz am Anfang, was hältst du denn davon?"

An anderer Stelle ergänzt er:

> „Genau das, wovon viele gesagt haben, dass das nicht möglich ist, dass man in der Kette Dinge umwirft. Genau das ist in der Energiebranche schon passiert. In der Software-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> und Informationsbranche ist Open Source schon eine gängige Sache. Und jetzt ist der nächste Schritt, dass wir das übertragen auf so Alltagsgüter wie Schuhe, T-Shirts, Hemden, Elektronikgüter wie Walkman, iPhones und vielleicht irgendwann auch für Nahrung. Also eigentlich geht es mir darum, die Dinge zu befreien von Geld. Geld ist ok, wenn man es nutzt als Instrument, als Werkzeug, aber Geld ist nicht ok, wenn es dazu dienen soll, unsere Ellbogen besser ausfahren zu können, um das Wir in der Wirtschaft zu zerstören."

Verantwortungshandeln und Selbstverständnis als politischer Akteur:
Boris Olwasko ist es wichtig, Dinge selbst herzustellen, die auf Fairness und Transparenz basieren. Sein Ziel ist es, dass auch andere an dem, was er macht, teilhaben können, auch will er andere beeinflussen. Olwasko sieht sich zugleich als Vorreiter einer „Bewegung" an:

> „Ich möchte, dass jeder, der einen fairen Schuh, ein faires iPhone, ein faires Auto haben möchte, dass er den Mut hat, die Dinge selber zu produzieren" […]. Und aus dieser Haltung heraus sind halt die Bürger-Beutel entstanden, was ein Statement sein soll […]. Ich bezeichne mich selbst als Ethical Economist und versuche Wege zu finden, wie man es schaffen kann, dass die Welt insgesamt irgendwie besser wird. Also was kann jeder Einzelne tun, damit wir mehr Zeit verbringen mit den Dingen, die für unser Leben besser sind. Und ich bin fest davon überzeugt, dass die Art und Weise, wie wir Arbeit definieren, wie wir Fortschritt definieren, wie wir Innovation definieren, Wachstum, auch Wirtschaft, Ökonomie, dass wir voll auf dem falschen Dampfer sind."

Olwasko treibt vor allem der Open-Source-Gedanke an. Open Source ist für ihn ein ordnungspolitisches Thema und Instrument. Olwasko wirft Fragen auf wie: Warum leben wir so, wie wir leben? Warum leben und arbeiten wir nicht anders? Wie können wir anders leben und arbeiten? Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen braucht es dafür und welche Schritte sind nötig? Zugleich appelliert er an den Einzelnen („Was kann jeder Einzelne tun, damit wir mehr Zeit verbringen mit den Dingen, die für unser Leben besser sind"). Olwasko selbst versucht Lösungen zu finden, die er als Vorschläge für eine Gesellschaftsreform versteht:

> „Und für mich bedeutet Open Source nicht nur jetzt Software und diese Webseiten im Netz, sondern für mich ist Open Source auch die Straße, die Autobahn […]. Also unsere gesamte Infrastruktur, wie wir an Wissen rankommen, dazu zählen die Volkshochschulen auch, wie auch unsere kulturellen Angebote wie die Museen, das Bauhaus-Archiv z.B., das wird ja jetzt wieder eingeführt, dass man einen Tag in der Woche umsonst, ohne Geld, in die Ausstellungen kommt. Das ist alles Open Source, Bibliotheken, du kommst an Wissen ran, das ist ja auch noch nicht so lange her, dass man einfach alles wissen kann […]. Ja, ich frage mich einfach so, wenn man all diese Dinge zusammentut, die Fahrradwege, U-Bahn-Linien, Baumärkte, Volkshochschulen, Bauhaus-Archiv, wenn man das alles zusammen mixt, was kommt denn dabei heraus?"

An einer anderen Stelle ergänzt er:

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> „Bei den Bürger-Beuteln ist genau das passiert. Die Leute müssen sie sich selber herstellen. Es ist so einfach Do it Yourself. Sie müssen, sie können es nicht kaufen. Es ist unkaufbar."

Auffällig ist Olwaskos fachkundiges Wissen und politisches Interesse, was sein Handeln bestimmt. Sein Handeln richtet er zudem am Eigentumsbegriff aus, der für ihn selbstverpflichtend ist:

> „Artikel 14 lautet ‚Eigentum verpflichtet'. Und dann steht da 14.2 Das Eigentum soll aber zugleich dem Allgemeinwohl dienen […]. Wie viele Menschen wissen das? […]. Ich finde den super […]. Und der steht nicht nur bei uns in der deutschen Verfassung, sondern auch in der Schweiz, in Österreich, in Amerika steht der in anderer Form mit drin […]. Du kannst ja Converse besitzen, Phil Knight besitzt Converse, hat die Markenrechte gekauft. Dann kann er damit erst mal machen, was er will. Nicht nach unserer Verfassung, da steht drin, es soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen […]. Ich frage mich, wo sind diese Dinge eingehalten, wenn du halt nach einer Wahnsinns-Effizienzökonomie vorgehst und so effizient sein musst, dass sogar die Leute einfach absterben in den Fabriken. Also das dient ganz garantiert nicht dem Allgemeinwohl, sondern es schadet eher der Gesundheit und dem Allgemeinwohl. Und an dieser Stelle […] nehme ich das wortwörtlich und versuche halt, mein Eigentum, mein Eigentum ist im Moment halt nur mein Blog, mehr habe ich ja nicht, ich habe momentan ja nicht mal eine Werkstatt. Ich nutze diesen Blog und meine Fähigkeiten, die bezeichne ich auch als mein Eigentum, zum Beispiel die Fähigkeit etwas texten […] oder eine Geschichte erzählen zu können, dieses Eigentum nutze ich, um es dem Allgemeinwohl zu Gute zu führen."

Olwasko versteht sein Handeln als politisch, er selbst ist aber weder in einer Partei noch in sonstigen Organisationen. Auf die Frage, ob er gewerkschaftlich organisiert ist, sagt er lapidar: „Nee gar nicht, aber hätte ich echt Bock drauf." Engagement in einer Partei kann er sich dagegen gar nicht vorstellen:

> „Nee, Parteien sind Unsinn.[91] […] Die Partei der Zukunft ist die Crowd. Also das ist das wahre Kapital […]. Es ist egal, wie viel Geld du hast […], welcher Partei du angehörst, welches Geld du hast, welche Kreise du kennst, wer deine Eltern sind. Das ist alles egal in der Wirtschaft von morgen, in der Wirtschaft von morgen zählt auch für Firmen deine Crowd. Ich meine viele Firmen haben das ja jetzt schon. Ich meine Apple hat eine riesen Fangemeinde, auch das ist eine Crowd. Wenn du mal überlegst, wie Technologien entstehen und Innovationen, da wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass diese Innovationen wie Suchmaschinen oder Wissenstransferplattformen im Internet, dass die durch eine Firma erfunden werden. Die werden immer durch die Crowd erfunden. So was wie Couchsurfing ist keine Erfindung von Airbnb. Carsharing ist keine Erfindung von BMW."

91 Hier ließe sich durchaus eine Form der „Pauschalkritik" (Niedermayer 2013: 56) an Parteien prognostizieren, die sich im Laufe des Interviews jedoch als differenzierte „Parteikritik" (ebd.) zeigt: Parteien werden nicht kategorisch abgelehnt. Kritisiert wird deren Performanz als *„Repräsentationsfähigkeit"* (Klages 2018: 35, H. I. O.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Für Olwasko sind Parteien nicht das „wahre Kapital", das ist für ihn die Masse („Crowd"), die er in seine Projekte einbindet. Parteien bringt er dagegen mit Geld, Macht, Ruhm, Vetternwirtschaft und Lobbyismus in Verbindung. Olwasko repräsentiert somit einen *subpolitischen* Typ nach Ulrich Beck, der „*außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems […] um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen" ringt (Beck 1993: 162, H. I. O.). Denn den Parteien stellt Olwasko gezielt die „Crowd" gegenüber, die seiner Meinung nach Einfluss nehmen müsse und die er über seine Kampagnen erreichen will.

Aber auch Olwasko ist nicht frei von ökonomischen Imperativen. Die Crowd ist für ihn wie ein Aufmerksamkeitsmultiplikator, zugleich ein Faktor zur Mobilisierung eigener Zwecke. So setzt er beispielsweise gezielt eine Ying- und Yang-Technik zur Optimierung seiner Arbeit und den damit verbundenen sozialen Beziehungen ein:

> „Und das habe ich jetzt halt angewendet auf alles. Und das ist so abgefahren, wenn du diese Ying- und Yang-Technik beherrschst, dann hast du eigentlich doppelt so viel Zeit wie andere. Weil in dem Moment, in dem du mich interviewst, interviewe ich eigentlich dich und ich hab' die Infos für mein nächstes Projekt. In dem Moment, wo ich zum Kunden gehe und dem einen Vortrag halte, ziehe ich mir die Infos raus, die ich brauche für mich."

Bei Boris Olwasko stehen nicht nur die Produktion und entsprechende Produktionskriterien im Vordergrund. Es geht ihm um Diskurserzeugung. Während des Interviews übt er mehrfach klare Konsum- und Kapitalismuskritik. Er appelliert an mehr Generationengerechtigkeit und tritt ein für Solidarität und Allgemeinwohlorientierung. In diesem Sinne unterscheidet sich Olwasko klar vom *ethischen* Produktionstyp, der meist keine übergeordneten ordnungspolitischen Fragen aufwirft, sondern ethische Produktionsprinzipien (ökologisch/fair-sozial) in Produktionsprozessen festlegt – und diese im Zuge der Produktprofessionalisierung standardisiert. Auch versteht sich Olwasko als politischer Akteur und möchte die Gesellschaft grundlegend verändern.

Resümee: Boris Olwasko ist in hohem Maße politisch interessiert und formuliert politische Ziele. Sein Politikverständnis schließt an einen *weiten emanzipatorischen* Politikbegriff an, der auf Diskurs und Verständigung setzt – und der zwischen Care-bezogener Allgemeinwohlorientierung und postwachstumsorientierter Wirtschaftlichkeit oszilliert. Dabei bleibt das Unternehmerische den politischen Zielen klar nachgeordnet. Es bestimmt weder sein Handeln noch werden Ziele an den Markt angepasst. Für die Ziele werden Marktzugänge gesucht, um Dinge in Bewegung zu bringen.

Politisch-unternehmerisch

Der *politisch-unternehmerische* Produktionstyp versteht seine Arbeit als politisch. Ethische Produktionskriterien sind genauso Produktionsvoraussetzung wie sie mit klaren gesellschaftspolitischen Zielsetzungen korrespondieren. Im Gegensatz zum *politisch-subversiven* Typ reklamiert der *politisch-unternehmerische* Typ jedoch eigene Marktansprüche. Dazu werden Produktionsprinzipien von Beginn an festgelegt. Daraufhin wird der Markt beobachtet und analysiert, ob sich das Produkt nach klaren Vorstellungen und Kriterien herstellen lässt – ist dem so, wird hergestellt, wenn nicht, wird nicht produziert. Das Produkt ist Mittel zum Diskurs, es soll andere ermutigen, in einer ähnlichen Weise zu

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

handeln. Der Herstellungs- und Vermarktungsprozess wird als Ganzes gedacht. Er geht über die eigene Produktion und den eigenen Branchenkontext hinaus – und bezieht sich auf ordnungspolitische Forderungen und Rahmenbedingen (zentrale Frage ist: Wie wollen wir leben und welche gesamtgesellschaftlichen Regelungen braucht es dafür?).

Fallbeispiel MeatFree: Die Vision als Unternehmung

*MeatFree** ist ein veganes Schuhlabel, das von Maik Wehner* und Lisa Peltau* gegründet wurde. Über das Label produzieren beide einen veganen Schuh nach klaren Nachhaltigkeitsrichtlinien.

Beweggründe des Selbstherstellens:

Der Beweggrund, einen veganen, fair hergestellten Schuh herzustellen, war bei Maik Wehner und Lisa Peltau von Beginn an sowohl zweckrational begründet als auch gesellschaftspolitisch motiviert. Zum einen gab es einen solchen Schuh nicht; die Herstellung sollte eine Marktlücke füllen. Zum anderen wollte man von Beginn an über Produktion und Produkt zum Diskurs anregen und neue Maßstäbe setzen. Maik Wehner beschreibt diesen Weg so:

> „Es war so, vielleicht son Klassiker, Lisa hat irgendwann angefangen, sich vegan zu ernähren, also ich war der erste, dann wurde sie auch vegan, und hat dann Schuhe gesucht. Vegane Schuhe. Mh, sie hat dann viel recherchiert und es gab keinen Schuh, der so war, wie sie sich das vorgestellt hat. Es gibt natürlich schon viele vegane Schuhe, aber oft sind se dann doch eher sportlich, sie wollte aber son ganz schlichten Damenschuh beziehungsweise einen Schnürschuh haben, und dann gab's davon auch ein paar und dann haben wir geguckt, wo sie herkamen, da kommen sie wieder aus irgendwelchen Sweatshops, und alles auch sehr verschleiert und die Materialien, äh, einfach irgendwelches billiges Kunstleder und halten nicht lange und so was. Und dann war die Idee [...], ja mach das doch einfach selbst."

Maik Wehner und Lisa Peltau leben streng vegan und haben klare Vorstellungen davon, was sie wie umsetzen wollen. Tierrechts- und Ökologiestandards haben oberste Priorität. Beides ist von Beginn an Produktionsvoraussetzung. Zugleich denkt man das Ganze unternehmerisch. Dazu werden in einem ersten Schritt klare Zielsetzungen formuliert, im Anschluss werden Kriterien festgelegt und Marktbeobachtungen vorgenommen, ob sich ein solcher Schuh nach klar formulierten Standards herstellen lässt – erst dann wird produziert. Die Regeln und Standards stehen damit von Beginn an fest. Die Produktion wird als gesellschaftspolitisch verstanden.

Gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln:

Ziel von Maik Wehner und Lisa Peltau ist es, als Beispiel voranzugehen und Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. So sagt Wehner:

> „Also aus meiner Sicht aus dem moralischen Verständnis der Welt gegenüber. Ich finde, wenn man irgendwas macht und auch was Neues macht und son Produkt, isses grob fahrlässig, wenn nicht sogar verwerflich, ja ich mach eben den gleichen Scheiß, den es

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> so immer schon gibt…einfach noch mal machen. Das kann aus meiner Sicht nicht die Lösung des Problems sein."

An dieser Stelle wird nicht nur ein deontologisches ethisches Begründungsmuster deutlich, weil die Handlung an sich als moralisch verpflichtend verstanden wird (vgl. Kapitel 6.1.7). Es wird auch auf die Konsequenzen (Teleologie) eines Nichthandelns rekurriert. Dem wollen *MeatFree* Lösungen entgegensetzen und aufzeigen, wie man Dinge anders, *besser* machen kann.

Selbstverständnis als politischer Akteur:

Die Beweggründe des Selbstherstellens sind bei *MeatFree* von Beginn an gesellschaftspolitisch: *MeatFree* achten auf strenge Produktionskriterien wie Umweltstandards, die Einhaltung von Tierrechten sowie auf lokale ökologisch-faire Produktion. Ihre Arbeits- und Produktionsbedingungen machen sie gleich zu Anfang transparent. Ihre Arbeit verstehen sie als „Politikum". So sagt Maik Wehner:

> „So ist es auch ein Politikum, uns geht's gar nicht so sehr darum, dass wir jetzt die einzigen sind, die son…"coolen" Schuh haben, eigentlich […] müsste es darum gehen, so hey guck, es geht, jetzt macht das bitte mal alle. Weils der einzige sinnvolle Weg ist, zukünftig Produkte herzustellen, zumindest bei Schuhen."

Maik Wehner und Lisa Peltau wollen andere dazu zu ermutigen, ähnliches zu tun. Die Produktion begreifen sie als den einzigen „sinnvollen Weg", Transparenz steht dazu im Vordergrund. So fügt Wehner hinzu:

> „Ich hab' das Gefühl […], dass das Ganze eine politische Dimension hat. Angefangen davon…mit gewissen Mythen aufzuräumen, also immer diese…ganz beliebt ist ja diese. Das geht nicht! Und, und das sind die Schwierigkeiten…da..und..ja in allen Lagern, wir probieren voranzugehen und zu sagen, hier, wenn man sich Mühe gibt, und sich natürlich auch ein bisschen Zeit lässt, dann kann man viele Probleme lösen, die vielleicht aus kurzer Sicht nicht so einfach zu lösen sind. Und weil wir in dem ganzen Transparenzbereich das Gefühl haben, da müsste viel mehr gemacht werden, viel mehr Konkretes. Wir haben uns ja jetzt dazu entschlossen, in unsere Schuhe Barcodes einzunähen und man kann das dann abscannen und kommt auf die Webseite und sieht die Materialien im Schuh und alle Hersteller, die werden in die Zunge reingenäht."

Lisa Peltau ergänzt:

> „Wir haben ja nicht das fertige Produkt, wir wollen wirklich was bewegen und darum haben wir überlegt, dass wir uns wirklich auf Transparenz fokussieren, weil wir halt alles komplett offenlegen, […] weil das kriegen die Menschen oft gar nicht so mit […]. Und in der Schuhbranche sind wir wirklich die einzigen, also man könnte wirklich direkt danach zu den Unternehmen gehen und die Materialien direkt danach einkaufen. Und auch in der nachhaltigen Branche hab' ich mich schon mit vielen unterhalten und die sagen ganz oft so, ja aber wenns dann jemand nachmacht, ich find' das irgendwie verquer […]. Wenns überall draufsteht merken halt die Leute, ah ja ok, 80 Prozent meiner Schuhe kommen aus China, wusst' ich gar nicht. Also einfach mal so dieses Bewusstsein. Und ich glaub', dadurch hoffen wir einfach ein bisschen was auszulösen."

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Transparenz ist für Maik Wehner und Lisa Peltau das Entscheidende. Dazu werfen sie ordnungspolitische und übergeordnete Fragen auf, um Transparenz zu schaffen. Als wesentlicher Einfluss für das politische Bewusstsein und das Aufwerfen ordnungspolitischer Fragen kann – ähnlich wie bei Boris Olwasko – Wissensaneignung als zentrale Subkategorie ausgemacht werden. So sagt Maik Wehner:

> „Der Überbau ist, dass ich mich schon länger mit Philosophie beschäftige. Ich hab' auch mal Philosophie studiert, bin aber trotzdem Programmierer geworden, und das war bei mir dann auch so der Einstieg ins Vegane, also die Schnittstelle zwischen Philosophie und Programmieren ist für mich künstliche Intelligenz, das hat ganz viel damit zu tun, wie funktioniert eigentlich ein Gehirn und so was, gibt da ganz tolle Kognitionsforscher, die unter anderem sagen, Wirbeltiere haben alle das gleiche Bewusstsein, also 'ne Kuh hat genauso Empfindung wie Freude, Glück, oder auch Angst, Panik wie ein Mensch. Lange Rede kurzer Sinn, so bin ich zum Veganismus gekommen."

Auffällig ist, dass das Handeln nicht politisch subversiv verstanden wird, als etwas, das sich außerhalb des Marktes als „Reduktion der Abhängigkeit von Märkten" verstehen lässt (Kreis 2017: 18). Vielmehr wird das Unternehmerische mit politischen Zielen verknüpft. Politisch aktiv sind beide jedoch über die Arbeit hinaus nicht. Auf die Frage, ob man in sonstige politische Netzwerke etc. eingebunden sei, sagt Lisa Peltau:

> „Nö, nicht direkt, also wir sind bei vielen Netzwerkveranstaltungen, die sich viel mit nachhaltiger Mode auseinandersetzen und wir waren auch bei diesen Open Source Economy Days, die sich mit Kreislaufwirtschaft beschäftigen. Wir haben schon Interesse in die Richtung, aber so ne richtige…ja, also mit der Kreislaufwirtschaft kann ich mir vorstellen aktiv zu bleiben, weil sich da auch echt Gruppen herausgebildet haben, die was machen möchten."

Maik Wehner ergänzt:

> „Ich persönlich finde am politischen Diskurs oft ermüdend, dass es bei der Diskussion bleibt..[…]. Auch der Kongress, wo wir eben waren, es wird halt viel geredet, man trifft dann immer wieder Leute, die gleichgesinnt sind, klopft sich gegenseitig auf die Schulter und sagt..ja…das ist aber 'ne ganz tolle Idee, die Du da hast. Aber es bleibt eben oft dabei… ja also Greenpeace wäre was, weil die echt aktiv sind, und..aber ich hab' von meinem Gefühl noch nicht das gefunden, wo ich sagen kann, okay, das ist was, wo ich jetzt beitrete oder da aktiv werde, wo ich vielleicht größere Hebel bewegen kann, als mit unserem Schuhlabel. Hier können wir einfach was exemplarisch zeigen."

Bei Maik Wehner und Lisa Peltau führt der Anspruch, etwas Eigenes zu finden, zu ganz individuellen Ansprüchen und politischen Zielsetzungen. Ihr Ziel ist es nicht, sich einfach irgendwo anzuschließen. Es geht darum, selbst die Initiative zu ergreifen und das zu finden, was einen bewegt und andere bewegen kann – und was dem eigenen Anspruch entspricht. Zudem wollen sich beide nicht in die „vegane Ecke" drängen lassen und belehrend sein. Vielmehr wolle man als Beispiel vorangehen. Von Ideologien und entsprechenden Belehrungen nimmt man gänzlich Abstand, weil sie als gleichförmig erlebt werden. So sagt Lisa Peltau:

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

> „Ich finde halt auch immer dieses Belehrende ganz schrecklich, also das wollen wir nicht, deswegen finde ich auch diese…ja vegane Gemeinschaften…ja ich kann da nicht so…kann mich da nicht hinstellen und den Leuten sagen, wie schlecht es ist, wie sie leben, also ich finde das ganz furchtbar. Ja mit dem Schuh versuchen wir es halt schon so auf 'ne sehr praktische Art und Weise."

Insgesamt steht bei *MeatFree* ein Idealbild am Anfang. Ein wesentliches Merkmal ist die starke inhaltliche Auseinandersetzung, die bereits im Vorfeld stattfindet, was sie auch von anderen Befragten der Studie unterscheidet. Der Faktor Wissen hat dazu wesentlichen Einfluss auf das politische Selbstverständnis. Der Faktor „Zeitknappheit" spielt dagegen keine Rolle. Vielmehr ist man bestrebt, sich Zeit für die Konzeption, Umsetzung und den Arbeitsprozess zu nehmen, den man gleichwohl als Form der politischen Einflussnahme versteht.

Wie beim *subpolitischen* Produktionstyp (Boris Olwasko) werden beim *politisch-unternehmerischen* Produktionstyp vor allem System- und Ordnungsfragen – sogenannte „Legitimitätsfragen" (Ulrich 2002: 28f.) – gestellt. Im Unterschied zum *subpolitischen* Typ fallen jedoch unternehmerische Zielsetzungen mit ethischen Produktionsprinzipien und gesellschaftspolitischen Vorstellungen zusammen. Ziel ist es, ein Produkt auf den Markt zu bringen, das den eigenen Vorstellungen entspricht, das aber auch andere ermutigt, ebenso zu handeln. Vor allem die Wirtschaft und entsprechende Kreisläufe will man verändern. Das Politische wird dabei ganz pragmatisch verstanden: Im Vordergrund steht die Umsetzung und kein inhaltlich überfrachteter Diskurs. Ziel ist die Beeinflussung anderer über ein Produkt, wobei die Parteienpolitik nicht abgelehnt, so doch gemieden wird. Der Politik wirft man zudem vor, zu träge zu sein, auch wird das Politische als intransparent wahrgenommen und steht im Widerspruch zu den eigenen Ansprüchen an Fairness und Transparenz. Insgesamt widerspricht Parteienpolitik dem eigenen „Macher-Prinzip", Dinge eigenständig umzusetzen.

Resümee: *MeatFree* sind als *politisch-unternehmerischer* Typ einzustufen, da sie den Markt für neue Produktionsformen aufsuchen. Beide verstehen ihre Arbeit als politisch. Das politische Kompetenzgefühl ist bei beiden hoch. Sowohl Peltau als auch Wehner wollen über die Produktion Transparenz schaffen und die Öffentlichkeit erreichen – aus den Zielen resultieren politische Forderungen, die sich jedoch nicht an die Politik richten. Adressaten sind andere Hersteller*innen, Konsument*innen und die Wirtschaft.

Politisch-zweckrational

Dieser Produktionstyp wurde in dieser Studie – so wie der *produktionsorientiert-zweckrationale* Herstellertyp auch – nicht gefunden. Er soll an dieser Stelle dennoch im Sinne einer ‚Konstruktion empirischer Gegenevidenz' (vgl. Kelle/Kluge 2010: 43; Kluge 1999: 60ff.) aufgeführt werden. Denn deutlich wurde im Datenmaterial, dass politische Zielsetzungen nie nur zweckrational sind. So gab keine/n, der/die im Sinne der Rational-Choice-Theorien nur nutzenmaximierend handelt. Der Sinn dient immer einem Zweck. Das Rationale und Kalkulierende geht aber nur so weit, dass die Grundidee nicht verletzt wird. In der Typologie zu den *politischen Selbstherstellerinnen* sind die *politisch-zweckrationalen* Produktionstypen darum nicht mehr aufgeführt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

6.3 Zentrale Typologie und Schlüsselkategorien

Aus den einzelnen Typologien und Typen wurde zum Schluss eine zentrale Typologie entwickelt. Die folgende abschließende Typologie zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Typen auf. Im Anschluss daran werden die zentralen Schlüsselkategorien dargelegt.

Tabelle 5: Zentrale Typologie

Kriterien	**produktions-orientierter Typ**	**ethischer Produktionstyp**	**politischer Produktionstyp**
Erwerbsstatus	sowohl Hobbybastler- und Freizeitgestalter*in als auch Unternehmer*in	in der Regel Teilzeit- oder Vollzeit-Unternehmer*in	Hobbybastler*in, Freizeitgestalter*in, aber auch Teilzeit- oder Vollzeit-Unternehmer*in
Beweggründe des Selbstherstellens	Erfindergeist, Lust etwas Neues auszuprobieren und Dinge mit den Händen herzustellen	Erfindergeist, Lust ein Produkt mit moralischem Mehrwert herzustellen	Erfindergeist, Lust etwas Neues auszuprobieren und darüber einen gesellschaftlichen Diskurs zu erzeugen
Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit	stark produktorientiert (Gestaltung nach eigenen Vorstellungen, Freude am Experimentellen)	produktbezogen und inhaltlich ausgerichtet (Gestaltung des Objekts nach inhaltlicher Schwerpunktsetzung)	Gestaltung des Objekts ist stark inhaltlich ausgerichtet (Ziel ist die gesellschaftliche Beeinflussung und Veränderung)
Autonomie	freie Produktgestaltung und Entscheidungs-findung	freie Produktgestaltung und Entscheidungsfindung	freie Produktgestaltung und Entscheidungsfindung
Authentizität	authentisches Produkt, Materialechtheit, Ehrlichkeit gegenüber sich und anderen	authentisches und ethisch vertretbares Produkt, Materialechtheit, Ehrlichkeit gegenüber sich und anderen	authentisches und ethisch vertretbares Produkt, Offenlegung aller Produktionsbedingungen
Unternehmerische Ziele und Strategien	gering ausgeprägt bei Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen, stärker ausgeprägt bei Unternehmer*innen	gering ausgeprägt bei Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen, stärker ausgeprägt bei Unternehmer*innen	gering ausgeprägt bei Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen, stärker ausgeprägt bei Unternehmer*innen
Produktionskriterien	qualitativ ausgerichtet	qualitativ, ökologisch und/oder sozial ausgerichtet	qualitativ, stark ökologisch und/oder stark sozial ausgerichtet

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kundenorientierung	gering ausgeprägt bei Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen, stark ausgeprägt bei Unternehmer*innen	gering ausgeprägt bei Hobbybastler- und Freizeitgestalter*innen, stark ausgeprägt bei Unternehmer*innen	schwache Kundenbindung beim politisch-subversiven Typ, stärker ausgeprägt beim unternehmerischen Typ
Gesellschaftskritik	freie offene Gesellschaft, übt in der Regel keine Gesellschaftskritik	freie Gesellschaft, übt Gesellschaftskritik über Produkt und Produktion	freie offene Gesellschaft, übt Gesellschaftskritik und will Grundsätzliches in der Gesellschaft verändern
gesellschaftliche Verantwortung	interne Unternehmensverantwortung	interne und externe Unternehmensverantwortung	gesamtgesellschaftliche Verantwortung
Einfluss und Beeinflussung	starker Objekteinfluss	Objekteinfluss gegenstandsbezogen	gegenstandsbezogene Beeinflussung (Ziel ist die Beeinflussung anderer)
Netzwerkbildung	stark berufs- und/oder branchenbezogen	stark berufs- und/oder branchenbezogen	branchenunabhängig, Ziel ist die Vernetzung und Beeinflussung
Selbstverständnis als politischer Akteur	kein bis mäßiges politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl ist gering	mäßiges bis großes politisches Interesse, politisches Kompetenzgefühl leicht ausgeprägt	großes bis sehr großes Interesse an politischen Themen und Prozessen, politisches Kompetenzgefühl (stark) ausgeprägt
Politische Ziele und Strategien	keine erkennbar	teilweise erkennbar	erkennbar
Subjektivierung von Arbeit	*normative* Subjektivierung (Selbstwirksamkeit, Selbstverwirklichung)	*normative* und *reklamierende* Subjektivierung (Selbstwirksamkeit, Selbstverwirklichung, ethische Produktionsprinzipien)	*Normative* als *reklamierende* Subjektivierung (Selbstwirksamkeit, Selbstverwirklichung, gesellschaftspolitische Zielsetzung)
Entgrenzung von Arbeit	Entgrenzung von Arbeitszeiten und -rollen	Entgrenzung von Arbeitszeiten und -rollen	Entgrenzung von Arbeitszeiten und -rollen
Subjektivierung des Politischen	nicht erkennbar	*normative* Subjektivierung: Wille zur gesellschaftlichen Mitgestaltung	*normative als reklamierende* Subjektivierung: Wille zur gesellschaftlichen Veränderung, Formulierung politischer Forderungen
Entgrenzung des Politischen	erkennbar	erkennbar	erkennbar

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schlüsselkategorien

Als zentrale Schlüsselkategorien können in dieser Studie *Selbstentfaltung/Selbstwirksamkeit*, *Authentizität* und *Einfluss haben wollen* ausgemacht werden: Die erste Kategorie zeigt an, dass alle Produktionstypen intrinsisch motiviert sind – und sich in ihrer Arbeit verwirklichen wollen, wobei die *produktionsorientierten Selbstherstellter*innen* ein Potenzial zur *Selbstentfaltung* und *Selbstwirksamkeit* in der Arbeit sehen, wohingegen sich bei den *ethischen* und *politischen Herstellertypen* das Potenzial zur Selbstentfaltung über ökologische und teils gesellschaftspolitische Ziele zeigt. Eine vergleichbare Differenzierung lässt sich bei der zweiten Kategorie beobachten, der *Authentizität*. *Authentizität* bedeutet für die *produktionsorientierten Selbstherstellter*innen*, dass sie ein aufrichtiges, authentisches Produkt herstellen wollen. Bei den *politischen Selbstherstellter*innen* verkörpert sich darin ein Unbehagen gegenüber der institutionellen Politik, da sie von vielen als nicht ehrlich und transparent wahrgenommen wird – darum will man selbst (über Arbeit) aktiv werden. Die dritte Kategorie, *Einfluss haben wollen*, ist ebenso für alle Typen handlungsleitend: Während für die *produktionsorientierten Selbstherstellter*innen Einfluss haben wollen* jedoch vorrangig bedeutet, auf das Produkt Einfluss zu nehmen, um sich zu verwirklichen, geht es den *ethischen* und *politischen Produzent*innen* um gesellschaftliche oder politische Positionierungen. *Einfluss haben wollen* bedeutet, gesellschaftliche Standards über Arbeit zu erwirken. *Gesellschaftliche Verantwortung* und *Gesellschaftskritik* sind dazu die dominierenden Subkategorien, und das heißt auch, dass *Selbstwirksamkeit* bei den ethischen und politischen Produzent*innen mit *Einfluss haben wollen* korreliert und sich mit der Kategorie *gesellschaftliche Verantwortung* verbindet – die in der Regel eine Form der *Gesellschaftskritik* ist.

Gerade letzteres kann als Grundlage dafür gelten, dass bei einem Teil der Befragten politische Zielsetzungen formuliert werden. Zentrales Anliegen der *politischen Selbstherstellter*innen* ist es, Themen anzustoßen, die auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen abzielen. Dazu werden politische Forderungen formuliert, allerdings werden daran keine Verbindlichkeiten geknüpft: Arbeitshandeln ist kein Herrschaftshandeln im Sinne Max Webers, das darauf abzielt, den eigenen Willen selbst „gegen Widerstreben durchzusetzen" (Weber 1976: 28; vgl. Kräuter 2009: 11). Auch zielt das Handeln auf keine „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" ab (Weißeno 2005: 191; Buchstein 2012: 18). Arbeitshandeln ist Verständigungshandeln – appelliert wird an die Vernunft des Einzelnen im Sinne Kants, Selbstherstellen ist „Politik als vermittelte Interaktion" (Sutor 1997: 27).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

7. Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse

Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse im Überblick dargestellt. Dazu werden im ersten Schritt (Punkt 7.1) die Typen und Kategorien anhand ihrer Charakteristika beschrieben und verglichen. Im zweiten Schritt werden unter Punkt 7.2 die Ergebnisse der zentralen Fragestellungen der Studie beantwortet. Abschließend geht es unter Punkt 7.3 um die Interpretation der Ergebnisse auf der Mikroebene: Was bedeuten die zentralen Kategorien und Subkategorien für das Arbeitshandeln sowie für ein Verständnis von Arbeit, Politik und Gesellschaft?

7.1 Zentrale Typen

Der dominierende Produktionstyp dieser Studie ist der ethische mit unternehmerischer Ausrichtung. Dieser Produktionstyp stellt ökologische und/oder fair-soziale Produktionsprinzipien voran[1], wobei sich das Unternehmerische auf keine monetär maximierende Ausrichtung des Arbeitshandelns bezieht. Es setzt an gesellschaftlichen Wertvorstellungen und ökologischen Produktionskriterien an. Auch geht das Unternehmerische meist nur so weit, dass ethische ökologische Standards nicht verletzt werden. Nur wenige Akteure dieser Studie sind allerdings klar als politisch zu verstehen – Ziel ist nicht die Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, im Zentrum stehen das ressourcenschonende und sozialverantwortliche Herstellen. Im Folgenden werden dazu die einzelnen Produktionstypen vergleichend gegenübergestellt.

7.1.1 Die produktionsorientierten Selbsthersteller*innen

Bei den *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* stehen der Produktionsprozess und das Produkt im Vordergrund. Es geht um die Lust, etwas Neues auszuprobieren und selbst herzustellen. Ziel ist es, dass ein selbst hergestelltes Produkt nach eigenen Vorstellungen entsteht. Politische Zielsetzungen sind nicht erkennbar. Das politische Kom-

1 Wie in Fußnote 11 auf den Seiten 12/13 dargelegt, zielt ‚fair-sozial' auf Prozesse des sozialverantwortlichen Arbeitshandelns ab, das über reines ökologisches Handeln hinausgehen kann.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

petenzgefühl ist gering. Ethische ökologische Produktionsstandards sind keine Produktionsvoraussetzung, sie können dennoch in den Produktionsprozess mit einfließen.

Die Beweggründe, Dinge selbst herzustellen, zielen auf zwei zentrale Aspekte ab: Erstens steht ein Hang für Haptik und Ästhetik im Vordergrund. Zweitens geht es um ein Qualitätsbewusstsein, das sich im Produkt vergegenständlicht. Im Zentrum steht das, was Richard Sennett „Arbeit mit Hingabe" nennt, eine Art der Tätigkeit, die darum zufriedenstellend ist, weil man sie „ihrer selbst willen gut machen" will (Sennett 2009: 32). Zudem sind Sinnkontexte handlungsleitend, die auf ein enges Beziehungsgeflecht zwischen Hersteller*innen und Produkten schließen lassen. Darum können die Ergebnisse in Beziehung zu soziologischen Befunden zum „Qualitätsbewußtsein" von selbsthergestellten Produkten gesetzt werden, wonach Produkte nicht nur „Unikate" und „Zeugnisse der eigenen Fertigkeit" sind (Scherhorn 2000: 369). Sie sind „Ausdruck der eigenen Persönlichkeit", was eine „engere Bindung an das Gut" nach sich zieht und die Bereitschaft mindert, „es schnell durch ein neueres zu ersetzen" (ebd.). Schon hier lässt sich eine ökologische Dimension erkennen, die aber nicht unmittelbar intentional bestimmt sein muss. Sie ist mehr der Struktur der Herstellungsverfahren geschuldet.

7.1.2 Die ethischen Selbsthersteller*innen

Die *ethischen Selbsthersteller*innen* stellen ökologische und fair-soziale Produktionsprinzipien im Herstellungsverfahren voran, die in der Regel Produktionsvoraussetzung sind. Es geht um Umweltfragen, Ressourcenschonung und fair-soziale Konzepte – im Vordergrund steht die Prämisse, dass weder Mensch noch Umwelt über Arbeit und Produktion belastet werden. Die ökologische Dimension überwiegt jedoch, womit in der Mehrheit Prozesse des Wiederverwertens, Re- oder Upcycling von Materialien gemeint sind. In einigen Fällen wird sich auch an Produktionsverfahren des *Cradle to Cradle* orientiert, wonach Produkte zu ihrem Ursprung zurückgeführt werden, im Idealfall sind sie damit kompostierbar. Der *ethische Produktionstyp* ist in der Mehrheit gesellschaftlich und politisch interessiert. Das politische Kompetenzgefühl ist dennoch schwach. Politik spielt im Leben der Akteure nur eine untergeordnete Rolle, auch werden keine politischen Forderungen formuliert. Die Sensibilisierung gegenüber gesellschaftlichen Prozessen und Missständen resultiert zudem aus dem Produktionsprozess selbst. Die Produktion und Vermarktung erfolgen im Anschluss jedoch unter Einhaltung festgelegter Produktionsprinzipien, die von den Akteuren festgelegt werden.

Die Ergebnisse legen somit nahe, dass es dem *ethischen* Produktionstyp vor allem um unternehmerische Perspektiven geht: Erst im Zuge der Produkt- und Unternehmensprofessionalisierung werden ethische Standards festgelegt, wobei das wirtschaftliche Handeln kein Konkurrenzunternehmertum zur Steigerung monetärer Interessen ist. Vielmehr bestimmen nachhaltige Standards das wirtschaftliche Handeln – die *ethisch-unternehmerischen* Typen sind damit vergleichbar mit dem Herzblut-Unternehmer nach Matthias Euteneuer (2011: 129), für den eine „basale wertrationale Bindung an das Tätigkeitsfeld unabdingliche Grundlage des betriebswirtschaftenden Handelns" ist (ebd.:

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

146). Im weitesten Sinne geht es damit um Prinzipien einer Donut-Ökonomie[2], eingeschränkt auch um welche von Postwachstum[3] (vgl. Paech 2013: 211; siehe auch Muraca 2015), wobei letzteres nur eingeschränkt gilt (vgl. dazu die Kapitel 8.2.2 und 8.4.3).

7.1.3 Die politischen Selbsthersteller*innen

Die *politischen Selbsthersteller*innen* wurden in dieser Studie im Gegensatz zu den *ethischen* seltener gefunden, die Übergänge sind jedoch fließend. Insgesamt konnten vier von 19 Befragten (die Pretests nicht mitgerechnet) als *politische* Akteure bestimmt werden, vier weitere lassen sich als „Fälle zwischen den Fällen" verstehen – sie können sowohl den *ethischen* als auch *politischen* Herstellertypen zugeordnet werden. Die Kriterien dafür, dass Akteure als politisch eingestuft wurden, waren a.), dass übergeordnete gesellschaftspolitische Ziele formuliert, b.) die Folgen und Konsequenzen der Handlungen antizipiert werden und c.) das Ziel die Beeinflussung anderer ist, das mindestens auf die Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen (Subpolitik) abzielt, wenn nicht gar auf die Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen (Proto-Politics). Insgesamt zeichnen sich die *politischen* Akteure dieser Studie dadurch aus, dass das Interesse an gesellschaftlichen und politischen Themen groß ist. Das politische Kompetenzgefühl ist entsprechend höher als bei den anderen Typen, das politische Responsivitätsgefühl ist dennoch schwach – oft schätzen sich die Akteure als politisch kompetent ein; man möchte mit der Arbeit gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und andere beeinflussen. Die Politik spielt jedoch kaum eine Rolle. Damit sind die *politischen Selbsthersteller*innen* auch von sogenannten Policy-Entrepreneuren aus politikwissenschaftlichen Modellen zu unterscheiden, die „als Promotoren für politischen Wandel" gelten (Becker 2010: 112): Policy-Entrepreneure sensibilisieren „die Öffentlichkeit, mobilisieren Netzwerke und überzeugen politische Entscheidungsträger" (ebd.).[4] Erste beiden Punkte treffen für die *politischen* Akteure dieser Studie zu, letzteres nicht. Forderungen, die aus den Zielsetzungen der Arbeit resultieren, werden meist nicht an die Politik adres-

2 Die Donut-Ökonomie wurde von Kate Raworth (2018 [2012]) begründet. Sie fordert, grob vereinfacht, dass Mensch und Umwelt durch wirtschaftliches Handeln nicht zu Schaden kommen.

3 Die hier angeführte Postwachstumsökonomie geht auf Niko Paech zurück und basiert auf vier Prämissen: auf der Senkung von Mobilität und Konsum (Suffizienz), mehr Selbstversorgung (Subsistenz), der Stärkung der Regionalökonomie sowie einem Rückgang der monetären Arbeitsleistung und -zeit (vgl. Paech 2022: 81). Sagen lässt sich für diese Studie, dass die Handlungsformen der Befragten im Wesentlichen auf eine Reduzierung des Verschleißes und der Stärkung der Regionalökonomie abzielen. Von einem Rückgang der Mobilität und monetären Arbeitsleistung/-zeit kann keine Rede sein.

4 Auf das Problem, dass in den Modellen zu Policy Entrepreneureship sowohl das Unternehmerische als auch die Politik als Adressat von Agenda-Setting vorausgesetzt wird, wurde bereits eingangs hingewiesen (siehe Fußnote 18 auf Seite 38). Nach Becker gelten Policy Entrepreneure als „Promotoren für politischen Wandel" (Becker 2010: 112). Ziel ist es, „Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung und Beförderung von Politikwandel" bereitzustellen (Grimm 2011: 451). Mintrom/Norman führen vier Faktoren an, die für den Policy Entrepreneure entscheidend sind: „Displaying social acuity, defining problems, building teams, and leading by example" (Mintrom/Norman 2009: 651).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

siert, sondern an die Gesellschaft als ganze, an Konsument*innen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

An diesem Punkt unterscheiden sich die *politischen Selbstthersteller*innen* auch signifikant von den *ethischen*: Die *politischen Selbstthersteller*innen* stellen das derzeitige ökonomische und politische System grundsätzlich in Frage. Angeregt wird zum gesellschaftlichen Diskurs, der über Arbeit erzeugt wird und der Umweltfragen genauso mit einschließt wie die Gleichstellung von Mann und Frau. Das Produkt ist dazu Träger von Botschaften, aufgegriffen werden Themenpunkte, die von der Politik zu wenig oder gar nicht thematisiert werden. Damit lässt sich das Selbstherstellen auch auf keine „Zweck-Mittel-Kategorie" nach Hannah Arendt reduzieren (Arendt 2013: 184), wonach Akteure nur „um ihrer selbst willen" herstellen (ebd.: 186): Selbstherstellen ist Arbeitshandeln zur Diskurserzeugung. So nennt die Akteurin Manuela Schwerlich ihre Labelarbeit beispielsweise eine „Bewusstseinskampagne", um über Missstände aufzuklären. Dazu reinvestiert sie Gelder in soziale Projekte. Sie gründet Vereine und Initiativen. Die Produktivität ist Ausdruck eines „*engagierten* Tuns" (Sennett 2009: 32, H. i. O.), das politisch verstanden wird. Die normative Ebene der Subjektivierung (Sinnkontexte der Arbeit) wird zur gesellschaftspolitischen Aktivierung (*aktive* Subjektivierung als gesellschaftspolitisches Handeln). Zugleich sind politische Forderungen gesellschaftliche Erfordernisse, die an die Akteure herangetragen werden, weil die Selbstansprüche der Hersteller*innen (ökologische und faire Standards) mit Anspruchshaltungen der Gesellschaft korrespondieren – weil Produkte mit Nachhaltigkeitswert eingefordert werden.

Auffällig beim *politischen* Produktionstyp ist, dass die Betonung auf Spaß, Kreativität und die Lust am Gestalten zugunsten politischer Ziele in den Hintergrund tritt. Die Akteure treten als „Bastler ihrer selbst" (Beck 1993: 154) in Erscheinung. Nicht der *„Beruf als Berufung"* (Betzelt 2006: 5ff., H. i. O.) ist handlungsleitend, um politisch zu werden. Man fühlt sich berufen, um politisch zu sein. Dazu werden Marktzugänge gesucht, um Ziele zu verwirklichen, und selbst die Vermarktung erfolgt nur unter Einhaltung klarer Regeln und Standards. Im Gegensatz zum *ethischen* Produktionstyp, der nachhaltige Standards meist erst im Zuge der Arbeits- und Unternehmensprofessionalisierung herausbildet, gelten die Kriterien bei den *politischen Selbstthersteller*innen* von Beginn an. Auch wird kein Zeitproblem konstatiert, wonach man für gesellschaftspolitisches Engagement neben der Arbeit keine Zeit habe. Arbeitszeit und gesellschaftspolitisches Engagement ergeben ein kohärentes Ganzes. Dazu arbeitet man mit Bündnissen und Initiativen zusammen – oder gründet selbst welche, so beispielsweise eine Initiative zum Grundeinkommen oder einen Verein, der sich gegen Hartz-IV-Sanktionen ausspricht. In einer Partei ist dagegen nur eine Akteurin, die sich aber nicht als „parteipolitisch" versteht. In einer Gewerkschaft ist niemand. Eine Befragte ist bei Greenpeace, eine andere war bei Oxfam. Zwei weitere spielen mit der Überlegung, bei Greenpeace einzutreten.

7.1.4 Die einzelnen Typen als Stufenmodell

Die Produktionsformen des Selbstherstellens lassen sich abschließend als Stufenmodell darstellen: Alle Akteure handeln produktionsorientiert, die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* aber nicht ethisch im Sinne ökologischer oder sozialer Fragestellungen – und schon gar nicht politisch. So verfolgen die *produktionsorientierten* Herstellertypen das

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Ziel, das herzustellen, was ihren Vorstellungen entspricht – Spaß und Leidenschaft sind die Treiber ihres Handelns. Das gilt auch für den *ethischen* Produktionstyp. Hier kommen jedoch ethisch-ökologische und fair-soziale Kriterien hinzu. Auch der *politische* Herstellertyp handelt ethisch im Sinne sozial-ökologischer Verantwortung. Er verbindet ethische Kriterien aber zusätzlich mit politischen Zielen und Forderungen – Spaß und Leidenschaft im produktiven Sinne treten in den Hintergrund, in den Vordergrund rückt eine „Leidenschaft für das Politische" (Detjen et al. 2012: 71), und das heißt: Allen Typen geht es um das, was Gerhard Scherhorn das „freie, nichtentfremdete, selbstbestimmte, aktive Handeln" im Sinne eines produktiven Tuns nennt (Scherhorn 2000: 364), um die nichtentfremdete Arbeit nach Marx, die sinnbasiert ist (siehe auch Fromm 2011: 73). Dass sich damit ein „emanzipatorische[s] Potenzial" verbindet (Scherhorn 2000: 364), zeigt sich erst bei den *ethischen* und *politischen* Handlungstypen, wobei nur der *politische* Produktionstyp politische Ziele formuliert und politische Forderungen stellt.[5]

7.2 Ergebnisse der zentralen Fragestellungen

Abschließend werden die zentralen Ergebnisse der Studie zusammengefasst. Dazu wird Bezug genommen auf die im Kapitel 6 formulierten forschungsleitenden Fragestellungen: Verstehen die Akteure sich und ihre Arbeit als politisch? Was verstehen sie dann unter Politik? Üben sie Kritik an der Gesellschaft? Wenn ja, was wird kritisiert und wie drückt sich das in ihren Handlungsstrategien aus?

7.2.1 Was sind die Grundmotive, um Dinge selbst herzustellen?

Die Beweggründe, Dinge selbst herzustellen, unterscheiden sich von Typ zu Typ. Dabei eint alle Produktionstypen das Verlangen und die Lust, etwas Eigenes zu erschaffen – für die *produktionsorientierten Selbstherstellerinnen* stehen die Herstellungsprozesse als solche und die Produkte im Vordergrund. Für die ethischen und *politischen Selbstherstellerinnen* überwiegt die Motivation, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten – es geht um die normative Perspektive der Subjektivierung (vgl. Baethge 1991), um Identifikation und Selbstwirksamkeit über Arbeit, aber auch um die Selbstaktivierung: Die *produktionsorientierten Selbstherstellerinnen* aktivieren sich dazu über die „erfüllte Arbeit im Kleinen" (Robin 2017: 35). Ihnen genügt es bereits, etwas für sich zu (er)schaffen, was berufliche Perspektiven mit einschließt oder nach sich ziehen kann. Bei den *ethischen* und *politischen Selbstherstellerinnen* ist die Aktivierung zusätzlich „reklamierend": Gefordert werden gesellschaftliche Lösungen, die bei den politischen Handlungstypen zusätzlich politisch dimensioniert sind. In der Gesamtheit sind Subjektivierungsprozesse damit

5 Wie bereits angemerkt, können nicht alle Produktionstypen klar einem Typ zugeordnet werden. Vielmehr sind fließende Übergänge erkennbar. Auch ließe sich argumentieren, dass bereits das Ethische das verbindende Element aller Typen ist, wenn man Ziele der Maximierung des individuellen Glücks als ethische Dimension der Individualethik heranzieht. Wie dargelegt, soll Ethik in dieser Studie aber als Form eines gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins verstanden werden (vgl. Fußnote 79 auf Seite 231), und hier zeigt sich, dass erst die *politischen Herstellertypen* alle Ebenen vereinen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

weder auf Eigenrationalisierung und Selbstökonomisierung zu reduzieren, was der Subjektivierungsdiskurs um kreative Arbeit seit Jahren voranstellt[6], noch sind die Arbeitsformen davon freizusprechen. Vielmehr geht beides miteinander einher: Der Markt wird zum Austragungsort für gesellschaftliche Belange, ökologische Forderungen sind neue Markterfordernisse, die sich wechselseitig bedingen.

7.2.2 Welches Gesellschaftsbild haben die Akteure?

Die Mehrheit der Befragten möchte in einer Gesellschaft leben, in der freie Entfaltung und gesellschaftliche Beteiligung möglich sind. Die Akteure treten für eine Gesellschaft ein, in der die Menschen bewusster leben und Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Im Sinne der politischen Milieuforschung (vgl. Neugebauer 2007) sind die Befragten damit vorwiegend im Feld „Libertarismus" sowie als „kritische Bürgereliten" oder „engagiertes Bürgertum" zu verorten (vgl. ebd.: 68ff.). Zugleich bedeutet „kritisch" und „engagiert" nicht, dass man über den Arbeitskontext hinaus unmittelbar politisch aktiv wird. Nur einige der *politischen* Akteure engagieren sich für soziale Gerechtigkeit im Sinne von Verteilungskonflikten und entsprechender Umverteilung über die Arbeit hinaus. Gerechtigkeit und Marktfreiheit werden somit als keine Gegensätze verstanden, wie im Modell Neugebauers vorgesehen. Sie bedingen sich wechselseitig, was dazu führt, dass sich andere Befragte neben der Arbeit nicht sonderlich engagieren (weil die Arbeit selbst als Engagement verstanden wird). Auch wird die eigene prekäre Arbeitssituation, wenn auch nicht stillschweigend, so doch mehr oder minder hingenommen. Damit existieren durchaus Parallelen zum Bereich „Prekariat" und zu den „Leistungsindividualisten" im Schema Neugebauers, wobei es zu kurz greift, von einer reinen Apolitisierung durch eine „Emanzipation zweiter Ordnung" (Blühdorn 2013: 148f.) oder gar einer „Entpolitisierung" (Mouffe 2011: 3f.) zu sprechen. Auffällig ist insgesamt, dass sich keine klare Zuordnung im klassischen Rechts-Links-Schema der politischen Milieus aufzeigen lässt (vgl. Neugebauer 2007), wenn auch die Demokratie in hohem Maße befürwortet wird. Dazu werden pragmatische Lösungen vorangestellt, Ideologien werden zugunsten von „entideologisierten und pragmatischen Ansätzen" (Blühdorn 2013: 126) zurückgewiesen – und das heißt auch, dass es bezogen auf die Nachhaltigkeitsfrage um keine allumfassende Verwirklichung der eingangs vorangestellten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 geht (vgl. Kapitel 2). Der Fokus liegt auf zentralen Themenfeldern, die das eigene Arbeits- und Berufsfeld betreffen: Im Zentrum steht die Frage, „was gutes Leben ist und was es erfordert" (Sommer/Welzer 2017: 115).

7.2.3 Wie organisieren Selbsthersteller*innen ihre Arbeits- und Produktionsformen?

Alle Akteure dieser Studie stellen Produkte selbst her. Zu Anfang machen sie das vorwiegend alleine, oft auch nur nebenberuflich oder ergänzend zur hauptberuflichen Tätigkeit. Die Mehrzahl der Befragten hat keine weiteren Angestellten und bei den meisten zeichnet sich auch nicht ab, in naher Zukunft welche zu haben. Insgesamt lassen sich die

6 Vgl. Koppetsch 2006; Huber 2012; Reckwitz 2014, 2016; Manske 2007, 2016a; Manske/Schnell 2018.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Arbeits- und Produktionsformen anhand dreier Kriterien klassifizieren: Erstens kann der Arbeitsplatz als solcher beschrieben werden, zweitens lassen sich Distributionswege analysieren, drittens kann die Einbindung in Netzwerke und andere Organisationszusammenhänge dargestellt werden. Darüber lassen sich wiederum Schlüsse zu ökologischen, fair-sozialen Produktionskonzepten und politischen Zielen ziehen.

Arbeitsplatz:
Die Arbeit wird in der Anfangsphase meist von zu Hause aus erledigt. Erst ab einem bestimmten Zeitpunkt entscheidet sich ein Teil für ein eigenständiges Büro, so etwa für einen Arbeitsplatz in einer Fabriketage, in einem Atelier oder Coworking-Space. Die meisten haben keine festen Arbeitszeiten. Sie empfinden das größtenteils aber nicht als überfordernd, vielmehr als Möglichkeit ihrer freien Zeiteinteilung.

Distributionswege:
In der Regel verkaufen die Akteure ihre Produkte direkt vor Ort und im eigenen Umfeld, zudem ziehen sie lokale Anbieter*innen und Plattformen in Betracht, die der Zielgruppe entsprechen. Darüber hinaus sind die Akteure regelmäßig auf Märkten, wo sie ihr Zielpublikum finden. Auffällig ist, dass die meisten Befragten eine starke Bindung zu ihren Kunden und Kundinnen haben, teils kennen sie diese persönlich. Oft haben die Kunden und Kundinnen auch direkten Einfluss auf die Produkte, wenn auch nicht auf die Grundidee oder das Produkt als solches, so doch auf mögliche Modifikationen, zum Beispiel auf Farben oder Formen von Kollektionen.

Einbindung in Netzwerke und Organisationszusammenhänge:
Die meisten Akteure sind in keine festen Netzwerke oder Organisationen eingebunden, vielmehr sind sie lose organisiert, mit politischen Organisationen assoziiert oder mit Branchennetzwerken verbunden. Ihre Netzwerke haben in der Regel die Funktion, dass man sich über entsprechende Produktionsformen, Verfahrensweisen und Standards austauscht. Wie aufgezeigt (siehe Punkt 7.1.3), sind nur die *politischen* Akteure in politische Netzwerke, Vereine oder Initiativen eingebunden, wenn auch oft nur sporadisch. Oft gründen sie diese auch selbst. Die Netzwerke unterliegen meist keiner formalen Satzung.

Produktionsumsetzung:
Bei der Produktion sind insgesamt drei zentrale Herangehensweisen erkennbar: Erstens ist das Selbstherstellen eine Art des Ausprobierens und das Testen eigener Ideen. Zweitens ist es eine Möglichkeit, nachhaltige Produktionsstandards umzusetzen, die auf Ökologisches oder Sozialverantwortliches verweisen. Drittens ist das Selbstherstellen ein Anstoß zum gesellschaftlichen Diskurs. Hier ist das Produkt Mittel zum Zweck. Während die erste Herangehensweise für alle Akteure charakteristisch ist, bildet letztere das Handeln der *ethischen* und *politischen Selbsthersteller*innen* ab.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

7.2.4 Nach welchen Kriterien stellen die Akteure Produkte selbst her?

Die Kriterien des Herstellens unterscheiden sich von Typ zu Typ. Während die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* auf keine klaren Standards achten, stehen beim *ethischen* und *politischen* Produktionstyp ökologische und/oder fair-soziale Produktionskriterien im Vordergrund. Nicht immer werden die Kriterien nach strengen Richtlinien, so etwa nach dem Global Organic Textile Standard (GOTS), festgelegt. Wie bereits erwähnt, spielen nur wenige der 17 verfassten globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 eine tragende Rolle. Streng genommen werden nur die Ziele 12, 13 und 14 verfolgt, die a.) auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (Ziel 12), b.) auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels (Ziel 13) und c.) auf den Schutz der Ozeane, Meere und Meeresressourcen (Ziel 14) abzielen. Diese Standards werden meist erst im Verlauf des Produktionsprozesses definiert und festgelegt. Nur die *politischen Selbsthersteller*innen* legen die Kriterien von Beginn an fest. Auffällig ist insgesamt, dass die Standards bei den *ethischen* Herstellertypen in der Regel branchenspezifisch festgelegt werden: Es geht um Materialien, die für das Produkt charakteristisch sind.

Dabei werden vor allem diejenigen Materialien in Bezug auf die Nachhaltigkeit gewichtet – und das trifft auf nahezu alle Akteure zu –, die für das Produkt stilprägend sind: So achten die Akteure zum Beispiel in der Regel auf chemiefreie Stoffe oder einen hohen Anteil an Biobaumwolle. Auch werden recycelte Materialien oder Produkte, die recyclefähig sind, berücksichtigt. Die Einrichtung von Möbeln im Büro oder das Anschaffen von Technik zur Produktion sind davon meist ausgenommen. Auch haben bei den Materialien diejenigen Vorrang, die für das Produkt essenziell sind: Stoffe, Materialien, die zum Beispiel deutlich sichtbarer sind als andere. So haben Reißverschlüsse oder Knöpfe nicht die gleiche Gewichtung wie Wolle oder recycelte LKW-Planen, aus denen Taschen oder ähnliches hergestellt werden. Insgesamt erfolgt die Auswahl umso strenger, je branchenbezogener die Waren sind. Die Gewichtung hat letztlich auch damit zu tun, dass der Kundenkreis besonders auf die Stoffe achtet, die für das Produkt stilbildend sind. Oft gibt es auch keine oder nur wenige Alternativen, wenn etwa Reißverschlüsse oder Knöpfe nicht kompostierbar sind. Das gleiche Problem stellt sich bei der Verwendung von Technik in der Kleidung, so etwa bei LEDs. LEDs können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer recycelt werden, kompostierbar sind sie gar nicht (vgl. Gnahm 2019: 41). Diese Probleme sind den Akteuren durchaus bewusst. Sie argumentieren dann, dass man nicht auf alles achten könne und das umsetze, was man umsetzen kann.

Folge dieser Verkettung und Gewichtung ist, dass die Akteure zwar Verantwortung über die Produktion übernehmen (wollen), damit aber unterschiedliches meinen. So verstehen die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* bereits die Art und Weise des Herstellens als Form der Verantwortung, weil man keine Massenware herstelle und keine Mitarbeiter*innen ausbeute – was wiederum daran liegt, dass man oft keine weiteren Mitarbeiter*innen hat. Bei den *ethischen Herstellertypen* kommt eine ökologische und in Ansätzen soziale Verantwortung hinzu, und erst bei den *politischen Produktionstypen* wird Verantwortung zu einem ganzheitlichen Prinzip: Ökologische und fair-soziale Standards sollen zum gesellschaftlichen Diskurs anregen, wenn das auch nicht heißt,

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dass man sich selbst gegenüber „verantwortlich" handeln muss. Ganz im Gegenteil bleibt die eigene Beschäftigung oft prekär.

Insgesamt hat *Verantwortung* damit eine doppelte Bedeutung: Einerseits bezieht sie sich auf das große komplexe Ganze und wird ökologisiert; es geht um Veränderungen innerhalb der Ökonomie, die sich weder auf den eigenen Arbeitsplatz beschränken noch an örtlichen oder nationalen Grenzen Halt machen. Andererseits wird Verantwortung oft auf ökologische Aspekte reduziert und die soziale Verantwortung (auch gegenüber sich selbst) gerät in den Hintergrund. Diese Doppeldeutigkeit bleibt auch nicht auf Arbeit und Produktion beschränkt. Sie führt dazu, dass sich das Selbstverständnis als politischer Akteur an Kernthemen ausrichtet und an situative Gegebenheiten angepasst wird: Es geht um keine allumfassende Großtheorie oder Ideologie. In den Vordergrund tritt das Kleinteilige, das sich über Alltags- und Arbeitshandeln realisiert.

7.2.5 Welches politische Selbstverständnis haben die Akteure?

Die überwiegende Mehrheit der Befragten versteht sich und die eigene Arbeit als nicht politisch. Ein Ergebnis dieser Studie ist aber, dass die meisten das Politische mit den Parteien gleichsetzen. Folglich reduziert sich ihr Politikverständnis auf einen *engen* Politikbegriff, der das Politische an den Staat und institutionelle Strukturen bindet. Aus streng politikwissenschaftlicher Sicht ließe sich demnach argumentieren, dass selbst die *politischen* Akteure keine politischen sind. Zugleich legen die Ergebnisse nahe, dass das „Selbstverständnis als politischer Akteur" (Niedermayer 2005: 20) weiter zu fassen ist: Es bildet sich in Distanz zur institutionellen Politik und entsprechenden Bezugsgrößen heraus. Im Folgenden wird skizziert, von welchen Einflussfaktoren das „Selbstverständnis als politischer Akteur" abhängt. Wie im Kapitel „Selbstverständnis als politischer Akteur" dargelegt, wird es in der empirischen Sozialforschung anhand dreier Konzepte untersucht (vgl. Massing 2012: 264; Niedermayer 2005: 20ff.): anhand des politischen Wissens, politischen Interesses und des politischen Selbstbewusstseins (politisches Kompetenzgefühl/politische Responsivität).

Politisches Wissen:

Das politische Wissen der Bürger*innen gehört in der Politikwissenschaft zum zentralen Einflussindikator für das Selbstverständnis als politischer Akteur, wenngleich es bislang „keine lange Forschungstradition mit empirischen Ergebnissen" gibt (Niedermayer 2005: 20). In dieser Studie können allerdings kaum Aussagen zum politischen Wissen aus politikwissenschaftlicher Sicht getroffen werden, da es in den Interviews nicht detailliert abgefragt wurde bzw. werden konnte. Das lag mitunter daran, weil mit dem Thema „Politik" besonders sensibel umgegangen werden musste. So galt es zu vermeiden, Aussagen hervorzurufen oder zu provozieren, die mehr oder minder nur dem Selbstbild entsprechen, die aber keine Interpretation darüber zulassen, was die Interviewten unter politischen Prozessen verstehen. So ließen sich zwar Aussagen in Bezug auf das politische Interesse im Gesprächsverlauf vertiefen, ohne dass die Befragten das Gefühl hatten, dass nun ein Themenbereich angesprochen wird, der nur dem Forschungsinteresse dient. Beim politischen Wissen war ein solches Vorgehen nicht möglich. Zugleich war ein kausaler Zusammenhang von politischem Interesse, politischem Selbstbewusstsein,

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

unternehmerischem Handeln und dem Selbstverständnis als politischer Akteur erkennbar. Diese Zusammenhänge werden im Folgenden skizziert.

Politisches Interesse:

Als ein wesentlicher Einflussfaktor für das Selbstverständnis als politischer Akteur kann in dieser Studie das politische Interesse gelten. Bei allen Akteuren, die sich als politisch verstehen oder als politisch verstanden werden können (was nicht deckungsgleich sein muss), ließ sich ein Interesse an politischen Themen und Prozessen erkennen. Was ist aber unter dem politischen Interesse zu verstehen? Wie einleitend dargelegt, unterscheidet Niedermayer dazu zwei Aspekte: a.) das „subjektive politische Interesse" von b.) der „persönlichen Bedeutung der Politik" (Niedermayer 2005: 20). Während ersteres das „Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird", untersucht, zielt zweiteres auf „das relative Gewicht" ab, „das politische Angelegenheiten im Vergleich zu anderen Lebensbereichen haben" (ebd.; siehe auch Massing 2012: 264).

Für diese Studie müssen die von Niedermayer benannten Indikatoren allerdings einer Korrektur unterzogen werden. Denn das Interesse der Befragten beschreibt nicht zwangsläufig das „Ausmaß an Neugier, das der Politik entgegengebracht wird". Es bezieht sich mehr auf eigene Themenfelder und ein Expertenwissen, das Politsierungspotenzial hat. Gerade die *ethischen* und *politischen* Typen zeigen sich an gesellschaftlichen Themen und Prozessen interessiert, auch möchten sie Veränderungen herbeiführen (letzteres gilt wiederum insbesondere für den *politischen* Typen). Das heißt, dass ein gesellschaftspolitisches Interesse oft in Distanz zum Parteienspektrum existiert.

Deutlich wurde das in Aussagen, wenn zum Beispiel Boris Olwasko klarstellt, dass Parteien „Unsinn" seien, im nächsten Schritt aber neue Eigentumsformen diskutiert. So sagt er, dass Eigentum verpflichten solle, um Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen, da dies in Artikel 14 der Verfassung vorgesehen sei. Daraus leitet er aber keine Forderungen an Parteien ab. Er appelliert an die Verantwortung des Einzelnen. Vergleichbares lässt sich in Bezug auf das politische Interesse sagen, also für die persönliche Bedeutung der Politik. Für die Mehrheit der Befragten hat „die Politik" keine Bedeutung. Und das gilt selbst für diejenigen, die sich als politisch verstehen oder als politische Akteure gelten können. Insgesamt weist das Konzept des politischen Interesses in der Politikwissenschaft deutliche Schwachstellen auf, um ein übergeordnetes Interesse an politischen Prozessen über Parteiinteressen hinaus angemessen zu erfassen.

In der Gesamtheit lässt sich zum politischen Interesse sagen, dass vor allem diejenigen, die keinen Zugang zur Politik finden, aber politisch interessiert sind, „selbst" handeln wollen. Die Ergebnisse bestätigen damit einerseits den Befund, dass ein „subjektives politisches Interesse Handlungsrelevanz besitzt, d.h. direkt zu einer größeren politischen Handlungsbereitschaft bzw. zu politischem Handeln führt" (Massing 2012: 264). Das gilt allerdings nur dann, wenn man das Politische (und folglich das politische Interesse) auf einen weiter gefassten Politikbegriff bezieht. Ansonsten ließe sich das Gegenteil behaupten, dass ein „subjektives politisches Interesse" zu keiner „größeren politischen Handlungsbereitschaft bzw. zu politischem Handeln führt", weil sich politisches Handeln in dieser Studie in der Regel auf den Arbeitskontext bezieht. Als Konsequenz folgt daraus, dass das „Politische", oder das, was als politisch von den Akteuren verstanden

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird oder als politisch gelten kann, wesentlich weiter zu fassen ist als das, was ein Großteil der politikwissenschaftlichen Forschung darunter versteht.

Politisches Selbstbewusstsein: politische Kompetenz und politische Responsivität:
Vergleichbares lässt sich für den dritten Baustein des Konzepts zum „Selbstverständnisses als politischer Akteur" sagen, für das politische Selbstbewusstsein. Das politische Selbstbewusstsein wird in der Forschung in der Regel in Anlehnung an ein „staatsbürgerliches Selbstbewusstsein" untersucht (Niedermayer 2005: 29ff.). Gemeint ist damit, dass zu einer „modernen Staatsbürgerrolle" ein „staatsbürgerliches Selbstbewusstsein" gehört. Das „staatsbürgerliche Selbstbewusstsein" zielt in der Forschung bislang auf zwei wesentliche Dimensionen ab: auf das politische Kompetenzgefühl, auf das politische Responsivitätsgefühl. Während ersteres das Gefühl beschreibt, „politische Probleme verstehen und beurteilen sowie auf Grund der eigenen Fähigkeiten auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können" (Massing 2012: 265; vgl. Bathelt et al. 2016: 188), geht es bei der politischen Responsivität um die „Überzeugung", dass „die politische Führungsschicht die Anliegen der Bürger ernst nimmt und in ihren Entscheidungen berücksichtigt" (Niedermayer 2005: 31). Ergebnis dieser Studie ist, dass die politische Kompetenz im erweiterten Sinne zu verstehen ist. Die meisten Befragten haben ein geringes politisches Kompetenzgefühl, wenn man politische Kompetenz an der Fähigkeit bemisst, „auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können" (Massing 2012: 265). Auf der anderen Seite haben sie eine hohe politische Kompetenz, wenn man Kompetenz auf Ökologiefragen und entsprechende Produktionsbedingungen bezieht. Denn in diesem Bereich sind die Akteure Spezialisten. Hier wollen sie wirksam werden. Auffällig ist zudem, dass einige im Gesprächsverlauf ihre Aussagen dahingehend korrigierten, dass sie ihr Handeln anfänglich als unpolitisch verstanden haben (auch, weil sie sich als nicht politisch befähigt fühlen), später aber klarstellten, dass ihr Handeln gesellschaftspolitisch sei, weil man über Arbeit politisch in Erscheinung trete. Stellenweise haben sogar diejenigen ein geringes politisches Kompetenzgefühl (gemessen an der politischen Kompetenz im engen Sinne), die vorgeben, politisch zu sein. Das folgende Beispiel von Silke Baierhammer* vom Label *SchmattSchach** verdeutlicht diesen Problemkomplex:

> „Also ich kann nicht sagen, dass ich in den letzten drei Jahren auf ner Demo war […], das war früher mal anders. Da bin ich auf Demos gegangen und hab' mich noch ein bisschen mehr engagiert, so direkt politisch. Aber ich finde schon, vegan zu sein ist ein politisches Statement oder eine politische Handlung, die ich eigentlich jeden Tag vollführe. Oder nachhaltig zu leben. Das ist ja Kapitalismuskritik von vorn bis hinten. Also empfinde ich mich schon als politischen Menschen, aber nicht so, dass ich direkt in die Politik eingreifen würde. Aber wie greift man direkt in die Politik ein? Es sei denn man ist in einer Partei oder so […]. Ich denke manchmal so für mich, ich würde eigentlich gerne viel mehr wissen. Ich habe auch überhaupt keine Ahnung von Politik in Deutschland oder so. Frag mich mal wie…ich kenne Angela Merkel und dann hört es auch schon auf. Ich weiß auch keine Namen, ich lese nie Tageszeitung oder höre Radio oder so."

Deutlich wird in dieser Aussage nicht nur, dass sich Silke Baierhammer als politisch versteht. Erkennbar wird, dass sie sich für politisch inkompetent hält, wenn man politische Kompetenz an edukativem Fachwissen oder Detailkenntnissen über politische Sachver-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

halte bemisst. Zugleich zeigt sich Baierhammer an gesellschaftlicher Veränderung interessiert, ist aber politisch uninformiert. Letztlich verfügt sie über ein fundiertes Wissen in Bezug auf Ökologiefragen und Produktionsverfahren, was der weitere Interviewverlauf zeigt. Über die Politik selbst ist sie so gut wie nicht informiert, würde aber gerne mehr wissen. Auf Rückfrage, warum sie sich nicht in einer Partei und/oder politischen Organisationen engagiere, sagt sie:

> „Das Interesse ist auf jeden Fall da, aber ich habe dafür keine Zeit. Wann soll ich das noch machen? Da muss man ja auch zu Treffen gehen oder so."

In dieser Aussage wird nicht nur deutlich, dass fehlendes Fachwissen über Politik den Zugang zur Politik erschwert. Das Selbstherstellen ist auch zeitaufwendig und wirkt einem politischen Engagement neben der Arbeit entgegen. Insgesamt zeigen die Aussagen im Datenmaterial, dass sich viele als „politisch" verstehen und sich für politisch kompetent halten, wenn man den politischen Kompetenzbegriff weiter fasst. Zeitknappheit hält viele aber davon ab, sich über die Arbeit hinaus zu engagieren. Bestätigt werden kann damit, dass der Faktor „Bildung", so wie in anderen Studien auch, keinen „wesentlichen Einfluss auf die Stärke des politischen Kompetenzgefühls" hat (vgl. Niedermayer 2005: 34), Wissen aber die politische Kompetenz stärkt.[7] Gerade diejenigen, die einen formalen Bildungsgrad aufweisen, eignen sich zusätzlich non-formales Wissen an, das sich im Sinne der *interpretativen* Policy-Analyse als politisches Wissen verstehen lässt.[8] Dieses Wissen bezieht sich auf Prozesse „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen" (Münch 2016: V). In Bezug auf die von Hitzler/Pfadenhauer (2006) geprägte „Konsum-Kompetenz als Politisierungsmerkmal" ließe sich demnach von einer *Produktivitäts-Kompetenz* sprechen, die, zumindest in Teilen, Politisierungspotenzial hat. Allerdings kann ein solcher Bezug zur politischen Responsivität nicht hergestellt werden, also für den zweiten Baustein im Konzept. Im Gegensatz zur politischen Kompetenz, die im erweiterten Sinne von Bedeutung ist, lassen sich zur politischen Responsivität keine verlässlichen Aussagen treffen. Wie eingangs zum „Selbstverständnis als politischer Akteur" angeführt, beschreibt das politische Responsivitätsgefühl die „Überzeugung" der Bürger, dass „die politische Führungsschicht die Anliegen der Bürger ernst nimmt und in ihren Entscheidungen berücksichtigt" (Niedermayer 2005: 31). In dieser Studie hat das politische Responsivitätsgefühl – und das gilt selbst für die *politischen* Produktionstypen – keine Auswirkung auf das „politische Selbstverständnis": Denn zum einen lässt sich aus dem Datenmaterial keine eindeutige Distanzierung gegenüber den Parteien aufgrund einer „Pauschalkritik" (Niedermayer 2013: 56) erkennen; in Ansätzen ist das nur

---

7 Betont werden muss jedoch, dass nahezu alle Akteure ein hohes akademisches Qualifikationsniveau haben, also studiert sind, wenn auch nicht unmittelbar in dem Feld, in dem sie heute arbeiten (das heißt, die wenigsten haben Modedesign studiert). Demnach kann auch keine Aussage dazu getroffen werden, wie sich ein non-formaler Bildungsgrad auf das Handeln auswirken könnte. Gleichwohl sind es gerade die formal Gebildeten in dieser Studie, die sich selbst Wissen aneignen.

8 Wie in Fußnote 32 auf Seite 212 dargelegt, zielt das Wissen in der interpretativen Policy-Analyse mit dem Verweis auf „sprachlich vermittelte und geprägte Interpretationsprozesse und Interpretationskämpfe" auf eine „Neufassung der Inhalte" ab (Münch 2016: 6). Allerdings hatte die interpretative Policy-Analyse keinen nennenswerten Einfluss auf das hier dargelegte politische Wissen im Konzept des „Selbstverständnis des politischen Akteurs".

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

bei den *politischen* Typen nachweisbar. Zum anderen verspricht man sich von den Parteien nicht sonderlich viel, vielmehr ist man gewillt, gesellschaftliche Probleme selbst anzugehen (*Selbermachen* als *Selbstherstellen*).

In der Gesamtheit bestätigen die Ergebnisse damit Befunde aus der Sozialforschung, wonach das politische Responsivitätsgefühl einen geringeren Einfluss auf das politische Selbstverständnis hat als das Kompetenzgefühl (vgl. Niedermayer 2005: 34), wenngleich sich das politische Selbstbewusstsein in dieser Studie nicht auf das direkte Verhältnis zwischen Bürger*innen und der Regierung oder der Politik zurückführen lässt. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Gefühl, „politische Probleme verstehen und beurteilen" zu können und der eigenen Fähigkeiten, „auf die Politik Einfluss nehmen und etwas bewirken zu können" (Massing 2012: 265; vgl. auch Niedermayer 2005: 30), lässt sich in dieser Studie nicht erkennen. Demnach könnte ein politisches Selbstbewusstsein erst dann entstehen, wenn das Individuum seine politische Einflussmöglichkeit auf die Politik oder die Regierung sieht – und im Umkehrschluss ließe sich ein politisches Selbstbewusstsein nicht bestimmen, wenn sich das Individuum von der Politik abwendet. Für diese Studie gilt, dass sich ein politisches Selbstbewusstsein selbst dann nachweislich zeigt, wenn sich Akteure von den Parteien lossagen, wenn auch nicht explizit von ihnen abwenden, so doch von der Politik nicht sonderlich angesprochen fühlen.

7.2.6 Handeln die Akteure politisch?

Nur wenige Akteure dieser Studie formulieren klare politische Ziele über ihr Arbeitshandeln. Auch können nur wenige als politische Akteure in Anlehnung an einen *engen* Politikbegriff gelten. Die Gründe dafür wurden bereits dargelegt. Für einen weiter gefassten Politikbegriff (und ein entsprechendes Verständnis) bedeutet das, dass sich Arbeitshandeln als politisches Handeln auf gesamtgesellschaftliche Belange und gesellschaftliche Veränderungen bezieht: Ziel der *ethischen* und *politischen Handlungstypen* ist es, Gesellschaft über Arbeit und Produktion zu verändern. Ziel ist es aber nicht, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen", um „seinen bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. einer Dritten durchzusetzen" (Hitzler 2001: 46) – und das gilt selbst für den *politischen* Akteur. Auch geht es um keine „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" im Sinne eines *engen* Politikbegriffs. Vielmehr steht die Zustimmung von Dritten im Vordergrund, die auf Freiwilligkeit und Einigung basiert: Selbstherstellen ist kein „*herrschaftsinteressiertes* Handeln" (Hitzler 2001: 47, H. i. O.). Es ist Arbeitshandeln als Verständigungshandeln.

Das heißt, dass sich über das Selbstherstellen kein agonistisches Widerstandspotenzial entfaltet, das auf dem Prinzip der Gegnerschaft basiert – was Teile der Designforschung heutigen Designakteuren in Anlehnung an Chantal Mouffe unterstellen (vgl. Kapitel 4.3.2f.). Vielmehr ist Arbeitshandeln gesellschaftliches Aushandeln im Sinne eines Habermaschen Konsens, worauf im Kapitel 8.2.4 abschließend eingegangen wird. Insgesamt konnten dazu drei Herstellertypen unterschieden werden: die *produktionsorientierten* von den *ethischen* und *politischen*. Alle eint, dass sie in hohem Maße intrinsisch motiviert sind. Nur die *politischen Selbsthersteller*innen* stellen allerdings politische Forderungen, die in der Mehrheit jedoch nicht an die Politik, sondern an andere Hersteller*innen, Konsument*innen und die Wirtschaft adressiert sind, wobei die Wirtschaft

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

als Hauptverursacher der gegenwärtigen Krise ausgemacht wird. Anknüpfend an bisherige Studien bewegen sich die *ethischen* und *politischen Selbstherstellen*innen* damit im Spannungsfeld in denen von van Deth klassifizierten Typen der politisch „Engagierten" und den politischen „Mitmachern" (vgl. Neller/van Deth 2006: 30ff.). Sie sind jedoch weder nur das eine noch nur das andere:[9] Nach van Deth sind die politisch Engagierten diejenigen, die sich „sowohl politisch interessieren" als auch „über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv sind" (ebd.). „Politisch aktiv" sein bezieht sich in dieser Studie allerdings, wie bereits dargelegt, auf keinen Parteien- oder Organisationskontext. Vielmehr ist die politische Aktivität losgelöst davon – und reduziert sich in der Mehrheit auf Arbeit und Produktion.[10]

Die Gründe dafür sind vielschichtig, sie wurden bereits beschrieben. Sie lassen sich jedoch auf zwei wesentliche reduzieren: Erstens lässt sich ein Zeitproblem konstatieren, wonach ein Großteil der Akteure angibt, aufgrund von Arbeitszeitverdichtung keine Zeit für politisches Engagement neben der Arbeit zu haben – nur die *politischen Selbstherstelle*innen* bilden hierzu eine Ausnahme. Zweitens kann ein mangelndes politisches Kompetenzgefühl ausgemacht werden (siehe dazu das letzte Kapitel). Ein Großteil der Akteure gibt an (oder lässt über Aussagen im Subtext erkennen), dass ihnen für politische Sachverhalte das nötige Wissen fehlt. Hinzu kommt, wie im letzten Kapitel dargelegt, dass ein überwiegender Teil das Politische an einen *engen* Politikbegriff bindet. Folge ist, dass viele Befragten ihre Handlungen als nicht-politisch verstehen, weil sie das Politische mit Parteienpolitik in Verbindung bringen.

Daran anknüpfend konnten zwei zentrale Politikbegriffe herausgearbeitet werden, die das Handeln der Akteure reflektieren – und woraus sich ein dritter und neuer Politikbegriff herausbilden lässt: Erstens kann in dieser Studie von *Proto-Politics* gesprochen werden, womit dasjenige Handeln gemeint ist, das auf die „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" auf der Systemebene abzielt (Buchstein 2012: 18) – *Proto-Politics* bezieht sich auf den Staat und seine Institutionen oder auf dasjenige Handeln, das an den Staat adressiert ist. Davon lässt sich zweitens die *Subpolitik* nach Beck abgrenzen, wonach „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems […] um die entstehende Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren" (Beck 1993: 162, H. I. O.). *Subpolitik* ist politisches Handeln fern der staatlich institutionellen Politik. Sie kann sich

9 Van Deth skizziert dazu ein Spannungsfeld von Beteiligungstypen von politisch „Engagierten" bis zu den „Apathischen", dazwischen bewegen sich die „Zuschauenden" und „Mitmacher" (Neller/van Deth 2006: 30ff.; siehe auch van Deth/Zorell 2020). Diese vier Typen ergeben sich „aus der Kombination der Intensität des politischen Interesses und des Partizipationsverhaltens". Nach van Deth sind die „Apathischen" diejenigen, „die sich nicht oder kaum für Politik interessieren und nicht oder nur in Form der Beteiligung an nationalen Wahlen politisch partizipieren". Die „Mitmacher" sind die Typen, „die sich ebenfalls nicht oder kaum für Politik interessieren, aber über die Wahlbeteiligung hinaus weitere Formen politischer Beteiligung ausüben". Die „Zuschauer" wiederum sind diejenigen, „die zwar politisches Interesse haben, aber überhaupt nicht oder nur bei Wahlen politisch partizipieren". Und die Engagierten sind „sowohl politisch interessiert als auch über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv" (Neller/van Deth 2006: 30ff.).

10 Dem wäre hinzuzufügen, wie im Kapitel 7.2.5 dargelegt, dass sich die Akteure zwar für politische Prozesse und gesellschaftliche Veränderungen interessieren, daraus aber keine politischen Engagementformen neben der Arbeit folgen müssen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

auf sämtliche Lebens- und Wirkungsbereiche beziehen – auch auf Arbeitshandeln. Allerdings weist Beck der Kategorie Arbeit keinen zentralen Platz zu. Darum wurde in dieser Studie der Begriff *Politics of Self-Production* in Anlehnung und weiterführend zu Becks Subpolitik in die Forschung eingeführt (vgl. Kapitel 6.1.6): *Politics of Self-Production* zielt auf einen *weiten* Politikbegriff ab. *Politics of Self-Production* ist Arbeitshandeln als politisches Handeln mit dem Ziel, um über Arbeit und Produktion gesellschaftliche Veränderungen zu erwirken. Dabei geht es nicht darum, wie im Falle der *Proto-Politics*, kollektiv verbindliche Entscheidungen herbeizuführen, auch wird das Handeln in der Regel nicht an die Systemebene adressiert. Die Akteure wollen die Gesellschaft über Arbeitshandeln verändern – und darüber gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Abschließend sind dazu zwei Aspekte für das Eingruppieren der *politischen* Akteure in dieser Studie hervorzuheben: Erstens lässt sich das in der Forschung existierende Problem von Intention und Wirksamkeit als Voraussetzung für politisches Handeln nur stufenweise lösen – aber nicht vollends klären. So konnte durch ergänzende teilnehmende Beobachtungen festgestellt werden, dass sich eine anfänglich als stark produktionsorientierte oder moralisch-ethische Handlungsabsicht (Intention) später als politisch wirksam erwies. Das war der Fall, wenn die Interviewten zusätzlich auf Messen oder Konferenzen besucht wurden und sich erst dort eine politische Handlungsabsicht in Gesprächen oder Vorträgen zeigte, die zuvor in den Interviews nicht erkennbar war. Zweitens bilden die Formen von politischem Handeln Übergänge ab. Das Selbstherstellen ist in den seltensten Fällen nur eine Handlungsform. Darum wird der Begriff *Politics of Self-Production* im nächsten Schritt an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft näher systematisiert. Dazu wird der Begriff einerseits an den arbeitssoziologischen Subjektivierungsdiskurs um die *normative* Subjektivierung angelehnt, andererseits wird er auf gleich mehrere Begriffe bezogen – so zum Beispiel auf Michael Burawoys Begriffsunterscheidung von *Politics in Production* und *Politics of Production* (Burawoy 1985; vgl. Scheele 2008: 71)[11], aber auch auf Becks *Subpolitik* (Beck 1993) und den Begriff des politischen Konsums sowie die *Life-Politics* bei Giddens (1991).

11 Burawoy setzt sich, wie eingangs dargelegt, in seiner 1979 erschienenen Studie „Manufactoring Consent" mit betrieblichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen auseinander (Burawoy 1979). Darauffolgend hat er eine dichotomische Unterteilung in *Politics in Production* und *Politics of Production* vorgenommen (Burawoy 1985; vgl. Scheele 2008: 71): *Politics in Production* ist reine betriebliche Arbeitspolitik, *Politics of Production* sind staatlich regulierte Arbeitspolitiken (vgl. Naschold 1984: 52; Scheele 2008: 71). Nach Burawoy nutzen Arbeiter*innen nicht nur eigene politische Spielräume im Betrieb zur Strukturierung des Arbeitsprozesses. Sie inkorporieren Herrschaftsverhältnisse und vollziehen darüber – wie Alexandra Scheele in Bezug auf Burawoy folgert – „unweigerlich die herrschenden Regeln": Sie leisten „einen wesentlichen Beitrag zur Produktion des allgemeinen Konsenses" (Scheele 2008: 71).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

8. Wissenschaftliche theoretische Überlegungen und Folgerungen

Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse bezogen auf den Wissenschaftsdiskurs diskutiert. Im ersten Schritt wird dazu der Begriff *Politics of Self-Production* in die Forschung eingeführt, im zweiten Schritt werden zentrale wissenschaftliche und theoretische Überlegungen vorgenommen. Konkret geht es darum, die arbeitssoziologische Diskussion zur Subjektivierung von Arbeit mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive zu verknüpfen. Dazu wird einerseits Bezug genommen auf die eingangs unter Punkt 2 dargelegten Subjektivierungsformen aus der Arbeitssoziologie. Andererseits werden die Subjektivierungsformen auf die politikwissenschaftliche Forschung bezogen. Die formulierten Fragestellungen aus Kapitel 6 bilden dazu den Ausgangspunkt, die sich in Bezug auf die empirischen Ergebnisse operationalisieren lassen. Die Fragen sind hier nochmals genannt:

- Welche Bedeutung haben die empirischen Ergebnisse für die subjektorientierte Arbeitsforschung und die Gesellschaft? Was bedeuten sie sowohl für den Diskurs um die Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit als auch für den Arbeitsbegriff?
- Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die subjektorientierte Politikforschung? Was bedeuten sie für den Begriff des Politischen und die Gesellschaft?
- Welche Folgen und Konsequenzen hat eine mögliche Verzahnung des Politischen mit dem Unternehmerischen? Ist das Soziale und/oder Ökologische dadurch vermehrt ökonomischen Verwertungsinteressen ausgesetzt? Oder wird das Unternehmerische politisch(er), sozialer und/oder ökologischer, letztlich gerechter?

8.1 Politics of Self-Production: Einführung eines neuen Politikbegriffs an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft

An dieser Stelle wird der Begriff *Politics of Self-Production* in die Forschung eingeführt. Denn ein Begriff, der Arbeitshandeln als politisches Handeln beschreibt, fehlt. Mir ist bewusst, dass ein Begriff, der Arbeitshandeln zu politischem Handeln erklärt und eine

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft bildet, bei einem Teil der Forschung auf wenig Gegenliebe stoßen wird – wird das Politische doch oft in Anlehnung an Arendts emphatisches Politikverständnis als etwas begriffen, das frei von Zweckrationalem und dem Ökonomischem zu sein hat. In einer Gesellschaft, so das Argument, in der das Ökonomische dominiert, gerät politisches Handeln schnell zur ökonomisierten Fremdsteuerung und Lenkung. Gleichwohl, und das zielt auf die eingangs eingeführte *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) ab, ist Arbeit heute nicht nur reiner Broterwerb. Sie ist Ausdruck von Selbstbestimmung und nicht zuletzt, zumindest zeigen das die Ergebnisse dieser Studie, von gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Dieser Entwicklung soll der Begriff *Politics of Self-Production* Rechnung tragen.

Worauf zielt der Begriff ab? Der Begriff lehnt sich einerseits an den Subjektivierungsdiskurs der Arbeitssoziologie und die Subpolitik bei Beck an (Beck 1986, 1993). Er erweitert andererseits die von Michael Burawoy (1985) getroffene Unterscheidung von *Politics in Production* (betriebliche Arbeitspolitik) und *Politics of Production* (staatlich regulierte Arbeitspolitik) – und ergänzt den politischen Konsumenten/die politische Konsumentin um den des politischen Produzenten/die politische Produzentin. Zum einen kann der Begriff somit als Komplementär zum „politischen Konsum" verstanden werden, der in dieser Studie in Anlehnung an Aßländer u.a. als „eine auf ethischen oder politischen Überlegungen basierende Wahl zwischen Produkten und Herstellern mit dem Ziel" definiert worden ist (vgl. Kapitel 2), um „Unternehmenspolitik oder institutionelle Strukturen zu verändern" (Micheletti 2003: 4; Stolle et al. 2003: 154; Aßländer 2011: 69).[1] Zum anderen schließt er, wie dargelegt, an Becks Begriff der Subpolitik an und ergänzt ihn um politisches Arbeitshandeln: *Politics of Self-Production* ist eine auf gesellschaftliche Strukturen bezogene Arbeitsform. Der Begriff steht für neue Formen der Mikropolitik.[2] *Politics of Self-Production* bricht mit einem eng gefassten Politikbegriff, der das Politische als übergeordnetes Ganzes funktionalisiert und an die Systemebene bindet – *Politics of Self-Production* ist „minimale Politik" (Marchart 2010: 289ff.), wobei die Akteure auf das gesellschaftliche Ganze reflektieren, im nächsten Schritt Themenfelder aber in ihre Einzelteile zerlegen: Auf der einen Seite wird das Politische darüber von seinen ideologischen Verfestigungen entkernt. Auf der anderen Seite werden gesellschaftspolitische Positionierungen in Arbeitskontexte hineingetragen – in den Vordergrund rückt die pragmatische Lösungskompetenz.

Politics of Self-Production ist damit keine politische Ideologie oder ideologisch geleitetes Handeln. Es ist eine entideologisierte Praxis zur gesellschaftlichen Veränderung, die an der Lebenswelt der Subjekte orientiert ist, und das heißt: Politische Forderungen werden meist nicht an die Politik adressiert, politische Fragestellungen werden in eigens

1 Politischer Konsum zielt auf zwei grundlegende Dimensionen ab: auf den „boycott" und den „buycott" von Produkten – erstere Form meint eine explizite Verweigerungshaltung, zweitere den bewussten Kauf von nachhaltigen Produkten, um nicht-nachhaltige zu ersetzen (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395). Analog dazu kann *Politics of Self-Production* als das bewusste Herstellen ökologischer und/oder fair-sozialer Produkte verstanden werden, um nachhaltige Standards zu setzen. Das heißt, der Begriff zielt auf keinen „boycott" von Produkten ab (vgl. Stolle/Hooghe 2004; Hoffmann 2008; van Deth/Zorell 2020: 395) – das würde bedeuten, die Arbeit niederzulegen.

2 Zum Begriff der Mikropolitik siehe Punkt 3.4 und Fußnote 30 auf Seite 42.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

organisierten Produktionsfeldern bearbeitet, ausgehandelt, neu verhandelt. In den Prozessen verkörpert sich das, was Danny Michelsen und Franz Walter als neuzeitliches Problem ausmachen: Das einstige „Könnens-Bewusstseins" (Meier 1983: 41), das ab dem 5. Jahrhundert zunächst ein politisches Bewusstsein geschaffen hat, und worüber sich die Subjekte „selbst" politisiert haben (vgl. ebd.), führt heute durch einen „Kontingenzüberschuss" (Michelsen/Walter 2013: 10) dazu, dass sich Akteure für politisch-institutionelle Sachverhalte nicht befähigt fühlen – und sich darum Nebengleise zur politischen Artikulation suchen. Und in dieser Studie ist das das Feld der Arbeit.

Das lässt sich als Entpolitisierung verstehen, weil Arbeit an Dominanz gewinnt und die einstige „Bindekraft kollektiver Identitäten" schwindet (ebd.: 276). Zugleich wird das Politische neu konturiert: *Politics of Self-Production* ist kein subversives Dagegen als distinktive Praxis. Es ist ein produktives Dafür, weil Ökologiefragen zur gesellschaftlichen Notwendigkeit werden. Damit ist das Handeln sowohl Ausdruck „Alltäglicher Lebensführung", indem „das konkrete tägliche Handeln der Subjekte" darauf abzielt, „verschiedene Lebensbereiche, Aufgaben und Inhalte sinnvoll zu arrangieren" (Voss/Warsewa 2005: 19). Genauso ist es Abbild „reflexive[r] Arbeitsgestaltung", da die „bewusste und strategische Herstellung eines subjektiv sinnvollen Arbeitszusammenhangs" (ebd.: 24) in den Vordergrund tritt – und die in Teilen wiederum politisch wird. *Politics of Self-Production* ist damit keine „Politisierung von Lebensstilen" (Baringhorst 2015: 18), die sich in den Nebenschauplätzen der Arbeit vollzieht. Es ist Gesellschaftsgestaltung über Arbeit, die politisches Engagement in Teilen substituiert.

Damit schließt der Begriff an die *Subpolitik* Becks (1993) und die *Life-Politics* bei Giddens (1991) an, vereint aber beides: In den Produktionsformen verkörpern sich neue politische Selbstbilder und gestiegene gesellschaftliche Anspruchshaltungen. Die Subjektivierung von Arbeit reduziert sich damit auf keine Selbstermächtigung. Sie bedeutet, zumindest auch, dass sich die Subjekte selbst subjektivieren (müssen), weil Expertenwissen dauerhaft arrangiert wird und an gesellschaftliche Gegebenheiten angepasst werden muss.

Das schließt an den Subjektivierungsdiskurs von Arbeit an, der einleitend vorangestellt wurde, und bezogen auf die eingangs unterschiedenen Subjektivierungsformen[3] lässt sich abschließend von einer *doppelten reklamierenden Subjektivierung von Arbeit* sprechen: Einerseits werden Gesellschaftsansprüche von den Subjekten in Arbeitsprozessen *reklamiert*. Andererseits *reklamiert* die Gesellschaft Ansprüche an ökologische und fair-soziale Produktionsstandards, denen die Arbeitssubjekte nachkommen – und auch nachkommen wollen. Darauf bezogen lassen sich die im letzten Kapitel angeführten Begriffe *Proto-Politics* und *Subpolitik* genauer systematisieren – und in Beziehung zur *Life-Politics* Giddens setzen. So steht der Begriff *Proto-Politics*, wie dargelegt (vgl. Kapitel 6.1.6),

3 Die Subjektivierungsformen können in *kompensatorisch*, *ideologisch*, *strukturierend* und *normativ* unterschieden werden (siehe Kapitel 2.3). Demnach zielt die hier genannte *reklamierende* Subjektivierung auf die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) ab, wonach Subjekte Sinnstrukturen in Arbeitsprozessen einfordern. Sie schließt aber auch an die *ideologische* Subjektivierung an, weil die Subjekte Strukturvorgaben (bewusst wie unbewusst) vollziehen, die gesellschaftlich determiniert sind (vgl. Kleemann et al. 2003: 90f.). Denn die Forderungen, die in Teilen politisch sind, sind zugleich Anspruchshaltungen der Gesellschaft (zum Beispiel durch die Forderung nach ökologisch fair-sozialen Produkten), die von den Arbeitssubjekten reproduziert werden.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

für dasjenige Handeln, das an den Staat adressiert ist – *Proto-Politics* kann zustimmungsbasiert sein, in dem Fall würde man von *protopolitischem Handeln erster Ordnung* sprechen (Handeln über Parteimitgliedschaften oder sonstige politisch-institutionelle Unterstützungsleistungen). Die Politik kann aber genauso in Frage gestellt oder abgelehnt werden. In diesem Fall würde es sich um *protopolitisches Handeln zweiter Ordnung* handeln. Bei *Proto-Politics* geht es immer darum, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen", um „seinen „bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. Dritten durchzusetzen" (Hitzler 2001: 46). Davon wurde, wie im letzten Kapitel aufgezeigt, das *subpolitische Handeln* nach Beck unterschieden (Beck 1986, 1993), das sich auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche beziehen kann: Subpolitik kann *protopolitisch* sein, wenn die Handlung die Infragestellung oder Ablehnung der Politik nach sich zieht, sie ist aber nie reine *Proto-Politics*. Wie angeführt, hat Beck weder dargelegt, ob subpolitisches Handeln auf die Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen abzielen kann oder muss, noch hat er den Arbeitsbegriff ausreichend systematisiert. In diese Lücke stößt der Begriff *Politics of Self-Production: Politics of Self-Production* kann *protopolitisch* sein, das Handeln bleibt aber immer auf den Arbeitskontext bezogen. Damit lässt sich der Begriff wiederum auf Giddens *Life-Politics* beziehen, die an die *Subpolitik* Becks anschließt, die aber mehr für die Zunahme von gesellschaftlichen Verantwortungsimperativen steht: *Life-Politics* bedeutet, dass das gesamte Leben zur politischen Selbstaufgabe wird (vgl. Giddens 1991: 214; 1997: 132). Die *Life-Politics* zielt auf Lebensstilentscheidungen im Sinne einer eigenen Identitätspolitik ab, der Begriff *Politics of Self-Production* bewegt sich dagegen in einem Dazwischen: Er repräsentiert die gestiegenen politischen Selbstansprüche der Arbeitssubjekte. Er steht für erhöhte Anspruchshaltungen der Gesellschaft an ökologische und fair-soziale Produktionsstandards – und stellt heraus, dass beides in einem konstitutiven Wechselverhältnis steht.

8.2 Erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs? Dazu werden im Folgenden erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial angestellt. Vorwegnehmen lässt sich, dass die Akteure eine ganz spezifische Form der Vermittlung ihrer Interessen praktizieren. Der Anspruch, über Arbeit gesellschaftlichen Einfluss zu haben, verkörpert sich im Bestreben nach *Autonomie*, im Prinzip *Einzigartigkeit* sowie über das Voranstellen *pragmatischer Lösungen*. Das, was man als Ideal in Arbeitsprozessen verkörpert, gerät dazu in deutlichen Widerspruch zur institutionellen Politik, was der folgende Abschnitt zeigen wird.

8.2.1 Habituelle Übertragungen des Arbeitsethos auf die Politik: Anspruch an Autonomie, das Prinzip Einzigartigkeit und Selbstherstellen als Pragmatismus

Ergebnis dieser Studie ist, dass sich Handlungsziele im Arbeitskontext auf gesellschaftspolitische Vorstellungen übertragen und umgekehrt, dass ein Teil der Akteure gesellschaftspolitische Ziele in Arbeitsprozessen verfolgt. Daraus folgt jedoch nicht, dass sich

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

die Befragten über die Arbeit hinaus sonderlich politisch engagieren: Von Parteien und kollektiven Willensbildungsprozessen nimmt ein Großteil Abstand (oder fühlt sich von deren Angeboten nicht angesprochen). Die Gründe dafür sind vielschichtig, sie lassen sich jedoch auf drei wesentliche reduzieren – und werden im Folgenden *habituelle Übertragungen des Arbeitsethos auf die Politik* genannt: Habituelle Übertragung meint, dass das, was den Akteuren im Leben wichtig ist, sich von der Arbeitsebene auf andere gesellschaftliche Ebenen überträgt – so auch auf Vorstellungen von Politik und Gesellschaft. So wird bei den Akteuren erstens ein Anspruch an *Autonomie* deutlich, der es erschwert, sich in feste politische Organisationsstrukturen eingliedern zu wollen – wichtig ist den Akteuren ihre Unabhängigkeit. Zweitens wird der Wunsch nach etwas Besonderem und Einzigartigem, der sich im Produkt materialisiert (die Produkte sind meist Unikate), von der Arbeitsebene auf die Politik übertragen. Deutlich wird das daran, dass sich die Akteure mit den programmatischen Angeboten von Parteien oder Organisationen nur schwerlich zufriedengeben. Folge ist, dass man sich von Parteien distanziert, wobei die Distanzierung in der Mehrheit keine Pauschalverurteilung als „Pauschalkritik" ist. Sie lässt sich mehr als differenzierte „Parteikritik" verstehen (Niedermayer 2013: 56). Auch zeugt das Handeln von keiner Politikverdrossenheit. Ganz im Gegenteil ist ein Großteil der Akteure politisch interessiert. Betont wird aber, dass man sich Organisationsstrukturen nur anschließen wolle, wenn die eigenen Vorstellungen befriedigt werden. Da Parteien, Institutionen und Organisationen ein Querschnitt von Interessensfeldern sind und Kompromisse abverlangen (vgl. Pickel 2018: 181), tun sich viele schwer damit, sich kollektiven Strukturen anzuschließen. Drittens handelt die Politik nach Ansicht der meisten Befragten nicht konsequent genug. Argumentiert wird, dass in der Politik zu viel geredet und zu wenig gemacht wird. Darum fordert eine Mehrheit, dass die Politik lösungsorientierter handeln solle – so wie man das selbst tut.

Im Folgenden werden die drei Kategorien *Autonomie*, *Einzigartigkeit* und *pragmatische Lösungsorientierung* als theoretische Zugänge näher entfaltet und auf den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs bezogen – woraus sich das Konzept „Verantwortung als arbeitsinhaltliches Prinzip" herausbilden lässt. Zum Schluss wird daraus eine zentrale These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft formuliert, die das Handeln der Subjekte als Form der *Politics of Self-Production* beschreibt.

Anspruch an Autonomie

Den Akteuren dieser Studie ist ihre Unabhängigkeit wichtig. Darum wurde im Forschungsprozess die Kategorie *Autonomie* gebildet, wobei sie sich auf keine Deutung des Autonomiebegriffs in griechischer Tradition als „Bezeichnung für die *Selbstgesetzgebung*" bezieht (Carnau 2011: 98, H. i. O.)[4], auch ist damit keine revolutionäre *Praxis* nach

4 Autonomie leitet sich aus dem Griechischen von *autos* für ‚selbst' und *nomos* für Gesetz ab. Der Begriff wird im antiken Griechenland vorrangig „im Sinne von politischer Freiheit gegen innere sowie äußere Herrschaft verwendet" (Carnau 2011: 98). Im Zuge der Aufklärung wandelt er sich zum Ausdruck der *„Selbstbestimmung des Willens"* im Kantischen Sinne (ebd.: H. i. O.). Seitdem bildet der Begriff den Gegensatz zur Heteronomie (Fremdbestimmung) ab (vgl. Kant 2000 [1788]). Er kann damit auch im politischen Sinne verwendet werden, steht aber allgemein für die Selbstbestimmung des Subjekts.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Castoriadis gemeint (vgl. Kapitel 4.1.4). Sie ist aber auch nicht das Gegenteil: eine rein „simulative Autonomie" (Blühdorn 2013: 53) als Abbild schleichender Entpolitisierung. Autonomie meint, dass Dinge selbst gesteuert und entschieden werden (sollen), wobei der Autonomieanspruch keiner „Künstlerkritik" nach Boltanski und Chiapello (2003) gleicht, die sich auf den Anspruch an die Selbstbestimmung reduziert. Vielmehr werden basierend auf einem Autonomieanspruch Kritikformen formuliert, die eine Distanz zu Parteien und der institutionellen Politik erkennen lassen. Mit Danny Michelsen und Franz Walter gesprochen ließe sich sagen, dass sich zwei der gegenwärtigen Trends des politischen Engagements – die Individualisierung der Subjekte und die Distanzierung der Bürger*innen von der „offiziellen Politik" (Michelsen/Walter 2013: 10) – in dieser Studie wechselseitig bedingen: Arbeitsinhaltliche Ziele verbinden sich mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Autonome Handlungsspielräume bringen gesellschaftliche Fragen hervor – darüber fließen wiederum teleologische und deontologische Perspektiven der Ethik zusammen: Im Sinne der Teleologie wird nach den Folgen von Handlungen gefragt und eine gesellschaftspolitische Vision des Arbeitshandelns entworfen. In Bezug auf die Deontologie wird die Selbstverpflichtung im Kantischen Sinne herausgestellt[5] – und darüber ein Autonomieanspruch erhoben, der, in politischer Hinsicht, die Selbstverpflichtungen des Gegenübers voraussetzt. Anders formuliert: Auf den Modus der Beeinflussung folgt kein Anspruch auf Befolgung. Organisierte Willensbildungsprozesse mit Verpflichtungscharakter werden gänzlich zurückgewiesen. Darum wird auch von parteibezogenen oder sonstigen institutionellen politischen Aktivitäten (Mitgliedschaften in Gewerkschaften oder sonstigen Institutionen) abgerückt.

In den Aussagen der Befragten drückt sich das in der Form aus, dass ein Teil der Akteure auf der einen Seite ein diffuses Bild von Politik respektive dem Politischen entwirft. Auf der anderen Seite wird ein Wertesystem abgelehnt, das mit der Politik assoziiert ist – und das dem eigenen Autonomieanspruch und Lebenskonzept widerspricht. Im Datenmaterial wird das in vielen Aussagen deutlich, wenn etwa der Modemacher Stefan Welsch* anführt, dass er seine Arbeit als „Politikum" versteht und Einfluss über Arbeit in der Gesellschaft haben möchte, im nächsten Schritt aber klarstellt, dass er keine „Macht ausüben" will. „Die Politik" setzt er mit Formen der „Macht" gleich, was seinem Autonomieanspruch widerspricht. Auch würde ihn Parteienpolitik nicht sonderlich interessieren. Ohnehin wüsste er nicht so recht, wo er anfangen solle, um sich politisch oder parteipolitisch zu engagieren. Auch in anderen Interviews werden vergleichbare Aussagen getroffen. So grenzt sich Jörn Richter*, der sich Social Entrepreneur nennt, beispielsweise vom Politikfeld ab, weil Politik für ihn etwas mit „Vereinsklüngelei" zu tun habe – was seinem Freiheitsanspruch entgegensteht. Oder die Modemacherin und Politikaktivistin Manuela Schwerlich* gibt zu verstehen, dass Politik für sie „ein starres Konstrukt der Vergangenheit" sei. Parteienpolitik habe mit der Lebensrealität der Menschen und der Generation, zu der sie gehöre, „nicht mehr viel zu tun". Und solange Politik so sei, wolle sie „nichts mit ihr zu tun haben".

An solchen Aussagen wird letztlich deutlich, dass der Anspruch an Selbstbestimmung und ein mangelndes politisches Kompetenzgefühl in Verbindung zur Distanzierung gegenüber der Parteienpolitik stehen. Zugleich rührt die Abgrenzung von der

5 Siehe zur deontologischen und teleologischen Ethik das Kapitel 6.1.7.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Politik daher, dass der Anspruch an Individualisierung von den Parteien kaum befriedet wird. Der nächste Abschnitt wird diesen Sachverhalt vertiefen.

Das Prinzip Einzigartigkeit

Die Akteure dieser Studie gestalten Produkte nach ganz eigenen Vorstellungen. In den Produkten verkörpern sich Wünsche, Bedürfnisse, Wertpräferenzen und bei einem Teil gesellschafts(politische) Ziele – oft sind die Produkte auch Prototypen und Unikate. Entsprechend individuell sind die Produktionsverfahren, die spezielle Lösungen abverlangen, weil sie in der Regel auf ein bestimmtes Problem abzielen.

Diese Form des Spezifischen, Speziellen und oft Einzigartigen überträgt sich zugleich auf gesellschaftliche Leitbilder, die in Arbeitsprozessen reproduziert werden. Bezugnehmend auf den Symbolischen Interaktionismus, wonach Subjekte gegenüber Produkten auf Grundlage der Bedeutung, die diese Produkte für sie haben, handeln und Bedeutung in einem interpretativen Prozess hervorgebracht wird (vgl. Blumer 2013: 65ff.), übertragen sich bei den Akteuren dieser Studie Vorstellungen vom Speziellen und Besonderen auf politische Leitbilder. Das mag zunächst an die „Politik des Besonderen" bei Reckwitz erinnern (Reckwitz 2018: 371ff.), der den Anspruch an das Spezielle und Einzigartige zur gesellschaftlichen Tendenz der Spätmoderne erklärt. Das Handeln der Akteure unterscheidet sich davon jedoch: Nach Reckwitz tendiert die Gesellschaft westlicher Prägung zum Besonderen, weil Individualisierungsprozesse Anspruchshaltungen an das Besondere evozieren. Kennzeichnend dafür seien Singularisierungsprozesse der Spätmoderne, die das „Allgemeine" seit den 1970er Jahren abgelöst hätten – und sich im heutigen Anspruch an das Besondere als Ausdruck eines permanenten Kampfes um Aufmerksamkeit multiplizieren. Sämtliche Gesellschaftsbereiche sind nach Reckwitz von dieser Logik durchsetzt – auch der Bereich des Politischen (vgl. Reckwitz 2018: 371ff., 2019).

Diese Perspektive bedarf in dieser Studie allerdings einer Korrektur: Zwar wird das „Besondere" auf Produktebene in Form ökologisch innovativer Verfahren hervorgebracht, die spezielle Lösungskompetenzen verlangen. Der Grund aber, warum sich viele der Befragten von der Politik abwenden (oder sich von ihr nicht angesprochen fühlen), ist nicht, dass die Politik in ihren Augen das Besondere repräsentiert oder hervorbringt. Kritisiert wird vielmehr, dass das Besondere der Politik abhandengekommen sei. Die Befragten erleben Politik als gleichförmig und wenig innovativ. Es fehle an Profilschärfe und einer klaren Gesellschaftsvision im Sinne der Zukunftsfrage. Man könnte darum gegenteilig von einer „Wiederkehr der Konformität" (Koppetsch 2015) im Parteienkontext sprechen (Stichwort: neue Politik der Mitte). Chantal Mouffe, auf die bereits unter 4.3.2c/e eingegangen wurde, sieht in dieser Entwicklung gar Tendenzen einer „Entpolitisierung", weil sich die Politik, in Anlehnung an Anthony Giddens (1997), seit den 1990er „jenseits von ‚Links' und ‚Rechts'" bewege und das Konflikthafte darüber verloren gehe. Genau das wird von den Akteuren, wenn auch nicht in gleichem Wortlaut, beanstandet[6], wobei ein nahezu nihilistisches Verhältnis zu den Parteien vorherrscht.

6 Das gilt nicht grundsätzlich. Schaut man sich die Entwicklung von AfD und weiteren Kleinparteien der letzten Jahre an, findet geradezu eine Pluralisierung und Verschiebung des Parteienspektrums hin zu einem asymmetrischen fluiden Parteiensystem statt (vgl. Kapitel 4.3.2c).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mit Jan van Deth gesprochen ließe sich sagen: „Das Leben, nicht die Politik ist wichtig" (van Deth 2000: 115). In der Folge entwickeln die Akteure eigene Strategien und gehen Wege, um ihre Interessen zu bekunden. Aussagen wie die von Maik Wehner* vom Label *MeatFree** beschreiben dieses Spannungsverhältnis.

> „Ich hab' von meinem Gefühl noch nicht das gefunden, wo ich genau sagen kann, okay, das ist was, wo ich jetzt beitrete oder da aktiv werde, wo ich vielleicht größere Hebel bewegen kann als mit unserem Schuhlabel, hier können wir einfach was exemplarisch zeigen."

Einerseits macht Wehner deutlich, dass es noch nicht „das" gibt, wonach er sucht. Andererseits lässt sich in seiner Aussage ein Missverhältnis aus möglichem Engagement und politischen Ergebnissen erkennen. Wehner vermutet, dass er in der Politik nicht die „Hebel bewegen" könne, die er mit seinem Schuhlabel in Gang setzen kann. Zugleich erwähnt er, wie andere der Studie auch, dass er sich vorstellen kann bei Greenpeace einzutreten. Als Grund dafür gibt er an, dass Greenpeace „vorbildlich" sei, weil sie nicht nur redeten, sondern machten. An solchen Aussagen wird nicht nur der Anspruch an Autonomie und das Besondere in Arbeitsprozessen deutlich, der sich auf politische Prozesse überträgt. Es zeigt, dass politische Willensbildungsprozesse erschwert werden – und gerade keine „Politik des Besonderen" hervorbringen. Vielmehr führen sie zur Abkehr von der Parteienpolitik, die in den Augen der Befragten als gleichförmig erlebt wird.

Selbstherstellen als Pragmatismus: Reden ist Silber, Selbstherstellen ist Gold

Die Akteure der Studie handeln und gestalten pragmatisch und praxisnah. Das liegt schon daran, dass die Produktgestaltungen pragmatische Lösungen abverlangen. Aber auch im arbeitsinhaltlichen Sinne werden praxisnahe Lösungen vorangestellt. Im Vordergrund steht, im Sinne des Pragmatismus-Ansatzes (siehe Kapitel 4.1.4), das Testen, Aushandeln und die Überprüfbarkeit von Ergebnissen. Die Tendenz, die im Kapitel 4.2.1d beschrieben wurde, dass es in den 1970er Jahren an den Universitäten mit Schwerpunkt Gestaltung zur „Flucht weg von der Praxis hin zur Theorie" kam (Möller 1989: 35), hat sich, zumindest legen das die Ergebnisse der Studie nahe, ins Gegenteil verkehrt: Großtheorien und ideologisierte Überformungen werden zurückgewiesen. In den Vordergrund treten pragmatischen Lösung, die zwischen Markt, Zivilgesellschaft und Politik oszillieren.

Man kann darum wieder auf den Pragmatismus-Ansatz zurückkommen (vgl. Kapitel 4.1.4), der, vereinfacht gesagt, davon ausgeht, dass sich das Handeln an den „praktischen Folgen, Wirkungen und Konsequenzen menschlichen Denkens und Handelns" orientiert (Schubert 2003: 15): Reflektiert wird auf die „Lösung spezifischer Handlungsprobleme" (Bogusz et al. 2013: 306) – das Wissen wird zum Zweck für den praktischen Vollzug (vgl. Dewey 1927; Noetzel 2002: 158ff.). An diesen Parametern ist das Handeln der Akteure weitestgehend orientiert, wobei sich die Ziele der *politischen* Akteure nicht erst im Handeln, also in der jeweiligen Situation, konkretisieren – ganz im Gegensatz zu den *ethischen Hersteller*innen*, die ökologisch fair-soziale Produktionskriterien meist erst im Produktionsverlauf festlegen und standardisieren. Die *politischen Selbsthersteller*innen* legen Kriterien von Beginn an nach klaren Zielsetzungen und Regeln fest. Das Handeln ist damit weder Ausdruck einer rein *„situierte[n] Kreativität"* (Joas 1996: 197, H. i. O.), wonach

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich Resultate erst im jeweiligen „Situationsbezug" (ebd.: 237) herausstellen, noch ist es Abbild des Handelns nach Hannah Arendt, das sich als Anspruchshaltung an Freiheit und Pluralität wechselseitig hervorbringt. Zwar verstehen sich wenige der Befragten als *aktivistisch* oder bezeichnen sich sogar als *Demokratieaktivisten*. In der Mehrheit wird gesellschaftliche Freiheit aber vorausgesetzt, worauf aufbauend Gesellschaftskritiken formuliert werden. Genauso wenig wird an Pluralität appelliert. Beides gilt als Voraussetzung, um darauf basierend als politischer Akteur in Erscheinung zu treten.

In den Handlungen der Akteure zeigt sich das etwa darin, wenn die „Lösung spezifischer Handlungsprobleme" (Bogusz et al. 2013: 306) durch den Kontakt mit Kunden, Interessenten und einem breiten Publikum in den Vordergrund tritt – ins Zentrum rückt die „Problemdefinition" (Joas 1996: 193). Man kann hierzu wieder an Dewey anschließen (vgl. Kapitel 4.1.4), da Deweys Ansatz weit über den von Hannah Arendt und Jürgen Habermas hinausgeht: Arendt und Habermas sprechen Handeln und Kommunikation von Zweck-Mittel-Relationen frei. Dewey stellt Zweck-Mittel-Bezügen ein politisches Potenzial in Aussicht. Selbst der Staat muss sich nach Dewey als Lebensform verkörpern; er müsse „immer wieder neu entdeckt werden" (Dewey 1996: 42). Dabei darf der Staat weder abstrakte politische Ideen überdeterminieren noch sie nicht selbst vorleben. Gleiches gilt für die Bürger*innen. Dewey geht es insgesamt um die Frage, „wie die Demokratie als regulative politische Idee und Norm individueller und kollektiver Ebene aus dem praktischen gesellschaftlichen Leben erwächst" (Wegmarshaus 2001: 152).

Um ein solches Handeln geht es den *ethischen* und *politischen* Produktionstypen in dieser Studie auch. Im Sinne Deweys zielt das Handeln auf die Verzahnung von Erkennen und Handeln ab. So wie Dewey der Philosophie vorgeworfen hat, eine von der Praxis abgekoppelte Wissenschaft zu betreiben (vgl. Rothe 2017: 116), die Erkennen und Handeln nicht ausreichend verzahnt, werfen die Akteure in dieser Studie der Politik vor, nicht praxisnah zu sein. Der Zweck, der für Arendt als Einfallstor für das Unpolitische gilt, wird somit gesellschaftspolitisch gewendet. Von theoretisch überfrachteten Diskursen wird dabei genauso abgerückt wie der praktische Vollzug in den Vordergrund tritt. Das Handeln steht somit für den seit Jahren prognostizierten *post ecologist turn* oder *new post-ecologism* (vgl. Blühdorn 2013: 126), wonach die pragmatische Lösungskompetenz zur dominierenden Form wird. Im Datenmaterial wird das an vielen Stellen deutlich, wenn etwa Maik Wehner vom Label *MeatFree* anführt, dass er am politischen Diskurs „ermüdend" fände, „dass es bei der Diskussion bleibt". Lisa Peltau ergänzt, dass sie „dieses Belehrende ganz schrecklich" findet. Mit der Produktion eines eigenen Schuhs könne sie alles „auf 'ne sehr praktische Art und Weise" angehen und Überzeugungsarbeit leisten – und dabei den eigenen „Überzeugungen irgendwie nachkommen", ohne sich in theoretischen Diskussionen zu verlieren. An anderer Stelle argumentiert die Modemacherin Dunja Meran, dass Parteien „blabla" seien.[7] Sie könne „irgendwann einfach nicht mehr zuhören". Darum mache sie alles selbst. Derzeit arbeitet sie an neuen kreislauffähigen Konzepten. Gleichzeitig wolle sie nicht belehren. Die Grenzen ihres Handelns sind ihr ebenso bewusst: „Es ist halt nur so 'ne Halblösung. […] Aber tue Gutes und sprich darüber."

7 Auch hier ließe sich eine Form der „Pauschalkritik" (Niedermayer 2013: 56) an Parteien erkennen, die sich im Laufe des Interviews jedoch eher als differenzierte „Parteikritik" (ebd.) darstellt (vgl. Fußnote 91 auf Seite 258).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In letzterem drückt sich nicht nur ein gesellschaftlicher Anspruch aus, der sich in Arbeitsprozessen verkörpert. Dem Handeln geht das „Prinzip der Doppelwirkung" im Sinne der Ethik voraus, wonach (schlechte) Nebeneffekte zur „Bedingung oder Erreichung einer guten Wirkung" (Fenner 2020: 44) in Kauf genommen werden. So stellen die Akteure immer wieder klar, dass es eine hundertprozentige Nachhaltigkeit nicht gibt. Vielmehr müsse es um Kompromisse gehen – gearbeitet wird an Lösungsansätzen, die an Zivilgesellschaft und Wirtschaft adressiert sind, die aber nur so weit gehen, wie es die Marktsituation zulässt. Man kann auch hierzu wieder an Dewey anknüpfen, der Ideale und Werte auf instrumentelle, technische und sogar ökonomische Lebensbereiche bezieht, damit sie nicht nur als instrumentell erscheinen (vgl. Rothe 2017: 126): Erkennen reduziert sich auf keine eigene Lösungskompetenz. Es wird an Veränderungen im Bereich der Wirtschaft appelliert. Der nächste Abschnitt wird diesen Sachverhalt vertiefen.

8.2.2 Politics of Self-Production: Die Transformation des Ökonomischen und die Zurückdrängung der Politik

Der dominierende Produktionstyp dieser Studie ist der *ethisch-unternehmerische*. Dieser Typ stellt ökologische und fair-soziale Ziele in Arbeitsprozessen voran. Er will Einfluss in der Gesellschaft über Arbeitsprozesse nehmen, beteiligt sich aber selten über die Arbeit hinaus politisch. Es läge nahe, damit an die These von der „Kulturalisierung" und „Ästhetisierung des Ökonomischen" (Reckwitz 2014: 165ff.) anzuschließen, weil sich ethische und ökonomische Zielsetzungen kreuzen und das Subjekt „restlos vom Markt durchdrungen und vereinnahmt" scheint (Blühdorn 2013: 130). Zugleich demonstrieren die Ergebnisse, dass Wirtschaft und Ökonomie anders zu verstehen sind: Sie zeugen von keiner „Übertragung des Modells individueller Nutzenmaximierung" auf das Politische (Thaa 2011: 14). Auch sind sie nicht gleichzusetzen mit einem Wirtschaftsverständnis in neoklassischer Sicht als Ausdruck einer „Eigenökonomisierung" (Huber 2012: 58ff.; siehe auch Eikhof/Haunschild 2004: 93). Vielmehr soll Wirtschaft „unter veränderten Rahmenbedingungen" neu gestaltet werden (Aßländer 2011: 57): Wirtschaftliches Handeln wird als Gesellschaftskritik verstanden. Das Handeln oszilliert zwischen postwachstumsbezogenem[8] Unternehmergeist und Ansätzen der Donut-Ökonomie.[9] An einigen Stellen weist das Handeln sogar Aspekte einer Gemeinwohlorientierung auf (Felber 2010)[10] – oder kann ansatzweise als vorsorgendes Wirtschaften verstanden werden, weil „am Erhalt natürlicher Reproduktionsprozesse und der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse" gearbeitet wird (Gerold 2019: 61). Insgesamt wird wirtschaftliches Handeln als gesellschaftliches Engagement verstanden, und beeinflusst werden sollen diejenigen, die als

8 Zum Begriff der Postwachstumsökonomie siehe Fußnote 3 auf Seite 271.

9 Zum Begriff der Donut-Ökonomie siehe Fußnote 2 auf Seite 271.

10 Felbers Konzeption zur Gemeinwohlökonomie basiert auf einer „Gemeinwohlmatrix" und „Gemeinwohlbilanz", nach denen Unternehmen ausgerichtet sein sollen (Felber 2010: 28ff.). Dazu gehören ein erhöhter Frauenanteil in Gremien, biologisch abbaubare Produkte, fairer Handel und faire Mitarbeiter*innenführung, Transparenz der Unternehmenskalkulation, die Weitergabe von Unternehmenswissen an andere Unternehmen, verbesserte Infrastrukturen im Betrieb, so etwa durch das Einrichten von Kindergärten o.ä.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Problemverursacher*innen gelten: Wirtschaftsakteure, Firmen, Konzerne. Eine Aussage der Modemacherin Dunja Meran* bringt das zum Ausdruck:

> „Es geht ja gerade auch darum, solche Firmen [..] umdenken zu lassen, wie C&A und H&M, das sind eben Firmen, die auf Billigproduktion setzen, um Profit zu machen. Das wäre für mich schon erstrebenswert, da einzusteigen und sie dazu zu bringen, dass sie nachhaltiger produzieren, was sie ja auch jetzt schon teilweise machen."

Im weiteren Verlauf des Interviews lobt Meran das Engagement großer Firmen, die bereits auf Nachhaltigkeit setzen:

> „So hat Adidas zum Beispiel den Cradle-to-Cradle-Schuh *Trash from the Ocean* rausgebracht. Das ist [...] 'ne super Idee, dass solche Firmen so was machen und ein Produkt rausbringen, was einfach super aussieht und 'ne richtig große Bevölkerungsschicht anspricht. Das sind Adidas-Sneakers und die wurden aus Fischernetzen gemacht, die die aus dem Meer gesammelt haben."

Dunja Meran stellt recycelte, kreislauffähige Kleidung her. Sie ist Mitglied bei Greenpeace, wenngleich sie dort nur gelegentlich aktiv ist. Überzeugt habe sie vor allem die Greenpeace-Detox-Kampagne unter dem Slogan „Entgiftet unsere Kleidung", der bis 2020 bereits 79 globale Modemarken von H&M über Adidas bis zu Aldi beigetreten sind.[11] Das habe sie wiederum ermutigt, aktiv zu werden – worin zugleich ein ethisch-teleologisches Begründungsmuster zum Ausdruck kommt, weil Meran auf die Folgen von Handlungen rekurriert (vgl. Kapitel 6.1.7). Einerseits, so ihre Argumentation, müsse in Wirtschaftskreisläufe eingegriffen werden. Andererseits sollte man die Verursacher*innen in die Pflicht nehmen. Künftig wolle sie darum als Beraterin arbeiten, um Großfirmen zum Umdenken zu bewegen. Die „Kreislaufökonomie" ist für sie das Entscheidende.

> „Jetzt wirklich eine Lösung zu finden, für Mode [...], die nachhaltig ist [...]. Dass es halt wirklich in ein Kreislaufsystem reinpasst [...], also recycelfähige Kleidung zu machen, also äh...nicht einfach nur Upcycling, also Kleider wiederzuverwerten und neu zu transformieren, sondern dass diese Kleider chemisch recycelt werden können und zu neuen Textilien werden können."

Parteien schreibt sie in diesem Kontext allerdings kein Veränderungspotenzial zu. Auch adressiert sie ihre Forderungen nicht an die Politik. Sie appelliert an die Wirtschaft, an andere Hersteller*innen und Konsument*innen. Auch andere Befragte der Studie treffen vergleichbare Aussagen. So führt der Modemacher Stefan Welsch* an, dass er den gesellschaftlichen Veränderungsprozess in der Ökonomie sehe. Im nächsten Schritt grenzt er sich von der Politik ab: „Ich sehe das [..] im Moment in keiner einzigen Partei, also ich finde das ganz schwierig. Ich beschäftige mich aber derzeit auch nicht wirklich mit den ganzen Parteiprogrammen."

11 Im Rahmen der Detox-Kampagne haben sich die Unternehmen verpflichtet, eigene Produkte bis 2020 von gefährlichen Substanzen weitestgehend zu befreien. Weitere Informationen siehe unter www.greenpeace.de/kampagnen/detox.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Im weiteren Gesprächsverlauf wird deutlich, dass Welsch die Politik nicht kategorisch ablehnt. Das parteipolitische Kleingedruckte spricht ihn aber auch nicht an. Er könne sich dennoch vorstellen, irgendwann einmal in die Lokalpolitik zu gehen. „Da ist auf jeden Fall ein großes Bedürfnis, glaube ich". Derzeit fehle ihm allerdings die Zeit. Auch andere Befragte betonen, dass sie den gesellschaftlichen Transformationsprozess in erster Linie im Bereich der Ökonomie sehen. So legt Boris Olwasko* nahe:

> „Ich bezeichne mich selbst als Ethical Economist* und versuche Wege zu finden, wie man es schaffen kann, dass die Welt insgesamt irgendwie besser wird. Also was kann jeder Einzelne tun, damit wir mehr Zeit verbringen mit den Dingen, die für unser Leben besser sind. Und ich bin fest davon überzeugt, dass die Art und Weise wie wir Arbeit definieren, wie wir Fortschritt definieren, wie wir Innovation definieren, Wachstum, auch Wirtschaft, Ökonomie, dass wir voll auf dem falschen Dampfer sind […]."

Im weiteren Verlauf des Interviews macht er deutlich, wie wenig Veränderungspotenzial er den Parteien zuschreibt. Auf die Frage, warum er sich nicht in Parteien engagiert, entgegnet er, wie bereits unter Punkt 6.2.3 dargelegt, dass Parteien „Unsinn" seien. Das wahre „Kapital" sei für ihn die „Crowd", die Masse, worüber sich gesellschaftliche Veränderungen vollziehen ließen. Parteien bringt er dagegen mit Lobbyismus und Eigeninteresse in Verbindung. Das Potenzial zur Veränderung liegt seines Erachtens in einer neuen „Wirschaft". Open Source und Transparenz seien zentrale Kriterien, für die es zu kämpfen gelte.

Schon hier ließe sich anmerken, dass das, was Hannah Arendt als politisches Handeln versteht, das „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" (Arendt 2015: 49), und das frei von ökonomischen Vereinnahmungen sein soll, sich bei Olwasko und anderen Befragten transformiert: „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" bedeutet, die Initiative im arbeitsinhaltlichen Sinne zu ergreifen, und das oft auch in unternehmerischer Hinsicht. Dabei sind ideelle Ziele (ethisch-ökologisch/fair-sozial) dem Unternehmerischen vorgelagert: Ziel ist das Erarbeiten gesellschaftlicher Lösungen, wobei die Probleme vorrangig als Umweltproblematiken wahrgenommen werden, die man der globalen Dominanz der Wirtschaft zuschreibt. Olwaskos Verständnis von Wirtschaft setzt damit an der Bedeutung des Begriffs der „Wirtschaft" vor dem 18. Jahrhundert an, also bevor das Wirtschaftliche kulturell aufgewertet wird und unter Vorzeichen des monetären Handelns gerät. Wirtschaftlichkeit ist vor dem 18. Jahrhundert gleichbedeutend mit haushälterisch und sparsam sein. Man stellt die nötigen Dinge für den alltäglichen Gebrauch noch „selbst her" (Negt 2002: 315f.; siehe auch Komlosy 2019: 29). Erst ab dem 18. Jahrhundert wird der Begriff Wirtschaft als Vorstellung des „Ganzen Hauses" in planvolles und rationales Kalkulieren überführt – analog dazu wird das Wort „Wirt" als kluges Planen und rationales Wirtschaften verstanden (ebd.). In den Aussagen vieler Befragten zeichnet sich hierzu ein Wandel ab: Man stellt wieder selbst her, versteht das Handeln aber als keine selbstversorgende Subsistenz, vielmehr als Form der neuen Arbeitsverantwortung, die sich in unternehmerischen Strategien und Kreislaufsystemen verkörpert. In Ansätzen geht es dabei um die vielfach prognostizierte „Wende zum Weniger" (Paech 2013: 211), wobei Kreativität keine Form des Spezifischen, Grenzübertretenden im Sinne Reckwitz' ist (vgl. Reckwitz 2018: 371ff., 2019), sondern von einer planbaren Handlung zeugt, die Individualisierungsprozesse mit gesellschaftlicher Verantwortung ver-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eint: Die Handlungen werden „vor dem Hintergrund sozialer Strukturen und individueller Abwägungsprozesse vollzogen" (Vogt 2010: 29). Sie sind, im Sinne der teleologischen Ethik, an den Folgen und Konsequenzen von Handlungen orientiert.

8.2.3 Verantwortung als arbeitsinhaltliches Prinzip

Die Kategorie *gesellschaftliche Verantwortung* ist eine der dominierenden in dieser Studie (vgl. Kapitel 6.3). Und sie ist die Kategorie, die ethische Grundsatzfragen mit politischen Zielen vereint (siehe Kapitel 7.1.4). Was meint Verantwortung?[12] Verantwortung bedeutet, dass die Akteure Verantwortung in sozial-ökologischer Hinsicht übernehmen wollen. Zwar wird das Wort *Verantwortung* selten im Wortlaut gebraucht. Es lässt sich aber in Anlehnung an Otfried Höffe in vier Dimensionen bestimmen: Erstens will man sich verantworten; es geht um das Verantwortungssubjekt. Zweitens fühlt man sich gegenüber etwas verantwortlich, Verantwortung zielt hier auf das Verantwortungsobjekt ab. Drittens ist das Handeln auf einen Sachverhalt bezogen (neue Ökologiefragen, Lebensgrundsätze etc.), und viertens stehen entsprechende Verantwortungsinstanzen im Blickpunkt (Organisationen, Institutionen) – hier ist die Frage, wovor und gegenüber was sich Subjekte verantworten wollen (vgl. Höffe 1993b: 23; siehe auch Carnau 2011: 82; Gebauer/Schirmer 2013: 110).

In dieser Studie verstehen sich die Akteure als Verantwortungssubjekte, sie wollen gesellschaftliche Verantwortung über ein Produkt (Verantwortungsobjekt) übernehmen. Zugleich wird gesellschaftliche Verantwortung als Anspruchshaltung der Gesellschaft an die Arbeitssubjekte herangetragen, da ethisch-ökologische Produkte von einer kritischen Konsumentenschaft verlangt werden. Subjektivierung steht damit sowohl für ein *Sich-subjektivieren-wollen* als auch das *Subjektiviert-werden*, zwischen der eingangs beschriebenen „Selbstbestimmung" und „Bestimmung durch Gesellschaft" (Kleemann et al. 2003: 59) besteht demnach kein allzu großer Widerspruch. Vielmehr vollzieht sich im Handeln das, was Hans Jonas den ökologischen Imperativ als Verantwortungshandeln nennt[13] (Jonas 2020 [1979]; Aßländer 2011: 62; Carnau 2011: 88):[14] Die Allgemeingültigkeit

12 Der Verantwortungsbegriff findet sich bereits in der Antike und im Mittelalter (vgl. Meyer/Hause 2017: 88ff.). „Philosophische Bedeutung" erhält er allerdings erst im 19. Jahrhundert (Fonnesu 2017: 112). Im Mittelalter meint das Verb „verantworten" so viel wie, dass man *Antworten auf eine Frage findet* (vgl. Mutu 2012: 59ff.). Der Verantwortungsbegriff findet sich aber auch im rechtlichen Sinne als Asymmetrie der Verantwortung (bezogen auf Kläger und Angeklagte). Die jüngere Verantwortungsorientierung stärkt dagegen die praktische Dimension. Seitdem steht der Verantwortungsbegriff vermehrt für ein gewisses Engagement, das es zu erbringen gilt (vgl. ebd.: 63ff.).

13 Jonas hat das „Prinzip Verantwortung" in Anlehnung an den Weberschen Begriff der „Verantwortungsethik" und als Erweiterung zum Kantischen Kategorischen Imperativ entworfen. Den Begriff der „Verantwortungsethik" hat Max Weber allerdings schon 1919 eingeführt (vgl. Tokarski 2008: 98). Damit hat er den Begriff der Gesinnung durch den der Verantwortung ersetzt – und den Blick auf zukünftige Geschehnisse gelenkt. Webers Ziel war es, das „Spannungsfeld zu charakterisieren, in welchem politische Entscheidungsfindungen stattfinden" (ebd.).

14 Jonas' *„Ethik der Zukunftsverantwortung"* (Carnau 2011: 89, H. i. O.) weist eine deutliche Nähe zur Umweltethik und heutigen Nachhaltigkeitsforschung auf. Als Konzept gegen Ressourcenverbrauch schlägt Jonas darum eine Korrektur des Konsumverhaltens vor, um kommende Generationen nicht zu belasten (vgl. ebd.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

des Handelns tritt in ökologischer Hinsicht hervor. Der Selbstanspruch wird zum Gesellschaftsanspruch.

In den Arbeitsformen der *ethischen* und *politischen* Akteure wird damit der von Hans Jonas behauptete ökologische Imperativ neu interpretierbar. Jonas hat seinerzeit Kants kategorischen Imperativ ökologisch erweitert und umgedeutet: Einerseits rekurriert er auf die Folgen von Handlungen in ökologischer Hinsicht.[15] Andererseits hat er an die Selbstverpflichtung der Subjekte und die Politik appelliert – und die Konsequenzen von Handlungen im Sinne der Zukunftsfrage ins Zentrum gestellt. Im Gegensatz zu Kant, der sich auf situatives Handeln bezieht und den langfristigen Folgen einen geringeren Stellenwert zukommen lässt[16], fügt Jonas dem deontologischen Ansatz Kants eine teleologisch ethische Perspektive hinzu; er führt die Selbstverpflichtung (die Deontologie nach Kant) mit der Frage nach den Folgen und Handlungskonsequenzen (die teleologische Perspektive) zusammen. Genau darum lässt sich der ökologische Imperativ auch politisch verstehen. Und in diesem Kontext können die Ergebnisse der Studie gelesen werden.

In dieser Studie zeigt sich das darin, dass sich in den Arbeitsprozessen zum einen eine Form der Verantwortung verkörpert, die sich erst im Zuge der Unternehmensbildung herausformt (das gilt allerdings nur für die *ethisch-unternehmerischen* Typen). Zum anderen werden ökologische oder fair-soziale Produktionsstandards in Arbeitskontexten neu ausgehandelt und standardisiert: Verantwortungshandeln zeugt, um auf den Begriff der Kreativität zurückzukommen, von rationalen Handlungen im Sinne einer „kreativen" planbaren Handlung, da Entscheidungen „vor dem Hintergrund sozialer Strukturen und individueller Abwägungsprozesse vollzogen" werden (Vogt 2010: 29) – damit bilden sich ethische Grundsätze über das Abwägen von Risiken heraus. Zugleich werden Verantwortungszuschreibungen als korporative und kooperative Verantwortung im Sinne einer kollektivistischen und individualistischen Verantwortungszuschreibung vollzogen (vgl. Bratu 2017: 479ff., siehe auch Maring 2000; Aßländer 2011: 62ff.): Im ersten Fall, der kollektivistischen Zuschreibung, wird die Verantwortung den Verursachern als Kollektiv zugeschrieben, etwa den Firmen, die Klima und Umwelt belasten. Im zweiten Fall, der individualistischen Verantwortungszuschreibung, gilt die Verantwortungszuschreibung den jeweiligen Einzelpersonen. In dieser Studie wird dazu einerseits an Wirtschaftsakteure appelliert, nicht aber an die Politik. Andererseits kommt es zu einer Art Verlagerung von Verantwortungszuschreibungen von der gesellschaftlichen auf die individuelle Ebene: Man fühlt sich selbst verantwortlich. Darum stellen die Subjekte Produkte selbst her, weil sie als Arbeitssubjekte Verantwortung übernehmen wollen.

---

15 In Bezug auf die teleologische ethische Perspektive, die auf die Folgen von Handlungen verweist, argumentiert Jonas, dass der kantische kategorische Imperativ nicht ausreicht, um künftige Generationen – so etwa vor Umweltschäden – zu bewahren (vgl. Jonas 2020 [1979]: 61ff.). Jonas führt damit den Weberschen Grundsatz eines „prospektiven Verantwortungsbegriff" als handlungsleitendes Prinzip fort (vgl. Tokarski 2008: 99). „Verantwortung" ist gleichbedeutend mit Verantwortungshandeln im Sinne einer Überprüfung, vor allem im ökologischen Sinne (mit Blick auf die künftigen Generationen).

16 Auf den Aspekt, dass auch Kant die Folgen von Handlungen berücksichtigt, wurde bereits in der Fußnote 65 auf den Seiten 226/227 eingegangen. Nicht zuletzt hat Kant in „Kritik der Urteilskraft" (1974 [1790]) die Teleologie in die Naturwissenschaften eingeführt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Damit wird Verantwortung auf der einen Seite attribuiert; man verlangt, dass auch andere Wirtschaftsakteure gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, man will als Beispiel vorangehen. Auf der anderen Seite gerät die eigene soziale Lage oft aus dem Blick. Die Frage, ob die Arbeit ausreichend bezahlt wird, ob man langfristig davon leben kann, stellt sich ein Großteil der Befragten zwar, es werden aber keine Konsequenzen gezogen. In Anlehnung an die Arbeiten von Thorsten Faas könnte man von einer Zurückdrängung der „Politisierung eigener Umstände" sprechen (Faas 2016: 153). Politisierung meint, dass sich die Bürger*innen im Sinne des *morselizing* die Schuld selbst zuschreiben (können), wenn externe Verantwortungszuschreibung misslingt. Thorsten Faas hat diesen Prozess im Kontext der Wahrnehmung der Wirtschaftslage und entsprechenden Verantwortungszuschreibungen in Bezug auf die Politik untersucht. Sein Ergebnis lautet, dass Bürger*innen die Politik gerade in schlechten Zeiten verantwortlich machen. Und eine „Politisierung eigener Umstände" im Sinne des *morselizing*[17] misslinge dann, je mehr sich Zuordnungen als Adressierbarkeiten verflüchtigen. Bezieht man diese Lesart auf die Ergebnisse dieser Studie, heißt das nichts anderes, als dass die Akteure gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitsprozesse übernehmen (wollen), dass daraus aber keine Problematisierung der eigenen sozialen Lage erfolgt: Weder werden entsprechende Forderungen aus dem Handeln abgeleitet, noch wird an die Politik appelliert (nur die *politischen* Produktionstypen stellen Forderungen an Politik und Parteien). Verantwortungszuschreibung misslingt damit im doppelten Sinne: Zum einen wird ein gesellschaftspolitischer Anspruch mit keinen adressierbaren Forderungen an die Politik verbunden. Zum anderen gerät die eigene soziale Lage aus dem Blick.[18]

17 Die grundlegende Idee, dass es in unterschiedlichen politischen Systemen verschiedene Schweregrade gibt, um Verantwortung klar zu attribuieren und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, geht, wie Thorsten Faas (2016: 155) darlegt, auf die Arbeiten von Powell und Whitten (1993) zurück, die das Konzept der *clarify of responsibility* in die politische Diskussion eingeführt haben. Nach Faas hat sowohl das politische Interesse (vgl. Gomez/Wilson 2006) als auch die sogenannte *contextualisation* (siehe dazu Mutz 1992) besonderen Einfluss darauf, wozu mitunter die mediale Berichterstattung gehört. Auch spielten bei gesamtgesellschaftlichen Zuschreibungen Parteizugehörigkeiten oder bestimmte ideologische Prädispositionen eine Rolle. So sei zum Beispiel zu erwarten, dass Regierungsanhänger, die ihre Lage als schlecht wahrnehmen, der Regierung weniger die Schuld dafür geben als Oppositionsanhänger und umgekehrt (vgl. Faas 2016: 155). Insgesamt, zu diesem Schluss kommt Faas, kann erwartet werden, dass „der Regierung von ihren Bürgerinnen und Bürgern zunächst ein höheres Maß an Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Lage als für ihre eigene Lage zugeschrieben wird, auch wenn dies möglicherweise in zunehmend vernetzten Zeiten in geringerem Maße der Fall ist als früher" (ebd.: 156).

18 Dazu lässt sich abschließend die im Kapitel 4.1.9 aufgeworfene Frage beantworten, ob sich die untersuchten Akteure gegen die „ökonomische Vereinnahmung als stadtpolitischer Marketingfaktor" (Manske 2016a: 264) wehren oder ob sich neue Solidarisierungseffekte in Form eines Zusammenhalts zeigen (vgl. Manske 2023). Weder das eine noch das andere ist der Fall: Zum einen spielt das Thema ökonomische Vereinnahmung keine zentrale Rolle. Zum anderen zeigen sich Formen der Solidarität, die in der Regel aber auf keine organisatorischen Zusammenschlüsse (Gewerkschaften etc.) im Sinne einer Arbeitspolitik abzielen. Vielmehr tritt eine Form der *gesellschaftlichen Verantwortung* im Arbeitskontext hervor, die mit einer Art „Strukturvergessenheit" in Bezug auf die eigene soziale Lage korreliert (Manske 2016a: 372; siehe dazu die Kapitel 4.1.3 und 4.2.2c): Gesellschaftspolitische, arbeitsinhaltliche Perspektiven werden vorangestellt, die (teils) die sozialen Risiken überformen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Das bedeutet, dass Verantwortungshandeln erstens der ökologischen Ethik als Ausdruck einer *aktiven* Subjektivierung zuzuschreiben ist. Denn die Arbeitsprozesse sind hochgradig intentional bestimmt und deuten auf einen hohen Grad der Identifikation mit der Arbeit hin, woraus Verantwortungshandeln resultiert. In dieser Studie wurde das über die Subkategorie *Produktpersonalisierung* deutlich, wonach Akteure das vertreten und verantworten wollen, was sie selbst geschaffen haben – und sich damit auch für die Folgen und Konsequenzen ihres Handelns verantwortlich fühlen (siehe weiterführend Birnbacher 1995: 145; Carnau 2011: 84). Zweitens werden externalisierte Verantwortungszuschreibungen, die sich auf Ökologie, Umwelt- und Gesellschaftsfragen beziehen, weder auf die eigene soziale Lage rückübertragen noch werden daraus Verbindlichkeiten als Forderungen abgeleitet, die an andere adressiert werden; das Handeln zielt auf keine „Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" ab (Buchstein 2012: 18). Verantwortung übernehmen bedeutet, Standards als *conditio humana* im Sinne der Vernunft zu entwickeln (vgl. Suchanek 2007: 16f.). Was im Anschluss daraus folgt, obliegt den Adressaten. Das schließt wieder an den Diskurs um kontingentes Handeln an (siehe dazu Kapitel 4.1.2), wonach die „Vorhersagbarkeit und Berechenbarkeit" des Handelns nie vorausgesetzt werden kann (Thaa 2011: 81) – und das führt wieder auf Hannah Arendt zurück. Allerdings ist das Selbstherstellen kein Handeln im Sinne Arendts, das frei von Zweckrelationen ist, es ist zweckbezogenes gesellschaftspraktisches Tun, um sozial-ökologische Risiken zu minimieren. Strategisches und kommunikatives Handeln, bei Habermas getrennt, fließen zusammen. Arbeit wird zu gesellschaftspolitischer Interaktion. Der nächste Abschnitt wird darum eine Neupositionierung des Zusammenhangs von Arbeit und Interaktion in Anlehnung an Habermas vornehmen. Im Anschluss daran wird eine zentrale These formuliert, die als Grundlage für die abschließende theoretische Diskussion dient.

8.2.4 Arbeitshandeln, Designhandeln, Aushandeln: Selbstherstellen als gesellschaftspolitische Interaktion

Hannah Arendts Triade aus Arbeit, Herstellen und Handeln bildete den Ausgangspunkt für diese Studie, und damit war die Frage verbunden, ob Herstellungsprozesse Formen des politischen Handelns sind. Auf Hannah Arendt wird abschließend in einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtung zurückzukommen sein (siehe Kapitel 8.5.4). An dieser Stelle soll an die Trennung von Arbeit und Interaktion und die Theorie des kommunikativen Handelns bei Jürgen Habermas angeknüpft werden (Habermas 1987 [1981], 1981), weil das Selbstherstellen an vielen Stellen Ausdruck gesellschaftspolitischer Interaktion ist. Auch hat Habermas Kommunikationsformen[19] entwickelt, die sich anhand klarer Krite-

19 Diese Kommunikationsebenen zielen auf Habermas' Unterscheidung in drei Aktor-Welt-Beziehungen nach *teleologischem*, *normenreguliertem* und *dramaturgischem* Handeln ab: Während beim *teleologischen* Handeln der Aktor auf einen Zweck abzielt, um „das Eintreten eines erwünschten Zustandes" über „erfolgsversprechend[e] Mittel" herbeizuführen (Habermas 1987: 126), ist das Handeln beim *normenregulierten* Handeln auf die „Mitglieder einer sozialen Gruppe" bezogen, „die ihr Handeln an gemeinsamen Werten orientieren" (ebd.: 127). Beim *dramaturgischem* Handeln ist das Handeln wiederum auf Interaktionsteilnehmer*innen ausgerichtet, „die füreinander ein Publikum bilden" (ebd.: 128).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

rien operationalisieren lassen – ganz im Gegensatz zu Hannah Arendt. Gleichwohl ist Arbeit bei Habermas zweckrationales Handeln und nichts Politisches. Nur kommunikatives Handeln ist Abbild der Lebenswelt, aus der heraus politisches Handeln resultieren kann (vgl. Habermas 2017 [1969]: 22, 62).[20]

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass das Zweckrationale der Arbeit zu gesellschaftspolitischer Interaktion wird: Designhandeln ist Arbeitshandeln als Aushandeln – und damit kein Ausdruck eines agonalen Widerstandspotenzials, das sich in Produktionsverhältnissen verkörpert, was viele Designtheorien heutigen Akteuren unterstellen (siehe dazu die Kapitel 4.3.2.f. und 7.2.6). Selbstherstellen ist eine Form von Deliberation.[21] Um darzulegen, was damit gemeint ist, und um zu beschreiben, wie sich entsprechende Prozesse auf der Mikroebene darstellen lassen, wird zunächst auf die Theorie des kommunikativen Handelns bei Habermas Bezug genommen, wobei sich auf jene Eckpunkte beschränkt wird, die für die Ergebnisse der Studie von Relevanz sind. In der Theorie des kommunikativen Handelns unternimmt Habermas den Versuch, den langjährigen Konflikt der Soziologie aus System- und Handlungstheorie zu überwinden (vgl. Habermas 1981: 173). Im Gegensatz zur Systemtheorie, die in der Tradition von Parsons und Luhmann eine intersubjektive Perspektive des Handelns ausblendet, erachtet die kommunikative Handlungstheorie Gesellschaft als Resultat lebensweltlich intersubjektiver Beziehungen. Habermas schließt zwar an die systemische Perspektive an, versteht Gesellschaft aber als duale Struktur aus System und Lebenswelt – und unterscheidet beide Ebenen (vgl. ebd.: 180): Das System bezieht sich auf die systemische Integration der Subjekte aufgrund nicht steuerbarer Handlungsfolgen, es wird nicht intersubjektiv erzeugt. Die Lebenswelt dagegen wird intersubjektiv hervorgebracht (vgl. ebd.: 179ff.) – im ersten Fall, der Systemebene, wird eine Beobachterperspektive eingenommen, um das System als soziale Ordnung zu verstehen. Im zweiten Fall, der Ebene der Lebenswelt, wird von der Teilnehmerperspektive der handelnden Subjekte ausgegangen. Die Lebenswelt ist ein „Komplementärbegriff zum kommunikativen Handeln" (ebd.: 182). Sie umfasst sowohl die Privatsphäre als auch die kulturpolitische Öffentlichkeit (vgl. dazu Heming 2007: 58) – die Lebenswelt ist die „gesamte kommunikative Alltagspraxis" (Meyer 1994: 214).

Allerdings kommt Arbeit im Begriff der Lebenswelt bei Habermas nicht vor. Das hat schon damit zu tun, dass er in der Gefolgschaft der Frankfurter Schule das Rationale und Verwertbare aus kommunikativen Entscheidungsstrukturen herausstreichen will: In einer Gesellschaft, so sein streng lautendes Verdikt, in der das Zweckrationale die intersubjektiven Beziehungsmuster steuert und bestimmt, werden Lebenswelt und politische Entscheidungsstrukturen kolonialisiert (siehe zur Diskussion De La Rosa 2016:

20 Siehe zur Unterscheidung von Arbeit und Interaktion die Fußnote 11 auf den Seiten 20/21.

21 Wenngleich der Begriff der „deliberativen Demokratie" noch recht jung ist, sind Strukturen von Öffentlichkeit und öffentlicher Beratung bereits in der griechischen *Polis* zu erkennen (vgl. Thaa 2011: 100). Theorien zur Deliberation setzen sich allerdings erst seit den 1990er Jahren durch: Einerseits stehen sie für die Erweiterung demokratietheoretischer Teilhabe. Andererseits werden sie dafür verantwortlich gemacht, die „Transformation des Demokratiebegriffes" voranzutreiben (ebd.: 102). Denn im Gegensatz zu Demokratietheorien bilden sie keinen „Mehrheitswille unter gleichermaßen entscheidungsberechtigten Bürgern" ab. Zentral ist „die Einbeziehung aller von einer Entscheidung Betroffenen" (ebd.: 100).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

249ff.). Die ganze Kritikleiste, die Habermas dazu über die Jahre entgegengebracht wurde, kann hier nicht vollständig wiedergegeben werden (siehe zum Überblick Joas 1996: 314ff.). Auch hat Habermas seine Sicht auf Arbeit über die Jahre, zumindest zum Teil, revidiert.[22] Arbeit bleibt dennoch von der Lebenswelt (Kommunikation, Interaktion) getrennt: Arbeit ist instrumentales, strategisches, erfolgsbasiertes und zweckrationales Handeln, das „entweder instrumentales Handeln oder rationale Wahl oder eine Kombination von beiden" ist (Habermas 2017 [1969]: 62). Kommunikatives Handeln ist dagegen eine „symbolisch vermittelte Interaktion", die sich über obligatorisch geltende Normen vollzieht und „reziproke Verhaltenserwartungen" definiert, und die von „mindestens zwei handelnden Subjekten verstanden und anerkannt werden" muss (ebd.). Habermas wendet sich damit einerseits vom produktivistischen Paradigma in der Marxschen Vorstellung ab (siehe zur Diskussion Lieb 2005: 174), wonach die Befreiung der Subjekte immer die von Arbeit ist.[23] Andererseits geht er zu Hegel auf Distanz, der Arbeit und Interaktion als Akt „der Emanzipation von der Gewalt äußerer wie innerer Natur" verstanden hat (Habermas 2017: 35) – beide Bereiche aber nicht trennt. Nach Habermas ist diese Trennung jedoch notwendig. Darum grenzt er Arbeitsprozesse von kommunikativen Aushandlungsprozessen ab. Deshalb bindet er das Politische an die mögliche Einigung.

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass diese Abgrenzung porös, wenn nicht gar obsolet wird: Das Selbstherstellen wird zum Aushandeln von Streitfragen. Arbeitshandeln als Form des Selbstherstellens ist auch das Herstellen neuer Öffentlichkeiten – und damit eine Form der Deliberation (vgl. Landwehr 2020).[24] *Beeinflussen* und *gesellschaftlichen Einfluss haben wollen*, zwei der dominierenden Handlungskategorien in dieser Studie, bringen Diskurse hervor, über die ökologische und/oder soziale Grundsatzfragen neu verhandelt werden. Nun ließe sich sagen, und so würden Habermas und weite Teile der Politikwissenschaft argumentieren, dass genau darin das Unpolitische begründet liegt, wenn gesellschaftliche Arbeitsdominanz soziale Handlungen strukturiert. Was Habermas aber unterscheidet, das *teleologische* zielgerichtete als strategisches Handeln vom *normenregulierten* konsensbasierten kommunikativem Handeln (vgl. Habermas 1987: 126ff.), fällt im Arbeitshandeln der Akteure dieser Studie zusammen. Nach Habermas kann sich der Aktor beim strategischen Handeln auf „keinen Sinn der sozialen Welt mit

22 Habermas hat seine Sichtweise, dass die materielle Produktion ausschließlich der Systemtheorie zuzuordnen wäre, später leicht korrigiert (vgl. Joas 1996: 319). Arbeit und Interaktion bleiben dennoch getrennt (siehe Fußnote 11 auf den Seiten 20/21).

23 Nach Habermas ist die Marxsche Gesellschaftsvision zwar eine der klassenlosen Gesellschaft. Freiheit bleibe aber an den Arbeitsbegriff gebunden. Habermas schließt damit an Hannah Arendt an, die Marx vorwirft, er habe „die Freiheit an die Notwendigkeit ausgeliefert" (Arendt 2019: 81, siehe dazu Fußnote 30 auf Seite 57). Dem kann entgegenhalten werden, wie Winfried Thaa in Bezug auf die Auseinandersetzung von Arendt mit Marx anmerkt, dass Marx über den Charakter einer „zweiten Natur" die „Zweckrationalität einer geplanten Ökonomie auflösen wollte" (Thaa 2011: 41).

24 Deliberation soll abschließend verstanden werden als „Modus kommunikativer Interaktion, der durch den Austausch und die Gewichtung von Argumenten gekennzeichnet ist" (Landwehr 2020: 414). Deliberation ist Handeln im Sinne der Öffentlichkeit, die „*zwischen* Bürgerinnen und Bürgern" stattfindet, wobei „alle das gleiche Recht haben, Geltungsansprüche aufzustellen und Argumente vorzubringen sowie die Geltungsansprüche anderer Sprecher infrage zu stellen und Begründungen einzufordern" (ebd., H. I. O.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bezug auf das Bestehende von Normen" beziehen (ebd.: 132). Das gelingt nur beim *normenregulierten* Handeln. In den Handlungen der Befragten dieser Studie wird allerdings im *teleologischen* zielgerichteten strategischen Handeln eine Konsenserzielung sichtbar: Im strategischen Handeln verkörpern sich Ziele durch *Beeinflussung* und *Einfluss-haben-wollen*. Dabei geht dem „Aushandeln konsensfähiger Situationsdefinitionen" (ebd.: 128) kein klar erkennbarer Dissens voraus. Vielmehr wird die Ökologiefrage zum neuen *modus operandi*, da sie als gesellschaftliche Notwendigkeit erscheint.[25] Die Habermasche Unterscheidung in wertorientiertes und interessengeleitetes Handeln („Wertekonsens" versus „Interessenausgleich", siehe Habermas 1997: 174) löst sich auf.

Das heißt: Das interessengeleitete Handeln basiert auf der Habermaschen Normregulierung, auf denen aufbauend neue Detailthemen verhandelt werden – es geht um Fragen zur Wiederverwertbarkeit von Materialien, um neue Lieferkettentransparenz im Sinne von *Open Source* (vgl. Majewski 2016) oder um die Selbstverpflichtung von Wirtschaftsakteuren. Daraus leiten die *politischen* Akteure wiederum zentrale Forderungen ab, und eine öffentlichkeitswirksame gesellschaftspolitische Funktion, die Hannah Arendt dem Herstellen abgesprochen hat, weil der öffentliche Bereich des Homo fabers der „Tauschmarkt" sei, auf dem er bloß „das Werk seiner Hände zur Schau" stellt, um „die ihm gebührende Achtung und Hochschätzung zu empfangen" (Arendt 2013: 191), wird bei den *politischen* Akteuren dieser Studie zum Ort des Austauschs von Gesellschaftsinteressen: *Telos,* der Zweck, der bei Habermas auf erfolgsorientiertes Handeln reduziert und von kommunikativem Handeln getrennt wird (vgl. Habermas 1987: 131ff; siehe auch Joas 1996: 220), wird zum gesellschaftspolitischen Zweck: Ins Bewusstsein rücken die Konsequenzen von Handlungen, um sozial-ökologische Risiken zu minimieren.[26]

Das bedeutet, dass Forderungen nach Transparenz, die Offenlegung von Produktionsbedingungen und neue Lieferkettentransparenz für die *ethischen* und *politischen* Akteure (Typ 2 und 3) handlungsleitend sind – Arbeit wird zum *normregulierten* arbeitsinhaltlichen Handeln, was bei Habermas ausgeschlossen scheint. Auf der anderen Seite geht dadurch der politische Widerstreit, zumindest im radikal theoretischen Sinne, verloren, weil die Ansprüche an nachhaltige Standards zugleich Gesellschaftsansprüche sind und die Konsensorientierung zur dominierenden Form wird – die *ideologische* Subjektivierung, die in der Arbeitssoziologie für eine Zunahme (diskursiv erzeugter) gesellschaftlicher Erfordernisse steht, wird, wenn auch in Maßen, politisch, allerdings frei von ideologischer Überformung: Ökonomisierung, Rationalisierung und Politisierung sind

25 Das Problem ist, dass Habermas das Strategische von der Konsensorientierung trennt und das Politische an letzteres bindet. Wie Kerstin Rothe (2017: 74) darlegt, spielt in politischen Diskursen darum häufig das strategische und nicht-kommunikative Handeln eine zentrale Rolle – weil es um Überzeugen und Beeinflussen und letztlich um einen Machtanspruch geht. Hier setzt auch Chantal Mouffes Kritik an Habermas an, da Habermas Carl Schmitts dissoziatives Politikverständnis der Freund-Feind-Kategorisierung in die mögliche Einigung überführt habe, er aber übersehe, dass demokratische Politik auf Macht, Konflikt und Antagonismus basiere (vgl. Mouffe 2016: 16, 21).

26 Damit lässt sich das Handeln zugleich in die Nähe des ökologischen Imperativs von Jonas rücken: Die ideologische Gesinnung, und damit eine politisierbare Gesinnungsethik, gerät in den Hintergrund. In den Vordergrund tritt die „praktische *Verpflichtung* gegenüber der Nachwelt […] als Prinzip der Entscheidung" (Jonas 2020: 59, H. i. O.).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

keine Gegensätze, die dem Handeln entgegenstehen. Sie sind sich wechselseitig hervorbringende Konstitutionsbedingungen, aus denen Handeln wird.

8.3 Formulierung einer zentralen These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft

Ziel dieser Studie ist es, das Selbstherstellen auf politische Zielsetzungen und mögliche politische Handlungsformen hin zu untersuchen. Bis hierhin konnte gezeigt werden, dass die Tendenz der Verökonomisierung und eine politische Perspektive auf Arbeit (im Sinne arbeitsinhaltlicher Ziele) keinen Gegensatz bilden: Erst durch die Verökonomisierung ab dem 17./18. Jahrhundert wird Arbeit aufgewertet. Erst dadurch wird sie zu etwas Sinnhaftem – im Anschluss bilden sich normative gesellschaftspolitische Vorstellungen im Arbeitskontext heraus, die sich gegen die Verökonomisierung richten. Mitte des 19. Jahrhunderts entstehen dazu mit Aufkommen der Reformbewegung Arts and Crafts erste erkennbare konsumkritische Positionen im Kontext der Selbstproduktion, ab den 1960/70er Jahren treten zudem neue „Alternativbetriebe" (Bierhoff/Wienold 2010: 230) sowie antikapitalistische „Produktions- und Dienstleistungskollektive" hervor (Brand et al. 1983: 167ff.; vgl. Notz 2004; Bröckling 2007: 257ff.) – in etwa zeitgleich findet im Designkontext eine „starke Orientierung hin zu politischen Auswirkungen der Produktentwicklung" statt (Möller 1989: 33). Seit den 2000er Jahren, vor allem aber seit dem letzten Jahrzehnt, formieren sich schließlich neue ökologische und sozialverantwortliche Unternehmensformen[27] – und in diesem Spannungsbogen lassen sich die Ergebnisse der Studie lesen.

Daraus lässt sich abschließend eine zentrale These an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und politikwissenschaftlicher Forschung formulieren, die das Handeln der Akteure reflektiert – und die an die Design- und Nachhaltigkeitsforschung anschließt: Das Selbstherstellen kann als Form der *normativen* und *aktiven* Subjektivierung begriffen werden, da arbeitsinhaltliche Ziele (*normative* Subjektivierung) gesellschaftspolitische Aktivierungen (*aktive* Subjektivierung) hervorbringen, wobei Aktivierung im doppelten Sinne zu verstehen ist: Einerseits steht sie für politische Aktivierungen im Arbeitskontext. Andererseits bedeutet sie, wie dargelegt, gesellschaftliche Aktivierung als Erfordernis. Das, was von den Subjekten eingefordert wird, neue ökologische und fairsoziale Standards, wird von der Gesellschaft abverlangt. Die „Selbstbestimmung" und „Bestimmung durch Gesellschaft" (Kleemann et al. 2003: 59) im Sinne einer doppelten Subjektivierungsperspektive bedingen sich wechselseitig.

Folge ist jedoch nicht, wie dargelegt, dass die Akteure gegen soziale Risiken opponieren, die aus den Produktionskontexten resultieren (keine Arbeitsplatzgarantien, geringfügige Löhne etc.). Vielmehr folgt daraus, dass sich das gesellschaftspolitische Engagement weitestgehend auf Arbeit reduziert: Bis auf die *politischen* Akteure, die Initiativen gründen oder Petitionen einreichen, engagieren sich die anderen Befragten so gut

27 Diese Entwicklung, das wurde gezeigt, setzt bereits mit der Gründungswelle in den 1980er Jahren ein (siehe Kapitel 4.2.2c). Auch sind Marktverzahnungen im Designbereich schon immer zu beobachten, was nicht zuletzt an der industriebezogenen Verankerung der Branche liegt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wie nie über die Arbeit hinaus. Die *normative* und *aktive* Subjektivierung von Arbeit zieht damit keine *politische* Subjektivierung außerhalb der Arbeit nach sich. Sie ist in den allermeisten Fällen eine Reduktion des Politischen auf Arbeit und Produktion.

Das lässt sich als „Entpolitisierung" (Mouffe 2011: 3) verstehen, weil die Arbeitsrationalität bis in politische Entscheidungsstrukturen vordringt. Genauso ließe sich eine Vervielfachung des Politischen prognostizieren, wonach die Arbeitswelt politisch(er) wird. In historischer Betrachtung heißt das, dass die Tendenz einer Verschiebung von der Verberuflichung zur Verbetrieblichung des Arbeitssubjekts im 20. Jahrhundert (vgl. Pongratz/Voß 2004: 14) heute um Formen der Atypisierung von Arbeit und Politik erweitert wird: Waren die Dienstleistungskollektive der 1970er Jahre darum politisch (oder galten als politisch), weil sie für die marktferne Selbstorganisation standen, werden heute Arbeitsprozesse als politisch identifiziert, da sie unternehmerisch und sozialverantwortlich sind. Folge ist, so das Ergebnis der Studie, dass sich das ganze Leben auf Arbeit konzentriert, weil Arbeit viel Zeit in Anspruch nimmt, die dann wiederum für politisches Engagement fehlt (nur die *politischen* Typen bilden hierzu eine Ausnahme). Die Subjektivierung von Arbeit ist somit nicht nur eine Form der **Entgrenzung**, weil Arbeit das Leben verdichtet. Sie ist eine **Grenzziehung zur Politik**, da sich politische Zielsetzungen weitestgehend auf Arbeit reduzieren.

Aufbauend auf dieser Beobachtung werden im Folgenden die Ergebnisse auf den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs bezogen und diskutiert. Im ersten Schritt wird dargelegt, was sie für den Kreativitätsbegriff und den Diskurs um nachhaltige Arbeit bedeuten. Im zweiten Schritt wird der Diskurs mit einer politikwissenschaftliche Betrachtung verknüpft.

8.4 Das Selbstherstellen im Kontext der Debatte um den Wandel von Arbeit

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die arbeitssoziologische Forschung? Was bedeuten sie für den Diskurs um die Transformation der Arbeitsgesellschaft und den um kreative Arbeit? Diese Fragen werden im Folgenden diskutiert. Der Fokus liegt dabei zum einen auf dem Diskurs um Kulturakteure und der Frage, ob kreative Arbeit gesellschaftspolitisch zu verstehen ist. Zum anderen geht es um das Themenfeld der Nachhaltigkeit – verbunden mit der Perspektive, ob die Subjektivierung von Arbeit eine politische ist.

8.4.1 Kreativarbeit als Naturbezug, Selbstherstellen als neue Notwendigkeit: Die Ökologisierung von Arbeit und die Verdrängung der sozialen Frage

Kreativität gilt in der Arbeitssoziologie als Ressource für den flexiblen Arbeitsmarkt. Historisch lässt sich diese Entwicklung über verschiedene Stufen nachzeichnen: Bis ins 19. Jahrhundert steht Kreativität im Lichte des Zusammenspiels aus Genialität und Wahnsinn. In der Folge wird sie zur Quelle von Originalität (vgl. Leidhold 2001: 64; Vogt 2010: 21; zuletzt Howe 2019). Seit den 1980er Jahren beschreibt die Sozialforschung schließlich den Aufstieg der Ressource Kreativität im Kontext von Arbeit und Produktion: Subjekte stellen Ansprüche an die kreative Selbstentfaltung. Der Markt setzt Kreativität voraus. Die Arbeitssoziologie hat diesen Wandel mehrheitlich als Zunahme

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

von sozialen Risiken problematisiert, weil sich Arbeitssubjekte darüber zunehmend selbstverökonomisieren würden (vgl. Kapitel 4.2.2d). Die Gegenperspektive dazu lautet, und sie wird vorrangig im Designdiskurs und der Social-Entrepreneurship-Forschung vorgebracht, dass Kreativität heute zugleich ein neuer „Modus des politischen Handelns" sei (Mareis 2016: 199): Produzent*innen würden ihre Arbeit nicht nur in den Dienst des Kapitalismus stellen. Sie würden neue Nachhaltigkeitsformen schaffen, die Antworten auf gesellschaftliche Problemlagen geben.

Wie lassen sich die Ergebnisse der Studie in diesem Zusammenhang lesen? Für die Akteure hat Kreativität zunächst zwei Funktionen: Sie steht erstens für eine ästhetische und formgebende Ebene – diese Ebene ist für die *produktionsorientierten Selbstherstellter*innen* (Typ 1) handlungsrelevant. Zweitens ist Kreativität eine Ressource für das Lösen von gesellschaftlichen Problemen.[28] Diese Form der Kreativität ist für die *ethischen* (Typ 2) und *politischen Selbstherstellter*innen* (Typ 3) handlungsleitend.[29]

Dabei demonstrieren die Ergebnisse, dass sich Arbeitsprozesse weder nur auf Marktvereinnahmungen reduzieren lassen noch davon freizusprechen sind: Die Subjekte suchen Marktzugänge bewusst auf, um ihre Interessen zu vertreten. Dabei verstehen sich die Akteure so gut wie nie als marktferne Künstler*innen. Sie verstehen ihre Arbeit als Form der Gesellschaftsverantwortung. Das schließt nicht aus, dass viele der Arbeitsformen prekär sind. So kann ein Großteil der unternehmerischen Akteure zwar von der Arbeit (angemessen) leben. Für andere gilt: Die Arbeitsformen sind oft von kurzer Dauer. Nur wenige sind im Anschluss in der Form ‚nachhaltig', dass sie eine langfristige Planungsperspektive geschweige denn einen festen Arbeitsplatz bieten. Auf der einen Seite wird das, was Hannah Arendt vom Politischen trennte, das Herstellen als Ausdruck „von Dauer, Haltbarkeit, Bestand" (Arendt 2013: 150), in neue ökologische Formen überführt – und hat eine gesellschaftspolitische Dimension. Auf der anderen Seite sind die Arbeitsformen selbst keine „von Dauer, Haltbarkeit, Bestand", indem die Subjekte dauerhaft auf Krisenerfahrungen und globale Risiken reagieren, „die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ins allgemeine Bewusstsein getreten sind" (Neckel 2018: 12).

Darum müssen die Ergebnisse bezogen auf zwei aktuelle Diskurse diskutiert werden – erstens in Bezug auf das Forschungsfeld der „Subjektivierung von Nachhaltigkeit" (Pritz 2018), zweitens im Kontext der Debatte um neue „nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit" (Blühdorn 2013, 2018, 2020). Der erste Diskurs zielt auf das Spannungsfeld von eigenem Ressourcenverbrauch (Arbeitskraft) und der Ressourcenschonung der Natur ab, der bereits im Kapitel 4.1.8 angesprochen wurde. Zentrale Annahme ist hier, dass

---

28 Damit knüpfen die Ergebnisse an das eingangs angeführte Multiple-Streams-Modell nach Kingdon (1984) an, das von drei Prämissen ausgeht: der Problemerkennung (*Problem-Strom*), Entscheidungsfindung (*Politics-Strom*) und Lösungserarbeitung (*Policy-Strom*). Die drei Ströme ermöglichen sogenannte "Windows of Opportunities", wonach Policy Entrepreneure Chancen nutzen, um über Unternehmertum Einfluss auf die Politik zu nehmen. Allerdings ist das Unternehmerische in dieser Studie in den allermeisten Fällen keine Voraussetzung für das Handeln. Es ist eine mögliche Folge.

29 Wie im Kapitel 7.1.4 dargelegt, sind die Übergänge fließend und die Typenabfolge als Stufenmodell zu verstehen: Die *politischen Hersteller*innen* handeln (auch) ethisch, die *ethischen* nicht unmittelbar politisch.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sich die Arbeitssubjekte einerseits subjektivieren (wollen), um den sozial-ökologischen Wandel voranzutreiben. Andererseits würden sie gesellschaftlich subjektiviert, weil der Markt ihre Ressource Arbeitskraft vernutzt. Der zweite Diskurs entspringt der demokratietheoretischen Tradition (vgl. Kapitel 4.3.2e). Er ist maßgeblich durch die Arbeiten von Ingolfur Blühdorn (2013, 2018, 2020) geprägt. Zentrales Argument ist hier, dass die Gesellschaft vordergründig auf Nachhaltigkeit setzt, der moderne Wohlstand aber verteidigt werde: Einerseits würden sich die Subjekte als aufgeklärte Bürgersubjekte konstituieren. Andererseits würden sie nichts (oder nicht genug) dafür tun, um die Demokratie zu beleben. Trotz Katastrophenmeldungen zum klimatischen Kollaps lebe die privilegierte Mittelklasse in westlichen Konsumgesellschaften noch immer bequem und komfortabel (vgl. Blühdorn 2020). Nach Blühdorn ist Nachhaltigkeit damit ein bloßes Lippenbekenntnis – und eine Entledigung von Verantwortung.[30]

Ohne letzteres in Abrede stellen zu wollen, bedarf Blühdorns Verfallsdiagnose in dieser Studie einer Korrektur. In den Arbeitsformen (gemeint sind die der *ethischen* und *politischen* Produktionstypen) zeichnet sich keine Entledigung von gesellschaftlicher Verantwortung ab. Erkennbar wird eine neu selbstauferlegte Selbstverantwortung, um Marktansprüche mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wechselseitig zu vereinen. Die Widersprüche, die damit verbunden sind, sind den Akteuren bewusst. Dem Handeln geht das bereits angesprochene „Prinzip der Doppelwirkung" voraus, wonach (schlechte) Nebeneffekte zur „Bedingung oder Erreichung einer guten Wirkung" im Sinne der Ethik (Fenner 2020: 44) bewusst in Kauf genommen werden. Auf der anderen Seite ist nachhaltige Arbeit damit nicht das, wofür sie in der Arbeitssoziologie mehrheitlich steht und wie der Bericht des UN-Entwicklungsprogramms UNDP 2015 „nachhaltige Arbeit" definiert. Nachhaltige Arbeit wird hier verstanden als die Form der Arbeit, die menschliche Entwicklungen fördert „und gleichzeitig negative Auswirkungen […] verringert oder ausschaltet" (UNDP 2015: 45; vgl. Barth et al. 2016a: 14; Kleemann et al. 2019: 206).[31] Zum einen geht es in dieser Perspektive um die „Erhaltung unseres Planeten", zum anderen um das Ziel, dass „künftige Generationen weiterhin Arbeit haben" (siehe dazu Barth et al. 2016a: 13 oder Gerold 2019: 63)[32] – letzteres wird von den Akteuren dieser Studie

30 Siehe zum Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Demokratie auch Gesang 2018; Hidalgo 2018; Brocchi 2022.

31 Diese Definition bezieht sich auf den im Jahr 2015 verfassten Bericht *United Nations Development Programme* „Arbeit und menschliche Entwicklung" (UNDP 2015). „Nachhaltige Arbeit" steht demnach nicht nur für „die Erhaltung unseres Planeten". Sie ist für die Sicherstellung der Arbeit künftiger Generationen verantwortlich (UNDP 2015: 45; vgl. Barth et al. 2016a: 14).

32 Nachhaltige Arbeit wird über den ver.di-Kodex (ver.di 2013; vgl. Kleemann et al. 2019: 213) oder DGB-Index als „Gute Arbeit" verstanden (DGB 2014; siehe auch Mönch 2018: 356), die anhand von sieben Punkten definiert ist: Erstens ist sie menschengerecht gestaltete Arbeit (sie muss dazu gesundheits- und persönlichkeitsfördernd sein und darf nicht auf den Schultern der Arbeit in Entwicklungsländern lasten). Zweitens ist sie Ausdruck von Entwicklungs- und Qualifizierungschancen (gute Bildung als Grundlage für aktive Demokratisierung in der Wirtschaft). Drittens ist „gute Arbeit" mitbestimmend als zivilisatorische Errungenschaft. Viertens muss sie tariflich geschützt und gestaltet werden, fünftens geschlechtergerecht und sechstens ökologisch nachhaltig wie auch modern sein. Siebtens muss „gute Arbeit" mit heutiger Zeitsouveränität einhergehen (ebd.: 214). In dieser Studie reduziert sich „gute Arbeit" mehrheitlich auf nachhaltige, mitbestimmende und ökologisch verantwortliche Aspekte.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nahezu kategorisch ausgeblendet, und damit geht das verloren, was Becke/Warsewa die „Arbeitskraftperspektive" der Nachhaltigkeit nennen: der Kampf um die Beschäftigungsfähigkeit (Becke/Warsewa 2017: 25ff.) – in den Vordergrund rücken ökologische Ziele, in den Hintergrund treten soziale Risiken.

Man kann damit wieder auf Ulrich Beck zurückkommen, der die nicht-intendierten Handlungsfolgen durch reflexive Modernisierungsprozesse herausgearbeitet hat (vgl. Kapitel 4.3.2b), und die Frage ist: Wie sind die Vorstellungen von Ökologie mit der sozialen Frage heute zusammenzubringen? In Anlehnung an die empirischen Ergebnisse lässt sich der Kreativitätsbegriff dazu in dreifacher Weise neu entfalten: Erstens steht Kreativität für kein Überschreiten mehr von Grenzen im Sinne eines ästhetischen Extrawerts, um das „Besondere" als Eigenleistung zu adressieren – was Reckwitz zur leitenden Tendenz der Postmoderne erklärt (vgl. Reckwitz 2018: 7ff.). Vielmehr sehen die Akteure in kreativen Prozessen ein Potenzial, um das Besondere im Sinne der Zukunftsfrage (Produkte mit Nachhaltigkeitswert) zu positionieren. Zweitens hat Kreativität eine, damit verbundene, ökologische Dimension: Sie ist keine Befreiung aus Naturkreisläufen und keine gesellschaftliche Notwendigkeit über Arbeit wie in den Vorstellungen Hannah Arendts. Kreativarbeit ist Arbeit als neue Naturnotwendigkeit zur Grenzziehung. Es geht darum, um auf Jonas' ökologischen Imperativ (2020 [1979]) zurückzukommen, das zu unterbinden, was aus der Individualisierung über Jahrzehnte resultiert ist – eine Konsumpraxis, die Umwelt und Natur in hohem Maße zerstört hat und weiter zerstören wird (vgl. dazu Moore 2015 oder Karathanassis 2015). Drittens sind kreative Prozesse rationalisierte Handlungsvorgänge; sie werden „vor dem Hintergrund sozialer Strukturen und individueller Abwägungsprozesse vollzogen" (Vogt 2010: 29) – die sozial-ökologische Dimension wird zur neuen Nutzenabwägung. Zugleich gehen damit soziale Risiken einher, die von den Akteuren antizipiert, jedoch kaum thematisiert werden. Man könnte sagen, Arbeit wird politisiert, die ökologische Frage wird zur politischen. Die soziale Frage wird zugleich entpolitisiert, weil nur die *politischen* Produktionstypen die soziale Frage aufwerfen.[33]

Daran lässt sich nicht nur eine historische Verschiebung erkennen, weil das Soziale in den Hintergrund tritt, wenngleich angemerkt werden muss, dass es sich in dieser Studie lediglich um 22 qualitativ geführte Interviews handelt und sich in historischer Betrachtung bereits bei Arts and Crafts eine gesellschaftspolitische Dimensionierung der Arbeit zeigt. Gleichwohl wird die ökologische Frage zur dominierenden Form, oder anders: Kam die soziale Frage im 19. Jahrhundert auf und emanzipierte Arbeit von Naturkreisläufen, gerät die soziale Frage heute zugunsten eines ökologischen Fußabdrucks in den Hintergrund, zumindest zeigen das die Ergebnisse dieser Studie.

Die Frage ist nur: Was folgt daraus? Es wäre allzu naiv, einfach nur auf den baldigen Marxschen Arbeitskampf zu hoffen (vgl. Kapitel 4.1.3). Weder streben die Befragten dieser Studie eine Befreiung von der Arbeit an wie in der Marxschen Vorstellung, noch wird

33 So ist die Modemacherin Manuela Schwerlich in dieser Studie die einzige (vgl. Kapitel 7.1.3), die mit ihrem Label nebenher einen Verein gegründet hat, um gegen Hartz-IV-Sanktionen vorzugehen – Schwerlich verbindet die ökologische mit der sozialen Frage, sie thematisiert die eigene Arbeitssituation. Zugleich tritt sie für sozial-ökologischen Wandel ein. Von ihrer Arbeit leben kann sie kaum.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

der von Marx ersehnte kollektive Zusammenschluss herbeieilen. Darum greift es auch zu kurz, die Repolitisierung alleinig an der Marxschen Vision festzumachen. Vielmehr müsste es, um mit den Worten des Politikwissenschaftlers Slavoj Žižek zu sprechen, um die „*Repolitisierung der Ökonomie*" (Žižek 2009: 92, H. i. O.) gehen: Es geht damit um kein Herausstreichen des Ökonomischen aus dem Politischen, was etwa Laclau und Mouffe in Abgrenzung zu Marx vorschwebt (Laclau/Mouffe 2000). Es geht, in Anlehnung an Karl Polanyi (2021 [1944]), um die Rückeinbettung der Wirtschaft ins Gesellschaftliche, oder, um auf Hans Jonas (2020 [1979]) zurückkommen, um eine politische Perspektive auf die Ökonomie durch den ökologischen Imperativ – was wiederum auf die Marxsche Verdinglichung zurückführt: Denn was bei Marx nicht vorgesehen war, dass das Produkt als Tauschwert zum gesellschaftlichen Mehrwert werden kann, lässt sich heute, zumindest legen das die Ergebnisse der Studie nahe, als das Politische neu bestimmen:[34] Produkte werden aus keinen Wirtschaftskreisläufen mehr genommen und als Gebrauchswerte (für den Eigenbedarf) umfunktioniert. Sie werden als Tauschwerte ökologisch konfiguriert und in Wirtschafts- als Naturkreisläufe (durch Verfahren wie *Cradle to Cradle*[35]) zurückgeführt – und eben darin zeigt sich eine neue politische Dimension.

Die Frage wäre nur, wie sich der ökologische Mehrwert als Tauschwert heute mit sozialer Gerechtigkeit verbinden lässt. Dass dazu die ökologische Nachhaltigkeitsperspektive zu kurz greift, versteht sich genauso von selbst wie die Arbeitsformen auf keine „nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit" (Blühdorn 2013, 2018, 2020) zu verkürzen sind. Vielmehr wird deutlich, welche Widersprüche der heutige Kapitalismus als ein „System der Neutralisierungen" (Draheim/Reitz 2010) hervorbringt, weil er Marktanreize und Gesellschaftskritiken wechselseitig verzahnt und als Aktivierungserfordernisse an die Subjekte zurückspielt. Zugleich treten dadurch neue Perspektiven des Handelns hervor, die eine politische Dimension bereithalten. Was das wiederum für den arbeitssoziologischen Subjektivierungsdiskurs und eine politikwissenschaftliche Betrachtung auf Arbeit bedeutet, wird in den folgenden Kapiteln diskutiert.

8.4.2 Reklamierend, selbststrukturierend: Das Selbstherstellen als neue aktive Subjektivierungsform

Ziel dieser Studie ist es, Subjektivierungsprozesse im Spannungsfeld von Arbeit und Politik am Beispiel des Selbstherstellens zu untersuchen. Eingangs wurde dazu die Frage gestellt, inwiefern sich die *normative* Subjektivierung (Sinnkontexte in Arbeitsprozessen) und *aktive* Subjektivierung (Selbstaktivierung über Arbeit) bedingen: Ist Arbeitshandeln politisch? Hat die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) eine politische Dimension? Wie im Kapitel 8.1. dargelegt, bringen sich beide Subjektivierungsformen wechselseitig hervor: Sinnkontexte über Arbeit verbinden sich mit gesellschaftspolitischen Zielen. Die *normative* Subjektivierung ist zugleich *reklamierend*, und das in doppelter Hinsicht: Einerseits werden Gesellschaftsansprüche in Arbeitsprozessen *reklamiert*. Andererseits *reklamiert* die Gesellschaft Ansprüche an Ökologie und Produktionsstandards,

34 Marx hat nur dem Gebrauchswert, nicht aber dem Tauschwert eine ökologische Dimension zugesprochen (siehe zur Vertiefung Kapitel 4.1.3).

35 Zum Begriff *Cradle to Cradle* siehe das Kapitel 6.2.2.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

und dieser Prozess vollzieht sich insgesamt in drei Entwicklungsschritten: Erstens werden die Zielsetzungen normativ formuliert (*normative* Subjektivierung). Zweitens strukturieren sich die Akteure, um ihre Ziele zu verfolgen (*strukturierende* Subjektivierung). Drittens werden Forderungen formuliert und adressiert (*aktive reklamierende* Subjektivierung), die sich, wie dargelegt, jedoch nicht vorrangig an die Politik richten. Sie werden an andere Hersteller*innen, Konsument*innen, an die Wirtschaft und Zivilgesellschaft herangetragen, die gleichsam Ansprüche an Produktionsstandards sind.

Was sagt das über die im historischen Teil herausgearbeiteten Subjektivierungsformen aus? In historischer Perspektive konnten vier zentrale Subjektivierungsformen unterschieden werden, wobei drei auf die Anerkennung des Subjekts abzielen: Die *erste subjektanerkennende*[36] *Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* bildet sich ab dem 12. Jahrhundert heraus. Arbeit und das Arbeitssubjekt werden gesellschaftlich anerkannt. Das Arbeitssubjekt kann sich im Arbeitskontext aber nur in vorgegebenen Strukturen politisch organisieren (vorrangig im Kontext der Zünfte) – die *politische* Subjektivierung ist somit keine Form der Selbstbestimmung, sie ist eine Bestimmung durch Gesellschaft.[37] Die *zweite subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* wird ab dem 18. Jahrhundert gegenständlich. Das Arbeitssubjekt übt dazu Kritik an sozialer Ungleichheit. Neue Organisationsstrukturen treten durch die Selbstorganisation hervor. Allerdings steht Arbeit für keine arbeitsinhaltliche normative Dimension des Arbeitshandelns – das Politische ist der Kampf um die Arbeitsbedingungen. Erst über die *dritte subjektanerkennende Subjektivierung des Politischen über Arbeitshandeln*, die erste Formen ab Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt, die sich vollends jedoch erst in den 1970er Jahren durchsetzt, werden Arbeitsformen und Arbeitsinhalte gesellschaftspolitisch gedacht: Die Selbstproduktion wird der seriellen Fertigung entgegengestellt, wobei unternehmerische Perspektiven zunächst nachrangig sind. Das gilt weitestgehend auch für die 1970er Jahre, als neue „Alternativbetriebe" (Bierhoff/Wienold 2010: 230), „Alternativprojekte" (Bröckling 2007: 257ff.) oder „Produktions- und Dienstleistungskollektive" (Brand et al. 1983: 167ff.; vgl. Notz 2004) entstehen, die als Alternativen zur kapitalistischen Produktion erscheinen. Erst über eine *vierte Form der subjektanerkennenden Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext*, die an dieser Stelle eingeführt werden soll, wird das Unternehmerische zur prägenden Form – und hier schließen die Herstellungsprozesse der Studie an: Das Unternehmerische ist keine Voraussetzung für das Handeln. Es ist eine mögliche Folge. Die Subjektivierung von Arbeit reduziert sich auf keine Verökonomisierung. Die Verökonomisierung von Arbeit bringt gesellschaftspolitische Perspektiven hervor.

Man kann hierzu wieder auf Hannah Arendt zurückkommen (vgl. Kapitel 4.1.2), die in dieser Studie zum Ausgangspunkt genommen wurde. Denn keine Theoretikerin hat

36 Subjektanerkennend meint, dass Arbeit zuvor, in der Antike, mehrheitlich subjektaberkennend war: Sie stand für Mühsal und Plage. Wer frei war, war frei von Arbeit (siehe das Kapitel 4.2.1a).

37 Wie Manfred Seifert herausgearbeitet hat, sind schon damals strukturelle Ähnlichkeiten zu heutigen entgrenzten Arbeitsformen erkennbar: Die Arbeit ist klar reglementiert. Sie weist aber „Aspekte der Subjektivierung und Automatisierung" auf (Seifert 2004: 72; siehe auch Huber 2012: 50). Auf entsprechende Prozesse wurde bereits unter 4.3.1b eingegangen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eindringlicher vor der Verzahnung von Arbeit und Politik sowie der Zunahme gesellschaftlicher Aktivierungen durch Arbeit gewarnt. Arendts eindringlicher Appell in „Vita activa" lautete, dass das Politische von Arbeit und Herstellen befreit werden müsse. Denn seit der Neuzeit sei Arbeit von „der untersten und verachtetsten Stufe zum Rang der höchstgeschätzten aller Tätigkeiten" aufgestiegen (Arendt 2013: 119). Allerdings habe das nicht dazu geführt, dass Arbeit und Herstellen zu etwas Politischem wurden. Vielmehr habe man begonnen, „alle Arten einer aktiven Beschäftigung mit den Dingen der Welt" (ebd.: 24) zu unterziehen. Was Arendt beschreibt, und man kann ihren Gedanken weiterverfolgen, ist, dass Arbeit durch die Verökonomisierung zur höchsten Tätigkeitsform wurde, Arbeit aber nie politisch werden konnte – und nach Arendt nicht sollte. Zugleich sei die *Vita activa* in den Bereich der Öffentlichkeit vorgedrungen, wo sich nach Arendt das Politische abzuspielen habe, wo Arbeit aber kein Platz haben soll.

Ergebnis dieser Studie ist, dass die Produktionsformen heute selbst Öffentlichkeiten hervorbringen – und darüber eine politische Perspektive auf Arbeit ermöglichen. Einerseits ist die hier dargelegte *vierte Form der Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* Abbild einer eindeutig zu identifizierenden „Entpolitisierung" (Mouffe 2011: 3), weil das Politische vom Ökonomischen durchsetzt ist. Andererseits treten neue ökologische Fragestellungen hervor und weichen die Habermasche Trennung von Arbeit und Interaktion auf (vgl. letztes Kapitel 8.2.4).[38] Dabei sind es gerade die Unternehmensformen, in denen sich neue gesellschaftspolitische Ansprüche verkörpern. Darum wird im nächsten Abschnitt das Selbstherstellen als mögliche Form von Social Entrepreneurship diskutiert, um im Anschluss daran einen passenden Arbeitsbegriff für die Herstellungsformen zu entwickeln.

8.4.3 Ist das Selbstherstellen eine Form von Social Entrepreneurship?

Die Social-Entrepreneurship-Forschung erklärt sozialverantwortliches Unternehmertum oft ohne Wenn und Aber zur gesellschaftspolitischen Kategorie.[39] Im Kapitel 7.1.3 wurde bereits dargelegt, dass die *politischen* Produktionstypen der Studie von Policy Entrepreneuren aus der Politikwissenschaft zu unterscheiden sind – weil das Unternehmerische keine Voraussetzung für das Handeln ist und Ziele meist nicht direkt an die Politik adressiert werden. Darum wird im Folgenden die Frage geklärt, was die unternehmerischen Akteure der Studie von Social Entrepreneuren unterscheidet.

Was versteht die Forschung unter Social Entrepreneurship? Eine einheitliche Definition gibt es nicht. Weitestgehend wird darunter jedoch unternehmerisches Handeln verstanden, das sich mit sozialem Engagement verbindet: Social Entrepreneure stehen für eine „eine nachhaltigere, sozialere Art des Wirtschaftens" (Jähnke et al. 2011: 9). Sie

38 Wie Arno Bammé herausgearbeitet hat, kommt Natur als gesellschaftskonstituierender Begriff weder bei Luhmann noch bei Habermas vor. Bei Luhmann ist die Natur Teil der Umwelt, bei Habermas wird sie „allenfalls durch Arbeit affiziert". Sie unterliegt „zweckgerichtetem und gerade nicht kommunikativem Handeln" (Bammé 2018: 28).

39 Vgl. Backhaus-Maul et al. 2008, 2018; Hackenberg/Empter 2011; Rummel 2011: 76; Fueglistaller et al. 2012, 2019; Gebauer/Schirmer 2013; Gebauer 2018, 2019; Obuch/Grabbe 2019: 143ff.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nutzen „das Erzielen von Einkommen zur finanziellen Absicherung eines sozial motivierten Vorhabens" (Grimm 2011: 447).[40] Für diese Studie gilt, dass weder der Markterfolg noch die Gewinnerzielungsabsicht handlungsleitend sind, und das gilt auch für die *ethisch-unternehmerischen* Typen. Einerseits werden ethische Ziele mit neuen Marktkontexten verbunden. Andererseits sind die Akteure nur so weit unternehmerisch, wie die Unternehmensidee die Gesellschaftskritik trägt. Auch ist das Handeln nur so weit wachstumskritisch oder gemeinwohlorientiert, wie es die Marktsituation erlaubt.[41]

Insgesamt lässt sich der *ethisch-unternehmerische* Produktionstyp somit als Hybridsubjekt verstehen, der zwischen ideellen Zielen und Marktansprüchen oszilliert – und beides miteinander in Einklang bringt, ganz im Gegensatz zu den *politischen Hersteller*innen*, die sich dem Markt nicht anpassen, sondern den Markt den Zielen unterordnen. Damit lässt sich der *ethisch-unternehmerische* Typ auch klar abgrenzen zu klassischen soziologischen Unternehmertypen nach Ludwig von Mises (1980 [1940]), Israel M. Kirzner (1988 [1979]), Joseph Schumpeter (2020 [1947]), Frank H. Knight (2014 [1921]) oder Mark Casson (2000 [1982]). Im Gegensatz zu diesen Typen ist der *ethisch-unternehmerische* Typ weder ein „findige[r] Nutzer von Gewinnchancen" noch ein „Neuerer" (Bröckling 2007: 110): Im Vordergrund steht nicht der Markterfolg. Erfolg ist eine mögliche Folge des Handelns. Gleichwohl ist das Handeln der *ethisch-unternehmerischen* Akteure Ausdruck, oder Folge, von Unzufriedenheit über den Ist-Zustand im Sinne Mises (1980 [1940]), womit der Glaube verbunden ist, man könne den Zustand selbst beheben oder zumindest mildern. Die Unzufriedenheit begründet sich jedoch nicht ökonomisch, sondern ökologisch-sozial. Das schließt nicht aus, dass der Markt die Handlungen der Akteure in gewisser Weise lenkt, weil man das herstellt, was der Markt (und die Gesellschaft) verlangt. Kennzeichnend für das unternehmerische Handeln ist aber, dass sich Entscheidungen nicht an knappen monetär messbaren Ressourcen ausrichten; sie beziehen sich auf keine Entscheidungsstrukturen im Sinne Cassons, der mit knappen Ressourcen monetäre Spielräume meint (vgl. Casson 2000 [1982]). Ressourcen werden ökologisch als Ressourcenschonung verstanden – und der Verbrauch so weit es geht eingeschränkt.

---

40 Der Begriff *Social Entrepreneurship* ist von Begriffen wie *Corporate Social Responsibility* (CSR) oder *Corporate Citizenship* zu unterscheiden: Während *Corporate Social Responsibility* das verantwortungsvolle Handeln eines Unternehmens meint, das über den eigenen „engen Unternehmenszweck hinausgeht" (Rummel 2011: 19), bezieht sich das Verantwortungshandeln im Bereich *Social Entrepreneurship* auf den eigenen Unternehmenszweck. Der Social Entrepreneur ist die handelnde Person selbst, also die „Unternehmensperson" – und somit „das Unternehmen als Organisation" (Polterauer 2008: 153). *Corporate Citizenship* wiederum ist „aktives bürgerliches Engagement, das die Mitglieder eines Unternehmens – ganz im Sinne der Unternehmensphilosophie – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Unternehmensorganisation realisieren" (Jähnke et al. 2011: 9f.).

41 Damit ist das Selbstherstellen auch keine Care-Arbeit im klassischen Sinne, da Care auf ein Spannungsfeld von „unbezahlter Hausarbeit" und „bezahlter Sorge- und Pflegearbeiten" abzielt (Gottschlich/Hackfort 2022: 308). Gleichwohl, und darum wäre zumindest der *politische* Typ dieser Studie im Kontext der Care-Debatte zu diskutieren, wird in den letzten Jahren der Care-Begriff im Spannungsfeld einer ökologischen, wenn nicht gar politischen Praxis reformuliert (vgl. dazu Gottschlich/Katz 2018; Gottschlich/Hackfort 2022: 307; Winker 2021; Tronto 2015, 2016). Allerdings zielt das Politische hier, so etwa bei Tronto, mehr auf eine Strukturdemokratisierung von Arbeit ab, um die Care-Arbeitsformen gesellschaftspolitisch zu verankern. Es geht weniger um arbeitsinhaltliche normative Arbeitskonzepte. Um letzteres geht es aber den Akteuren dieser Studie.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Insgesamt zeugen die Handlungsformen der Akteure damit von keiner „Selbstverbesserung im Zeichen des Marktes", um sich „Wettbewerbsvorteile" zu verschaffen (Bröckling 2007: 283). Vielmehr wird ein neues Gleichgewicht austariert, um ethische und teils politische Ziele mit möglichen Marktpositionierungen zu vereinen. Darum lassen sich die *ethisch-unternehmerischen* Typen der Studie auch in Beziehung setzen zu Social Entrepreneuren aus der Social-Entrepreneurship-Forschung, bei denen „nicht das Erzielen von Gewinn oder Wohlstand" im Vordergrund steht, sondern „das Erfüllen einer sozialen Mission" (Grimm 2011: 446f.). Geht es für Jana Gebauer und Rafael Ziegler um mindestens zwei Aspekte, um von Social Entrepreneurship oder Social Entrepreneuren sprechen zu können (vgl. Gebauer/Ziegler 2013: 21ff.) – um das Soziale und Ökonomische –, ordnen sich die Ziele der *ethisch-unternehmerischen* Typen dieser Studie nach der Rangfolge Ökologie, Soziales und Ökonomisches, wobei letzteres aus den ersten beiden resultiert. Die Kritik, die dazu im Nachhaltigkeitsdiskurs häufig angebracht wird, dass das Ökonomische vor das Ökologische und Soziale trete (vgl. Kapitel 4.1.8), verflüchtigt sich in dieser Studie zugunsten von neuen ökologischen Grundsätzen, wobei das Soziale hinter dem Ökologischen bleibt – es geht „um das soziale Anliegen im unternehmerischen Tun" (Jähnke et al. 2011: 9). Im Gegensatz zu sogenannten Policy Entrepreneuren jedoch, die das Politische an das Unternehmerische binden und im Gegensatz zu Social Entrepreneuren, die das Unternehmerische für das Soziale voraussetzen, bilden sich bei den *ethischen* Produktionstypen dieser Studie ökologische oder fair-soziale Kriterien meist erst im Zuge der Unternehmensbildung heraus.

Vor allem die *ethisch-unternehmerischen* Akteure unterscheiden sich damit klar von Produktionstypen der integrativen Wirtschaftsethik[42], auf die abschließend Bezug genommen werden soll. Die integrative Wirtschaftsethik basiert nach Peter Ulrich auf dem Grundsatz, die „*Wirtschaftsethik*" als „Interdisziplin" zu verstehen, „die […] das ökonomische ‚Werteschaffen' hartnäckig hinsichtlich seiner Vernünftigkeit *im Lebenszusammenhang* der Menschen reflektiert" (Ulrich 2002: 30, H. i. O.). Die integrative Wirtschaftsethik setzt mit keiner „‚situationsgerechten Anwendung', sondern […] *prinzipiellen Kritik des Gewinnprinzips*" ein (Ulrich 1998: 395, H. i. O.), sie fragt nach den „grundlegenden Legitimitätsvoraussetzungen und Wertorientierungen lebensdienlicher unternehmerischer Wertschöpfung" (ebd.).[43] Ulrich unterscheidet dazu vier Formen – die *instrumentalistische*, *karitative*, *korrektive* und *integrative* Unternehmensethik, über die in der genannten

42 Ulrich hat die integrative Wirtschaftsethik 1997/98 konzipiert. Im Zentrum steht die Stärkung einer philosophischen Wirtschaftsethik als Versatzstück zur rein wirtschaftlich orientierten Ethik mit Gewinnmaximierungsabsicht.

43 Unternehmensethik versteht Ulrich als „*Vernunftethik des unternehmerischen Wirtschaftens im Ganzen*" (Ulrich 1998: 395, H. i. O.). Im Gegensatz zur „Mainstream Economics" ist sie auf keine „*marktwirtschaftlich[e] Systemlogik*" reduziert (Ulrich 2002: 31, H. i. O.). Sie steht als integrative Wirtschaftsethik dem reinen Ökonomismus entgegen. Die integrative Wirtschaftsethik gilt darum auch als Form der „Ökonomismuskritik" (Kohl 2009: 46).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Reihenfolge abnehmend Gewinnverzicht geübt wird.[44] Erst die vierte Form[45] jedoch, die *integrative* Unternehmensethik, implementiert das Soziale ins unternehmerische Handeln als ganzheitliches Unternehmenskonzept. Erst darüber wird die Gewinnmaximierung als Unternehmensprinzip konsequent in Frage gestellt. Allerdings geht Ulrich von Unternehmen als Ganzes aus, von unternehmerischen Prototypen mit unterschiedlicher ethischer Ausrichtung. Er setzt damit ein Verhältnis zum Gewinnprinzip in gewisser Weise voraus – in Form der *instrumentalistischen* Unternehmensethik mit Gewinnerzielung als Geschäftsstrategie oder, im Umkehrschluss, in Form der Verneinung durch die *korrektive* Unternehmensethik als Geschäftsbegrenzung. Ein Dazwischen gibt es nicht, nur ein Daneben – als außerökonomische Gewinnverwendung der *karitativen* Unternehmensethik[46] (Ulrich 1998: 428ff.). Dieses Daneben existiert bei den Akteuren dieser Studie aber nicht. Es dominiert ein Dazwischen.

Das bedeutet: Zum einen verkörpern die *ethisch-unternehmerischen* Akteure der Studie Strategien im Sinne von Social Entrepreneurship, wenngleich das Unternehmerische keine Voraussetzung für das Arbeitshandeln ist, sondern eine mögliche Folge. Zum anderen ist Erfolgsstreben keine normative Geschäftsgrundlage. Einige stellen Produkte auch nur nebenher her. Insgesamt durchlaufen die Akteure dazu verschiedene Prozessstufen, und das Arbeitshandeln lässt sich – das wird der folgende Abschnitt zeigen – als Form der *Übergangsarbeit* bestimmen: als Übergang zwischen verschiedenen Arbeitsformen hin zu gesellschaftlichem Engagement, wobei sich letzteres weitestgehend auf Arbeit reduziert.

8.4.4 Selbstherstellen als Übergangsarbeit: Vom Hobby zu nachhaltigem Design zur Gesellschaftskritik – das Private wird unternehmerisch, ist das Unternehmerische politisch?

Ergebnis dieser Studie ist, dass es die eine Form des Selbstherstellens nicht gibt. Die Herstellungsformen variieren von Typ zu Typ (zwischen produktionsorientiert, ethisch und politisch). Sie setzen (oft) im Privatbereich ein und werden in unternehmerische

---

44 Das heißt, dass mittels der instrumentalistischen Unternehmensethik ethische Überlegungen als unternehmerischer „Erfolgsfaktor" eingeplant werden. Ethische Überlegungen und Konzeptionen sind nach der instrumentalistischen Unternehmensethik kalkulativ, um unternehmerische „Erfolgssicherung" zu betreiben, womit Ethik zum „Führungsinstrument und/oder [..] Investitionsgut in langfristigökonomischer [*sic!*] Perspektive" wird (Ulrich 1998: 418f.).

45 Zur „Durchbrechung des Gewinnprinzips" kommt es nach Ulrich erst bei der *karitativen* Unternehmensethik, die von der *instrumentalistischen* zu unterscheiden ist. Allerdings geht sie nur so weit, dass erwirtschaftete Gewinne für außerunternehmerische „gute" Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Damit werden Gewinne über das Karitative externalisiert, am Gewinnmaximierungsprinzip wird jedoch festgehalten (Ulrich 1998: 421ff.). Die dritte Form der Unternehmensethik ist die *korrektive*, die Ulrich als „*situative Selbstbegrenzung des unternehmerischen Gewinnstrebens*" bezeichnet (ebd.: 424, H. i. O.). Darüber wird eine Art Umkehr oder Begrenzung des Gewinnprinzips betrieben: Es kommt zur situativen Anwendung ethischer Regeln. Das Gewinnprinzip als solches wird aber nicht völlig angetastet, nur situativ ausgehebelt.

46 Das können Formen des Spendens für andere jenseits des Geschäfts sein, oder ein „Davor" in Form der „integrativen Wirtschaftsethik", indem Ethik zur „normative[n] Geschäftsgrundlage" für das Unternehmen wird (Ulrich 1998: 428).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Tätigkeiten überführt. Genauso sind vertikale Verlaufsformen möglich, wonach die eine Arbeitsform die andere ergänzt – sowohl die Grenzverläufe zwischen einzelnen Tätigkeitsfeldern als auch zwischen Beruflichem und Privatem sind dabei fließend. Insgesamt verkörpern sich im Selbstherstellen nachhaltige ethische Lebenskonzepte und politische Zielsetzungen. Nicht alle Akteure verfolgen dabei politische Ziele. Das trifft nur auf etwa ein Drittel der Befragten zu. Und um für diese Breite an Arbeitsformen einen passenden Arbeitsbegriff zu finden, der sowohl das Spektrum an Arbeitsaktivitäten abbildet als auch politisches Handeln mitberücksichtigt, soll abschließend der Begriff *Übergangsarbeit* gewählt werden.

Was meint *Übergangsarbeit*? Der Begriff schließt an den im Kapitel 8.1 entwickelten Begriff *Politics of Self-Production* an, der für politisches Selbstherstellen (Arbeitshandeln als politisches Handeln) steht. Er erweitert den Begriff aber in Bezug auf Arbeitsformen – und zeigt entsprechende Grenzverläufe auf.[47] So vollziehen sich beispielsweise Übergänge in den jeweiligen Arbeitsformen, die Arbeit verändern: nicht-ökologisches wird zu ökologischem Handeln, nicht-nachhaltige zu ethischer oder politischer Arbeit. *Übergangsarbeit* ist damit in Ansätzen vergleichbar mit dem Konzept der „Mischarbeit" aus der soziologischen Nachhaltigkeitsforschung, womit die „Gleichzeitigkeit gesellschaftlicher Arbeiten oder der des Einzelnen" gemeint ist (Brandl/Hildebrandt 2002: 104). Allerdings steht die *Übergangsarbeit* für keine Gleichzeitigkeit der verschiedenen Arbeitsformen. Sie bezieht sich auf die jeweilige Tätigkeit, die sich verändert und bestimmte Prozessstufen durchläuft – und die sich in Teilen mit gesellschaftspolitischem Engagement verbindet.

Übergangsarbeit lässt sich dazu heuristisch auf insgesamt sechs Ebenen bestimmen, wobei nur die letzte eine politische Perspektive ermöglicht: Erstens ist das Selbstherstellen *Übergangsarbeit* durch die jeweilige Arbeitsform. So konnte in dieser Studie gezeigt werden, dass sich Übergänge von der autodidaktischen Tätigkeit hin zur professionalisierten Arbeit herausbilden. Der von Levi-Strauss in den 1960er Jahren formulierte Leitsatz, dass ein jeder „Bastler" sei, wenn er „mit seinen Händen werkelt und dabei Mittel verwendet, die im Vergleich zu denen des Fachmanns abwegig sind" (Lévi-Strauss 1968: 29; vgl. Reinhardt 2011: 34f.), vollzieht sich in dieser Studie unter Vorzeichen von Nachhaltigkeitsaspekten. So ist man zum Beispiel studierter Architekt, hat Entwicklungsökonomie oder International Business studiert, bildet sich dann aber zum selbsternannten Nachhaltigkeitsdesigner um. Einen linearen Verlauf vom laienhaften Ausprobieren zur professionellen beruflichen Tätigkeit gibt es nicht, was schon daran liegt, dass die Arbeitsformen oft nicht-erwerbsgebunden sind und die Subjekte immer wieder von vorne anfangen (müssen) – was an vielen Stellen auf die Projektförmigkeit der Arbeit zurückzuführen ist. Zweitens bilden sich Übergänge von der nicht-unternehmerischen Arbeit hin zu neuen Unternehmensformen, zugleich von der ökonomisierten hin zur nicht-ökonomisierten Arbeit. Oft ist auch nicht klar, wo die eine Form en-

47 Der Begriff *Übergangsarbeit* ist nicht zu verwechseln mit dem der „Übergangsarbeitsmärkte" (Schmid 2002), womit Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung, von selbstständiger und abhängiger Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sowie zwischen privater und beruflicher Tätigkeit gemeint sind. Auch solche Übergänge können *Übergangsarbeiten* sein, sie sind darauf aber nicht zu reduzieren.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

det und die andere beginnt. Drittens lassen sich Übergänge von Design zu Handwerk und von der Handarbeit zu Design erkennen, und auch hier gilt: Oft sind die Herstellenden keine gelernten oder studierten Designer*innen (und schon gar keine ausgebildeten Handwerker*innen). Vielmehr eignet man sich Fertigkeiten selbst an und bilden sich vom anfänglichen Autodidakten zum professionellen Designer/zur Designerin selber um:[48] Zum einen drückt sich darin der im Kapitel 4.2.2 c. angeführte „Bedeutungsverlust der Berufsidee" aus, der „das einstige Leitbild der Berufskarriere" durch Flexibilisierung und Projektförmigkeit aufgekündigt hat (Koppetsch 2006: 36). Zum anderen entstehen darüber neue Schnittstellenberufe oder Tätigkeitsformen, die es vorher nicht gab (z. B. Varianten von Social Entrepreneurship).[49] Damit ist politisches Handeln weder auf nachhaltige Lebensstile zu reduzieren (vgl. Hildebrandt 2000; Hunecke 2000) noch basiert es auf einem ‚beruflichen' Selbstverständnis als *„Beruf als Berufung"* (Betzelt 2006: 35, H. i. O.). Vielmehr fühlt man sich zum Handeln berufen. Viertens lassen sich Übergänge von nicht-ökologischem zu ökologischem Handeln konstatieren – und das trifft vor allem auf die *ethischen* Produktionstypen zu, wobei sich ökologische und fair-soziale Produktionskriterien, wie bereits gezeigt, meist erst im Zuge der Produkt- und Arbeitsprofessionalisierung herausbilden (im Gegensatz zu den *politischen Selbsthersteller*innen*, die Kriterien von Beginn an festlegen). Fünftens zeigen sich Übergänge von der Handfertigung zur seriellen Produktion. Diese Übergangsform wurde in dieser Studie zwar nicht gefunden; so gab es keine Hersteller*innen, die ihre Produkte in die Massenfertigung überführen. Produktideen werden dennoch von der Großindustrie aufgegriffen und in Serie hergestellt.[50] Sechstens kommt es zu Übergängen von Arbeitshandeln zu politischem Handeln. Und hier zeigt sich, wie eingangs dargelegt, dass das Politische in der Mehrheit keine politische Partizipation über die Arbeit hinaus schafft. Sie ist eine Reduktion von gesellschaftspolitischem Engagement auf den Arbeitskontext (vgl. Kapitel 8.3.).

Der Begriff der *Übergangsarbeit* bildet damit zwei zentrale gesellschaftliche Entwicklungen und Dynamiken ab, die ab dem folgenden Kapitel an der Schnittstelle zu neuen Politikformen diskutiert werden: Erstens steht der Begriff für jene Tendenz, dass sich Sinnsuche auf rationale Entscheidungsstrukturen bezieht, die mit Arbeit, Erwerb und im weitesten Sinne mit der Lebensplanung konform geht. Diese Tendenz reduziert sich nicht auf Arbeit, sie zeigt sich im Bereich der neuen Spiritualität oder Religiosität genauso, wonach Sinnsuche frei von konfessionellen Riten und verfestigten Glaubenssät-

48 Das gilt für den *politischen* Produktionstypen allerdings nur in begrenztem Maße. Auffällig ist, dass dieser in der Regel ab einem gewissen Punkt nicht mehr selbst herstellt, sondern den Prozess nur noch koordiniert und organisiert: Er erarbeitet die Entwürfe und legt die Kriterien der Produktion fest. Hergestellt wird anschließend in kleinen Betrieben oder kleinen Teams im Bekanntenkreis, zu denen man sich selbst zugehörig fühlt.

49 Diese Tätigkeitszuschreibungen sind meist keine eingetragenen Berufsfelder. Sie werden zu solchen per Selbstzuschreibungen und auch als solche kommuniziert.

50 Die Befragten bewerten diese Entwicklung zweigeteilt: Zum einen wird die Vervielfachung ökologischer Standards begrüßt – nicht zuletzt bieten viele ihre Kompetenzen als Beratungsleistungen (auch) großen Firmen an. Zum anderen wird die Missachtung sozialer Standards (Arbeit unter menschenunwürdigen Bedingungen etc.) zurückgewiesen (insbesondere von den *politischen Selbtshersteller*innen*). Nur wenige gehen allerdings aktiv dagegen vor.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zen transzendiert wird (vgl. Wohlraab-Sahr 1995; Junge 2002). Sinnerfüllung – ob religiös, spirituell, politisch – bestimmt heutige Lebens- und Karriereplanungen. Zweitens verändern sich die Vorstellungen von Arbeit und Politik im Wechselspiel: Arbeit reduziert sich auf keine klassische Lohnarbeit, das Politische ist an keine institutionelle Politik oder kollektiven Willensbildungsprozesse mehr gebunden. Politische Anspruchshaltungen werden mit Karriereplanungen vereint und an die Lebenswelt herangetragen – Arbeit wird zur alltäglichen Lebensführung, in der sich Sinnansprüche und politische Ziele kreuzen; Arbeit ist, im Sinne Marx, die Veränderung des Bestehenden durch den Eingriff in die Natur (vgl. Marx 2018a: 192) – und dieses Eingreifen hat spätestens unter neuen klimatischen Risiken eine politische Dimension.

Das heißt: Die Arbeitssubjekte dieser Studie sind Hybrid-Subjekte, sie sind weder klassische Policy Entrepreneure noch Social Entrepreneure. Vielmehr sind sie *Producer Citizen* (als Pendant zum *Consumer Citizen*, vgl. Lamla 2007, 2013: 25ff.), die zwischen Markt, Zivilgesellschaft und Politik treten, und darin lässt sich eine historische Verschiebung erkennen: War das Arbeitssubjekt über Jahrhunderte vom politischen Einflussbereich ausgeschlossen, weil es arbeitete, und gemeint ist die Zeitspanne von der Antike bis zur Renaissance, steht es heute für Formen der gesellschaftspolitischen Mitgestaltung, weil es herstellt. Dabei hat sich die einst propagierte antiökonomische Perspektive der „Alternativbetriebe" (Bierhoff/Wienold 2010: 230) und „Dienstleistungskollektive" (Brand et al. 1983: 167) der 1970er Jahre hin zu neuen unternehmerischen Positionen verschoben. Was das wiederum für eine politikwissenschaftliche Betrachtung auf Arbeit bedeutet, wird im nächsten Abschnitt diskutiert.

8.5 Das Selbstherstellen im Kontext der Debatte um neue Politikformen

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die Politikwissenschaft? Ist das Selbstherstellen Ausdruck von Protest oder Beteiligung? Ist es eine politikwissenschaftliche Kategorie? Im Kapitel 4.3.2 wurde der aktuelle Bedeutungswandel des Politischen anhand von vier zentralen Entwicklungen aufgezeigt: Erstens haben sich seit den 1950/60er Jahren die *Civic Culture* und neue politische Beteiligungskulturen herausgebildet. Zweitens sind ab den späten 1970er Jahren Formen der „Alternativökonomie" als neue Grenze zur alten Wirtschaftlichkeit entstanden. Drittens haben sich ab Mitte der 1980er Jahre Formen von Subpolitik herausgeformt (Beck 1993: 241ff.), die (auch) Arbeit und Unternehmensformen erfassen – und als vierte Entwicklungsstufe folgte ab Mitte der 1990er Jahre der Diskurs um die „Postdemokratie" und den Niedergang agonaler Streitkulturen.[51] Seitdem wird die Debatte durch eine Vielzahl von Begriffen und Bedeutungszuschreibungen belebt, die von der These der Entpolitisierung bis zur Pluralisierung des politisch Möglichen reichen.

Dazu werden in den nächsten Kapiteln einige Überlegungen angestellt: Im nächsten Kapitel wird der Fokus zunächst auf den Zusammenhang von Sozial- und Künstlerkritik gelegt (vgl. Boltanski/Chiapello 2003), der in der Soziologie seit Jahren diskutiert

51 Vgl. Laclau 1988; Thaa 2011: 12; Mouffe 2011, 2015, 2016; Rancière 2014 [1996]; Crouch 2015; Blühdorn 2013, 2018, 2020.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

wird[52], in der Politikwissenschaft jedoch unbedeutend bleibt – und die Frage ist, welche Konsequenzen das für einen heutigen Politikbegriff hat. Im Anschluss daran wird das Selbstherstellen als mögliche Form der Beteiligung diskutiert und gefragt, wie die Politik auf die Vielzahl der neuen politischen Erscheinungsformen reagieren kann – ehe eine abschließende Betrachtung auf Hannah Arendts Zusammenhang von Arbeit, Herstellen und Handeln folgt.

8.5.1 Selbstherstellen als ökologische Sozialkritik – Perspektiven für einen neuen Politikbegriff?

Die Akteure dieser Studie kritisieren die Auswüchse des modernen Kapitalismus. Sie sprechen sich nicht per se gegen den Markt aus. Aber sie erheben Einspruch gegen die Dynamik des Wachstums – und positionieren sich gegen Verschleiß und Überproduktion. Ziel der *ethischen* und *politischen* Akteure ist es, gesellschaftliche Veränderungen über Arbeit zu erwirken, wenngleich ihnen die Grenzen ihres Handelns bewusst sind. Wie lässt sich das Selbstherstellen in diesem Spannungsfeld verstehen? Ist es eine Form der ökologischen Sozialkritik? Ist Arbeitshandeln politisch? Und was würde das für einen entsprechenden Politikbegriff bedeuten?

Eingangs wurde dazu die Sozial- und Künstlerkritik in Anlehnung an Boltanski und Chiapello (2003) eingeführt, um mögliche Kritikformen des Selbstherstellens gesellschaftlich zu rahmen. Dort wurde auch auf die Probleme hingewiesen, die damit verbunden sind: Boltanski/Chiapello (2003) haben in ihrer Analyse nicht nur unterschlagen, dass die Künstlerkritik bereits im 19. Jahrhundert aufkam. Sie haben eine politische Perspektive von Arbeitsformen ausgeklammert, die sich mit der Künstlerkritik verbinden kann – und die damit eine Form der Sozialkritik wäre. Nach Boltanski/Chiapello kommt die Sozialkritik zwischen 1930 und 1960 auf. Sie wird getragen von Sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften – die Akteure stellen Forderungen nach sozialer Gleichheit und gerechten Arbeitsbedingungen. Boltanski/Chiapello zufolge ist die Sozialkritik seit den 1970er Jahren jedoch von der Künstlerkritik schrittweise verdrängt worden, die seitdem Autonomie und Selbstbestimmung voranstellt – und den Kapitalismus kritisiert, diese Potenziale zu unterbinden (bzw. über Jahrhunderte unterbunden zu haben). Nach Boltanski/Chiapello habe der flexible Kapitalismus damit die gegen ihn gerichtete Kritik inkorporiert und in neue marktkonforme Appelle verwandelt: Autonomie, Authentizität und Selbstbestimmung, die einstigen Kritikformen am Kapitalismus (die Künstlerkritik), seien heutige Marktvoraussetzungen für den flexiblen Kapitalismus.

Der ganze Widerstreit, der sich im Anschluss an das Werk entzündet hat, kann und soll hier nicht wiedergegeben werden. Bezogen auf den Forschungskontext dieser Studie lässt sich jedoch das Problem herausstellen, wonach sich in Anlehnung an die Künstlerkritik nahezu alle subversiven Regungen in den kapitalistischen Zeitgeist einschreiben lassen (vgl. von Draheim/Reitz 2010; van Dyk 2010; Krempl 2011: 24ff.): Alles, was kritisiert wird, ist zugleich der Keim für neue Wirtschaftsdynamiken. Andererseits bleibt die

52 Das gilt insbesondere in Bezug auf den Wert von Kreativität und kreativer Arbeit (siehe dazu Loacker 2010: 28ff.; Krempl 2011: 24ff.; Reckwitz 2014: 194f.; Manske 2016a).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sozialkritik bei Boltanski/Chiapello damit von unternehmerischen Bezügen entkernt. Zwar haben die Autoren in Aussicht gestellt, dass sich die Sozialkritik erneuern kann. Den Ausgang haben sie jedoch offen gelassen. Genauso haben sie die Sozialkritik kollektivistisch positioniert – individualistische Positionen von Einzelakteuren spielen im Grunde keine Rolle, im Arbeitskontext ohnehin nicht. Ein vergleichbares Problem zeigt sich in Bezug auf eine mögliche Ökologiekritik, die Boltanski/Chiapello beschreiben, die sie aber der Künstlerkritik zuordnen (vgl. Boltanski/Chiapello 2003: 483ff.; siehe auch Barth 2010: 168), und das heißt: Eine ökologische Sozialkritik gibt es nicht, eine über individualisierte Arbeitsformen schon gar nicht.[53]

Die Ergebnisse dieser Studie bringen damit zwei neue Perspektiven hervor, die sowohl an den Diskurs um die Subjektivierung von Arbeit anschließen als auch auf einen erweiterten Politikbegriff abzielen: Erstens ist die Künstlerkritik für die Befragten unerheblich. Autonomie und Selbstbestimmung sind keine zentralen Forderungen, die erhoben werden. Sie werden vorausgesetzt, um darauf basierend neue Kritikformen zu formulieren. Zweitens findet sich die Sozialkritik in den untersuchten Arbeitsformen in veränderter Weise wieder. Nach Boltanski/Chiapello hatte die Sozialkritik in der Hochphase zwischen 1930 und 1960 einen von kollektiven Zusammenschlüssen (Sozialen Bewegungen etc.) getragenen ideologischen Kern. In dieser Betrachtung mag die Sozialkritik tatsächlich im Niedergang begriffen sein. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen jedoch, dass die Sozialkritik in veränderter Form neu hervortritt: Das Soziale als Forderung nach Arbeitsplatzsicherheit etc. schwindet, die ökologische Frage als Kritik an Verschleiß und Überproduktion wird dominant. Dazu üben die Akteure keine klassische Kapitalismuskritik.[54] Sie formulieren neue Grundsatzfragen einer Sozial- als Ökologiekritik im Arbeitskontext, die bei Boltanski/Chiapello nicht vorgesehen sind.

Das bedeutet: Die soziale Frage wird zur ökologischen, die ökologische zur Sozialkritik, die die Künstlerkritik voraussetzt. Kritisiert werden die geopolitischen ökologischen Risiken, die aus der unkontrollierten Bedürfnisbefriedigung resultieren.

Erkennen lässt sich damit eine, vielleicht sogar neue, Form der ökologischen Sozialkritik, die sich als arbeitsinhaltliche Arbeitsverantwortung verstehen lässt, und die, in Anlehnung an die drei historischen Formen der Ökologiebewegungen (nach Barth 2010: 169), als neue Variante der sogenannten *dritten Welle* heraustritt: Die *erste Welle* der Ökologiebewegung kommt Anfang des 19. Jahrhunderts auf. Sie bringt Naturschutzverbände wie DAV, Naturfreunde oder NABU hervor. Die *zweite Welle* setzt in den 1970er Jahren ein, woraus neue Initiativen und Bündnisse hervorgehen, die sich gegen die Marktdurchdringung stellen. Die *dritte Welle* folgt in den 1980er Jahren. Sie war und ist gekennzeichnet durch neue Umweltorganisationen und ein neues Expertentum, das bis in politische

53 Wie Thomas Barth darlegt, diskutieren Boltanski/Chiapello die ökologische Kritik nur als Künstlerkritik im Zusammenhang mit der steigenden Nachfrage nach Öko-Produkten. Demnach fragen Boltanski/Chiapello, inwiefern Konsumentscheidungen das Unternehmensverhalten verändern. Sie stellen aber keine neue Sozial- als Ökologiekritik in Aussicht (vgl. Barth 2010: 168).

54 Wie Thomas Barth herausgearbeitet hat, muss zwischen ökologischer Kritik und Kapitalismuskritik keine „*notwendige* Verbindung" bestehen (Barth 2010: 171, H. i. O.). Vielmehr sei die Ökologiekritik eine „spezifische Kritikform, die quer zur Differenz von Künstler- und Sozialkritik liegt" (ebd.) – die Kritik ist weder nur Abbild einer Forderung nach Authentizität (als Künstlerkritik) noch nur Ausdruck von Kritikformen am produzierten Reichtum (als Ausdruck einer Sozialkritik).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Entscheidungsstrukturen reicht (vgl. ebd.: 169). In dieses Spannungsfeld ließe sich heute eine neue und vierte Variante individualisierter Ökologiekritik als Ausdruck einer Arbeitsverantwortung einfügen, da die Akteure, wenn auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten, gesellschaftliche Verantwortung über ihr Arbeitshandeln übernehmen (vgl. Kapitel 8.2.3). Dabei müssen sie sich gegen keine Widerstände mehr behaupten wie die Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre. Vielmehr arbeiten sie einem gesellschaftlichen ökologischen Konsens zu, der ökologische und fair-soziale Standards vereint.

Was bedeutet das für einen heutigen Politikbegriff? Und gemeint ist hier nicht die seit Jahren unversöhnliche Unterscheidung zwischen einem systemischen Politikbegriff nach Luhmann (Politik als Teilsystem) und einem Handlungsbegriff nach Arendt und Habermas (Politik als Intersubjektivität) (vgl. Meyer 1994: 237). Gemeint ist die Trennung in politisch *assoziativ* (Zusammenhandeln) und politisch *antagonistisch* (basierend auf der Gegnerschaft, vgl. Marchart 2010: 35ff.) – ersteres geht auf Arendt (2013) oder Habermas (1981) zurück, zweiteres auf Autor*innen wie Mouffe (2015). Bezieht man die genannten Ansätze auf die Ergebnisse der Studie, heißt das nichts anderes, als dass die Arbeitsformen weder das eine noch das andere sind: Das Selbstherstellen ist keine Konsensorientierung frei von ökonomischer Rationalität (im Sinne von Habermas), genauso wenig ist es eine widerständige Praxis als demonstratives Dagegen – Selbstherstellen ist produktives Dafür.[55] Damit repräsentieren die Formen des Selbstherstellens einen Politikbegriff, der das politisch Ganze zugunsten neuer Kleinteiligkeit zerlegt. Politisch am Selbstherstellen ist nicht das Absolute, das sich in sämtlichen Handlungsformen gleich(ermaßen) vollzieht. Es ist das politisch Unvollständige, das je nach Situation eine mögliche Konsensorientierung oder radikale Verneinung bedeuten kann.[56] Treten beispielsweise Ökologiefragen in den Vordergrund, gerät das Arbeitshandeln zum konsensualen Anspruch. Werden dagegen Demokratiestandards verletzt, so etwa durch rechtsextreme Positionen, wird der agonale Widerstreit aktiviert[57] – das Politische ist damit, um auf die eingangs dargelegten Systematisierungen zurückzukommen (vgl. Kapitel 4.1.1), je nach Situation *konfliktorientiert* oder *konsensbezogen*. Das Handeln konkretisiert sich, und das führt wieder auf Hans Joas zurück (vgl. Kapitel 4.1.4), in der jeweiligen Handlungssituation. Meines Erachtens liegt hier seit Jahren ein Grundproblem in der Politikwissenschaft begründet, wonach man sich – je nach Perspektive – für die eine oder andere Seite

55 Dass das Selbstherstellen keine agonale Praxis ist, liegt schon daran, dass allokative Tauschbeziehungen des Marktes nur schwerlich zu radikalisieren sind – das hätte eine völlige Verschließung gegenüber anderen Marktteilnehmer*innen zur Folge, die nur ansatzweise ökologische Grenzen o.ä. verletzen. Ein solcher am Absoluten orientierter Politikbegriff blendet nicht nur heutige Marktverflechtungen aus. Er erklärt das Politische zum Absoluten, selbst wenn es das Absolute nicht (mehr) gibt.

56 Goldberg/Bächtiger (2019) machen diese Diversifizierung an den heutigen unterschiedlichen Ansprüchen der Bürger*innen deutlich, woraus unterschiedliche Demokratievorstellungen resultieren. Für Goldberg/Bächtinger gibt es darum auch keine „Pauschalpräferenz" für eine optimale Demokratie.

57 Damit soll nicht behauptet werden, dass in der Ökologiefrage Konsens herrscht. Ganz im Gegenteil existieren verschiedenste Positionen, was sich nicht zuletzt am öffentlichen Streit zwischen der Fridays-for-Future-Bewegung und den Grünen zeigt. Auch Forderungen wie die von Klimaforscher James Hansen, künftig auf Atomenergie zu setzen, weil sie klimafreundlich(er) sei, verdeutlichen, wie vielschichtig und wenig konsensual die Ansätze sind (vgl. Sarma/Henning 2020).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

zu entscheiden habe. Ein Politikbegriff aber, der diese Vielschichtigkeit und Verästelung von Handlungsformen verkennt, ist nicht nur außerstande, die Ausdifferenzierung des Politischen angemessen zu erfassen. Ein solcher Begriff versucht das zu verabsolutieren, was oft nicht (mehr) zu verabsolutieren ist (vgl. dazu Bedorf 2010: 34). Oder mit den Worten Rortys: „Wir haben die Geduld verloren, uns mit kleineren Maßstäben zu begnügen", wenn wir das Politische aufsuchen (Rorty 2003: 343).[58] Zugleich spiegelt sich in der Dominanz der Ökologiefrage die Problematik wider, dass die soziale Frage augenscheinlich in den Hintergrund tritt.

8.5.2 Ist das Selbstherstellen eine Form der politischen Beteiligung?

Die politikwissenschaftliche Forschung ist sich nie einig darin geworden, was unter Partizipation zu verstehen ist, es herrscht aber ein unausgesprochener Konsens darüber, dass Arbeitsformen nicht dazugehören – klammert man einmal die Debatte um die „sozialunternehmerische Partizipation" aus (Richter 2013a: 170, 2013b). Insgesamt lassen sich politische Beteiligungsformen zwischen konventionellen/unkonventionellen und institutionalisierten/nicht-institutionalisierten Partizipationsformen unterscheiden (vgl. van Deth/Zorell 2020: 396; Gabriel 2022: 71f.)[59] – zu ersteren gehören die klassischen legalen Beteiligungsformen von der Wahlbeteiligung (vgl. Niedermayer 2005: 195; Steinbrecher 2020) über Mitgliedschaften in Parteien (Klein 2020) bis hin zu Beteiligungen an direktdemokratischen Verfahren (vgl. Vatter et a. 2020), wobei letzteres bereits ein Grenzbereich darstellt. Zu zweiteren zählen Demonstrationsformen, deliberative Verfahren (vgl. Götz 2017; Landwehr 2020), Protest, Widerstand oder der ethisch-politische Konsum[60] – die Produktion als Pendant zum Konsum gehört nicht dazu, was in erster Linie daran liegt (vgl. Kapitel 2.3), dass zu den Merkmalen der Partizipation

58 Rorty sagt dazu weiter: „Teillösungen und vorläufige Notbehelfe machen uns unzufrieden. Kaum glauben wir eine Vorstellung davon zu haben, wie man den Getto-Kindern in den Vereinigten Staaten helfen könnte, erkennen wir auch schon, daß unser Einfall für die Kinder in Uganda ohne Bedeutung ist. Dann fühlen wir uns schuldig, weil wir über keine Theorie verfügen, die für die Kinder in der ganzen Welt gilt" (Rorty 2003: 343).

59 In Streitpunkt in der Forschung ist bis heute, ob politische Einstellungen den Handlungen vorgelagert sein müssen oder ob bereits die Handlung an sich ausreicht, um von politischer Partizipation zu sprechen (so müssen Teilnehmer*innen von Demonstrationen nicht unbedingt entsprechende Einstellungen haben, um als Protestteilnehmer*innen in Erscheinung zu treten). Das bloße politische Interesse jedoch reicht für ein Verständnis von politischer Partizipation nicht aus (vgl. van Deth 2009: 141). In der Mehrheit wird politische Partizipation heute auf die Merkmale „Verhalten, Freiwilligkeit, Politikbezug, Einflussorientierung und Nichtberufsmäßigkeit" bezogen (vgl. Gabriel 2022: 16), wobei zwischen den bereits angeführten *instrumentellen* und *expressiven* Ansätzen der Partizipation zu unterscheiden ist (vgl. Kapitel 3.2) – erstere zielen darauf ab, „Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems" zu beeinflussen (Kaase 1997: 160; Pickel 2012: 41; Gabriel 2022: 16), zweitere stellen Zielsetzungen heraus, um Interessen „außerhalb der traditionellen politischen Strukturen zu artikulieren" (van Deth/Zorell 2020: 396). Die expressiven Partizipationsformen wiederum schließen an die Subpolitik Becks an, die in der empirischen Sozialforschung jedoch kaum von Bedeutung ist (vgl. Kapitel 4.1.1).

60 Vgl. dazu Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; Vetter/Remer-Bollow 2017: 63; van Deth/Zorell 2020.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

neben Freiwilligkeit, Politikbezug und Einflussorientierung die „Nichtberufsmäßigkeit" hinzuaddiert wird (vgl. Gabriel 2022: 16). Die Designforschung und Beiträge zum Selbermachen machen es sich da einfacher: Hier gilt nicht nur der Konsum, auch die Produktion als „Teilhabe an Planung und Gestaltung der artifiziellen Umwelt" (Mareis 2013: 10), die zu „radikalen Formen des politischen Aktivismus" führen könne (ebd.: 17). Nicht zuletzt stellt der Begriff des partizipatorischen Designs Formen der Designproduktion in einen demokratischen Kontext (vgl. Unteidig 2018: 77ff.). Bezogen auf den Kulturbegriff wird überdies die Kultur zum „übergreifende[n] politische[n] Ziel" erklärt, um „Gesellschaftsveränderung im Sinne von Demokratie, Inklusion und Emanzipation […] zu erreichen" (Klaus/Zobl 2019: 23), kurzum: Kultur und Kulturproduktion bilden Formen der gesellschaftlichen, wenn nicht gar politischen Beteiligung ab.

Wie sind die Handlungsformen der Akteure dieser Studie in diesem Spannungsfeld zu verstehen? Zunächst spiegeln die Ergebnisse Annahmen der Politikwissenschaft wider, wonach politische Partizipation heute „zunehmend themenspezifisch und entideologisiert" erscheint (Blühdorn 2013: 191). Zentrale These ist hier, dass sich Bürger*innen weitestgehend nur noch für die Themen interessieren, die sie selbst betreffen – was sich in dieser Studie ebenso in vielen Fällenzeigt. Auch gehe es bei politischen Beteiligungsformen nicht mehr nur darum, das System als ganzes in Frage zu stellen – auch das drückt sich in vielen Handlungsformen aus. Angenommen wird zudem, dass sich politische Partizipation zunehmend von seinen Kernmilieus löst und themenbezogen, sporadisch bis projekthaft wird (vgl. Embacher 2009; Merkel 2012), auch wird argumentiert, dass sich die Subjekte von gesellschaftlichen Verpflichtungen entledigen würden (vgl. Blühdorn 2013: 191) – letzteres kann für diese Studie nicht bestätigt werden. Zwar ist das Handeln der Befragten projekthaft und themenbezogen. Allerdings werden gesellschaftspolitische Ziele im Arbeitskontext formuliert und praktiziert.

Wie eingangs erwähnt, knüpft die Studie an die herausgearbeiteten Partizipationstypen von van Deth an, der das Kaufen fairer und den Boykott unfairer Produkte als mögliche Formen der politischen Beteiligung erachtet (van Deth 2014: 350ff.; zuletzt van Deth/Zorell 2020) – verbunden mit der Frage ist, ob Arbeitsformen dazugehören. Nach van Deth lassen sich vier Partizipationstypen bestimmen: Der erste bezieht sich auf die Politik und partizipiert im konventionellen Sinne – über Wahlbeteiligung, Mitgliedschaften in Parteien etc. Der zweite betreibt eine Form der unkonventionellen Beteiligung – er nimmt an Demonstrationen, Sitzblockaden o.ä. teil. Der dritte Partizipationstyp partizipiert in sozialer Hinsicht, indem er freiwillige Aktivitäten mit dem Ziel unternimmt, um zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen – in Vereinen, Zusammenschlüssen o.ä. Und der vierte Partizipationstyp stellt die expressive politi-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

sche Beteiligung durch den bewussten Kauf fairer oder den Boykott unfairer Produkte voran.[61]

Die befragten Akteure der Studie sind damit – und gemeint sind die *ethischen* und *politischen* – auf Produktionsebene zwischen dem dritten und vierten Partizipationstyp anzusiedeln: Der *ethische Produktionstyp* handelt vergleichbar mit dem dritten Partizipationstyp in van Deths Cluster; er adressiert sein Handeln nicht an die Politik, er stellt gesellschaftliche Lösungen über Arbeit und Produktion voran. Die *politischen Selbstherstellerinnen* lassen sich dagegen mit dem vierten Partizipationstyp vergleichen. Dieser bezieht sich ebenso wenig auf die Politik. Sein Handeln ist aber insofern politisch, da seine Handlungen per se politisch motiviert sind (van Deth 2014: 358f.) – und in dieser Studie drückt sich das in der Mehrheit in der Produktion ökologischer, fair-sozialer Produkte aus.

Sind die Herstellungsformen damit aber gleich als politische Partizipation zu verstehen? Sind sie womöglich sogar Ausdruck von Protest? Sie sind weder das eine noch das andere: Weder ist das Handeln Abbild einer agonalen Streitkultur über „neue Formen des Protests gegen das etablierte System" (Banz 2016: 14), noch ist es eine Form der politischen Beteiligung im *engen* politikwissenschaftlichen Sinne. So gehen Teile der Beteiligungsforschung heute von der leitenden Annahme aus, dass die soziale Partizipation die politische prinzipiell begünstigt. So verfügen Mitglieder freiwilliger Organisationen beispielsweise über ein höheres Maß an politischem Sachverstand und partizipieren in höherem Maße an konventionellen Formen als diejenigen, die nicht sozial partizipieren (vgl. van Deth 2001: 197f.). In dieser Studie zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten an gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Themen interessiert ist – man will sich über Arbeit in die Gesellschaft einbringen; man möchte im *sozialen* oder *politischen* Sinne partizipieren. Der hohe Zeitaufwand jedoch, der mit der Arbeit verbunden ist, führt dazu, dass sich das Engagement, wie bereits dargelegt, weitestgehend auf die Arbeit reduziert – weil nebenher kaum Zeit für politisches Engagement bleibt. Die Ergebnisse schließen damit an die Beobachtung van Deths an, dass ein *„negativer Zusammenhang"* (ebd.: 198, H. i. O.) zwischen normativen Zielen und möglichen Partizipationsleistungen zu erwarten ist, wenn „ernsthaftes Engagement ein beträchtliches Maß an Zeit" braucht, „das für andere Aktivitäten [..] nicht mehr zur Verfügung steht" (ebd.). In dieser Studie brauchen die Arbeitsformen der Befragten selbst ein beträchtliches Maß an Zeit, die dann wiederum für die politische Beteiligung fehlt.

Zusammengefasst heißt das, dass die Arbeitsformen der Akteure als Ansammlung von gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Interessenfeldern zu verstehen sind; die überwiegende Mehrheit versucht jedoch weder „Einfluss und Entscheidungen auf

61 Van Deth stellt jedoch klar, dass der bloße Boykott noch nichts Politisches ist: „Only the expression of political aims or intentions transforms these activities into modes of political participation: boycotting a brand of athletic shoes is, as such, not a political activity, but it can easily become one if the shopper explicitly expresses her intention that her refusal should be understood as an utterance for legislation restricting child labour. Yet accepting intentions and aims of people as a necessary criterion to characterize political participation would imply an extreme form of subjectifying our main concepts" (van Deth 2014: 350).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

verschiedenen Ebenen der Politik zu nehmen" (Vetter/Remer-Bollow 2017: 59) noch werden Handlungen mit dem Ziel vorgenommen, „freiwillig innerhalb sozialer Organisationen" zu handeln (vgl. van Deth 2001: 208). Setzt man voraus, dass politisch partizipatives Handeln darauf abzielt, dass Entscheidungen auf den Ebenen des politischen Systems beeinflusst werden (müssen)[62], ist das Handeln der Befragten als keine politische Partizipation zu verstehen. Auch werden kaum Beteiligungsmöglichkeiten über Arbeit geschaffen, an denen andere politisch partizipieren können.

Vergleichbares zeigt sich mit Blick auf die Frage, ob die Arbeitsformen für den im Kapitel 4.3.2d diskutierten „Design-Aktivismus" (Banz 2016: 14f.) stehen. Zwar zeigen sich Verbindungslinien zu aktuellen Sozialen Bewegungen seitens der Befragten (etwa zu Fridays for Future). Die Aktionsformen haben allerdings kaum Bewegungscharakter, weil sie kein auf „Dauer gestelltes und auf kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen" sind, das „sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig" machen will (Rucht 1994: 338). Vielmehr zeigt sich der Wille, sich gesellschaftlich – über Arbeit – einzubringen. Man könnte darum ansatzweise von „sozialunternehmerischer Partizipation" sprechen (Richter 2013a: 170, 2013b), und damit ließen sich die Arbeitsformen auf die eingangs vorangestellten *expressiven* Formen der Partizipation beziehen (vgl. Kapitel 3.2), wonach ethische oder moralische Standpunkte handlungsleitend sind. Sie sind aber keine Partizipation im *engen* politikwissenschaftlichen Sinne, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Politik als Adressat kaum vorkommt. Darum lässt sich eher von einer Art *indirekten-direkten politischen* Beteiligung über neue Arbeitskontexte sprechen, die ein neues Partizipationsvermögen erzeugen: Angestoßen werden Diskurse, von denen die Politik Notiz nehmen kann und soll, die Politik selbst spielt aber kaum eine Rolle. Das Selbstherstellen ist damit Ausdruck einer Selbstbeteiligung über Arbeit – durch den Austausch mit Konsument*innen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Was das wiederum für die Parteienpolitik bedeutet, und wie sie darauf reagieren kann, wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

8.5.3 Politikgestaltung fern von Institutionen und offizieller Politik: Wie kann die Politik reagieren?

Parteien gelten in der Politikwissenschaft als Bindeglied zwischen Bürger*innen und Staat (vgl. Meyer 2006: 117). Sie befinden sich, wie im Kapitel 4.3.2c aufgezeigt, seit den 1990er Jahren in einer Krise, zumindest, wenn man die Mitgliederzahlen und Zustimmungswerte als Richtwerte heranzieht: Die Mitgliederzahlen sinken, die Zustimmungswerte schwinden (vgl. Klages 2018: 35). Das Parteienspektrum hat sich über die Jahre zu einem asymmetrischen fluiden Parteiensystem gewandelt (vgl. Niedermayer 2008, 2010) – und diese Entwicklung wird sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Zugleich wollen die Bürger*innen partizipieren. Konstatiert werden kann somit eine „paradoxe Gleichzeitigkeit von steigenden Ansprüchen auf Selbstbestimmung und

62 Diese Perspektive geht, wie eingangs dargelegt, im Wesentlichen auf Max Kaase zurück (vgl. Kaase 1997: 160; siehe auch Detjen et al. 2012: 65f.). Demnach wird auf direktem Wege versucht, die Politik zu erreichen/zu beeinflussen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Repräsentation einerseits" bei „sinkendem Vertrauen in demokratische Institutionen, Verfahren und Repräsentanten andererseits" (Blühdorn 2018: 166). Genauso klar scheint jedoch zu sein, dass eine Gesellschaft ohne politische Organisationen und Institutionen weder „denkbar" noch „praktizierbar" ist (Klein/von Alemann 2011: 10). Denn eine intakte Demokratie setzt nicht nur das Engagement der Bürger*innen voraus. Es braucht auch einen funktionsfähigen Nationalstaat (vgl. Manow 2020). Dabei wird es zunehmend schwieriger, in Zukunft noch „nationale Antworten" auf „weltgesellschaftliche Probleme" zu finden (Siri 2018: 31), weil bilaterale Abhängigkeiten zunehmen und sich internationale Verflechtungen fortsetzen. Auch haben sich gesellschaftspolitische Interessenfelder längst auf andere Schauplätze der Gesellschaft fern von Parteien verlagert (vgl. letztes Kapitel).

Wie kann die Politik auf diese Entwicklung reagieren? Und wie kann sie an Kulturakteure herantreten? Zunächst zeigen die Ergebnisse, dass die Abwendung von der Politik, wie im Querschnitt der Gesellschaft auch, keine „Pauschalkritik" (Niedermayer 2013: 56) an Parteien darstellt. Sie ist mehr eine Abkehr von deren Norm als Performanz (vgl. Decker et al. 2020): Zurückgewiesen werden politische Machtbestrebungen, kritisiert werden illoyale Machenschaften und ein überbordender Lobbyismus – befürwortet wird die Demokratie an sich (vgl. Best et al. 2023), und gewünscht wird sich ein aktiver Staat und politische Mitbestimmungen „jenseits von Wahlen" (Dräger et al. 2014; Geißel/Jung 2020: 41). Zugleich finden die Befragten kaum Zugang zur Politik – im Sinne des politischen Feldes nach Bourdieu gibt es damit kein „spezifisches politisches Interesse", das als Machtanspruch im Feld behauptet wird (Bourdieu 2001: 50). Genauso fehlt es an klaren Adressaten und Vorstellungen, was Politik ist, sein kann oder sein soll.

Man kann darum wieder an Untersuchungen von Thorsten Faas anknüpfen (vgl. Kapitel 8.3.2), der herausgearbeitet hat, dass es heute umso schwieriger ist, Verantwortliche im Parteienkontext „zu identifizieren und ihnen Verantwortung zuzuschreiben" (Faas 2016: 150), wenn die Komplexität steigt. Eine „Politisierung eigener Umstände" im Sinne des *morselizing* gelingt Faas zufolge umso weniger, je mehr sich Zuordnungen als Adressierbarkeiten verflüchtigen. In dieser Studie drückt sich das in der Form aus, dass nicht nur ein teils konfuses Bild bei den Akteuren darüber vorherrscht, was Politik ist oder sein kann. Die Trägheit politischer Entscheidungen wird auch als unzumutbar empfunden. In Anlehnung an Norbert Elias (1996, 1997) und Fernand Braudel (1958), auf die im Kapitel 4.2.2 Bezug genommen wurde, werden damit gesellschaftliche Dynamiken kritisiert, da sich politische Prozesse in Demokratien stets langsamer vollziehen als die wirtschaftlichen. Bernd Sommer und Harald Welzer sprechen darum, wie im Kapitel 4.2.2. angeführt, von neuen „Ungleichzeitigkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen" (Sommer/Welzer 2017: 96ff.). Und in dieser Studie zeigt sich dieses Missverhältnis darin, dass man schnelle Lösungen verlangt, da die Klimakrise bekanntlich nicht aufgeschoben werden kann. Genau darum wird die Politik wiederum als erlahmend erlebt, da sie diesen Aufgaben nur schwerlich nachkommt.

Ohne an dieser Stelle die Frage beantworten zu wollen (und auch nicht zu können), wie Parteien Politik zu machen haben, stellt sich die Frage, wie sie auf Kulturakteure zugehen können und umgekehrt, wie Kulturakteure Politik und Parteien erreichen. Man kann dazu wieder auf Deweys Forderung zurückkommen, wonach eine Demokratie nicht nur lebbar wird, wenn sie mit ausreichendem Expertentum aus der Bürgergesell-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

schaft ausgestattet ist (vgl. Dewey 1996: 110). Die Politik selbst müsse eine Lebensform sein. Zugleich lässt sich auf Giddens und Michelsen/Walter Bezug nehmen, da Giddens (1997) einen „dritten Weg" der Politikgestaltung vorschlägt, wonach der Politik die Aufgabe zukommt, die Gesellschaft dialogisch neu aufzustellen: Die Zumutungen an die reflexive Lebensführung müssten von der Politik abgefedert werden. Nach Giddens muss die Politik die Rechte und Verantwortlichkeiten unter der Prämisse der Gleichbehandlung neu entfalten – Giddens nennt das neue *dialogische Demokratie* (Giddens 1997: 165). Michelsen und Walter stellen dagegen die heutige Gefahr heraus, dass Bürger*innen das Vertrauen in ihre Kompetenzen zur Erneuerung der *Res publica* verlieren (Michelsen/Walter 2013: 10), wenn sie sich für Politikgestaltung nicht befähigt fühlen. Letzteres zeigt sich darin, dass sich ein Teil der Befragten zum einen für die Politik nicht befähigt fühlt (*mangelndes Kompetenzgefühl*). Zum anderen knüpft die Politik kaum oder zu wenig an das Expertenwissen der Akteure an. Gerade in der Ökologiefrage ließen sich jedoch neue arbeitsinhaltliche Anspruchshaltungen mit den Anforderungen der Gesellschaft vereinen. Dazu lässt sich auf einen Vorschlag von Thomas Meyer aus der „Transformation des Politischen" (Meyer 1994) zurückgreifen, der drei Jahrzehnte alt ist, an Aktualität aber kaum eingebüßt hat – und der Dewey, Giddens und Michelsen/Walter ergänzt. Nach Meyer muss sich das politische System gegenüber neuen „Arbeits- und Organisationsformen […] für all diejenigen" öffnen, die sich „direkt politisch beteiligen wollen" (ebd.: 257). Genauso brauche es „kritisierbare *Gemeinwohlkonzepte*", die über parteiliche Kleinstarbeit hinausgehen (ebd.: 258, H. i. O.). Meyer geht es damit um die „elementaren Lebensinteressen aller Gruppen unter dem Blickwinkel einer anerkennungsfähigen Idee sozialer Gerechtigkeit" (ebd.). Dazu müssten Netzwerke ins Leben gerufen werden, die tragfähige Kooperationen hervorbringen, die aber nur dann Sinn ergeben würden, wenn sie von allen Beteiligten als wertvoll wahrgenommen werden.

Übertragen heißt das, neue Gremien des Austauschs, Strukturprogramme und „deliberative Verfahren" (Pickel 2018: 188) ins Leben zu rufen, um die Interessen der Akteure zu bündeln. Im Sinne Helmut Willkes (2016) müsste Demokratie somit *dezentriert* werden, um kompetente Steuerungsmöglichkeiten auf fachkundige Expertisen auszuweiten. In den letzten Jahren kam dazu schon etwas Bewegung ins Spiel: So wurde Ende 2020 das Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit ins Leben gerufen, um Nachhaltigkeitsmaßnahmen in der Kultur einzuleiten. Auch ein „Green Culture Desk" wurde im Jahr 2022 initiiert, um Klimaschutzmaßnahmen im Kulturbereich zu forcieren. Wie die Namen schon verraten, beziehen sich die nachhaltigen Maßnahmen in diesen Initiativen vordergründig auf die Aspekte Ökologie und Klimaschutz. Rechnet man alle Maßnahmen zusammen, gibt es bis heute weder eine sektorenübergreifende nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Kultur- und Kreativwirtschaft, die alle Kultur- und Kulturwirtschaftsbereiche vereint, noch eine Zusammenführung der Pfeiler Ökologie, Soziales und Ökonomie, die in der Kultur(wirtschaft) ganzheitlich zum Tragen kommt.

Zugleich zeigt sich: Projekte, Unternehmen und Solo-Selbstständige, die das Thema Nachhaltigkeit voranbringen, sind kaum überschaubar (vgl. Kapitel 4.1.9), und sie reichen von Ökologieschwerpunkten bis hin zu sozialem und kooperativem Unternehmertum. Eine Besonderheit ist allerdings, dass auf politischer Ebene die Kultur und Kreativwirtschaft in einen nicht-kommerziellen Sektor (Kunst/Kultur) und wirtschaftlichen Bereich (Kreativwirtschaft) unterteilt werden. Diese Trennung mag sinnvoll sein, um die

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kunst und Kultur zu fördern, die sonst am Markt kaum bestehen kann. In Bezug auf neue Nachhaltigkeitsfragen spiegeln sie oft aber weder die Lebensrealität der Akteure wider, noch sind Non-Profit- und For-Profit-Strategien immer klar abgrenzbar. Auch die Kultur verfolgt heute nachhaltige ökologische Ziele und hat den Postwachstumsgedanken verinnerlicht. Genauso lassen sich seit Jahren Schnittstellendynamiken zwischen Non-Profit-Akteuren und neuem Sozialunternehmertum erkennen. Förderprogramme, die an dieser Logik ansetzen und eine Verzahnung fördern, wären wünschenswert.[63] Gerade von Wirtschaftsseite zeigt sich jedoch, dass das Thema oft noch immer rein monetär angegangen wird, was dem Nachhaltigkeitsgedanken im Sinne von Entschleunigung und Ressourcenschonung an vielen Stellen widerspricht. An dieser Stelle könnten/müssten neue Programme und Förderstrukturen geschaffen werden, die die Lebensrealität der Akteure abbilden, zugleich ließe sich an die von Meyer geforderten Gremien anknüpfen. Als Beispiel könnte der „Kreativpakt" aus dem Jahre 2005 gelten, der Akteure der Kreativwirtschaft mit der Politik zu aktuellen arbeitsbezogenen Fragen zusammengebracht hat. Hier lag der Fokus auf sozialen Risiken und der Reform des Urheberrechts, er hatte jedoch kaum Außenwirkung. Ein solcher Pakt könnte zum Thema Nachhaltigkeit mit viel Kapital, klaren Zielsetzungen und Vereinbarungen geschaffen werden. Das würde nicht nur die Dringlichkeit des Themas unterstreichen. Es würde die Systemrelevanz der Akteure abermals betonen.

8.5.4 Arbeit, Selbstherstellen, Handeln: Freiheit als Gefahr, die Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik und die Politik des Beständigen als Chance

Was ist die Konsequenz, wenn, so das Ergebnis der Studie, ein Großteil der Akteure gesellschaftliche Veränderungen über Arbeit erzielen will, in der Mehrheit aber weder Forderungen an die Politik stellt noch sich sonderlich politisch organisiert? Was sagt das über das Spannungsverhältnis von Individuum, Zivilgesellschaft und Staat aus? Und was bedeutet diese Entwicklung für den Zusammenhang von Arbeit, Herstellen und Handeln, der in dieser Studie in Anlehnung an Hannah Arendt zum Ausgangspunkt genommen wurde? Zunächst ließe sich Arendts Verfallsdiagnose des Politischen bedingungslos in den Diskurs einschreiben. In den Arbeitsformen der Akteure kreuzen sich rationale Entscheidungsstrukturen mit neubürgerlicher Unverbundenheit und einer Idealisierung der Lebensweltgestaltung. Arendts eindringlicher Appell, das Politische vom Privaten und Gesellschaftlichen zu trennen und von den Notwendigkeiten des Lebens zu entkernen, hat sich über die Jahre an vielen Stellen ins Gegenteil gekehrt: Nicht nur das Private wurde politisch, neue Unternehmensformen stehen für heutige Selbstpolitiken. Was Habermas trennt, Arbeit und Interaktion, wird zur gesellschaftspolitischen Interaktion. Was Arendt unterscheidet, Herstellen und Handeln, löst sich an vielen Stellen auf, und man kann das an zwei zentralen Punkten festmachen: Erstens haben sich seit den 1970er Jahren Bürgerbeteiligungskulturen um ein Vielfaches erweitert, die nicht

63 Wie lange die Politik braucht, um das Thema Sozialverantwortlichkeit von Unternehmertum zu erkennen, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass das Thema „Social Entrepreneurship" erstmals im Koalitionsvertrag 2017/18 auftaucht (vgl. Sauerhammer 2018).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

nur unter dem Radar der erwerbsfreien Selbstorganisation eine neue Heimat finden. Sie dringen ein in heutige Konsum- und Unternehmensformen. Sie finden sich in neuer Konsumkritik, einer Politisierung von Lebensstilen oder in sozialverantwortlichem Unternehmertum wieder. Die Autonomie als *Praxis*, die Castoriadis herausgearbeitet hat (Castoriadis 1990), hat dabei nicht die von ihm erhoffte Revolution zur Folge. Sie führt dazu, wie Hans Joas in Anlehnung an Castoriadis argumentiert, dass „Träger und Ziel der gemeinten Revolution [..] kaum noch klare Konturen" aufweisen (Joas 1996: 170). Zweitens lässt sich darin eine historische Verschiebung erkennen (vgl. Kapitel 8.4.3): War der Homo faber in vormodernen Zeiten ein entpolitisiertes Arbeitssubjekt, weil er arbeiten musste, ist das Arbeitssubjekt heute (auch) politisch, weil es herstellt. Die Arbeitsformen dieser Studie zeigen damit in hohem Maße, dass sich gesellschaftspolitische Ansprüche und Marktanforderungen verzahnen und wechselseitig hervorbringen: Politisches Handeln wird ökonomisch, ökonomisches Handeln hat eine politische Dimension. Zugleich müssen sich Parteien und politische Institutionen auf der politischen Bühne neu behaupten. Für die Akteure dieser Studie spielen sie aber so gut wie keine Rolle.

Darin lässt sich eine Entpolitisierung ausmachen, weil sich das Politische von seinen einstigen Adressaten wegbewegt und das Ökonomische sämtliche Lebensbereiche durchsetzt. Genauso ließe sich eine Ausweitung des Politischen konstatieren, da sich politische Zielsetzungen in neuen Arbeitsstrukturen verkörpern.[64] Die Studie unterstreicht damit die Tendenz, dass sich Politikformen von alten Dogmen lösen und zu pragmatischen Mobilmachungen wandeln: Die Subjektivierung ist weder nur eine *über* Arbeit, sie ist eine *der* Arbeit. Subjekte suchen Sinnkontexte in Arbeitsprozessen (Subjektivierung *über* Arbeit, die *normative Subjektivierung*), indem sie Arbeit nachhaltig umgestalten wollen, zugleich werden sie als Arbeitssubjekte subjektiviert (Subjektivierung *der* Arbeit als *ideologische* Subjektivierung), weil Selbstansprüche neue Markterfordernisse sind.[65] In den Arbeitsformen verkörpert sich ein Anspruch an gesellschaftliche Mitbestimmung; Arbeit wird zum Ort der gesellschaftspolitischen Austragung, zugleich wird Arbeit zur neuen Differenz von Politik: Aktiviert wird sich in den Rückzugsorten fern von politischen Institutionen. Appelliert wird an die globale Verantwortung. Bearbeitet werden Probleme jedoch im Kleinen – themenbezogen, überschaubar, immer mit der Möglichkeit verbunden, die Zelte abzubrechen, um etwas Neues zu beginnen.

Bezogen auf Hannah Arendt, die zum Ausgangspunkt dieser Studie genommen wurde, lassen sich dazu abschließend drei zentrale Perspektiven aufzeigen, die den Zusammenhang von Arbeit und Politikformen neu beleuchten.

---

64 Der Diskurs über die Entpolitisierung kann hier nicht vollständig nachgezeichnet werden, er lässt sich aber an zwei zentralen Polen abbilden: Auf der einen Seite argumentieren Autoren wie Rorty (1988a), dass durch „unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertorientierungen" (Rothe 2017: 14) ein neues politisches Potenzial entstehe. Auf der anderen Seite vertreten Nida-Rümelin (2006), Mouffe (2011, 2016) oder Blühdorn (2013, 2018, 2020) die These, dass darüber die Gefahr der Neoliberalisierung des Sozialen (durch Marktaushöhlungen etc.) virulent werde. Eine Vertiefung der Debatte findet sich im Kapitel 4.3.2e.

65 Vgl. Kleemann et al. 2003: 91, siehe auch Bröckling 2007 sowie zur Vertiefung das Kapitel 2.3.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

01 Die Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Arbeitswelt

Nach Hannah Arendt sind die Ideale des Homo faber welche „von Dauer, Haltbarkeit, Bestand" (Arendt 2013: 150). Das Herstellen ist die Tätigkeitsform, die nicht verbraucht, sondern Dinge für den Gebrauch schafft. Dazu greift das Herstellen (so wie die Arbeit auch) unmittelbar in die Natur ein, es hat für Arendt aber keine politische Dimension. Aus zwei Gründen lässt sich darin aber eine heutige politische Perspektive bestimmen: Erstens kommt dem Selbstherstellen als Arbeitsform eine politische Dimension zu. Sie ist die Form der Arbeit, die jetzt und in der Zukunft ein Gegengewicht zur Massenfertigung bilden wird. Und sie wird die Form der Arbeit sein, die das Körperliche in einer entkörperlichten Gesellschaft hervorholt und für neue „Könnerschaft" steht (Ax 2009: 25ff.). Die Automatisierung von Arbeitsprozessen wird sich weiter fortsetzen. Nicht jede Form der Arbeit wird verschwinden. Zentrale Anwendungsbereiche aber, so die Analyse von Hirsch-Kreinsen und Karačić, die von der Gestaltung intelligenter Gebäude (Smart Homes) über fahrerlose Transportsysteme bis hin zur „Bewältigung von Anforderungen menschenfeindlicher Umgebungen, wie sie beispielsweise beim Rückbau von Kernkraftanlagen auftreten" können (vgl. Hirsch-Kreinsen/Karačić 2019: 11; siehe auch Heßler 2019), werden die zukünftige Arbeitswelt prägen und zentrale Aufgabenbereiche zum Erliegen bringen. Laut einer Studie des Weltwirtschaftsforums 2018 wird die Digitalisierung bis 2025 weltweit 75 Millionen Jobs vernichten, wenngleich auch 133 Millionen neue entstehen können. Verschwinden werden neben Bürotätigkeiten aber vor allem körperliche Arbeiten und Routineaufgaben (vgl. Jensen 2018) – und die neuesten Prognosen, wonach im Zuge von ChatGPT weltweit bis zu 300 Millionen Arbeitsplätze schwinden könnten (vgl. Becchi 2023), sind in diesen Berechnungen nicht mal inbegriffen. Das Selbstherstellen wird gegen diese Entwicklung nicht immun sein. Sie kann aber die Form der Arbeit sein, die in Zukunft (noch) von Menschen (selbst) gemacht wird. Zweitens, und damit verbunden, hat das Selbstherstellen eine politische Dimension, weil es neue ökologische Perspektiven der Arbeit hervorbringt. In der Sozialforschung werden dazu seit Jahren die verschiedensten Modelle diskutiert – sie reichen von der Erhöhung freier Selbstversorgung und daran gebundener verkürzter Arbeitszeit bis hin zur Hervorhebung eigener Fertigkeiten unter Regionalisierungsaspekten. Gefordert wird – übergreifend – eine neue Form der Ökologieverträglichkeit und ein damit verbundenes Kooperationsvermögen. So schlägt Niko Paech beispielsweise ein Modell zur Steigerung individueller Versorgungsmöglichkeiten durch Spezialisierungen vor (vgl. Paech 2014: 28ff.). Darüber ließen sich Kompetenzen erhöhen, Geschicklichkeiten steigern, zugleich könnte Zeit eingespart und Abfall reduziert werden. Wenn Produkte zudem nur einmal angeschafft werden müssten, da sie a.) lange haltbar sind und b.) von anderen mitgenutzt werden können, würden geringere Durchschnittskosten entstehen. An anderer Stelle plädiert Paech so wie Haug oder Gerold (vgl. Haug 2014: 33; Gerold 2019: 62)[66] für neue Zeitkonzepte, um, so das Ziel, durch radikale Arbeitszeitverkürzungen Freiräume für gesellschaftspolitische Teilhabe und Möglichkeiten der Ressourcenschonung zu schaffen.

66 Frigga Haug fordert das „Vier-in-einem-Konzept" (Haug 2014: 33) zur radikalen Verkürzung der im Erwerbsleben verbrachten Zeit, um Freiräume für die „Arbeit an sich selbst" und gesellschaftspolitische Teilhabe zu schaffen. Stefanie Gerold vertritt die „Halbtagsgesellschaft" (Gerold 2019: 62), um die Arbeitszeit auf bis zu zwanzig Wochenstunden zu reduzieren.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Die Konzepte ähneln sich alle im Kern, und die Frage ist, ob und wie sie realisierbar sind. So wird von Wirtschaftswissenschaftlern seit Jahren mit Nachdruck betont, dass eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum utopisch sei – Mathias Binswanger (2019) legt etwa nahe, dass es in Zukunft um eine neue Balance zwischen Wachstumszyklen und Entschleunigungen gehen müsse. Auch bleibt unklar, welche Rolle Kulturakteuren in diesem Spannungsfeld zukommt: Sind sie nur Ideengeber? Treten sie ein für einen entschleunigten Markt und können zum Schluss selbst nicht mehr mithalten? Müssen Kreativschaffende mithalten können? Berechnungen vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung haben ergeben, dass kleine Labels und Unternehmen bereits „optimale Betriebsgrößen" und einen „optimalen Umfang" haben (vgl. Ax 2017: 67). Als letzter Notnagel gilt schließlich immer das bedingungslose Grundeinkommen (BGE)[67], das von vielen Wirtschaftsvertretern zurückgewiesen wird. Zum einen, so das Argument, sei es nicht finanzierbar. Zum anderen dürfe es in heutigen Wirtschaftskreisläufen nicht darum gehen, die Arbeitskräfte vom Markt zu nehmen. Vielmehr müsse die Stärkung der Nachfrageseite vorangetrieben werden, damit gerechte Lohnverteilung möglich wird (so die Forderung von Flassbeck et al. 2012). Die Diskussion zum BGE kann und soll hier nicht weitergeführt werden, sie zeigt aber, worum es im Kern geht: nämlich um die Frage, welche Arbeit die Gesellschaft braucht, was sie erfordert und wer am Ende Arbeit finanziert – und welche Arbeit die Gesellschaft noch finanzieren kann.

02 Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik

Die zweite Perspektive, die in Bezug auf Hannah Arendt geltend gemacht werden soll, ist eine auf die Politik selbst. Sie soll an dieser Stelle als die *Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik* verstanden werden. Eine solche Perspektive hat Hannah Arendt kategorisch ausgeschlagen. Ihre Sorge war, dass sich Zweck-Mittel-Relationen auf das Handeln, das Politische, übertragen und Zwecke damit (verstanden als fremde Zwecke) das politische Handeln bestimmen.[68] *Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik* soll hier aber heißen, das Bleibende und Dauerhafte, was Arendt dem Herstellen zugeordnet hat, zum Grundsatz neuer Politik zu erklären. Das kommt Giddens Forderung nach einer Neuerfindung des Sozialstaates (vgl. Giddens 1997: 207ff.) entgegen, schließt aber auch an Manows Appell (2020) einer Re-Demokratisierung durch die Stärkung zentralisierter Politik an. Genauso ließe sich an Jonas' ökologischen Imperativ anknüpfen, worüber Herstellen als Handeln zum Aufgabenkatalog für die Politik wird. Denn, so Jonas' Appell, „wenn die Sphäre des Herstellens in den Raum wesentlichen Handelns eingedrungen ist, dann muß Moralität in die Sphäre des Herstellens eindringen, von der sie sich früher ferngehalten hat, und sie muß dies in der Form öffentlicher Politik tun" (Jonas 2020 [1979]: 57). *Prinzipienübertragung des Herstellens auf die Politik* heißt damit, eine Politik

67 Vgl. Gorz 2000; Weeks 2011; Krull et al. 2009; Vobruba 2019.

68 Wie dargelegt, hat Arendt dazu eine Hintertür offen gelassen. Zwar versteht sie das Handeln des Homo faber als „Zweckprogressus ad infinitum", weil der Homo faber permanent „seinen Nutzen beweisen" müsse. Auch gebe es keine Möglichkeit, diesen Weg zu durchbrechen, wenn „alle Zwecke [..] wieder zu Mitteln für weitere Zwecke werden". Es sei denn, „man deklariere eines dieser Dinge zu einem ‚Zweck an sich'" (Arendt 2013: 183). Was Arendt damit meint, bleibt ihr Geheimnis.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

des Weitblicks zu betreiben, die konjunkturelle Überhitzungen genauso überdauert wie parteibezogene Verschanzungen, die heute an vielen Stellen wichtige Entscheidungen hemmen (so etwa Fragen zur Ressourceneinsparung, neuen Wohnungspolitik etc.). Der Zweck wäre somit kein Fremdzweck im Sinne Arendts. Er wäre Mittel zum Zweck für das Beständige. Die Sorge um die Welt, die sich bei Arendt auf den Verlust intersubjektiver Beziehungen bezieht, wäre eine Perspektive der politischen Nachhaltigkeit im Sinne der Langfristigkeit.

03 Neue Sorge um die Welt: Freiheit als Gefahr, oder: Die Pluralität als neuer Mensch-Umwelt-Komplex

Die politische Frage des 21. Jahrhunderts ist eine ökologische (vgl. Latour 2017, 2018). Es wird in Zukunft darum gehen, wie Menschen ressourcenschonend arbeiten und im Einklang miteinander leben können. Gefordert ist damit ein ganzheitlicher Entwurf zum Kreislauf von Mensch, Natur und Welt. Und damit kehrt sich das um, was Hannah Arendt Marx vorwarf, dass er Arbeit als „Stoffwechsel mit der Natur" (Marx 2018a: 192) zur „ewige[n] Naturnotwendigkeit" erklärt habe (Arendt 2013: 123). Für Arendt stellte das eine Gefahr dar: Wenn der Mensch durch dauernde Arbeits- und Naturkreisläufe immer wieder von vorne anfangen müsse, würde er seine Ressourcen verbrauchen; er würde sich von keinen Naturnotwendigkeiten befreien können. Diesem Anfangen-müssen als Naturnotwendigkeit stellte sie das Anfangen-können als politische Eigeninitiative entgegen.

Diesem Anfangen-können kommt heute eine neue Zweifachbedeutung zu: Es steht erstens für die permanente Aktivierung; Anfangen-können ist Anfangen-müssen, das durch Flexibilisierung und dauerhafte Verfügbarkeit hervorgebracht wird. Zweitens meint „ewige Naturnotwendigkeit", das Anfangen-müssen zur Naturnotwendigkeit im Sinne neuer Ressourcenschonung zu erklären: „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" (Arendt 2015: 49) wäre somit gleichbedeutend mit Eigeninitiative als neue ökologische Notwendigkeit. Selbstherstellen würde bedeuten, Arbeit als Verantwortungshandeln in den kategorischen ökologischen Imperativ (Jonas 2020 [1979]) zu überführen: Arbeit stünde für das Soziale, das ökologische Grundsätze vereint.

Zugleich hieße das, dass sich das Politische auf keine ökologischen Grundsätze reduzieren kann. Man kann auch hier auf Hannah Arendt zurückkommen, die die Wechselseitigkeit aus Freiheit und Pluralität zur Voraussetzung für das Politische erklärt hat. An diesen Grundsatz kann heute umso mehr erinnert werden, da der Freiheitsbegriff gegenwärtig an der Naht zu neuen Verschwörungsideologien, alten Nationalismen und neuem wirtschaftlichen Extremismus eine neue Dynamisierung erfährt: Freiheit bedeutet heute (auch), sich die Freiheit zu nehmen, um gegen Demokratie und Gleichberechtigung ins Feld zu ziehen, das eigene Handeln aber als demokratischen Vorstoß zu erleben – Philip Manow beschreibt diesen Prozess jüngst als „Re-entry" der Entdemokratisierung: Das einstige „Außenverhältnis der Demokratie", das Nicht-Demokratische, kehre ins Binnenverhältnis der Demokratie zurück, werde aber unter dem Deckmantel der Demokratie neu verhandelt (Manow 2020: 20f.). Exemplarisch zeigte sich das in der Vergangenheit im Zuge aufbrausender Corona-Leugnungen und damit verbundener Weltverschwörung. Genauso wird es ersichtlich am seit Jahren aufkeimenden rechtspo-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

pulistischen Begriff des Ethnopluralismus[69], der das pluralistische Moment Arendts als Akzeptanz des Anderen in den Ausschluss Anderer überführt – den Ausschluss aber als Erhalt der Vielfalt deklariert. Auch verschafft sich im finanzglobalen Sektor eine Version von Freiheit Platz, wonach Fondsgesellschaften – mit Blackrock als dem weltweit größten Vermögensverwalter mit gegenwärtig 7,96 Billionen US-Dollar an verwaltetem Kapital (Stand Oktober 2022, vgl. Trader 2022) – mehr Geld anhäufen als Staaten. Dieses Problem lösen in Zukunft weder nachhaltige Arbeitsformen noch durchdachte Ökologiekonzepte. Das Problem lösen gegenwärtig nicht mal Nationalstaaten selbst. Schon darum kann sich das Politische auf keine Rückzugsräume der ökologischen Selbstproduktion reduzieren. Schon deshalb muss ein Freiheitsbegriff entworfen werden, der sich als das politisch Agonale versteht, und das hieße, das „Einen-Anfang-Setzen-und-etwas-Beginnen" Arendts (2015: 49) in neu „auferlegt[e] Konfliktfähigkeit" (Mouffe 2016: 16) zu überführen.[70] Nicht zuletzt macht auch der Ukraine-Krieg deutlich, wie schnell deliberative Politikmodelle des Aushandelns, um wieder auf Habermas zurückzukommen, an Grenzen stoßen, wenn die Despotie eines Machthabers die Möglichkeit aus dem Weg räumt, sich am Verhandlungstisch auf Augenhöhe zu begegnen. Im Gegenzug bedeutet das nicht, dass das Selbstherstellen darum unpolitisch ist, weil es keine altbekannten Widerstände erzeugt. Das Selbstherstellen ist und bleibt das politisch Unvollständige. Es politisiert nicht das gesellschaftliche Ganze, es reflektiert Teilaspekte, die auf ganzheitliche Probleme hindeuten und die eine ethische Dimension haben – und auf die das Politische bezogen werden kann. Oder mit den Worten Chantal Mouffes: Man kann die Politik auf keine ethischen Fragen verkürzen. Die politische Praxis muss mit Fragen der Ethik konfrontiert werden (vgl. Mouffe 2015: 134). Das Selbstherstellen kann dazu nur der Anfang sein. Es ist nicht das, was jetzt schon Politik ist. Es ist das, woraus Politik über das Politische werden kann.[71]

---

69 Das Konzept des Ethnopluralismus geht auf den sogenannten Dritten Weg der intellektuellen Rechten Frankreichs der 1970er Jahre zurück. Über den Begriff wird die Unvereinbarkeit von Völkern und Ethnien nicht biologistisch phänotypisch begründet. Der Ausschluss wird als Erhalt der Vielfalt deklariert – und Kultur damit zur autoritären Setzung, die den Ausschluss anderer als Erhalt ihrer nationalen Identität legitimiert (vgl. Funke 2009; Zorn 2018).

70 Zwar wird das Handeln Arendts vereinzelt als agonal gedeutet (vgl. Solmaz 2016). Bei genauer Betrachtung zielt ihr Handlungsverständnis jedoch auf den Prozess des Aushandelns ab. Die hier dargelegten Problematiken (Rechtsextremismus etc.) lassen sich jedoch nur im Widerstreit lösen, was für politisches Handeln nicht grundsätzlich gilt (vgl. Kapitel 8.5.1).

71 Politik ist das, was aus politischem Handeln und politischer Subjektivierung folgt. Politische Subjektivierung definiere ich damit abschließend als dasjenige subjekthafte und subjektbezogene Handeln, das bestehende Strukturen im Sinne der sozialen Ordnung und/oder dem Zusammenleben der Subjekte verändern will – politische Subjektivierung kann, muss aber nicht direkt an die Politik adressiertes Handeln sein, sie hat aber immer gesellschaftspolitische Veränderungen zum Ziel. Dazu kann politische Subjektivierung konsensorient sein, sie kann genauso auf eine widerständige agonale Praxis abzielen. Sie setzt aber, und damit grenze ich meine Definition von Rancière ab, keine „auf Dissens beruhend[e] Subjektivierungsweisen" voraus (Rancière 2008: 45). Politische Subjektivierung von Arbeit definiere ich dagegen als dasjenige Handeln (Arbeitshandeln), das im Gegensatz zur politischen Subjektivierung immer gegenstandsbezogen und planmäßig rational ist: Politische Subjektivierung von Arbeit ist strategisches teleologisches Handeln (Zweck als Ziel, *Telos* als in die Zukunft weisend). Ziel ist die gesellschaftliche Veränderung über Arbeit und Produktion.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

9. Zusammenfassung und Ausblick

01 Ziel der Arbeit, Problemaufriss, Forschungsfrage(n)

Die vorliegende Studie hat in einer empirisch-qualitativen Analyse Arbeitsformen des Selbstherstellens untersucht. Ziel war es, die Forschungsbereiche Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft mit der Nachhaltigkeits- und Designforschung zu verbinden. Im Blickpunkt standen sowohl die Veränderungen der modernen Arbeitswelt (Zunahme von Solo-Selbstständigkeit, Bedeutungsgewinn von kreativer und nachhaltiger Arbeit) als auch neue politische Handlungsformen. Zentrale Frage der Studie war, ob sich in Produktionskonzepten des Selbstherstellens (im Kontext von Designproduktion) neue Formen des politischen Handelns zeigen: Verfolgen Akteure, die Produkte nach ökologischen und/oder fair-sozialen Konzepten selbst herstellen, gesellschaftspolitische Ziele? Und wenn ja, wie drückt sich das in ihren Arbeitsformen und Umsetzungsstrategien aus? Die Studie griff dazu zum einen den kulturhistorischen Diskurs des Selbermachens der letzten Jahre auf, der das Selbermachen zur neuen Form der Gesellschaftskritik erklärt – und den Akteuren nahezu dauerhaft einen politischen Subjektstatus unterstellt, ohne dass dieser empirisch untersucht wurde. Zum anderen setzte die Studie am Diskurs zur Subjektivierung von Arbeit und einer möglichen Subjektivierung des Politischen an – beides wurde zusammenhängend noch nicht untersucht: Während die Arbeitssoziologie unter Subjektivierung mehrheitlich eine Form der *aktiven* Subjektivierung versteht, wonach sich Arbeitssubjekte heute mit ihren ganzen Wissensbeständen *aktiv* in die Arbeitswelt einbringen (müssen), stellt die Politikwissenschaft eine Form der *aktiven* Subjektivierung voran, die neben Gefahren für die Demokratie (fortschreitende Distanzierung von Bürger*innen und Parteien etc.) neue Möglichkeiten zur politischen Beteiligung schafft: *Aktive* Subjektivierung zielt auf keine Zunahme von Erfordernissen ab. Sie bedeutet, dass sich Formen der politischen Beteiligung, von Partizipation oder politischem Handeln herausbilden. Dabei bleibt die Frage ungeklärt, ob Arbeitsformen dazugehören – und ob sie eine Form der politischen Subjektivierung sind.

An dieser zentralen Frage setzte die Studie an. Dazu nahm sie zum einen die *normative* Subjektivierung von Martin Baethge (1991) zum Ausgangspunkt, die die gestiegenen Sinnansprüche der Arbeitssubjekte herausstellt. Zum anderen setzte sie den Diskurs um kreative Arbeit in Beziehung zu neuen Politik- und Nachhaltigkeitsformen – und stellte die triadische Unterteilung Hannah Arendts von Arbeit, Herstellen und Handeln (poli-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tisches Handeln) ins Zentrum der Überlegung: Nach Arendt ist Arbeit überlebensdienliche Notwendigkeit. Herstellen ist dagegen eine Zweck-Mittel-Kategorie, über die der Mensch dauerhafte Güter für den Lebensbestand schafft. Damit ist er aber noch nicht politisch. Politisch wird er erst, wenn er handelt – und frei von fremden Zwecken (und damit von den Zweckbestimmungen des Herstellens) ist. Die vorliegende Studie warf die Frage auf, ob der Zweckcharakter des Herstellens – Arbeitshandeln als Selbstherstellen – heute als politisch zu verstehen ist: Handeln Akteure politisch, wenn sie nach ökologischen und/oder fair-sozialen Kriterien produzieren? Verstehen sie sich als politisch? Können sie als politische Akteure gelten?

02 Zentrale Ergebnisse der empirischen Studie

Zentrales Ergebnis dieser Studie ist, dass nur wenige Akteure klar erkennbare politische Zielsetzungen formulieren, auch können nur wenige als politische Akteure in Anlehnung an einen *engen* Politikbegriff gelten, der das Politische an die Politik (Staat, Politik als System) oder dasjenige Handeln bindet, das an die Politik adressiert ist (über Wahlbeteiligungen, Mitgliedschaften in Parteien etc.). In dieser Perspektive ist das Politische auf den Staat als „zentrale gesellschaftliche Regelungsinstanz" bezogen (Regier 2023: 24; sie auch May 2007: 86; Blum/Schubert 2018: 9) und politisches Handeln ist gleichbedeutend mit der „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" (Buchstein 2012: 18; siehe auch Luhmann 2002). Ergebnis dieser Studie ist, dass die Akteure von dieser Form des Handelns abweichen. Zwar sind Vorstellungen von Politik erkennbar, die das Politische mit einem *engen* Politikbegriff in Verbindung bringen – demnach ist „die Politik" der Staat, es sind die Parteien, die das Politische als Politik repräsentieren, und in der Konsequenz versteht ein Teil der Befragten das eigene Handeln als unpolitisch, weil für sie das Politische mit der Politik gleichbedeutend ist. Auf der anderen Seite hat ein Großteil der Befragten keine Vorstellung davon, was für sie „das Politische" bedeuten kann oder soll – darum fällt es ihnen schwer, ihre Handlungen in einen entsprechenden Kontext zu stellen. Andere wiederum verstehen sich klar als politisch, sind aber in keiner Partei, Gewerkschaft oder in sonstigen politischen Institutionen. Insgesamt geht es einem Großteil der Befragten darum, gesellschaftliche Veränderungen über Arbeit und Produktion zu erwirken – Ziel ist es, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln zu übernehmen.

Ergebnis dieser Studie ist, dass die Herstellungsformen damit mit herkömmlichen Definitionen von Politik und politischem Handeln nur schwer zu fassen sind: Zum einen appellieren die Akteure an soziale und ökologische Gerechtigkeit, sie adressieren ihre Forderungen aber vorrangig an andere Gesellschaftsakteure – an Konsument*innen, andere Hersteller*innen und die Wirtschaft, nicht aber an die Politik. Zum anderen resultiert daraus kein politischer Widerstreit in Form einer agonalen Streitkultur. Vielmehr werden Unterstützer*innen zur Mobilisierung gesucht: Selbstherstellen ist Arbeitshandeln als Verständigungshandeln – und damit Abbild gesellschaftspolitischer Interaktion. Was Habermas trennt, Arbeit und Interaktion, fließt zusammen. Was Hannah Arendt unterscheidet, Arbeit, Herstellen und Handeln, bedingt sich wechselseitig. Versteht man Politik in Anlehnung an Thomas Meyer als *„die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen"* (Meyer 2006: 41, H.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

i. O.) – denn von dieser Definition des Politischen wurde in dieser Studie ausgegangen – dominiert letzteres. Selbstherstellen zielt auf Aktivitäten ab, die der Gesellschaft *zugutekommen* (sollen), wenngleich die Politik als Adressat unerheblich bleibt.

Die Gründe, warum Forderungen kaum an die Politik gestellt werden, sind vielschichtig, und sie lassen sich anhand der drei für diese Studie entwickelten Typen herleiten. Diese sind:

1.) *die produktionsorientierten Selbstherstellter*innen*
2.) *die ethischen Selbstherstellter*innen*
3.) *die politischen Selbstherstellter*innen*

Die *produktionsorientierten Selbstherstellter*innen* stellen Spaß am Gestalten und das Produkt als solches in den Vordergrund. Politische Ziele sind nicht erkennbar. Dieser Produktionstyp betreibt eine Form der Subjektivierung, die sich weitestgehend an hedonistischen Kriterien und in beruflicher Hinsicht an unternehmerischen Zielen orientiert. Eine nachhaltig-ökologische oder fair-soziale Perspektive des Handelns zeigt sich dagegen erst bei den *ethischen Selbstherstellter*innen*, wobei diese keine politischen Forderungen stellen – letzteres zeigt sich erst bei den *politischen Selbstherstellter*innen*, die sich und ihre Arbeit als politisch verstehen. Die *politischen Selbstherstellter*innen* reklamieren politische Ansprüche (die sogenannte *reklamierende politische* Subjektivierung). Aber auch sie adressieren Forderungen meist nicht an die Politik – sie richten sie an die Wirtschaft, an andere Hersteller*innen, letztlich an die gesamte Zivilgesellschaft.

Dominierend ist in dieser Studie der *ethische* Produktionstyp, und das in einem unternehmerischen Sinne: Rund zwei Drittel der Befragten lassen sich diesem Typ zuordnen. Etwa ein Drittel kann den *politischen Selbstherstellter*innen* zugeordnet werden, wenngleich die Übergänge fließend sind. Das Charakteristische am *ethischen* Herstellertyp ist, dass er Produkte nach klaren ethischen Standards herstellt, und ethisch meint, dass a.) ökologische und/oder b.) fair-soziale Kriterien festgelegt werden (zum Beispiel kein Handeln mit Anbieter*innen, die Arbeitskräfte ausbeuten oder Menschenrechte verletzen). Allerdings werden die Standards nicht von Beginn an festgelegt. Sie kristallisieren sich erst im Zuge der Produkt- und Unternehmensprofessionalisierung heraus – also erst dann, wenn sich ein potenzieller oder tatsächlicher Kundenkreis auftut. Die *politischen* Produktionstypen legen Ziele dagegen von Beginn an fest – und sie leiten daraus politische Forderungen ab, von denen es so gut wie kein Abweichen gibt. Auch stellen sie das ökonomische und politische System ganzheitlich in Frage – ganz im Gegensatz zu den *ethischen* Hersteller*innen, die sich meist nur auf den eigenen Branchenkontext beziehen. Und vor allem produzieren die *politischen* Akteure nur, wenn sich die definierten Standards eins zu eins umsetzen lassen: Das, was man verändern will, geht weit über den Branchen- oder Arbeitskontext hinaus, wenngleich auch für sie die institutionelle Politik bedeutungslos bleibt.

Die Gründe, warum die Politik typenübergreifend kaum eine Rolle spielt, sind vielschichtig. Sie lassen sich jedoch auf drei wesentliche reduzieren, die in dieser Studie *die Übertragung des Arbeitsethos auf die Ebene der Politik* genannt wurden: Erstens wird bei den Akteuren ein Anspruch an Autonomie deutlich, der es erschwert, sich in feste Organisationsstrukturen einzugliedern oder kollektiven Willensbildungsprozessen anzuschließen – wichtig ist den allermeisten ihre Unabhängigkeit, woraus sich der Wunsch ableitet,

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

eigene Entscheidungen treffen zu können. Zweitens wird das Verlangen nach etwas Besonderem und Einzigartigem, was sich im Produkt verkörpert (die Produkte sind meist Unikate), von der Arbeitsebene auf die Politik übertragen. Deutlich wird das daran, dass sich die Akteure mit den Angeboten, die Institutionen, Parteien oder Organisationen machen, nur schwerlich zufriedengeben wollen. Betont wird, dass man sich nur engagieren wolle, wenn die Angebote den eigenen Vorstellungen entsprechen. Da Parteien, Institutionen und Organisationen in der Regel ein Querschnitt an Interessen sind, tun sich viele schwer damit, sich kollektiven Bündnissen anzuschließen (und das vor allem dann, wenn sie Verpflichtungscharakter haben). Drittens handelt die Politik den Akteuren zufolge nicht konsequent genug. In der Politik werde zu viel geredet und zu wenig gemacht. Darum fordert ein Großteil, dass die Politik pragmatischer und lösungsorientierter handeln solle – so wie man das selbst tut.

In Anlehnung an die empirischen Ergebnisse konnten dazu abschließend **drei zentrale Politikbegriffe** herausgestellt werden, die Arbeit und Produktion als Faktor berücksichtigen – und woraus sich einer neuer und vierter Begriff herausbilden ließ: Erstens lässt sich in dieser Studie von *Proto-Politics* in Anlehnung an die politikwissenschaftliche Forschung sprechen. *Proto-Politics* steht für Formen des politischen Handelns, die auf die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen" abzielen (Buchstein 2012: 18), wobei die Ziele an die Systemebene der Politik und ihre Institutionen adressiert sind. Dieser Begriff repräsentiert in der Forschung gemeinhin einen *engen* Politikbegriff. Davon lässt sich zweitens ein *weiter* gefasster Politikbegriff unterscheiden, der in dieser Studie in Anlehnung an die Subpolitik Becks (1986, 1993) konzipiert, aber weiter spezifiziert wurde: Die Subpolitik zeichnet sich bei Beck dadurch aus, dass „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems […] um die [..] Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren" (Beck 1993: 162, H. I. O.). Die Subpolitik kann sich auf sämtliche Lebenskontexte beziehen – auf Alltagsentscheidungen, den ethischen Konsum oder auf politische Produktion. Allerdings hat Beck Produktion als Faktor nicht näher bestimmt. Darum wurde in dieser Studie in Anlehnung und Erweiterung zur Subpolitik der Begriff *Politics of Self-Production* an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft in die Forschung eingeführt: *Politics of Self-Production* steht für Arbeitshandeln (Selbstherstellen) als politisches Handeln. Der Begriff fügt der Subpolitik Becks den Faktor Arbeit hinzu. Zugleich lehnt er sich an die Begriffe *Politics in Production* und *Politics of Production* bei Burawoy (1979) an, die bei Burawoy auf betriebliche Mikropolitik (*Politics in Production*) und staatliche Arbeits(markt)- und Wohlfahrtspolitik *(Politics of Production*) reduziert bleiben – und er erweitert den Begriff des *politischen Konsums* (vgl. van Deth/Zorell 2020) um den der *politischen Produktion*. Drittens, und abschließend, wurde der Begriff *Politics of Self-Production* auf die Life-Politics Giddens (1991) bezogen, die für neue Identitätspolitik und die Zunahme gesellschaftlicher Verantwortungsimperative steht: Life-Politics bedeutet, dass das gesamte Leben zur politischen Selbstaufgabe wird. Der Begriff *Politics of Self-Production* steht dagegen für ein neues Dazwischen: Er repräsentiert die gestiegenen Selbstansprüche der Arbeitssubjekte an politische Selbstbestimmung. Er steht für die Zunahme von Anspruchshaltungen der Gesellschaft an ökologisch, fair-soziale Produktionsstandards – und zeigt, dass beides in einem konstitutiven Wechselverhältnis steht.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

In der Gesamtheit bildet der Begriff *Politics of Self-Production* damit Prozesse der Mikropolitisierung ab, indem sich Selbstansprüche der Subjekte und Gesellschaftsansprüche kreuzen: *Politics of Self-Production* ist Abbild einer *reklamierenden* Subjektivierung, wonach Subjekte Sinnstrukturen in Arbeitsprozessen einfordern, zugleich ist sie Ausdruck einer *ideologischen* Subjektivierung, weil Anspruchshaltungen in Produktionsprozessen reproduziert werden: Neue ökologische und faire Standards werden als übergeordnete Ziele formuliert, sie sind aber zugleich Anspruchshaltungen der Gesellschaft, denen die Subjekte nachkommen – und auch nachkommen wollen. Dazu kann *Politics of Self-Production* zwei Formen annehmen: Erstens kann das Handeln Ausdruck einer *prototypischen* Konstellation sein, wenn Handlungsziele Forderungen implizieren (oder nach sich ziehen), die direkt an die Systemebene der Politik adressiert sind. Zweitens kann das Handeln Forderungen zur Folge haben, die nicht an die Politik adressiert werden – in dieser Studie dominiert letzteres: *Politics of Self-Production* ist Arbeitshandeln als gesellschaftliches Aushandeln, das in der Mehrheit die Infragestellung der institutionellen Politik nach sich zieht. Die Parteienpolitik wird nicht abgelehnt. Sie bleibt dennoch bedeutungslos. Mit Jan van Deth ließe sich sagen: „Das Leben, nicht die Politik ist wichtig" (van Deth 2000: 115).

Was bedeuten die Ergebnisse für Wissenschaft und Forschung? *Politics of Self-Production* steht exemplarisch für eine Entwicklung, wonach sich Möglichkeiten zur politischen Beteiligung mehren, zugleich aber die Vorstellungen darüber, was das Politische bedeutet, unklar werden (vgl. Beck 1993; Dubiel 1994: 89; van Deth/Zorell 2020: 393): Auf der einen Seite schafft Arbeit neue Sinnkontexte, die sich mit politischen Zielen verbinden (*normative* Subjektivierung als *politische* Aktivierung). Auf der anderen Seite schwindet die Bedeutung der institutionellen Politik. Daraus folgt jedoch nicht, dass man über den Arbeitskontext hinaus sonderlich politisch aktiv wird, nur die *politischen* Hersteller*innen bilden hierzu eine Ausnahme. Vielmehr konzentriert sich die politische Aktivität bei den meisten Befragten auf den eigenen Arbeitskontext. Darüber wird Arbeit nicht nur entgrenzt, weil sie den gesamten Lebensalltag durchdringt. Das Selbstherstellen ist eine neue Grenzziehung zur Politik, da die Zeit im Gegenzug für weiteres politisches Engagement fehlt: In einer Partei ist nur eine Befragte, wenngleich sie angibt, derzeit „parteiinaktiv" zu sein. In einer Gewerkschaft ist niemand. Bei Greenpeace ist eine Akteurin, zwei weitere spielen mit dem Gedanken, dort einzutreten. Nur eine Akteurin hat zudem eine politische Initiative ins Leben gerufen (eine Petition). Eine andere hat einen Verein gegründet, um sich gezielt gegen Hartz-IV-Sanktionen auszusprechen. Das zeigt: Die Subjektivierung von Arbeit schafft nicht nur neue Sinnkontexte, die in Teilen politisch sind. Sie erschwert (oder blockiert) eine Subjektivierung des Politischen über den Arbeitskontext hinaus.

Ziel dieser Studie war es allerdings nicht nur, Herstellungsformen empirisch zu untersuchen. Es ging auch um eine historische Skizze zum Selbstherstellen an der Schnittstelle von Arbeit und Politik. Zentrale Erkenntnis dieser Studie ist, dass erst die Verökonomisierung von Arbeit ab dem 17. Jahrhundert (über eine damit verbundene Aufwertung der Arbeit) gesellschaftspolitische Positionen im Arbeitskontext hervorgebracht hat: Kritisiert wird anfänglich die Lohnausbeutung, die Verdrängung des Handwerks und die gesellschaftliche Schlechterstellung der Frau. Damit lässt sich die Ökonomisierung von Arbeit auf keine einseitige Verökonomisierungsspirale im

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Sinne der Arbeitskraftunternehmer-These reduzieren. Vielmehr bringt die Ökonomisierung neben sozialen Risiken (Lohnausbeutung, Selbstausbeutung) ethische und gesellschaftspolitische Anspruchshaltungen hervor. In historischer Perspektive heißt das: Zeigte die Verökonomisierung ab dem 18/19. Jahrhundert zunächst eine Verschiebung vom proletarischen Lohnarbeiter über den verökonomisierten Arbeitnehmer (Fordismus) hin zum verbetrieblichten Arbeitskraftunternehmer (Postfordismus) (vgl. Pongratz/Voß 2004: 14), bilden sich heute politische Werthaltungen im Arbeits- und Unternehmenskontext heraus, die Arbeit und das Politische transformieren. Das lässt sich als Entpolitisierung verstehen, weil sämtliche Lebensbereiche von Arbeit durchdrungen sind. Zugleich ließe sich ein Wandel von Arbeits- und Politikformen konstatieren, indem sich politische Anspruchshaltungen in Arbeitsprozesse verlagern – und worüber an vielen Stellen ein neues Wirtschaftsverständnis im Sinne von Postwachstum deutlich wird. Dazu lassen sich abschließend fünf zentrale Thesen formulieren, die den Zusammenhang von Arbeitshandeln und politischem Handeln in Bezug auf kreative Arbeit (Selbstherstellen) neu beleuchten – und die einen Ausblick auf neue Forschungs- und Gesellschaftsperspektiven bieten.

03 Die Bedeutung der Ergebnisse für den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs: Fünf zentrale Thesen und Folgerungen

Erstens lässt sich das Selbstherstellen in dieser Studie als Kreativarbeit verstehen, in der sich neue gesellschaftliche Verantwortungshaltungen kulminieren: Ansprüche an Ökologie und Sozialverantwortlichkeit verbinden sich mit neuen Arbeitskonzepten. Kreativität steht für die Verökonomisierung von Arbeit, zugleich für gesellschaftliches Problemlösen im Sinne einer „Durchsetzung von Neuem" (Bluhm 2001: 76, 2012: 91) – und sie hat darüber eine politische Dimension. Dabei werden die Herstellungsformen ganz pragmatisch angegangen. Sie sind darum im Kontext des Pragmatismus-Ansatzes zu lesen (vgl. Kapitel 8.2.1), der die gesellschaftliche Lösungskompetenz herausstellt – Kreativarbeit ist weder Handeln im Sinne Arendts als von Zwecken befreites Handeln, noch ist sie Abbild einer Ästhetisierungsspirale nach Reckwitz, wonach Individualisierungsprozesse Anspruchshaltungen an das Besondere evozieren. Kreativarbeit ist Arbeitshandeln als Verantwortungshandeln. Es geht darum, das zurückzudrängen (oder zu unterbinden), was aus der Individualisierung über Jahre resultiert ist – eine Konsumpraxis, die Umwelt und Natur in hohem Maße zerstört.

Zweitens ist das Selbstherstellen eine neue Form der Notwendigkeit – sie steht für den Wandel von Arbeit hin zu sinnerfüllten Tätigkeiten. Hannah Arendt hat Arbeit in historischer Betrachtung zur überlebensdienlichen Notwendigkeit erklärt (vgl. Arendt 2013: 99ff.). Arbeit sei eine Mühsal des Lebens, um die Dinge zu bewältigen, die das Leben erfordert. Von der Arbeit grenzte sie das Herstellen und Politische ab – Herstellen ist eine höherwertige Tätigkeitsform, sie ist aber nichts Ökologisches oder Politisches. In dieser Studie ist das Selbstherstellen selbst eine neue Form der Notwendigkeit: Ziel ist es, Prozesse für den sozial-ökologischen Wandel einzuleiten. Dazu politisieren die Subjekte keine eigenen Identitäten wie in den 1970er Jahren, wodurch Mode zum Distinktionsmerkmal wurde – und zumindest in dieser Perspektive ist das Selbstherstellen keine Life-Politics im Sinne einer Identitätspolitik nach Giddens. Vielmehr politisieren die Subjekte Mode- und Designprodukte, um gesellschaftliche Lösungen zu erarbeiten.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Es geht um keine individualisierte „Grenzübertretung als Norm" (van Dyk 2010 33ff.). Nachhaltige Produkte werden normiert, um neue Grenzen zu ziehen.

Drittens ist das Selbstherstellen eine neue *aktive* Form der Subjektivierung, die sich mit einer *normativen* Perspektive der Arbeit verbindet. In der Arbeitssoziologie werden beide in der Regel unterschieden: Die *aktive* Subjektivierung steht für gesellschaftliche Erfordernisse, die es subjektiv zu bewältigen gilt. Die *normative* Subjektivierung bildet sinnbasierte Anspruchshaltungen im Arbeitskontext ab, die von den Subjekten eingefordert werden. In dieser Studie bedingen sich beide: Die Subjekte aktivieren sich über Arbeit, um nachhaltige Produktion gesellschaftsfähig zu machen. Zugleich reproduzieren sie Anspruchshaltungen der Gesellschaft nach neuen ökologischen Standards – und diese Entwicklung wurde in historischer Betrachtung als die *vierte Form der Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* verstanden.

Viertens wirkt das Selbstherstellen Formen der politischen Beteiligung entgegen: Zum einen beteiligen sich die Akteure so gut wie nie über die Arbeit hinaus. Zum anderen schaffen sie keine Beteiligungsmöglichkeiten über Arbeitsformen (ausgenommen sind Petitionen oder Vereinsgründungen).

Fünftens, und abschließend, ist das Handeln Ausdruck neuer Nachhaltigkeit und Nicht-Nachhaltigkeit zugleich: Einerseits wird an neue Nachhaltigkeitsstandards appelliert. Andererseits sind die Arbeitsformen (oft) prekär und darum nicht-nachhaltig in Bezug auf die eigene Arbeits- und Lebenssituation – in den Hintergrund rückt die soziale Frage (Arbeitsplatzsicherheiten etc.), in den Vordergrund tritt die ökologische als politische.

04 Schlusswort und Ausblick

Die Studie untersuchte Arbeitshandeln als mögliche Form des politischen Handelns am Beispiel des Selbstherstellens. Die abschließende Frage lautet damit, welche Relevanz die Ergebnisse für Wissenschaft und Forschung haben – und was sie gesamtgesellschaftlich bedeuten. Für die Wissenschaft können zwei zentrale Erkenntnisse gewonnen werden: Erstens kommt der Arbeitssoziologie die Aufgabe zu, die Entwicklung von Prekarisierungsprozessen und nachhaltigen sozialverantwortlichen Arbeitsformen nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern zusammenhängend zu untersuchen. Die Forschung muss dazu eine erweiterte Perspektive auf Arbeit, Produktion und Nachhaltigkeit entwickeln. Ziel darf es nicht sein, sich nur auf eine „*Beobachterkategorie*" zu konzentrieren (Neckel 2018: 13, H. i. O.), wie Sighard Neckel für die Soziologie fordert, um nur die soziale Ungleichheit herauszuarbeiten, die aus der sozial-ökologischen Transformation resultiert. Das Forschungsinteresse muss zugleich auf der „Teilnehmerperspektive" liegen, worüber mögliche gesellschaftliche und politische Ziele untersucht werden können. Man kann dazu an die „erweiterte Subjektperspektive" der Nachhaltigkeit bei Becke und Warsewa anschließen (Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.), wonach es einerseits darum geht, Ungleichheitsverhältnisse in den Blick zu nehmen, die aus dem sozioökonomischen Wandel resultieren. Andererseits stehen zivilgesellschaftliche Assoziationen, neue bürgerschaftliche Engagementformen und Arbeitsfelder (formelle sowie informelle Arbeit) im Mittelpunkt (siehe auch Mautz 2016; Corrêa/Nowak 2016) – und vor allem müssen Kreativakteure in diesem Spannungsfeld berücksichtigt werden, denen bislang kaum Bedeutung zukommt. Das gilt gleicher-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

maßen für den Zusammenhang von Arbeit und Interaktion, der noch immer eine gesellschaftspolitische Perspektive ausblendet. Hier muss es darum gehen, das Forschungsfeld um Kreativarbeit und „künstlerisch-kreative Arbeit" (Manske 2016a: 35ff.) mit neuen Nachhaltigkeitsperspektiven (auch im politischen Sinne) zu verbinden – und zu untersuchen. Interessant wären in diesem Zusammenhang vor allem berufliche Vergleichsgruppen, wozu es bislang keine Studien gibt. Dabei darf sich die Betrachtung nicht auf Marktaspekte und Prekarisierungsrisiken beschränken. Die normative Ebene der Subjektivierung (Baethge 1991) muss unter gesellschaftspolitischen Aspekten neu beleuchtet werden – ohne dass Prekaritätsrisiken aus dem Blick geraten. Der Versuch von Manske (2023), neue Solidaritäten unter Kulturakteuren (am Beispiel der Darstellenden Künste) im Spannungsfeld von Arbeit und Politik zu betrachten, oder der Vorstoß von Kannler et al. (2019), das Verhältnis von Kreativität und Kritik neu zu beleuchten, können als erste Gehversuche gelten. Aber auch hier fehlen politikwissenschaftliche Perspektiven.

Zweitens steht die Politikwissenschaft vor der Herausforderung, der Pluralisierung von Politikformen weiter Rechnung zu tragen. Dazu darf sie sich auf keine *politischen Konsument*innen* beschränken, denen seit Jahren gehobenes Interesse zukommt. Sie muss auch die *Produzierenden* in den Blick nehmen, wenn auch die Ergebnisse der Studie nahe legen, dass die Subjektivierung von Arbeit einer Subjektivierung des Politischen an vielen Stellen entgegensteht (weil sich das Politische auf Arbeit reduziert). Genau darum ist aber eine kritische Perspektive auf „die Politisierung von Einkaufsentscheidungen" (van Deth/Zorell 2020: 401) vonnöten. Eine Gesellschaft, die das Politische an Kaufentscheidungen bindet, ist von einer „Verbraucherdemokratie" (Lamla 2013) nicht weit entfernt. Das Forschungsinteresse darf somit nicht nur den Potenzialen gelten, die aus Konsum- oder Produktionsentscheidungen resultieren. Es müssen die Probleme benannt werden, die damit einhergehen. Und für diese Studie heißt das, dass Prozesse der Verökonomisierung und Distanzierung von Bürger*innen und Politik zusammenhängend zu betrachten sind.

Die politische Frage ist damit abschließend eine doppelte: Erstens geht es um eine Perspektive auf die Arbeitsformen selbst. Das Politische am Selbstherstellen ist vordergründig nicht das Intentionale als Handeln, das sich in neuen Anspruchshaltungen verkörpert, das ist es auch. Dem steht die Tendenz gegenüber, so die Erkenntnis der Studie, dass durch die Konzentration auf Arbeit ein gesellschaftspolitisches Engagement an vielen Stellen verloren geht. Das Politische an der Arbeit sind in der Mehrheit die Arbeitsformen selbst, weil sie Alternativen versprechen und politische Unterstützung brauchen. Im Selbstherstellen verkörpert, *verdinglicht* sich im Sinne Bruno Latours (2005), ein gesellschaftliches Problem, wonach die Gesellschaft rein wirtschaftlich auf eine Vielzahl der untersuchten Arbeitsformen verzichten könnte – weil sie prekäre Beschäftigungen sind. Zugleich wirft das die Frage auf, welche Funktion Arbeit heute hat: Arbeit steht nicht nur für Lohnerwerbsarbeit und einen monetären Mehrwert. Arbeit schafft gesellschaftliche Mehrwerte über innovative Produktvorhaben. Dass sich Arbeit und Lohn dabei in vielen Fällen entkoppeln, ist die Kehrseite der Medaille. Genau darum stellt sich aber die Frage, wie Arbeit in Zukunft gestaltet und finanziert werden kann und muss. Dazu braucht es nicht nur eine Vision von Arbeit, die über Lohnerwerbsarbeitsperspektiven hinausgeht. Gefordert sind, und das wäre zweitens, politische Konzepte, die gute

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Arbeit unterstützen – *Politics of Self-Production*, so der für diese Studie entwickelte Begriff, ist nicht nur Arbeitshandeln als politisches Handeln. Sie ist (auch) eine Form der *Politics of Production* im Sinne Burawoy (1985), weil es um die gesellschaftliche Regulierung von Arbeit geht. Der Politik kommt damit die Aufgabe zu, das gesellschaftliche Potenzial, das von den Arbeitsformen dieser Studie zweifelsohne ausgeht, durch Programme und Strukturmaßnahmen zu unterstützen – schon darum muss auf das in dieser Studie angeführte Nachhaltigkeits-Viereck zurückgegriffen werden, das neben einer ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit die Politik an den Verhandlungstisch holt. *Selbstherstellen als neue Politik* steht somit für keine Reduktion auf ökologische, sozialverträgliche Selbstproduktionen in gesellschaftlichen Rückzugsräumen. Politisch sind die Fragestellungen und Problemkontexte, die daraus resultieren – und die es politisch zu lösen gilt, und zwar nicht im Alleingang, sondern im Sinne einer beiderseitigen Institutionenpolitik, von den Akteuren und der Politik.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

10. Anhang und Abkürzungen

01 Abkürzungen und Symbole: (ausgenommen sind Firmen, Agenturen und Parteien)

BGE	Bedingungsloses Grundeinkommen
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
ChatGPT	Generative Pre-trained Transformer
CSR	Corporate Social Responsibility
DAV	Deutscher Alpenverein
Destatis	Statistisches Bundesamt
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DIY	Do it Yourself
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
GOTS	Global Organic Textile Standard
HBS	Hans-Böckler-Stiftung
HfG	Hochschule für Gestaltung
IDZ	Internationales Designzentrum Berlin
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILO	International Labour Organization
iup	Institut für Umweltplanung
KKI-Index	Kultur- und Kreativwirtschaftsindex Berlin- Brandenburg
KSK	Künstlersozialkasse
LOHAS	Lifestyles of Health and Sustainability
LOVOS	Lifestyle of Voluntary Simplicity

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

NABU	Naturschutzbund Deutschland
NGO	Non-governmental Organization
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
TPL	Textile Prototyping Lab
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
VDID	Verband Deutscher Industrie Designer e.V.
ver.di	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

02 Verwendete Abkürzungen und Symbole für Zitationen:

et al.	Literaturangabe 3+ Autor*innen
ebd.	ebenda
gegr.	gegründet
H. i. O.	Hervorhebungen im Original
H. JT.	Hervorhebungen durch den Autor
[*sic!*]	Hinweis auf Fehler in verwendeten Zitaten
vgl.	Vergleiche
[..]	Auslassung eines Wortes im Zitat
[...]	Auslassung mehrerer Wörter im Zitat
*	Abänderungen von Namen, Projekttiteln o.ä zwecks Anonymisierung

03 In den Zitaten der Befragten wurden zusätzlich folgende Festlegungen vorgenommen:

.. kürzere Pausen in den Interviews
... längere Pausen in den Interviews

04 Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen:

1. Liste der Kategorien S. 199f.
2. Typologie produktionsorientierte Selbsthersteller*innen S. 234f.
3. Typologie ethischer Produktionstyp S. 243f.
4. Typologie politischer Produktionstyp S. 254f.
5. Zentrale Typologie S. 264f.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access -

11. Literaturverzeichnis

Achatz, Johannes (2021). Die Avantgarde des Bösen. Public Interest Design zwischen moralischem Experiment und ethischem Instrumentalismus. In: Rodatz, Christoph/ Smolarski, Pierre (Hrsg.), Wie können wir den Schaden maximieren? (S. 11–26). Bielefeld: transcript.

Adloff, Frank (2008). Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Alemann, Ulrich von (2018). Die Entstehung und Entwicklung der deutschen Parteien. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Almond, Gabriel/ Verba, Sidney (1963). The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Newbury Park: Sage.

Althusser, Louis (2010). Ideologie und ideologische Staatsapparate (Notizen für eine Untersuchung). In: ders., Ideologie und ideologische Staatsapparate. 1. Halbband, Michel Verrets Artikel über den „studentischen Mai". Ideologie und ideologische Staatsapparate Notiz über die ISAs, hrsg. von Frieder Otto Wolf (S. 37–102). Hamburg: VSA (zuerst 1970).

Altvater, Elmar (1987). Ökologische und ökonomische Modalitäten von Zeit und Raum. In: Prokla 17(1) (S. 35–53).

Altvater, Elmar (2017). Kapital und Anthropozän. In: Greffrath, Mathias (Hrsg.), RE: Das Kapital: Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert (S. 50–69). München: Kunstmann.

Altvater, Elmar (2018). Kapitalozän. Der Kapitalismus schreibt Erdgeschichte, online unter: https://www.zeitschrift-luxemburg.de/kapitalozaen/. Abgerufen am 14.10.2020.

Ambrosius, Gerold/ Kaelble, Hartmut (1992). Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre. In: Kaelble, Hartmut (Hrsg.), Der Boom 1948–1973. Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin (ehemals Schriften des Instituts für politische Wissenschaft), Nr. 64 (S. 7–32). Wiesbaden: Vieweg + Teubner.

Andermann, Kerstin (2019). Individuationskräfte. Metaphysik der Macht in Foucaults politischer Theorie. In: Marchart, Oliver/ Martinsen, Renate (Hrsg.), Foucault und das Politische. Transdisziplinäre Impulse für die politische Theorie der Gegenwart (S. 111–135). Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Antić, Andreas (2018). Digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation. Zur Aktualität des demokratischen Experimentalismus von John Dewey. Potsdam: Universitätsverlag.

Antoni-Komar, Irene/ Lautermann, Christian/ Pfriem, Reinhard (2012). Unternehmen und Konsumenten in Verantwortungsgemeinschaft jenseits des Konsumismus. Nachhaltigkeit erfordert, das Zusammenwirken zwischen Produzieren und Konsumieren neu zu denken. In: Heidbrink, Ludger/ Hollstein, Bettina/ Schmidt, Imke (Hrsg.), Konsumenten- und Unternehmensethik. Zfwu, Jg. 13, Heft 3 (S. 297–316). Baden-Baden: Nomos.

Arendt, Hannah (1991). Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 2. Auflage. München: Piper (zuerst 1951).

Arendt, Hannah (1994). Zwischen Vergangenheit und Zukunft. München: Piper.

Arendt, Hannah (1998). Vom Leben des Geistes: Das Denken. Das Wollen. München: Piper.

Arendt, Hannah (2013). Vita activa. Oder vom tätigen Leben, 12. Auflage. München: Piper (zuerst 1958).

Arendt, Hannah (2015). Was ist Politik? 5. Auflage. München/ Berlin: Piper.

Arendt, Hannah (2019). Über die Revolution. München: Piper (zuerst 1965).

Aristoteles (2003). Politik. Stuttgart: Reclam.

Aristoteles (2018). Die Nikomachische Ethik. Reinbek: Rowohlt (zuerst 1837).

Auer, Dirk (2004). Politisierte Demokratie. Richard Rortys politischer Antiessentialismus. Wiesbaden: VS Verlag.

Arzheimer, Kai (2002). Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden: VS Verlag.

Aßländer, Michael S. (2011). Unternehmerische Verantwortung und die Rolle der Konsumenten. In: Heidbrink, Ludger/ Schmidt, Imke/ Ahaus, Björn (Hrsg.), Die Verantwortung des Konsumenten: Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum (S. 57–74). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Ax, Christine (2009). Die Könnensgesellschaft: Mit guter Arbeit aus der Krise. Berlin: Rhombos.

Ax, Christine (2017). „Wir brauchen Arbeit, die uns zufrieden macht". In: 10 Jahre Creative City Berlin. The Big Good Future #1 (S. 65–68).

Baacke, Dieter/ Ferchhoff, Wilfried (1994). Soziologische Analysen und Erörterungen zum Jugendsubkulturkonzept. In: Handlung. Kultur. Interpretation. Bulletin für Psychologie und Nachbardisziplinen, 3. Jg., Heft 5/1994 (S. 152–193).

Baacke, Dieter/ Ferchhoff, Wilfried (1995). Von den Jugendsubkulturen zu den Jugendkulturen. In: Klein, Ansgar/ Legrand, Hans-Josef/ Leif, Thomas (Hrsg.), Subkultur und Subversion (S. 33–46). Wiesbaden: VS Verlag.

Bachmann, Günther (2002). Nachhaltigkeit: Politik mit gesellschaftlicher Perspektive. In: APuZ, Die Diskussion um Nachhaltigkeit. 10 Jahre nach Rio Band, 31–32/2002 (S. 8–16).

Backhaus-Maul, Holger/ Biedermann, Christiane/ Nährlich, Stefan/ Polterauer, Judith (Hrsg.) (2008). Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Backhaus-Maul, Holger/ Nährlich, Stefan/ Kunze, Martin (Hrsg.) (2018). Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen in Deutschland. Ein Kompendium zur Erschließung eines sich entwickelnden Themenfeldes. Wiesbaden: Springer VS.

Badelt, Christoph (1990). „Unbezahlte Arbeit" in den Sozialen Diensten. In: Heinze, Rolf G./ Offe, Claus (Hrsg.), Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge (S. 107–124). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Badiou, Alain (2012). Das demokratische Wahrzeichen. In: Agamben, Giorgio et al. (Hrsg.), Demokratie? (S. 13–22) Berlin: Suhrkamp.

Baethge, Martin (1991). Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – Zur zunehmenden normativen Subjektivierung von Arbeit. In: Soziale Welt 42(1) (S. 6–19).

Baethge, Martin (1994a). Arbeit und Identität. In: Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.), Riskante Freiheiten (S. 245–261). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Baethge, Martin (1994b). Arbeit 2000. Wie Erwerbsarbeit Spaß macht – Arbeitsansprüche der Beschäftigten und Herausforderungen für die Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 45(12) (S. 711–725).

Baier, Andrea/ Hansing, Tom/ Müller, Christa/ Werner, Karin (2016a). Einleitung. In: ders. (Hrsg.), Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis (S. 23–31). Bielefeld: transcript.

Baier, Andrea/ Hansing, Tom/ Müller, Christa/ Werner, Karin (2016b). Die Welt reparieren: Eine Kunst des Zusammenmachens. In: ders. (Hrsg.), Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis (S. 34–62). Bielefeld: transcript.

Balch, George 1. (1974). Multiple Indicators in Survey Research: The Concept ‚Sense of Political Efficacy'. In: Political Methodology 1 (S. 1–43).

Balibar, Etienne (2017). Bürger-Subjekt. Antwort auf die Frage Jean-Luc Nancys: Wer kommt nach dem Subjekt? In: Menke, Christoph/ Raimondi, Francesca (Hrsg.), Die Revolution der Menschenrechte – Grundlegende Texte zu einem neuen Begriff des Politischen (S. 411–441). Berlin: Suhrkamp.

Bammé, Arno (2018). Die veränderte Position des Menschen im Anthropozän. In: Laux, Henning/ Henkel, Anna (Hrsg.), Die Erde, der Mensch und das Soziale: Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän (S. 27–59). Bielefeld: transcript.

Bandhauer-Schöffmann, Irene (2002). Der Schumpetersche Unternehmer. Eine feministische Kritik an einer Erzählung über moderne Männlichkeit. In: Kurswechsel 1/2002 (S. 22–31).

Banz, Claudia (2016). Zwischen Widerstand und Affirmation. Zur wachsenden Verzahnung von Design und Politik. In: ders. (Hrsg.), Social Design. Gestalten für die Transformation der Gesellschaft (S. 11–25). Bielefeld: transcript.

Baringhorst, Sigrid/ Kneip, Veronika/ März, Annegret/ Niesyto, Johann (2007). Verbraucher und Unternehmen als Bürger in der globalen Mediengesellschaft. Bürgerschaft als politische Dimension des Marktes. In: ders. (Hrsg.), Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (S. 7–28). Bielefeld: transcript.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Baringhorst, Sigrid (2015). Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 28. Jg. 2/2015 (S. 17–27).

Baringhorst, Sigrid/ Witterhold, Katharina (2019). Politisierung von Konsum online/ offline – Theoretische und methodische Herausforderungen eines neuen Forschungsfelds. In: Hohnsträter, Dirk/ Krankenhagen, Stefan (Hrsg.), Konsumkultur. Eine Standortbestimmung (S. 103–118). Berlin: Kadmos.

Barnes, Samuel H./ Kaase, Max et al. (1979). Political Action – Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills: Sage.

Bartelmus, Peter (2014). Nachhaltigkeitsökonomik: Eine Einführung. Wiesbaden: Springer Gabler.

Barth, Thomas (2010). Die Überwindung ökologischer Grenzen. Die Rolle der ökologischen Kritik in der Dynamik des Kapitalismus. In: Becker, Karina/ Gertenbach, Lars/ Laux, Henning/ Reitz, Tilman (Hrsg.), Grenzverschiebungen des Kapitalismus (S. 164–185). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (2016a). Einleitung. In: ders. (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 13–29). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (2016b). Nachhaltige Arbeit und gesellschaftliche Naturverhältnisse: Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven. In: ders. (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 311–325). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Basten, Lisa (2016). Wir Kreative! Das Selbstverständnis einer Branche. Berlin: Frank & Timme.

Bathelt, Severin/ Jedinger, Alexander/ Maier, Jürgen (2016). Politische Kenntnisse in Deutschland: Entwicklungen und Determinanten, 1949–2009. In: Roßteutscher, Sigrid/ Faas, Thorsten/ Rosar, Ulrich (Hrsg.), Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland (S. 181–208). Wiesbaden: Springer VS.

Bauerkämper, Arnd (2010). Von der bürgerlichen Gesellschaft zur Zivilgesellschaft. CAS Working Papers: Freie Universität Berlin.

Baur, Ruedi (2008). Design als Mittel zur Repräsentation einer Krise. In: Blechinger, Gerhard/ Milev, Yana (Hrsg.), Emergency Design. Im Arbeitsfeld der Krise (S. 27–35). Wien: Springer.

Bauwens, Michel (2016). Die zehn Gebote der Peer-Produktion und Commonsökonomie. In: Baier, Andrea/ Hansing, Tom/ Müller, Christa/ Werner, Karin (Hrsg.), Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis (S. 63- 70). Bielefeld: transcript.

Becchi, Franz (2023). Goldman Sachs: 300 Millionen Angestellte könnten durch KI ersetzt werden. In: Berliner Zeitung vom 29.03.2023, online unter: https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/goldman-sachs-ki-kunstliche-intelligenz-koennte-300-millionen-jobs-kosten-li.332935. Abgerufen am 23.07.2023.

Beck, Ulrich (1986). Die Risikogesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Beck, Ulrich (1993). Die Erfindung des Politischen: Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1994). Jenseits von Stand und Klasse. In: Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften (S. 43–60). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/ Giddens, Anthony/ Lash, Scott (1996). Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (1999). Modell Bürgerarbeit. In: ders., Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft (S. 7–189). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Becke, Guido/ Warsewa, Günter (2017). Erweiterte Subjektperspektive – neue Ansprüche an Arbeit und Nachhaltigkeit, AIS Studien, 10 (1) (S. 20–36), online unter: https://doi.org/10.21241/ssoar.64842. Abgerufen am 22.03.2019.

Becker, André (2010). Reflexiver Policy-Wandel: Richard Rorty als kulturpolitischer Entrepreneur. Berlin: LIT Verlag.

Bedorf, Thomas (2010). Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz. In: Bedorf, Thomas/ Röttgers, Kurt (Hrsg.), Das Politische und die Politik (S. 13–37). Berlin: Suhrkamp.

Beerhorst, Joachim (2005). Objekt und Subjekt – Von den Möglichkeiten und Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Arbeitspolitik. In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Corell, Lena/ Janczyk, Stefanie (Hrsg.), In Arbeit: Zukunft (S. 156–171). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Behnke, Joachim (2001). Die politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs. In: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart II. (S. 434–464). Opladen: Leske + Budrich.

Behnke, Joachim/ Baur, Nadine/ Behnke, Nathalie (2006). Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn: Ferndinand Schöningh.

Beierlein, Constanze/ Burger, Axel (2020). Prozesse der Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 93–120). Baden-Baden: Nomos.

Bennauer, Ute (1994). Ökologieorientierte Produktentwicklung: Eine strategisch-technologische Betrachtung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Umwelt und Ökonomie. Band 9. Heidelberg: Physica.

Bentham, Jeremy (2003). Eine Einführung in die Prinzipien der Moral und der Gesetzesgebung. In: Höffe, Otfried (Hrsg.), Einführung in die utilitaristische Ethik, 3. aktualisierte Auflage (S. 55–83). Tübingen: UTB.

Bermes, Christian (2008). Arbeit, Beruf und Person. Anthropologie des Handelns und Arbeitens. In: Jäger, Wieland/ Röttgers, Kurt (Hrsg.), Sinn von Arbeit (S. 45–67). Wiesbaden: VS Verlag.

Bertelsmann Stiftung (2019). Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien. Abgerufen am 12.01. 2020.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Best, Volker/ Decker, Frank/ Fischer, Sandra/ Küppers, Anne (2023). Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Betzelt, Sigrid (2006). Flexible Wissensarbeit. AlleindienstleisterInnen zwischen Privileg und Prekarität. ZeS-Arbeitspapier, Nr. 3/2006.

Betzelt, Sigrid/ Gottschall, Karin (2007). Jenseits von Profession und Geschlecht? Erwerbsmuster in Kulturberufen. In: Gildemeister, Regine/ Wetterer, Angelika (Hrsg.), Erosion oder Reproduktion geschlechtlicher Differenzen (S. 122–144). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Beuker, Nicolas (2016). Design und die Sichtbarkeit möglicher Zukünfte. In: Banz, Claudia (Hrsg.), Social Design. Gestalten für die Transformation der Gesellschaft (S. 35–42). Bielefeld: transcript.

Beyme, Klaus von (1998). Die Kunst der Macht und die Gegenmacht der Kunst. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beyme, Klaus von (2000). Parteien im Wandel: Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: VS Verlag.

Beyme, Klaus von (2009). Geschichte der politischen Theorien in Deutschland 1300–2000. Wiesbaden: VS Verlag.

Biehl, Heiko (2013). Noch vertrauenswürdig? Restlaufzeiten der Parteiendemokratie. Konzept und Empirie des gesellschaftlichen Vertrauens in politische Parteien. In: Niedermayer, Oskar/ Höhne, Benjamin/ Jun, Uwe (Hrsg.), Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest (S. 67–92). Wiesbaden: Springer VS.

Bierhoff, Oliver/ Wienold, Hanns (2010). Suchbewegungen. Kooperative Unternehmungen zwischen kapitalistischer Prekarität und solidarischer Ökonomie. In: Bührmann, Andrea D./ Pongratz, Hans J. (Hrsg.), Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbsarbeit und Unternehmensgründung (S. 219–244). Wiesbaden: VS Verlag.

Biesecker, Adelheid/ Winterfeld, Uta von (2011). Nachhaltige feministische Einsprüche: Die Blockierung nachhaltiger Entwicklungen durch klassische Rationalitätsmuster, GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, 3(2) (S. 129–144), online unter: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-395389. Abgerufen am 20.02. 2017.

Binswanger, Mathias (2019). Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiter wachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH.

Birnbacher, Dieter (1995). Grenzen der Verantwortung. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.), Verantwortung. Prinzip oder Problem? (S. 143–183). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Blatter, Joachim K./ Janning, Frank/ Wagemann, Claudius (2007). Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag.

Blatter, Joachim/ Langer, Phil C./ Wagemann, Claudius (2018). Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Blättler, Sidonia (2000). Zwischen Universalismus- und Nationalstaatskritik. Zum ambivalenten Status des Nationalstaats bei Hannah Arendt. Aus Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 48 (5), (S. 691–707).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Blechinger, Gerhard/ Milev, Yana (2008). Im Arbeitsfeld der Krise. In: ders. (Hrsg.), Emergency Design. Im Arbeitsfeld der Krise (S. 5–7). Wien: Springer.

Blühdorn, Ingolfur (2013). Simultative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp.

Blühdorn, Ingolfur (2018). Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. In: Berliner Journal für Soziologie (S. 151–180), online unter: https://link.springer.com/article/10.1007/s11609-018-0372-8. Abgerufen am 03.03.2020.

Blühdorn, Ingolfur (2020). Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose. In: Blühdorn, Ingolfur/ Butzlaff, Felix/ Deflorian, Michael/ Hausknost, Daniel/ Mock, Mirijam (Hrsg.), Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet (S. 65–142). Bielefeld: transcript.

Bluhm, Harald (2001). Hannah Arendt und das Problem der Kreativität politischen Handelns. In: Bluhm, Harald/ Gebhardt, Jürgen (Hrsg.), Konzepte politischen Handelns: Kreativität – Innovation – Praxen (S. 73–94). Baden-Baden: Nomos.

Bluhm, Harald/ Gebhardt, Jürgen (2001). Politisches Handeln, ein Grundproblem politischer Theorien. In: ders. (Hrsg.), Konzepte politischen Handelns: Kreativität – Innovation – Praxen (S. 9–22). Baden-Baden: Nomos.

Bluhm, Harald (2012). Hannah Arendt und das Problem der Kreativität politischen Handelns. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 90–104). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Blum, Sonja/ Schubert, Klaus (2018). Politikfeldanalyse. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Blumer, Herbert (2013). Symbolischer Interaktionismus – Aufsätze zu einer Wissenschaft der Interpretation. Berlin: Suhrkamp.

Boden, Uwe (2013). Das ökoeffektive Design. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 194–203). Bad Homburg: VAS.

Bögenhold, Dieter (2003). Wirtschaftliches Handeln als Sport? Zur Rationalität des Unternehmerbildes bei Joseph A. Schumpeter. In: Walterscheid, Klaus (Hrsg.), Entrepreneurship in Forschung und Lehre. Festschrift für Klaus Anderseck (S. 3–18). Frankfurt am Main: Peter Lang.

Bögenhold, Dieter/ Fachinger, Uwe (2010). Mikro-Selbständigkeit und Restrukturierung des Arbeitsmarktes – Theoretische und empirische Aspekte zur Entwicklung des Unternehmertums. In: Bührmann, Andrea D./ Pongratz, Hans J. (Hrsg.), Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbsarbeit und Unternehmensgründung (S. 61–84). Wiesbaden: VS Verlag.

Böhle, Fritz (Hrsg.) (2017). Arbeit als Subjektivierendes Handeln. Handlungsfähigkeit bei Unwägbarkeiten und Ungewissheit. Wiesbaden: Springer VS.

Böhle, Fritz (2018). Arbeit als Handeln. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1: Arbeit, Strukturen und Prozesse, 2. Auflage (S. 171–200). Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (2018). Vorwort zur 2. Auflage. In: ders. (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1, Arbeit, Strukturen und Prozesse, 2. Auflage (S. V-IX). Wiesbaden: Springer VS.

Bogusz, Tanja/ Laux, Henning/ Ettrich, Frank (2013). Editorial. In: Wozu Pragmatismus? Berliner Journal für Soziologie, 3–4/13 (S. 305–309).

Bogun, Roland/ Osterland, Martin/ Warsewa, Günter (1990). Was ist überhaupt noch sicher auf der Welt? Arbeit und Umwelt im Risikobewusstsein von Industriearbeitern. Berlin: edition sigma.

Bohnsack, Almut (1981). Spinnen und Weben. Entwicklung von Technik und Arbeit im Textilgewerbe. Hamburg: Rowohlt.

Bojanowski, Axel (2014). Verwirrende Werbefloskel. In: APuZ, Nachhaltigkeit, 31–32/2014 (S. 7–8).

Boltanski, Luc/ Chiapello, Ève (2003). Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Bonacker, Thorsten (2002). Die politische Theorie des freiheitlichen Republikanismus: Hannah Arendt. In: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung (S. 183–220). Opladen: Leske + Budrich.

Bonβ, Wolfgang (2001). Vergesellschaftung über Arbeit. Oder: Gegenwart und Zukunft der Arbeitsgesellschaft. In: Berger, Peter A./ Konietzka, Dirk (Hrsg.), Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten (S. 331–356). Opladen: Leske + Budrich.

Borries, Friedrich von (2016). Weltentwerfen – Eine politische Designtheorie. Berlin: Suhrkamp.

Bosch, Aida (2012). Sinnlichkeit, Materialität, Symbolik. Die Beziehung zwischen Mensch und Objekt und ihre soziologische Relevanz. In: Moebius, Stephan/ Prinz, Sophia (Hrsg.), Das Design der Gesellschaft. Zur Kultursoziologie des Designs (S. 49–70). Bielefeld: transcript.

Bosch, Gerhard (2013). Normalarbeitsverhältnis. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Minssen, Heiner (Hrsg.), Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie (S. 376–382). Berlin: edition sigma.

Bosetzky, Horst (1992). Mikropolitik, Machiavellismus und Machtakkumulation. In: Küpper, Willi/ Ortmann, Günther (Hrsg.), Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, 2. durchgesehene Auflage (S. 27–37). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Bosetzky, Horst (2019). Mikropolitik. Netzwerke und Karrieren. Wiesbaden: Springer VS.

Bourdieu, Pierre (2001). Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.

Boutang, Yann Moulier (1998). Vorwort. In: Negri, Toni/ Lazzarato, Maurizio/ Virno, Paolo (Hrsg.), Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion (S. 5–22). Berlin: ID Verlag.

Brand, Karl-Werner (1982). Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektiven neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Brand, Karl-Werner/ Büsser, Detlef/ Rucht, Dieter (1983). Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Brandl, Sebastian/ Hildebrandt, Eckhart (2002). Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Opladen: Leske + Budrich.

Brandt, Götz (2009). Die Naturfrage bei Marx, Vortrag im „Roten Salon" in Berlin- Spandau am 05.01.2009, online unter: https://www.oekologische-plattform.de/2009/01/die-naturfrage-bei-marx/. Abgerufen am 21.03.2018.

Brandt, Götz (2012). Ökologische Umbrüche und Technik: Leitlinien für eine ökologische Linke. Berlin: Edition Zeitsprung.

Braudel, Fernand (1958). La longue durée. In: Annales 1958, 725–753. Dt.: Die lange Dauer. Schriften zur Geschichte: Gesellschaft und Zeitstrukturen, 1992 (S. 49–87).

Braun, Boris (2002). Unternehmen zwischen ökologischen und ökonomischen Zielen: Konzepte, Akteure und Chancen des industriellen Umweltmanagements aus wirtschaftsgeographischer Sicht. Münster/ Hamburg/ London: LIT.

Braun, Tobias (2018). Die politischen Dimensionen des Public Interest Design. Zwischen Politik und dem Politischen. In: Rodatz, Christoph/ Smolarski, Pierre (Hrsg.), Was ist Public Interest Design? Beiträge zur Gestaltung öffentlicher Interessen (S. 37–63). Bielefeld: transcript.

Bratu, Christine/ Nida-Rümelin, Julian (2013). Argumentationslinien der praktischen Philosophie, online unter: https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/bioethik/162732/argumentationslinien-der-praktischen-philosophie. Abgerufen am 06.05.2017.

Bratu, Christine (2017). Korperative und kooperative Verantwortung. In: Heidbrink, Ludger/ Langbehn, Claus/ Loh, Janina (Hrsg.), Handbuch Verantwortung (S. 477-500). Wiesbaden: Springer VS.

Braungart, Michael/ McDonough, William (2013). Cradle to Cradle: Einfach intelligent produzieren. München: Piper.

Brenke, Karl (2013). Struktur und Einkommen der kreativ Tätigen in Berlin. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Politikberatung kompakt 76.

Brettschneider, Frank/ Van Deth, Jan/ Roller, Edeltraud (Hrsg.) (2002). Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich.

Brocchi, Davide (2013). Das (nicht) Nachhaltige Design. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 54–80). Bad Homburg: VAS.

Brocchi, Davide (2017). Konferenz „Kultur und Nachhaltigkeit". Ein Impulsvortrag „Für eine nachhaltige Kulturpolitik", online unter: https://www.davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2017/01/2017-Kieler-Impuls-von-Davide-Brocchi.pdf. Abgerufen am 02.06.2017.

Brocchi, Davide (2022). By Disaster or by Design? Transformative Kulturpolitik: Von der multiplen Krise zur systemischen Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer VS.

Brock, Bazon (1977). Ästhetik als Vermittlung. Arbeitsbiografie eines Generalisten (1958–1977). Fohrbeck, Karla von (Hrsg.). Köln: DuMont.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Bröckling, Ulrich (2007). Das unternehmerische Selbst – Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brucks, Ursula (1999). Gefühlsarbeit. Versuch einer Begriffserklärung. Zeitschrift für Arbeitswissenschaft, 53, 3, (S. 182–186).

Brunkhorst, Hauke (1994). Demokratie und Differenz. Vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen. Frankfurt am Main: Fischer.

Buchstein, Hubertus (2012). Divergierende Konzepte Politischen Handelns in der Politikwissenschaft. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 18–38). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Buchstein, Hubertus/ Weißeno, Georg (2012). Einleitung. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 11–16). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Bührmann, Andrea D./ Pongratz, Hans J. (2010). Prekäres Unternehmertum. Einführung in ein vernachlässigtes Forschungsfeld. In: ders. (Hrsg.), Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbsarbeit und Unternehmensgründung (S. 7–25). Wiesbaden: VS Verlag.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). Arbeiten 4.0. Wie wir arbeiten (wollen). Werkheft 02/2016. Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.). Selbstständige Erwerbstätigkeit in Deutschland. Forschungsbericht 601/2022, online unter: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-601-selbstaendige-erwerbstaetigkeit-in-deutschland.pdf. Abgerufen am 07.02.2023.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (Hrsg.). Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2021, online unter: https://www.kultur-kreativwirtschaft.de/KUK/Redaktion/DE/Meldungen/2022/03/2022-03-09-monitoringbericht-kultur-und-kreativwirtschaft-2021.html. Abgerufen am 17.02.2023.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (Hrsg.). Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft 2022, online unter: https://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de/KUK/Redaktion/DE/Publikationen/2022/monitoringbericht-kultur-und-kreativwirtschaft-2022.html. Abgerufen am 06.07.2023.

BUND/ Misereor (Hrsg.) (1996). Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung. Eine Studie des Wuppertal Instituts. Basel/ Boston/ Berlin.

Burawoy, Michael (1979). Manufactoring Consent. Changes in the Labor Process under Monoploy Capitalism. Chicago: University of Chicago Press.

Burawoy, Michael (1985). The Politics of Production. Factory Regimes Under Capitalism and Socialism. London: Verso.

Burckhardt, Lucius (1980). Design ist unsichtbar. In: Edelmann, Klaus Thomas/ Terstiege, Gerrit (Hrsg.) (2010), Gestaltung denken. Grundlagentexte zu Design und Architektur (S. 211–217). Basel: Birkheuser.

Burkett, Paul (2005). Marx' Vision of Sustainable Human Development. In: Monthly Review, Vol. 57, No. 5 (S. 34–62).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Burkett, Paul/ Foster, John Bellamy (2010). Stoffwechsel, Energie und Entropie. In: Marx' Kritik der politischen Ökonomie. Jenseits des Podolinsky-Mythos (Teil 1), PROKLA, Heft 159 (S. 217–240).

Burns, Tom (1962). Micropolitics: Mechanism of Institutional Change. Administrative Science Quarterl, 6 (S. 257–281).

Butzlaff, Felix (2020). Der Verlust des Gestaltungsanspruchs. Über Parteien als programmatische Avantgarde einer gesellschaftlichen Transformation. In: Blühdorn, Ingolfur/ Butzlaff, Felix/ Deflorian, Michael/ Hausknost, Daniel/ Mock, Mirijam (Hrsg.), Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet (S. 173–204). Bielefeld: transcript.

Campbell, Angus/ Gurin, Gerald/ Miller, Warren E. (1954). The Voter Decides. Evanston: White Plains.

Campbell, Angus/ Converse, Philip E./ Miller, Warren/ Stokes, Donald (1960). The American Voter: New York/ London.

Carlowitz, Hans Carl/ Hamberger, Joachim (Hrsg.) (2013). Sylvicultura oeconomica oder Haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht. München: oekom.

Carnau, Peter (2011). Nachhaltigkeitsethik: Normativer Gestaltungsansatz für eine global zukunftsfähige Entwicklung in Theorie und Praxis. München/ Mering: Rainer Hampp.

Casson, Mark (2000). Enterprise and Leadership. Studies on Firms, Markets and Networks. Cheltenham: Edward Elgar Publishing (zuerst 1982).

Castel, Robert (2011). Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Hamburger Edition.

Castel, Robert/ Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009). Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.

Castoriadis, Cornelius (1990). Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1984).

Cicero, Marcus Tullius (1994). De legibus, lat.-dt., Nickel, Rainer (Hrsg.), Buch III, § 28: „[…] cum potestas in populo, auctoritas in senatu sit […]." Zürich: Artemis & Winkler.

Clark, John P. (1989). Marx' Inorganic Body. In: Environmental Ethics, Vol. 11, No. 3 (S. 243–258).

Clausen, Jens (2004). Umsteuern oder Neugründen? Die Realisierung ökologischer Produktpolitik in Unternehmen, Dissertation. Norderstedt: Books on Demand.

Copercini, Marco (2019). Berliner Moden. Produktionsnetzwerke und Raumkonstrukte Berliner Modedesign-Unternehmen. Bielefeld: transcript.

Corrêa, Sergio/ Nowak, Jörg (2016). Die Kämpfe und Widerstände um das Wasserkraftwerk. Belo Monte: Bewegungen gegen den Staudamm und die Streiks der Bauarbeit. In: Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 173–193). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Crouch, Colin (2015). Postdemokratie, 12. Auflage. Berlin: Suhrkamp (zuerst 2008).

Curbach, Janina V. (2007). Unternehmen als kollektive Weltbürger. In: Baringhorst, Sigrid/ Kneip, Veronika/ März, Annegret/ Niesyto, Johanna (Hrsg.), Politik mit dem Ein-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

kaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (S. 181–206). Bielefeld: transcript.

Dahm, Rupay/ Voß, Elisabeth (2017). Wie wirtschafte ich solidarisch? Online unter: https://www.creative-city-berlin.de/de/ccb-magazin/2017/3/6/interview-solidarisches-wirtschaften-und-passende-rechtsform/. Abgerufen am 22.08.2019.

Dahrendorf, Ralf (1983). Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Matthes, Joachim (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. dt. Soziologentages in Bamberg (S. 25–37). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Dalla Costa, Mariarosa/ James, Selma (1973). Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin: Merve.

Dangel-Vornbäumen, Caroline (2010). Freischaffende Künstlerinnen und Künstler – Modernisierungsavantgarde für prekäres Unternehmertum? In: Bührmann, Andrea D./ Pongratz, Hans J. (Hrsg.), Prekäres Unternehmertum. Unsicherheit von selbständiger Erwerbsarbeit und Unternehmensvergütung (S. 137–166). Wiesbaden: VS Verlag.

Decker, Frank (2007). Parteiendemokratie im Wandel. In: Decker, Frank/ Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien (S. 19–61). Wiesbaden: VS Verlag.

Decker, Frank/ Lewandowsky, Marcel/ Solar, Marcel (2013). Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Bonn: Dietz.

Decker, Frank (2018). Lassen sich Parteien noch klassifizieren? In: APuZ, Parteien, 46–47/2018 (S. 21–26).

Decker, Frank/ Neu, Viola (Hrsg.) (2018). Handbuch der deutschen Parteien, 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Decker, Frank/ Best, Volker/ Fischer, Sandra/ Küppers, Anne (Hrsg.) (2020). Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Deflorian, Michael (2020). Transformative Bewegungen? Nischenaktivismus zwischen Management und Überwindung der sozial-ökologischen Krise. In: Blühdorn, Ingolfur/ Butzlaff, Felix/ Deflorian, Michael/ Hausknost, Daniel/ Mock, Mirijam (Hrsg.), Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet (S. 205–226). Bielefeld: transcript.

De La Rosa, Sybille (2016). Die neoliberale Rationalität oder die Kolonialisierung der Lebenswelt und des Politischen. In: Haus, Michael/ De La Rosa, Sybille (Hrsg.), Politische Theorie und Gesellschaftstheorie. Zwischen Erneuerung und Ernüchterung (S. 249–272). Baden-Baden: Nomos.

De La Vega, Rafael (1985). Grundpositionen der Ethik. Ethik und Politik in der Geschichte. In: Neumann, Franz (Hrsg.), Politische Ethik (S. 9–43). Baden-Baden: Signal.

Derrida, Jacques (2022). Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität". Aus dem Französischen von Alexander García Düttmann. Berlin: Suhrkamp (zuerst 1991).

Detjen, Joachim/ Massing, Peter/ Richter, Dagmar/ Weißeno, Georg (Hrsg.) (2012). Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden: Springer VS.

Dettling, Warnfried (1995). Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Dettling, Warnfried (2000). Diesseits und jenseits von Erwerbsarbeit. In: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit (S. 202–214). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Dewey, John (1927). „Half-Hearted Naturalism". In: The Journal of Philosophy, Vol. 24, No. 3 (S. 57–64).

Dewey, John (1995). Erfahrung und Natur. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1925).

Dewey, John (1996). Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Aus dem Amerikanischen von Wolf-Dietrich Junghanns. Bodenheim: Philo (zuerst 1927).

Dewey, John (2000). Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, hrsg. von Jürgen Oelkers. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Erich Hylla. Weinheim/ Basel: Beltz.

Dewey, John (2003). Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus. In: ders. Philosophie und Zivilisation (S. 16–37). Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1925).

Dewey, John (2018). Kunst als Erfahrung, 9. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1958).

Diefenbach, Heike (2009). Die Theorie der Rationalen Wahl oder „Rational Choice"- Theorie (RCT). In: Brock, Ditmar/ Junge, Matthias/ Diefenbach, Heike/ Keller, Reiner/ Villanyi, Dirk (Hrsg.), Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons (S. 239–290). Wiesbaden: VS Verlag.

Dietz, Bernhard/ Neumaier, Christopher/ Rödder, Andreas (2014). Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München: Oldenbourg.

Dietz, Kristina/ Wissen, Markus (2022). Marxistische Politische Ökologie. In: Gottschlich, Daniela/ Hackfort, Sarah/ Schmitt, Tobias/ Von Winterfeld, Uta (Hrsg.), Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden (S. 51–61). Bielefeld: transcript.

DiSalvo, Carl (2010). Design, democracy and agonistic pluralism. Paper presented at the Design Research Society conference 2010. Montréal.

DiSalvo, Carl (2012). Adversarial Design. Cambridge: MIT Press.

Dobernig, Karin/ Stagl, Sigrid (2015). Growing a lifestyle movement? Exploring identity-work and lifestyle politics in urban food cultivation. In: International journal of consumer studies, Vol. 39 (S. 452–458).

Dörre, Klaus (2014). Prekarität, Achsen der Ungleichheit und Sozialstruktur. In: Lamla, Jörn/ Laux, Henning/ Rosa, Hartmut/ Strecker, David (Hrsg.), Handbuch der Soziologie (S. 397–416). Konstanz: UVK.

Dörre, Klaus (2017). Prekarität. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Minssen, Heiner (Hrsg.), Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie, 2. aktualisierte Auflage (S. 258–262). Baden-Baden: Nomos.

Dörre, Stefanie (2009). Große Vergangenheit und viel Potenzial für die Zukunft – Mode in Berlin, online unter: www.goethe.de/ges/mol/ber/mod/de4765579. Abgerufen am 23.11.2018.

Dräger, Jörg/ Erler, Gisela/ Vehrkamp, Robert (2014). Vorwort. In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden (S. 7–10). Gütersloh: Bertelsmann.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Draheim, Susanne/ Reitz, Tilman (2010). Dagegen sein im System der Neutralisierungen. Der Kapitalismus gegen seine Befürworter verteidigt. In: Becker, Karina/ Gertenbach, Lars/ Laux, Henning/ Reitz, Tilman (Hrsg.), Grenzverschiebungen des Kapitalismus (S. 75–102). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Drinkuth, Andreas (2007). Die Subjekte der Subjektivierung: Handlungslogiken bei entgrenzter Arbeit und ihre lokale Ordnung. Berlin: edition sigma.

Drüeke, Ricarda/ Klaus, Elisabeth (2017). Feministische Öffentlichkeiten: Formen von Aktivismus als politische Intervention. In: Kortendiek, Beate/ Riegraf, Birgit/ Sabisch, Katja (Hrsg.), Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Geschlecht und Gesellschaft (S. 1–9). Wiesbaden: Springer VS.

Dubiel, Helmut (1994). Ungewißheit und Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dunkel, Wolfgang (1988). Wenn Gefühle zum Arbeitsgegenstand werden. Gefühlsarbeit im Rahmen personenbezogener Dienstleistungstätigkeiten. Soziale Welt, 39(1) (S. 66–85).

Dunkel, Wolfgang/ Weihrich, Margit (2018). Arbeit als Interaktion. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1, Arbeit, Strukturen und Prozesse, 2. Auflage (S. 201–232). Wiesbaden: Springer VS.

Durkheim, Emile (1996). Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1930).

Dütsch, Matthias/ Struck, Olaf (2014). Atypische Beschäftigung und berufliche Qualifikationsrisiken im Erwerbsverlauf. Industrielle Beziehungen, 21 / Heft 1 (S. 58–77). Stuttgart: Budrich Journals.

Easton, David (1965). A Systems Analysis of Political Life. New York: Wiley.

Easton, David (1975a). A Framework for Political Analysis. New York: Englewood Cliffs.

Easton, David (1975b). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. British Journal of Political Science 5 (4), (S. 435–457).

Eberl, Jakob-Moritz/ Boomgaarden, Hajo G. (2020). Wahlkampfkommunikation. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 164–183). Baden-Baden: Nomos.

Ebert, Theodor (2006). Phronêsis. Anmerkungen zu einem Begriff in der Nikomachischen Ethik (VI 5, 8–13). In: Höffe, Otfried (Hrsg.), Aristoteles. Nikomachische Ethik, 2. Auflage (S. 165–186). Berlin: Akademie Verlag.

Edelmann, Thomas (2013). Widerspruch und Zukunftsversprechen – 1980–2010. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 142–152). Bad Homburg: VAS.

Ehn, Pelle/ Nilsson, Elisabet M./ Topgaard, Richard (2014). Making futures: Marginal notes on innovation, design, and democracy. Cambridge: MIT Press.

Ehrmann-Köpke, Bärbel (2010). „Demonstrativer Müßiggang" oder „rastlose Tätigkeit"? Handarbeitende Frauen im hansestädtischen Bürgertum des 19. Jahrhunderts, Münster: Waxmann.

Eichler, Lutz (2013). System und Selbst. Arbeit und Subjektivität im Zeitalter ihrer strategischen Anerkennung. Bielefeld: transcript.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Eikhof, Doris/ Haunschild, Axel (2004). Arbeitkraftunternehmer in der Kulturindustrie. Ein Forschungsbericht über die Arbeitswelt Theater. In: Pongratz, Hans J./ Voß, G. Günter (2004), Typisch Arbeitskraftunternehmer. Befunde der empirischen Sozialforschung (S. 93–113). Berlin: edition sigma.

Eisele, Petra (2006). Do-it-yourself-Design. Die IKEA-Regale IVAR und BILLY. In: Die 1970er Jahre – Inventur einer Umbruchzeit. Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Heft 3 (S. 439–448).

Eisele, Petra (2011a). Die Ästhetik des Handgemachten. Vom Dilettantismus zum Do-it-Yourself – eine designhistorische Analyse. In: Criticle Crafting Circle (Hrsg.), Craftista! Handarbeit als Aktivismus (S. 58–72). Mainz: Ventil.

Eisele, Petra (2011b). DIY: Design It Yourself. In: Do It Yourself: Die Mitmach-Revolution. Kataloge der Museumsstiftung. Post und Telekommunikation, Band 29 (S. 66–71). Mainz: Ventil.

Eisenberg, Christiane (2011). Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Eismann, Sonja/ Zobl, Elke (2011). Radical Crafting, DIY-Aktivismus & Gender-Politiken. Einleitung. In: Critical Crafting Circle (Hrsg.), Craftista! Handarbeit als Aktivismus (S. 188–197). Mainz: Ventil.

Elias, Norbert (1996). Wandlungen der Wir-Ich-Balance. In: ders., Die Gesellschaft der Individuen (S. 207–315). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Elias, Norbert (1997). Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band. Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ellen MacArthur Foundation (2017). A New Textiles Economy: Redesigning Fashion's Future, online unter: https://ellenmacarthurfoundation.org/a-new-textiles-economy. Abgerufen am 08.12.2020.

Embacher, Serge (2009). Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz.

Engler, Wolfgang (2005). Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin: Aufbau.

Euteneuer, Matthias (2011). Unternehmerisches Handeln und romantischer Geist. Selbständige Erwerbsarbeit in der Kulturwirtschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Eversberg, Dennis (2014). Dividuell aktiviert. Wie Arbeitsmarktpolitik Subjektivitäten produziert. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Faas, Thorsten (2016). Wahrnehmungen der Wirtschaftslage und die Zuschreibung von Verantwortung in Zeiten des Wandels: Ursachen und Folgen. In: Roßteutscher, Sigrid/ Faas, Thorsten/ Rosar, Ulrich (Hrsg.), Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland (S. 149–177). Wiesbaden: Springer VS.

Fach, Wolfgang (2008). Das Verschwinden der Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fachinger, Uwe (2014). Selbständige als Grenzgänger des Arbeitsmarktes. Fragen der sozialen Sicherung. In: Gather, Claudia/ Biermann, Ingrid/ Schürmann, Lena/ Ulbricht, Susan/ Zipprian, Heinz (Hrsg.), Die Vielfalt der Selbständigkeit. Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einer Erwerbsform im Wandel (S. 111–134). Baden-Baden: Nomos.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Faulenbach, Bernd (2012). Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München: C.H.Beck.

Feige, Daniel Martin (2018). Design – Eine philosophische Analyse. Berlin: Suhrkamp.

Felber, Christian (2010). Die Gemeinwohl-Ökonomie: Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien: Deuticke.

Fenner, Dagmar (2020). Ethik, 2. Auflage. Tübingen: UTB.

Fezer, Jesko (2018). Parteiisches Design. In: Förster, Marius/ Hebert, Saskia/ Hofmann, Mona/ Jonas, Wolfgang (Hrsg.), Un/Certain Futures – Rollen des Designs in gesellschaftlichen Transformationsprozessen (S. 162–173). Bielefeld: transcript.

Filho, Walter Leal (2019). Aktuelle Ansätze zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Berlin/ Heidelberg: Springer Spektrum.

Fineder, Martina (2016). ›Rot‹ und ›Grün‹. Zur Ästhetik öko-sozialer Verantwortung seit den 1970er Jahren. In: ders. (Hrsg.), Social Design. Gestalten für die Transformation der Gesellschaft (S. 165–179). Bielefeld: transcript.

Fischer, Frank (1997). Öffentlichkeit und das Problem des Expertentums – Partizipatorische Forschung als demokratische Praxis. In: Schmals, Klaus M./ Heinelt, Hubert (Hrsg.), Zivile Gesellschaft: Entwicklung, Defizite und Potentiale (S. 261–270). Opladen: Leske + Budrich.

Fischer, Frank (2003). Reframing public policy. Discursive politics and deliberative practices. Oxford: University Press.

Fischer, Frank (2017). Climate Crisis and the Democratic Prospect: Participatory Governance in Sustainable Communities. Oxford: University Press.

Fischer, Peter (2006). Politische Ethik: Eine Einführung. München: Fink.

Flassbeck, Heiner/ Spiecker, Friederike/ Meinhardt, Volker (Hrsg.) (2012). Irrweg Grundeinkommen: Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden. Frankfurt am Main: Westend.

Flick, Uwe (1995). Qualitative Forschung. Theorien, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek: Rowohlt.

Flick, Uwe/ Kardoff, Ernst von/ Steinke, Ines (Hrsg.) (2000). Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt.

Florida, Richard (2002). The Rise of the Creative Class. New York: Basic Books.

Flusser, Vilém (2019). Vom Stand der Dinge. Eine kleine Philosophie des Designs. Göttingen: Steidl (zuerst 1993).

Fonnesu, Luca (2017). Der Begriff der Verantwortung in der Neuzeit und in der Aufklärung. In: Heidbrink, Ludger/ Langbehn, Claus/ Loh, Janina (Hrsg.), Handbuch Verantwortung (S. 111–132). Wiesbaden: Springer VS.

Foster, John Bellamy/ Clark, Brett/ York, Richard (2011). Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. Hamburg: Laika.

Foster, John Bellamy (2017). „Der Bruch im Stoffwechsel der Erde ist unsere grundlegendste Herausforderung", Interview mit John Bellamy Foster. In: Klassengegenklasse, online unter: https://www.klassegegenklasse.org/john-bellamy-foster-der-bruch-im-stoffwechsel-der-erde-ist-unsere-grundlegendste-herausforderung-ii/. Abgerufen am 15.05.2018.

Foucault, Michel (1983). Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1977).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Foucault, Michel (1992). Was ist Kritik? Berlin: Merve (zuerst 1978).
Foucault, Michel (2004). Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Foucault, Michel (2008). Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori, 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Foucault, Michel (2012). Die Regierung des Selbst und der anderen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Franz, Rainald (2016). Das Manuelle im Geistigen. Handwerk und seine Wertschätzung in Europa vom Mittelalter bis zur Neuzeit. In: Thun-Hohenstein, Christoph/ Franz, Rainald (Hrsg.), handWERK: Tradiertes Können in der digitalen Welt: Traditional Skills in the Digital Age (S. 197–200). Wien: MAK.
Fraser, Nancy (2001). Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Freiß, Lisabeth (2011). Handarbeitsanleitungen als Massenmedien. D.I.Y und Weiblichkeit im 19. Jahrhundert. In: Criticle Crafting Circle (Hrsg.), Craftista! Handarbeit als Aktivismus (S. 29–42). Mainz: Ventil.
Frey, Ruth/ Wiesenthal, Helmut (2004). Die politische Partei als lernende Organisation – Organisationssoziologische Perspektiven. In: UTOPIE kreativ, H. 168 (S. 910- 922).
Friebe, Holm/ Ramge, Thomas (2008). Marke Eigenbau: Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion. Frankfurt am Main: Campus.
Fromm, Erich (2011). Den Menschen verstehen. Psychoanalyse und Ethik. Ungekürzte Ausgabe 1985, 9. Auflage. München: Taschenbuch Verlag.
Fry, Tony (2011). Design as Politics. Oxford: Berg.
Fuchs, Dieter (1989). Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer.
Fuchs, Dieter (1995). Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase. In: Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin (S. 135–147). Opladen: Westdeutscher Verlag.
Fuchs, Dieter (2002). Politikverdrossenheit. In: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia/ Neller, Kattja (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (S. 338–343). Wiesbaden: VS Verlag.
Fueglistaller, Urs/ Müller, Christoph/ Müller, Susan/ Volery, Thierry (2012). Entrepreneurship. Modelle – Umsetzung – Perspektiven. Mit Fallbeispielen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wiesbaden: Springer Gabler.
Fueglistaller, Urs/ Fust, Alexander/ Müller, Christoph/ Müller, Susan S./ Zellweger, Thomas (Hrsg.) (2019). Entrepreneurship. Modelle – Umsetzung – Perspektiven. Mit Fallbeispielen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wiesbaden: Springer Gabler.
Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.) (2013). Die Geschichte des Nachhaltigen Designs: Welche Haltung braucht Gestaltung? Bad Homburg: VAS.
Funke, Hajo (2009). Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt. In: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten (S. 21–44). Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Gaber, Rusanna (2007). Politische Gemeinschaft in Deutschland und Polen: Zum Einfluss der Geschichte auf die politische Kultur. Wiesbaden: VS Verlag.

Gabriel, Oscar W. (2000). Aktivisten als Träger des demokratischen Credos? Zum Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und der Unterstützung demokratischer Prinzipien im vereinigten Deutschland. In: Niedermayer, Oskar/ Westle, Bettina (Hrsg.), Demokratie und Partizipation: Festschrift für Max Kaase (S. 34–45). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, Oscar W. (2005). Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W./ Holtmann, Everhard (Hrsg.), Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage (S. 457–521). München/ Wien: Oldenbourg.

Gabriel, Oscar W. (2020). Einstellungen zur Demokratie. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 230–244). Baden-Baden: Nomos.

Gabriel, Oscar W. (2022). Politische Partizipation. Eine Einführung in Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS.

Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen/ Faas, Thorsten (2020). Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 17–89). Baden-Baden: Nomos.

Gadinger, Frank/ Yildiz, Taylan (2017). Politik. In: Martínez, Matías (Hrsg.), Erzählen (S. 158–165). Stuttgart: J.B. Metzler.

Gaugele, Elke (2011a). Historische Plattformen der Craftistas. Symbolische Politik und politische Praxis textiler Handarbeiten. In: Critical Crafting Circle (Hrsg.), Craftista! Handarbeit als Aktivismus (S. 12–14). Mainz: Ventil.

Gaugele, Elke (2011b). Revolutionäre Strickerinnen, Textilaktivist_innen und die Militarisierung der Wolle. Handarbeit und Feminismus in der Moderne. In: Critical Crafting Circle (Hrsg.), Craftista! Handarbeit als Aktivismus (S. 15–28). Mainz: Ventil.

Gebauer, Jana/ Schirmer, Heike (Hrsg.) (2013). Unternehmerisch und verantwortlich wirken? Forschung an der Schnittstelle von Corporate Social Responsibility und Social Entrepreneurship, Schriftenreihe des IÖW 204/13.

Gebauer, Jana/ Ziegler, Rafael (2013). Gemeinsam sind wir groß. Kollaboration als Weg für Postwachstumsunternehmen. In: Ökologisches Wirtschaften, 1/2013 (S. 21–22).

Gebauer, Jana (2018). Anders statt mehr. Eine kurze Einführung in die Wachstumskritik und ein Anstoß für den Fairen Handel. In: Forum Fairer Handel (Hrsg.), Gesellschaftliche Transformation durch Fairen Handel? Tagungsband, Forum Fairer Handel, Berlin (S. 57–61).

Gebauer, Jana (2019). Transformatives Unternehmertum aus der Postwachstumsperspektive: Die Rolle von KMU in einer Transformation hin zu postwachstumsfähigen Regionen. In: Christ, Michaela/ Sommer, Bernd/ Stumpf, Klara (Hrsg.), Transformationsgesellschaften. Zum Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse, Jahrbuch Ökonomie + Gesellschaft 2019 (S. 182–204) Marburg: Metropolis.

Gehlen, Arnold (1953). Die Technik in der Sichtweise der Anthropologie. In: ders., Anthropologische Forschung. Zur Selbstbegegnung und Selbstentdeckung des Menschen (S. 93–103) Reinbek: Rowohlt.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Geiger, Annette (2016). Social Design – ein Paradox? In: Banz, Claudia (Hrsg.), Social Design. Gestalten für die Transformation der Gesellschaft (S. 61–68). Bielefeld: transcript.

Geiger, Annette (2018). Andersmöglichsein. Zur Ästhetik des Designs. Bielefeld: transcript.

Geisen, Thomas (2011). Arbeit und Subjektwerdung in der Moderne. Ein *dialogue imaginaire* zwischen Karl Marx und Hannah Arendt. Wiesbaden: Springer VS.

Geißel, Brigitte/ Jung, Stefan (2020). Mehr Mitsprache wagen. Ein Beteiligungsrat für die Bundespolitik. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter: http://library.fes.de/pdf-files/fes/15848.pdf. Abgerufen am 22.01.2021.

Gerhardt, Volker (1990). Politisches Handeln. Über einen Zugang zum Begriff der Politik. In: ders. (Hrsg.), Der Begriff der Politik. Bedingungen und Gründe politischen Handelns (S. 291–309). Stuttgart: J.B. Metzler.

Gerold, Stefanie (2019). Neubewertungen von Arbeit: Vielfalt von Tätigkeiten ermöglichen und kombinieren. In Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.), Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Marburg: Metropolis.

Gertenbach, Lars (2011). Cornelius Castoriadis: Gesellschaftliche Praxis und radikale Imagination. In: Moebius, Stephan/ Quadflieg, Dirk (Hrsg.), Kultur. Theorien der Gegenwart, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage (S. 277–289). Wiesbaden: VS Verlag.

Gesang, Bernward (2018). Wie sollte eine Demokratie aussehen, die Nachhaltigkeit kann? In: Mannewitz, Tom (Hrsg.), Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge (S. 87–105). Wiesbaden: Springer VS.

Gesing, Friederike/ Knecht, Michi/ Flitner, Michael/ Amelang, Katrin (Hrsg.) (2019). NaturenKulturen. Denkräume und Werkzeuge für neue politische Ökologien. Bielefeld: transcript.

Gess, Brigitte (2001). Politisches Handeln: Hannah Arendt. In: Lietzmann, Hans J. (Hrsg.), Moderne Politik. Politikverständnisse im 20. Jahrhundert (S. 189–216). Opladen: Leske + Budrich.

Gessmann, Martin (2020). Quantensprünge im Design. Wie aus Gebrauchsgegenständen über Nacht ein Politikum wird. In: Lang, Johannes, Zwischenmenschliches Design (S. 99–123). Wiesbaden: Springer VS.

Giddens, Anthony (1991). Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age. Cambridge: Polity Press.

Giddens, Anthony (1995). A Contemporary Critique of Historical Materialism. Band 1, Power, Property and the State, London: Red Globe Press.

Giddens, Anthony (1997). Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gisler, Monika (2005). Aristoteles Gleiche sind bei Arendt Andere. Überlegungen zur philosophischen Anthropologie Aristoteles' und Hannah Arendts, online unter: http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/70/104. Abgerufen am 12.03.2018.

Glaser, Hermann (1981). Maschinenwelt und Alltagsleben. Industriekultur in Deutschland vom Biedermeier bis zur Weimarer Republik. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Glaser, G. Barney/ Strauss, Anselm L. Strauss (2010). Grounded Theory. Strategien qualitative Forschung, 3. Auflage. Bern: Hans Huber (zuerst 1967).

Gnahm, Thomas (2019). „Deine Hose sagt dir, wo's langgeht". In: Das Magazin zur Plattform Creative City Berlin. The Big Good Future #2. Schwerpunkt Digitalisierung (S. 38–41).

Gold, Helmut (2011). Do it Yourself. In: Do it Yourself: Die Mitmach-Revolution. Kataloge der Museumsstiftung. Post und Telekommunikation, Band 29 (S. 6–7). Mainz: Ventil.

Goldberg, Saskia/ Bächtiger, André (2019). Wünsche an Demokratie: Politische Einstellungen, Entscheidungsthema und Demokratiepräferenzen von Bürgern. In: Mayerl, Jochen/ Krause, Thomas/ Wahl, Andreas/ Wuketich, Marius (Hrsg.), Einstellungen und Verhalten in der empirischen Sozialforschung. Analytische Konzepte, Anwendungen und Analyseverfahren (S. 301–324). Wiesbaden: Springer VS.

Gomez, Brad/ Wilson, Matthew (2006). Cognitive heterogeneity and economics voting: A Comparative analysis of four democratic electorates. American Journal of Political Science, 50 (S. 127–145).

Gorz, André (2000). Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gorz, André (2010). Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Zürich: Rotpunktverlag.

Gottschall, Karin/ Betzelt, Sigrid (2003). Zur Regulation neuer Arbeits- und Lebensformen. Eine erwerbssoziologische Analyse am Beispiel von Alleindienstleistern in Kulturberufen. In: Gottschall, Karin/ Voß, G. Günter (Hrsg.), Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag (S. 203–230). München/ Mering: Rainer Hampp.

Gottschall, Karin/ Voß, G. Günter (Hrsg.) (2005). Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. München/ Mering: Rainer Hampp (zuerst 2003).

Gottschlich, Daniela/ Katz, Christine (2018). Caring with Nature/s. Care als Transformationspraxis für die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Waidelich, Waltraud/ Baumgarten, Margit (Hrsg.), Um-Care zum Leben. Ökonomische, theologische, ethische und ökologische Aspekte von Sorgearbeit (S. 83–105). Hamburg: VSA.

Gottschlich, Daniela/ Hackfort, Sarah (2022). Care. In: Gottschlich, Daniela/ Hackfort, Sarah/ Schmitt, Tobias/ Von Winterfeld, Uta (Hrsg.), Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden (S. 307–314). Bielefeld: transcript.

Götz, Annika (2017). Kritik der Öffentlichkeiten. John Dewey neu denken. Wiesbaden: Springer VS.

Greenpeace-Report (2017). „Konsumkollaps durch Fast Fashion", online unter: https ://www.greenpeace.de/publikationen/konsumkollaps-fast-fashion. Abgerufen am 22.09.2019.

Greven, Michael Th. (1993). Pluralität und die Gründung der Freiheit. In: Kemper, Peter (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt (S. 69–96). Frankfurt am Main: Fischer.

Greven, Michael Th. (2000). Kontingenz und Dezision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Greven, Michael Th. (2009). Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, 2. aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Greven, Michael Th. (2010). Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In: Bedorf, Thomas/ Röttgers, Kurt (Hrsg.), Das Politische und die Politik (S. 68–88). Berlin: Suhrkamp.

Grimm, Heike M. (2011). Entrepreneur – Social Entrepreneur – Policy Entrepreneur. Typologische Merkmale und Perspektiven. In: Zeitschrift für Politikberatung, Nr. 3 (S. 441–456).

Grüner, Herbert/ Kleine, Helene/ Puchta, Dieter/ Schulze, Klaus-P. (Hrsg.) (2015). Kreative gründen anders! Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft. Ein Handbuch. Bielefeld: transcript.

Guggenberger, Bernd (1993). Das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Erosion des Politischen. Eine Erkundung mit Hannah Arendt. In: Kemper, Peter (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt (S. 97–118). Frankfurt am Main: Fischer.

Guilford, Joy Paul (1950). Creativity. In: American Psychologist, Vol. 5 (S. 444–454).

Günther, Lisa/ Marder-Puch, Katharina (2019). Selbstständigkeit, Methoden und Ergebnisse des Ad-hoc-Moduls zur Arbeitskräfteerhebung 2019, online unter: https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2019/01/selbststaendigkeit-012019.html. Abgerufen am 02.08.2020.

Gutschker, Thomas (2002). Hannah Arendt – Entdeckung der Pluralität. In: Aristotelische Diskurse (S. 130–183). Stuttgart: J.B. Metzler.

Haak, Carol/ Schmid, Günter (1999). Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt? Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Discussion Paper (S. 99–506).

Haak, Carol/ Schmid, Günter (2001). Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten: Modelle der künftigen Arbeitswelt? Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 2 (S. 156–178).

Haak, Caroll (2005). Künstler zwischen selbständiger und abhängiger Erwerbsarbeit. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Discussion Paper SP I 2005–107.

Habermas, Jürgen (1958). Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit. In: Funke, Gerhard (Hrsg.), Konkrete Vernunft (S. 219–231). Bonn: Bouvier.

Habermas, Jürgen (1967). Zur Logik der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas Jürgen (1981). Theorie des kommunikativen Handelns – Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1984). Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas Jürgen (1987). Theorie des kommunikativen Handelns – Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Vierte, durchgesehene Ausgabe. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1981).

Habermas, Jürgen (1990). Strukturwandel der Öffentlichkeit – Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Habermas, Jürgen (1997). Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (2017). Technik und Wissenschaft als „Ideologie". Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1969).

Hackenberg, Helga/ Empter, Stefan (2011). Social Entrepreneurship und Social Business: Phänomene, Potentiale, Prototypen – Ein Überblick. In: ders. (Hrsg.), Social Entrepreneurship – Social Business: Für die Gesellschaft unternehmen (S. 11–26). Wiesbaden: VS Verlag.

Hackenschmidt, Sebastian (2017). DIY-Möbel. Designstrategien zwischen alternativen Lebensstilen uns Warenästhetik. In: Langreiter, Nikola/ Löffler, Klara (Hrsg.), Selber machen. Diskurse und Praktiken des „Do it yourself" (S. 269–286). Bielefeld: transcript.

Haddick, Anna (2018). Nachhaltige Geschäftsmodelle in der Modebranche. In: Heinrich Peter (Hrsg.), CSR und Fashion. Management-Reihe Corporate Social Responsibility (S. 107–119). Berlin/ Heidelberg: Springer Gabler.

Haeckel, Erich (1866). Generelle Morphologie der Organismen. Band 1. Berlin: Reimer.

Hajer, Maarten (1995). The politics of environmental discourse. Ecological modernization and the policy process. Oxford: University Press.

Hartung, Elisabeth (2017). Visionen gestalten. Neue interdisziplinäre Denkweisen und Praktiken in Design, Kunst und Architektur. Stuttgart: avedition.

Hauff, Michael von/ Kleine, Alexandro (2009). Nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und Umsetzung. München: Oldenbourg.

Hauff, Michael von (2019). Nachhaltige Entwicklungspolitik. München: UVK.

Hauff, Volker (Hrsg.) (1987). Unsere gemeinsame Zukunft: Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp.

Hauffe, Thomas (2016). Die Geschichte des Designs im Überblick. Von der Industrialisierung bis heute. Köln: DuMont.

Haug, Frigga (2001). Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument, Nr. 243 (S. 761–787).

Haug, Frigga (2014). Zeit, Wohlstand und Arbeit neu definieren. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.), Zeitwohlstand – Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben (S. 26–38). München: oekom.

Haunss, Sebastian (2004). Identität in Bewegung: Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag.

Häusler, Richard/ Kerns, Claudia (2008). LOHAS – Mythos und Wirklichkeit. Berlin: stratum.

HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.) (2000). Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie. Düsseldorf.

Heckl, Wolfgang M. (2013). Die Kultur der Reparatur. München: Carl Hanser.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986). Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1821).

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1988). Phänomenologie des Geistes. Neu hrsg. von Hans-Friedrich Wessels und Heinrich Clairmont. Hamburg: Felix Meiner Verlag (zuerst 1807).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (2002). System der Sittlichkeit [Critik des Fichteschen Naturrechts], hrsg. von Horst D. Brandt. Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Heidbrink, Ludger (2010). Die Rolle des Verantwortungsbegriffs in der Wirtschaftsethik, Working Papers des CRR, online unter: http://www.responsibility-research.de/resources/WP_9_Verantwortungsbegriff_in_der_Wirtschaftsethik.pdf. Abgerufen am 22.12.2018.

Heidegger, Martin (1986). Sein und Zeit, Tübingen: Niedermayer (zuerst 1927).

Heiland, Heiner/ Schaupp, Simon (2023). Informeller Widerstand im Arbeitsprozess – eine Einführung. In: ders. (Hrsg.), Widerstand im Arbeitsprozess. Eine arbeitssoziologische Einführung (S. 7–25). Bielefeld: transcript.

Heine, Hartwig/ Mautz, Rüdiger (1989). Industriearbeiter contra Umweltschutz? Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Heming, Ralf. (2007). Systemdynamiken, Lebenswelt und Zivilgesellschaft – Zeitdiagnostische Aspekte der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas. In: Schimank, Uwe/ Volkmann Ute (Hrsg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen I (S. 57–73). Wiesbaden: VS Verlag.

Henkel, Anne et al. (2021). Zur Einleitung: Kernaspekte einer Soziologie der Nachhaltigkeit. In: SONA – Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (Hrsg.), Soziologie der Nachhaltigkeit (S. 9–34). Bielefeld: transcript.

Hentilä, Marjaliisa/ Schug, Alexander (2006). Von heute an für alle! Hundert Jahre Frauenwahlrecht. Berlin: Wissenschaftsverlag.

Hentschel, Marte (2019). „Lasst uns vorangehen in Berlin!" In: Das Magazin zur Plattform Creative City Berlin. The Big Good Future #2. Schwerpunkt Digitalisierung (S. 34–37).

Herlyn, Estelle/ Lévy-Tödter, Magdalène (Hrsg.) (2020). Die Agenda 2030 als Magisches Vieleck der Nachhaltigkeit. Systemische Perspektiven. Wiesbaden: Springer Gabler.

Herlyn, Gerrit/ Müske, Johannes/ Schönberger, Klaus/ Sutter, Ove (2009). Ethnografische Arbeitskulturen-Forschung und Entgrenzungsprozesse. In: ders. (Hrsg.), Arbeit und Nicht-Arbeit: Entgrenzungen und Begrenzungen von Lebensbereichen und Praxen (S. 9–20). München/ Mering: Rainer Hampp.

Heßler, Martina (2019). Technik und Autonomie Kulturhistorische Bemerkungen zu einem komplexen Verhältnis. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Karačić, Anemari (Hrsg.), Autonome Systeme und Arbeit. Perspektiven, Herausforderungen und Gren- zen der Künstlichen Intelligenz in der Arbeitswelt (S. 247–274). Bielefeld: transcript.

Heuer, Wolfgang (2006). Politik und Verantwortung. In: APuZ, Hannah Arendt, 39/2006 (S. 8–14).

Hidalgo, Oliver (2018). Von den Antinomien zu den Strukturdefekten der Demokratie. Eine theoretische Analyse mit einem Ausblick auf das politische Problem der Nachhaltigkeit. In: Mannewitz, Tom (Hrsg.), Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge (S. 33–55). Wiesbaden: Springer VS.

Hildebrandt, Eckart (2000). Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung. In: Lange, Hellmuth (Hrsg.), Ökologisches Handeln als Sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag, Buchreihe Soziologie und Ökologie, Band 4. (S. 213–245). Opladen: Leske + Budrich.

Hildebrandt, Eckhart/ Reinecke, Karsten/ Rindspacher, Jürgen/ Voß, G. Günter (2000). Einleitung: Zeitwandel und reflexive Lebensführung. In: Hildebrandt, Eckart

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

(Hrsg.), Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit (S. 9- 45). Berlin: edition sigma.

Himmelreich, Jörg (2017). Nation – eine Begriffsbestimmung aus aktuellem Anlass. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, online unter: https://m.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/246806/nation-eine-begriffsbestimmung-aus-aktuellem-anlass. Abgerufen am 04.06.2020.

Hinkelammert, Franz Josef (2007). Das Subjekt und das Gesetz: Die Rückkehr des verdrängten Subjekts. Münster: Edition ITP-Kompass.

Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2008). Arbeit. In: Baur, Nina/ Korte, Hermann/ Löw, Martina/ Schroer, Markus (Hrsg.), Handbuch Soziologie (S. 33–53). Wiesbaden: VS Verlag.

Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Karačić, Anemari (2019). Einleitung. In: ders. (Hrsg.), Autonome Systeme und Arbeit. Perspektiven, Herausforderungen und Grenzen der Künstlichen Intelligenz in der Arbeitswelt (S. 9–24). Bielefeld: transcript.

Hitzler, Ronald (2001). Eine formale Bestimmung politischen Handelns. In: Bluhm, Harald/ Gebhardt, Jürgen (Hrsg.), Konzepte politischen Handelns: Kreativität – Innovation – Praxen (S. 43–50). Baden-Baden: Nomos.

Hitzler, Ronald/ Pfadenhauer, Michaela (2006). Diesseits von Manipulation und Souveränität. In: Lamla, Jörn/ Neckel, Sighard (Hrsg.), Politisierter Konsum – konsumierte Politik (S. 67–89). Wiesbaden: VS Verlag.

Hobbes, Thomas (1986). Leviathan. 2 Tle. Mayer, Jakob P. (Hrsg.), Nachwort von Malte Diesselhorst. Stuttgart: Reclam (zuerst 1651).

Hockerts, Kai/ Wüstenhagen, Rolf (2010). Greening Goliaths versus emerging Davids – Theorizing about the role of incumbents and new entrants in sustainable entrepreneurship. In: Journal of Business Venturing, Vol. 25, No. 5 (S. 481-492).

Hoff, Ernst-H./ Lecher, Thomas (1995). Ökologisches Verantwortungsbewusstsein. In: Jänicke, Martin/ Bolle, Hans-Jürgen/ Carius, Alexander (Hrsg.), Umwelt Global. Veränderungen, Probleme, Lösungsansätze (S. 213–224). Berlin/ Heidelberg: Springer.

Höffe, Otfried (1993a). Politische Ethik im Gespräch mit Hannah Arendt. In: Kemper, Peter (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt (S. 13–33). Frankfurt am Main: Fischer.

Höffe, Otfried (1993b). Moral als Preis der Moderne. Ein Versuch über Wissenschaft, Technik und Umwelt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hoffmann, Stefan (2008). Boykottpartizipation. Wiesbaden: Springer Gabler.

Hoffmann-Lange, Ursula (2000). Bildungsexpansion, politisches Interesse und politisches Engagement in den alten Bundesländern. In: Niedermayer, Oscar/ Westle, Bettina (Hrsg.), Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase (S. 46–64). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Hoffmann-Lange, Ursula (2001). Politikverdrossenheit oder Politikdistanz? Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen, Diskurs 11, Thema Homo politicus novus (S. 11–19). Frankfurt am Main: peDOCS.

Holler, Simon (2007). Fairtrade als subpolitisches Konzept. Ziele, Strukturen, Herausforderungen und Strategien. In: Baringhorst, Sigrid/ Kneip, Veronika/ März, Annegret/ Niesyto, Johanna (Hrsg.), Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (S. 335–352). Bielefeld: transcript.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Hopf, Christel (1979). Soziologie und qualitative Sozialforschung. In: Hopf, Christel/ Weingarten, Elmar (Hrsg.), Qualitative Sozialforschung (S. 11–37). Stuttgart: Klett-Cotta.

Horkheimer, Max (1995). Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt am Main: Fischer.

Hornig, Eike-Christian (2017). Mythos direkte Demokratie: Praxis und Potentiale in Zeiten des Populismus. Opladen/ Berlin/ Toronto: Barbara Budrich.

Hornung, Isabelle/ Nowak, Tine/ Kuni, Verena (2011). Do it Yourself: Die Mitmach-Revolution. Eine Einführung in die Ausstellung. In: Do it Yourself: Die Mitmach-Revolution. Kataloge der Museumsstiftung. Post und Telekommunikation, Band 29 (S. 8–19). Mainz: Ventil.

Hösle, Vittorio (1997). Moral und Politik: Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert. München: C.H.Beck.

Howe, Jan Niklas (2019). Die Anfänge des schöpferischen Menschen: Edward Youngs Conjectures. In: Kannler, Kim/ Klug, Valeska/ Petzold, Kristina/ Schaaf, Franziska (Hrsg.), Kritische Kreativität Perspektiven auf Arbeit, Bildung, Lifestyle und Kunst (S. 21–42). Bielefeld: transcript.

Huber, Birgit (2012). Arbeiten in der Kreativindustrie. Eine multilokale Ethnografie der Entgrenzung von Arbeits- und Lebenswelt. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Hübner, Dietmar (2010a). Der Ort der Macht. Potestas und auctoritas als Deutungslinien für Markt und Medien, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 58 Heft 3 (S. 395–415).

Hübner, Dietmar (2010b). Theorie der Ethik. In: Fuchs, Michael et al. Forschungsethik. Eine Einführung (S. 1–39). Stuttgart/ Weimar: J.B. Metzler.

Hunecke, Marcel (2000). Ökologische Verantwortung, Lebensstile und Umweltverhalten. Heidelberg/ Kröning: Asanger.

Husemann, Pirkko (2009). Choreographie als kritische Praxis. Arbeitsweisen bei Xavier Le Roy und Thomas Lehmen. Bielefeld: transcript.

Huster, Ernst-Ulrich (1985). Herr und Knecht: Zur Ethik des Staates. Begründung staatlicher Herrschaft in Deutschland. In: Neumann, Franz (Hrsg.), Politische Ethik (S. 44–91). Baden-Baden: Signal.

IHK Berlin/Potsdam/ Land Berlin/Brandenburg (Hrsg.) (2013). Kultur- und Kreativwirtschaftsindex Berlin-Brandenburg. Wirtschaftliche Stimmung und Standortbewertung, online unter: https://www.house-of-research.de/wp-content/uploads/HoR_KKI_BB_2013.pdf. Abgerufen am 02.08.2020.

IHK Berlin/Potsdam/ Land Berlin/Brandenburg (Hrsg.) (2015). Kultur- und Kreativwirtschaftsindex Berlin-Brandenburg. Stimmungslage, Standortbewertung und die Entwicklung seit 2011, online unter: https://www.house-of-research.de/wp-content/uploads/KKI_BB_2015.pdf. Abgerufen am 02.08.2020.

ILO (International Labour Organization) (2022). Global Estimates of Modern Slavery. Forced Labour and Forced Marriage, online unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@ipec/documents/publication/wcms_854733.pdf. Abgerufen am 09.02.2023.

Immler, Hans (1984a). Ist nur Arbeit wertbildend? Zum Verhältnis von politischer Ökonomie und ökologischer Krise. In: Immler, Hans/ Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.), Marx und die Naturfrage: Ein Wissenschaftsstreit (S. 21–44). Hamburg: VSA.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Immler, Hans (1984b). Und die Natur produziert doch Wert! Eine ökologische Kritik am Begriff der abstrakten Arbeit. In: Immler, Hans/ Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.), Marx und die Naturfrage: Ein Wissenschaftsstreit (S. 65–110). Hamburg: VSA.

Inglehart, Ronald (1977). The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: University Press.

Inglehart, Ronald (1979). Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Klages, Helmut/ Kmieciak, Peter (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel (S. 279–316). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Inglehart, Ronald (1998). Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus.

Inglehart, Ronald/ Welzel, Christian (2005). Modernization, Cultural Change and Democrazy: The Human Development Sequence. Cambridge: University Press.

Irrgang, Bernhard (2010). Homo Faber: Arbeit, technische Lebensform und menschlicher Leib. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Isaksen, Scott G./ Murdock, Mary C./ Firestien, Roger L./ Treffinger, Donald J. (Hrsg.) (1993). Understanding and Recognizing Creativity: The Emergence of a Discipline. Norwood, NJ: Ablex.

Jackob, Nikolaus (2007). Wahlkampfkommunikation als Vertrauenswerbung – Einführung anstelle eines Vorworts. In: Jackob, Nikolaus (Hrsg.), Wahlkämpfe in Deutschland: Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912–2005 (S. 11–33). Wiesbaden: VS Verlag.

Jacobson, Arthur C. (1912). Literary genius and manic depressive insanity, Medical Report, Vol. 82 (S. 937–939).

Jaeggi, Rahel (1997). Welt und Person: Zum anthropologischen Hintergrund der Gesellschaftskritik Hannah Arendts. Berlin: Lukas.

Jaeggi (2016). Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems. Berlin: Suhrkamp.

Jähnke, Petra/ Christmann, Gabriele B./ Balgar, Karsten (2011). Zur Einführung: Social Entrepreneurship und Raumentwicklung. In: ders. Social Entrepreneurship. Perspektiven für die Raumentwicklung (S. 7–19). Wiesbaden: VS Verlag.

Jain, Anil K. (2000). Politik in der (Post-)Moderne. Reflexiv-deflexive Modernisierung und die Diffusion des Politischen. München: edition fatal.

Jain, Anil K. (2001). Subpolitik als diffuse Nichtpolitik, online unter: https://www.power-xs.net/jain/pub/subpolitik-nichtpolitik.pdf. Abgerufen am 27.04.2021.

Jameson, Fredric (1991). Postmodernism, or, The Cultural Logic of Late Capitalism. Duke University Press: London/ New York.

Janczyk, Stefanie (2009). Arbeit und Leben: Eine spannungsreiche Ko-Konstitution. Zur Revision zeitgenössischer Konzepte der Arbeitsforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Jensen, Maren (2018). Studie des Weltwirtschaftsforums: Maschinen verrichten bald mehr Arbeit als Menschen, online unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziale

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

s/studie-weltwirtschaftsforum-maschinen-verrichten-bald-mehr-arbeit-als-menschen-a-1228108.html. Abgerufen am 25.02.2019.

Jesse, Eckhard (2019). Das Ende der Parteien? Das hiesige Parteiensystem war lange ein Hort der Stabilität. Doch die großen Parteien verlieren an Zuspruch. Wie geht die Entwicklung weiter? Vier Szenarien, online unter: https://www.politik-kommunikation.de/politik/das-ende-der-parteien/. Abgerufen am 08.08.2023.

Jischa, Michael F. (2013). Folgenabschätzungen. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 42–53). Bad Homburg: VAS

Joas, Hans (1989). Praktische Intersubjektivität: Die Entwicklung des Werkes von George Herbert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Joas, Hans (1996). Die Kreativität des Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Jochum, Georg (2016). Kolonialität der Arbeit. Zum historischen Wandel der durch Arbeit vermittelten Naturverhältnisse. In: Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 125–152). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Jochum, Georg (2018). Zur historischen Entwicklung des Verständnisses von Arbeit. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1 (S. 85–142). Wiesbaden: Springer VS.

Jochum, Georg/ Barth, Thomas (2020). Auf dem Weg zu nachhaltiger Arbeit? Zur Rolle von Arbeit in der Entwicklung nachhaltiger sozialer Innovationsprozesse. In: Franz, Hans-Werner et al. (Hrsg.), Nachhaltig Leben und Wirtschaften (S. 53–74). Wiesbaden: Springer VS.

Jonas, Hans (2020). Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1979).

Jorck, Gerrit von/ Schrader, Ulf (2019). Unternehmen als Gestalter nachhaltiger Arbeit. In: Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.), Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft (S. 95–125). Marburg: Metropolis.

Jörissen, Jörg/ Kopfmüller, Jürgen/ Brandl, Volker (Hrsg.) (1999). Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung, Forschungszentrum Karlsruhe GmbH. Karlsruhe: Berichte FZKA 6393.

Jörke, Dirk (2011). Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: APuZ, Postdemokratie?, 1–2/2011 (S. 13–17).

Junge, Matthias (2002). Religiöser Wandel und Wertewandel. In: Volkmann, Ute/ Schimank, Uwe (Hrsg.), Soziologische Gegenwartsdiagnosen II. Vergleichende Sekundäranalysen (S. 183–197). Wiesbaden: VS Verlag.

Jürgens, Ulrich/ Naschold, Frieder (1982). Arbeitspolitik – Entwicklungstendenzen und Politikformen. In: Hesse, Joachim J. (Hrsg.), Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. PVS Sonderheft 13 (S. 327–343).

Kaase, Max/ Marsh, Alan (1979). Political Action. A theory perspective. In: Barnes, Samuel H./ Kaase, Max et al., Political Action – Mass Participation in Five Western Democracies (S. 27–56). Beverly Hills: Sage.

Kaase, Max (1982). Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: Raschke Joachim (Hrsg.), Bürger und Parteien. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Nr. 189 (S. 173–189). Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kaase, Max (1997). Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/ Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft, 3. Auflage (S. 159–174). Opladen: Leske + Budrich.

Kahlert, Heike/ Kajatin, Claudia (2004). Entgrenzung, Vernetzung, Beschleunigung – Auf dem Weg ins Informationszeitalter. In: ders. (Hrsg.), Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter: Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern (S. 9–33). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Kahlert, Heike (2005). „Das Private ist politisch!" Die Entgrenzung des Politischen im Kontext von Anthony Giddens' Strukturierungstheorie. In: Harders Cilja/ Kahlert Heike/ Schindler Delia (Hrsg.), Forschungsfeld Politik. Politik und Geschlecht, Band 15 (S. 147–173). Wiesbaden: VS Verlag.

Kannler, Kim/ Klug, Valeska/ Petzold, Kristina/ Schaaf, Franziska (Hrsg.) (2019). Kritische Kreativität Perspektiven auf Arbeit, Bildung, Lifestyle und Kunst. Bielefeld: transcript.

Kant, Immanuel (1974). Kritik der Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1790).

Kant, Immanuel (1993). Zum Ewigen Frieden. Stuttgart: Reclam (zuerst 1795).

Kant, Immanuel (1997). Die Metaphysik der Sitten. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1785).

Kant, Immanuel (2000). Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Werkausgabe Band VII. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1788).

Karathanassis, Athanasios (2015). Kapitalistische Naturverhältnisse. Ursachen von Naturzerstörungen. Begründungen einer Postwachstumsökonomie. Hamburg: VSA

Kastner, Jens (2008). (Was heißt) Gegen-Verhalten im Neoliberalismus? In: Hechler, Daniel/ Philipps, Axel (Hrsg.), Widerstand denken. Michel Foucault und die Grenzen der Macht (S. 39–56). Bielefeld: transcript.

Keilig, Thomas (2009). Deutschland in der Prekarisierungs-Falle. Wie „aktivierende" Arbeitsmarktpolitik die Erosion der Erwerbsarbeitsgesellschaft vorantreibt. Marburg: Tectum.

Kelle, Udo/ Kluge, Susanne (2010). Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, 2. überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Keller, Berndt (2008a). Einführung in die Arbeitspolitik, 7. Auflage. München: Oldenbourg.

Keller, Berndt/ Seifert, Hartmut (2013). Atypische Beschäftigung zwischen Prekarität und Normalität. Berlin: edition sigma.

Keller, Reiner (2008b). Der Müll der Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner/ Hirseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2, Forschungspraxis, 3. aktualisierte und überarbeitete Auflage (S. 197–232). Wiesbaden: VS Verlag.

Kemp, Wolfgang (1991). John Ruskin 1819–1900. Leben und Werk. Frankfurt am Main: Fischer.

Kemper, Peter (1993). Vorwort. In: ders. (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Arendt (S. 7–12). Frankfurt am Main: Fischer.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kern, Horst/ Schumann, Michael (1984). Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung. München: C.H.Beck.

Kern, Jana/ Vogt, Alex (2016). Future. Fashion. Economics. Der Guide für zukunftsorientiertes, verantwortungsbewusstes Wirtschaftsdenken in der Modebranche – A guide to economic thinking in the fashion industry. Frankfurt am Main: dfv Mediengruppe.

Kern, Thomas (2008). Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: VS Verlag.

Kingdon, John W. (1984). Agendas, Alternatives and Public Policies. Boston: Little Brown.

Kirzner, Israel M. (1988). Unternehmer und Marktdynamik. München/ Wien: Philosophia Verlag (zuerst 1979).

Klages, Helmut (2018). Parteiendemokratie im Umbruch? Eine explorative Untersuchung. Informationsdienst Soziale Indikatoren, 60, (S. 35–39).

Klaus, Elisabeth/ Drüeke, Ricarda (2012). Öffentlichkeiten in Bewegung? Das Internet als Herausforderung feministischer Öffentlichkeitstheorien. In: Maier, Tanja/ Thiele, Martina/ Linke, Christine (Hrsg.), Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht in Bewegung. Forschungsperspektiven der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Geschlechterforschung (S. 51–70). Bielefeld: transcript.

Klaus, Elisabeth/ Zobl, Elke (2019). Kritische kulturelle Produktion im Kontext von Cultural Studies und Cultural Citizenship. In: Zobl, Elke/ Klaus, Elisabeth/ Moser, Anita/ Baumgartinger, Persson Perry (Hrsg.), Kultur produzieren. Künstlerische Praktiken und kritische kulturelle Produktion (S. 18–31). Bielefeld: transcript.

Klawitter, Niels (2017). Textilindustrie in Burma: Studie wirft H&M Kinderarbeit vor, online unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/h-m-primark-takko-studie-wirft-modeketten-kinderarbeit-in-burma-vor-a-1133370.html. Abgerufen am 22.09.2020.

Kleemann, Frank/ Matuschek, Ingo/ Voß, G. Günter (2003). Subjektivierung von Arbeit. Ein Überblick über den Stand der Diskussion. In: Moldaschl, Manfred/ Voß, G. Günter (Hrsg.), Subjektivierung, 2. Auflage (S. 57–114). München/ Mering: Rainer Hampp.

Kleemann, Frank/ Krähnke, Uwe/ Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2009). Interpretative Sozialforschung: Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Kleemann, Frank/ Voß, G. Günter (2018). Arbeit und Subjekt. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 2: Akteure und Institutionen, 2. Auflage (S. 15–57). Wiesbaden: Springer VS.

Kleemann, Frank/ Westerheide, Jule/ Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2019). Arbeit und Subjekt. Aktuelle Debatten der Arbeitssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.

Klein, Markus/ Spier, Tim (2011a). Welche Zukunft hat das innerparteiliche Engagement der Bürger? In: Spier, Tim/ Klein, Markus/ Alemann, Ulrich von/ Hoffmann, Hanna/ Laux, Annika/ Nonnenmacher, Alexandra/ Rohrbach, Katharina (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland (S. 203–213). Wiesbaden: VS Verlag.

Klein, Markus/ Spier, Tim (2011b). Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel. In: APuZ, Demokratie und Beteiligung, 44–45/2011 (S. 33–39).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Klein, Markus/ Alemann, Ulrich von (2011). Warum braucht die Demokratie Parteien? In: Spier, Tim/ Klein, Markus/ Ahlemann, Ulrich von/ Hoffmann, Hanna/ Laux, Annika/ Nonnenmacher, Alexandra/ Rohrbach, Katharina (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland (S. 9–17). Wiesbaden: VS Verlag.

Klein, Markus (2020). Partizipation im Rahmen der parteistaatlichen Demokratie. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 376–392). Baden-Baden: Nomos.

Kleine-Benne, Birte (2019). Künstlerische Poiesis ft. Menschenrechte ft. künstlerische Poiesis. In: kunsttexte.de. Sektion Gegenwart, Nr. 4/2019 (S. 1–36), online unter: https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/21700/kleine_benne.pdf. Abgerufen am 22.09.2020.

Kluge, Arnd (2013). Die Zünfte. Stuttgart: Franz Steiner.

Kluge, Susann (1999). Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung. Opladen/ Bremen: Leske + Budrich.

Knight, Frank H. (2014). Risk, Uncertainity, and Profit. Stonehurst Cir: Signalman Publishing (zuerst 1921).

Knoblauch, Hubert (2008). Transzendentale Subjektivität. Überlegungen zu einer wissenssoziologischen Theorie des Subjekts. In: Raab, Jürgen et al. (Hrsg.), Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Übersetzungen (S. 65–75). Wiesbaden: VS Verlag.

Knoblauch, Hubert (2010). Das Subjekt der Gesellschaft und die Gesellschaft der Subjekte. In: John, René/ Henkel, Anna/ Rückert-John, Jana (Hrsg.), Die Methodologie des Systems. Wie kommt man zum Fall und wie dahinter? (S. 273–291). Wiesbaden: VS Verlag.

Kocka, Jürgen (2000). Einleitung: Neubestimmung der Arbeit. In: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit (S. 265–268). Frankfurt am Main: Campus.

Kocka, Jürgen (2008). Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel. In: APuZ, Bürger-Bürgertum – Bürgerlichkeit, 9–10/2008 (S. 3–8).

Kohl, Tim (2009). Holistische Wirtschaftsethik: Grundlegung und Anwendung auf die Managergehälter. Stuttgart: Kohlhammer.

Komlosy, Andrea (2019). Zur geschichtlichen Entwicklung von Arbeit. In: Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.), Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft (S. 27–43). Marburg: Metropolis.

König, Susanne (2014). Social Design: Geschichte, Praxis, Perspektiven. Eine Tagung der Gesellschaft für Designgeschichte und des Museums für Kunst und Gewerbe, Hamburg, 23. und 24. Mai 2014, Soziales Design am Beispiel der Arts-and-Crafts-Bewegung. Eine Analyse im Spannungsfeld zwischen Produzent, Konsument und Umwelt (S. 1–16), online unter: http://dev.konstantinsaller.de/wp-content/uploads/ 2020/03/ Button_2_Beitr%C3%A4ge2014.pdf. Abgerufen am 20.05.2018.

König, Tim (2012). In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kopfmüller, Jürgen/ Brandl, Volker/ Jörissen, Juliane/ Paetau, Michael (2001). Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet: Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin: edition sigma.

Kopfmüller, Jürgen/ Grunwald, Armin (2012). Nachhaltigkeit, 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Koppetsch, Cornelia (2006). Das Ethos der Kreativen: Eine Studie zum Wandel von Arbeit und Identität am Beispiel der Werbeberufe. Konstanz: UVK.

Koppetsch, Cornelia (2015). Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.

Korte, Karl-Rudolf/ Fröhlich, Manuel (2009). Politik und Regieren in Deutschland: Strukturen, Prozesse, Entscheidungen. Paderborn: Schöningh.

Korte, Karl-Rudolf (2021). Veränderungen im Parteiensystem, online unter: https://www.bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335669/veraenderungen-im-parteiensystem/. Abgerufen am 22.09.2019.

Kosok, Felix (2021). Form, Funktion und Freiheit. Über die ästhetisch-politische Dimension des Designs. Bielefeld: transcript.

Krämer, Hannes (2014). Die Praxis der Kreativität. Eine Ethnografie kreativer Arbeit. Bielefeld: transcript.

Kratzer, Nick/ Sauer, Dieter (2003). Entgrenzung von Arbeit. Konzept, Thesen, Befunde. In: Gottschall, Karin/ Voß, G. Günter (2003). Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag (S. 87-124). München/ Mering: Rainer Hampp.

Krause, Ralf/ Rölli, Marc (2010). Mikropolitik. Eine Einführung in die politische Philosophie von Gilles Deleuze und Félix Guattari. Wien: Turia + Kant.

Kräuter, Katrin (2009). Der Machtbegriff bei Hannah Arendt. Marburg: Tectum.

Kreis, Reinhild (2017). Anleitungen zum Selbermachen. Do it Yourself, Normen und soziale Ordnungsvorstellungen in der Industriemoderne. In: Langreiter, Nikola/ Löffler, Klara (Hrsg.), Selber machen. Diskurse und Praktiken des „Do it Yourself". (S. 17–33). Bielefeld: transcript.

Kreis, Reinhild (2020). Selbermachen. Eine andere Geschichte des Konsumzeitalters. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Krempl, Sophie-Thérèse (2011). Paradoxien der Arbeit oder: Sinn und Zweck des Subjekts im Kapitalismus. Bielefeld: transcript.

Kropp, Cordula/ Stinner, Sven (2018). Wie weit reicht die transformative Kraft der urbanen Ernährungsbewegung? Soziologie und Nachhaltigkeit, 4(1) (S. 26–50), online unter: https://doi.org/10.17879/sun-2018-2247. Abgerufen am 12.06.2019.

Krull, Stephan/ Massarrat, Mohssen/ Steinrücke, Margareta (Hrsg.) (2009). Schritte aus der Krise: Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen. Drei Projekte, die zusammengehören. Hamburg: VSA.

Küchler, Manfred (1982). Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit? In: Raschke Joachim (Hrsg.), Bürger und Parteien. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Nr. 189 (S. 39–54). Wiesbaden: VS Verlag.

Kudera, Werner (2000). Lebensführung als individuelle Aufgabe. In: Kudera, Werner/ Voß, G. Günter (Hrsg.), Lebensführung und Gesellschaft. Beiträge zu Konzept und Empirie alltäglicher Lebensführung (S. 77–89). Opladen: Leske + Budrich.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Kudera, Werner/ Voß, G. Günter (2000). Alltägliche Lebensführung – Bilanz und Ausblick. In: ders. (Hrsg.), Lebensführung und Gesellschaft (S. 12–26). Opladen: Leske + Budrich.

Kuhlmann, Martin (2013). Arbeitspolitik. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Minssen, Heiner (Hrsg.), Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie (S. 63–67). Berlin: edition sigma.

Kuhn, Hans-Peter (2000). Mediennutzung und politische Sozialisation. Opladen: Leske + Budrich.

Kühn, Jan-Michael (2016). Die Wirtschaft der Techno-Szene. Arbeiten in einer subkulturellen Ökonomie. Wiesbaden: Springer VS.

Kurt, Hildegard/ Wagner, Bernd (Hrsg.) (2003). Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit: Die Bedeutung von Kultur für das Leitbild Nachhaltige Entwicklung. Essen: Klartext.

Kurtz, Thomas (2002). Berufssoziologie. Bielefeld: transcript.

Kurz, Melanie (2015). Handwerk oder Design. Zur Ästhetik des Handgemachten. Paderborn: Fink.

Laclau, Ernesto (1988). Die Politik als Konstruktion des Undenkbaren. In: kultuRRevolution. Nr. 17/18 (S. 54–57).

Laclau, Ernesto (1999a). Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie. In: Mouffe, Chantal (Hrsg.), Dekonstruktion und Pragmatismus. Wahrheit und Vernunft (S. 111- 154). Wien: Turia + Kant.

Laclau, Ernesto (1999b). Hegemony and the Future of Democracy: Ernesto Laclau's Political Philosophy. In: Worsham, Lynn/ Olson, Gary A. (Hrsg.), Race, Rhetoric, and the Postcolonial (S. 129–164). Albany: SUNY Press.

Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal (2000). Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen Verlag (zuerst 1985).

Ladwig, Bernd (2010). Moderne politische Theorie. Fünfzehn Vorlesungen zur Einführung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Lahusen, Christian (2003). Die Kontraktualisierung des Politischen. In: Nassehi, Armin/ Schroer, Markus (Hrsg.), Der Begriff des Politischen: Soziale Welt – Sonderband 14 (S. 101–116). Baden-Baden: Nomos.

Lamla, Jörn (2001). Die politische Theorie der reflexiven Modernisierung: Anthony Giddens. In: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart II (S. 283–316). Opladen: Leske + Budrich.

Lamla, Jörn (2003). Anthony Giddens. Einführungen. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Lamla, Jörn (2013). Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Landwehr, Charlotte (2020). Deliberative Beteiligungsformen. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 413–434). Baden-Baden: Nomos.

Lang, Johannes (2020). Soziales Gestalten für und aus Freiheit. In: Fineder, Martina/ Lang, Johannes (Hrsg.), Zwischenmenschliches Design (S. 99–123). Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Lange, Bastian (2007). Die Räume der Kreativszenen: Culturpreneurs und ihre Orte in Berlin. Bielefeld: transcript.

Lange, Bastian/ Kalandides, Ares/ Stöber, Birgit/ Wellmann, Inga (Hrsg.) (2009). Governance der Kreativwirtschaft: Diagnosen und Handlungsoptionen. Bielefeld: transcript.

Lange, Dirk/ Onken, Holger/ Slopinski, Andreas (2013). Politisches Interesse. In: ders. (Hrsg.), Politisches Interesse und Politische Bildung. Zum Stand des Bürgerbewusstseins Jugendlicher und junger Erwachsener (S. 29–37). Wiesbaden: Springer VS.

Lange, Hellmuth (2002). Veränderungen von Lebensstilen als gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. In: Rink, Dieter (Hrsg.), Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potenziale (S. 205–228). Opladen: Leske + Budrich.

Latour, Bruno (2005). Von der Realpolitik zur Dingpolitik. Oder wie man Dinge öffentlich macht. Übersetzt von Gustav Roßler. Berlin: Merve.

Latour, Bruno (2007). Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Aus dem Englischen von Gustav Roßler. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Latour, Bruno (2010). Ein vorsichtiger Prometheus. Einige Schritte hin zu einer Philosophie des Designs, unter besonderer Berücksichtigung von Peter Sloterdijk, online unter: http://www.bruno-latour.fr/sites/default/files/downloads/112-DESIGN-SLOTERDIJK-DE.pdf. Abgerufen am 22.09.2019.

Latour, Bruno (2017). Kampf um Gaia – Acht Vorträge über das neue Klimaregime. Aus dem Französischen von Achim Russer und Bernd Schwibs. Berlin: Suhrkamp.

Latour, Bruno (2018). Das terrestrische Manifest. Berlin: Suhrkamp.

Laux, Henning (2018). Das Anthropozän. Zur Konstruktion eines neuen Erdzeitalters. In: Laux, Henning/ Henkel, Anna (Hrsg.), Die Erde, der Mensch und das Soziale. Zur Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän (S. 15–26). Bielefeld: transcript.

Lazzarato, Maurizio (1998). Immaterielle Arbeit. In: Negri, Toni/ Lazzarato, Maurizio/ Virno, Paolo (Hrsg.), Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion (S. 39–52). Berlin: ID Verlag.

Leadbeater, Charles/ Oakley, Kate (1999). The Independents. Britain's New Cultural Entrepreneurs. London: Demos.

Leggewie, Claus (1994). Fuzzy Politics. Weltgesellschaft, Multikulturalismus und Vergleichende Politikwissenschaft. In: ders. (Hrsg.), Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik (S. 120–134). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Leggewie, Claus/ Welzer, Harald (2009). Das Ende der Welt, wie wir sie kannten: Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main: Fischer.

Lehmann, Sonja/ Müller-Wienbergen, Karina/ Thiel, Julia Elena (Hrsg.) (2015). Neue Muster, alte Maschen? Interdisziplinäre Perspektiven auf die Verschränkungen von Geschlecht und Raum. Bielefeld: transcript.

Leidhold, Wolfgang (2001). Das kreative Projekt: Genealogie und Begriff. In: Bluhm, Harald/ Gebhardt, Jürgen (Hrsg.), Konzepte politischen Handelns: Kreativität – Innovation – Praxen (S. 51–72). Baden-Baden: Nomos.

Lévi-Strauss, Claude (1968). Das wilde Denken. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Lieb, Anja (2005). Demokratische Leerstelle Arbeit? In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Corell, Lena/ Janczyk, Stefanie (Hrsg.), In Arbeit: Zukunft (S. 172–188). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Liebsch, Burkhard (2010). Ethik als antipolitisches Denken. Kritische Überlegungen zu Emmanuel Levinas mit Blick auf Jacques Rancière. In: Bröckling, Ulrich/ Feustel, Robert (Hrsg.), Das Politische Denken. Zeitgenössische Positionen (S. 99–129). Bielefeld: transcript.

Limbach, Jutta (2003). Die Demokratie und ihre Bürger. Aufbruch zu einer neuen politischen Kultur. München: C.H.Beck.

Loacker, Bernadette (2010). Kreativ prekär. Künstlerische Arbeit und Subjektivität im Postfordismus. Bielefeld: transcript.

Löffler, Marion (2013). Der Schumpeterianische Unternehmer als fragwürdiges Vorbild für Social Entrepreneurs. In: Kurswechsel 2/2013 (S. 16–27).

Lohr, Karin/ Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (2005). Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Loidolt, Sophie (2018). Hannah Arendts Phänomenologie der Pluralität: Sozialontologische, politische und ethische Aspekte, online unter: http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/390. Abgerufen am 22.09.2019.

Lombroso, Cesare (1891). The man of genius, London: Walter Scott.

Luckner, Andreas (2005). Klugheit. Berlin: de Gruyter.

Luhmann, Niklas (2002). Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lukas, Karin (2007). Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen. In: Baringhorst, Sigrid/ Kneip, Veronika/ März, Annegret/ Niesyto, Johanna (Hrsg.), Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (S. 207–222). Bielefeld: transcript.

Lutz, Burkart (1984). Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation industrieller wie kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.

Lyotard, Jean-François (1989). Der Widerstreit. München: Fink.

Machiavelli, Niccolo (1963). Der Fürst. Übersetzt und hrsg. von Rudolf Zorn. Stuttgart: Alfred Kröner (zuerst 1532).

Maeder, Marcus (Hrsg.) (2017). Kunst, Wissenschaft, Natur. Zur Ästhetik und Epistemologie der künstlerisch-wissenschaftlichen Naturbeobachtung. Bielefeld: transcript.

Maier, Jürgen (2000a). Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland. In: Falter, Jürgen W./ Gabriel, Oskar/ Rattinger, Hans (Hrsg.), Wirklich ein Volk? (S. 141–171). Wiesbaden: VS Verlag.

Maier, Jürgen (2000b). Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Wiesbaden: VS Verlag.

Maiolino, Angelo (2014). Politische Kultur in Zeiten des Neoliberalismus: Eine Hegemonieanalyse. Bielefeld: transcript.

Majewski, Maike (2016). Zur Bedeutung von Open Source für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. In: Baier, Andrea/ Hansing, Tom/ Müller, Christa/ Werner, Karin (Hrsg.), Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis (S. 93–103). Bielefeld: transcript.

Mandel, Birgit (2007). Die neuen Kulturunternehmer. Bielefeld: transcript.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Manow, Philip (2020). (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.
Manske, Alexandra (2007). Prekarisierung auf hohem Niveau. Eine Feldstudie über Alleinunternehmer in der IT-Branche. München/ Mering: Rainer Hampp.
Manske, Alexandra/ Merkel, Janet (2008). Kreative in Berlin. Eine Untersuchung zum Thema GeisteswissenschaftlerInnen in der Kultur- und Kreativwirtschaft. WZB Discussion Paper. Berlin.
Manske, Alexandra (2016a). Kapitalistische Geister in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kreative zwischen wirtschaftlichem Zwang und künstlerischem Drang. Bielefeld: transcript.
Manske, Alexandra (2016b). „Kreative sind die Kinder aus den Aufsteigermilieus der 1960er Jahre". Interview im CCB Magazin, online unter: https://www.creative-city-berlin.de/de/ccb-magazin/2016/4/2/interview-alexandra-manske/. Abgerufen am 12.05.2018.
Manske, Alexandra/ Schnell, Christiane (2018). Arbeit und Beschäftigung in der Kultur- und Kreativwirtschaft. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 2: Akteure und Institutionen, 2. Auflage (S. 423-450). Wiesbaden: Springer VS.
Manske, Alexandra (2023). Neue Solidaritäten. Arbeit und Politik im Kulturbetrieb. Bielefeld: transcript.
Manzini, Ezio (2015). Design, When Everybody Designs – An Introduction to Design for Social Innovation. Cambridge/ Massachusetts/ London: MIT Press.
Marchart, Oliver (2005). Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung. Wien: Turia + Kant.
Marchart, Oliver (2008). Klarsprechen, Wahrsprechen, Widersprechen. Hannah Arendts pluraler Universalismus und seine Grenze. In: Grunenberg, Antonia (Hrsg.), Perspektiven politischen Denkens. Zum 100. Geburtstag von Hannah Arendt (S. 189-199). Frankfurt am Main: Lang.
Marchart, Oliver (2010). Die politische Differenz – Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp.
Marchart, Oliver (2013). Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
Marchart, Oliver/ Martinsen, Renate (2019). Foucault und die politische Theorie. In: ders. (Hrsg.), Foucault und das Politische. Transdisziplinäre Impulse für die politische Theorie der Gegenwart (S. 1–5). Wiesbaden: Springer VS.
Mareis, Claudia (2013). Wer gestaltet die Gestaltung? Zur ambivalenten Verfassung von partizipatorischem Design. In: Mareis, Claudia/ Heldt, Matthias/ Joost, Gesche (Hrsg.), Wer gestaltet die Gestaltung? Praxis, Theorie und Geschichte des partizipatorischen Designs (S. 9–20). Bielefeld: transcript.
Mareis, Claudia (2016). Theorien des Designs zur Einführung. Zur Einführung, 2. korrigierte Auflage. Hamburg: Junius.
Marguin, Séverine/ Losekandt, Tobias (2018). Studie zum Berliner Arbeitsmarkt der Kultur- und Kreativsektoren, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.
Maring, Matthias (2000). Kollektive und korporative Verantwortung: Begriffs- und Fallstudien aus Wirtschaft, Technik und Alltag. Münster/ Hamburg/ London: LIT.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Martens, Helmut (2013). Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Forschung für gesellschaftliche (Um)Gestaltung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Martens, Helmut (2014). Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiterdenken. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Marx, Karl (1968). [Kritik der Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt]. In: Marx, Karl. Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahr 1844 (Marx Engels Werke, Band 40) (S. 568–588). Berlin: Dietz (zuerst 1932).

Marx, Karl (1981a). Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion. In: Marx Engels Werke (MEW), Band 1 (S. 3–27). Berlin: Dietz (zuerst 1956).

Marx, Karl (1981b). Lucians Göttergespräche. In: Marx Engels Werke (MEW), Band 1 (S. 87–104). Berlin: Dietz (zuerst 1956).

Marx, Karl (1981c). Zur Judenfrage. In: Marx Engels Werke (MEW), Band 1 (S. 347- 377). Berlin: Dietz (zuerst 1956).

Marx, Karl/ Engels, Friedrich (2018). Die deutsche Ideologie. Ditzingen: Reclam (zuerst 1932).

Marx, Karl (2018a). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals) Berlin: Dietz (zuerst 1867).

Marx, Karl (2018b). Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion) Berlin: Dietz (zuerst 1884).

Maser, Siegfried (1976). Theorie ohne Praxis ist leer, Praxis ohne Theorie ist blind. In: form Nr. 73 (S. 40–42).

Massing, Peter (2012). Politisches Handeln – Versuch einer Begriffsklärung. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 257–270). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Mautz, Rüdiger (2016). Sozialökologischer Wandel im Energiebereich – Bürgerenergieprojekte im Grenzbereich von informeller und formeller Arbeit. In: Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 289–309). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Maxein, Michael (2013). Akteure Nachhaltigen Designs. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 248–264). Bad Homburg: VAS.

Maxein, Michael/ Brocchi, Davide (2013). Persönlichkeiten. Siegfried Maser. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 154–153). Bad Homburg: VAS.

May, Michael (2007). Demokratiefähigkeit und Bürgerkompetenzen: Kompetenztheoretische und normative Grundlagen der politischen Bildung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Mayer-Tasch, Peter C. (1999). Politische Ökologie. Opladen: Leske + Budrich.

Mead, George Herbert (1983). Gesammelte Aufsätze, Band 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Mead, George Herbert (1988). Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Meier, Christian (1983). Die Entstehung des Politischen bei den Griechen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Melde, Thomas (2021). Was kann die Soziologie für die unternehmerische Nachhaltigkeit leisten? In: SONA – Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (Hrsg.), Soziologie der Nachhaltigkeit (S. 325–336). Bielefeld: transcript.

Meinefeld, Werner (1977). Einstellungen und soziales Handeln. Reinbek: Rowohlt.

Meinefeld, Werner (2000). Hypothesen und Vorwissen in der qualitativen Sozialforschung. In: Flick, Uwe/ Kardorff, Ernst von/ Steinke, Ines (Hrsg.), Qualitative Forschung: Ein Handbuch (S. 265–275). Reinbek: Rowohlt.

Meister, Klaus (2016). Der Hellenismus: Kultur- und Geistesgeschichte. Stuttgart: J.B. Metzler.

Melucci, Alberto (1996). Challenging Codes: Collective Action in the Information Age: Cambridge: University Press.

Melucci, Alberto (1999). Soziale Bewegungen in komplexen Gesellschaften. Die europäische Perspektive. Neue soziale Bewegungen. In: Klein, Ansgar/ Legrand, Hans- Josef/ Leif, Thomas (Hrsg.), Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven (S. 114–130). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Merkel, Janet (2016). Richard Florida: The Rise of the Creative Class. In: Eckardt, Frank (Hrsg.), Schlüsselwerke der Stadtforschung (S. 69–90). Wiesbaden: Springer VS.

Merkel, Wolfgang (2012). Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias/ Krell, Christine (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven (S. 93–119). Wiesbaden: VS Verlag.

Merkel, Wolfgang/ Kneip, Sascha/ Weßels, Bernhard (2020). Zusammenfassung und Ausblick: Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie. In: Kneip, Sascha/ Merkel, Wolfgang/ Weßels, Bernhard (Hrsg.), Legitimitätsprobleme (S. 389–407). Wiesbaden: Springer VS.

Merz, Joachim/ Wolff, Klaus (1990). Wohlfahrtstaatsproduktion durch Erwerbs- und Eigenarbeit – Partizipation, Wohlfahrtstaatsgewinne und Motivationsstruktur. In: Heinze, Rolf G./ Offe, Claus (Hrsg.), Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge (S. 30–52). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Metzler, Wolfgang (1987). Ökologische Systeme und mathematische Modellierung. In: Dynamische Systeme in der Ökologie. Teubner Studienbücher Mathematik. Wiesbaden: Vieweg + Teubner.

Meyer, Susan Sauvé/ Hause, Jeffrey P. (2017). Der Begriff der Verantwortung in der Antike und im Mittelalter. In: Heidbrink, Ludger/ Langbehn, Claus/ Loh, Janina (Hrsg.), Handbuch Verantwortung (S. 87–109). Wiesbaden: Springer VS.

Meyer, Bernd (2019). Ressourceneffiziente Wirtschaftsentwicklung unter dem Primat ökologischer Ziele. In: Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.), Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft (S. 167–177). Marburg: Metropolis.

Meyer, Thomas (1994). Die Transformation des Politischen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Meyer, Thomas (2006). Was ist Politik? Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Micheletti, Michele (2003). Political Virtue and Shopping: Individuals, Consumerism, and Collective Action. New York: Palgrave Macmillan.

Michelsen, Danny/ Walter, Franz (2013). Unpolitische Demokratie – Zur Krise der Repräsentation. Berlin: Suhrkamp.

Milev, Yana (2011). Emergency Design. Anthropotechniken des Über/Lebens. Berlin: Merve.

Mill, John Stuart (1976). Der Utilitarismus. Stuttgart: Reclam.

Minssen, Heiner (2012). Arbeit in der modernen Gesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Minssen, Heiner (2013). „Mikropolitik". In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Minssen, Heiner (Hrsg.), Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie (S. 334–340). Berlin: edition sigma.

Mintrom, Michael/ Norman, Phillipa (2009). Policy Entrepreneurship and Policy Change. In: The Policy Studies Journal, Vol. 37, 4, (S. 649–667).

Mises, Ludwig von (1980). Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens. München: Philosophia-Verlag (zuerst 1940).

Misoch, Sabina (2015). Qualitative Interviews. Berlin: de Gruyter.

Mock, Mirijam (2020). Verantwortliches Individuum? Die (Un-)Haltbarkeit der Erzählung von der Konsument*innenverantwortung. In: Blühdorn, Ingolfur/ Butzlaff, Felix/ Deflorian, Michael/ Hausknost, Daniel/ Mock, Mirijam (Hrsg.), Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet (S. 227–254). Bielefeld: transcript.

Moldaschl, Manfred/ Voß, G. Günter (2003). Subjektivierung der Arbeit. Zur Einführung. In: Moldaschl, Manfred/ Voß, G. Günter (Hrsg.), Subjektivierung, 2. Auflage (S. 15–23). München/ Mering: Rainer Hampp.

Moles, Abraham (1999). Die Krise des Funktionalismus. In: Fischer, Volker/ Hamilton, Anne (Hrsg.), Theorien der Gestaltung. Grundlagentexte zum Design (S. 211–213). Frankfurt am Main: Verlag Form (zuerst 1968).

Möller, Evelin (1989). Unternehmen pro Umwelt. Ansätze ganzheitlichen Denkens in Politik und Wirtschaft, Architektur, Produktentwicklung und Design. München: Lexika.

Mönch, Kathrin (2018). Arbeit – Subjekt – Widerstand. Eine Genealogie der Subjektivierung zum Arbeiten. Bielefeld: transcript.

Moore, Jason W. (2015). Capitalism in the Web of Life. Ecology and the Accumulation of Capital. London/ New York: Verso.

Morris, William (1914). Kunde von Nirgendwo. Ein utopischer Roman. Liebknecht, Wilhelm (Hrsg.). Stuttgart: J.W.H. Dietz.

Mouffe, Chantal (2011). „Postdemokratie" und die zunehmende Entpolitisierung. In: APuZ, Postdemokratie?, 1–2/2011 (S. 3–4).

Mouffe, Chantal (2015). Das demokratische Paradoxon, Wien: Turia + Kant (zuerst 2008).

Mouffe, Chantal (2016). Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion, 6. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 2007).

Müller, Jan (2013). ‚Anerkennen' und ‚Anrufen'. Figuren der Subjektivierung. In: Gelhard, Andreas/ Alkemeyer, Thomas/ Ricken, Norbert (Hrsg.), Techniken der Subjektivierung (S. 61–78). München: Fink.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Müller, Wolfgang (1997). Textilien. Kulturgeschichte von Stoffen und Farben. Landsberg: ecomed.

Müller-Jentsch, Walther (2011). Gewerkschaften und Soziale Marktwirtschaft seit 1945. Stuttgart: Reclam.

Müller-Jentsch, Walther (2012). Die Kunst in der Gesellschaft, 2. durchgesehene Ausgabe. Heidelberg: Springer VS.

Münch, Sybille (2016). Interpretative Policy-Analyse. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Münch, Richard (2002). Soziologische Theorie: Handlungstheorie. Band 2: Handlungstheorie. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Münkler, Herfried (2004). Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz. Frankfurt am Main: Fischer.

Muraca, Barbara (2015). Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Mutu, Joseph Mbungu (2012). Ökologische Ethik und das Prinzip Verantwortung. Ein Beitrag zur Aktualität der ethischen Theorie von Hans Jonas. Frankfurt am Main/ Berlin/ Bern/ Brüssel/ New York/ Oxford/ Wien: Peter Lang.

Mutz, Diana (1992). Mass media and the depoliticiziation of personal experience. American Journal of Political Science, 36 (S. 483–508).

Nagel, Andreas (2009). Politische Entrepreneure als Reformmotor im Gesundheitswesen? Eine Fallstudie zur Einführung eines neuen Steuerungsinstruments im Politikfeld Psychotherapie. Wiesbaden: VS Verlag.

Naschold, Frieder/ Jürgens, Ulrich (Hrsg.) (1983). Arbeitspolitik, Leviathan, Sonderheft 5. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Naschold, Frieder (1984). Arbeitspolitik – Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen, betriebliches Bezugsproblem und theoretische Ansätze der Arbeitspolitik. In: Jürgens, Ulrich/ Naschold, Frieder (Hrsg.), Arbeitspolitik (S. 11–57). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Nassehi, Armin (2003). Der Begriff des Politischen und die doppelte Normalität der „soziologischen" Moderne. In: Nassehi, Armin/ Schroer, Markus (Hrsg.), Der Begriff des Politischen: Soziale Welt – Sonderband 14 (S. 133–170). Baden-Baden: Nomos.

Neckel, Sighard/ Wagner, Greta (2013). Leistung und Erschöpfung: Burnout in der Wettbewerbsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Neckel, Sighard (2018). Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Soziologische Perspektiven. In: Neckel, Sighard/ Besedovski, Natalia/ Boddenberg, Moritz/ Hasenfratz, Martina/ Pritz, Sarah Miriam/ Wiegand, Timo (Hrsg.), Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms (S. 11–24). Bielefeld: transcript.

Negt, Oskar (2002). Arbeit und menschliche Würde. Göttingen: Steidl.

Negt, Oskar (2011). Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.

Neller, Katja (2002). Politisches Interesse. In: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia/ Neller, Katja (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (S. 489–494). Wiesbaden: VS Verlag.

Neller, Katja/ Van Deth, Jan W. (2006). Politisches Engagement in Europa. In: APuZ, Deutschland in Europa, 30–31/2006 (S. 30–38).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Neugebauer, Gero (2007). Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Dietz.

Neuhäuser, Christian (2012). Drei Dimensionen der Verantwortung von Konsumenten und Unternehmen. In: Heidbrink, Ludger/ Hollstein, Bettina/ Schmidt, Imke (Hrsg.), Konsumenten- und Unternehmensethik (S. 278–296). Baden-Baden: Nomos.

Neumann, Arendt (2008). Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management. Hamburg: Ed. Nautilus.

Nicolaisen, Lukas (2018). Rechtsextreme setzen auf Naturschutz. Interview mit Lukas Nicolaisen von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz. In: DER RABE RALF, 10/11, 2018 (S. 12).

Nicolaisen, Lukas/ Passeick, Yannick (2018). Mythos deutscher Wald. In: Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung, Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (S. 24–26).

Nida-Rümelin, Julian (2006). Demokratie und Wahrheit. Beck-Verlag: München.

Niedermayer, Oskar (2005). Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2. aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Wiesbaden: VS Verlag.

Niedermayer, Oskar (2008). Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005 (S. 9–35). Wiesbaden: VS Verlag.

Niedermayer, Oskar (2010). Parteien und Parteiensystem. In: Bukow, Sebastian/ Seemann, Wenke (Hrsg.), Die Große Koalition (S. 247–261). Wiesbaden: VS Verlag.

Niedermayer, Oskar (2013). Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik. In: Niedermayer, Oskar/ Höhne, Benjamin/ Jun, Uwe (Hrsg.), Abkehr von den Parteien, Parteiendemokratie und Bürgerprotest (S. 45–65). Wiesbaden: Springer VS.

Niedermayer, Oskar (2020). Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 30. Freie Universität Berlin, online unter: https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/Arbeitsheft-Nr-30_2019.pdf. Abgerufen am 22.09.2020.

Niedermayer, Oskar (2022). Parteien in Deutschland. Mitgliederentwicklung der Parteien, online unter: https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung-der-parteien/. Abgerufen am 06.02.2023.

Nies, Sarah (2015). Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen. Baden-Baden: Nomos.

Nippel, Wilfried (2000). Erwerbsarbeit in der Antike. In: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit (S. 54–66). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Noelle-Neumann, Elisabeth/ Köcher, Renate (Hrsg.) (2002). Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002. Balkon des Jahrhunderts, Band 11. München: Saur.

Noetzel, Thomas (2002). Die politische Theorie des Pragmatismus: John Dewey. In: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung (S. 157–182). Opladen: Leske + Budrich.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Nolte, Paul (2011). Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: APuZ, Postdemokratie?, 1–2/2011 (S. 5–12).

Notz, Gisela (2004). Ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt. Das Demokratiepotenzial von Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Arbeits- und Lebensformen – ein Positionsbeitrag. In: Weber, Wolfgang G. (Hrsg.), Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung: Kontinuitäten und Brüche (S. 265–280). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Nunner-Winkler, Gertrud (2003). Politik und Moral. In: Nassehi, Armin/ Schroer, Markus (Hrsg.), Der Begriff des Politischen: Soziale Welt – Sonderband 14 (S. 309- 324). Baden-Baden: Nomos.

Obuch, Katharina/ Grabbe, Christina (2019). Sozialunternehmertum und Social Entrepreneureship in Deutschland: Change Maker im Kommen? In: Freise, Matthias/ Zimmer, Annette (Hrsg.), Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel: Akteure, Strategien und Politikfelder (S. 143–168). Wiesbaden: Springer VS.

Oexle, Otto Gerhard (2000). Arbeit, Armut, ‚Stand' im Mittelalter. In: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit (S. 67–79). Frankfurt am Main: Campus.

Offe, Claus/ Heinze, Rolf G. (1990). Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Onken, Holger/ Lange, Dirk (2018). Politisches Interesse und Bürgerbewusstsein. Variierende Voraussetzungen Politischer Bildung. In: Manzel, Sabine/ Oberle, Monika (Hrsg.), Kompetenzorientierung. Potenziale zur Professionalisierung der Politischen Bildung (S. 193–204). Wiesbaden: Springer VS.

Ortmann, Günther (1992). Macht, Spiel, Konsens. In: Küpper, Willi/ Ortmann, Günther (Hrsg.), Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, 2. Auflage (S. 13–26). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Otto, Marcus (2014). Der Wille zum Subjekt. Zur Genealogie politischer Inklusion in Frankreich (16.-20. Jahrhundert). Bielefeld: transcript.

Paech, Niko (2013). Das Postwachstumsdesign. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 204–212). Bad Homburg: VAS.

Paech, Niko (2014). Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.

Paech, Niko (2022). „Wir müssen uns vom Wachstum verabschieden". Interview in: Das Magazin zur Plattform Creative City Berlin. The Big Good Future #3. Schwerpunkt Nachhaltigkeit und Kultur (S. 80–83).

Palonen, Kari (2001). Politik statt Ordnung: Figuren der Kontingenz bei Max Weber. In: Lietzmann, Hans J. (Hrsg.), Moderne Politik. Politikverständnisse im 20. Jahrhundert (S. 9–21). Opladen: Leske + Budrich.

Papanek, Victor (1991). Design for the Real World. Human Ecology and Social Change. London: Thames and Hudson (zuerst 1971).

Park, June H. (2014). Social Design. Entwurf ökonomischer und sozialer Artefakte. In: Öffnungszeiten: Papiere zur Designwissenschaft. Design und Gesellschaft: Wandel der Lebensformen, hrsg. vom Präsident der Fachhochschule Lübeck (S. 18–24), on-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

line unter: https://www.uni-kassel.de/upress/online/OpenAccess/1613-5881_003.OpenAccess.pdf. Abgerufen am 12.09.2017.

Patzelt, Werner (1987). Grundlagen der Ethnomethodolgie. München: Fink.

Paulus, Stefan (2013). Hausarbeitsdebatte Revisited. Zur Arbeitswerttheorie von Haus- und Reproduktionsarbeit, online unter: https://d-nb.info/1048574024/34. Abgerufen am 12.11.2020.

Peirce, Charles Sanders (1878). How to make our ideas clear. Popular Science Monthly (12/1878).

Peter, Gerd/ Peter, Andreas (2008). Zum Verständnis von gesellschaftlicher Arbeit und Anerkennung. In: Peter, Gerd/ Wolf, Frieder O. (Hrsg.), Welt ist Arbeit. Im Kampf um die neue Ordnung (S. 104–137). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Peter, Tobias (2014). Politisierte Systeme – Grenzen der Politik und Entgrenzung des Politischen bei Niklas Luhmann. In: Martinsen, Renate (Hrsg.), Spurensuche: Struktivistische Theorien der Politik (S. 45–61). Wiesbaden: Springer VS.

Pickel, Gert/ Walz, Dieter (1997). Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen. Politische Vierteljahresschrift, Nr. 38, 1 (S. 27–49). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Pickel, Susanne (2012). Das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger – ein Blick auf die Empirie. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 39–57). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Pickel, Susanne (2018). „Wahlkampfzeit ist Responsivitätszeit". Die Kluft zwischen Politikern und Bürgern in der repräsentativen Demokratie. In: Mannewitz, Tom (Hrsg.), Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge (S. 171- 195). Wiesbaden: Springer VS.

Piepenbrink, Johannes (2014). Einleitung. In: APuZ, Nachhaltigkeit, 31–32/2014 (S. 2).

Pies, Eike (1997). Zünftige und andere alte Berufe. Solingen: E. & U. Brockhaus.

Platon (1967). Das Gastmahl 205b; zit. nach Platon: Sämtliche Werke, Band 1 (S. 702- 703). Köln/ Olten: Jakob Hegner.

Platon (2012). Der Staat. Stuttgart: Reclam.

Poferl, Angelika (1999). Das Politische des Alltags. Das Beispiel ‚Umweltbewußtsein'. In: Beck, Ulrich/ Jaher, Maarten A./ Kesselring, Sven (Hrsg.), Der unscharfe Ort der Politik. Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung (S. 23- 44). Opladen: Leske + Budrich.

Polanyi, Karl (2021). The Great Transformation. Berlin: Suhrkamp (zuerst 1944).

Polterauer, Judith (2008). Unternehmensgeist als ‚Corporate Citizen'. Ein langer Weg und ein weites Feld für die empirische Corporate-Citizenship-Forschung in Deutschland. In: Backhaus-Maul, Holger/ Biedermann, Christiane/ Nährlich, Stefan/ Polterauer, Judith (Hrsg.), Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven (S. 149–182). Wiesbaden: VS Verlag.

Pongratz, Hans J./ Simon, Stefanie (2010). Prekaritätsrisiken unternehmerischen Handelns. In: Bührmann, Andrea D./ Pongratz, Hans J. (Hrsg.), Prekäres Unternehmertum. Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbsarbeit und Unternehmensgründung (S. 27–61). Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Pongratz, Hans J. (2016). Arbeit als Naturerfahrung. In: Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 101–124). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Pongratz, Hans J./ Voß, G. Günter (2004). Arbeitskraft und Subjektivität. Einleitung und Stellungnahme aus Sicht der Arbeitskraftunternehmer-These. In: ders. (Hrsg.), Typisch Arbeitskraftunternehmer. Befunde der empirischen Sozialforschung (S. 7- 32). Berlin: edition sigma.

Powell, G. Bingham/ Whitten, Guy D. (1993). A cross-national analayis of economics voting: Taking account of the political context. American Political Science Review, 87 (S. 391–414).

Preiser, Siegfried (1976). Kreativitätsforschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Priemer, Jana/ Krimmer, Holger/ Labigne, Anaël (Hrsg.) (2017). Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ-Survey 2017. Essen: Edition Stifterverband.

Prinz, Sophia/ Moebius, Stephan (2012). Zur Kultursoziologie des Designs. Eine Einleitung. In: Moebius, Stephan/ Prinz, Sophia (Hrsg.), Das Design der Gesellschaft. Zur Kultursoziologie des Designs (S. 9–25). Bielefeld: transcript.

Pritz, Sarah Miriam (2018). Subjektivierung der Nachhaltigkeit. In: Neckel, Sighard/ Besedovski, Natalia/ Boddenberg, Moritz/ Hasenfratz, Martina/ Pritz, Sarah Miriam/ Wiegand, Timo (Hrsg.), Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms (S. 77–100). Bielefeld: transcript.

Projekt Zukunft (2019). Kurz-Info Mode. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, online unter: https://projektzukunft.berlin.de/fileadmin/user_upload/pdf/kurzinfos/Kurzinfo_Mode_Jan_2020_3.pdf. Abgerufen am 20.09.2020.

Projekt Zukunft (2022). Clusters IKT, Medien und Kreativwirtschaft: Auswertung der Berliner Wirtschaftsdaten für das Jahr 2020. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, online unter: https://projektzukunft.berlin.de/fileadmin/user_upload/pdf/Publikationen/PZ-Clusterzahlen-2022_bf.pdf. Abgerufen am 09.05.2023.

Przyborski, Aglaja/ Wohlrab-Sahr, Monika (2014). Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, 4. Auflage. München: Oldenbourg.

Pufé, Iris (2014). Was ist Nachhaltigkeit? Dimensionen und Chancen In: APuZ, Nachhaltigkeit, 31–32/2014 (S. 15–20).

Pufé, Iris (2017). Nachhaltigkeit, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Konstanz: UVK.

Raab, Jürgen/ Pfadenhauer, Michaela/ Stegmaier, Peter/ Dreher, Jochen/ Schnettler, Bernt (2008). Phänomenologie und Soziologie: Theoretische Positionen. Wiesbaden: VS Verlag.

Radkau, Joachim (2011). Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte. München: C.H.Beck.

Ramge, Thomas/ Mayer-Schönberger, Viktor (2017). Das Digital: Markt, Wertschöpfung und Gerechtigkeit im Datenkapitalismus. Berlin: Econ Verlag/ Ullstein.

Ramge, Thomas (2017). „Kultur- und Kreativschaffende sind künftig im Vorteil". Interview in: 10 Jahre Creative City Berlin. The Big Good Future #1 (S. 69–72).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rancière, Jacques (2002). Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rancière, Jacques (2008). Zehn Thesen zur Politik. Zürich/ Berlin: diaphanes.

Rancière, Jacques (2014). Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/ Rancière, Jacques (Hrsg.), Politik und Wahrheit, 3. durchgesehene Auflage (S. 119- 156). Wien: Turia + Kant (zuerst 1996).

Raschke, Joachim (2020). Die Erfindung der modernen Demokratie. Innovationen, Irrwege, Konsequenzen. Wiesbaden: Springer VS.

Ray, Paul H. (2000). The Cultural Creatives: How 50 Million People Are Changing the World. Crown: Harmony.

Recklies, Mara (2018). Können Designer politisch handeln? Eine handlungstheoretische Überlegung mit Hartmut Rosa und Chantal Mouffe. In: Rodatz, Christoph/ Smolarski, Pierre (Hrsg.), Was ist Public Interest Design? Beiträge zur Gestaltung öffentlicher Interessen (S. 65–77). Bielefeld: transcript.

Reckwitz, Andreas (2010). Das hybride Subjekt. Eine Theorie der Subjektkulturen von der bürgerlichen Moderne zur Postmoderne. Stuttgart: Velbrück Wissenschaft.

Reckwitz, Andreas (2014). Die Erfindung der Kreativität – Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. Berlin: Suhrkamp.

Reckwitz, Andreas (2016). Kreativität und soziale Praxis. Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie. Bielefeld: transcript.

Reckwitz, Andreas (2018). Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Band 10213, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Reckwitz, Andreas (2019). Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.

Regier, Sascha (2023). Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung. Bielefeld: transcript.

Reheis, Fritz (2014). Politische Bildung. Eine kritische Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Reinders, Heinz (2005). Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen. Ein Leitfaden. München/ Wien: Oldenbourg.

Reinhardt, Thomas (2011). Der Bastler als Philosoph, der Philosoph als Bastler. In: Do It Yourself: Die Mitmach-Revolution. Kataloge der Museumsstiftung. Post und Telekommunikation, Band 29 (S. 34–39). Mainz: Ventil.

Reitter, Karl (2012). Das Imaginäre im Sozialen. Zur Sozialtheorie von Cornelius Castoriadis, Rezessionsessay in Grundrisse 44 (S. 43–47).

Reuband, Karl-Heinz (2012). Vertrauen in die Polizei und staatliche Institutionen: Konstanz und Wandel in den Einstellungen der Bevölkerung 1984–2011 (S. 5–39). In: Soziale Probleme, 23. Wiesbaden: Springer VS.

Reusswig, Fritz (2002). Lebensweise und Neorientierungen. Gesellschaftliche Naturbilder und Einstellungen zum Naturschutz. In: Rink, Dieter (Hrsg.), Lebensstile und Nachhaltigkeit. Reihe „Soziologie und Ökologie", Nr. 7 (S. 165–182). Wiesbaden: VS Verlag.

Richez-Battesti, Nadine/ Petrella, Francesca (2020). Social Entrepreneurship. In: Carayannis, Elias G. (Hrsg.), Encyclopedia of Creativity, Invention, Innovation and Entrepreneurship (S. 68–78). Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Richter, Saskia (2013a). Parteigründungen, Wutbürger und soziales Unternehmertum. In: Niedermayer, Oskar/ Höhne, Benjamin/ Jun, Uwe (Hrsg.), Abkehr von den Parteien Parteiendemokratie und Bürgerprotest (S. 157–175). Wiesbaden: Springer VS.

Richter, Saskia (2013b). Zivilgesellschaft und Sozialunternehmen. *abgeordneten- watch.de* als Motor für politische Partizipation jenseits von Parteien? In: Jansen, Stephan A./ Heinze, Rolf/ Beckmann, Markus (Hrsg.), Sozialunternehmen in Deutschland: Analysen, Trends und Handlungsempfehlungen (S. 167–186). Wiesbaden: Springer VS.

Rink, Dieter (Hrsg.) (2002). Lebensstile und Nachhaltigkeit: Konzepte, Befunde und Potentiale. Wiesbaden: VS Verlag.

Rittel, Horst/ Webber, Melvin (1973). Dilemmas in a General Theory of Planning. In: Policy Sciences, Vol. 4 (S. 155–169).

Rittel, Horst (1987). The Reasoning of Designers. Arbeitspapier zum International Congress on Planning and Design Theory. Boston/ Stuttgart.

Robbins, Paul (2011). Political Ecology: Critical Introduction to Geography. Second Edition. Oxford: Wiley-Blackwell (zuerst 2004).

Robin, Catherine (2017). Werte kreativer Arbeit. Zur Vielfalt kreativer Arbeitspraktiken. Bielefeld: transcript.

Rodatz, Christoph/ Smolarski, Pierre (2021). Schaden maximieren? Wem nützt diese Frage? In: ders. (Hrsg.), Wie können wir den Schaden maximieren? (S. 7–10). Bielefeld: transcript.

Rödder, Andreas (2014). Wertwandel in historicher Perspektive. Ein Forschungskonzept. In: Dietz, Bernhard/ Neumaier, Christopher/ Rödder, Andreas (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren (S. 17–40). München: Oldenbourg.

Rogall, Holger (2003). Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Der ökologische Reformstau und seine Gründe, 2. Auflage. München: oekom.

Rogall, Holger (2004). Ökonomie der Nachhaltigkeit. Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Rogall, Holger (2012). Nachhaltige Ökonomie. Ökonomische Theorie und Praxis einer Nachhaltigen Entwicklung. Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften, Band 15, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Marburg: Metropolis.

Rogge, Jörg (1996). Für den gemeinen Nutzen: Politisches Handeln und Politikverständnis von Rat und Bürgerschaft in Augsburg im Spätmittelalter. Tübingen: Max Niemeyer.

Röhrich, Wilfried (2018). Karl Marx und seine Staatstheorie: Zum 200. Geburtstag des Philosophen. Wiesbaden: Springer VS.

Roller, Edeltraud (2016). Sozialstaatsvorstellung im Wandel? Stabilität, Anpassungsprozesse und Anspruchsnahme zwischen 1976 und 2010. In: Roßteutscher, Sigrid/ Faas, Thorsten/ Rosar, Ulrich (Hrsg.), Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland (S. 209–249). Wiesbaden: Springer VS.

Rölli, Marc (2014). Social Design: Geschichte, Praxis, Perspektiven. Eine Tagung der Gesellschaft für Designgeschichte und des Museums für Kunst und Gewerbe, Hamburg, 23. und 24. Mai 2014, Marc Rölli, Zürcher Hochschule der Künste, Social Design!? Überlegungen zu einem neuen Trend, online unter: http://dev.konstantinsal

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

ler.de/wp-content/uploads/2020/03/Button_2_Beitr%C3%A4ge2014.pdf. Abgerufen am 24.05.2017.

Rölli, Marc (2016). Design als soziales Phänomen. In: Banz, Claudia (Hrsg.), Social Design. Gestalten für die Transformation der Gesellschaft (S. 27–34). Bielefeld: transcript.

Rönsch, Horst-Dieter (1977). Reaktionen auf staatliches Handeln am Beispiel des Wahlverhaltens. In: Matthöfer, Hans (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen (S. 344–395). Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag.

Rorty, Richard (1988a). Solidarität oder Objektivität? Drei philosophische Essays. Aus dem Englischen übersetzt von Joachim Schulte. Stuttgart: Reclam.

Rorty, Richard (1988b). Der Vorrang der Demokratie vor der Philosophie. In: ders., Solidarität oder Objektivität? (S. 82–125). Stuttgart: Reclam.

Rorty, Richard (1989). Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rorty, Richard (1999). Bemerkungen zu Dekonstruktion und Pragmatismus. In: Mouffe, Chantal (Hrsg.), Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft (S. 37–47). Wien: Passagen Verlag.

Rorty, Richard (2003). Wahrheit und Fortschritt. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1998).

Rorty, Richard (2007). Philosophy as Cultural Politics. Philosophical Papers IV, Cambridge.

Rosa, Hartmut (2001). Politisches Handeln und die Entstehung des Neuen in der Politik. In: Bluhm, Harald/ Gebhardt, Jürgen (Hrsg.), Konzepte politischen Handelns: Kreativität – Innovation – Praxen (S. 23–42). Baden-Baden: Nomos.

Rosa, Harmut (2012). Politisches Handeln und die Entstehung des Neuen in der Politik. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 133–153). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Rosenstiel, Lutz von (2006). Die Bedeutung von Arbeit. In: Schuler, Heinz (Hrsg.), Lehrbuch der Personalpsychologie, 2. Auflage (S. 15–44). Göttingen: Hogrefe.

Rousseau, Jean-Jacques (1983). Gesellschaftsvertrag. Stuttgart: Reclam (zuerst 1762).

Roth, Roland/ Rucht, Dieter (2008). Einleitung. In: ders. (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch (S. 10–36). Frankfurt am Main: Campus.

Rothe, Kerstin (2017). Pragmatismus in politischen Entscheidungsprozessen. Handlungsmodelle aus demokratietheoretischer Perspektive am Beispiel des Schulkonsenses. Baden-Baden: Nomos.

Raworth, Kate (2018). Die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört. München: Carl Hanser (zuerst 2012).

Rucht, Dieter (1994). Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen (S. 337–358). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Rucht, Dieter (2007a). Einführung. Vom Elend der „Latschdemos". In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.), Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda (S. 183–201). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Rucht, Dieter (2007b). „Gut, dass protestiert wird, nur bitte nicht so böse". Interview in Telepolis, online unter: https://www.heise.de/tp/features/Gut-dass-protestiert-wird-nur-bitte-nicht-so-boese-3414408.html. Abgerufen am 08.12.2020.

Rucht, Dieter (2021). Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland. In: Grande, Brigitte/ Grande, Edgar/ Hahn, Udo (Hrsg.), Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke (S. 61–77). Bielefeld: transcript.

Ruda, Frank (2011). Hegels Pöbel. Eine Untersuchung der „Grundlinien der Philosophie des Rechts". Konstanz: University Press.

Rummel, Miriam (2011). Wer sind Social Entrepreneurs in Deutschland? Soziologischer Versuch einer Profilschärfung. VS College. Wiesbaden: VS Verlag.

Ruppert, Wolfgang (2017). Der moderne Künstler – Zur Sozial- und Kulturgeschichte der kreativen Individualität in der kulturellen Moderne im 19. und frühen 20. Jahrhundert, 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (zuerst 1998).

Ruskin, John (2003). The Stones Of Venice. DaCapo Press (zuerst 1853).

Ruskin, John (2004). The Two Paths: Being Lectures on Art and Its Application to Decoration and Manufacture Delivered in 1858–9. West Lafayette: Parlor Press (zuerst 1858).

Rüb, Friedbert/ Straßheim, Holger (2012). Politische Evidenz – Rechtfertigung durch Objektivierung? In: Geis, Anna/ Nullmeier, Frank/ Daase, Christopher (Hrsg.), Der Aufstieg der Legitimitätspolitik: Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnung. Leviathan-Sonderband 27 (S. 376–397). Baden-Baden: Nomos.

Saar, Martin (2013). Analytik der Subjektivierung. Umrisse eines Theorieprogramms. In: Gelhard, Andreas/ Alkemeyer, Thomas/ Ricken, Norbert (Hrsg.), Techniken der Subjektivierung (S. 17–27). München: Fink.

Sagou, Yves-Marius (2009). Die Erziehung zum Bürger bei Aristoteles und Kant. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Saito, Kohei (2016). Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus. Frankfurt/ New York: Campus.

Saito, Kohei (2019). Der Ökosozialismus von Karl Marx, online unter: http://www.oekooz.org/2019/08/der-okosozialismus-von-marx/. Abgerufen am 02.05.2020.

Sarma, Amardeo/ Henning, Hans-Martin (2020). Brauchen wir Kernkraft gegen die Klimakrise? In: Tagesspiegel vom 05.01.2020, online unter: www.tagesspiegel.de/wissen/pro-und-contra-der-atomenergie-brauchen-wir-kernkraft-gegen-die-klimakrise/25389314.html. Abgerufen am 12.02.2021.

Sarasin, Philipp (2019). Foucaults Wende. In: Marchart, Oliver/ Martinsen, Renate (Hrsg.), Foucault und das Politische. Transdisziplinäre Impulse für die politische Theorie der Gegenwart (S. 9–22). Wiesbaden: Springer VS.

Sauerhammer, Markus (2018). „Lasst uns endlich mal die alten Zöpfe abschneiden". Interview im CCB Magazin, online unter: https://www.creative-city-berlin.de/de/ccb-magazin/2018/2/23/interview-markus-sauerhammer/. Abgerufen am 08.05.2018.

Schäfers, Bernhard (2017). Die bürgerliche Gesellschaft: Vom revolutionären bürgerlichen Subjekt zur Bürgergesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Schaltegger, Stefan/ Petersen, Holger (2001). Ecopreneurship. Konzept und Typologie, Reihe: Analysen zum Rio-Management Forum 2000.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schaper-Rinkel, Petra (2006). Die Ökonomisierung Europas. Performative politische Praxen zur Entpolitisierung. In: Schulze, Detlef G./ Berghahn, Sabine/ Wolf, Frieder O. (Hrsg.), Politisierung und Ent-Politisierung als performative Praxis (S. 118- 131). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Scheele, Alexandra (2005). Arbeit als politisches Feld. Überlegungen für die politikwis- senschaftliche Bearbeitung des Zusammenhangs von Arbeit und Politik. In: Kurz- Scherf, Ingrid/ Corell, Lena/ Janczyk, Stefanie (Hrsg.), In Arbeit: Zukunft (S. 189–204). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Scheele, Alexandra (2008). Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schelsky, Helmut (1954). Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. Stuttgart: Ferdinand Enke.

Schemer, Christian/ Geiß, Stefan (2020). Massenkommunikation. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 141–163). Baden-Baden: Nomos.

Scherer, Philipp/ Roßteutscher, Sigrid (2020). Werteorientierungen und Wertewandel. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium(S. 209–229). Baden-Baden: Nomos.

Scherhorn, Gerhard (2000). Die produktive Verwendung der freien Zeit. In: Hildebrandt, Eckart (Hrsg.), Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit (S. 343–377). Berlin: edition sigma.

Schimank, Uwe (1986). Technik, Subjektivität und Kontrolle in formalen Organisationen – eine Theorieperspektive. In: Seltz, Rüdiger/ Mill, Ulrich/ Hildebrandt, Eckart (Hrsg.), Organisation als soziales System. Kontrolle und Kommunikationstechnologie in Arbeitsorganisationen (S. 71–91). Berlin: edition sigma.

Schiná, Katerina (2021). Die Nadeln des Aufstands. Eine Kulturgeschichte des Strickens, 2. Auflage. Bad Herrenalb: Edition Converso.

Schlosberg, David/ Coles, Romand (2016). The new environmentalism of everyday life: Sustain ability, material flows and movements. In: Contemporary Political Theory 15 (2) (S. 160–181).

Schmid, Günther (2000). Arbeitsplätze der Zukunft: Von standardisierten zu variablen Arbeitsverhältnissen. In: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit (S. 269–292). Frankfurt am Main: Campus.

Schmid, Günther (2002). Wege in eine neue Vollbeschäftigung: Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Schmidt, Alfred (1978). Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuausgabe. Frankfurt am Main/ Köln: EVA.

Schmidt, Gert (2018). Arbeit und Gesellschaft. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1: Arbeit, Strukturen und Prozesse, 2. Auflage (S. 143–168). Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schmidt, Jürgen (2007). Zivilgesellschaft. Bürgerliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Kommentare. Reinbek: Rowohlt.

Schmidt, Steffen (2010). Politisches Interesse. Bundeszentrale für politische Bildung, online unter: https://www.bpb.de/system/files/pdf/2W6BQ0.pdf. Abgerufen am 09.11.2015.

Schmied-Kowarzik, Wolfdieter (1984). Die Entfremdung der gesellschaftlichen Produktion von der Natur und ihre revolutionäre Überwindung. In: Immler, Hans/ Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.), Marx und die Naturfrage: Ein Wissenschaftsstreit (S. 9–20). Hamburg: VSA.

Schmitt, Carl (2015). Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin: Dunker & Humboldt (zuerst 1932).

Schmitt-Beck, Rüdiger/ Schäfer, Anne (2020). Interpersonale Kommunikation. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 121–140). Baden-Baden: Nomos.

Schnabl, Christa (1999). Das Moralische im Politischen: Hannah Arendts Theorie des Handelns im Horizont der theologischen Ethik (Forum Interdisziplinäre Ethik, Band 23). Frankfurt am Main: Peter Lang.

Schneider, Anne/ Ingram, Helen (1993). Social Construction of Target Populations: Implications for Politics and Policy. In: The American Political Science Review, Jg. 87, Vol. 2 (S. 334–347).

Schneider, Sebastian H. (2018). Bürgerhaushalte in Deutschland: Individuelle und kontextuelle Einflussfaktoren der Beteiligung. Wiesbaden: Springer VS.

Scholl, Gerd/ Hage, Maria (2004). Lebensstile, Lebensführung und Nachhaltigkeit. Schriftenreihe des IÖW 176/04.

Scholz, Trebor (2014). Platform Cooperativism vs. the Sharing Economy. In: Medium, online unter: medium.com/@trebors/platform-cooperativism-vs-the-sharing-economy-2ea737f1b5ad. Abgerufen am 22.08.2019.

Scholz, Ulrich/ Pastoors, Sven/ Becker, Joachim H./ Hofmann, Daniela/ Dun, Rob van (2018). Praxishandbuch Nachhaltige Produktentwicklung: Ein Leitfaden mit Tipps zur Vermarktung nachhaltiger Produkte. Wiesbaden: Springer Gabler.

Schönberger, Klaus/ Springer, Stefanie (Hrsg.) (2003). Subjektivierte Arbeit. Mensch, Organisation und Technik in einer entgrenzten Arbeitswelt. Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Schregel, Claudia (2013). Gestaltung und ihre soziale Organisation. Schlaglichter auf die Geschichte der Partizipation in den USA und Westeuropa (1960–1980). In: Mareis, Claudia/ Heldt, Matthias/ Joost, Gesche (Hrsg.), Wer gestaltet die Gestaltung? Praxis, Theorie und Geschichte des partizipatorischen Designs (S. 23–42). Bielefeld: transcript.

Schubert, Hans-Joachim (2002). Kreativität. In: ders., Demokratie in der Kleinstadt. Eine empirische Studie zur Motivation lokalpolitischen Handelns (S. 220–227). Wiesbaden: VS Verlag.

Schubert, Hans-Joachim (2009). Pragmatismus und Symbolischer Interaktionismus. In: Kneer, Georg, Schroer, Markus (Hrsg.), Handbuch Soziologische Theorien (S. 345-367). Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Schubert, Klaus (2003). Innovation und Ordnung: Grundlagen einer pragmatistischen Theorie der Politik. Münster/ Hamburg/ London: LIT.

Schultz, Helga (1993). Das ehrbare Handwerk. Zunftleben im alten Berlin zur Zeit des Absolutismus. Weimar: Hermann Böhlaus.

Schulz, Knut (2010). Handwerk, Zünfte und Gewerbe. Mittelalter und Renaissance. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schumpeter, Joseph A. (2006). Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin: Duncker & Humblot (zuerst 1912).

Schumpeter, Joseph A. (2020). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen/ Basel: UTB (zuerst 1947).

Schütze, Fritz/ Bohnsack, Ralf/ Meinefeld, Werner/ Weymann, Ansgar (1976). Theoretische und methodische Grundzüge kommunikativer Sozialforschung. In Kommunikative Sozialforschung: Alltagswissen und Alltagshandeln, Gemeindemachtforschung, Polizei, politische Erwachsenenbildung. München: Fink.

Schwaabe, Christian (2007). Politische Theorie. Von Platon bis zur Postmoderne, 4. Auflage. München: Fink.

Seifert, Manfred (2004). Arbeitswelten im Wandel. Zur Ethnografie der Arbeitsbedingungen und Arbeitsauffassungen. In: Rheinische-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 49 (S. 57–94).

Selk, Veith (2011). Die Politik der Entpolitisierung. In: ZPTH – Zeitschrift für Politische Theorie, Budrich Journals, Jg. 2, Heft 2/2011 (S. 185–200).

Selle, Gert (1978). Geschichte des Design in Deutschland von 1870 bis heute. Entwicklung der industriellen Produktkultur. Köln: DuMont.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen/ Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Hrsg.) (2005). Kulturwirtschaftsbericht Berlin. Entwicklung und Potenziale.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2019). ArbeitenGestalten. Selbstständig: solo und prekär? Solo-Selbstständigkeit in Berlin.

Senghaas-Knobloch, Eva (2005). Fürsorgliche Praxis und die Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff in der Arbeitsforschung. In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Corell, Lena/ Janczyk, Stefanie (Hrsg.), In Arbeit: Zukunft (S. 54–68). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Sennett, Richard (2009). Handwerk. Berlin: Taschenbuch Verlag.

Seubert, Sandra (2012). Politisches Handeln in der Bürgergesellschaft. In: Weißeno, Georg/ Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Politisch Handeln. Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen (S. 105–118). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Seyfert, Robert (2010). Cornelius Castoriadis. Institution, Macht, Politik. In: Bröckling, Ulrich/ Feustel, Robert (Hrsg.), Das Politische Denken. Zeitgenössische Positionen (S. 253–272). Bielefeld: transcript.

Sieferle, Rolf Peter (2011). Karl Marx zur Einführung. Hamburg: Junius.

Sigwart, Hans-Jörg (2012). Politische Hermeneutik. Verstehen, Politik und Kritik bei John Dewey und Hannah Arendt. Würzburg: Könighausen & Neumann.

Simon, Herbert A. (1994). Die Wissenschaften vom Künstlichen, 2. Auflage. Wien/ New York: Springer (zuerst 1968).

Simon, Herbert A. (1996). The Sciences of the Artificial. Cambridge/ London: MIT Press.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Siri, Jasmin (2012). Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form. Wiesbaden: Springer VS.

Siri, Jasmin (2018). Von der Partei zur Bewegung? Stand und Perspektiven einer politischen Vergesellschaftungsform. In: APuZ, Parteien, 46–47/2018 (S. 27–32).

Skolka, Jiri (1990). Eigenleistungen, Zeit und Unabhängigkeit. In: Heinze, Rolf G./ Offe, Claus (Hrsg.), Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge (S. 53–73). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Smolarski, Pierre/ Rodatz, Christoph (2018). Was ist Public Interest Design? Problemfelder an der Schnittstelle von Politik, Gesellschaft und Design. In: Rodatz, Christoph/ Smolarski, Pierre (Hrsg.), Was ist Public Interest Design? Beiträge zur Gestaltung öffentlicher Interessen (S. 9–12). Bielefeld: transcript.

Solmaz, Kahraman (2016). Das Politische bei Arendt, online unter: http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/349. Abgerufen am 22.04.2018.

Sombart, Werner (1902). Der moderne Kapitalismus. Band 1. Die Genesis des Kapitalismus. Leipzig: Duncker & Humboldt.

Sommer, Bernd/ Welzer, Harald (2017). Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom.

Söndermann, Michael (2009). Leitfaden zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage für die Kulturwirtschaft und eine länderübergreifende Auswertung kulturwirtschaftlicher Daten, online unter: https://www.wirtschaftsministerkonferenz.de/WMK/DE/termine/Sitzungen/09-12-14-15-WMK/09-12-14-15-leitfaden-9.pdf. Abgerufen am 22.09.2018.

Sörensen, Paul (2016). Entfremdung als Schlüsselbegriff einer kritischen Theorie der Politik. Eine Systematisierung im Ausgang von Karl Marx, Hannah Arendt und Cornelius Castoriadis. Nomos: Baden-Baden.

Spangenberg, Joachim H. (2000). Zukunftsfähigkeit als Leitbild? Leitbilder, Zukunftsfähigkeit und die reflexive Moderne. In: Hildebrandt, Eckart (Hrsg.), Reflexive Lebensführung. Zu den sozial-ökologischen Folgen flexibler Arbeit (S. 249–270). Berlin: edition sigma.

Spengler, Oswald (1963). Der Untergang des Abendlandes. München: C.H.Beck. (zuerst 1918).

Spittler, Gerd (2002). Arbeit. Transformation von Objekten oder Interaktion mit Subjekten? In: Peripherie, Nr. 85/86 (22) (S. 9–31).

Spitz, René (2013a). Die Vordenker – 1850–1919. In: Fuhs, Karin-Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 98–107). Bad Homburg: VAS.

Spitz, René (2013b). Zwischen den 1930er und den 1970er Jahren. In: Fuhs, Karin- Simone/ Brocchi, Davide/ Maxein, Michael/ Draser, Bernd (Hrsg.), Die Geschichte des nachhaltigen Designs. Welche Haltung braucht Gestaltung? (S. 122–131). Bad Homburg: VAS.

Staab, Philipp (2019). Digitaler Kapitalismus: Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Berlin: Suhrkamp.

Stache, Christian (2017). Kapitalismus und Naturzerstörung: Zur kritischen Theorie des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Opladen: Budrich UniPress Ltd.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Stäheli, Urs (2009). Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung (S. 193–223). Opladen: Leske + Budrich.

Statistisches Bundesamt (Statista) (2017). Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 2017, online unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/. Abgerufen am 09.06.2018.

Statistisches Bundesamt (Statista) (2023a). Anzahl der Selbstständigen in Deutschland von 2006 bis 2021, online unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/238830/umfrage/anzahl-der-selbststaendigen-in-deutschland/. Abgerufen am 22.02.2023.

Statistisches Bundesamt (Statista) (2023b). Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 2021, online unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/. Abgerufen am 06.02.2023.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023c). Wöchentliche Arbeitszeit in der EU, online unter: https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Qualitaet-der-Arbeit/_dimension-3/01_woechentliche-arbeitszeitl.html#:~:text=2021%20arbeiteten%20Vollzeiterwerbst%C3%A4tige%20in%20der,Erwerbst%C3%A4tigen%20damit%2037%2C0%20Stunden. Abgerufen am 05.03.2023.

Stehr, Nico (2007). Die Moralisierung der Märkte: Eine Gesellschaftstheorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Stein, Tine (2011). Global Social Entrepreneurship – Komplement oder Konkurrenz zu Global Governance. In: Hackenberg, Helga/ Empter, Stefan (Hrsg.), Social Entrepreneurship – Social Business: Für die Gesellschaft unternehmen (S. 29–48). Wiesbaden: VS Verlag.

Stein, Tine (2015). Neue politische Engagementformen: Bürgerinnen und Bürger als civil entrepreneurs für die Transformation. In: Grewe, Maria/ Tauschek, Markus (Hrsg.), Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen (S. 103–122). Frankfurt am Main: Campus.

Steinbrecher, Markus (2020). Wahlbeteiligung. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 327–347). Baden-Baden: Nomos.

Steinhardt, Isabel (2015). Lehre stärkt Forschung. Organization & Public Management. Wiesbaden: Springer VS.

Sternberger, Dolf (1978). Drei Wurzeln der Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Stolle, Dietlind/ Micheletti, Michele/ Hoogh, Marc (2003). Zwischen Markt und Zivilgesellschaft: Politischer Konsum als bürgerliches Engagement. In: Gosewinkel, Dieter/ Rucht, Dieter/ Daele, Wolfgang van den/ Kocka, Jürgen (Hrsg.), Zivilgesellschaft: National und transnational, WZB-Jahrbuch (S. 151–171).

Stolle, Dietlind/ Hooghe, Marc (2004). Consumers as political participants? Shifts in political action repertoires in Western societies. In: Micheletti, Michele/ Follesdal, Andreas/ Stolle, Dietlind (Hrsg.), Politics, products, and markets: Exploring political consumerism past and present (S. 265–288). New Brunswick: Transaction Press.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Stöss, Richard (1976). Entstehung und Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis 1933. In: Staritz, Dietrich (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Geschichte – Entstehung – Entwicklung (S. 21–46). Wiesbaden: UTB/ Springer.

Stöss, Richard (1990). Parteikritik und Parteiverdrossenheit. In: APuZ, 21 (S. 15- 24).

Strauss, Anselm L. (1998). Grundlagen qualitativer Sozialforschung, 2. Auflage. Stuttgart: Wilhelm Fink/ UTB.

Strauss, Anselm L./ Corbin, Juliet (1990). Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Producers an Techniques. Newbury Park: Sage.

Strauss, Anselm L./ Corbin, Juliet (1996). Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz/ Psychologie Verlagsunion.

Strecker, David/ Schaal, Gary S. (2001). Die politische Theorie der Deliberation: Jürgen Habermas. In: Brodocz, André/ Schaal, Gary S. (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart II (S. 89–128). Opladen: Leske + Budrich.

Strübing, Jörg (2014). Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatistischen Forschungsstils, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Strüngmann, Daniela (2019). Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung bei Bürgerinnen und Bürgern: Eine Analyse der Erklärungsfaktoren von Einstellung und Verhalten. Wiesbaden: Springer VS.

Suchanek, Andreas (2007). Ökonomische Ethik. Tübingen: Mohr Siebeck.

Sullivan, Louis (1896). The Tall Office Building Artistically Considered. In: Lippincott's Magazine, 57 (S. 403–409).

Sutor, Bernhard (1997). Kleine politische Ethik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Swyngedouw, Erik (2018). Promises of the Political. Insurgent Cities in a Post-Political Environment. Cambridge/ London: MIT Press.

Sylla, Ulrike (2016). Do it Yourself – Die Rückkehr zur Handarbeit als Teil eines neuen an Nachhaltigkeit orientierten Lebensstils? Aachen: Shaker.

Szent-Ivanyi, Tim (2016). Club of Rome fordert Ein-Kind-Politik. In: Frankfurter Rundschau vom 13.September 2016, online unter: https://www.fr.de/wirtschaft/club-rome-fordert-ein-kind-politik-11096152.html. Abgerufen am 25.02.2019.

Tausendpfund, Markus (2018). Zufriedenheit mit der Demokratie: ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. Informationsdienst Soziale Indikatoren, 60, (S. 29–35).

Thaa, Winfried (2011). Politisches Handeln. Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arendt. Baden-Baden: Nomos.

Theuws, Martje et al. (2017). The Myanmar Dilemma Can the garment industry deliver decent jobs for workers in Myanmar? August 2017 – updated version. The report was originally published in February 2017.

Thomas, Jens (2010). Zwischen Selbstliebe und Selbstausbeutung: Boomende Querschnittsbranche Kreativwirtschaft. Fortschritt des Prekären? In: Kommune. Zeitschrift für Ökonomie, Wirtschaft und Kultur, 02/2010 (S. 88–91).

Tocqueville, Alexis de (1986). Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart: Reclam (zuerst 1935).

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Toffler, Alvin (1983). Die dritte Welle. Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. München: Goldmann

Tokarski, Oliver (2008). Ethik und Entrepreneurship: Eine theoretische sowie empirische Analyse im Rahmen einer Unternehmensethikforschung. Wiesbaden: Gabler.

Trader, Godmode (2022). Blackrock – Schrumpfende Assets, Umsätze und Gewinne, online unter: https://www.onvista.de/news/2022/10-13-blackrock-schrumpfende-assets-umsaetze-und-gewinne-21-26052026?referrer=https%3A%2F %2Fwww.google.com%2F. Abgerufen am 16.02.2023.

Tremmel, Jörg (2003). Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure. München: oekom.

Triggs, Oscar Lovell (2009). Arts and Crafts. London: Sirroco.

Tromp, Nynke/ Hekkert, Paul/ Verbeek, Peter-Paul (2020). Design für sozial verantwortliches Verhalten. Eine Klassifizierung seines Einflusses auf Grundlage der angestrebten Gebrauchserfahrung. Fineder, Martina/ Lang, Johannes (Hrsg.), Zwischenmenschliches Design (S. 127–154). Wiesbaden: Springer VS.

Tronto, Joan C. (2015). Who cares? How to reshape a democratic politics. Ithaca: Cornell University Press.

Tronto, Joan C. (2016). Kann ›sorgende Demokratie‹ eine politische Theorie der Transformation sein? In: Das Argument, 53, Nr. 6 (S. 839–848).

Trüdinger, Eva-Maria (2020). Policy-Orientierungen. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 309–323). Baden-Baden: Nomos.

Ulrich, Peter (1998). Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. Bern/ Stuttgart/ Wien: Paul Haupt.

Ulrich, Peter (2002). Der entzauberte Markt. Freiburg: Herder.

UNDP (United Nations Development Programme) (Hrsg.) (2015). Bericht über die menschliche Entwicklung 2015: Arbeit und menschliche Entwicklung, Berlin.

Unteidig, Andreas (2013). Jenseits der Stellvertretung. Partizipatorisches Design und designerische Autorschaft. In: Mareis, Claudia/ Heldt, Matthias/ Joost, Gesche (Hrsg.), Wer gestaltet die Gestaltung? Praxis, Theorie und Geschichte des partizipatorischen Designs (S. 157–163). Bielefeld: transcript.

Unteidig, Andreas (2018). Vom Werk zum Werkzeug. Zur Rolle des Designs im Kontext politischen Handelns, Dissertation. Berlin: Universität der Künste.

Urban, Dieter/ Mayerl, Jochen (2013). Politische Einstellungen: gibt es die denn überhaupt? Warnung vor einer „schlechten" Praxis politischer Einstellungsforschung. In: Keil, Silke I./ Thaidigsmann, Isabell (Hrsg.), Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung (S. 259–272). Wiesbaden: Springer VS.

Van Deth, Jan W. (2000). Das Leben, nicht die Politik ist wichtig. In: Niedermayer, Oskar/ Westle, Bettina (Hrsg.), Demokratie und Partizipation (S. 115–135). Wiesbaden: VS Verlag.

Van Deth, Jan W. (2001). Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim/ Wasmer, Martina/ Schmidt, Peter (Hrsg.), Poli-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

tische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen (S. 195–220). Opladen: Leske + Budrich.

Van Deth, Jan W. (2009). Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria/ Römmele, Andrea (Hrsg.), Politische Soziologie (S. 141–161). Wiesbaden: VS Verlag.

Van Deth, Jan W. (2013a). Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Kerstin, Pohl/ Peter, Massing (Hrsg.), Politische Bildung Beiträge zur wissenschaftlichen Bildung und zur Unterrichtspraxis; Politische Partizipation, theoretische Konzepte und empirische Befunde (Jg. 46, 3/2013) (S. 9–21). Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Van Deth, Jan W. (2013b). Politisches Interesse. In: Tausendpfund, Markus (Hrsg.), Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? (S. 271–296). Wiesbaden: Springer VS.

Van Deth, Jan W. (2014). A conceptual map of political participation. In: Acta Policia 49 (S. 349–367).

Van Deth, Jan W./ Zorell, Carolin (2020). Politischer Protest und Konsum. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, OscarW./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 393- 412). Baden-Baden: Nomos.

Van Dyk, Silke (2010). Grenzüberschreitung als Norm? Zur „Vereinnahmung" von Gegenstrategien im Kapitalismus und den Konsequenzen für eine Soziologie des Widerständigen. In: Becker, Karina/ Gertenbach, Lars/ Laux, Henning/ Reitz, Tilman (Hrsg.), Grenzverschiebungen des Kapitalismus (S. 33–54). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Vanselow, Achim (2003). Neue Selbständige in der Informationsgesellschaft. Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik, Nr. 6, Institut Arbeit und Technik, online unter: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/99108/1/378903063.pdf. Abgerufen am 03.05.2020.

Vatter, Adrian/ Milic, Thomas/ Rousselo, Bianca (2020). Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 348–375). Baden-Baden: Nomos.

Vetter, Angelika (2002). Politische Kompetenz. In: Greiffenhagen, Martin/ Greiffenhagen, Sylvia/ Neller, Katja (Hrsg.), Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (S. 379–382). Wiesbaden: VS Verlag.

Vetter, Angelika/ Remer-Bollow, Uwe (2017). Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Virgl, Christoph J. (2011). Protest in der Weltgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Vobruba, Georeg (2019). Entkoppelung von Arbeit und Einkommen: Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften.

Voges, Jonathan (2017). Die Axt im Haus. Heimwerken – die ›Verbürgerlichung‹ des Selbermachens in den 1960er Jahren: In: Langreiter, Nikola/ Löffler, Klara (Hrsg.), Selber machen. Diskurse und Praktiken des „Do it Yourself". (S. 35–55). Bielefeld: transcript.

Vogt, Thomas (2010). Kalkulierte Kreativität. Die Rationalität kreativer Prozesse. Wiesbaden: VS Verlag.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Volkart, Yvonne (2017). Kunst und Ökologie im Zeitalter der Technosphere. In: Maeder, Marcus (Hrsg.), Kunst, Wissenschaft, Natur. Zur Ästhetik und Epistemologie der künstlerisch-wissenschaftlichen Naturbeobachtung (S. 169–196). Bielefeld: transcript.

Vollrath, Ernst (1992). Handeln und Urteilen. Zur Problematik von Hannah Arendts Lektüre von Kants Kritik der Urteilskraft unter einer politischen Perspektive. In: Münkler, Herfried (Hrsg.), Bürgerreligion und Bürgertugend (S. 228–249). Baden-Baden: Nomos.

Vollrath, Ernst (1993). Hannah Arendts „Kritik der politischen Urteilskraft". In: Kemper, Peter (Hrsg.), Die Zukunft des Politischen. Ausblicke auf Hannah Ahrendt (S. 34–54). Frankfurt am Main: Fischer.

Vollrath, Ernst (1995). „Hannah Arendt: A German-American Jewess Views the United States and Looks back to Germany". In: Kielmansegg, Peter Graf/ Mewes, Horst/ Glaser-Schmidt, Elisabeth (Hrsg.), Hannah Arendt and Leo Strauss: German Emigrés and American Political Thought after World War II (S. 45–60). Cambridge: University Press.

Vollrath, Ernst (1996). Revolution und Konstitution als republikanische Grundmotive bei Hannah Arendt. In: Baule, Bernward (Hrsg.), Hannah Arendt und die Berliner Republik. Fragen an das vereinigte Deutschland (S. 130–150). Berlin: Aufbau.

Vonderach, Gert (1980). Die „neuen Selbständigen". 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2 (S. 153–169).

Voß, G. Günter (1993). Der Strukturwandel der Arbeitswelt und die alltägliche Lebensführung. In: Jurczyk, Karin/ Rerrich. Maria S. (Hrsg.), Die Arbeit des Alltags: Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung (S. 70–111). Freiburg: Lambertus-Verlag.

Voß, G. Günter (1995). Entwicklung und Eckpunkte des theoretischen Konzepts. In: Projektgruppe ‚Alltägliche Lebensführung' (Hrsg.), Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Moderne (S. 23–43). Opladen: Leske + Budrich.

Voß, G. Günter (1998). Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 31 (3) (S. 473–487).

Voß, G. Günter/ Pongratz, Hans J. (1998). Der Arbeitskraftunternehmer – eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1 (S. 131–158).

Voß, G. Günter/ Rieder, Kerstin (2005). Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden. Frankfurt am Main: Campus.

Voß, G. Günter/ Weiß, Cornelia (2005). Subjektivierung von Arbeit – Subjektivierung von Arbeitskraft. In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Correll, Lena/ Janczyk, Stefanie (Hrsg.), In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel (S. 139–153). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Voß, G. Günter (2018). Was ist Arbeit? Zum Problem eines allgemeinen Arbeitsbegriffs. In: Böhle, Fritz/ Voß, G. Günter/ Wachtler, Günther (Hrsg.), Handbuch Arbeitssoziologie, Band 1, Arbeit, Strukturen und Prozesse, 2. Auflage (S. 15–84). Wiesbaden: Springer VS.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Voß, G. Günter (2020). Der arbeitende Nutzer. Über den Rohstoff des Überwachungskapitalismus. Frankfurt am Main: Campus.

Voß, G. Günter (Hrsg.) (2021). Lebensführung als Arbeit. Arbeit und Leben im Umbruch. Schriftenreihe zur subjektorientierten Soziologie der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft, Band 24, München/ Mering: Rainer Hampp.

Voss, Jenna/ Warsewa, Günter (2005). Reflexive Arbeitsgestaltung zwischen privaten und betrieblichen Ansprüchen. IAW Arbeitspapier 14: Universität Bremen, online unter: https://www.iaw.uni-bremen.de/f/f336b1be98.pdf. Abgerufen am 13.04.2022.

Voswinkel, Stephan (2011). Zum konzeptionellen Verhältnis von „Anerkennung" und „Interesse". AIS Studien, 4(2) (S. 45–58).

Waibel, Annemaria/ Stammeier, Paul (1981). Politik und Selbstverwirklichung in der Alternativbewegung, Band 1. Korntal: zündhölzchen.

Waldenfels, Bernhard (2012). Revolutionäre Praxis und ontologische Kreation. In: Wolf, Harald (Hrsg.), Das Imaginäre im Sozialen. Zur Sozialtheorie von Cornelius Castoriadis (S. 82–102). Göttingen: Wallstein.

Walker, John A. (1992). Designgeschichte. Perspektiven einer wissenschaftlichen Disziplin. München: scaneg.

Warsewa, Günter (2016). Vom „Ende der Arbeitsgesellschaft"zum „Peak Capitalism"– Ein kurzer Rückblick auf die deutsche Forschungsliteratur zu Arbeit und Umwelt. In: Barth, Thomas/ Jochum, Georg/ Littig, Beate (Hrsg.), Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (S. 33-54). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

Weber, Heike (2018). Made to Break? Lebensdauer, Reparierbarkeit und Obsoleszenz in der Geschichte des Massenkonsums von Technik. In: Krebs, Stefan/ Schabacher, Gabriele/ Weber, Heike (Hrsg.), Kulturen des Reparierens. Dinge – Wissen – Praktiken (S. 49–84). Bielefeld: transcript.

Weber, Max (1976). Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck (zuerst 1922).

Weber, Max (1988). Gesammelte Aufsätze, 7. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck (zuerst 1922).

Weber, Max (2005). Die Protestantische Ethik und der „Geist" des Kapitalismus. München: FinanzBuch (zuerst 1934).

Weeks, Kathi (2011). The Problem with Work: Feminism, Marxism, Antiwork Politics, and Postwork Imaginaries. Durham/ London: Duke University Press.

Wegmarshaus, Gert-Rüdiger (2001). Politik und amerikanischer Pragmatismus: John Dewey. In: Lietzmann, Hans J. (Hrsg.), Moderne Politik. Politikverständnisse im 20. Jahrhundert (S. 147–167). Opladen: Leske + Budrich.

Weinert, Franz E. (1993). Wissenschaftliche Kreativität: Mythen, Fakten und Perspektiven, Nr. 39: Universität Paderborn.

Weiß, Ralf/ Fichter, Klaus/ Clausen, Jens (2012). Einfluss von Gründer-Pionieren bei der Markteinführung von Nachhaltigkeitsinnovationen, Conference Paper, Beitrag für das G-Forum 2012.

Weißeno, Georg (2005). Politische Handlungsfähigkeit – zur Bedeutung eines Kompetenzbereichs. In: Massing, Peter/ Roy, Klaus-Bernhard (Hrsg.), Politik, Politische Bil-

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

dung, Demokratie. Festschrift für Gotthard Breit (S. 190–199). Schwalbach: Wochenschau.

Weißpflug, Maike (2019). Hannah Arendt. Die Kunst, politisch zu denken. Berlin: Matthes & Seitz.

Weißpflug, Maike (2020). Hannah Arendt. Freiheit ist nur in den Grenzen der Natur möglich, online unter: https://www.dhm.de/blog/2020/05/14/hannah-arendt-freiheit-ist-nur-in-den-grenzen-der-natur-moeglich/. Abgerufen am 22.12.2020.

Welzel, Christian (2002). Modernisierung und Partizipation: Kontroversen und Befunde zur Partizipationsthese. In: Fuchs, Dieter/ Roller, Edeltraud/ Weßels, Bernhard (Hrsg.), Bürger und Demokratie in Ost und West (S. 284–302). Wiesbaden: VS Verlag.

Wendt, Björn (2021). Utopien, Dystopien und Soziologien der Nachhaltigkeit. Grundrisse eines Forschungsprogramms und Mehrebenenmodells. In: SONA – Netzwerk Soziologie der Nachhaltigkeit (Hrsg.), Soziologie der Nachhaltigkeit (S. 155–184). Bielefeld: transcript.

Wenzel, Eike/ Rauch, Christian/ Kirig, Anja (Hrsg.) (2007). Zielgruppe LOHAS: Wie der grüne Lifestyle die Märkte erobert. Frankfurt am Main: Zukunftsinstitut.

Westle, Bettina/ Tausendpfund, Markus (2019). Politisches Wissen: Relevanz, Messung und Befunde. In: ders. (Hrsg.), Politisches Wissen. Relevanz, Messung und Befunde (S. 1–39). Wiesbaden: Springer VS.

Wiedemann, Peter (1995). Gegenstandsnahe Theoriebildung. In: Flick, Uwe/ Kardorff, Ernst von/ Keupp, Heiner/ Rosenstiel, Lutz von/ Wolff, Stephan (Hrsg.), Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen (S. 440–445). Beltz: Psychosoziale Verlagsunion.

Wiencierz, Christian (2017). Vertrauen in politische Parteien. Der Einfluss von Gesprächen über Wahlwerbung auf die Vertrauenswürdigkeit. Wiesbaden: Springer VS.

Wiesendahl, Elmar (2013). Restlaufzeiten der Parteiendemokratie. In: Niedermayer, Oskar/ Höhne, Benjamin/ Jun, Uwe (Hrsg.), Abkehr von den Parteien Parteiendemokratie und Bürgerprotest (S. 9–42). Wiesbaden: Springer VS.

Winker, Gabriele (2021). Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld: transcript.

Willke, Helmut (2016). Dezentrierte Demokratie – Prolegomena zur Revision politischer Steuerung. Berlin: Suhrkamp.

Wilson, Japhy/ Swyngedouw, Erik (Hrsg.) (2014). The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticization, Spectres of Radical Politics. Edinburgh: University Press.

Winkler, Alexander (2020). Rechtsextreme Ökologie: Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Über die Ursprünge des Natur- und Umweltschutzes und ihre extremen Ideologien, die von den Rechten propagiert werden, online unter: https://www.derstandard.de/story/2000117043228/rechtsextreme-oekologie-umweltschutz-zwischen-emanzipation-und-faschismus. Abgerufen am 16.08.2020.

Wolf, Frieder O. (2001). „Selbstausbeutung" im Übergang wohin? – Überlegungen zur „Neuen Arbeit" im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. In: Martens, Helmut/ Peter, Gernd/ Wolf, Frieder O. (Hrsg.), Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit (S. 211–242). Frankfurt am Main/ New York: Campus.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

Wolf, Frieder O. (2008). Das Recht auf Arbeit und Einkommen. In: Peter, Gerd/ Wolf, Frieder O. (Hrsg.), Welt ist Arbeit: Im Kampf um die neue Ordnung (S. 267–278). Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wolf, Harald (2012a). Das Richtige zur falschen Zeit – zur Schöpfung des Imaginären bei Castoriadis. In: ders. (Hrsg.), Das Imaginäre im Sozialen. Zur Sozialtheorie von Cornelius Castoriadis (S. 63–81). Göttingen: Wallstein.

Wolf, Harald (2012b). Gesellschaftskritik und imaginäre Institution. Zur Aktualität von Cornelius Castoriadis. In: PROKLA. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 167, 42. Jg., Nr. 2 (S. 267–286).

Wolff, Kerstin (2018). Der Kampf der Frauenbewegung um das Frauenwahlrecht, online unter: https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/frauenwahlrecht/278701/der-kampf-der-frauenbewegung-um-das-frauenwahlrecht. Abgerufen am 12.02.2020.

Wolin, Sheldon (1960). Politics and Visions. Continuity and Innovation in Western Political Thought. Boston: Little, Brown and Company.

Worschech, Susann (2015). Die Herstellung von Zivilgesellschaft: Strategien und Netzwerke der externen Demokratieförderung in der Ukraine. Wiesbaden: Springer VS.

Zapf, Wolfgang (1995). Entwicklung und Zukunft moderner Gesellschaften seit den 70er Jahren. In: Korte, Hermann/ Schäfers, Bernhard (Hrsg.), Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie. Einführung Soziologie (S. 195–210). Wiesbaden: VS Verlag.

Zhang, Lili (2006). Hannah Arendt und das philosophische Denken, Dissertation. Konstanz: University of Konstanz.

Zentrum für Ethik und Nachhaltigkeit (ZEN-FHS) (Hrsg.) (2014). Herausforderungen für die Politik und die Ethik. Moral – Terror – Globalisierung – Demokratie. Bielefeld: transcript.

Žižek, Slavoj (2009). Ein Pläydoyer für die Intoleranz. Wien: Passagen Verlag (zuerst 1998).

Zmerli, Sonja (2020). Politisches Vertrauen. In: Faas, Thorsten/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (S. 248–272). Baden-Baden: Nomos.

Zobl, Elke (2011). Kunst, Handarbeit und Feminismus. Im Gespräch mit Elke Punkt Fleisch, Mitra Wakil, Veronika Schubert und Verena Schimak. In: Critical Crafting Circle (Hrsg.), Craftista! Handarbeit als Aktivismus (S. 108–117). Mainz: Ventil.

Zorn, Daniel-Pascal Zorn (2018). Ethnopluralismus als strategische Option. In: Schellhöh, Jennifer/ Reichertz, Jo/ Heins, Volker M./ Flender, Armin (Hrsg.), Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror (S. 21–34). Bielefeld: transcript.

Zulauf, Max (2002). Autonomie oder Barbarei. Ein Überblick über das Werk von Cornelius Castoriadis. In: Direkte Aktion, Nr. 149 (S. 1–4).

Zwecker, Loel (2013). Ein Schritt in die Zukunft. Was wir aus der Geschichte lernen können. München: Pantheon.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA

*Mein Dank gilt der Technischen Universität Chemnitz, die diese Forschungsarbeit ermöglicht hat, und insbesondere meinen Gutachter*innen Prof. Dr. Henning Laux, Prof. Dr. Sigrid Betzelt sowie Prof. Dr. G. Günter Voss. Überdies danke ich meiner Familie: Johan, Anika, Janik, Waltraud, Roland, Florian und Ute, sowie allen Probanden dieser Studie, den zahlreichen Forscher*innen und Professor*innen für vertiefende Rückfragen und meinen Freunden für Rat und Tat in einer dynamischen Zeit.*

Jens Thomas, geb. 1974, ist Soziologe und arbeitet als Kulturredakteur. Er schloss seine Promotion zum Thema »Selbstherstellen als neue Politik« an der Technischen Universität Chemnitz ab. Seine Schwerpunkte liegen auf neuer Arbeitswelt, neuen Politikformen und Nachhaltigkeitsthemen.

https://doi.org/10.14361/9783839467862 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-SA